C 21734 D



Wohin geht Guinea-Bissau? Seite 39

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 192 5.1.81

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–

Hungerstreik gegen Folter-Regime in der Türkei

In vier bundesdeutschen Städten finden derzeit Hungerstreiks türkischer und kurdischer Genossinnen und Genossen (teilweise unter Teilnahme von Westdeutschen) gegen die Folter in der Türkei und gegen die Unterstützung des faschistischen Militärregimes durch die Bundesregierung statt: Seit dem 23.12.80 hungerstreiken 27 Personen in der Evangelischen Studentengemeinde in Frankfurt; am 24.12. traten 34 Personen (darunter 4 Westdeutsche) in Hamburg in der St. Stefanuskirche in den Hungerstreik; seit dem 30.12. schlossen sich in Westberlin 30 Menschen an (im Mehringhof) und ebenfalls seit dem 30.12. hungerstreiken auch in Nürnberg 7 Personen (im Kulturladen Nord).

Aktueller Anlaß für alle Hungerstreiks war die bekanntgewordene Verhaftung von fünf Linken in der Türkei: Bülent Forta, Selahattin Karatas, Yasin Keteoglu, Mehmet Ali Yilmaz und Behcet Dinlerer. Am 18.12. wurde ihre Verhaftung und die Einlieferung ins Militärgefängnis von Ankara bekannt, und schon am 20.12. war der Genosse Behcet Dinlerer zu Tode gefoltert worden. Über das Schicksal der weiteren ist nichts bekannt.

Sofort nach dieser Nachricht beschlossen türkische und kurdische Genossinnen und Genossen verschiedener politischer Organisationen und Richtungen, durch einen gemeinsam getragenen Hungerstreik die westdeutsche Öffentlichkeit auf die faschistische Herrschaft in der Türkei aufmerksam zu machen. Die einheitlichen Forderungen aller Hungerstreikenden sind, daß

Fortsetzung Seite 2



Brokdorf: Starker Auftakt!

Rund 10.000 Atomkraftgegner kamen am 21. Dezember 1980 nach Brokdorf in die Wilster Marsch, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, dem geplanten Weiterbau an der dortigen Atom-Anlage nicht tatenlos zuzusehen. Obwohl starke Polizeitruppen die Anfahrt von mehreren Tausend AKW-Gegnern (vor allem aus Hamburg) verzögerten und eine angemeldete Trecker-Demonstration von Marschen-Bauern sogar kurzfristig (auf richterliche Anordnung hin) ganz unterbanden, gelang nicht nur eine beachtliche Mobilisierung, sondern der Bauplatz wurde auch direkt angegriffen

Brokdorf–Koordination

Ca. 150 Mitglieder aus 40 Bi's – im wesentlichen aus dem norddeutschen Raum – trafen sich am 4.1. in Kolmar, um die Demo am 21.12.80 auszuwerten und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Die zunehmende Bereitschaft, den Widerstand in Brokdorf zu organisieren, zeigt der große Teilnehmerkreis. Anwesend waren u.a.: die Bi's der Wilstermarsch, die Kläger, Initiativen aus fast allen schleswig-holsteinischen Städten, beide Hamburger Plena, BBA, Die Grünen, Z, DKP, KBW, Hannoveraner, AK Göttingen, AKU Bonn.

Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Aktion als sehr erfolgreich eingeschätzt, die Gründe wurden gesehen in der großen Teilnehmerzahl, und der Tatsache, daß alle Widerstandsformen akzeptiert wurden und daß keine Distanzierungen erfolgten.

Im zweiten Teil der Diskussion um den weiteren Kampf gegen das AKW Brokdorf einigten wir uns auf eine Großdemonstration unmittelbar nach Baubeginn. Der Vorschlag, die Demo auf den SPD-Parteitag in Hamburg zu beziehen, wurde abgelehnt.

Die während des SPD-Parteitages geplanten Aktivitäten in Hamburg, wurden als Vorbereitung und Mobilisierung gesehen.

Zur Vorbereitung der Demonstration in Brokdorf wurde beschlossen, daß 1. eine wöchentliche Koordinierung stattfindet, 2. eine Woche nach Baubeginn national koordiniert wird, 3. möglichst schnell nach Baubeginn die Großdemo durchzuführen.

Siehe auch Artikel auf Seite 16

Todesurteile in Peking? Hua schon verhaftet?

Nach den Strafanträgen der Anklage und den Gegenplädoyers der Angeklagten bzw. ihrer Verteidiger steht der Pekinger Prozeß gegen die Kulturrevolution kurz vor seinem formalen Abschluß. Gegen Jiang Qing ist ein Todesurteil beantragt worden, ein weiteres Todesurteil wird möglicherweise gegen Zhang Chunqiao gesprochen werden.

Parallel zur Endphase des Prozesses haben sich die Machtkämpfe in der Parteispitze erheblich verschärft. Hua Guo-feng, der vor einigen Monaten schon seinen Posten als Regierungschef abgeben mußte, hat nunmehr auch den Parteivorsitz verloren. Mehr noch: Das Fehlen Hua's beim ‚Neujahrsempfang' des ZK und sein ungeklärtes Verschwinden aus der Öffentlichkeit (seit Ende November) läßt darauf schließen, daß Hua sich bereits in Haft befindet. Eine Welle von weiteren Prozessen und eine gigantische, auf drei Jahre angelegte „Parteisäuberung" sind angesagt.

Als am 6. Oktober 1976 mit einem gut vorbereiteten Coup vier linke Politbüromitglieder („Viererbande") verhaftet wurden und eine Hexenjagd auf ihre „Anhänger" begann, wurde dieses Vorgehen ausdrücklich als „V e r t e i d i g u n g der Kulturrevolution" legitimiert. Noch der 11. Parteitag der KP Chinas (1977) bekannte sich zu einer vorwiegend p o s i t i v e n Bewertung der Kulturrevolution, in Abgrenzung zu deren „Entstellungen" durch die „Viererbande". Die Revision dieser Bewertung wurde nun mit dem Pekinger Prozeß abgeschlossen – endgültig, wie die heutigen Machthaber hoffen. Mit der allen Diktaturen eigenen Mischung aus Frechheit und Dummheit verkündete Generalsekretär Hu Yaobang (der Nachfolger Hua's im Parteivorsitz) am 14.12.80 ex cathedra: **„In der KP Chinas ist man heute e i n h e l l i g der Ansicht, daß die Zeit zwischen 1966 und 1976, d. h. die zehn Jahre der ‚Kulturrevolution', eine Katastrophe gewesen sind. In diesen zehn Jahren gab es n i c h t s Richtiges und Positives, sondern n u r Negatives".** (zit. nach „Peking Rundschau", Nr.51/80).

Die Angeklagten im Pekinger Prozeß sind nicht die ersten Opfer dieser totalen Geschichts-Revision. Schon vor ihnen sind Hunderte oder Tausende von Aktivisten der Kulturrevolution abgeurteilt, einige auch hingerichtet worden. Und Zehntausende werden es nach ihnen sein. **Die Zeit der großen politischen Prozesse hat in der VR China gerade erst b e g o n n e n.** Mehrere Nachfolgeprozesse des soeben zuende gehenden Tribunals sind schon offiziell angekündigt, zwei Dutzend oder mehr Angeklagte für diese Prozesse schon benannt. Und schon zeichnet sich ab, daß dieser Rachefeldzug der Leute um Deng Hsiao-ping auch diejenigen treffen könnte, die mit ihrem Coup 1976 den Wiederaufstieg Deng's überhaupt erst ermöglichten: Hua und weitere, ihm nahestehende Figuren aus der Parteispitze. –

In ihrem Schlußplädoyer erklärte Jiang Qing angesichts des gegen sie beantragten Todesurteils: **„Seit 1966 habe ich immer und unter allen Umständen nach den Anweisungen des Vorsitzenden Mao und den Beschlüssen des Zentralkomitees gehandelt. Ich hatte nie ein eigenes Programm, sondern ich habe lediglich die Beschlüsse und Anweisungen des ZK der Partei umgesetzt und verteidigt, ich habe die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao umgesetzt und verteidigt".** (zit. nach „il manivesto", 31.12.1980).

Etwas Gegenteiliges konnte ihr auch das Gericht trotz aller Konstruktionen und Manipulationen nicht nachweisen, ja nicht einmal vorwerfen. Die den Angeklagten vorgeworfenen „Verbrechen" im Zusammenhang mit den Kampagnen gegen die (heute wieder herrschenden) „bürgerlichen Machthaber" entsprachen Entscheidungen der damaligen Parteiführung, die politische Arbeit der Angeklagten wurde von den höchsten Parteigremien und vom 9. Parteitag (1969) ausdrücklich gebilligt und gelobt. Es ist auch nicht so – wie hierzulande eine schlecht informierte Presse, darunter auch eine linke Tageszeitung, weismachen wollen – daß es im

Fortsetzung Seite 4

Schon wieder ein »Einzeltäter«

Am 24.12. erschoß der Frankfurter Neonazi Frank Schubert – angeblich beim Versuch, Waffen in der Schweiz zu beschaffen und in die BRD zu bringen – zwei Schweizer Grenzbeamte und verletzte zwei weitere durch Schüsse. Er selbst wurde nach dem dritten Schußwechsel tot aufgefunden, wobei unklar blieb, ob Schubert erschossen wurde oder ob er sich selbst tötete.

Damit sind in den letzten vier Monaten insgesamt 16 Menschen von westdeutschen Nazis umgebracht worden: Neben den beiden Schweizern erlagen im August in Hamburg zwei Vietnamesen ihren Brandverletzungen, die sie bei einem Anschlag der „Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Roeder erlitten hatten. Zwölf weitere Menschen wurden durch die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest getötet, über 200 damals verletzt. Die Verantwortung für diese blutige Bilanz liegt nicht zuletzt bei denen, die seit Jahren den bekannten Nazi-Sumpf in skandalöser Weise sich ausbreiten lassen.



Frank Schubert

Fortsetzung dieses Artikels sowie Informationen zum Nazi-Hintergrund des Täters auf den Seiten 25 und 26.

IN DIESER AUSGABE:

1980 – das Jahr der Hausbesetzungen

Schlange-stehen für eine Zeitung mit Wohnungsanzeigen, monatelange Suche, verkommene, zu kleine, zu teure oder immer häufiger g a r k e i n e Wohnung, und dabei stehen viele schöne Wohnungen und Häuser leer – all das führte im letzten Jahr zu der größten Welle von Haus (instand)besetzungen, die die BRD seit Anfang der 70er Jahre erlebt hat.

Je näher der Jahreswechsel rückte, desto enthemmter die Polizei. In den weihnachtsdekorierten Zentren einiger Städte versuchte sie, die Bewegung mit Gummiknüppeln zu zerschlagen. Dagegen haben die Mietkämpfer einen teilweise recht breiten Abwehrkampf entwickelt, wie der Artikel aus Westberlin „Was lange gärt, wird endlich Wut" (Seite 9) und das Interview mit vier Mitgliedern des Westberliner Besetzerrates (Seite 10) zeigt.

Weitere Berichte von Hausbesetzungen aus Hamburg/Bergedorf, Münster und Göttingen auf den Seiten 11 und 12.

Die traditionelle Göttinger Silvesterfete unter dem Motto „Scherben bringen Glück" ging in einer Bullenschlägerei unter (Seite 12). Da nützt es auch absolut nichts, wenn sich hinterher „Jugendpolitiker" wie der ehemalige Juso-Chef Schröder hinstellen und „mehr Integration der Jugend" fordern. Ganz wichtige Hintergründe für die Wohnungsmisere, die zum Anwachsen der Mietkampfbewegung führte, im Artikel „Hausbesetzung 1980: Da kommt ein Wind auf" (Seite 13).

Und eine Übersicht der Hausbesetzungen im letzten Jahr (soweit uns vorliegend) (Seite 14).

Italien: Bewaffneter Kampf gegen den Staatsapparat

Die Entführung eines Richters und die Erschießung eines hohen Polizeifunktionärs, die beide an führender Stelle im Sonderknast-Programm arbeiteten, demonstriert die Kraft der „Stadtguerilla"-Gruppen in Italien, trotz massenhafter Verhaftungen im vergangenen Jahr. Es geht um den Kampf gegen die Situation in Italiens Knästen, besonders gegen die Spezialknäste und „Hochsicherheitstrakts". S. 3

Bilanz nach den „Rekrutenvereidigungen"

Insgesamt über 50.000 Menschen haben sich in den letzten Monaten an Protest-Demonstrationen anläßlich der provokatorischen „öffentlichen Rekrutenvereidigungen" beteiligt. Auf der anderen Seite waren über 15.000 Polizisten, BGSler usw. im Einsatz, um die Kriegsparaden abzuschirmen. Neben den massiven Protesten beklagt der Staat auch eine zunehmende „Wehrunwilligkeit der Jugend". Die Kriegspropaganda stößt auf Widerstand. Eine Bilanz auf S. 32.

Polen: Das KOR – demokratische Opposition oder „antisozialistische Elemente"?

Wenn Politiker und Medien der Sowjetunion und der DDR vor „antisozialistischen Elementen" in Polen warnen, so fällt an erster Stelle immer wieder der Name KOR. Das nach den Arbeiterkämpfen 1976 gegründete KOR hat sich inzwischen zu einer Oppositionszentrale mit allgemeinpolitischem Anspruch entwickelt. Seine Entwicklung und Politik wird auf den Seiten 42 und 43 untersucht. –

Mit der seit einem halben Jahr angekündigten Schöpfung eines „neuen Sozialismusverständnisses der Linken" kommt die vom KB abgespaltene Gruppe Z nicht so recht voran. Eine Auseinandersetzung mit ihren jüngsten Bemühungen hierzu auf Seite 43.

IN DIESER AUSGABE:

„Eindämmungspolitik" des Imperialismus — gegen die „Dritte Welt" und gegen die Sowjetunion

Seit etwa Mitte der 70er Jahre haben sich die Anstrengungen der USA und anderer imperialistischer Länder verstärkt, ein Netz fester Stützpunkte auf- und auszubauen, Länder der „Dritten Welt" in totale Abhängigkeit zu bringen und gegeneinander einzusetzen, und weltweit ihre Aufmarschpositionen für einen neuen imperialistischen Raubkrieg entscheidend zu verbessern. Ausführliche Analyse auf den Seiten 33 - 36.

Stalinismus und Wissenschaft — Am Beispiel Lyssenko

Wissenschaft habe „parteilich" zu sein, d.h. sie müsse den herrschenden Interessen zu dienen — das war eine der Thesen des Stalinismus. Musterbeispiel eines solchen „parteilichen" Wissenschaftlers war in den 30er und 40er Jahren der Sowjetunion Lyssenko. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen und der Entwicklung des „Lyssenkismus" und dem stalinistischen Wissenschaftsverständnis auf den Seiten 44 - 47.

»Grünzone« Westberlin aus dem KB ausgetreten

Auf Bitten der Westberliner „Grünzone" wollen wir im „Arbeiterkampf" ihren Austritt aus dem KB, der Mitte September erfolgte, bekanntmachen.

Die „Grünzone" ist wegen unterschiedlicher Positionen in der Wahlfrage ausgetreten, will aber weiterhin eine „freundschaftliche Zusammenarbeit" mit dem KB pflegen, gemeinsame Schulungen, eine enge Zusammenarbeit bei der ‚parlamentarischen Arbeit', Zusammenarbeit in der Frauenschulung und Lesbenarbeit, weitere AK-Mitarbeit (zu Graue Wölfe-Aktivitäten bzw. Lesbenarbeit) und auch AK-Vertrieb (ebenso wie „Z"-Vertrieb). Außerdem möchten sie zu Kongressen des KB weiterhin eingeladen werden.

Zu ihren Differenzen in der Wahl- oen wergen.

Zu ihren Differenzen in der Wahlfrage erklärt die „Grünzone" (s. auch ihre Stellungnahmen in AK 175 und 182), sie habe seit Oktober 1979 eine *„leidenschaftliche Kontroverse gegen die Mehrheitslinie"* bzw. deren *„Boykott-Haltung"* gegenüber den Grünen geführt. Im Verlauf des letzten Jahres habe der KB zwar seine *„prinzipielle Haltung gegen die Grünen aufgegeben"*, aber nicht seine praktische *„Abstinenz"*; zudem bestünden nach wie vor Widersprüche. So sei der KB in Westberlin gegen unabhängige Strukturen der Grünen in den Bezirken gegenüber der AL eingetreten, während sie sich für solche „gleichberechtigten" grünen Strukturen eingesetzt hätten. Zudem habe der KB in einem *„konfusen Wahlaufruf... gleichzeitig zur Wahl der Grünen, DKP, Volksfront bzw. Wahlenthaltung"* aufgerufen, statt eindeutig für die Grünen.

Der Stellungnahme der „Grünzone" zufolge sieht sie sich vor die Alternative gestellt, ihre *„bisherige Arbeit in den Grünen aufgeben"* zu müssen oder *„raus(zu)fliegen"*. (Tatsächlich hatte die „Grünzone" in der Wahlbewegung schon bisher total unabhängig vom KB gearbeitet).

Statt den *„formalistischen Kleinkrieg im KB"* fortzusetzen, biete ihr Austritt aus dem KB *„die bessere Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit"*. Zudem seien ihre Hoffnungen auf eine Wende im KB in der Wahlpolitik auf *„den Nullpunkt gesunken"*. Die *„Unfähigkeit des KB zur Selbstkritik"* (in der Wahlfrage) erinnere sie *„eher an Sekten-Verhalten a la KBW, der auch durch realitätsferne Selbstbeweihräucherung seinen Laden zusammenhalten will"*.

Die „Grünzone" Westberlin hatte — zusammen mit Genoss/inn/en in Bielefeld und Hamburg-Eimsbüttel — 1979 jene sehr kleine „Mittelgruppe" gebildet, die zwar fast total mit der ZL-Fraktion übereinstimmte, aber bei deren Abspaltung (Dez. 79) zunächst noch im KB verblieben war. Die Bielefelder „Mittelgruppe" hat inzwischen gleichfalls den KB verlassen.

Hungerstreik gegen Folter-Regime in der Türkei

Fortsetzung von Seite 1

„1. uns konkrete Angaben zum Schicksal dieser Personen gemacht werden, und daß diese umgehend einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden,
2. die Bundesregierung aufgrund ihrer Beziehungen zu der Militärjunta umgehend eine Kommission zur Verfolgung der Folterungen ins Leben ruft, die sofort ihre Tätigkeit aufnimmt."

Der Hungerstreik soll solange anhalten, bis diese beiden Forderungen erfüllt sind. Neben diesen unmittelbaren Forderungen wird auch die sofortige Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung gefordert.

In den folgenden Tagen entwickelte sich eine Solidaritätswelle, wie es sie in der Türkeifrage bisher nicht gegeben hat: eine Reihe von demokratischen Persönlichkeiten setzt sich mit ihren Namen für die Forderungen ein; viele Pastoren und fortschrittliche kirchliche Kreise haben sich solidarisiert; alle relevanten linken Organisationen (bis hin zu den Jusos) haben Unterstützung zugesagt; eine Reihe von linken SPD-Bundestagsabgeordneten haben bei der Bundesregierung und der türkischen Regierung die Forderungen unterstützt (siehe als Beispiel den Abdruck der Unterstützerliste aus Hamburg).

In Dänemark haben 31 Abgeordnete des Parlaments gegen die Folter protestiert und werden ein Kommission bilden, die demnächst in die Türkei reisen soll. In Paris hat sich ein Komitee gebildet, daß aus einem Theologen, einem Abgeordneten und einem Gewerkschafter besteht. Sie wollen ebenfalls in die Türkei reisen, um die Folterpraxis aufzudecken. Ebenfalls ein Hungerstreik wurde in der belgischen Stadt Liege begonnen.

In der BRD wurde mit dieser Aktion erstmals massiv die faktisch bestehende Nachrichtensperre durchbrochen. Daß selbst die westdeutschen Medien die Legende vom unblutigen Putsch heute nicht mehr aufrecht erhalten können, liegt darin begründet, daß die Tatsachen selbst beim „besten Wohlwollen" nicht mehr zu verheimlichen sind.

Die Lüge vom unblutigen Putsch

Der Putsch vom 12.9.1980 war ausgegeben worden als Akt zur „Rettung der Demokratie" und zur Beendigung der blutigen Klassenauseinandersetzungen, die den Alltag der Türkei bestimmten. Die westdeutsche Presse, von der „liberalen" „FR" bis hin zur Springerspresse, feierte ihn als unblutige Regierungsübernahme.

hin zur Springerspresse, feierte ihn als unblutige Regierungsübernahme.

Dies entsprach exakt der Haltung der Bundesregierung, die sich von der Militärjunta mehr Stabilität für ihre Interessen versprach. Wir schrieben dazu gleich nach dem Putsch: *„Systematisch wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich nicht um einen Militärputsch mit all seinen notwendigen Brutalitäten, sondern lediglich um eine ‚normale' Regierungsgeschäftsübernahme (natürlich etwas aus dem Rahmen fallend). Aber natürlich hat dieser Militärputsch nur dann einen Sinn, wenn jede innenpoltische Opposition radikal ausgemerzt wird"* (AK 185). Die weitere Entwicklung hat dem völlig Recht gegeben.

Heute gibt die Militärjunta selbst 30.000 Verhaftungen („FR", 29.12.80) seit dem 12.9. zu. Der allergrösste Teil davon dürfte sich noch in den Gefängnissen befinden, da die Zeit, die ein Häftling ohne richterlichen Haftbefehl festgehalten werden kann, auf 90 Tage ausgedehnt wurde. In der gleichen Zeit wurden nach offiziellen Angaben 200 Menschen bei Auseinandersetzungen mit Militär und Polizei erschossen oder einfach auf der „Flucht" ermordet. Mindestens 20 Menschen fielen dem Foltermord zum Opfer. Und insgesamt sind bisher 108 Todesurteile ausgesprochen worden, wovon schon vier vollstreckt wurden.

Dies sind offizielle Zahlen, weshalb sie nur der halben Wahrheit entsprechen dürften. So spricht Jürgen Roth („Alternative Türkeihilfe") in einem Artikel in der „FR" vom 22.12.80 von insgesamt 80.000 Inhaftierten. Daß diese Zahl der Wahrheit erheblich näher kommen wird, kann man auch einer Rede von Juntachef Evren vom 20.11. (gehalten in Corlu bei Istanbul) entnehmen. Dort rechtfertigte er sich gegen den Vorwurf, die Junta gehe zuwenig gegen die Linke vor: *„Eines sollt ihr wissen, daß jeden Tag hunderte und tausende der Linken entweder bei Razzien oder durch Schußwaffengebrauch gestellt werden."* Um noch ein Indiz für das wahre Ausmaß der Verfolgungen und Verhaftungen zu geben, sei daran erinnert, daß auch nach dem Militärputsch in Chile 1973 offiziell Zahlen von 10.000 — 20.000 Verhafteten ausgegeben wurden, während in Wahrheit über 100.000 in den Kerkern verschwanden.

Offiziell liegen keine Angaben darüber vor, wieviele der Verhafteten Linke und wieviele Faschisten sind. Aus den wenigen, zur Verfügung stehenden Meldungen der türkischen Zeitungen läßt sich jedoch errechnen, daß mindestens 75% Linke sind. Seit kurzem ist die Militärjunta dazu übergegangen, bei Verhaftungen die Organisationszugehörigkeit zu nennen. Dabei zeigt sich, daß das Verhältnis noch weiter zu ungunsten der Linken ausgeschlagen ist.

Wurde anfangs noch behauptet, der Putsch richte sich gegen Linke und Rechte, so zeigen diese Zahlen schon, wer der eigentliche Gegner ist. Die Generäle selbst sprechen davon, daß die Aktionen *„gegen die Faschisten nur auf Zeit"* und *„vorübergehend"* angelegt sind (Jürgen Roth in „FR", 22.12.80). Das deutet darauf hin, daß zur „Beruhigung" der inneren Klassensituation auch gegen die Faschisten vorgegangen wurde, die durch ihren offenen Straßenterror das Programm der Militärs stören könnten.

Grausam gesteigert wurde seit dem Putsch die Folter. Ein Ingenieur, der nach Dänemark geflüchtet ist, berichtete: Oft werden die Verhafteten noch vor dem Verhör mit den Händen an die Decke gehängt und mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert. Erst nach 15 Minuten beginnt das Verhör, in dessen Verlauf die Folter noch gesteigert wird, wenn die gewünschten Auskünfte nicht gegeben werden oder nicht gegeben werden könnnen (nach einer Pressezusammenstellung des Hungerkomitees in Hamburg). Eine Reihe von Fällen sind namentlich bekannt, bei denen die Verhafteten durch die Folter ermordet wurden, was teilweise als „Selbstmord" dargestellt wird:

Der Gewerkschaftsanwalt Ahmet Hilmi Reziloglu soll sich während eines Verhörs aus dem 5. Stock gestürzt haben.

— Ebenfalls aus dem 5.Stock des Polizeipräsidiums in Bursa wurde Rafet Demir geworfen und damit ermordet.

— Ahmet Karlangac starb an den Folgen einer Gehirnblutung. Nach Polizeiaussagen soll er seinen Kopf gegen die Wand geschlagen haben.

— Bekir Bal wurde aufgehängt im Militärgefängnis von Mamak aufgefunden.

— Ibrahim Eski starb an den Folgen eines gebrochenen Schlüsselbeins, das ihm in die Lunge drang. Verhörende und folternde Polizisten waren auf seinem Brustkorb herumgesprungen.

— Ilhan Erdost, ein linker Verleger, starb ebenfalls an den Folgen einer Gehirnblutung. Ihm war von einem Soldaten nach der Festnahme ein Gewehrkolben gegen den Kopf geschlagen worden.

Dies sind nur die uns namentlich bekannten Fälle.

Einige der an den Foltermethoden beteiligten Polizisten bzw. Soldaten wurden inzwischen von Militärgerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Damit versucht die Militärjunta sich vor der türkischen und internationalen Öffentlichkeit reinzuwaschen. Es gibt jedoch einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Militärherrschaft und der Steigerung der Folter. So wies „amnesty international" in einem Bericht darauf hin, daß es bis Anfang 1980 nur vereinzelte Hinweise auf Folter in den türkischen Gefängnissen gegeben hat(auch unter dem Sozialdemokrat Ecevit wurde gefoltert). Die Hinweise häuften sich seit der Verhängung des Kriegsrechts im Frühjahr 1980 und haben seit dem Militärputsch enorm zugenommen.

Ein erschreckend hohes Ausmaß haben auch jetzt schon die ausgesprochenen Todesurteile erreicht, also der legale Mord. Bisher wurden 108 Todesurteile bekannt, vier wurden bereits vollstreckt (siehe hierzu Artikel zur Hinrichtung Erdal Eren). Es ist zu erwarten, daß viele der inhaftierten Linken in der nächsten Zeit auf diese Weise ermordet werden. So stehen z.B. 74 Genossen der revolutionären Organisation Dev-Yol vor Gericht, wobei für 30 die Todesstrafe beantragt ist. Vorgeworfen wird ihnen die „Bildung einer bewaffneten Bande".

Bundesregierung und SPD stehen weiter zum Putsch

100 Tage sind seit dem Putsch vergangen. SPD und Bundesregierung hatten ihn als Stabilisierung der Türkei begrüßt, aber „mahnend" daran erinnert, daß die Militärs schnellstmöglich zu „demokratischen" Verhältnissen zurückkehren sollten. Lange Zeit wurden die Nachrichten über die faschistische Herrschaft in der westdeutschen Presse systematisch verharmlost. Tenor: es trifft nur die „Terroristen". Heute ist die Legende vom unblutigen Putsch nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dennoch gibt es kein Anzeichen, daß die Bundesregierung ihre Unterstützung einstellen wird. Und dies aus „gutem Grund": für sie ist die Türkei der wichtigste Bündnispartner im Nahen Osten. Deshalb fliessen die Gelder auch reichlich. Am 17.11.80, zwei Monate nach dem Putsch unterschrieben in Ankara der Botschafter der BRD und der Außenminister der Türkei ein Abkommen über eine einmalige Rüstungssonderhilfe von 600 Mio. DM. Schon wenige Wochen nach dem Putsch waren vom Internationalen Währungsfond (IWF) 92 Mio. DM gewährt worden. Die „Financial Times" schrieb dazu, die Türkei sei nun wieder kreditfähig geworden.

Diese Kredithilfen sind seitens der Imperialisten an bestimmte Bedingungen geknüpft. Die wichtigsten sind: Lohnstopp, Einschränkung des Konsums, Einschränkung der Staatsausgaben und der sozialen Leistungen, exportorientierte Wirtschaft, Verbesserung der Investitionsbedingungen. Dieses Programm bedeutet eine enorme Einschränkung des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung. So stehen heute Lohnerhöhungen von 40-70% Inflationsraten zwischen 100 und 200% gegenüber. Dieses Programm konnte deshalb auch nur noch mit der brutalen Gewalt der Militärs durchgesetzt werden.

Mit diesem Programm soll die „Stabilität" der Türkei gewährleistet werden. Dabei geht es jedoch weniger um die ökonomischen als um die militärischen Interessen. Darauf weisen die Meldungen im Zusammenhang mit den 600 Mio. DM Rüstungshilfe hin. Bestimmt sind diese für die *„Modernisierung der türkischen Streitkräfte"* („FR", 18.11.80), also nicht etwa allein für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Die BRD gewähre damit *„einem für die Sicherung der Südostflanke des Atlantischen Bündnisses bedeutenden und mit unserem Land traditionell eng befreundeten Allianzpartner.....eine erhebliche Unterstützung zur Erhaltung und Stärkung seiner Verteidigungskraft."* Bezieht sich dies nur auf die Türkei, so wird die Bundesregierung noch deutlicher: *„Auch in Anbetracht der Entwicklungen in dem an die Türkei angrenzenden mittelöstlichen Raum halte die Bundesregierung außerordentliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Türkei im sicherheitspolitsichen Bereich für erforderlich"* (ebenda). Die Türkei ist das Aufmarschgebiet der NATO für einen Krieg im Nahen Osten und das Sprungbrett der BRD-Imperialisten zur Weltmacht. Neben dem faschistischen Terror droht den türkischen und kurdischen Völkern ganz akut auch der Schrecken des Kriegs.

Dieses Geschäft der Aufrüstung und der Unterstützung der Militärjunta betreibt jedoch die Bundesregierung nicht allein. Bei allen Protesten, die heute aus der SPD gegen die Verhältnisse in der Türkei zu hören sind, engagiert sich diese selbst für die Interessen der Imperialisten. Einige Tage, bevor die Rüstungshilfe durch das Abkommen besiegelt wurde, stattete Ludwig Fellermeier im Auftrag des SPD-Parteivorstandes der Türkei einen Besuch ab. Er traf dort mit *„türkischen Regierungsvertretern, wie Außenminister Ilter Türkmen"* zusammen („FR", 7.11.80), der wenig später das Abkommen unterschrieb.

gierungsvertretern, wie Außenmini-

Angesichts des direkten Engagements des BRD-Imperialismus in der Türkei und der direkten Unterstützung dieser Pläne durch die SPD kommt der Öffentlichkeitsarbeit über die Verhältnisse in der Türkei und die Pläne der Imperialisten mit der Türkei ganz besondere Bedeutung zu. Die jetzt gestarteten Aktionen haben bewirkt, daß die Informationssperren zumindest teilweise gebrochen werden konnten. Es wäre eine wichtige Aufgabe für die Linke, diese Arbeit fortzusetzen.

Erdal Eren hingerichtet

Am 13. Dezember um 3.15 Uhr wurde der 17jährige Antifaschist Erdal Eren im Gefängnis von Ankara gehängt. Am Tag zuvor hatte der „Nationale Sicherheitsrat" — so bezeichnet sich die aus fünf Generälen bestehende faschistische Militärjunta — trotz breiter internationaler Proteste das Todesurteil bestätigt.

Erdal Eren, Schüler und Mitglied eines revolutionären Jugendvereins, war erstmals am 19.3.80 durch das Kriegsgericht Nr. 1 in Ankara zum Tode verurteilt worden. Ihm wurde vorgeworfen, während einer illegalen Kundgebung einen Soldaten erschossen zu haben. Obwohl Erdal die Tötung dieses Soldaten von Anfang an bestritt, hatte die Presse bereits vor der Gerichtsverhandlung behauptet, daß man den Todesschützen gefaßt habe und er umgehend bestraft werde. Junta-Chef Kenan Evren, damals Oberbefehlshaber der Streitkräfte, erklärte öffentlich, daß *„man Rache nehmen, daß man den gemeinen Mörder umgehend bestrafen würde"* usw. So war bereits von vornherein ersichtlich, daß man es darauf abgesehen hatte, Erdal hinzurichten; seine Anwälte wandten sich daher frühzeitig an die internationale demokratische Öffentlichkeit und riefen sie auf, gegen den geplanten Justizmord zu protestieren. Auf diesen Aufruf hin wurden v.a. in westeuropäischen Ländern (BRD, Niederlande, Dänemark, Griechenland, Spanien u.a.) Solidaritätskomitees tätig, die über den Fall informierten und mehr als 50.000 Protestunterschriften sammelten.

Am 15. Juli hob die 3. Kammer des Berufsgerichtes das juristisch unhaltbare Urteil gegen Erdal Eren auf und ordnete eine erneute Verhandlung an. In völlig ungesetzlicher Weise griff daraufhin die Leitung der Berufungskammern in den Fall ein, entzog ihn dem Kriegsrechtsgericht in Ankara und bestätigte kurzerhand das Todesurteil in seiner ursprünglichen Form. Zwar annulierte die 3. Kammer des Berufsgerichtes das Todesurteil hierauf erneut, doch auch diesmal setze sich die Leitung der Berufungskammern über diese Entscheidung hinweg, bekräftigte ohne Neuverhandlung das einmal gefaßte Urteil und legte es am 20. November dem „Nationalen Sicherheitsrat" zur Bestätigung vor. In Folge dieser kriminellen Praktiken wurde erneut internationaler Protest laut. So protestierten am 22.11. insgesamt etwa 1000 Menschen gleichzeitig vor den türkischen Konsulaten in West-Berlin, Köln, Hamburg und vor der türkischen Botschaft in Bonn. Protest kam auch von über 50 Abgeordneten, darunter 8 des Bundestages (Thüsing, Blüm u.a.) und 20 Mitgliedern des dänischen Parlaments. Daß die Junta trotzdem das Urteil gegen den erst 17jährigen Erdal Eren vollstreckte, läßt das Schlimmste für das Leben der über 70 weiteren bereits zum Tode verurteilten türkischen Antifaschisten befürchten.

Schluß mit den Hinrichtungen!
Rettet das Leben der gefangenen Antifaschisten!

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00;
Einzelpreis DM 3,—; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Rote Brigaden entführen italienischen Richter

Einige Überlegungen zur Situation der bewaffneten Gruppen

Einen Jahreswechsel besonderer Art mußte Giovanni D'Urso erleben. Der 47jährige römische Richter, zuständig im „Ministerium für Gnade und Gerechtigkeit“ (=Justizministerium), verantwortlich für die „Carceri speciali“, die neugeschaffenen italienischen Sondergefängnisse, war am 12. Dezember von den „Brigate Rosse“ („Rote Brigaden“) entführt worden. Zu seinen Entscheidungsbefugnissen gehörte unter anderem, welche Gefangenen in welche Haftanstalten verlegt werden sollten. Dabei hat der Justizapparat eine Art rotierendes Verfahren entwickelt, in dem die politisch aktiven Gefangenen immer wieder in neue Anstalten verlegt werden, um feste Widerstandsgruppen zu zerstören.

Bereits einen Tag nach der Entführung D'Ursos gingen römischen Zeitungen ein Foto des Entführten und Flugblätter mit den politischen Forderungen der „Roten Brigaden“ zu. Das Foto zeigt den Richter, genau wie damals A. Moro nach seiner Entführung, vor einem Fahnentuch mit der Aufschrift „Brigate Rosse“, unter dem Symbol der Rotbrigadisten, dem fünfzackigen Stern im Kreis. Vor der Brust hängt ein Plakat, auf dem gefordert wird: „Die Befreiung der gefangenen Proletarier organisieren. Den Kreislauf der Verlegung (von Gefangenen) zerstören. Die Kampfkomitees aufbauen und stärken. Sofort L'Asinara schließen.“ Die Schließung von L'Asinara, dem berüchtigten Spezialzuchthaus auf einer Insel nordwestlich vor der Küste Sardiniens, ist bisher die einzige konkrete Forderung der Entführer; sie wurde auch in späteren Kommuniques der BR an zentraler Stelle wiederholt.

„Stammheim“ Italiens

L'Asinara, das „Stammheim Italiens“, wie es in der italienischen Öffentlichkeit genannt wird, ist seit langem besondere Zielscheibe des Protests gegen italienische Sondergefängnisse. **„In Asinara, das als Hölle gilt, werden die Gefangenen zu dritt 22 Stunden am Tag in einem Raum zusammengepfercht, der nur 4 auf 4 Meter groß ist. Bewegung ist hier unmöglich. Wenn die drei Männer endlich an die frische Luft geführt werden,**
mengepfercht, der nur 4 auf 4 Meter groß ist. Bewegung ist hier unmöglich. Wenn die drei Männer endlich an die frische Luft geführt werden,
steht ihnen dort wieder nur ein enger Hof zur Verfügung. Zum bedrückenden Gefühl der Enge trägt der erstickende Gestank bei, der in den Zellen herrscht: der Abort befindet sich mitten im Raum, ist ohne Spülung und schlecht verschlossen. Stinkend ist auch das Trinkwasser; offenbar gibt es auf der Insel nur stark gechlortes Wasser. Besuche von Familienangehörigen werden durch die weiten Distanzen, aber auch durch die ungünstigen Besuchszeiten erschwert. Die Insel Asinara kann zudem bei schlechter Witterung nicht angelaufen werden“, heißt es im Vorwort des Buches „Attica“, in dem Gedichte des vielleicht bekanntesten politischen Gefangenen Italiens, Sante Notarnicola, abgedruckt sind. Vor einigen Jahren hatte sich ein Gefangener, um nicht nach Asinara verlegt zu werden, sogar den Mund zugenäht!



Das sind keine Imker! Polizisten bereiten sich auf einen Einsatz vor.

Doch L'Asinara ist nur e i n „carcere speciale“; es gibt andere in Cuneo, Novara, Fossombrone, Trani, Messina, Farignama Termini Imerese, Nuoro und Pianose. Außerdem hat fast jeder normale Knast auch einen Sondertrakt.

Gefängnisrevolten und „Justizreform“

Seit 1975/76 war die Zahl der politischen Gefangenen angestiegen – und mit ihnen die Zahl der Gefängnisrevolten.

Dagegen versuchte der Justizapparat eine Strategie der Isolierung der politischen Gefangenen von anderen „Kriminellen“. Aber die erhoffte „Befriedung“ trat nicht ein. In einem Artikel über die italienischen Hochsicherheitstrakte schreibt die Schriftstellerin Renate Chotjewitz-Häfner:

„In sämtlichen Sprechräumen wurden 1978/79 Trennscheiben oder Gegensprechanlagen zerstört. So zertrümmerte Sante Notarnicola in Nuoro (auf Sardinien) das Mikrophon, was ihm im Schnellverfahren 9 Monate einbrachte. In der Asinara wurde die Forderung nach gemeinsamem Hofgang durch das Einreißen von 28 Zellenwänden bekräftigt“ („taz“, 3.12.80). Jüngstes Beispiel einer Gefängnisrevolte ist die von Trani, wo kurz vor Weihnachten 100 Häftlinge 17 Wärter als Geiseln nahmen, um ihrer Forderung nach Schließung aller Hochsicherheitstrakte Nachdruck zu verleihen. Kurze Zeit später stürmten Spezialeinheiten der Polizei das Hochsicherheitsgefängnis bei Bari, wobei es eine bisher unbekannte Zahl von Verletzten gab.

Die Zustände in den Gefängnissen sind in der Tat skandalös. Hochsicherheitstrakte sind da nur die „Krone“. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit hatten die Regierenden schon vor einiger Zeit im Zuge einer sogenannten Justizreform die Schließung von Asinara beschlossen, doch passiert war bisher kaum etwas. Nun hat die Forderung der BR die Regierenden in einige Schwierigkeiten gebracht: Schließung von Asinara (und damit womöglich die Rettung ihres Kollegen D'Urso) käme einem Zugeständnis an die „Brigate Rosse“ gleich; Festlegung auf Nichtschließung hieße öffentliches Abschwören der Justizreform. Justizministerium und Regierung machten einen Schritt nach vorn: Zwei Wochen nach der Entführung des Richters gaben sie die sofortige Schließung von Asinara bekannt, die allerdings „schon lange geplant“ gewesen sei. Noch vor Jahresende wurden die letzten zehn auf der Insel festgehaltenen Gefangenen mit dem Hubschrauber in andere Anstalten verlegt („FR“, 2.1.81). Die Kommunistische Partei (PCI) hatte den Entschluß der Regierung scharf kritisiert: *„Keine Entscheidung darf unter dem Druck einer Erpressung getroffen werden“* („FR“, 29.12.80).

Mit der Erfüllung dieser wesentlichen Forderung der BR könnte der Weg zur Freilassung D'Ursos geebnet sein. Schon bei früheren Anlässen hatten Rotbrigadisten so gehandelt. 1974 wurde der Genueser Staatsanwalt Mario Sossi nach 35tägiger Haft wieder freigelassen, nachdem ein Gericht die Freilassung verurteilter politischer Gefangener zugesagt hatte. Allerdings fühlte sich der zuständige Generalstaatsanwalt Coco an die Zusage nicht gebunden und wurde später erschossen, wofür die BR die Verantwortung übernahmen. 1979 wurde der Richter Giuseppe di Gennaro, D'Ursos Vorgänger, von der NAP („Bewaffnete Proletarische Kerne“) entführt und nach der geforderten und vollzogenen Verlegung von drei politischen Gefangenen aus dem Gefängnis Viterbo in eine andere Haftanstalt wieder freigelassen.

kz

es flimmert
der rest des tages
und
im spärlichen licht
hören wir ein meer
das vor den windstößen resigniert hat

wir starren auf eine weiße mauer
wir starren auf eine harte mauer
wir starren auf eine körnige mauer
wir starren auf eine erdrückende mauer
wir starren auf eine mauer
eine mauer
hämmernde
mauer

über die wir fortfahren
zu schreiben...

in dieser entfremdeten
landschaft und
mit dieser mauer
wollen sie unser bewußtsein
abschleifen

asinara, 22. august 1977

Gedicht von Sante Notarnicola.
Gedicht von Sante Notarnicola.
1938 im Süden Italiens geboren, zieht er fünfzehnjährig nach Turin, gründet dort mit zwei anderen KP-Genossen eine bewaffnete Gruppe zur Enteignung von Banken. 1967 verhaftet wird er zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Zu empfehlen ist sein Buch: Die Bankräuber aus der Barriera, Trikont 1974

Andere Linie?

In der bürgerlichen Presse wird spekuliert, warum die Rotbrigadisten diesmal relativ leicht erfüllbare konkrete Forderungen stellten. Tatsächlich hebt sich die Entführung D'Ursos von der zuletzt bekannt gewordenen Praxis der „Roten Brigaden“ ab, die in den letzten Jahren in aller Regel darin bestand, „Volksfeinde“ kurzerhand zu erschießen. Damit hatte sich eine härtere Linie durchgesetzt gegenüber der früher geübten Praxis gezielter politischer Entführungen und „handfester Denkzettel“ durch nicht lebensbedrohliche Schüsse in die Beine. In dem Flugblatt, das die Entführer D'Ursos zur Begründung der Entführung veröffentlichten, soll eine deutliche Kritik an der bisherigen Linie des bewaffneten Kampfes geübt worden sein. Darin soll der Mailänder Ortsgruppe der BR, die in letzter Zeit die Verantwortung für die Erschießung zweier kleiner Abteilungsleiter der Wirtschaft übernommen hatten, „Abenteurertum“ vorgeworfen worden sein. Eine nur auf Mord zielende politische Aktivität soll heftig kritisiert worden sein (nach „FR“, 17.12.).

Kronzeugen und Klima der Einschüchterung

Die „bewaffneten Gruppen“ von links hatten im vergangenen Jahr eine Menge Rückschläge hinzunehmen, die genug Anlaß zur Umformierung ihrer Kräfte, aber auch zum Überdenken ihrer Aktionen gibt. Vor allem durch „Kronzeugen“, denen seit fast einem Jahr für ihre „staatserhaltende“ Tätigkeit Hafterleichterungen gesetzlich zugesagt sind, sind dem Staat viele Informationen zugegangen. In großen Verhaftungswellen im Frühjahr und Dezember des letzten Jahres kam es fast täglich zu Festnahmen.

D'Urso im geheimen „Volksgefängnis“ der Roten Brigaden. Er habe nach Angaben der BR während des Verhörs bereits mehrere Details über die Gefängnisse und ihre Direktoren verraten. „Der Richterspruch wird in Kürze gefällt“.

Aufgrund der Aussagen von Michele Viscardi, einem führenden Kader von „Prima Linea“, der im Herbst gefaßt worden war, sind bis heute fast 100 Personen festgenommen worden, denen vorgeworfen wird, der „Prima Linea“ angehört zu haben. Durch Aussagen des Rotbrigadisten Patrizio Peci im April wurden etliche Personen, die zur BR in Ligurien und Piemont gehört haben sollen, festgenommen. Es gab damals 93 Haftbefehle, unter anderem gegen etwa 20 Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre der Turiner Fiat-Werke und anderer Betriebe.

Damals schrieb die „Welt“: *„Fahndungsexperten des Bundeskriminalamtes unterstützen die italienische Terroristenabwehr gegen die Roten Brigaden. Mit Rasterprogrammen für die elektronische Fahndung, die in Wiesbaden entwickelt wurden, gelang es, Stützpunkte und untergetauchte Extremisten aufzuspüren“* (22.4.80). Im selben Zusammenhang steht, daß der italienische Staatsapparat seit mindestens 1977 verstärkt dazu übergegangen ist, V-Männer in die bewaffneten Gruppen einzuschleusen – nach Einschätzung des „FR“-
dazu übergegangen ist, V-Männer in die bewaffneten Gruppen einzuschleusen – nach Einschätzung des „FR“-
Korrespondenten H. Schlitter „mit Erfolg“ (20.8.80). Die Auswirkungen einer solchen Politik sind nur zu erahnen. Es ist aus der Geschichte bekannt, daß solche Leute nicht eben dazu neigen, besonders friedfertig zu sein. Es ist auch bekannt, daß „Kronzeugen“ dazu neigen, sich besonders wichtig zu machen, indem sie möglichst viel „auspacken“. Außerdem sind die Bedingungen nicht so, daß ihre „Enthüllungen“ unvoreingenommen geprüft würden und daß die Beschuldigten sich in angemessener Weise verteidigen könnten. Gerade das ist ja das Wesen des „Kronzeugentums“. So hatte Patrizio Peci „enthüllt“, daß Marco Donat-Cattin, Sohn eines bekannten christdemokratischen Abgeordneten, verantwortlicher Führer von „Prima Linea“ und verantwortlich für mehrere Erschiessungen gewesen sein soll. Kurz bevor Marco Donat-Cattin in Paris festgenommen wurde, hatte er der linken französischen Tageszeitung „Liberation“ eine Erklärung übergeben, in der er darlegte, bereits im Sommer 1979 nach heftigen Auseinandersetzungen über die politische Linie den Kontakt zu „Prima Linea“ abgebrochen zu haben, ohnehin nur Sympathisant gewesen zu sein und seit der Zeit seines Untertauchens keine Kontakte mehr zu seinem Vater gehabt zu haben. Diese Aussagen sind deshalb wichtig, weil sein Vater im allgemeinen Klima der Hysterie im Spätsommer des letzten Jahres wegen „Begünstigung“ seines Sohnes (aufgrund der Beschuldigungen von Peci) von seinen Parteiämtern zurücktreten mußte. Die Politik des „Kronzeugentums“, der weitreichenden Verdächtigungen, aber auch der häufigen Razzien und schnellen Verhaftungen hat dazu geführt, daß Zigtausende Militante Italiens „vorsichtshalber“ untergetaucht, auf der Flucht sind. Die Verunsicherung ist sehr weit verbreitet („taz“, 3.12.80).

Unterstützt die politischen Gefangenen!

Auf einem Kongreß, veranstaltet vom Komitee Giuliano Naria, auf dem sich erstmalig nach längerer Zeit und nach Zerschlagung des sehr wichtigen Unterstützungskomitees „soccorso rosso“ („Rote Hilfe“) in Rom, linke Gruppen, Komitees und Einzelpersonen Mitte Oktober in Mailand trafen, wurde eine Kampagne zugunsten der politischen Gefangenen beschlossen. Ziel dieser wiederum von Franca Rame initiierten Aktion (sie hatte sich im vergangenen Herbst erfolgreich für die Freilassung Oreste Scalzones eingesetzt) ist die Erreichung von mindestens 100.000 Unterschriften für die Forderungen:

1. **Freilassung aller physisch oder psychisch erkrankten Gefangenen;**
2. **Freilassung der inhaftierten Rechtsanwälte;**
3. **sofortige Auflösung von Asinara.**

Auf diesem Kongreß wurde die Zahl der politischen Gefangenen auf derzeit etwa 2.000 geschätzt. Hervorgehoben wurde, daß viele aus dem armen Süden stammen (62% der Inhaftierten). Kritisiert wurde die *„unsolidarische Haltung vieler Gewerkschafts- und Arbeitskollegen, die immer erst dann Stellung beziehen wollen, wenn sich die Anschuldigungen gegen einen festgenommenen Genossen als gegenstandslos erwiesen haben“* („taz“, 3.12.80).

„Wir wollen das Verschwinden sämtlicher Gefäng-
das Verschwinden sämtlicher Gefäng-
nisse und die Befreiung aller Gefangener. Der bewaffnete Kampf geht weiter, bis die christdemokratische Bande total vernichtet ist“

Kommunique der Roten Brigaden

Diese Arbeit hat für die italienische Linke, gerade auch nach den jüngsten Massenverhaftungen, größte Bedeutung. Die Entführung D'Ursos hat darüberhinaus gezeigt, daß die bewaffneten Gruppen weiterhin aktions- und lebensfähig sind. Solange die politischen und sozialen Verhältnisse Italiens derart sind, daß es 1,8 Millionen Arbeitslose gibt, von denen 700.000 noch nicht einmal 21 Jahre alt sind, werden Zorn und Verzweiflung existieren. *„In einer Befragung von 5.000 Staatsbrügern bis 25 Jahren, die kürzlich vom Nachrichtenmagazin ‚L'Espresso' veröffentlicht wurde, bezeichneten sich 1.300 als revolutionär“* („FR“, 20.8.80).

Italien-Kommission KB-Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Pekinger Prozeß um Verbrechen gegen die Bevölkerung geht. Insbesondere die konkreten Vorwürfe gegen die Hauptangeklagte Jiang Qing sind eher läppisch und könnten keinesfalls das beantragte Todesurteil begründen. **Das eigentliche „Verbrechen", dessen sie und die anderen angeklagt sind, ist rein politischer Natur: Ihre aktive Rolle in der Kulturrevolution und bei der Entmachtung der Partei-Rechten, die heute wieder China regieren.**

Rebellion ist kein Verbrechen

Die Kulturrevolution ist eine gescheiterte Revolution. Nach gescheiterten Revolutionen ist es üblich, daß die gerade noch einmal davongekommenen Herren mit den Rebellen abrechnen und die gescheiterte Revolution als grausames und blutrünstiges Gemetzel diffamieren. Insofern bietet die Pekinger Inszenierung historisch nichts neues.

Teilweise ist das Scheitern der Kulturrevolution darauf zurückzuführen, daß sie die Fesseln eines Machtkampfes zwischen zwei Fraktionen des Parteiapparats nicht überwinden konnte. **Aber trotzdem war die Kulturrevolution wesentlich m e h r als ein bloßer Machtkampf zwischen Parteiführern. Sie war zugleich der historisch e r s t e Versuch, unter „sozialistischen" Verhältnissen die Revolution voranzutreiben, eine höhere Stufe der B e f r e i u n g des Menschen zu erreichen. Sie war zugleich die Revolte der Machtlosen gegen die Mächtigen, der Arbeiter gegen die Chefs, der Kinder und Jugendlichen gegen die erwachsenen Autoritäten, der Frauen gegen das Patriarchentum ...** Daß diese Revolution sich vielleicht z u v i e l in zu kurzer Zeit vorgenommen hatte, mag ein weiterer Grund ihres Scheiterns sein. Die alten Verhältnisse haben noch einmal triumphiert.

Selbst aus den offiziellen damaligen Parteibeschlüssen wird offensichtlich, w a s die Kulturrevolution war oder was sie hätte werden können – und w a r u m ihr heute der Prozeß gemacht wird. Einige Beispiele, stellvertretend für viele: *„In der Großen Proletarischen Kulturrevolution kann man die Massen nur sich selbst befreien lassen, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden. Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und respektiert ihre Initiative! Befreit euch von der Furcht! Habt keine Angst vor Unordnung! Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß eine*

euch von der Furcht! Habt keine Angst vor Unordnung! Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß eine

Revolution nicht so fein, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großherzig durchgeführt werden kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden. Macht den größtmöglichen Gebrauch von Wandzeitungen und von großen Debatten, um die Dinge auszudiskutieren ...".

„Die in der Diskussion anzuwendende Methode ist die Darlegung der Tatsachen, die Vorbringung der Argumente und mit Hilfe dieser Argumentation die Überzeugung. Es ist unzulässig, eine Minderheit, die anderer Ansicht ist, mit Gewalt zum Nachgeben zu zwingen. Die Minderheit soll geschützt werden, denn manchmal liegt bei ihr die Wahrheit. Auch wenn sie unrecht hat, soll es ihr dennoch erlaubt werden, in ihrer Sach zu sprechen und ihre Meinung zu behalten ...".

„Es ist notwendig, ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem der Pariser Kommune einzuführen, nach dem die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen gewählt werden ... Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder oder Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung von den Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden ..."
(Aus dem Beschluß des ZK vom 8.8.66).

Von diesen Grundsätzen ist China heute weit entfernt. Weit entfernt ist es aber auch von „Stabilität und Einheit", die von der Hua-Deng-Koalition nach dem Rechtsputsch 1976 als neue Maxime verkündet wurden. Der Pekinger Prozeß und die Zuspitzung des Machtkampfs im Partei-Apparat stehen vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise und dem Verfall der seit 1976 produzierten Illusionen über eine rasche Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Hier hat sich ein brisantes Gemisch von Widersprüchen zusammengebraut.

Der Pekinger Prozeß

Eine Analyse

Gut vier Jahre nach dem Hua-Putsch hat in Peking der seit langem angekündigte Prozess gegen die „Viererbande" begonnen, der mit dem Verfahren gegen die Überlebenden der „Lin-Biao-Clique" verbunden wurde.

In der Hauptsache richtet sich dieser Prozeß gegen die Kulturrevolution (1966-68) und deren Nachbeben – also gegen ein politisches „Experiment", das damals von erheblichen Teilen der internationalen Linken mit Sympathie und Interesse als reale Alternative zum „realen Sozialismus" begriffen wurde.

Daran gemessen scheint die Vergangenheitsvergewaltigung in der westdeutschen Linken nahezu total zu sein: Soweit auf den Prozeß nicht einfach mit Desinteresse „reagiert" wird (Was leider sogar bei der vor einem Jahr vom KB abgespaltenen Gruppe Z der Fall ist), wird er zum Teil geradezu begeistert abgefeiert als notwendige und historisch überfällige „Abrechnung mit den Verbrechen der Kulturrevolution" bzw. „des Maoismus". Allen voran, wie könnte es denn überhaupt anders sein, die „TAZ". Da darf z.B. Cl. Broyelle für ihre früheren, z.T. reichlich unkritischen Jubelberichte aus China Buße tun, indem sie Schauergeschichten über 100 Millionen Verfolgte und mehrere Millionen Ermordete der Kulturrevolution erzählt. (Die Anklageschrift zum Pekinger. Prozeß geht „nur" von 730.000 *„zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten"* und 35.000 *„ums Leben Gekommenen"* aus). Angelehnt an die aus dem hohlen Bauch gezauberten Zahlen der Broyelle, die die Phantasie der Pekinger Ankläger weit in den Schatten stellen, trägt die „TAZ" ihre Sympathiewerbung für den Prozeß vor - den sie freilich am liebsten auf die gesamten 30 Jahre seit Gründung der VR China ausdehnen möchte. Denn diese 30 Jahre haben, so meint „TAZ"-Prozeßkommentator „Jospis", dem chinesischen Volk nichts Besseres gebracht als Unrecht, Hunger, Unfreiheit, Despotie und Deportationen. Und in derselben Zeitung, die sich „Freiheit für Hess" (Hitlers Stellvertreter) wünscht, schreibt dieser „Jospis" nun, er sei zwar gegen eine Hinrichtung der Mao-Witwe Jiang Qing, *„weil das nur wieder einen, fast unbearbeitbaren Mythos schaffen wür-*

richtung der Mao-Witwe Jiang Qing, *„weil das nur wieder einen, fast unbearbeitbaren Mythos schaffen wür-*

de, der ihrem verbrecherischen Handeln in keinem Punkt gerecht würde. **Doch ich würde es begrüßen, wenn sich Madame Mao angesichts ihrer historischen Schuld selbst richten würde".** (Es wäre interessant, wenn der Prozeßkommentator „Jospis" mal sein politisches Pseudonym lüften würde: Es wäre gar nicht verwunderlich, wenn es sich um einen ehemaligen 150%igen MLer und Super-Maoisten handeln würde).

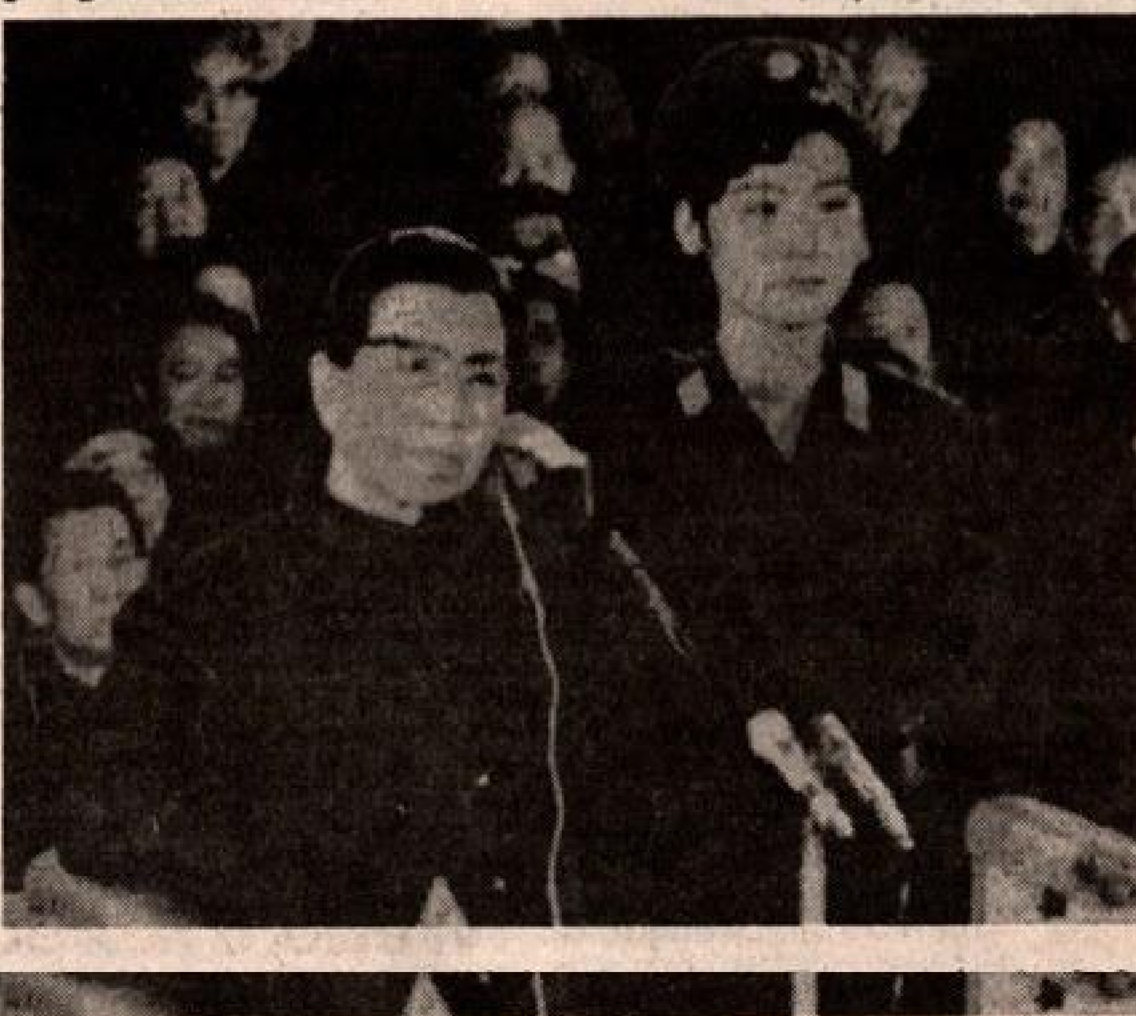
Phantastische Ahnungslosigkeit über die reale Konstruktion und den konkreten Verlauf des Pekinger Prozesses gehört schon dazu, um diesem Prozeß etwas Positives abzugewinnen und die dicken Parallelen zu den Moskauer Prozessen der 30er Jahre zu „übersehen". Solche phantastische Ahnungslosigkeit scheint z.B. bei den Überresten der trotzkistischen GIM zu herrschen, wo man – indirekt ja selbst „gebranntes Kind" – die historische Parallele zwar sieht und zieht, zugleich aber behauptet, daß (im Gegensatz zu den Moskauer Prozessen) die Pekinger Anklagen keineswegs unglaubwürdig seien: *„Es ist eben überhaupt nicht ‚unwahrscheinlich', daß sie Attentate gegen Fraktionsgänger von Deng Xiaoping und dem damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai geplant und ausgeführt haben"* („was tun", 28.11.80 – das wirft ihnen die Anklage übrigens gar nicht vor!).

Im folgenden soll der Pekinger Prozess detailliert analysiert werden, um die juristische Absurdität und die politischen Ziele dieses Verfahrens zu verdeutlichen. Der Schwerpunkt liegt dabei zunächst auf den juristischen Details, da in diesem Punkt in der übrigen linken Presse ein totales Defizit herrscht und die bürgerliche Tagespresse über den Prozeßverlauf zwar relativ regelmäßig, aber unzusammenhängend, unpolitisch und z. T. auch falsch informiert hat. Grundlage des Artikels sind die offiziellen chinesischen Prozeß-Berichte, d.h. genauer deren Übersetzungen in der „Peking Rundschau" (die diese Berichte bemerkenswert ausführlich und rasch wiedergibt) und in dem von BBC herausgegebenen „SWB" (Summary of World Broadcast – Übersetzungen ausländischer Zeitungsartikel und Rundfunktexte).

„Haupttäter" und Angeklagte

Im „Prozeß gegen die konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing" (so lautet der offizielle Titel) sind 10 Personen als „Haupttäter" angeklagt. Insgesamt nennt die Anklageschrift allerdings nicht 10, sonder 16 „Haupttäter". 6 dieser „Haupttäter" sind aber nicht mehr am Leben; daher wird gemäß der neuen chinesischen Strafprozeßordnung *„ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht mehr ermittelt"* (laut Anklageschrift).

Diese Unterscheidung zwischen „Haupttätern" und Hauptangeklagten bedeutet konkret, daß in der Anklageschrift zwar auch die angeblichen Verbrechen der t o t e n „Haupttäter" detailliert aufgeführt sind, aber die R i c h t i g k e i t dieser Anschuldigungen nicht Prozeßgegenstand ist, also vom Gericht nicht bewiesen werden muß. **Andererseits sind diese Punkte der Anklageschrift aber direkt oder zumindest indirekt doch Teil des Belastungsmaterials gegen die 10 Angeklagten, da die Anklageschrift sich auch k o l l e k t i v gegen alle Angeklagten richtet.**



Die Absurdität und die politische Absicht dieser Konstruktion zeigen sich vor allem beim Punkt III der Anklage, der die angeblichen Putsch- und Mordpläne Lin Biaos zum Inhalt hat. Hier sind, mit einer einzigen Ausnahme, alle k o n k r e t beschuldigten „Haupttäter" bereits tot.

Folgende 10 Personen sind als „Haupttäter" a n g e k l a g t (Reihenfolge nach Anklageschrift):
1. **Jiang Qing**, 67. Vom 9. und 10. Parteitag (1969 und 1973) ins Politbüro des ZK gewählt; ehem. Ehefrau Mao Tse-tungs.
2. **Zhang Chunquiao**, 63. Vom 9. Parteitag ins Politbüro, vom 10. Parteitag auch in den Ständigen Ausschuß gewählt; ehemaliger Parteichef und Bürgermeister von Schanghai.
3. **Yao Wenyuan**, 49. Vom 9. und 10. Parteitag ins Politbüro gewählt.
4. **Wang Hongwen**, 45. Vom 10. Parteitag mit „Blitzstart" in den Ständigen Ausschuß des Politbüros gewählt.

Die Angeklagten 1 bis 4 sind unter dem Namen „Viererbande" seit dem 6. Oktober 1976 in Haft und seither Ziel mehrerer großer Hetzkampagnen.

5. **Chen Boda**, 76. Vom 8. (1956) und 9. Parteitag ins Politbüro bzw. in den Ständigen Ausschuß gewählt. Auf einem ZK-Plenum im Herbst 1970 abgesetzt und seither, bis zur Veröffentlichung der Anklage, ‚verschollen'. (Vom 10. Parteitag offiziell als Trotzkist, Kuomintang-Element etc. pp. verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen.).
6. **Huang Yongsheng**, 70. Vom 9. Parteitag ins Politbüro gewählt; ehem. Generalstabchef der Armee (VBA). Ebenso wie die folgenden Angeklagten seit dem angeblichen Putsch-Versuch Lin Biao's 1971 inhaftiert.
7. **Wu Faxian**, 65. Vom 9. Parteitag ins Politbüro gewählt; ehem. Kommandant der Luftwaffe.
8. **Li Zuopeng**, 66. Vom 9. Parteitag ins Politbüro gewählt; ehem. Erster Politkommissar der Marine.
9. **Qiu Huizuo**, 66. Vom 9. Parteitag ins Politbüro gewählt; ehem. Direktor der Logistik abteilung der VBA.

10. **Jiang Tengjiao**, 61. Ehem. Politkommissar der Luftwaffe in Nanking.

Die t o t e n, daher n i c h t angeklagten „Haupttäter" sind (in der Reihenfolge der Angeklageschrift):
11. **Lin Biao**, Mitglied des Politbüros seit dem 8. Parteitag, Mitglied des Ständigen Ausschusses seit Ende der 50er Jahre, Verteidigungsminister seit 1959, vom 9. Parteitag förmlich zum „Nachfolger" Mao Tse-tungs bestimmt. Angeblich 1971 bei einem Flugzeugabsturz umgekommen.
12. **Kang Sheng**, Mitglied des Politbüros seit 1943; 1975 gestorben. Auf dem 11. Parteitag (1977) von Hua Guo-feng noch würdigend als verdienstvoller Revolutionär erwähnt; am 31.10.80 ‚posthum' verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen.
13. **Xie Fuzhi**, auf dem 9. Parteitag ins Politbüro gewählt; ehem. Sicherheitsminister; 1972 gestorben. Am 31.10.80 zusammen mit Kang Sheng ‚posthum' verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen.
14. **Ye Qun**, vom 9. Parteitag ins Politbüro gewählt. Ehefrau Lin Biao's, angeblich zusammen mit diesem 1971 umgekommen.
15. **Lin Liguo**, Sohn von Ye Qun und Lin Biao, angeblich zusammen mit diesen umgekommen.
16. **Zhou Yuchi**, ehem. Vizechef des Büros beim Hauptquartier der Luftwaffe; angeblich in das „Komplott" Lin Biao's verwickelt und nach dessen Scheitern durch Selbstmord umgekommen.

Wie in dem Begriff „H a u p t täter" schon angedeutet, geht die Anklage von zahlreichen weiteren Neben- oder Mittätern aus. Diese sollen in späteren Prozessen abgeurteilt werden. Teilweise wurden sie im Pekinger Prozess schon als Zeugen vorgeführt und dabei ausdrücklich als „Angeklagte" bezeichnet. Aus diesen Informationen ergibt sich, daß zumindest gegen zahlreiche ehemalige Militärs (in Zusammenhang mit dem Lin-Biao-„Komplott") und gegen die frühere Stadt- und Parteileitung von Shanghai Prozesse schon in Vorbereitung sind.

Die Punkte und die Konstruktion der Anklageschrift

Formal besteht die Anklageschrift aus 4 „Hauptanklagepunkten" (mit römischen Ziffern bezeichnet) und, diesen zugeordnet, insgesamt 48 einzeln genannten „Straftaten". Die 4 „Hauptanklagepunkte" sind:
I. **„Diffamierung und Verfolgung von Partei- und Staatsführern, Verschwörung zum Sturz der politischen Macht der Diktatur des Proletariats".** (23 „Straftaten", von denen sich mit Ausnahme der Punkte 8, 10 und 23 alle auf die Kulturrevolution beziehen).
II. **„Verfolgung und Unterdrükkung einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern".** (15 „Straftaten", alle im Zusammenhang der Kulturrevolution).
III. **„Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreiches".** (6 „Straftaten" in Zusammenhang mit Lin Biao's angeblichem „Komplott" von 1971).
IV. **„Verschwörung zur bewaffneten Rebellion in Schanghai"** (4 „Straftaten" in Zusammenhang mit den Fraktionskämpfen und dem Rechtsputsch 1976).

Die 48 aufgezählten „Straftaten" werden in der Anklageschrift folgenden Straftatbeständen des erst in diesem Jahr in Kraft getretenen neuen Strafgesetzbuches zugeordnet:
+ **„Versuch, die Regierung zu stürzen und den Staat zu spalten".** (Art. 92). Höchststrafe: Lebenslänglich oder Todesstrafe.
+ **„Vorbereitung einer bewaffneten Rebellion".** (Art. 95). Bis zu 10 Jahren Haft, in schweren Fällen ist die Todesstrafe möglich.
+ **„Tötung und Verletzung von Bürgern in konterrevolutionärer Absicht"** Art. 101. Lebenslänglich oder Todesstrafe.
+ **„Verleumdung und falsche Anschuldigung von Bürgern in konterrevolutionärer Absicht".** Art. 138. Kein genaues Strafmaß festgesetzt.
+ **„Organisierung und Anführung einer konterrevolutionären Vereinigung".** Art. 98. Mindeststrafe 5 Jahre.
+ **„Konterrevolutionäre Propaganda und Demagogie"** Art. 102. Mindeststrafe 5 Jahre.
+ **„Erzwingung von Geständnissen durch Folter".** Art. 136. Kein genaues Strafmaß festgesetzt.
+ **Illegale Verhaftungen von Bürgern."** Art. 143. Kein genaues Strafmaß festgesetzt.

Bemerkenswert ist, daß die Anklageschrift zwar die Behauptung wiederholt, daß Lin Biao bei seinem „Komplott" 1971 ein Bündnis mit der Sowjetunion eingehen wollte, aber die logische Konsequenz aus dieser Version, Erhebung einer Anklage nach Art. 91, „vergessen" hat. (Art. 91 besagt: *„Wer sich mit fremden Ländern zusammentut und verschwört, um die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit des Mutterlandes zu gefährden, wird mit lebenslanger Haft oder Haft nicht unter 10 Jahren bestraft."* In schweren Fällen ist die Todesstrafe möglich).

Aus den in der Anklageschrift genannten Paragraphen geht auf den ersten Blick hervor, daß die offizielle Behauptung, es handele sich n i c h t um einen politischen Prozeß, sondern ausschließlich um kriminelle Handlungen, falsch ist. **Zumindest die Anklage nach Art. 98 („konterrevolutionäre Vereinigung") und Art. 102 („konterrevolutionäre Propaganda") ist r e i n politisch.** Wir haben es hier seitens der chinesischen Offiziellen also mit einer albernen Schutzbehauptung zu tun, wie sie bisher schon von sowjetischer Seite

Offiziellen also mit einer albernen Schutzbehauptung zu tun, wie sie bisher schon von sowjetischer Seite

bei politischen Prozessen bekannt ist und regelmäßig in der „UZ" nachgebetet wird („In der Sowjetunion gibt es keine politschen Prozesse").

Daß zudem auch die Anklage nach Art. 92 („Versuch, die Regierung zu stürzen ...") in erster Linie r e i n politisch ist, soll an späterer Stelle dieses Artikels noch gezeigt werden.

Die Anklage des Pekinger Prozesses bezieht sich auf einen Zeitraum von 10 Jahren und betrifft zwei verschiedene „Täter"-Gruppen, nämlich zum einen die „Clique um Jiang Qing" (die Angeklagten 1 bis 4) und zum anderen die „Clique um Lin Biao" (die Angeklagten 6 bis 10). Chen Boda nimmt eine Zwischenstellung ein. Die Anklageschrift behauptet, daß beide „Täter"-Gruppen **„während der ‚großen Kulturrevolution' in geheimem Einverständnis z u s a m m e n g e a r b e i t e t ..."** haben, *„um so die Führung der Partei und des Staates an sich zu reißen und die politische Macht der Diktatur des Proletariats zu stürzen."* Die Anklage ist k o l l e k t i v gefaßt, also gegen die 10 Angeklagten i n s g e s a m t gerichtet. Entsprechend kann in der Anklageschrift z.B. zusammenfassend formuliert werden: *„Die konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing .. bereiteten die Ermordung des Parteivorsitzenden Mao vor sowie eine bewaffnete Rebellion ..."*, obwohl sich der Anklagepunkt „Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung" k o n k r e t nur gegen e i n e n der 10 Angeklagten richtet. Noch deutlicher als in der Anklageschrift offenbarte sich die p o l i t i s c h e Konstruktion der Anklage in der offiziellen Prozeßankündigung des Generalstaatsanwalts Huang Huoqing am 27.9.80: Huang führte aus, *„es sei beschlossen worden, die zwei konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und um Jiang Qing als e i n e n Fall anzuklagen, weil sie beide z u s a m m e n intrigiert und einander ausgenutzt hätten. In den ersten fünf Jahren der ‚Kulturrevolution' hätten sie unter einer Decke gesteckt und zusammengearbeitet, um die Parteiführung und die Staatsmacht an sich zu reißen und dem Staat und dem Volk unheil zu bringen.* **Ihre verbrecherischen Ta-**



„Zerschlagt ihren Hundekopf"

Wie auf diesem Plakat (wo Jiang Qing als machtgierige Königin, die das Volk mit Füßen tritt, dargestellt wird) wurden seit 1976 zahlreiche Hetzkampagnen gegen die „Viererbande" geführt.

tigkeiten seien miteinander verbunden und könnten nicht getrennt werden. *Als Lin Biao nach seinem Landesverrat bei einem Flugzeugabsturz im September 1971 ums Leben gekommen war, habe die konterrevolutionäre Clique um Jiang Qing Lin Biaos Anhänger um sich gesammelt und ihr konterrevolutionäres Ränkespiel f o r t g e f ü h r t".* („Peking Rundschau", 40/80, S. 4 – Hervorh. von mir).

Ähnlich der bekannten Konstruktion der „kriminellen" bzw. „terroristischen" Vereinigung in bundesdeutscher Unrechtspraxis sollen Angeklagte auch für Taten zur Rechenschaft gezogen werden, die sie nachweislich nicht begangen haben (können) oder die ihnen jedenfalls nicht konkret nachgewiesen werden. Im Fall des Pekinger Prozesses ist z.B. offensichtlich, daß die Angeklagten aus der „Clique um Lin Biao", die schon seit 1971 in Haft waren, mit dem „Hauptanklagepunkt" IV („Verschwörung zur bewaffneten Rebellion in Schanghai), der sich auf das Jahr 1976 bezieht, gar nichts zu tun
lion in Schanghai), der sich auf das Jahr 1976 bezieht, gar nichts zu tun
haben k ö n n e n . Andererseits macht weder die Anklageschrift noch das Gericht im bisherigen Prozeßverlauf auch nur den geringsten Versuch, eine Beteiligung der „Viererbande" am „Hauptanklagepunkt" III (Lin Biao's angebliche Putsch- und Mordpläne von 1971) k o n k r e t zu behaupten, geschweige denn nachzuweisen.

Wohlgemerkt, selbst die Anklage behauptet k o n k r e t also nur für die „Hauptanklagepunkte" I und II Zusammenarbeit und kollektive Schuld beider angeklagten „Täter"-Gruppen, nicht aber für die Punkte III und IV, die nichtsdestotrotz zum Gegenstand einer e i n h e i t l i c h e n Anklageschrift gemacht worden sind, um den p o l i t i s c h e n Zielen der Machthaber zu dienen.

Das Pekinger Gericht folgt darin sehr genau dem Muster der Moskauer Prozesse der 30er Jahre, für die gleichfalls das Zusammenbringen v e r s c h i e d e n e r Gruppen von Angeklagten (unterschiedlicher politischer Couleur) unter e i n h e i t l i c h e r Anklage typisch war. Genauso wie jetzt im Pekinger Prozess wurde in den Moskauer Prozessen aus einer realen Zusammenarbeit zwischen den Angeklagten zu einem Zeitpunkt der V e r g a n g e n h e i t eine gemeinsame Tatverschwörung zu einem ganz anderen, späteren Zeitpunkt konstruiert.

Dieses Verfahren erlaubt es, Schwächen der Anklage und vor allem der Beweisführung auszubügeln: wenn sich nichts konkret beweisen läßt, bleibt immer noch die allgemeine „ o b j e k t i v e " Schuld im Sinne der Kollektiv-Anklage. (Auf diesem Mechanismus bauten großenteils die fabelhaften „Geständnisse" der Moskauer Prozesse auf).

Die Anklage gegen die Kulturrevolution

Die 38 einzeln aufgezählten „Straftaten" unter den „Hauptanklagepunkten" I und II beziehen sich (mit Ausnahme der Punkte 8, 10 und 23) auf die Zeit der Kulturrevolution im engeren Sinne (1966 – 1968) und bilden trotz der formalen Trennung in der Ankalgeschrift einen einheitlichen Anklage-Komplex. Entsprechend den Abschnitten des chinesischen Strafgesetzes lassen sich die in diesem Komplex genannten „Straftaten" zwei Kategorien zuordnen: *„Verbrechen gegen die persönlichen und demokratischen Rechte von Bürgern"* und *„Konterrevolution".*

Ich befasse mich hier zunächst mit den „Straftaten" der ersten Kategorie, da diese Vorwürfe moralisch am schwersten wiegen und da es gerade d i e s e r Teil des Prozesses ist, an dem sich die Sympathie vieler Linker für das Pekinger Spektakel festmacht.

Die Anklageschrift gibt eine Gesamtsumme von 729.511 *„zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten"* sowie 34.800 *„ums Leben Gekommenen"* an. Zum Verständnis dieser Zahlen ist vorauszuschicken, daß die chinesische Staats- und Parteiführung in den letzten Jahren s ä m t l i c h e Anschuldigungen aus der Zeit der Kulturrevolution für ungerechtfertigt erklärt und die Betroffenen „rehabilitiert" hat. Die zitierte Zahl besagt also nur, daß damals 730.000 Menschen als Revisionisten, Bürokraten,
so nur, daß damals 730.000 Menschen als Revisionisten, Bürokraten,
„kapitalistische Elemente" usw. angegriffen wurden. Die Zahl der „ums Leben Gekommenen" beinhaltet, wie sich aus der Anklageschrift ablesen läßt, die Gesamtzahl der während einer „ungerechten Verfolgung" gestorbenen Menschen - also z.B. auch Menschen, die in dieser Zeit an Krankheiten starben. Außerdem beinhaltet diese Zahl z.T. die Opfer von Bürgerkriegskämpfen, also wohl auch Linke.

Bei einer näheren Betrachtung fällt auf, daß von den 730.000 *„zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten"* 364.000 (also mehr als die Hälfte!) allein auf Auseinandersetzungen in der Provinz Innere Mongolei kommen, 84.000 auf Auseinandersetzungen im Ostteil der Provinz Hebei und 80.000 auf Fraktionskämpfe in der Armee. Von den 34.800 „ums Leben Gekommenen" entfallen 16.200 auf die Innere Mongolei, 14.000 auf Auseinandersetzungen in der Provinz Yünnan, 3.000 auf Osthebei und 1.200 auf die Armee (Diese vier Bereiche machen also nahezu 100 % der „ums Leben Gekommenen" aus).

Daß es im Verlauf der Kulturrevolution scharfe Kämpfe, und dabei gewiß a u c h Übergriffe und Mißhandlungen seitens der Linken, gegeben hat, ist seit langem bekannt. Daß bei diesen Kämpfen die R e c h t e n , die heutein Peking zu Gericht sitzen, milder und menschlicher gehandelt haben als ihre Gegner, müßte erst noch bewiesen werden. Andererseits hat es nicht an vielfachen Vorstößen der Parteiführung – einschließlich der jetzt Angeklagten !! – gefehlt, die Kämpfe einzudämmen, Gewalttaten und Mißhandlungen zu verhindern. Im Übrigen geht aus allen authentischen Berichten recht eindeutig hervor, daß es damals die R e c h t e n waren, die damit begannen, von ihnen entsprechend aufgehetzte Arbeitergruppen gewalttätig gegen die Roten Garden vorgehen zu lassen, um ihre eigenen Machtpositionen zu verteidigen.

Der Pekinger Prozeß beruht auf der simplen, aus der Sicht der Machthaber ganz natürlichen Voraussetzung, daß a l l e Handlungen der Linken in der Kulturrevolution Verbrechen, a l l e Handlungen der Rechten hingegen gerechtfertigt waren. Von dieser schlichten Voraussetzung ist es allerdings immer noch ein recht mühsamer Schritt zur konkreten, persönlichen Schuldzuweisung an die 10 Angeklagten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wo eine reale individuelle Schuld zumindest behauptet wird, sind die entsprechenden Konstruktionen der Anklage denkbar wackelig und dürftig. (Eine der wenigen Ausnahmen ist z. B. der Vorwurf an den – toten, nicht mehr angeklagten – Kang Sheng, daß er persönlich Anweisung gegeben habe, bestimmte inhaftierte Gegner „durch schonungslose Folter" zu Geständnissen zu bringen).

Eine der aufgezählten Straftaten lautet beispielsweise *„Diffamierung und Verfolgung von Liu Schaotschi"* (Punkt 2) – dem damaligen Hauptrepräsentanten der Rechten.

Jiang Qing wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, sie habe „direkt" die (vom ZK eingesetzte) Untersuchungsgruppe gegen Liu und seine Frau „kontrolliert". Es ist aber eine nicht zu leugnende Tatsache,daß der Abschlußbericht eben dieser Untersuchungsgruppe vom ZK auf einer vom 13. bis 31. 1o. 1968 dauernden Sitzung (12. Plenum des VIII.ZK) ausdrücklich g e b i l l i g t wurde und daß dieselbe ZK-Sitzung eine drastische (inhaltsarme und in der Wortwahl maßlose) Verdammung Liu Schao- tschi's beschloß: Er sei **„ein Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeiterverräter"**, ein **„Handlanger des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Kuomintang- Reaktionäre"**, und er habe *„zahllose Verbrechen begangen"*. Auf dieser Basis beschloß das ZK den endgültigen Parteiausschluß Liu's. (Zitiert nach dem am 31.10.68 beschlossenen Kommunique).

Gemessen an dieser parteioffiziellen Verdammung ist die individuelle Schuldzuweisung für die „Diffamierung" Liu's an einige der 10 Angeklagten nicht bloß unglaubwürdig, sondern absurd. Ebenso absurd ist z.B. der Vorwurf der Anklageschrift gegen Jiang Qing, Kang Sheng und Chen Boda, sie hätten im Juli 1967 e i g e n m ä c h t i g die Freigabe Liu's für die namentliche Kritik beschlossen. Das ist zum einen unwahrscheinlich, da eine Entscheidung von dieser Tragweite kaum an Mao und den höchsten Parteigremien vorbei hätte beschlossen werden können. Im Übrigen ist diese Frage aber auch durch die zumindest nachträgliche Billigung des ZK für das Verfahren gegen Liu irrelevant geworden.

Ebenso verhält es sich mit den weiteren einzeln aufgezählten „Straftaten" im „Hauptanklagepunkt"I. Punkt für Punkt wird so getan, als seien ausschließlich und persönlich die Angeklagten (bzw. die 6 toten weiteren „Haupttäter") dafür verantwortlich gewesen, daß namentlich genannte Parteiführer „verleumdet" (d.h. als Revisionisten angegriffen), abgesetzt und z.T. auch verhaftet wurden – obwohl in allen Fällen eine kollektive Verantwortlichkeit der damaligen Parteispitze vorausgesetzt werden muß, und obwohl alle derartigen Maßnahmen zumindest nachträglich vom ZK und vom IX. Parteitag gebilligt wurden. Ähnlich setzt sich die Aufzählung von „verfolgten" Parteikadern auch im „Hauptanklagepunkt" II fort. Hinzu kommen einge bemerkenswerte Konstruktionen, mit denen die Angeklagten auch für die „Verfolgung und Unterdrückung von einfachen Bürgern" verantwortlich gemacht werden sollen. Beispielsweise:

- „Straftat" Nr.26. Chen Boda habe im Dezember 1967 behauptet, in der Parteiorganisation von Osthebei würden *„Kuomintang-Leute und Renegaten eine führende Rolle spielen"*. **„Aufgrund dieser Aussage Chen Bodas"** seien über 84 000 Menschen in Osthebei *„fälschlich beschuldigt und verfolgt"* worden, wovon 3 000 ums Leben kamen. Lediglich mit der einfachen Formel „Aufgrund dieser Aussage ..." wird die strafrechtliche Verantwortlichkeit Chen Bodas für die Gesamtheit dieser Ereignisse hergestellt.
- „Straftat" Nr.28. Kang Sheng und Xie Fuzhi sollen 1968/69 die Bekämpfung einer illegalen „Revolutionären Volkspartei der Inneren Mongolei" gefordert haben. Aus dieser Aufforderung habe sich die „ungerechtfertigte Beschuldigung und Verfolgung" von 346 000 Menschen und der Tod von 16 200 Menschen ergeben. (Es ist nicht ganz uninteressant, daß somit 50 % der Opfer, die den Angeklagten angelastet werden, auf das Konto zweier T o t e r gebucht werden, was bedeutet, daß dieser Teil der Anklage nicht Beweisgegenstand im Prozeß ist).
- „Straftat" Nr. 27. Wiederum Kang Sheng und Xie Fuzhi werden nach demselben Schema für den Tod von 14 000 Menschen in der Provinz Yünnan verantwortlich gemacht.
- „Straftat" Nr.32. „Die konterrevolutionäre Clique um Lin Biao" habe in der Armee *„zahlreiche falsche Verdächtigungen"* vorgebracht, w o d u r c h mehr als 80 000 Menschen *„verleumdet und verfolgt"* worden seien. K o n k r e t wird den 4 Angeklagten der „Clique um Lin Biao" in diesem Punkt allerdings nur die „Verleumdung und Verfolgung" von insgesamt rund 1500 Menschen angelastet.

„Verschwörung zum Sturz der politischen Macht"

„Verschwörung zum Sturz der politischen Macht" oder, wie es im Strafgesetz heißt, **„Verschwörung zum Sturz der Regierung und zur Spaltung des Landes"** (Art.92) , ist der schwerwiegendste Vorwurf der Anklage im Pekinger Prozeß. Zugleich ist dies, bezogen auf die Kulturrevolution, der lächerlichste Teil der Anklage. So wird unter „Straftat" Nr.1 Lin Biao zitiert, der am 23.1.67 gesagt habe: *„Die Macht auf oberer, mittlerer und unterer Ebene muß ergriffen werden"*. Zitiert wird in diesem Punkt außerdem Zhang Chunqiao

Fortsetzung nächste Seite

Weitere Abrechnungen mit der Kulturrevolution

Der seit eingen Wochen laufende widerliche Schauprozeß gegen die linken Gruppen um Lin Biao und Jiang Qing, die in der Auseinandersetzung innerhalb der Führungsebenen der KPCH derzeit die „Spitze" darstellt, hat bei vielen linken Beobachtern verdeckt, daß keine acht Wochen vor Beginn des Prozesses zwei weitere ehemals führende Funktionäre der KPCH und der Kulturrevolution rückwirkend verdammt worden sind.

Daß ihnen beiden nicht auch der Prozeß gemacht wird, in dem beide wohl mit der Todesstrafe zu rechnen hätten, liegt nur daran, daß beide schon einige Jahre tot sind. Dies ist wirklich ohne Übertreibung zu sagen, da die beiden verstorbenen Funktionäre jahrelang die beiden Säulen des Sicherheitsapparats der KPCH gewesen sind. Damit waren beide, vor allen Dingen während der Kulturrevolution, dafür verantwortlich, die Beschlüsse der höheren Parteiorgane praktisch umzusetzen, als während der Kulturrevolution große Teile des Funktionärsapparates entmachtet wurden.

Es waren ja gerade d i e Parteifunktionäre, die heute die Politik in der VR China bestimmen, die diese beiden heute verdammten Funktionäre während der Kulturrevolution verhaften ließen. Daß da noch alte Rechnungen der heute herrschenden Politiker offen waren und sind, dürfte sehr einsichtig sein. Doch um wen ging es eigentlich? Das ZK der KPCH beschloß Ende Oktober 1980, Kang Sheng und Xie Fuzhi rückwirkend aus der Partei auszuschließen. Die Begründung für diese Maßnahme lautete, daß beide *„während der Kulturrevolution schwerwiegende Verbrechen"* begangen hätten und sich *„direkt an dem konterrevolutionären Komplott von Lin Biao und Jiang Quing zur gewaltsamen Machtergreifung innerhalb der Partei beteiligt"* hätten. Beiden wird vorgeworfen, während der Kulturrevolution politische Gegner getötet und gefoltert zu haben oder zumindest die Befehle dazu gegeben zu haben.

Auf derselben Sitzung beschloß das ZK weiterhin, die beiden damaligen (von Tschu Enlai und Ye Jianying gehaltenen) Trauerreden für null und nichtig zu erklären. Diese Beschlüsse des ZK sollen auf Grundlage zweier Untersuchungsberichte der nach dem Rechtsputsch neu eingerichteten Disziplinkontrollkommission des ZK gefaßt worden sein, die sich fast ein ganzes Jahr lang mit den angeblichen „Verbrechen" von Kang Sheng und Xie Fuzhi beschäftigt hatte.

Innerhalb der letzten Jahre sind eine ganze Reihe von ehemals führenden Funktionären in der Versenkung verschwunden oder/und verdammt worden. Kang und Xie stellen aber doch eine Besonderheit dar, wobei die rückwirkende Verdammung eines dieser beiden, nämlich Kang Sheng, der der Bekanntere und Einflußreichere gewesen ist, auf dieselbe Stufe zu stellen ist, wie die derzeit laufende Abrechnung mit den Gruppen um Lin Biao und Jiang Qing.

Während Kang Sheng vom Ende der 30er Jahre bis zu seinem Tod am 16.12.75 die Leitung des innerparteilichen Sicherheitsapparates innehatte, war Xie Fuzhi von 1959 bis zu seinem Tode am 26.3.72 u.a. Chef des Staatssicherheitsdienstes bzw. Minister für öffentliche Sicherheit. Darüber hinaus war er Leiter der Führungsgruppe Politik und Recht beim ZK der KPCH die auf Seiten der Partei für die Sicherheit, Ermittlungs- und Justizbehörden zuständig war, also eine Schlüsselstellung bei den Entmachtungen während der Kulturrevolution hatte. Kang Sheng war darüberhinaus auch „Berater" der einflußreichen Kulturrevolutionsgruppe beim ZK, nachdem er schon auf der *„Luschan-Tagung"* (8. Plenum des VIII. ZK) im August 1959, auf der ein scharfer Fraktionskampf ausgetragen wurde, mit zur Gruppe um Mao und Lin Biao gehört hatte und danach Artikel gegen die Rechtsopportunisten (damit war die Gruppe um Peng Te-huai, Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping gemeint) veröffentlichte.

Daß Kang Sheng ein enger Mitarbeiter der derzeit vor Gericht stehenden Jiang Quing, Chen Boda und Lin Biao in der Kulturrevolution gewesen sein soll, dürfte wohl keine Überraschung sein. Dementsprechend ist auch der rückwirkende Parteiausschluß im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Schauprozessen zu sehen.

Es fehlt eigentlich nur noch Mao selber, aber auch dieses Problem dürfte das ZK demnächst gelöst haben, da ja eine Erklärung zur Politik Maos angekündigt ist und deren Inhalt heute schon klar scheint: Daß nämlich Maos Politik höchstens bis 1959 (Luschan-Tagung) richtig war und von da an mit schweren Fehlern belastet war, womit auch die Kulturrevolution offiziell endgültig als negativ eingestuft wird.

Doch zurück zu Kang Sheng und Xie Fuzhi. Daß die beiden Funktionäre e r s t j e t z t rückwirkend aus der Partei ausgeschlossen wurden, liegt wohl daran, daß diese Maßnahme innerhalb des ZK umstritten gewesen ist. Allerdings nicht in der Verdammung dieser Funktionäre, die schon seit zwei Jahren in verschiedenen Reden öffentlich angegriffen worden waren, wenn auch nicht namentlich, sondern nur mit eindeutigen Anspielungen), sondern die Schwierigkeiten bzw. Differenzen innerhalb des ZK lagen darin, daß auch die Trauerreden für null und nichtig erklärt wurden.

Denn immerhin war es kein Geringerer als Zhou Enlai, der die Trauerrede auf Xie Fuzhi hielt und ihn dabei als *„ein hervorragendes Mitglied der KPCH und einen getreuen Kämpfer des chinesischen Volkes"* bezeichnete. Und es war das heutige (!) Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Ye Jianying, der die Trauerrede für Kang Sheng gehalten hat und ihn als einen *„großen proletarischen Revolutionär des chinesischen Volkes und einen ruhmreichen Kämpfer gegen den Revisionismus"* (in der Kulturrevolution ist damit gemeint!) bezeichnete.

Diese beiden Trauerreden sind immerhin im Auftrag des ZK der KPCH gehalten worden. Ihre „Aufhebung" beinhaltet also letztlich auch eine indirekte Kritik an Tschu Enlai. Sollte letztlich im Zuge der Abrechnung mit der Kulturrevolution auch noch die jahrzehntelange zentristische Haltung von Tschu Enlai zur Sprache kommen?

Wundern würde es einen bei dem Tempo der derzeit herrschenden Parteifunktionäre der VR China nicht.

ra., Hamburg

Fortsetzung von der vorherigen Seite

mit dem Satz: *„Die große proletarische Kulturrevolution zielt von Anfang an auf die Ergreifung der Macht ab"*, und: *„Die gesamte Macht müssen wir ergreifen"*.

Die Zitate dürften stimmen - nur **wird verschwiegen, daß das nichts weiter war als der damalige der damalige o f f i z i e l l e Standpunkt der KP Chinas.** So heißt es z.B. im Kommunique des 12. Plenums des VIII. ZK (31.10.1968), *„daß sich in den letzten mehr als zwei Jahren ein heftiger Kampf der zwei Klassen, zwei Wege und zwei Linien durch die Geschichte der Großen Proletarischen Kulturrevolution gezogen hat.* **Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht die FRage der politischen Macht,** *steht die Frage des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie um die Führung, steht die Frage, ob die Führung der Partei und des Staates in der Hand von Marxisten oder von Revisionisten liegen wird."* Man kann hierzu auch Mao zitieren, von dem Anfang 1967 die „Weisung" über die von der Partei kontrollierten Medien verbreitet wurde: **„Proletarische Revolutionäre, vereinigt euch und entreißt der Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen , die Macht!"**

Daß die Kulturrevolution der Eroberung der politischen Macht dienen müsse, war also keine Spezialthese der jetzt angeklagten „konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing", sondern p a r t e i o f f i z i e l l e r Standpunkt. Die zugrundeliegende Theorie wurde von Mao Tse- tung selbst entwickelt: *„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen.Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Anderenfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln und es wird zu einer Restauration kommen."* (Rede

Gegenteil verwandeln und es wird zu einer Restauration kommen." (Rede

auf einer Arbeitskonferenz des ZK. August 1962). Die These vom Fortbestehen des Klassenkampfes unter sozialistischen Bedingungen ist in den letzten Jahren von den chinesischen Machthabern für irrig , „ultralinks" und sogar „faschistisch" erklärt worden. Nebenbei besaßen die offiziellen Propagandaorgane den beachtlichen Humor, diese These Mao Tsetungs für eine Erfindung der „Viererbande" zu erklären. Aus dem Streit um genau diese Frage ergibt sich der brisant p o l i t i s c h e Charakter des Pekinger Prozesses: Nach der damaligen parteioffiziellen Ansicht war die Kulturrevolution „absolut notwendig" und wurde „genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen" (Kommunique des 12.Plenums des VIII.ZK, 31.10.68). Nötig war es dazu auch, „durch wiederholtes Kräftemessen der Klassen schließlich das von Liu Schao-tschi vertretene bürgerliche Hauptquatier samt seinen Agenten in verschiedenen Gegenden zu zerschmettern ... und auf solche Weise den von diesen Leuten usurpierten Teil der Macht z u r ü c k z u gewinnen." (ebenda). Die Notwendigkeit einer „Ergreifung der Macht" wurde also aus der Einschätzung begründet, daß eine Restauration bereits eingesetzt habe und daß Leute „auf dem kapitalistischen Weg" („bürgerliches Hauptquartier") bereits einen Teil der Macht gewonnen hätten. Im Gegensatz zu diesen damaligen Parteistandpunkt gehen die heutigen Machthaber, die mit dem damaligen „bürgerlichen Hauptquartier" identisch sind, selbstverständlich davon aus, daß die Kulturrevolution und speziell ihr eigener ‚Sturz' nicht nur überflüssig, sondern höchst verbrecherisch waren. Und zwar soll es sich nicht nur um „ungerechte Beschuldigung und Verfolgung" ihrer Person gehandelt haben, sondern auch um ein konterrevolutionäres Verbrechen gegen Staat und System („Sturz der politischen Macht der Diktatur des Proletariats").

In der Anklageschrift heißt es zu diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich: *„Um die politische Macht der Diktatur des Proletariats zu stürzen, diffamierten und verfolgten die konterrevolutionären Cliquen um Lin Bioa und Jiang Qing vorsätzlich Partei- und Staatsführer und leitende Kader aus allen Gebieten"* (Einleitung zum „Hauptanklagepunkt" 1). Das eine ergibt sich also aus dem anderen, d.h. der Angriff auf die betreffenden Partei- und Staatsführer ist identisch mit dem Angriff auf „die politische Macht der Diktatur des Proletariats" - was im Grunde ja nichts anderes heißt, als daß die betrffenden Machthaber ihre eigenen Personen mit der Diktatur des Proletariats gleichsetzen. (Eine aus allen „realsozialistischen " Systemen bekannte Erscheinung). Und dabei handelte es sich noch nicht einmal um die G e s a m t h e i t der damaligen Parteiführung, sondern nur um einen T e i l davon, höchstwahrscheinlich sogar nur um eine M i n d e r h e i t. **Ihr ‚Sturz', der heute als konterrevolutionäres Verbrechen angeklagt ist, vollzog sich mit Zustimmung der höchsten Parteigremien und des Parteitages, und zudem mit Hilfe einer beispiellosen Mobilisierung der Massen.**

Im Unterschied zum Punkt III (Lin Biaos angebliche Putschpläne von 1971) hält die Anklage von Art. 92 („Verschwörung zum Sturz der Regierung ...") in Bezug auf die Kulturrevolution also noch nicht einmal den bescheidensten formalen Ansprüchen stand. Es ist eine rein politische Anklage, die lediglich dem Faustrecht folgt („Der Sieger verurteilt den Besiegten"). **Hier b e g i n n t ein Rachefeldzug, der sich in das Kostüm des „fairen Prozesses nach zivilisierten Regeln" kleidet und der gewiß erheblich mehr Menschen treffen soll, als bloß die jetzt angeklagten zehn.** Es gibt inzwischen einen Erlaß der höchsten Parteigremien,daß n i e m a n d , der sich an Aktionen der Kulturrevolution beteiligt hat, heute einen Posten im Partei- oder Staatsapparat haben darf - Ein Berufsverbot im großen Stil. Es dürfte sich dabei aber wohl nur um den A n f a n g der Abrechnung mit allen handeln, die damals die Kulturrevolution, als politische Revolution gegen eine ‚neue Bourgeoisie', unterstützt haben.

Das „Komplott" von 1971

Der IX. Parteitag der KPCh (April 1969) beschloß eine historisch beispiellose Maßnahme: In die Präambel (Kapitel 1) des neuen Partei-Statuts wurde ein Passus aufgenommen, der nicht bloß peinlichste Hudeleien auf Lin Biao enthielt („....*hat am treuesten und standhaftesten die ...Linie des Genossen Mao Tse-tung befolgt und verteidigt"*), sondern ihn zugleich offiziell zum künftigen Nachfolger Mao Tse- tungs bestimmte. Im Sommer 1971 jedoch verschwand Lin Biao auf zunächst unerklärte Weise aus dem politischen Leben. Erst ein Jahr später wurde, zunächst inoffiziell durch chinesische Diplomaten im Ausland, eine Version verbreitet: Lin Biao habe einen Staatsreich und die Ermordnung Mao Tsetungs geplant und vorbereitet; nach der Aufdeckung seines Vorhabens habe er mit dem Flugzeug in die Sowjetunion fliehen wollen und sei dabei am 13./14. 9. 1971 über der Mongolei abgestürtzt und ums Leben gekommen.

Der Pekinger Prozeß ist gewiß keine Gelegenheit, die Tatsächlichkeit dieser Version zu überprüfen. Ich beschränke mich hier deshalb darauf, im vorgegebenen Rahmen der Anklageschrift deren Absurdität auch in diesem Punkt zu verdeutlichen.

1. Die Anklageschrift geht, wie anfangs dargestellt, von der Konstruktion eines einheitlichen, gemeinsamen Verbrechens aus, was u.a. auch bedeutet, daß die unter III aufgezählten Vorwürfe sich ausdrücklich auch gegen die „Clique um Jiang Qing" richten (vergl. Zusammenfassung in der Anklageschrift).
2. Im „Hauptanklagepunkt" III werden jedoch 5 der 10 Angeklagten (die „Viererbande" und Chen Boda) nicht einmal namentlich erwähnt.In der Einleitung zu III heißt es sogar ausdrücklich nur: „*...begann die Clique um Lin Biao mit der Vorbereitung eines konterrevolutionären Staatsstreiches und der Ermordung des Parteivorsitzenden"*.
3. Aber selbst von den 5 Angeklagten aus der „Clique um Lin Biao" wird nur e i n e r in der Anklageschrift k o n k r e t der Beteiligung an den angeblichen Putsch- und Mordplänen beschuldigt - Jiang Tengjiao, **der einzige der 10 Angeklagten, der nicht zur Parteispitze gehörte.**
4. Den übrigen 4 Angeklagten aus der „Clique um Lin Biao" werden lediglich folgende Vorwürfe gemacht:

a. Wu Faxian habe im Oktober 1969 Lin Biaos Sohn, Lin Liguo, zum stellvertrtenden Direktor des Büros beim Hauptquatier der Luftwaffe ernannt, d.h. in eine Schlüsselstellung befördert. Lediglich hieraus wird eine indirekte Verantwortlichkeit Wu's für das angebliche „Komplott" von 1971 konstruiert. Mehr sagt auch das propagandistisch ausgeschlachtete „Geständnis" Wu's im Prozeß nicht aus: *„Durch meine persönliche Übergabe des Kommandos über die Luftwaffe an Lin Liguo erleichterte ich in der Tat Lin Biao bei seinem konterrevolutionären Staatsstreich und Mordanschlag am Vorsitzenden Mao Zedong die Bedingungen und lieferte ihm Personal und Kräfte."* („Peking Rundschau", 48/ 80, s.29). Ein Übereifriger hat den entsprechenden Bericht in der „Peking Rundschau" über Wu's Verhör auch noch mit der starken Schlagzeile überschrieben: **„Wu Faxian gesteht: Lin Biao plante einen konterrevolutionären Staatsstreich".** Tatsächlich geht n i c h t s dergleichen aus dem Prozeßberichten hervor. Die Ernennung Lin Liguos auf einen so hohen Posten ist in der Tat eine Merkwürdigkeit und wirft kein gutes Licht auf damalige Praktiken - immerhin muß aber angenommen werden, daß diese Ernennung damals durch Partei- und Staatsgremien zumindest nachträglich b e s t ä t i g t wurde. Zudem erfolgte die Ernennung bereits im Oktober 1969, aber erst ab Mai 1970 datiert die Anklageschrift die ersten Ansätze zu den späteren angeblichen Putsch- und Mordplänen.

b. Mao unternahm im September 1971 ein „Inspektionsreise" durch das Land, die anscheinend der Vorbereitung von Maßnahmen zur Entmachtung Lin Biaos (und seiner ‚Fraktion') diente. In diesem Zusammenhang sagt die Anklsgeschrift aus: Li Zuopeng sei am 6.9.71 „per Geheimbericht" von einem örtlichen Militär über die Inhalte des Auftritts Maos in Wuhan informiert worden. Diese Information habe er an Qiu Huizao und Huang Yongsheng weitergegeben. Huang habe dann telefonisch Ye Qun (Lin Biao's Ehefrau) informiert - und „d a r a u f h i n" hätten Lin Biao und Ye Qun die Ermordung Maos beschlossen. Der Schuldvorwurf ist konkret also lediglich, daß Huang eine (wahrscheinlich nicht einmal sonderlich geheime)Information weitergab, die dann zum Anlaß eines Mordplanes geworden sei.

c. Li Zuopeng habe durch Verfälschung einer Anweisung von Tschu En-lei den Start der Fluchtmaschine von Lin Biao usw. ermöglicht, also diesem Fluchthilfe geleistet.

d. Huang Yongsheng, Wu Faxian und . Qiu Huizua hätten nach der Flucht Lin Biaos *„jegliches belastende Material, wie ihre KOrrespondenz mit Lin Biao und Ye Qun, Aufzeichnungen, Fotographien und anderes Material"* vernichtet.

Gemessen an der Anklage („Verschwörung zur Ermordung ..."usw) ist das ein äußerst mageres Gesamtergebnis.Dabei ist zu berücksichtigen, **daß die Anklageschrift hinsichtlich der angeblichen Putsch- und Mordpläne Lin Biaos äußerst ausführlich und detailiert ist. Viele Namen werden da genannt - nur die im Pekinger Prozeß Angeklagten sind nicht darunter,mit Ausnahme von Jiang Tengjiao.**

Daß sich Leute gegenseitig über eine gegen sie selbst laufende Kampagne informierten, daß einer seinem langjährigen Chef bei der Flucht half,daß sie nach dem Tode Lin Biao's „belastendes Material" (nämlich alles Material über ihre Beziehungen zu Lin Biao) vernichteten - alles das wäre weder erstaunlich noch besonders belastend. **Erstaunlich ist vielmehr, daß die so ausführliche Anklageschrift gar nicht erst den Versuch macht, eine tatsächliche Mitwisserschaft oder gar Beteiligung der vier Politbüromitglieder aus der „Clique um Lin Biao" an den angeblichen Putsch- und Mordplänen ihres Chefs zu behaupten.** Dieses merkwürdige Defizit wurde, soweit bisher bekannt auch nicht durch sensationelle „Geständnisse" im Prozeßverlauf ausgeglichen. Es bleibt daher die Feststellung, **daß sich diese vier Angeklagten - die damals höchste militärische Posten hatten,** also für einen Putschversuch bestimmt von Bedeutung gewesen wären! - **mit den angeblichen Putsch- und Mordplänen ihres Chefs in keinerlei direkte Verbindung bringen lassen.** Das wirft freilich auch auf die angeblichen Pläne selbst ein sehr seltsames Licht. Ebenso seltsam ist der Umstand, daß alle diese Militärs, denen immerhin Teilnahme an einem Putsch- und Mord-„Komplott" 1971 vorgeworfen wird, neun Jahre später überhaupt noch am Leben sind und daß ihnen bisher anscheinend noch nicht einmal der Prozeß gemacht worden war.

„Verschwörung zur bewaffneten Rebellion in Schanghai"

Im „Hauptanklagepunkt" IV wird Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Weng Hongwen (aber nicht Jiang Qing!) vorgeworfen, sie hätten „gemeinsam" mit drei namentlich genannten Mitgliedern der Schanghaier Stadt- und Parteileitung „eine bewaffnete Streitmacht organisiert und ausgehend von Schanghai kurz vor ihrem Ende eine bewaffnete Rebellion vorbereitet".

Die Anklage lautet in diesem Punkt auf „Vorbereitung einer bewaffneten Rebellion" (Art. 95), nicht aber auf den weitergehenden Artikel 92 („Verschwörung zum Sturz der Regierung und Spaltung des Staates"). Dieser feine Unterschied ist bemerkenswert, weil die Verhaftung der „Viererbande" (6. 10.76) u.a. ausdrücklich mit der Behauptung begründet wurde, man habe dadurch einem von ihnen geplanten Staatsstreich z u v o r k o m m e n müssen. Davon ist jetzt in der Anklage ebenso wenig die Rede wie von Mordplänen gegen Mao, die damals vor allem Jiang Qing in der Propaganda immer wieder vorgeworfen wurden.

Konkret wird in der Anklageschrift behauptet:

„Straftat" Nr. 47: Die Schanghaier Leitung habe im August (oder September?) 1976 veranlaßt, daß an die örtliche Volksmiliz 74.000 Gewehre, 300 Geschütze und über 10 Millionen Schuß Munition verteilt wurden – *„als konkrete Vorbereitung für eine bewaffnete Rebellion"*, wie die Anklage behauptet Zhang Chunqiao wird vorgeworfen, daß er nachträglich (!) von dieser Waffenausgabe erfahren und sie anscheinend gebilligt habe. Wang Hongwen wird sogar nur vorgeworfen, daß er am Telefon zu einem Mitglied der Schanghaier Leitung gesagt habe: *„Seid wachsam, denn der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Bourgeoisie innerhalb der Partei wird sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden. Der eine oder andere wird versuchen, Deng Xiaoping wieder einzusetzen"*. (Was gewiß eine richtige Einschätzung, aber schwerlich eine kriminelle Handlung war!).

Der Rest dieses „Hauptanklagepunktes" spielt bereits n a c h der Verhaftung der „Viererbande":

„Straftat ' Nr. 48: Nach der Verhaftung der 4 habe die Schanghaier Leitung am 8.10.76 Personen nach Peling geschickt, *„um festzustellen, was dort vor sich ging"*. (Die Verhaftung war zu diesem Zeitpunkt in Schanghai also noch nicht bekannt). Die nach Peking geschickten Personen hätten von dort aus dann Mitglieder der Schanghaier Leitung über die Verhaftungen informiert. Diese hätten daraufhin eine „Dringlichkeitssitzung" einberufen und die „sofortige Mobilisierung der Miliz" beschlossen. Dazu hätten sie erklärt, man müsse **„den Kampf, auch wenn wir uns nicht mal eine Woche halten können, dann eben nur fünf oder gar nur drei Tage führen, damit die ganze Welt erfährt, was hier vor sich geht". Aus diesem Zitat in der Anklageschrift geht unzweifelhaft hervor, daß es sich bei der „bewaffneten Rebellion" in Schanghai nur um eine örtliche, rein defensive und symbolische R e a k t i o n auf die Verhaftung der „Viererbande" handeln sollte, nicht aber um langfristig vorbereitete, landesweite Staatsstreich-Pläne.** Die weitere Darstellung in der Anklageschrift bestätigt das: Da heißt es, daß n a c h der Verhaftung der „Viererbande" in Schanghai ein „Kommandostab" gebildet worden sei, daß d a n n erst ein *„Plan für eine bewaffnete Rebellion ausgearbeitet"* worden sei usw. – Warum es trotz dieser Pläne anscheinend überhaupt nicht zu Ansätzen eines bewaffneten Widerstands in Schanghai kam, wird in der Anklageschrift nicht erklärt.

Eine Zeitbombe gegen Hua & Co

In den meisten Berichten der Tagespresse ist zu lesen, daß in der Anklage darauf v e r z i c h t e t worden sei, die Umstände der zweiten Absetzung Deng Hsiao-pings (April 76) aufzunehmen, und daß dieser Verzicht Teil eines politischen Tauschgeschäftes mit Hua Guo-feng sei. Diese gängige Version ist aber falsch: Die Anklageschrift erwähnt diese Vorgänge unter den „Straftaten" Nr. 10

gänge unter den „Straftaten" Nr. 10

und Nr. 23. Im einzelnen heißt es dazu: Deng sei zwischen Februar und Mai 76 von Jiang Quing, Zhang Chunqiao und Yao Wen-yuan (Wang Hongwen wird an dieser Stelle nicht genannt) „fälschlich beschuldigt" worden. Aufgezählt werden Beschimpfungen wie „konterrevoultionärer Doppelzüngler", „Faschist", „Erzverräter" und „Vertreter der Kompradorenbourgeoisie". Deng sei zudem von Yao Wenyuan für die Demonstrationen Anfang April 76 auf dem Tien-An-Men-Platz verantwortlich gemacht worden. Yao Wen-yuan habe diese Demonstrationen als „konterrevolutionär" bezeichnet. – „Auf Geheiß" von Yao Wenyuan und Wang Hongwen seien außerdem zwischen Januar und September 76 Leute in verschiedene Orte und Institutionen geschickt worden, um „Materialien zu sammeln" und Anhänger Deng Hsiao-pings als „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" anzugreifen.

Soweit die Anklageschrift. Interessant ist, was die Anklageschrift n i c h t enthält: Sie geht nicht auf die tatsächlich erfolgte Absetzung Deng's durch das Politbüro (im April 76) ein, und sie schweigt auch über die gewaltsame Auflösung der Demonstrationen auf dem Tien-An-Men-Platz. Nach der Logik des Pekinger Prozesses m ü ß t e n beide Vorgänge aber Gegenstand einer juristische Verfolgung sein. Die Demonstrationen vom April 76 sind bereits Ende 1978 zur berechtigten „revolutionären" Widerstandshandlung erklärt worden; folglich müßte die Auflösung dieser Demonstrationen rechtswidrig gewesen sein. Verantwortlich gemacht werden müßten dann vor allem der damalige Pekinger Bürgermeister (der vor einigen Monaten zwangsweise aus dem Politbüro und allen sonstigen Ämtern „zurückgetretene", aber bisher noch nicht öffentlich kritisierte Wu Döh) und der damalige Polizeiminister (Hua Guo-feng selbst!), und darüber hinaus indirekt auch die damalige Parteispitze insgesamt.

Bekanntermaßen gab das Politbüro der KPCh am 7. April 76 gleichzeitig zwei Beschlüsse bekannt. Der erste lautete: *„Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro des ZK der KPCh einstimmig die Ernennung*

Protest des KB an die Regierung der VR China

Mit wachsender Empörung haben wir den Prozeß in Peking gegen die „Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing" beobachtet. Besondere Wut und Trauer empfinden wir angesichts des Antrags auf Todesstrafe gegen Frau Jiang Qing.

Dieser Prozeß stand von Anfang an unter Voraussetzungen, die Ihrem Land nur Schande machen: Die Vorverurteilung der Angeklagten durch Presse und Rundfunk; die Hexenjagd gegen die Angeklagten mit z.T. offensichtlichen Erfindungen (z.B. Frau Jiang Qing habe Mao Tsetung ermorden wollen); die Aussperrung der chinesischen und internationalen Öffentlichkeit von dem Prozeß; die Absurdität der Anklageschrift und der juristischen Beweisführung.

Die herrschenden Kreise des Imperialismus begrüßen diesen Prozeß selbstverständlich, aber weltweit zweifelt wohl niemand daran, daß dies ein p o l i t i s c h e r Prozeß ist, mit dem unter Mißachtung formalen Rechts R a c h e für die Kulturrevolution genommen werden soll.

Wir fordern von Ihnen:

- **Annullierung des Prozesses, Freilassung der Angeklagten**
- **Öffentliche und freie Debatte über die positiven und negativen Aspekte der Kulturrevolution statt politischer Prozesse**
- **Veröffentlichung der Zahl und der Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der VR China**
- **Zugang internationaler humanitärer Organisationen wie „amnesty international" zu allen politischen Gefangenen**
- **Zugang der chinesischen und internationalen Öffentlichkeit zu allen politischen Prozessen**

Über die positiven und negativen Erfahrungen der Kulturrevolution wie auch der Periode seit dem 6.10.1976 wird das chinesische Volk sein Urteil finden. Sie irren sich, wie alle Diktatoren, wenn Sie meinen, dies durch politische Prozesse, Einkerkerungen, Hinrichtungen verhindern zu können.

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

des Genossen Hua Guo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China bestätigt". Der zweite Beschluß lautete: *„Das Politbüro des ZK der KPCh hat den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben, ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft beizubehalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält".* (Peking Rundschau, Nr. 15/76 – Hervorh. von mir).

Die beiden Resolutionen zeigen, daß die Beförderung Hua Guo-fengs engstens mit der Absetzung Deng Hsiao-pings verbunden war, daß die Initiative zu beiden Entscheidungen von Mao selbst ausging und ausdrücklich als solche betont wurde, und daß auf die Einstimmigkeit beider Beschlüsse Wert gelegt wurde. – Nebenbei fällt der „witzige" Umstand auf, daß in der Resolution die Demonstrationen auf dem Tien-An-Men-Platz als *„konterrevolutionär"* bezeichnet werden – was im Pekinger Prozess ein Punkt der Anklage gegen Yao Wenyuan ist (s.o.).

Angesichts der Anklage im Pekinger Prozeß, die den Angeklagten „fälschliche Beschuldigung" Deng Hsiao-pings anlastet, muß auch an die damals (Frühjahr 76) stückweise veröffentlichten Äußerungen Mao Tsetungs über Deng erinnert werden, die anscheinend einer bis heute nicht im Gesamttext publizierten internen Rede entnommen waren:

„Dieser Mensch packt den Klassenkampf nicht an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied". (Angespielt wird auf den Ausspruch „Es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist - Hauptsache ist, sie fängt Mäuse", mit dem Deng seinen „Pragmatismus" auszudrücken liebte). *„Er begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie. Er sagt, er werde ‚das gefällte Urteil niemals umstoßen'; darauf kann man nichts geben".* „Das gefällte Urteil" bedeutet hier die positive Gesamtbewertung der Kulturrevolution. Deng hatte sich in einer Selbstkritik verpflichtet, dieses „Urteil" nicht in Frage zu stellen. Mao meinte also, daß dieses Zugeständnis nicht glaubwürdig sei – eine Einschätzung, die sich offensichtlich total bestätigt hat. (Die damalige, Ende 1975 begonnene Kampagne gegen Deng und seine Anhänger trug den offiziellen Titel „Kampf gegen den Wind von rechts zur Revision der gefällten Urteile").

Wegen der damaligen Vorgänge die „Viererbande" als „Haupttäter" anzuklagen, ist also eine der albernen Konstruktionen, an denen dieser Prozeß so reich ist. Zugleich ist diese Konstruktion (absichtlich ?) so primitiv-durchschaubar und offen widersprüchlich, daß sie geradezu danach zu schreien scheint, den Widerspruch durch eine Ausweitung der Anklage aufzuheben. Daß Hua Guo-feng und zahlreiche andere Parteiführer aus der Gruppe der „Traditionalisten" in der Anklageschrift geschont werden, stimmt also nur dem äußeren Anschein nach. Im Gegenteil könnten gerade diese offensichtlichen Lücken der Anklageschrift weitere Prozesse provozieren.

Bilanz der Anklage

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die konkreten Darstellungen der Anklageschrift überhaupt nicht das halten, was der Gesamtcharakter der Anklage und die vier „Hauptanklagepunkte" versprechen.

I. „Verschwörung zum Sturz der politischen Macht des Proletariats". Mit ihrer Auffassung der Kulturrevolution als Klassenkampf zur Entmachtung einer sich herausbildenden ‚Neuen Bourgeoisie' vertraten die Angeklagten den damaligen parteioffiziellen Standpunkt.

I. und II. „Diffamierung", „Verfolgung" und „Unterdrückung" von „Partei- und Staatsführern", sowie „einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern". Die Anklageschrift geht von einer Gesamtzahl von 729.511 „zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten" und 34.800 „ums Leben Gekommenen" aus. Hiervon entfallen allein 347.000 „Verfolgte" und 30.248 „ums Leben Gekommene" ausschließlich auf die toten Kang Sheng und Xie Fuzhi. 84.000 „Verfolgte" und 2955 „ums Leben Gekommene" werden Tschen Boda angelastet; 88.556 „Verfolgte" und 1254 „Ums Leben Gekommene" werden der „Clique um Lin Biao" zugerechnet. **Demgegenüber sind die der „Viererbande" direkt zugeordneten Anschuldigungen vergleichsweise geringfügig (Verantwortlichkeit für Straßenschlachten, illegale Hausdurchsuchungen u.ä.).**

Es entspricht im Übrigen einem bekannten Propaganda-Schema, Revolutionen als Kette von Bestialitäten, Massenmorden und Verbrechen zu diffamieren, ohne politisch auf das sich bedingende Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt einzugehen. Konkret auf die Kulturrevolution bezogen heißt das, daß man zu einer gerechten Bewertung nicht kommen kann, wenn man – wie es selbstverständlich im Pekinger Prozeß Grundvoraussetzung ist – die von den damals gestürzten „bürgerlichen Machthabern" und Kadern ausgegangene Gewalt (als Gewalt der herrschenden Verhältnisse ebenso wie als direkte, repressive Gewalt zur Unterdrückung von Widerstand) einfach ausblendet bzw. pauschal rechtfertigt.

III. „Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreiches". Die Anschuldigung einer konkreten Tat im Sinne dieses Anklagepunktes richtet sich nur gegen einen der 10 Angeklagten; die anderen 9 werden mit dem Tatkomplex in keine direkte Verbindung gebracht.

IV. „Verschwörung zur bewaffneten Rebellion in Schanghai". Der Anklagepunkt richtet sich formal nur gegen drei der 10 Angeklagten. Die konkrete Anschuldigung reduziert sich darauf, einem der 10 Angeklagten vorzuwerfen, er sei nachträglich von der Ausgabe von Waffen an die Schanghaier Miliz informiert worden. Ansonsten geht die konkrete Darstellung der Anklageschrift davon aus, daß der betreffende Plan zu einer „bewaffneten Rebellion" überhaupt erst nach Verhaftung der „Viererbande" gefaßt worden sei.

Insgesamt präsentiert sich die Anklage also äußerst schwach und dürftig, vor allem hinsichtlich der Argumente gegen die beiden wichtigsten Angeklagten Jiang Qing und Zhang Chunqiao, die wohl auch nicht zufällig die Nummern 1 und 2 auf der Liste der „Haupttäter" erhielten. Diese Schwäche wird nur durch die spezielle Konstruktion der Anklage („konterrevolutionäre Vereinigung"; gemeinsame, zusammenhängende Tat) überspielt. Diese spezielle Konstruktion läßt auch dem in der chinesischen Strafprozeßordnung verankerten korrupten Kronzeugen-System viel Spielraum: So kann z.B. der Angeklagte Jiang Tengjiao mit einem *„milden"* Urteil rechnen, obwohl bzw. weil er in aller Ausführlichkeit „gestanden hat, in den angeblichen Putsch- und Mord-Plänen Lin Biaos eine Schlüsselrolle gespielt zu haben. Mit *„Milde"* kann auch Wang Hongwen rechnen, der eifrigst sämtliche Anklagepunkte bestätigte und zugleich alle Initiative für seine eigenen Handlungen Jiang Qing anlastete.

Die haarsträubende Unrechts-Konstruktion des Pekinger Prozesses wird entscheidend durch den Umstand begünstigt, daß der Prozeß geheim geführt wird und nur streng ausgewählte und vorgefilterte Bruchstücke nachträglich der Öffentlichkeit vorgeführt werden. Das Gericht und die Machthaber entgehen dadurch der lästigen Mühe, sich mit der politischen Argumentation vor allem von Jiang Qing auseinanderzusetzen. Zum Vergleich: Selbst die Moskauer Prozesse der 30er Jahre konnten von ausländischen Journalisten und Diplomaten beobachtet werden! Hinzu kommt, daß Chinas Machthaber ansonsten sehr bestrebt sind, eine „Politik der Offenen Tür" vorzuführen, um im Ausland ein gutes Bild abzugeben. Sie müssen also schwerwiegende Gründe haben, ihren großen „Schau"prozeß derart abzuschotten. Diese Gründe liegen in dem schwer zu bestreitenden Umstand, daß die den Angeklagten zur Last gelegten „Verbrechen" im Zusammenhang der Kulturrevolution in der Hauptsache offizielle Parteipolitik waren, Beschlüssen der höchsten Parteigremien entsprachen und zudem betontermaßen der „persönlichen Führung" durch Mao Tse-tung zugeordnet werden müssen. Eben dies scheint, nach den spärlichen offiziellen Informationen, zentraler Gegenstand der Argumentation von Jiang Qing vor Gericht gewesen zu sein. Dieser Argumentation haben weder das Gericht noch die Machthaber etwas entgegenzusetzen. Ihre Konstruktion – Mao habe lediglich „politische Fehler" begangen, die Angeklagten hingegen „Verbrechen" – ist läppisch und könnte einer öffentlichen Konfrontation gar nicht standhalten. Das ergibt sich eindeutig auch aus dem Aufbau der Anklageschrift, die ja hauptsächlich mit der Konstruktion der indirekten, „objektiven" Schuld arbeitet. Wenn die ganze Kulturrevolution ein grandioses Verbrechen war, so wären dafür an erster Stelle Mao Tsetung und die damalige Parteispitze insgesamt, auch z.B. der Anfang 1976 verstorbene Tschu En-lai, zu verurteilen. **Dieser logische nächste Schritt ist im Prozeß selbst noch vermieden worden, wird aber eben durch diese „halbherzige" Konstruktion der Anklage geradezu provoziert – was durchaus die Absicht der Machthaber sein dürfte.**

Eine Welle von „Säuberungen" und Prozessen ?

Der Prozeß bedeutet somit notwendigerweise das formale Ende jenes „historischen Kompromisses", der dem Rechtsputsch vom 6.10.76 zugrunde gelegen hatte. Damals hatte sich eine Große Koalition unterschiedlicher Fraktionen und Interessensgruppen gebildet, um jene „Ultralinken" (repräsentiert durch die „Viererbande") aus dem politischen Leben Chinas auszuschalten, die (zu Recht oder Unrecht ?) als potentieller Gefahrenherd für neue soziale Unruhen und Erschütterungen angesehen wurden. Diese Koalition umfaßte als wesentliche Kraft einen großen Teil der „Traditionalisten", die an einem „gemäßigten Maoismus" fsethalten wollten. Die Grundlagen des 1976 geschlossenen „historischen Kompromisses" wurden in der Parole „Stabilität und Einheit" zusammengefaßt. Konkret hieß das:

+ Das „Angriffsfeld" sollte eng begrenzt werden auf eine „Handvoll" von „Ultralinken", d.h. auf diejenigen Kräfte, die noch zum Zeitpunkt des Rechtsputsches als Fraktionsanhänger der „Viererbande" angesehen wurden. Selbst gegenüber diesen Kräften sollte eine auf maximale Aufspaltung und Schwächung abgestimmte differenzierte Politik betrieben werden.

+ Hingegen sollten keine „alten Rechnungen" beglichen werden, d.h. es sollte keine Rachefeldzüge der Deng-Fraktion gegen jene zahlreichen „Traditionalisten" geben, die früher gegen sie gestanden hatten, aber nun zur Koalition gegen die „Viererbande" gehörten.

+ Es sollte generell keine großangelegten „Säuberungen" mehr geben. Das wurde feierlich garantiert, um Unruhe unter den Kadern und in der Bevölkerung möglichst zu vermeiden.

+ Die Rolle Maos sollte im Wesentlichen unangetastet bleiben; die Berufung auf Mao sollte Legitimationsbasis des neuen Machtblocks sein. (Bau des Mao-Mausoleums, Beschluß über Herausgabe seines Gesamtwerks usw.).

+ Zur Kulturrevolution sollte eine „korrekte Haltung" eingenommen werden. Das bedeutete, daß zwar „Exzesse" verurteilt werden sollten (die pauschal der „Viererbande" angelastet wurden), daß aber an der grundsätzlich positiven Wertung der Kulturrevolution nichts geändert werden sollte.

Symbolfigur dieses „historischen Kompromisses" war Hua Guo-feng.

In der Praxis sah es allerdings so aus, daß die Rechten um Deng Hsiao-ping mit zunehmendem politischen Gewicht (das ihnen durch die Woge von ‚Rehabilitierungen' automatisch zufloß) gar nicht daran dachten, sich an das stillschweigende Übereinkommen auf „Stabilität und Einheit" zu halten: Sie betrieben eine zwar stufenweise, aber kontinuierliche Demontage Maos (und zugleich Huas); sie betrieben zunächst Demontage und dann zunehmend massive Hetze gegen die Kulturrevolution - und sie begannen entgegen allen anderslautenden Zusicherungen einen ausufernden Rachefeldzug gegen die „Traditionalisten". Eindeutigen Ausdruck fand die Einleitung dieses Rachefeldzugs vor einigen Monaten im erzwungenen „Rücktritt" mehrerer Politbüromitglieder von allen Ämtern und dem ebenso erzwungenen „Rücktritt" Hua Guo-fengs vom Posten des Ministerpräsidenten (d.h. Regierungschefs). Inzwischen wird (offenbar gezielt) das Gerücht kolportiert, Hua habe – im Austausch gegen seine ‚Schonung' im Pekinger Prozeß – auch seinen „Rücktritt" als Parteivorsitzender versprechen müssen. Offenbar voreilige Gerüchte sprachen sogar von einer Verhaftung Huas.

Möglich ist schon, daß hinter den Kulissen ein schmutziger Handel abläuft, bei dem die „Traditionalisten" durch das Damoklesschwert drohender weiterer Prozesse (nun gegen sie selbst) dazu gebracht werden sollen, ihre noch gehaltenen Positionen (im gesamten Parteiapparat, nicht bloß in der Spitze) „freiwillig", d.h. kampflos, zu räumen. **So oder so würde selbst ein solcher Handel allerdings ein erhebliches Risiko beinhalten: Die Drohung, womöglich selbst die Nächsten auf der Anklagebank zu sein, könnte die „Traditionalisten" auch zu Verzweiflungsschritten treiben.** Immerhin ist durch die Tatsachen ja erneut die Einschätzung Mao Tse-tungs bestätigt worden, daß auf Dengs Versprechungen nichts gegeben werden darf. Wer garantiert den „Traditionalisten" denn, daß sie durch eine „freiwillige" weitere Unterwerfung und Schwächung dem drohenden Unheil entgehen würden, statt es dadurch erst recht zu provozieren? Ein sehr bedrohliches Signal verdient dabei besondere Beachtung: In der Anklageschrift wird Jiang Qing u.a. vorgeworfen, sie habe während der Kulturrevolution die „Untersuchungsgruppe" gegen Liu Schao-tschi unter „direkter Kontrolle" gehabt und sei somit verantwortlich für die „Verleumdung und Verfolgung" Lius. Während des Prozesses kam in diesem Zusammenhang zur Sprache, daß Xie Fuzhi und Wang Dongxing *„gleichfalls führende Mitglieder"* der „Untersuchungsgruppe" gewesen seien („hsinhua", 3.12.–nach SWB, 5.12.). Xie Fuzhi war damals Minister für Öffentliche Sicherheit und steht jetzt auf Platz 13 der „Haupttäter" im Pekinger Prozeß; da er 1972 starb, zählt er nicht mehr zu den Angeklagten. Wang Dongxing hingegen war bis vor ein paar Monaten noch Mitglied des Politbüros, bis er zum „Rücktritt" gezwungen wurde. Bei dem Rechtsputsch 1976 hatte er eine Schlüsselrolle gespielt. Daß er jetzt direkt neben einem der 16 „Haupttäter" genannt wird und als führendes Mitglied der im Prozess als *„konterrevolutionäre Vereinigung"* behandelten „Untersuchungsgruppe" bezeichnet wird, muß wohl so interpretiert werden, daß es für weitere Prozesse keine Hemmschwelle mehr gibt.

Angesagt ist zudem von den Machthabern eine auf drei Jahre geplante gigantische „Parteisäuberung", die vor allem auf die Millionen von Menschen zielt, die während der Kulturrevolution in die Partei eingetreten und/oder in Partei- und Staatsämter aufgestiegen sind. Auch eine „Säuberung" der Armee soll durchgeführt werden. Der gewöhnlich recht gut informierte Propagandasender Vietnams in Richtung China, „Radio 1.August", meldete in diesem Zusammenhang, daß nach ersten Vorausschätzungen über 13.000 Armee-Kader von Prozessen vor Militärgerichten betroffen werden sollen (24.11., 28.11. und 1.12.–nach SWB, 4.12.).

Die Tatsachen deuten also darauf hin, daß der Pekinger Prozeß entweder der Auftakt zu einer gigantischen Welle von Prozessen, „Säuberungen" und Verfolgungen sein wird, oder daß er den Anstoß für einen neuen gewaltsamen Machtkampf geben könnte.

Kt., Hamburg

Mao auf der Anklagebank

Mao auf der Anklagebank

Zusammen mit vier weiteren bekannten Aktivisten der Kulturrevolution wurde Ende 1978 Nieh Yüan-tsu vor Gericht gestellt. Das Urteil wurde offiziell nicht bekanntgegeben. Die westliche Presse meldete (unter Berufung auf die bekannten „zuverlässigen Quellen", wie „Flüchtlinge und Reisende" etc.pp.), die 5 seien zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Dies jedenfalls stimmt zum Glück nicht: Einer der 5, Kuai Ta-fu trat im Pekinger Monster-Prozeß als Zeuge der Anklage auf.

Nieh Yüan-tsu ist weltweit bekannt geworden als Verfasserin der legendären „ersten Wandzeitung", die sie (gemeinsam mit anderen) am 25.Mai 1966 in der Pekinger Universität angebracht hatte und die eine Signalwirkung für den folgenden Aufschwung der ‚Rote Garde'-Bewegung hatte.

Durch einen Artikel in der Partei-Zeitung „Rote Fahne" vom 1.10.80 ist kürzlich auch der eigentliche Hintermann dieses schrecklichen Verbrechens ins Schußfeld geraten: der damalige Parteivorsitzende Mao.

Im Mai 1966, so wird dort erzählt, sei *„die riesige historische Tragödie der ‚Großen Kulturrevolution' in unserem Land in ihre Anfangsphase eingetreten ... Mit hinterhältigen Absichten"* habe Kang Scheng eine „Untersuchungsgruppe" an die Pekinger Universität geschickt. Kang Scheng war damals Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, also des höchsten Parteigremiums. Er starb 1975. Am 31.10.80 wurde er nachträglich aus der KP Chinas ausgeschlossen, da er *„direkt an dem Komplott von Lin Biao, Jiang Qing und Ihresgleichen zur Usurpierung der obersten Partei- und Staatsführung"* beteiligt gewesen sei und *„schwere Verbrechen"* begangen habe („Peking Rundschau", 11.11.80). – Peinlich für den (noch) amtierenden Parteivorsitzenden Hua Guo-feng: Er hatte auf dem 11. Parteitag im August 1977 eine Gedenkminute für den toten Kang Scheng einlegen lassen, den er als *„proletarischen Revolutionär"* lobte, der **„für die revolutionäre Sache des chinesischen Volkes Außerordentliches geleistet"** habe („hsinhua", 22.8.77).

Aber zurück ins Jahr 1966: Die von Kang Scheng an die Pekinger Universität geschickte „Untersuchungsgruppe" habe damals – laut „Roter Fahne" vom 1.10.80 – *„Verschwörungen hinter den Türen geschmiedet und die Flammen an der Basis geschürt".* Auf Anstiftung der „Untersuchungsgruppe" habe Nieh Yüan-tsi die Initiative zur Anbringung jener „ersten Wandzeitung" unternommen. Geschrieben worden sei die Wandzeitung nach einem Vorschlag der Frau von Kang Scheng.

„Sobald diese antimarxistische Wandzeitung erschienen war, stieß sie auf stärksten Widerstand der breiten Massen von Kadern, Dozenten und Studenten, was dem ZK der Partei mitgeteilt wurde. Am selben Abend schickte Genosse Tschu En-lai Leute zur Pekinger Universität, die die Wandzeitung ernsthaft kritisierten". Kang Scheng habe sich um diese Kritik aber gar nicht gekümmert, sondern zusammen mit Tschen Boda den Abdruck der Wandzeitung auf der Titelseite des Parteiorgans „Volkszeitung" (Renmin Ribao) am 2. Juni 1966 veranlaßt. Tschen Boda war damals gleichfalls Mitglied des Ständigen Ausschusses und ist jetzt einer der 10 Angeklagten im Pekinger Monster-Prozeß.

Bekanntermaßen war es damals aber vor allem der Parteivorsitzende Mao selbst, der den Abdruck jener Wandzeitung in der „Volkszeitung" und die massive Verbreitung des Textes über den Rundfunk veranlaßte. Und es war gleichfalls Mao, der am 5. August 1966 seinen Artikel „Das Hauptquartier bombardieren" veröffentlichen ließ. Mao schrieb dort: **„Die erste marxistisch-leninistische Wandzeitung Chinas und der Artikel des Kommentators der ‚Renmin Ribao' dazu sind wirklich herrlich geschrieben!"** (In der „Roten Fahne" heißt es jetzt, daß dieser von Mao so gelobte Kommentar der „Renmin Ribao" *„von Tschen Boda persönlich zusammengekocht"* worden sei). Und zwei Jahre später wurde im Kommunique der 12. Tagung des VIII. ZK festgehalten, daß Mao mit eben diesem Artikel „Das Hauptquartier bombardieren" **„den Kurs zum Sieg dieser Großen Proletarischen Kulturrevolution wies"** (31.10.1968).

Insofern kann man sagen, daß mit dem Generalangriff der Pekinger Machthaber auf die Kulturrevolution nicht bloß Mao, sondern das damalige ZK insgesamt auf die Anklagebank gesetzt ist.



Der Pekinger Prozeß
So sehen's die anderen

Zwischen Gleichgültigkeit und zynischer Zustimmung bewegen sich die Reaktionen von einem Großteil der bundesdeutschen „Linken" auf den Pekinger Monster-Prozeß. Diese Reaktion scheint eine Art später Rache für die Illusionen, Phantastereien und Nachbetereien zu sein, mit denen große Teile eben dieser „Linken" jahrelang die Vorgänge in China verfolgt haben.

KBW

Der KBW ist bekannt dafür, daß er zu den wechselnden Vorgängen in China noch nie eines eigenens Gedankens fähig war, sondern nur die jeweils offizielle „Linie" nachgebetet hat. Die Zustimmung des KBW zum Pekinger Prozeß ist also selbstverständlich, der Originalton „Peking Rundschau" ist garantiert. Ums Detail freilich gab es einen klitzekleinen Clinch: thh., Korrespondent der „KVZ" in Peking, schrieb *„daß Mao theoretisch den Boden bereitet hat für die ultralinken Abweichungen, indem er z.B. die Rolle des Klassenkampfes im Sozialismus falsch einschätzte"*. Damit habe er „theoretisch" die schlimme Kulturrevolution „eingeleitet", sei für diese also auch verantwortlich. Überdies philosophierte thh. über die Problematik bzw. Unmöglichkeit der Trennung zwischen politischer Linie und strafrechlicher Verantwortlichkeit. Unausgesprochene Schlußfolgerung: Mao war nicht nur ein Trottel, sondern auch ein Verbrecher. („KVZ", 1.12.). Ihn konterte postwendend KBW-Chef Schmierer, der sich noch etwas dichter am aktuellen Originalton der „chinesischen Genossen" befand: Unter der Überschrift *„Nicht Mao Zedong und die Kulturrevolution stehen vor Gericht"* dozierte er über den feinen Unterschied zwischen „katastrophalen Fehlern" (die Mao begangen habe) und „politischen Verbrechen" (die er nicht begangen habe). („KVZ", 15.12.). Haargenau so las man es in der chinesischen Presse. In ein paar Monaten wird es dann wohl soweit sein, daß auch Mao dort zum Verbrecher erklärt wird und daß Schmierer auch dies der „KVZ"-Leserschaft explizieren wird. Es lebe die Dialektik!

„TAZ"

„TAZ"

Die „TAZ" ließ sich vom Pekinger *„Kriegsverbrecherprozeß"* (Originalton) zu ganz erstaunlichen Kommentaren inspirieren: Man muß schon auf den „Bayerkurier" der 50er Jahre zurückgreifen, um Parallelen für diese Anhäufung von antikommunistischem Haß und journalistischer Skrupellosigkeit zu finden. Da wurde z.B. phantasiert (unter Berufung auf mysteriöse „interne Dokumente" des ZK der KPCh), daß es bei der Krise um 1960 (nach dem Kommunen-Versuch und mehreren Naturkatastrophen) „20 Millionen Hungertote" in China gegeben habe. „Die größte Hungersnot in den letzten 100 Jahren, das ist also einer der glorreichen Erfolge, die sich der Sozialismus auf seine Fahnen heften kann". („TAZ", 2.12.). Die Kulturrevolution gar habe *„eine Milliarde Menschen in ihre finstersten 10 Jahre gestürzt"*; 8-10 Millionen Menschen seien dabei getötet worden (2.12.), oder aber wenigstens eine Million (16.12. – unter Berufung auf „Flüchtlinge und China-Reisende"); 100 Millionen Chinesen seien während der Kulturrevolution verfolgt worden (2.12.). Ein Jahrmarkt von Phantasiezahlen – um schließlich die gesamten 30 Jahre seit Gründung der VR China als schlimmstes Kapitel in der Geschichte des chinesischen Volkes auszuschwärzen. (16.12.), und speziell die Kulturrevolution als die „zehn oder mehr Jahre finsterster chinesischer Geschichte" (2.12.). Jiang Qing wurde als *„Möchte-Gern-Kaiserin"* und *„Eva Braun"* (Hitlers Frau) bezeichnet (2.12.); am 2.12. wurde erstmals hoffnungsfroh spekuliert, daß sie vielleicht Selbstmord begehen könnte. Am 16.12. hieß es gar, man sei zwar gegen ein Todesurteil, weil dies Jiang Qing nur ungerechterweise zur „Märtyrerin" machen würde, aber man würde sich freuen, falls sie Selbstmord begehen sollte.

„Arbeiterbund" München

Kritisch äußerte sich der Münchner „Arbeiterbund": *„Es geht bei diesem Prozeß nicht um die bunt zusammengewürfelten Angeklagten und Anklagen. Ob und welche dieser Menschen politische Fehler gemacht oder konterrevolutionäre Verbrechen begangen haben, das hat allein das chinesische revolutionäre Proletariat zu entscheiden und hat dies teilweise bereits in der Vergangenheit getan"*. Die Machthaber um Deng hätten aber keinerlei Recht zu diesem Prozeß, da sie „selbst die größten konterrevolutionären Verbrecher der Geschichte der VR China" seien. Den Machthabern gehe es bei diesem Prozeß *„ausschließlich um Verurteilung der Großen Proletarischen Kulturrevolution und des Genossen Mao Tse-tung, der sie persönlich initiiert und geführt hat"*. („KAZ", 9.12.). Die etwas heikle Haltung des AB München zu den Angeklagten (s.o.) ergibt sich daraus, daß der AB ursprünglich die Verhaftung der „Viererbande" (1976) und den Machtantritt Hua Guo-fengs positiv bewertet hatte.

KABD

In einem ähnlichen Dilemma befindet sich der KABD. Er hat zwar 1976 ziemlich rasch die Kurve zur Verurteilung der neuen Machthaber gekriegt, hat sich andererseits aber seit 1971 eindeutig und stramm linientreu gegen die (im Pekinger Prozeß mitangeklagte) „Lin-Biao-Clique" festgelegt. Der KABD sieht deshalb *„schmutzige Methoden der chinesischen Revisionisten": „Revolutionäre* (=„Viererbande" – Anm. AK) *werden mit Konterrevolutionären auf eine Anklagebank gezerrt"*. Ansonsten stellt auch der KABD fest, daß der Prozeß sich „gegen Mao Tse-tung und die Kulturrevolution" richtet. („Rote Fahne", 13.12. und 29.12.).

Gruppe Z

Die vor einem Jahr vom KB abgespaltene Gruppe Z, seit einem halben Jahr mit der Erschaffung eines „neuen Sozialismusverständnisses der Linken" beschäftigt (bisher ohne sichtbare Ergebnisse), scheint den Pekinger Prozeß gar nicht bemerkt zu haben. Übermüdung?

KPD/ML

Die KPD/ML war nahezu ein Jahrzehnt lang zwar nicht die linienreinste, aber jedenfalls die lauteste und lustigste Nachbeterin Chinas. Seit 1977 ist es damit radikal vorbei; seit-

ste, aber jedenfalls die lauteste und lustigste Nachbeterin Chinas. Seit 1977 ist es damit radikal vorbei; seit-

her deckt sich die Haltung ihres „Roten Morgens" zu Mao und zur Kulturrevolution ziemlich genau mit der der „UZ". Ihre Haltung zum Prozeß ist dementsprechend kompliziert: Richtig wird festgestellt, daß es sich um eine der Rache Dengs dienende „Prozeß-Farce" handelt, *„deren Ausgang schon von vornherein feststeht"*. Die Anklage sei *„nahezu ausschließlich politisch"*, die Anklagepunkte *„äußerst dubios und widersprüchlich"*. – Andererseits wird auch gegen die Angeklagten und gegen die Kulturrevolution kräftig geholzt – u.a. mit dem phantastischen Argument, daß eine richtig gute Revolution *„unbedingt unter der Führung der Partei stehen muß"*, was bei der Kulturrevolution eben nicht der Fall gewesen sei. („Roter Morgen", 12.12.).

GIM

Die trotzkistische GIM sieht den Prozeß als *„Bandenkrieg mit vertauschten Rollen"*. *„Apparatfraktionen"* und Schurken sind die Kläger geradeso wie die Angeklagten. Wozu daran noch weitere Gedanken verschwenden? („Was tun", 28.11.).

BSA

Beachtlich ist hingegen die Haltung der kleineren trotzkistischen Gruppe BSA („Bund Sozialistischer Arbeiter"). Sie „verurteilte" den Prozeß als *„stalinistische Machenschaft"*, verwies auf die skurrilen juristischen Konstruktionen und kläglichen Beweisführungen der Anklage, auf die Vorprogrammierung der Verurteilung durch eine *„haßerfüllte Hetzkampagne"*. Der BSA nennt auch ohne trotzkistische Scheuklappen den G r u n d dieses Prozesses: „Denn die Kulturrevolution war bei all ihrer Begrenztheit eine Kriegserklärung an die rechten Teile in der Bürokratie. Sie brachte Millionen von Arbeitern und Jugendlichen in einen politischen Kampf" und habe sich „gegen die Existenz der Bürokratie überhaupt" gerichtet. („Neue Arbeiterpresse", 5.12. und 28.11.).

Zürich:
Sylvia hat sich verbrannt

„Wenn ich's nicht mehr checke, wenn's für mich nicht mehr weitergeht, dann bring ich mich um. Ich zünd mich an, mit Benzin – auf dem Bellevue, damit alle sehen, wie beschissen es einem Menschen in dieser Gesellschaft gehen kann".

Das schrieb Sylvia aus Zürich vor einigen Wochen – und am 12.12. hat sie sich verbrannt, am Züricher Bellevue mit Benzin übergossen und angezündet. Sylvia, 23 Jahre. Eine Woche später ist sie gestorben, am 29.12. wurde sie von vierhundert zumeist jugendlichen Trauernden auf den Friedhof begleitet.

Sylvias Leben war eine einzige Heimkarriere. Nur im Autonomen Jugendzentrum in der Limmatstraße hatte sie sich wohl gefühlt. Betroffen von der Brutalität der Polizei und der Kälte in dieser Gesellschaft setzte sie ihrem Leben selbst ein Ende. *„Für Sylvia war das AJZ sehr wichtig"*, sagt eine Medizinstudentin, bei der Sylvia gewohnt und die mit ihr eine Entziehung gemacht hat. *„Sie hat sich nicht wegen des AJZ umgebracht, aber sie fühlte sich dort wohl, weil dies für sie der einzige Ort war, wo sie nicht an geschlossene Türen prallte"* (zit. n. „Tages-Anzeiger", 30.12.80).

Nach der Beerdigung zogen die Trauernden mit hunderten brennenden weißen Kerzen zum Bellevue.

Unmittelbar nach der Selbstverbrennung befanden Züricher Bezirksanwaltschaft und Stadtpolizei Sylvias Abschiedsbrief für *„wirr"*, nicht die Ereignisse während der Jugendrevolte seinen *„Grund für den tragischen Suizid"* gewesen, Ursache seien vielmehr *„Probleme psychischer Art"* (ebenda).

Das Packeis hat gesprochen ...

R. KB Köln (z.Zt. Zürich)

Diese Texte stammen von der jungen Frau, die sich letzten Freitag am Bellevue angezündet hat. Sie sollen für sich stehen. Wir können und wollen uns noch nicht dazu äussern.

ICH ZÜND MICH AN...!

"Eigentlich bin ich noch gar nicht geboren... nein, ich bin eine Frühgeburt. Ich habe es bei meiner Mutter drin einfach nicht mehr ausgehalten, schon als Baby habe ich gespürt, dass man mich nicht haben wollte. Sie haben mich dann in einen Kasten gelegt, eine Maschine. Dadrinnen hatte ich schön warm. So einen Kasten wünsche ich mir manchmal heute noch – oder einen Menschen für 24 Stunden am Tag, richtige Wärme"

"Sie überführten mich ins Säuglingsheim, für 14 Monate. Ich konnte mich damals noch nicht wehren – trotzdem streikte mein Körper und er streikt heute noch – ich bekam Asthma, welches mich bis zum heutigen Tag nicht verlassen will"

"Mit 5 Jahren kam ich dann in ein Kinderheim in Zürich. Warum ich nicht in der Pflegefamilie bleiben konnte? Vielleicht weil ich mich zu sehr mit ihrem Sohn gestritten habe – oder weil ich zu oft Asthmaan-

sehr mit ihrem Sohn gestritten habe – oder weil ich zu oft Asthmaan-

fälle hatte – oder aber weil ich sowieso schon damals asozial war, bzw. asozial gemacht wurde. Die Gefangenschaft in diesem Heim dauerte bis 12 J., dann kan ich in die Arbeitserziehung bis 15.

Mit 15 wollten sie mich los sein – weil andere in dem Heim von mir schlecht beeinflusst worden sind, bestimmt aber, weil ich zu oft auf Kurve war."

"Mit 10 Jahren paffte ich Gauloises, natürlich überhaupt nicht mit Mass. Mit 11 Jahren Shit, welchen ich bis heute paffe – ausser dem roten Libi, auf den meist ein Asthmaanfall folgt. Mit 12 knallte ich den ersten Trip in die Birne und mit 15 war ich beim H angelangt. Ich kickte nicht lange – der Stoff war zu teuer. Ich entzog mich mit Optalidon, Rohypnol, Speed – d.h. ich floh von einer Sucht in die andere – warum diese Flucht? Ich habe nie eine genaue Antwort gefunden."

"Ich war immer aggressiv und auffällig, ich habe immer meine Meinung gesagt. Das hat mir immer Lämpen eingebracht – die meisten Leute mochten mich nicht. Aber ich bin ehrlich"

"Manchmal merke ich, dass mich jemand wirklich mag. Aber ich habe Angst vor der Enttäuschung. Ich brenne mir manchmal mit der Zigi Löcher in die Arme, noch während einem Gespräch. Es tut gar nicht weh – ich kann dazu sogar lächeln. Es tut jedenfalls weniger weh als die Enttäuschung."

"Mit zwanzig war meine Heimkarriere zu Ende. Ich habe darauf zwei Jahre in einer Familie als Babysitter gearbeitet. Kinder bis sechs Jahre sind mir am liebsten. Sie sind ehrlich in ihren Gefühlen. Anfangs 80 habe ich die Stelle und die Wohnung verloren."

"Ich kann nicht mehr so weiterleben. Ich möchte einen Entzug machen, ich habe aber Angst davor – Angst vor dem Eingesperrtsein. Nein – einsperren können sie mich nicht nochmals"

"Im AJZ fühlte ich mich wohl – ich konnte mit Leuten reden, es ging mir besser, bis im Juni. Ich war zu von den Medis als die Bullen Tränengas ins Haus schmissen. Ich konnte nicht mehr atmen – mein Asthma. Ich glaubte zu ersticken. Ich dachte, jetzt ist es wirklich aus. Jemand hat mich dann hinausgetragen. Seitdem habe ich Horrorträume, auch am Tag. Ich kann nur noch bei Licht schlafen."

"Am Toblerplatz wollten wir uns wieder treffen, da kamen die Bullen. Die warfen mich die 8 Stufen vor dem Bankverein hinunter und nachher wie Vieh in einen Gefängniswagen. Das Bein war gebrochen, die Sehne gerissen. Ich wurde operiert – mit dem Gips kann ich nicht mehr an

Sehne gerissen. Ich wurde operiert – mit dem Gips kann ich nicht mehr an

die Demo – ich habe sowieso den Horror"

"Ich werde nur noch gestossen und getreten. Ich kann nicht mehr so weiterleben. Ich will ins Schlössli für den Entzug und nachher in eine WG. Ich bin auf der Warteliste. Ich weiss nicht, ob ich das noch durchstehe"

"Bambule – sie haben mir Freibillette gegeben für das Theater. Ich habe das Stück gesehen, es stimmt wirklich alles – es ist in der Wirklichkeit noch viel schlimmer"

"Ich lese viel. Früher habe ich viel geschrieben, gezeichnet und auch Bilder gemacht. Ich möchte wieder einen Raum für mich, für meine Sachen."

"Wenn ich's nicht mehr checke, wenn's für mich nicht mehr weitergeht, dann bring ich mich um. Ich zünd mich an, mit Benzin – auf dem Bellevue, damit alle sehen, wie beschissen es einem Menschen in dieser Gesellschaft gehen kann. Ich mach es wirklich – ich bin ehrlich."

Nur ein Aussenseiter

Nur ein Aussenseiter!

Ich bin traurig.
Die anderen sind fröhlich.
Ich weine.
Die anderen lachen.
Ich schreie.
Die anderen flüstern.
Ich friere.
Die anderen haben warm.
Ich bin allein.
Die anderen sind zusammen.
Aber ich bin ehrlich,
und die anderen sind feige.
Ich sei krank
und die anderen seien gesund,
behaupten die anderen.

(aus: „Eisbrecher", Zeitung der Bewegung, Nr. 9)

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46



Was lange gärt, wird endlich Wut

Lieber Instandbesetzen als kaputtbesitzen

Am 12.Dezember begann es mit einer weiteren Hausbesetzung in Kreuzberg und der sofortigen Räumung durch die Polizei. Mit Barrikaden und Steinen dokumentierten die Instandbesetzer und ihre Freunde die Entschlossenheit, Räumungsversuche der instandbesetzten Häuser auch militant zu verhindern.

Die unglaublich brutalen Bullenübergriffe an diesem Abend und den darauf folgenden – ca. 109 Verhaftungen, mindestens 200 verletzte Demonstranten; einem wurden von einem Mannschaftswagen die Beine zerquetscht, ein anderer verlor sein Augenlicht, die Regel waren Platzwunden, Prellungen, Gehirnerschütterungen – und natürlich die mehr als gerechte Sache der Instandbesetzer mobilisierten am 13.12. zweitausend und am 15.12. dreitausend Menschen auf den Kudamm. 15.000 folgten am 20.12. dem Aufruf von Alternativer Liste und Netzwerk zu einer Solidaritätsdemonstration mit den Instandbesetzern und für die Freilassung aller eingeknasteten Demonstranten noch vor Weihnachten.

Die Versuche des Westberliner Senats, die Instandbesetzer und die Solidaritätsbewegung in „Chaoten" und „Terroristen" einerseits und „Friedliebende" und „Verhandlungswillige" andererseits zu spalten, ist vorerst gescheitert.

Die an APO-Zeiten erinnernde unglaubliche Hetze der Springerpresse („Extremisten tobten: Wieder Terror auf dem Kudamm", „Die Hausbesetzer drohen mit Feuersturm"; „Berlin in Angst: Heute neue Schlacht?" u.ä.m.) hat nicht verfangen.

Bis auf Jusos und Judos haben sich alle relevanten Kräfte der Westberliner demokratischen Öffentlichkeit hinter die Instandbesetzer und ihre Forderungen gestellt: neben der Alternativen Liste und Netzwerk auch die verschiedensten Mieterorganisationen, die evangelische Kirche, die Arbeiterwohlfahrt, die GEW, fast sämtliche Professoren und Mitarbeiter des Institutes für Stadt- und Regionalplanung der TU, die Mitarbeiter der Bauausstellung Berlin GmbH, der Kreuzberger Ausschuß für das Zukunftsinvestitionsprogramm und viele mehr.

Diese Solidaritätswelle – eben auch mit der Forderung nach Freilassung aller inhaftierten Demonstranten – ist ein vernichtendes Urteil über Wohnungsbau- und Sanierungspolitik des Westberliner Senats und dessen Versuch, mit einer wild um sich prügelnden Polizei, den Widerstand der Instandbesetzer zu zerschlagen und zu kriminalisieren.

Bei 20 Demonstranten, die länger als 24 Stunden festgehalten wurden, wurde noch vor Weihnachten Haftverschonung erreicht, fünf weitere sind jedoch weiter im Knast. Daß hier der Forderung der Instandbesetzer und der Solidaritätsbewegung nicht nachgegeben wurde, ist eine sehr große Dreistigkeit und Provokation des Westberliner Senats, der nun meint, sich wiederum über diverse während der Feiertage zerschlagene Scheiben und anderes aufregen zu können, es gleichzeitig und selbstverständlich für „rechtsstaatlich" hält, daß gegen den Bauspekulant Garski bisher noch kein Haftbefehl erlassen wurde. Garski hat ja auch nur unter Mithilfe verschiedener Senatoren die Westberliner Bürger um 146 Millionen erleichtert.

Eine Chronologie
Dieses war der erste Streich ...

Am Freitag, den 12.12., war es soweit: Erneut sollte ein Haus in Kreuzberg, diesmal das Fränkelufer 48, besetzt werden. Nachdem die Besetzer gegen 17.00 Uhr mit Sack und Pack eingezogen waren, marschierten innerhalb kürzester Zeit die Bullen auf und räumten das neu besetzte Haus. Die Besetzer mit ersten Unterstützern wurden von den Bullen gleich Richtung Kottbusser Tor getrieben, „vom Schlagstock wurde Gebrauch gemacht", ebenso reichlich von Tränengas.

Um 19.00 Uhr waren dann am Kottbusser Tor ca. 500 Demonstranten, die ersten Steine flogen gegen Banken und größere Geschäfte. Kleinere Kolonnen von Mannschaftswagen der Polizei tauchten auf, „bewachten" die angeschlagenen Objekte und verschwanden, nachdem sie einiges Tränengas „dagelassen" hatten, genauso plötzlich wie sie aufgetaucht waren. Zwei uniformierte Beamte, unterstützt von „Zivis", gingen mit gezogenen Pistolen auf die Demonstranten los.

An genau diesem Abend fand eine Veranstaltung der Judos statt, auf der über die Kenntlichmachung von Polizeibeamten im Dienst diskutiert wurde. Westberlins Polizeipräsident — aus „gutem" Grund Gegner der Kenntlichmachung — stellte sich Fragen der Besucher. „*Doch nach einer guten Stunde verabschiedete er sich, um die Leitung der in Kreuzberg eingesetzten über 300 Polizisten zu übernehmen, die in dieser Nacht ihre schärfsten Kritiker voll bestätigten*" („Neue", 16.12.80).

Am Kottbusser Tor waren in der Zwischenzeit fast alle Scheiben grösserer „Objekte" zu Bruch gegangen. Aldi und Salamander, Kaisers und ein Optiker verloren nicht nur ihre Scheiben, sondern büßten auch ganz gehörig an Inventar ein. Bei Salamander gab es am nächsten Tag kein vollständiges Paar Schuhe mehr und bei Aldi waren nicht nur die Zigaretten alle. Nicht nur die Demonstranten, sondern durchaus auch Kreuzberger Bevölkerung beteiligten sich an diesem fröhlichen Happening.

Während sich die Polizei bis gegen 21.30 relativ zurückhielt, änderte sich ab diesem Zeitpunkt die Taktik schlagartig. Waren die Wannen (Mannschaftswagen) vorher nicht in das Kerngebiet der besetzen Häuser hinter dem Kottbusser Tor vorgedrungen, so fuhren sie jetzt mit Blaulicht, Sirenen und einer entfesselten Brutalität hinein. Wahllos wurde Jagd auf kleinere Gruppen gemacht, Tränengasschwaden überzogen Kreuzberg. Zwei Kneipen wurden bei dieser Verfolgungsjagd auch gleich mit eingenebelt. Die Bullen schlugen auf alles und alle ein. Die Demonstranten wehrten sich durch Barrikadenbau und Steine so gut sie konnten.

Ein Augenzeuge: „*Nachdem wir [zu sechst] die Naunystraße überquert hatten, sahen wir drei Mannschaftswagen uns entgegenkommen. Wir bekamen Angst und zogen uns in einen Hausflur zurück. Die Wagen hielten an, die Polizisten stiegen aus und kamen auf uns zu. Wir rannten die Treppen hoch und versuchten bei Leuten zu klingeln, es machte aber niemand auf. Wir rannten bis zum Speicher hoch, da kamen wir aber nicht weiter.*

Die Polizisten forderten uns auf herunterzukommen. Sie standen die Treppen entlang bis hinunter zum Erdgeschoß. Nachdem ich am ersten Polizisten vorbeigegangen war, erhielt ich von hinten einen Schlag auf den Kopf, der mich den ersten Treppenabsatz herabwarf und das wiederholte sich, bis ich ganz unten war. Die Polizisten schlugen wahllos auf mich ein. Ich blutete stark aus zwei Platzwunden am Kopf".

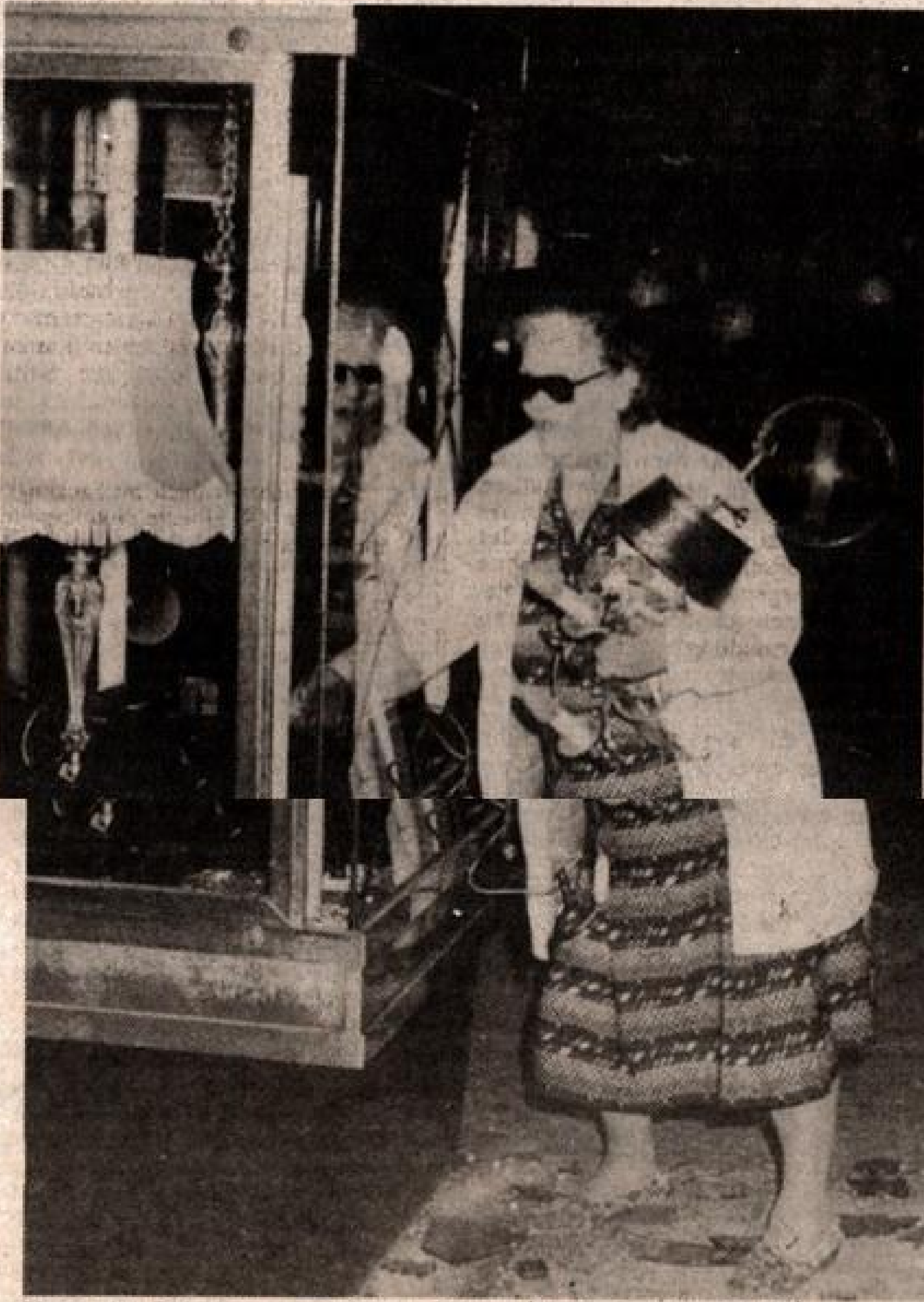
Ein Festgenommener schildert das, was sich im Polizeifahrzeug abspielte, so: „*Zwei Polizisten zogen mich [aus einem Hauseingang] in den Wagen und warfen mich auf den Boden im Polizeiwagen. Ich habe keinen Widerstand geleistet, wurde jedoch öfters mit der Hand ins Gesicht geschlagen und getreten oder mit Schildern gestoßen. Ich hielt die Hände vor das Gesicht und sagte nichts und wehrte mich niemals ...*"

Gegen Mitternacht zogen sich die Demonstranten in den Mieterladen Dresdenerstraße zurück, um zu beraten. Der Laden war gerammelt voll, einige standen noch vor der Tür. Bis zu diesem Zeitpunkt waren ca. 40 Leute festgenommen und viele verletzt worden. Die Stimmung war eher: „Schluß für heute". Plötzlich fuhren zwei Wannen auf. „*Mit gezogenen Knüppeln und heruntergezogenem Visier stürmten die Beamten auf den Laden zu, schlagen die gläserne Eingangstür kaputt. Im völlig überfüllten Mieterladen ohne Hinterausgang bricht Panik aus. Die Polizei verhaftet willkürlich einen aus der Menge. Nur mühsam gelingt es, sie von der Stürmung des Ladens abzuhalten. Frager nach dem Einsatzleiter erhalten zur Antwort: ‚Gibt es keinen'. Zu diesem Zeitpunkt macht jede ‚Wannen'-Besatzung, was sie will*" („Neue", 16.12.80).

Danach gingen viele nicht nach Hause, sondern blieben auf den Strassen.

Wie enthemmt (gelinde gesagt) die Bullen waren, dafür ein weiteres Beispiel: „*Die Oranienstraße war an der Einmündung zum Oranienplatz, Ecke Erkelenzdamm, durch eine Barrikade versperrt, die aus gebündelten Dachziegeln, einem Kasten und einem Betonblumentrog bestand. Auf dem Erkelenzdamm standen ein paar Wannen. Eine von ihnen fuhr plötzlich los oder kam von weiter hinten angefahren, das habe ich nicht genau sehen können, weil ich zu weit hinten stand. Weil der Motor sehr hoch drehte, nehme ich an, daß sie direkt losgefahren ist. Der Wagen hatte eine Geschwindigkeit von ca. 30 km•h und fuhr direkt auf die Barrikade zu. Vor der Barrikade standen mehrere Leute, in die der Wagen direkt hineinfuhr. Ich sah, wie einige Leute zur Seite geschleudert wurden. Einer jedoch wurde von dem Wagen gegen einen Blumentrog gequetscht. Ich rannte mit zwei anderen Leuten hin und sah, daß die Beine offensichtlich gebrochen waren ... Die beiden anderen Leute, die auch dahin gerannt waren, transportierten den Verletzten ab und zwar durch dicke Tränengaswolken, da in diesem Moment mehrere Tränengasgranaten von den Polizisten geworfen worden sind*". Demjenigen, den die Bullen die Beine zerquetscht haben, hätten diese um ein Haar amputiert werden müssen. Solche Überlegungen sind nach unseren Informationen im Krankenhaus angestellt worden.

Bilanz vom Freitag: 50 Festnahmen, davon 25 Verhaftungen, mehrere schwerverletzte Demonstranten (einem wurden von den Bullen ein Auge ausgeschlagen), viele leichter Verletzte.



Unter den Plünderern viele junge Frauen (Morgenpost v. 14.12.)

... doch der zweite folgt sogleich

Am Samstag mittag trafen sich dann diejenigen, die von Verhaftungen und Verletzungen einigermaßen verschont geblieben waren. Es wurde beschlossen, dem Polizeipräsidenten und dem Senator für Justiz, Moritz Meyer, ein Ultimatum bis zum Abend des Samstag (13.12.) zu stellen: Wenn die Verhafteten bis dahin nicht freigelassen sind, geht der Zoff weiter.

Gegen 20.00 Uhr begann eine grössere Gruppe auf dem Kurfürstendamm mit einer Demonstration — durch Touristen und fahrende Autos hindurch. Es wurden schnell immer mehr, Leute, die von einem Rockkonzert wegmobilisiert wurden; Leute, die über die Telefonkette erreicht werden konnten und eben auch diejenigen, die der ein paar Tage vorher in der „TAZ" veröffentlichten Aufforderung gefolgt waren, sich für den Fall der Räumung eines Hauses am Kudamm einzufinden.

Plötzlich gehörte der Kudamm den Demonstranten, gegen 22.00 Uhr waren es 1.000, gegen 24.00 Uhr 2.000. „*Laßt die Leute raus, dann ist die Demo aus*", schallte es überall zwischen den fahrenden Autos.

Gegen 1.00 Uhr, als die Demonstration langsam abbröckelte, sah die Polizei wieder ihre Stunde gekommen und zog die Schlagstöcke. Die Demonstranten liefen die Prachtstraße hoch. Dabei krachten immer wieder Steine in die „wunderschön-weihnachtlichen" Auslagen. Auf einer nagelneuen Luxuslimousine im Schaufenster eines großen Autohändlers lag plötzlich ein dicker fetter Stein. Der ganze Kudamm war zur Sirene geworden. Überall hatten „magische Hände" die Alarmanlagen eingeschaltet. Die Glaser sollten in den nächsten Tagen noch viel Arbeit bekommen.

Bilanz vom Samstag: 10 Festnahmen, 3 Verhaftungen und ein „verschönerter" Kurfürstendamm. Auch in anderen Stadtteilen ist „dezentral" Glas zu Bruch gegangen.

... und dann der Montag

doch die Forderung des Besetzerrates und der Demonstranten auf Freilassung all derer, die Freitag Nacht verhaftet worden waren, wurde am Wochenende nicht erfüllt.

Mit wenig Flugblättern und viel Flüsterpropaganda sollte am Montag dann erneut eine Demo um 19 Uhr bei der Gedächtniskirche beginnen. Die Polizeiführung versuchte schon im vorhinein, die Demonstration zu verhindern. Bereits seit Mittag war der Kurfürstendamm „Manöverzone", ab 18 h prügelten sie auf die ersten, sich sammelnden Demonstrantengruppen ein. Nach Augenzeugenberichten trieben sie einzelne in einen Fußgängerdurchgang und schlugen sie dort brutal zusammen. Ähnlich erging es mehreren Journalisten, so vom „Abend", der „Neuen" und der „taz", während ein „ADN-Reporter" schon am Freiag abend Bekanntschaft mit dem Bullenknüppel machen mußte.

So wurde der taz-Journalist „wegen Behinderung im Dienst" — er wollte einen Einsatzleiter beobachten — verhaftet und auf der Wache zusammengeschlagen, gewürgt und die Treppe hinuntergestoßen.

Gegen 20 Uhr zogen ca. 3000 Menschen über den Kurfürstendamm. Die Demonstration war erkämpft. Mit insgesamt an diesem Abend im Einsatz befindlichen 3000 Polizisten wurde der Ku-Damm gegen 22 Uhr „dichtgemacht", die Demonstranten in drei größere Gruppen aufgespalten. Am Kranzlereck war eine Gruppe von 800 völlig von Polizei eingekesselt. Massiver Schlagstockeinsatz die ganze Zeit.

Teilweise wurden selbst Verletzte nicht aus dem Kessel herausgelassen: „*Vor mir geht eine Tränengasbombe los. Da ich asthmakrank bin, wird mir übel, Atemnot. Da greift mir eine zierliche Frau, 1,60m groß, unter die Arme. Ich drohe zusammenzubrechen. Sie schleppt mich zum Absperring, wo sie die Polizisten befragt, ob wir hindurchdürfen. Wir werden durchgelassen. Große Erleichterung bei mir, da im Kessel die Hölle los ist. Plötzlich stürmt ein Riese von Polizist, mit einem Knüppel schwingend, auf uns zu. Die Frau dreht mich vom Polizisten weg und wird gleich darauf am Kopf, im Gesicht getroffen. Der Kopf platzt auf, ihr Blut spritzt in alle Richtungen. Die Frau schreit kurz auf und bricht sofort danach zusammen.*" **Daß es in dem Kessel nicht zu grösserer Panik kam, ist nur der Besonnenheit der Demonstranten zu verdanken.**

Dann wird der Kessel für kurze Zeit aufgemacht. Zwei Demonstrantenblöcke schließen sich zusammen. Dann geht es erst richtig los. Wieder wird der Block gespalten, ein Teil wird Richtung Wittenbergplatz getrieben, andere werden auf dem Ku-Damm festgehalten. Überall Bullen. Der Teil auf dem Ku-Damm wird auseinandergeprügelt. Die anderen laufen in Richtung Schöneberg weiter, ständig von der Polizei getrieben. Immer wieder wird auf diejenigen eingeschlagen, die das Tempo nicht mehr durchhalten und zurückbleiben müssen. Auch dem Rest, der inzwischen schon in Richtung Kreuzberg hetzt, wird nachgesetzt: „*Mit ca. 50 Wannen wurde SL 36 (Kreuzberg) richtiggehend besetzt, Gruppen von Nahkämpfern im grünen Kampfanzug durchstreiften die Gegend — nach Opfern ihrer Prügelorgien suchend. Vom Ku-Damm aus waren zu dieser Zeit ungefähr 200 Menschen in Kreuzberg rund um das Kottbusser Tor eingetroffen und standen verstreut an den Straßenecken und schauten ungläubig auf diese Bürgerkriegsszenerie. Mit Blaulicht rasten die Wannen im Karree — ab und zu sprang eine Gruppe vom Wagen. An der Straßenecke Oranien-/Adalbertstraße hatten sich ca. 100 Menschen versammelt. Plötzlich sprangen mindestens ebensoviele Nahkämpfer von ihren Wagen, ein Befehl erscholl: ‚nach Da drüben', und schon stürmten sie los. Ca. 20 Leute erlitten Platzwunden am Kopf, Abschürfungen, Knochenbrüche. Es bestand keine Chance, noch rechtzeitig wegzukommen. An Gegenwehr hatte sowieso keiner mehr gedacht. Mir verpaßte einer eine zwei Zentimeter tiefe Platzwunde am Kopf; vor dem nächsten Schlag rettete mich einer der Hausbesetzer in das besetzte Haus in der Adalbertstraße. Dort verbanden sie mich provisorisch . . .*" („taz", 17.12.80).

Insgesamt spricht der Ermittlungsausschuß von über 200 verletzten Demonstranten, insgesamt 109 Festgenommenen. Die Polizei gibt an, daß 111 Beamte (wohl, weil es eine Schnapszahl ist) verletzt worden sein sollen.

Fortsetzung nächste Seite

Interview mit Instandbesetzern

Der AK sprach Ende Dezember mit vier Leuten des Besetzerrates. Wir haben im Interview die vier Besetzer mit A, B, C und D gekennzeichnet, da sich die Mitglieder des Besetzerrates zwar völlig einig sind, die vielfältigsten Widerstansformen für legitim zu halten und sich nicht in „Chaoten" und „Friedliche" spalten zu lassen, jedoch bei der Beurteilung des Verhältnisses von militanten Einzelaktionen zu Massenprotest durchaus unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

AK: Ihr habt hier in Kreuzberg eine ganze Menge Unterstützung aus der Bevölkerung. So hängen in vielen Kneipen Plakate aus, die „Instandbesetzung" empfehlen. Hattet Ihr nicht Angst, diese Unterstützung durch die militanten Demonstrationen vom 12. bis 15. Dezember zu verlieren?

A: Naja, wenn du hier mal was losmachst, dann überlegst du dir nicht, ob du die Unterstützung verlierst oder nicht. Auf der anderen Seite war es nicht so, daß die Leute, die hier wohnen, nicht mitgekriegt haben, was von der Bullenseite aus gelaufen ist. Da waren unheimlich viele Leute, die erst an den Fenstern gehangen haben und dann runtergekommen sind und mitgemacht haben. Wenn Leute zum Beispiel Steine geworfen haben und von den Bullen verfolgt wurden, dann haben die Leute in den Wohnungen halt die Tür hinter dir zugemacht.

B: Es ist auch gar nicht mehr so notwendig zu vermitteln, warum die Wut hochkommt oder warum du jetzt sauer bist. Wenn du jetzt in die Kneipen reingehst, klar, da sind unterschiedliche Positionen vorhanden; wo dann auch Leute sagen, das war Scheiße. Aber allein die Action hat bei denen irre Diskussionen ausgelöst, die unterhalten sich auf einmal darüber und sagen auch ganz offen, daß sie dich schützen, auch wenn du Klamotten geworfen hast.

dich schützen, auch wenn du Klamotten geworfen hast.



B: Der Putz fällt ja auch nicht vom Himmel und — bumms — ist er da, sondern da hat es schon eine Entwicklung gegeben, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Da hatten wir zum Beispiel die Demonstration vom 10. Oktober dieses Jahres im Anschluß an unsere Aktionswochen. Wir haben vorher gewarnt, daß da nichts drin ist, was mit dem Bullenknüppel zu lösen ist, und wir waren erfreut und überrascht, wie viele auf der Demo waren. Das gleiche jetzt auch wieder, wo ein frisch besetztes Haus gleich rigoros von den Bullen abgeräumt wurde. Hier war für einen großen Teil der Besetzer klar: Dem setzen wir was entgegen. Trotzdem war das eine freudige Überraschung, daß die Demonstration so breit getragen wurde, daß das nicht nur die Hausbesetzer waren, die die Bambule gemacht haben.

Zur Frage der Distanzierung bei den verschiedenen Widerstands- und Aktionsmöglichkeiten muß man sehen, daß durch die Bullenprovokationen, frühere Verhaftungen usw., das schon immer ein zentraler Punkt in der Diskussion im Besetzerrat war. Wir sind da ganz klar zu dem Punkt gekommen, daß wir eine vielfältige Bewegung sind, daß wir keinen Bock haben zu sagen: Das ist erlaubt und richtig, daß wir mit den verschiedenen Widerstandsformen unter uns ganz gut umgegangen sind.

A: Die Solidarisierung, die gelaufen ist und sicher auch in den nächsten Wochen weiter laufen wird, hat sich nicht aus den Presseveröffentlichungen der Berliner Tageszeigungen ergeben, die ja im wesentlichen auf „Plünderer, Chaoten und Krawallmacher" rausgelaufen ist, sondern, daß wir es einfach geschafft haben, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen mit Unterstützung vieler Initiativgruppen und dann auch einfach durch die Betroffenheit — und das ist ja erstmal der Wohnbereich hier. Durch diese Mißstände, die hier in Kreuzberg seit Jahren und Jahrzehnten herrschen, war auch einfach die Möglichkeit der Solidarisierung gegeben. Die konkrete Situation ist halt: Auf der einen Seite die besetzten Häuser und auf der anderen Seite die Sanierungspolitik

die besetzten Häuser und auf der anderen Seite die Sanierungspolitik



hier in Kreuzberg und auch in anderen Stadtteilen Westberlins.

B: So ein Ding, wie es jetzt bei der Räumung des Hauses am Fränkelufer abgegangen ist, da waren vorher Bestrebungen des Senats, da zu spalten. Und durch die ganze Action und Bambule, die daraufhin gelaufen ist, haben sie genau das Gegenteil erreicht: Wir sind nämlich um vieles einheitlicher geworden, was vorher vielen Leuten vielleicht noch gar nicht so klar war. Das wird auch gerade an den letzten Erklärungen des Besetzerrates deutlich.

A: Daß die Spaltung nicht verfangen hat, liegt halt am Hintergrund: Es ist ja in den letzten Monaten und Jahren von sehr vielen Gruppen viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet worden. Die Solidarisierung der meisten läuft ja nicht unbedingt mit den militanten Aktionen, sondern über die Sanierungspolitik, die der Senat hier seit Jahren durchführt. Das ist der Ansatzpunkt. Die Spaltung, die der Senat betreibt, in die friedlichen Hausbesetzer und in Krawallmacher, Leute, die ihre Sympathie für den Terror nicht verhehlen usw., das verfängt nicht mehr.

B: Die Gründe liegen auch darin, wie es vorher gelaufen ist, was von der Senatsseite rüberkam. Es gab zum Beispiel unter den Hausbesetzern unterschiedliche Positionen zu Verhand-

Beispiel unter den Hausbesetzern unterschiedliche Positionen zu Verhand-lungen mit dem Senat, was ja auch nichts Schlimmes ist. Was aber schwierig war, war einen Prozeß darüber herbeizuführen: Was ist eigentlich mit den Kriminalisierten, mit denen, gegen die Strafverfahren laufen. Zu vermitteln, daß uns das alle trifft, war nicht einfach. Zum Beispiel der Manfred Wetzel, der wegen „versuchten Totschlags" gegen einen Polizisten eingefahren ist, das hätten wir alle sein können. Aber das mußte in der Hausbesetzerbewegung umgesetzt werden, daß das wirklich jeder von uns hätte sein können. Von den Bullen ist gestreuter Terror gelaufen, wo sie sich mal da und mal dort jemanden rausgegriffen haben. Jetzt sieht es so aus, daß sie es an einem bestimmten Punkt nicht mehr gepackt haben und da hat der Senat — für diese Strategie gibt es auch noch andere Beispiele — folgendes gemacht: Wenn sie Teile einer Bewegung nicht mehr kriminalisieren können, dann greifen sie zum nächsten Schritt, dann versuchen sie, die ganze Bewegung zu kriminalisieren. Dabei ist aber der Schuß diesmal nach hinten losgegangen. Bei den willkürlichen Verhaftungen, wahllosen Knüppeleien usw. hat das jeder sofort begriffen: Das hätten wir alle sein können. Dann ist aber auch wirklich die Betroffenheit rübergekommen, die sich auch ausgewirkt hat; da war eben keine lähmende Ohnmacht mehr, da kam Wut raus. Da kommt dann auch noch mehr hoch, die Leute sind sauer und es geht halt ab.

Wenn hier irgendwelche Bullenübergriffe laufen, und die sind ja die ganze Zeit auch vor dem Wochenende gelaufen, ist ganz klar, daß die sich nicht nur gegen die besetzten Häuser richten, sondern gegen die ganze Bevölkerung hier. Und da ist bei den Leuten, die hier wohnen, dann auch 'ne ganz schöne Betroffenheit da; die Sanierungspolitik richtet sich ja nicht nur gegen die Linke, sondern gegen alle, die hier wohnen. Und die merken auch, in dem Moment, wo sich die Leute hier wehren, und das sind erstmal die jungen Leute, was da abgeht. Und deshalb sind die Sympathien in der Bevölkerung ziemlich groß und es sind auch Möglichkeiten vorhanden, daß sich die Bevölkerung mit der Bewegung, den Besetzern identifiziert.

C: Aber es sind nicht nur junge Leute; wir haben zum Beispiel in einer Kneipe am Hermannsplatz gesessen, und da kam so ein Typ auf uns zu und meinte, er will hier mit offenen Karten spielen und holte seine Ausweise raus: vom Senator für Wohnungswesen. Der arbeitet da und meint, wir hätten recht und ist voll auf unsere Argumente eingestiegen.

beitet da und meint, wir hätten recht und ist voll auf unsere Argumente eingestiegen.

B: Es ist auch so, wenn jetzt besetzte Häuser von den Bullen angegangen werden, wenn die gegen die Leute in den Häusern vorgehen, dann läuft bei den Leuten kopfmäßig gar nicht mehr so viel ab. Du kannst vorher noch ne Menge diskutieren, was du da für Möglichkeiten hast, aber wenn du an dem Punkt angekommen bist, wo die Bullen wahllos und willkürlich reinschlagen, dann bist du selbst ganz überrascht. Dann ist die ganze Diskussion vorher hinfällig, das Ding geht sofort ab, das ist klar. Da siehst du Leute auf der Straße stehen, die haben Klamotten in der Hand, das hättest du vorher nicht für möglich gehalten.

AK: Militante Aktionen in diesem Ausmaß hat es in Westberlin jahrelang nicht mehr gegeben. Kam es nicht auch für euch überraschend, daß sich die Bewegung nach den ersten militanten Auseinandersetzungen noch verstärkt hat — also 15000 Teilnehmer an der Demonstration für die Freilassung der Inhaftierten? In den letzten Jahren war ja auch in Westberlin das Gegenteil zu beobachten: jede Menge Distanzierung, wenn Teile der Linken Gegengewalt angewendet haben. Jetzt hat aber die Strategie der Kriminalisierung einzelner erstmal noch nicht hingehauen. Gerade nach dem Putz und den Festnahmen vom 12.12. hat sich die Bewegung doch eher vergrößert. Wie erklärt Ihr Euch das?

A: Für jemanden, der im Kiez wohnt und mit Hausbesetzung erstmal nichts zu tun hat und jeden Tag die leerstehenden Häuser sieht und sieht, wie die verfallen und auch sieht, wie die Leute, die die Häuser besetzen, da rausgeknüppelt werden, für den ist dann eine ganz konkrete Solidarisierung möglich. Dem Senat ist es an dem Punkt nicht mehr gelungen, seine Politik zu verschleiern, die Pleiten liegen eindeutig auf Seiten des Senats. Und das drückt sich auch an den 15000 Leuten, die am Samstag auf der Demo waren, aus.

Zur Distanzierung: Wir sind immer bei der Vielfältigkeit unserer Widerstandsformen geblieben. Wir sagen: Letztendlich trägt der Senat die Verantwortung für das, was in Kreuzberg läuft. Und wir haben keinen Bock zu sagen: Mit d e m Teil der Bewegung können wir noch was anfangen und mit den anderen, die Steine werfen, nicht mehr. Oder mit dem Satz aus einer Erklärung des Besetzerrates „... dann werden nicht nur die Weihnachtsbäume brennen", an dem sich die ganze Presse aufgegeilt hat, haben wir ganz klar ausgedrückt, daß wir nicht dazu bereit sind, auf das Konzept des Senats einzusteigen. Daß wir uns nicht aufteilen lassen in die Friedlichen und die Chaoten, das läuft nicht!

AK: Der Senat hat ja nun Verhandlungen angeboten. Wie steht Ihr dazu?

B: Bei uns ist am Donnerstag, Freitag, den 12.12. durchgesickert, daß Häusern irgendwelche Duldungsverträge angeboten werden sollten. Das war aber noch nicht offiziell. Am 14.12. haben wir dann auf einer Vollversammlung des Besetzerrats beschlossen, daß es so lange keine Verhandlungen gibt, so lange die Leute nicht frei sind und haben das Ultimatum bis Weihnachten gestellt. Dazu hat es dann auch eine Presseerklärung gegeben. Jetzt haben wir am Sonntag, den 21.12. beschlossen, daß diese Forderung weiter besteht: Es gibt keine Verhandlungen, solange die Leute nicht aus dem Knast sind und der erste Verhandlungspunkt wird die Einstellung der Ermittlungsverfahren sein. Das ist auch die ganz klare Linie und

lung der Ermittlungsverfahren sein. Das ist auch die ganz klare Linie und

da wird auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht dran gerüttelt werden. Häuser, die bisher Verhandlungen geführt haben, haben ihre Verhandlungen abgebrochen. Alles andere, was in der Presse dazu rauskam, muß von Seiten der Bullen ausgehen, um die Bewegung zu verunsichern. Das kann man auch an dem Ultimatum sehen: So wurde von interessierter Seite behauptet, der Besetzerrat hätte das Ultimatum verlängert. Aber keiner weiß was davon.

AK: Über Weihnachten wurde im Sender Freies Berlin aus einer angeblichen Presseerklärung des Besetzerrates zitiert, wonach die Bewegung der Hausbesetzer in Strategie und Taktik so unterschiedlich seien, daß sie nicht mehr unter einen Hut zu bringen wären. Gibt es eine solche Erklärung oder von wem geht sowas aus?

C: Die Spaltung wird von Seiten der Bullen versucht, um die Leute wieder zur Ruhe zu bringen. Gerade wegen der äußeren sichtbaren Bedrohung sind die Häuser nicht weiter auseinandergerückt, sondern enger zusammen. Wir lassen uns insofern nicht unter einen Hut bringen, weil wir uns nicht auf bestimmte Aktionsformen festnageln lassen. Das ist gerade unsere Stärke. Indem sowohl legale Öffentlichkeitsarbeit wie Flugblätter, Geldsammlungen, Interviews usw. gemacht werden als auch Steine geschmissen, Sachen angezündet werden — oder eben was anderes, wozu wir gerade Bock haben. Diese Erklärung ist eine Pinte.

A: Das ist genau die Taktik: Einerseits die Kriminalisierung, um die Solidarisierung auszuschließen, andererseits Gerüchte und gezielte Falschmeldungen in die Welt zu setzen. Dazu gehört auch der Informationsstop, die Zensur. Wir wissen ganz genau, daß auch andere Aktionen gelaufen sind, von denen nichts in der Zeitung gestanden hat, und es ist eine Tatsache, daß das ganz bewußt verschwiegen wird, aber auch das gelingt ihnen nur teilweise.

B: Zum Beispiel: Als hier die Action abging, haben das sofort Leute in anderen Städten aufgenommen, zum Beispiel in Hamburg und Göttingen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

... last but not least 15.000 Demonstranten am 20.12.

Treffpunkt war das Untersuchungsgefängnis in Moabit. Eine schier unübersehbare Menge; die U-Bahnen waren schon eine Stunde vor Demobeginn völlig überfüllt. Von Moabit ging der Zug zum Frauenknast Lehrter Straße und dann durch Moabit und Charlottenburg über den Kurfürstendamm zur Abschlußkundgebung am Europacenter. Immer wieder Parolen wie: eins, zwei, drei — laßt die Leute frei; vier, fünf, sechs — das nächste Haus besetzt; acht, neun, zehn — Hübner muß gehn! Und: Ohne Polizei kein Krawall! Oder: Kein Profit aus unsrer Wohnung und für Garski keine Schonung! Der Weihnachtszeit angemessen: Wo soll das Christkind wohnen? Solidarität mit Maria und Josef!

Die Polizei hielt sich tatsächlich zurück und „begleitete" die Demonstration „unsichtbar" in den Nebenstraßen. Sichtbar nur ein paar Verkehrspolizisten.

Entlang der Demoroute verteilte die AL ein Extrablatt: „Die Wahrheit über den Terror" über die Hintergründe von Instandbesetzungen, die Bau- und Sanierungspolitik des Senats und die Polizeieinsätze der letzten Tage; einige Demonstranten sprühten die Freilassungsforderung an lohnende „Objekte".

Die Redner der Abschlußkundgebung wiesen einmütig jeden Spaltungsversuch zurück und bekräftigten die Forderung nach Freilassung aller Demonstranten als unabdingbare Voraussetzung für jede Verhandlung mit dem Senat.

Es geht weiter und wird weitergehen

Daß weiterhin 5 Demonstranten im Knast sind, hatte zur Folge, daß Weihnachten weiterhin Scheiben zu Bruch gingen. Der Besetzerrat hält an seiner Politik fest, sich erst an Verhandlungen zu beteiligen, wenn alle Demonstranten auf freiem Fuß sind. **Wir hoffen, daß der Besetzerrat und die Instandbesetzer auch weiterhin eindrucksvoll und massenhaft unterstützt werden. Und nicht zuletzt auch diejenigen, denen bereits ab Januar der Prozeß gemacht werden soll. Auf die Anklagebank gehören nicht die Demonstranten sondern die Verantwortlichen für Polizeiterror und Wohnraumvernichtung.**

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Prompt gab es in Hamburg keine Berliner Zeitungen mehr.

D: „Daß zum Beispiel in Hamburg-Altona unwahrscheinlich viele Fensterscheiben kaputtgingen, kam hier nicht an. Oder: Am Freitag, den 12.12. war hier im SFB ab drei Uhr nachts Ruhe. Wir wissen von einem Journalisten, daß es eine Anweisung von Reuter gab, nichts mehr rüberzubringen. Die hatten etliche Meldungen da, aber man kann ganz klar sagen: Nachrichtensperre. Die wissen auch ganz genau warum: weil das so anturnt.

AK: Am 24. Dezember und danach haben nun erneut einige Banken ihre Scheiben eingebüßt. Am Wochenende davor hat das Büro einer Sanierungsgesellschaft gebrannt. Wie seht ihr das Verhältnis von Einzel- zu Massenaktionen?

A: Wir lassen uns in unseren Aktionsformen in keinem Fall festlegen. Das ist die Stärke der Bewegung, und das sind die Schwierigkeiten, die die Bullen mit uns haben. In einer Straßenschlacht haben sie immer die Möglichkeit, welche von uns festzunehmen, und wenn wir in kleineren Gruppen losgehen, dann haben sie größere Schwierigkeiten, die zu kriegen.

D: Also nichts gegen Massenaktionen, Einzelaktionen können nicht das einzige Ausdrucksmittel sein, aber sie können zu Massenaktionen anturnen.

AK: Gibt es auch Kräfte in der Bewegung, die nur auf Einzelaktionen setzen?

B: Es gibt nicht diese berufsmäßigen Anarchos, die nur danach suchen, daß was kracht, sondern das ist Ausdruck ihrer gesamten politischen Arbeit. Die machen bei Demos, Flugblättern und Unterschriftenlisten genauso mit.

Bei Einzelaktionen stellt sich halt immer die Frage „Wie läßt sich das vermitteln?" Da ist ja nicht nur die Sanierung sondern auch Knast, Hochsicherheitstrakt oder auch Bullenterror. Und da ist auch schon mal Widerstand da. Und dann ist es auch leichter nachzuvollziehen, warum Leute auch in anderer Form gegen die Scheiße angehen.

A: Ich denke, Massenaktionen sind auch deshalb besonders wichtig, weil du da immer wieder anderen Leuten die Möglichkeit gibst miteinzusteigen und Kontakte zu knüpfen und zu sehen: Wie stark ist die Bewegung.

D: Das gilt auch für die Staatsseite, daß die sehen, wie stark wir sind. Das ist ja auch die Erfahrung aus den großen Anti-AKW-Demos: Solange sich der Widerstand noch in gewissen geordneten Bahnen bewegt, kümmern die sich kaum drum. Und sie sind daran interessiert, daß sich das weiter auf diesen Bahnen bewegt. Während Leute breit die Erfahrung aus Demos ziehen können, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, zu denen man greifen muß, um seinen Unmut rauszulassen. Bei Massenaktionen hast du auch eine ganz andere Öffentlichkeit. Einzelaktionen können sie eben auch unheimlich gut totschweigen. Wenn irgendwo was brennt, dann merken das vielleicht noch die Anwohner, falls da noch welche sein sollten, und dann können sie eben einen Informationsstop machen. Und du kannst das auch nicht so rumposaunen; es kriegen halt nur relativ wenige Leute mit. Anders bei Massenaktionen: Wenn da eine Kundgebung ist mit 15000 Leuten, dann ist einfach Öffentlichkeit da. Wenn die Zeitungen am nächsten Morgen nichts darüber drin stehen haben, dann wundern sich zumindest die Leute, warum die Zeitungen darüber nichts schreiben. Wenn so und so viele Leute auf der Straße sind, oder Krawall machen, können die das schwer verschweigen.

B: Man muß auch sehen, in was für einem Bezug sowas steht. Eine Hausbesetzung ist erstmal eine Einzelaktion. Du suchst dir ein paar Leute und ziehst ein, um die Stadtteilzerstörung zu verhindern. Aber in dem Moment ist das Ding dabei, daß etliche Mietergruppen, die Stadtteilbewohner usw. genau wissen, was der Senat für eine Politik macht. Und dann ist das so, daß ein Großteil der Leute, die solche Erfahrungen mit Sanierungspolitik gemacht haben, eben auch hinter Kleingruppen-Aktionen stehen. Bei anderen Sachen ist das genauso.

AK: Am 24. Dezember wurde erneut ein Haus in Kreuzberg besetzt. Damit wurde die Devise des Senats 'Keine neuen Hausbesetzungen' durchbrochen. Ein Ende der Hausbesetzungen ist nicht abzusehen. Wie geht es weiter?

B: Ganz klar, da wurde die Devise des Senats durchbrochen, und das wird auch ganz bestimmt noch öfter in Zukunft geschehen, solange eben Häuser leerstehen. Jedenfalls kriegen sie hier in Kreuzberg keine Ruhe.

Hausbesetzung in Bergedorf

Seit zwei Jahren gibt es in Hamburg-Bergedorf die Jugendzentrumsinitiative „Unser Haus e.V.". In diesen 2 Jahren versuchten die Jugendlichen sowohl durch phantasievolle Aktionen als auch durch Verhandlungen mit dem Bezirksamt zu ihrem selbstverwalteten Haus zu kommen. Nach diversen Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen blieb den Jugendlichen als Resultat nur die Erkenntnis, daß sie von eben diesen SPD-Politikern verarscht wurden. So wurde ihnen als „Haus" z.B. eine Etagenwohnung von 150 qm angeboten, obwohl bei ihren Veranstaltungen selten weniger als 500 Jugendliche anwesend waren. Zu allem Überfluß liegt diese Wohnung auch noch neben der Polizeiwache. Weiterhin sollten der Initiative 60.000 DM für dieses Projekt zur Verfügung gestellt werden, während gleichzeitig allein die Klos im staatlichen Haus der Jugend, wo eh kaum noch ein Jugendlicher (p) ist, für 145.000 DM renoviert werden sollen.

Nach zwei Jahren konsequenzloser Verhandlungen hatten die Jugendlichen nun endgültig die Schnauze voll und haben sich am 19.12. ihr Traumhaus besetzt. Über 100 Jugendliche zogen für eine Nacht in eine, seit 2 Jahren leer stehende Fabriketage, die ideale Bedingungen für ihr Zentrum bietet.

Weitere 2-300 Jugendliche unterstützten die Besetzer vor der Fabrik. Doch der Traum vom eigenen Haus währte nicht lange, um 5.30 Uhr am nächsten Morgen rückte die Staatsgewalt in Form von ca. 100 Bullen an. Nachdem sie vergeblich versucht haben, durch die Tür einzudringen, gelang ihnen schließlich der unangemeldete Besuch durch die Fenster und das Haus wurde von den Bullen geräumt. Damit war für die Jugendlichen und wie man/frau sehen sollte auch für die Bullen die Sache noch lange nicht erledigt. Schon einige Stunden später sah man/frau sich wieder. Nachdem alle von der Polizeiwache und der Personalienfeststellung zurück waren, trafen wir uns in einem Jugendclub in Bergedorf zur weiteren Beratung wieder. Dieses müssen die Bullen wohl in den falschen Hals bekommen haben, sie kamen in wilder Hektik an, umstellten den Club, fest überzeugt, eine weitere Hausbesetzung im Griff zu haben. Bedauerlich für sie, handelte es sich doch um einen Club, der den Jugendlichen legal zur Verfügung gestellt worden war, und die Bullen mußten ein wenig pikiert wieder abziehen.

Noch am Sonnabend gab es in Bergedorf spontane Demonstrationen, Besetzung der Rolltreppen eines Einkaufzentrums und verschiedene andere kreative Aktionen. Dabei sahen die Bullen jeweils nur „die Rücklichter" der Demonstranten, wenn sie am Einsatzort erschienen.

Nach einer Pressekonferenz am Mittag, wobei bezeichnenderweise nur die Taz erschien, glich Bergedorf dann einer Staatsschutzhochburg. So viele unauffällige „Touristen" mit Kameras soll man/frau sonst nur noch am Eiffelturm antreffen können.

Und überhaupt hatten die Bullen eigentlich schlechte Karten in diesen Tagen. Am Sonntag z.B. besetzten ca. 150 Jugendliche eine für ein JZ geeignete Schule. Als dies dann nach einer Stunde zu den Bullen durchgedrungen war, und sie mit lalülala anrückten, zogen alle Demonstranten ab in Richtung Innenstadt, die Bullen immer hinterher. Sogar aus Hamburg sind die Ärmsten angerückt. So flitzten dann noch stundenlang nicht wenige Bullen durch Bergedorfs Innenstadt, umstellten mal dies, mal jenes für ein JZ geeignetes Haus, und wenn sie nicht gestorben sind...

Am Montag dann war stellvertretend für die beschissen berichtende Presse der NDR fällig. Ortwin Löwa hatte über Bergedorf in Pop und Politik nur ganze zwei Sätze fallen lassen. Diesem Zustand wollten wir Abhilfe schaffen und trafen uns deshalb mit über 60 Leuten in Bergedorf zu einem gemeinsamen Hamburg-Bummel. Nachdem wir gemeinsam zum Bahnhof gegangen waren und schon lange gemütlich in der warmen S-Bahn in Richtung Hamburg saßen, stürmten übrigens die Bullen den kalten und zugigen Bahnhof in Bergedorf von zwei Seiten. Gott sei Dank waren sie mit Kampfanzug schön warm angezogen und hatten an ihren Knüppeln auch nicht allzu schwer zu tragen.

Beim NDR angekommen, gelang es uns dann, Ortwin life zu erleben. Sehr glücklich über diesen Auftritt waren wohl beide Seiten nicht. Herr Löwa regte sich ziemlich auf, man/frau könne ihn doch nicht so unter Druck setzen, die Redakteure seien sowieso alle tierisch überlastet.

Schließlich machte Rainer Bruggemann den Vorschlag, am nächsten Morgen nach Bergedorf zu kommen und wir zogen einigermaßen befriedigt ab. Leider war auch am nächsten Morgen vom NDR nichts, aber auch gar nichts zu entdecken.

Nachdem wir uns mehrere Stunden lang die Beine in den Bauch gestanden hatten und uns die Zeit mit Öffentlichkeitsarbeit vertrieben, war dann ein Besuch beim Jugendamtsleiter Eggers angesagt.

Als wir dann dabei waren, das Jugendamt zu betreten, ausdrücklich eingeladen durch besagten Eggers, liefen die den ganzen Tag präsenten Bullen plötzlich Amok. Unter der Regie ihres Einsatzleiters preschten plötzlich 20 Behelmte auf ihren fahrbaren Untersätzen heran und riegelten das Gebäude ab. Dabei wurde ein Jugendlicher von 4 - 5 Bullen zusammengeprügelt und festgenommen. Dabei hatte er nicht mehr gemacht, als der Einladung des Jugendamtsleiters nachzukommen.

Inzwischen haben die Bullen Strafanzeige wegen Widerstands gestellt. Nach diesem Vorfall war nun auch der NDR in der Lage zu kommen und berichtete dann auch im Kurier am Abend darüber.

Wäre nun noch anzumerken, daß wir am „Heilich Abend", natürlich morgens, in der Innenstadt ein sehr öffentlichkeitswirksames Frühstück in der Einkaufsstraße durchführten. Für diese nachahmenswerte Aktion genügen als Requisiten ein paar Tapeziertische und Klappstühle.

Geschmeckt hat es allen, nur den Bullen nicht, die mit langer Nase und Walkie Talkie dem anarchischen Treiben zusehen mußten.

Am Sonnabend schließlich kam der NDR doch noch und machte eine längere Reportage zur Jugendzentrumsinitiative, sodaß man die Kritik ein bißchen relativieren kann.

Als Fazit bleibt, wenn die Behörden und Verantwortlichen, vor allem die Bullen, in Zukunft nicht vorsichtiger und kooperativer auftreten, gibts über kurz oder lang Parallelen zu Zürich oder Berlin.

Jede Geduld hat ihre Grenzen und zwei Jahre Verarschung, das reicht.

BO Bergedorf



Selber schuld?

Seit drei Monaten ist in der Marientalstraße 8 in Münster ein Mehrfamilienhaus mit drei Wohnungen zu je fünf Zimmern von der Münsteraner „Wohnraumrettungsinitiative und -unterstützer" besetzt.

Die Wohnraumretter zahlen DM 1.000 Miete monatlich auf ein Sperrkonto und kämpfen für den Erhalt des Hauses sowie den Abschluß eines Mietvertrages zwischen den Asten der Uni bzw. FH oder einer Studentengemeinde mit dem Eigentümer. Außerdem fordern sie die Aufhebung der gegen sie vorliegenden Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

Eigentümer des Hauses im Nordviertel – zum Haus gehört ein 500 qm großer Obstgarten – ist die Vehring KG. Sie hat das Haus am Tage der Besetzung von der 81-jährigen Voreigentümerin nahezu geschenkt bekommen, sie zahlt bis zu deren Tod monatlich DM 2.800 Leibrente an die Frau.

Für den endgültigen Vertragsabschluß hatte die Vehring KG im März dieses Jahres die Bedingung gestellt, daß die Vorbesitzerin die in dem Haus für DM 60 Zimmermiete lebenden Studenten zum 1.10.80 rausschmeißt, um anstelle des alten Hauses ein „Studenten-Appartmenthaus" mit acht Wohnungen sowie Spielplatz und acht Garagen bzw. Stellplätzen errichten zu können.

Zur Vehring KG heißt es in Münsteraner Mieterkreisen, sie nähme „Wuchermieten für Taubenschläge" („MZ", 22.10.80). Wo Quadratmetermieten von DM 3 genommen wurden, mußten Mieter in neuerrichteten Häusern der Vehring KG bald DM 20 und mehr pro Quadratmeter zahlen („info" der Hausgemeinschaft Marientalstraße). Dies sowie die katastrophale Wohnungssituation in Münster veranlaßte die „Wohnraumrettungsinitiative" zur Besetzung des Hauses.

Unterstützt werden sie u.a. von den Asten der Uni und FH, dem AKU (Arbeitskreis Umweltschutz), der evang./kath. Studentengemeinde an der FH, dem Jugendring der Stadt Münster und der GRÜNEN ALTERNATIVEN LISTE.

Haarige Methoden

Am 12. Mai 1980 flatterte den in der Marientalstraße 8 lebenden Studenten eine Kündigung zum 1.10. ins Haus.

Der Haus- und Grundstückseigentümerverein als Bevollmächtigter der Vorbesitzerin 'mahnt' darin: „...*Frau Siepe ... sieht sich aus Altersgründen genötigt, das Objekt zu verkaufen, um damit ihren Lebensabend zu sichern.. –Der Kaufvertrag war nur möglich unter der Voraussetzung, daß dieses Objekt leer zur Verfügung gestellt werden kann... – Wir bitten Sie daher alles zu unternehmen, damit dieser Termin unbedingt eingehalten werden kann, denn in dem Kaufvertrag ist ausdrücklich festgelegt, daß Zahlungen, auf die die Eigentümerin dringend angewiesen sein wird, erst fällig sind, wenn das Objekt vollständig leer ist...*"

Mit diesem moralischen Druck im Nacken verzichteten die Bewohner des Hauses auf die Wahrnehmung ihrer Rechte – Ungereimheiten gab es in dieser Angelegenheit genug.

Vier Tage nach der Kündigung wurde von der Eigentümerin bei der Verwaltung der Antrag gestellt, das Gebäude abbrechen zu dürfen („MZ", 4.12.80). Die Stadtverwaltung setzte Gutachter in Trab, die „gravierende Mängel" am und im Gebäude feststellten und den Wohnwert des Hauses um 30% herunterstuften. Konkret wurde bemängelt:

- Durchfeuchtung der Außenwände im Keller in ganzer Höhe;
- aufsteigende Feuchtigkeit bis ins Erdgeschoß;
- Mauerwerk teilweise eingerissen;
- weder Bad noch WC in den Wohnungen (WC auf den Zwischenetagen);
- Elektroinstallation völlig veraltet.

Auf Grundlage dieses Gutachtens stimmte der zuständige Planungsausschuß im August bzw. September '80 dem Abriß mit acht Stimmen bei fünf Gegenstimmen und fünf Enthaltungen zu.

Die Instandbesetzer sahen sich das Haus ebenfalls gründlich an und kamen dabei zu anderen Ergebnissen. Sie stellten lediglich Risse im Putz fest, Durchfeuchtungen in bedeutend geringerem Ausmaß, die WCs reichen für ihre Wohnzwecke aus, Bäder sind leicht einzubauen und die Elektroinstallation sei zwar alt, aber funktionsfähig.

Angesichts dieser unterschiedlichen Feststellungen von Mängeln am Haus forderten die Instandbesetzer ein neues Gutachten – bisher ohne Erfolg.

Dreiste Erklärungen

Beschwerden und Anfragen beim Rat und der Verwaltung ergaben weitere 'Denkwürdigkeiten'. So ist das Haus in der Marientalstraße 8 im 'Strukturplan Nord' von 1978 vom Landeskonservator noch zu den „...erhaltenswerten Häusern..." gerechnet worden, weil das Gebäude „das Stadtbild durch Gestaltung und Proportion" kennzeichnet und sich in das Nordviertel gut einpaßt. Ein Jahr später tauchte das Haus in den Unterlagen nicht mehr auf – eine Begründung liegt nicht vor.

Anfragen der GAL zu diesem Komplex ergaben, daß der Verwaltung dieser Sachverhalt bekannt ist. Sie sah aber keine Veranlassung, sich darum zu kümmern. Gleichfalls stellte sich bei der Anfrage heraus, daß die Stadt ein Vorkaufsrecht für das Grundstück bzw. Haus in der Marientalstraße 8 hat. Da der Kaufvertrag zwischen der Eigentümerin und der Vehring KG aber vor der Veröffentlichung des Vorkaufsrechts geschlossen wurde, besaß die Verwaltung keine rechtliche Grundlage für die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts – und: die Verwaltung kümmerte sich auch nicht weiter darum. Stattdessen erklärte sie auf eine Frage der GAL: „...*die Verwaltung hat Verständnis dafür, daß Eigentümer mit Hausbesetzern keine Verträge abschließen möchten*".

Wenn die Hausbesetzer jetzt in einer unsicheren Wohnsituation leben, „*haben die Hausbesetzer diese sich selbst zuzuschreiben*" und „*die Verwaltung beabsichtigt nicht, auf die Eigentümerin im Interesse der Hausbesetzer einzuwirken*" (aus der Beantwortung der GAL-Anfrage vom 25. 11.80).









Rachefeldzug der Bullen führte zur Straßenschlacht in Göttingen

Neujahr 81: Die „Tagesschau" faßt die Ereignisse der Silvesternacht zusammen und meldet, daß es in Westberlin, Frankfurt und Göttingen zu Ausschreitungen von „zumeist jugendlichen Leuten" gekommen sei. In Göttingen wurden die schwersten Kämpfe gemeldet, dort lieferten sich die „jugendlichen Leute" und die „Polizei" vier Stunden lange Auseinandersetzungen.

Die „Frankfurter Rundschau" meldet am 2.1. „Hausbesetzer von Polizisten zusammengetrieben". „*Eine halbe Stunde nach dem Jahreswechsel hatten einige Personen aus Hausbesetzerkreisen damit begonnen, in der Fußgängerzone Schaufensterscheiben einzuwerfen. Die Polizei ging mit Schlagstöcken und der chemischen Keule gegen die Störer und gegen zahlreiche junge Leute in ihrer Begleitung vor und versuchte, einzelne Personen herauszugreifen und festzunehmen.*" Die Betroffenen und Umstehenden leisteten „*zum Teil heftigen Widerstand*".

Das „Göttinger Tageblatt" (GT) ist mit der direkten Beschuldigung der Hausbesetzer vorsichtiger, keineswegs jedoch mit der einseitigen Hervorhebung der Brutalität der „jungen Leute": „*...rund 120 Personen hatten sich mit Pflastersteinen und leeren Flaschen bewaffnet ... um 0.30 h veranstaltete die Gruppe, inzwischen auf 300 angewachsen, ihren eigenen »Budenzauber«. Auf Verabredung wurden an verschiedenen Stellen gleichzeitig die Schaufensterscheiben eingeschlagen. Die neun Fußstreifen der Polizei, die sich vorsorglich in der Nähe des*

schiedenen Stellen gleichzeitig die Schaufensterscheiben eingeschlagen. Die neun Fußstreifen der Polizei, die sich vorsorglich in der Nähe des

Marktplatzes aufhielten, standen diesem groß angelegten Kampf relativ hilflos gegenüber. Keiner der Augenzeugen kann mehr genau schildern, wie es begann, doch plötzlich flogen die Pflastersteine auch auf die Polizisten, die nun zu Schlagstöcken und zur chemischen Keule griffen." Laut „GT" gehen aus der „Schlacht am Marktplatz" 13 verletzte Bullen, zwei beschädigte Streifenwagen und etliche beschädigte Funkgeräte hervor. Die verletzten Demonstranten werden ebenfalls erwähnt. Bilanz: „*Insgesamt wurden neun Personen verhaftet, die, wie sich herausstellte, aus Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Rendsburg, Pinneberg und Witzenhausen kommen. 16 Geschäfte und Sparkassen werden beschädigt, drei Läden wurden völlig ausgeplündert*". Dieser Hinweis auf die „Auswärtigen" — die „angereisten Krawallmacher" — ist natürlich in einer Universitätsstadt wie Göttingen völlig bedeutungslos.

Folgt man der Schilderung des „GT" weiter, so entsteht folgendes Bild:

1. Hätten sich die Bullen nach einer halben Stunde zur Wache am Steinsgraben (Schweinsgraben) zurückgezogen.

2. Seien die Bullen von der Brutalität der Demonstranten völlig überrascht gewesen. Polizeichef Mogwitz: „*Eigentlich betrachteten wir die Situation als entspannt, denn es stand ja keine Räumung des besetzen Hauses in der Jüdenstraße an.*"

3. Als Nährboden für Unsicherheit und Spekulation wird angekündigt: „*In Lagebesprechungen soll nun geklärt werden, welche Konsequenzen die Polizei aus diesem Vorfall ziehen wird. Der Januar verspricht allerhand Aufregung.*"

Die „blutige Schlacht auf dem Marktplatz" („GT") als verabredete, von auswärts unterstützte Aktion jugendlicher Randalierer und Häuserkämpfer?

Was geschah wirklich?

Geplant war für die Neujahrsnacht die kunstvolle Verschönerung eines seit Jahren leerstehenden Gebäudekomplexes. Nach der gelungenen Aktion trafen sich dann an die 500 Leute auf dem Göttinger Marktplatz, um gemeinsam das neue Jahr kämpferisch zu begrüßen. Daß dabei etliche Auswärtige waren, ist zu einem Tag wie Silvester auch kein Wunder, wo viele ehemalige Göttinger die Plätze einstigen Ruhmes mal wieder besuchen. Was auf dem Markt geschah, war alles andere als eine geplante und vorbereitete Aktion. Und auch die These, daß sich hinter den Krawallanten die Besetzer der Jüdenstraße verbergen, ist in erster Linie der deutliche aber abgeschmackte Versuch, die Erfolge, die der Häuserkampf in den letzten drei Wochen gezeitigt hat, so weit als möglich zu diskreditieren.

Als verständlicherweise, aber dennoch spontan die Fensterscheiben einer Spielhalle und der für seine Ausländerfeindlichkeit bekannten „Hamburger Farm" zu Bruch gingen, tauchten plötzlich Fußstreifen der Polizei auf, die sich einige Leute herausgreifen wollten. Einer der Anwesenden wurde von den Polizisten festgehalten und gegen eine Fensterscheibe, die schon beschädigt war, gedrückt, wobei diese vollständig zerbrach. Daraufhin wurde ihm vorgeworfen, die Scheibe eingeschlagen zu haben. Die Leute, die zufällig dabeistanden, protestierten spontan gegen die willkürlich vorgenommene Festnahme. Daraufhin begannen die Polizisten und etliche Zivilbullen mit Schlagstöcken und mit Chemical Mace blind gegen die sie umringenden Leute vorzugehen. Dabei erlitten auch mehrere Polizisten Verletzungen, weil niemand sich wehrlos verprügeln ließ. Nachdem sie den Festgehaltenen in einen Bullen-Bulli geprügelt hatten, verschwanden alle Streifenwagen, die vorher am Marktplatz gestanden hatten, jedoch nicht ohne vorher von hinten noch einen Ausfall auf eine Gruppe abziehender Demonstranten zu machen. Bei diesem Knüppeleinsatz stürzte ein Demonstrant zu Boden und wurde liegend von den heranstürmenden Bullen mit Fußtritten und Schlägen schwer malträtiert.

Ein Rachefeldzug ohnegleichen

Wer glaubte, daß durch den Abzug der Wagen „*die Ruhe wiederhergestellt worden war*", sollte in Kürze sein blaues Wunder erleben. Die Polizisten

Wer glaubte, daß durch den Abzug der Wagen „*die Ruhe wiederhergestellt worden war*", sollte in Kürze sein blaues Wunder erleben. Die Polizisten

zogen sich organisiert in Windeseile zurück zu Polizeizentrale, wo sie sich kampfbereit anzogen. 15 Minuten später verließ ein Mannschaftswagen mit jetzt voll ausgerüsteten Bullen das Revier zum brutalsten Rachefeldzug, den Göttingen bisher erlebt hat. Von dieser zweiten Schlacht ist im „GT" kein Wort berichtet worden.

Eine Gruppe von 40 Leuten, die den Marktplatz verlassen hatte, wurde am Ausgang der Innenstadt von dem heranfahrenden Mannschaftswagen bemerkt. Der Wagen hielt mitten auf der Straße an und die Bullen stürzten auf die Gruppe mit Schlachtrufen wie „*Jetzt machen wir euch fertig*", „*Auf sie mit Gebrüll*", „*Vier von uns habt ihr ins Krankenhaus gebracht, jetzt bringen wir vier von euch dorthin*". Einige wenige konnten weglaufen, der Rest wird von zwei Seiten zusammengetrieben. Einer der Beteiligten wird zu Boden geschlagen und erhielt am Boden liegend mehrere schwere Fußtritte u.a. ins Gesicht und ins Kreuz. Er wird von den Bullen bewußtlos liegengelassen, die sich auf die anderen stürzen. Insgesamt wurden vier Leute bei dem Überfall festgenommen. Sie wurden in den mitgebrachten Bulli geprügelt. Der Mannschaftswagen fuhr weiter Richtung Innenstadt und stieß auf eine weitere Gruppe von Leuten, die ebenfalls willkürlich verprügelt wurden. Drei weitere „Gefangene" krallten sich die Bullen auf ihrem „Beutezug".

Mißhandlungen auf der Wache

Die brutalsten Szenen aber haben sich dann auf der Wache abgespielt. Auf dem Weg zwischen Bulli und Verhörzimmer wurden drei Leute fortwährend von hinten attackiert. Mit dem Gummiknüppel wurden ihnen die Beine weggeschlagen, so daß sie mehrmals zu Boden stürzten. Zusätzlich wurden sie immer wieder, wenn sie sich aufgerappelt hatten, ins Gesicht geschlagen. Eine Frau wurde an den Haaren durch den Flur der Wache geschleift. Einer der Festgenommenen konnte wegen der Folgen der Mißhandlung gar nicht vernommen werden. Gleich als er in der Wache war, wurde er in eine Ecke gestoßen. Ein Polizist schlug ihm mehrmals mit seinem Knüppel die Beine weg und zog ihn wieder hoch. Er erhielt mehrere Schläge ins Gesicht und stürzte. Daraufhin begannen die Bullen ihm ins Gesicht zu treten, bis er bewußtlos war. Er erwachte erst wieder in einer Zelle, mit einem total entstellten Gesicht. Ein anderer der Festgenommenen ließ sofort einen Arzt kommen, der seinerseits nur die sofortige Überführung ins Krankenhaus veranlassen konnte. Alle Festgenommenen wurden der erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen, wo sie willkürlichen Anschuldigungen und Beschimpfungen ausgesetzt waren. Allen festgenommenen Männern wird Landfriedensbruch zur Last gelegt, allen festgenommenen Frauen versuchte Gefangenenbefreiung. Eine interessante Aufteilung. Ein Festgenommener wurde von einem Polizisten als derjenige „wiedererkannt", der einem Polizisten auf dem Markt drei ausgeschlagene Zähne bescherte. Ihm droht eventuell ein Verfahren wegen „versuchten Totschlags".

Von den Mißhandlungen hatten die ca. 300 Leute, die zur Wache demonstrierten und die sofortige Freilassung forderten, noch keine Ahnung. Erst als der letzte gegen ca. 6 Uhr morgens entlassen wurde, wurden die durchsickernden Gerüchte zur Gewißheit.

Bullen bleibt im Stall dann gibt es keinen Krawall

Die Mißhandlungen auf der Wache wurden von keinem „Kollegen" oder gar der Führung zurückgehalten. Im Gegenteil, die nachträgliche Rekonstruierung fügt ein Bild zusammen, wonach es jedem, der wollte, erlaubt war, sich gegen die „Randalierer" nach eigener Rachsucht und Maßlosigkeit auszutoben.

Die Chemical Mace einsetzenden Zivilbullen, die aggressive Wutentladung beim Rachefeldzug und die brutale Mißhandlung auf der Wache ist nur vor dem Hintergrund der „internationalen Krawalle" zu verstehen und nicht allein aus den Ereignissen in Göttingen erwachsen.

Das Klima, in dem Bullen in einer ganz normalen Silvesternacht nicht dem profanen „Schutz des Eigentums" nachgehen, sondern sich als überraschte Gruppe von Fußstreifen mit einigen hundert Demonstranten eine Schlacht liefern, wird in der internationalen Presse geschaffen und von höherer Stelle aus lanciert: Die Sraftatbestände, auf denen eine Vorverurteilung der sog. „jugendlichen Störer" bereits basiert, werden durch solche hemmungslosen Angriffe und Ausfälle der Bullen erst geschaffen.

Fazit: Der Anlaß war banal. Es war nicht das erste Mal, daß zur Neujahrsstunde ein, zwei Scheiben der erwähnten Läden zu Bruch gingen. Es ist gewissermaßen Göttinger Tradition. Die Reaktion war unerwartet. Die Konsequenzen sind noch nicht abzusehen.

Die „hohe Meinung" über Göttingen als Zentrum der „Krawallanten" könnte als Indiz gedeutet werden, daß hier unter Schützenhilfe der Medien der Protestbewegung (die sich nicht nur durch Hausbesetzungen artikuliert) mit völlig überzogenen Mitteln, die in keiner Weise dem politischen Stand vor Ort entsprechen, der politische Wumm genommen werden soll. Doch wir bauen auf die alte Volksweisheit: „Scherben bringen Glück (und Freiheit)"

Eine Genossin und ein Genosse aus Gö

Instandbesetzung in Nürnberg: „Olaf-Ritzmann-Haus"

Eine „alternative Weihnachtsüberraschung" gab es am 24. Dezember in

„Olaf-Ritzmann-Haus"

Eine „alternative Weihnachtsüberraschung" gab es am 24. Dezember in

Nürnberg. Etwa 100 Jugendliche besetzten aus Protest gegen den „allgemeinen Wohnungsterror" ein dreistöckiges Wohnhaus in der Johannisstraße 70. Sie tauften es „Olaf-Ritzmann-Haus" und verzierten es mit großen Spruchbändern: Instandbesetzung auch in Nürnberg.

„*Wir wollen nicht nur die Wohnräume des Hauses gemeinsam nutzen, sondern auch ein Stadtteilcafé in den Ladenräumen einrichten, kurzfristige Schlafmöglichkeiten für Jugendliche bieten können, den Lagerschuppen eventuell als Werkstatt nutzen.*" Die Besetzer fordern u.a. ein langfristiges Nutzungsrecht, Mietfreiheit als Gegenleistung zur Instandsetzung und die Enteignung von Hausbesitzern, die nutzbaren Wohnraum verkommen lassen.

Da der Besitzer des Hauses noch nicht eindeutig ermittelt werden konnte, kann auch bislang noch nicht geräumt werden. Es bleibt also noch eine Weile Zeit, durch Informationsarbeit eine breite Solidaritätsfront aufzubauen. Aus der Bevölkerung gibt's schon einige Tips, wo noch überall Häuser leerstehen, die sich zur Besetzung anbieten. An gespendeten Lebensmitteln mangelt es nicht. Als Finanzpolster zur Instandbesetzung hat die Netzwerkinitiative 1.500 DM zur Verfügung gestellt.

Die örtliche Presse reagierte recht aufgeschlossen auf die Aktion der Jugendlichen.

Weniger erfreulich ist der Versuch der DKP, den Fortgang der Dinge in ihre Bahnen zu lenken. Der Widerstand bei der Räumung müsse unbedingt friedlich verlaufen, sonst könne sich Stadtrat Stiefvater (DKP) nicht dahinterstellen, so ein Vertreter auf einer Informationsveranstaltung der Hausbesetzer. Die Jugendlichen selber wollen passiven Widerstand leisten, wenn es zur Räumung kommt. Doch, so schreiben sie in einem Flugblatt: „Ohne Polizei — kein Krawall."

Genossen aus Nürnberg

Prozeß gegen Hausbesetzer

Köln. Ein bei der Räumung eines instandbesetzten Hauses verhafteter Besetzer soll wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung abgeurteilt werden. Gegen weitere 53 Besetzer wird in gleicher Sache noch ermittelt. Gegen sie drohen ähnliche Prozesse.

Absicht der Kölner Justiz ist es, die besonders in Köln stark verankerte Instandbesetzerbewegung einzuschüchtern. Es wäre allerdings nicht verwunderlich, wenn der Schuß nach hinten losgeht, d.h. daß die Kölner Justiz eine Auseinandersetzung mit der Besetzerbewegung sucht, die neue Kräfte mobilisiert ...

Göttingen: Seit drei Wochen wird instandbesetzt

Am 12. Dezember wurden in Göttingen zwei Häuser besetzt (s. AK 191). Der Besetzung vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen um die Durchführbarkeit und den Sinn einer Besetzung. Teile der Linken hatten immer wieder abgewiegelt und auf Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Stadt gedrungen und Besetzungen als undurchführbar bezeichnet — es mangele an Unterstützung der Öffentlichkeit. Angesichts der völligen Erfolglosigkeit von Verhandlungsversuchen und 5.000 fehlenden Wohnungen entschloß man/frau sich dann doch zur Besetzung.

Besetzt wurden ein vierstöckiges Wohnhaus, das seit vier Monaten leerstand und die leerstehenden Räume einer angrenzenden ehemaligen Schule. Die Häuser wurden in überraschend gutem Zustand angetroffen und so konnte mit relativ wenig Aufwand die Wiederherstellung als Wohnraum durchgeführt werden. Inzwischen wohnen dort ca. 20 Leute; in den Räumen der Schule — umgenannt in „Kraaker Schule" — finden Kulturveranstaltungen, Workshops und Vollversammlungen statt. In nächster Zeit soll dieses Gebäude zu einem autonomen Kulturzentrum ausgebaut werden; geplant sind Werkstätten, Frauenhaus, Räume für AGs, ein Kinderladen etc. Daß die Besetzung bislang so erfolgreich verlaufen ist, liegt in erster Linie an der breiten Solidarität, die der Aktion inzwischen auch von den anfänglichen Kritikern der Besetzung entgegengebracht wird. In der ersten Zeit übernachteten jeweils 100 - 200 Sympathisanten im Haus, viele beteiligen sich an Wachen, Öffentlichkeitsarbeit und den Renovierungsarbeiten. Als am ersten Sonntag nach der Besetzung die Räumung kurz bevorstand, wurden innerhalb einer halben Stunde 250 Leute zur Verteidigung der Häuser mobilisiert, angesichts dieser Entschlossenheit wurde die geplante Räumung aus „polizeitaktischen Gründen" abgeblasen. Diese aktive Solidarität ist umso höher zu bewerten, als in letzter Zeit eine massive Hetze von der Presse ausging und zugleich von der Polizei versucht wurde, die Häuserkämpfer durch Knüppeleinsätze, Verhaftungen und andere Schikanen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Aber weder Polizeiknüppel noch Pressehetze haben es geschafft, die Solidarität aufzuweichen — im Gegenteil: Die Häuserkämpfer haben Unterstützung in der Bevölkerung gefunden, ein Tag der Offenen Tür war gut besucht, täglich gehen Spenden in den Häusern ein. Eine kurzfristig angesagte Demonstration gegen den Räumungspoker der Stadt verlief ungewohnt kämpferisch. Trotz Eis und Schnee beteiligten sich etwa 1.000 Leute daran. „Leitet Ihr die Räumung ein, wird es wie in Kreuzberg sein!" Nicht nur diese Parole ist es, die dem Krisenstab der Stadt Kopfschmerzen bereitet.

Bei der Besetzung haben die Häuserkämpfer nämlich eine glückliche Hand gehabt: Die beiden instandbesetzten Häuser gehören der „Orbi-Grund und Boden GmbH" aus Wiesbaden, die an die Stelle der Gebäude einen Neubaukomplex mit Eigentumswohnungen und Geschäftsräumen setzen will. Damit würde wieder einmal billiger Wohnraum vernichtet zugunsten unerschwinglicher Appartements, die nur den Profitinteressen der Orbi-Gesellschaft dienen. Daß ihr die Interessen dieser Spekulanten besonders am Herzen liegen, hat die Göttinger Stadtverwaltung in den letzten Jahren schon des öfteren unter Beweis gestellt. So sahen die Verantwortlichen auch diesmal wieder ungerührt zu, mit welchen Praktiken die Wohnungsspekulanten inzwischen vorgehen: Ein leerstehendes Haus wurde durch Ausstreuen von Gift unbewohnbar gemacht, systematisch werden Installationen zerstört und auch die beiden besetzten Häuser sollten verrotten, um so die Abrißgenehmigung zu erreichen. Dem sind die Besetzer nun entschlossen entgegengetreten; die beiden Gebäude wurden erstmal von ihren Besitzern befreit.

Im übrigen bestand seit einiger Zeit ein Antrag auf Denkmalsschutz für die Häuser, der auch fünf Tage nach der Besetzung genehmigt wurde. Daß dieser Antrag vollauf berechtigt war, zeigen die Gutachten zweier Architekturbüros, die von den Besetzern in Auftrag gegeben wurden. Beide kommen zu dem Ergebnis, daß die Häuser ohne weiteres bewohnbar sind. Damit wurde ein weiteres Argument der Orbi-Gesellschaft entkräftet, denn sie gab an, die Häuser seien baufällig.

Das Fazit kann nur lauten, daß sich Besetzung wieder einmal als wirkungsvolles Mittel gegen Abrißpolitik und Wohnungsspekulation erwiesen hat, und daß trotz Hetze und Polizeiterror die Solidarität mit dieser Aktion vorhanden ist und wächst. Diese breite Solidarität und das geschlossene Handeln haben sich erneut als unsere stärkste Waffe bewährt!

Ein Genosse aus Göttingen

Hausbesetzung 1980:

»Da kommt ein Wind auf«

1980 erlebte die Hausbesetzerbewegung einen Aufschwung und erreichte ein Ausmaß, das die Hausbesetzungen Anfang der siebziger Jahre noch weit übertraf. Im Laufe des Jahres gab es im ganzen Bundesgebiet nach unseren Informationen über 100 Hausbesetzungen, schwerpunktmäßig in den Ballungsgebieten, wo die Wohnungsnot am größten ist, wie im Ruhrgebiet, Frankfurt und Westberlin, aber auch in Studentenstädten und in der „Provinz", wo Jugendliche insbesondere für Freizeitzentren kämpften.
Die Legalisierung von besetzten Häusern und die längerfristige Verteidigung wieder genutzten Wohnraums war dabei eher die Ausnahme. Dem Angriff auf das geheiligte Privateigentum von Grund- und Hausbesitz folgten in der Regel massive Polizeieinsätze, die „Recht und Ordnung" wieder herstellen sollten – aber auch Massenproteste mit Zehntausenden von Hausbesetzersympathisanten. Höhepunkte hierbei waren die Kämpfe gegen die Räumung des Stollwerck-Geländes in Köln, des Dreisamecks in Freiburg und zum Jahresende die Demonstrationen gegen die Polizei-Übergriffe gegen die Westberliner Hausbesetzer.
Bedingt durch die für jeden offensichtliche Wohnungsnot haben Hausbesetzungen zunehmend nicht mehr den Ruch illegaler Aktionen, sondern werden als Form der Selbsthilfe gegen die Erpressung der Hausbesitzer von vielen Menschen und sogar von Teilen der SPD akzeptiert.

Die Hausbesetzungen verdeutlichen eine Misere, die schon lange bekannt ist. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, das Grundrecht auf Wohnen allen Bevölkerungsteilen zu garantieren. Existenzielle Wohnungsnot greift um sich. Mit der lang angelegten „Liberalisierung" des Wohnungsmarktes gab der Staat den Forderungen des Haus- und Grundbesitzes nach, Wohnungen zu „Marktmieten" zu vermieten, Wohnraum durch Abrisse zu verknappen, die Mieten hochzutreiben und Renditen zu erzielen, wie sie auch auf anderen Kapitalmärkten üblich sind. Mit der Ideologie der „Eigentumsbildung in breiter Hand" wurde tatsächlich eine Subventionspolitik entwickelt, die den Reichen noch mehr gibt und die armen Bevölkerungsschichten noch mehr auspreßt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi bezeichnet die Wohnungspolitik der Bundesregie-
nete Peter Conradi bezeichnet die Wohnungspolitik der Bundesregie-
rung als ungerecht und unsozial, denn *„tatsächlich geht die Eigentumsförderung an den Gebieten mit Wohnungsnot vorbei; sie kommt vor allem der verbesserten Wohnungsversorgung der Bezieher hoher Einkommen, nicht aber der Wohnungsversorgung der Bezieher unterer Einkommen zugute. Zwei Drittel der steuerlichen Subventionen kommen dem obersten Drittel der Einkommensbezieher zugute."* (1)

Von den rund 20 Mrd. DM, die jährlich in das Wohnungswesen gesteckt werden, landen drei Viertel in den Taschen der Eigentümer, während die Wohnungsversorgung der Bevölkerung immer schlechter wird. Davon sind inzwischen nicht nur finanziell Schwache, Kinderreiche, Studenten und Ausländer betroffen; der Wohnungsnot können sich immer weniger Mieter entziehen.

Den 24,3 Millionen Haushalten stehen nur 23,4 Millionen Wohnungen (einschließlich Zweitwohnungen, Ferien- und Wochenendhäusern) gegenüber. In Wirklichkeit ist der Mangel noch gravierender, weil – wie die deutsche Kreditbank für Baufinanzierung AG in Köln mutmaßt – *„mehrere Millionen praktisch nicht bewohnbare Objekte mitgezählt"* wurden. (2)

Hinzu kommt, daß in vielen Ballungsgebieten Häuser seit Jahren nicht mehr vermietet werden – so sind in Frankfurt über 50, in Hamburg über 100 leere Häuser, in Westberlin 7.000 leere Wohnungen bekannt –, weil sie in Büros umgewandelt werden oder Straßen und Parkplätzen bzw. Neubauprojekten weichen sollen. Die Zerstörung des Frankfurter Westends ist hierfür ein Beispiel.

Gleiches findet man jedoch praktisch in jeder Stadt. Die innenstadtnahen Altbaugebiete – oft angestammte Arbeiterviertel – müssen Handels- und Dienstleistungszentren und dort arbeitenden, besserverdienenden Bevölkerungsteilen weichen. *„Bei zwangsläufig begrenztem Wohnungsangebot blockieren untypische Citybewohner wertvolle Wohnflächen. Aus dieser Sicht kann eine Verlagerung bisheriger Innenstadtbewohner durchaus politisch verantwortet werden"* – so offen formuliert es die Hamburger Baubehörde und rechtfertigt damit ihre Politik der Mietervertreibung.

Doch selbst wo Wohnungen modernisiert werden, ist das Ergebnis ähnlich: Eine Studie der GEWOS im Auftrag des Wohnungsbauministeriums kommt zu dem Schluß, daß aufgrund staatlich geförderter Modernisierung die Hälfte der Bewohner ihre Wohnungen und meist auch ihr angestammtes Viertel verlassen muß und bei privater Modernisierung gar acht von zehn Mietern vertrieben werden. (3) Die Häuser in diesen Stadtvierteln wurden auch von den großen „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften jahrzehntelang vernachlässigt, aufgrund geplanter Umstrukturierungen und weil die Mieterträge nicht zur Instandhaltung der Häuser genutzt wurden, sondern um neue Großsiedlungen zu finanzieren.

In den Altbau- und Sanierungsgebieten vollzieht sich ein langsamer sozialer Wandel. Neben der angestammten Bevölkerung zogen Ausländer, Studenten und junge Leute nach, die hier noch relativ billigen Wohnraum vorfanden, aber auch eine



Peter Homann

Kommunikationsstruktur, die den Kontakt zu den Nachbarn erleichterte und durch die räumliche Nähe von Wohnen, Arbeitsplatz und Versorgung die Menschen oft wenig isoliert wurden. Hier befinden sich noch städtebauliche Qualitäten, die durch den Abrißbagger endgültig zerstört werden.

Dies sind einige der Gründe, warum die Hausbesetzerbewegung besonders in den Sanierungsgebieten einen Aufschwung erlebte.

Hinzu kommt, daß insbesondere für junge Leute, die über nicht viel Geld verfügen, kaum Wohnraum zu finden ist. Obwohl seit langem bekannt ist, daß die „geburtenstarken Jahrgänge" ja irgendwann auch eigene Wohnungen brauchen, ging der Wohnungsbau drastisch zurück – abgesehen davon, daß die übliche „normale" Wohnung bestenfalls Platz für ein Wohnzimmer, ein Schlafzimmer und ein oder zwei Abstellräume für Kinder hat, aber für Wohngemeinschaften mit genügend großen Zimmern überhaupt nicht gebaut wird und viele der älteren großen Wohnungen mit gutverdienenden Kleinbürgern blockiert sind. Neue Wohn- und Lebensformen, die den Rahmen der staatlich gestützten Familienpolitik sprengen, sind so oft schon aus räumlichen Gründen schwer zu realisieren. Das Wohnraumangebot ist hierbei ein nicht zu unterschätzender Faktor, der junge Menschen wieder in Kleinfamilien zwingt. Die Monopolstellung privater und öffentlicher Haus- und Grundbesitzer geht dadurch weit über den Aspekt der Profitmaximierung hinaus und führt zu massiven Eingriffen in das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit (abgesehen von den unwürdigen und erpresserischen Bedingungen, denen sich Wohnungssuchende unterwerfen müssen, um eine Wohnung zu bekommen).

Daß nach Jahren relativer Ruhe an der Hausbesetzerfront sich wieder einiges tut, befürchtete aus dieser Situation heraus der hessische Wirtschaftsminister Karry bereits im Frühjahr. Bei der Jahreshauptversammlung der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereinigung Frankfurt kündigte er *„Spannungen von bedenklichem Ausmaß"* an. Die *„bitterböse Entwicklung"* auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere die Unmöglichkeit, *„der jungen Generation ausreichend Wohnraum zu verschaffen"*, ließ die Hausbesitzer eine Atmosphäre befürchten, in der *„erneut Demonstrationen und Hausbesetzungen gedeihen"*. (4)

Als hätten sie mit dieser Entwicklung gar nichts zu tun, orakelte der Leiter des Frankfurter Wohnungsamtes: *„Da kommt Wind auf"*.

Kein Wunder, standen doch allein in dieser Stadt 1980 den 600 neuen Sozialwohnungen 20.500 amtlich registrierte Wohnungssuchende gegenüber – und entsprechend sind die Relationen in fast allen westdeutschen Großstädten.

Von den Wohnungsämtern und den staatlichen Aufsichtsbehörden wie der Wohnungspflege wurde der Wohnungsnotstand lediglich verwaltet, und die Behördenärsche blieben auf ihren Sesseln ruhig sitzen. Selbst das vorhandene rechtliche Instrumentarium, z.B. die Zweckentfremdungsverordnung, wurde nicht angewandt, obwohl nach ihr die Möglichkeit besteht, nicht nur die Umwandlung von Wohnraum in Büros zu verhindern, sondern leere Wohnungen sogar zwangszubelegen. Auch von den Modernisierungs- und Instandsetzungsgeboten des Bundesbaugesetzes (Paragraph 39 e), das Hausbesitzer zwingen kann, Instandsetzungen vorzunehmen, machte so gut wie keine Kommune Gebrauch, wie das deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) veröffentlichte. (5)

Aufgeschreckt wurden die politisch Verantwortlichen erst, als sich im Frühjahr Hausbesetzungen in vielen westdeutschen Städten und in Westberlin häuften.

Und die Herrschenden reagierten, wie man es erwarten mußte: mit polizeilichen Maßnahmen. Neben der Taktik, im allgemeinen möglichst schnell nach der Besetzung das Haus wieder zu räumen, wurden Polizei und Verfassungsschutz vorbeugend eingesetzt. Die Frankfurter Polizei erklärte „alle leerstehenden Häuser zu permanent gefährdeten Objekten" und verstärkte den Objektschutz. Ebenso die Hamburger Kollegen, die nach der ersten Hamburger Hausbesetzung seit langer Zeit im Oktober '80 leere Häuser beobachteten und – nachdem die Selbsthilfeorganisation „Mieter helfen Mietern" eine Liste von über 100 leerstehenden Häusern veröffentlichte – systematisch mit Streifenwagen alle leeren Häuser kontrollierten, was naturgemäß zu einer starken Verunsicherung der Bevölkerung führte. Bei Besetzungen wartete die Polizei in vielen Fällen auch gar nicht erst einen Räumungsantrag des Hausbesitzers ab, sondern räumte von sich aus – was ein Verstoß gegen geltendes Recht ist. Danach darf sie nur Leute an der Besetzung hindern, aber nicht (ohne Räumungsanzeige) eingreifen, wenn das Haus schon besetzt ist.

Trotz polizeilicher Repressionen entwickelte sich die Hausbesetzerbewegung, nicht zuletzt auch inspiriert durch die holländischen Kraaker und die Auseinandersetzungen in Amsterdam. Auch wenn die wohnungspolitische und insbesondere die rechtliche Situation in den Niederlanden und bei uns recht unterschiedlich ist, haben die Kraaker auf verschiedenen Rundreisen durch die BRD westdeutschen Wohnungssuchenden wertvolle Anregungen gegeben.

Neben mehr symbolischen Besetzungen (insbesondere von der DKP unterstützt), die den kurz bevorstehenden Abriß eines Gebäudes verhindern und die kapitalistische Wohnungspolitik aufdecken sollen, hat sich immer mehr eine neue Form der Hausbesetzung, die „Instandbesetzung" entwickelt. Gemeint sind damit aus existenzieller Betroffenheit heraus organisierte, längerfristig geplante Besetzungen. Die Besetzer ziehen in leerstehende Häuser ein, fangen sofort mit z.T. umfangreichen Renovierungen an und entfalten in der Nachbarschaft eine breite Solidaritätsarbeit. Die nachbarschaftliche Unterstützung ist insbesondere dann groß, wenn die Bevölkerung jahrelang mitverfolgen konnte, wie gute Wohnungen durchs Leerstehenlassen verkommen sind und wie jetzt junge Leute mithelfen, daß ein Stadtteil wieder wohnlich wird. Für die Besetzer ist das ein zusätzlicher Schutz vor Polizeiübergriffen. Instandbesetzungen wurden mit sehr gutem Erfolg insbesondere in Köln durch die Wohnraumrettungsgesellschaft und in Westberlin durchgeführt. Die Besetzer werden hier in etlichen Häusern geduldet, in einigen Häusern wurden sogar Miet- oder Nutzungsverträge abgeschlossen. Noch während der Auseinandersetzungen in Westberlin wurde für 21 besetzte Häuser in Kreuzberg die Legalisierung angeboten – natürlich auf dem Hintergrund einer immer breiter um sich greifenden Welle von Hausbesetzungen und Demonstrationen, die in Westberlin zu den größten seit einigen Jahren zählen.

Doch die Legalisierung von Besetzungen ist eher die Ausnahme. Oft reagiert die Stadt mit brutalen Bulleneinsätzen (wenn die Besetzer nicht freiwillig räumen, was angesichts der Polizeiübermacht meist angebracht ist). Besetzer werden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und in einigen Fällen wie in München und Wuppertal verurteilt (Geld- und/oder Haftstrafen mit Bewährung). Über das Ausmaß der Kriminalisierung von Hausbesetzern liegt uns keine vollständige Übersicht vor.



In der Öffentlichkeit und z.T. auch in der Presse (insbesondere in den Regionalausgaben) wird auf dem Hintergrund der für viele persönlich erfahrenen Wohnungsnot Hausbesetzern Sympathie entgegengebracht, und die politisch Verantwortlichen
erfahrenen Wohnungsnot Hausbesetzern Sympathie entgegengebracht, und die politisch Verantwortlichen
werden aufgefordert, zumindest die krassesten Mißstände abzumildern. Auch Teile der SPD sind sichtbar unzufrieden mit der Wohnungspolitik, die nach den Aussagen der Regierungserklärung in den nächsten Jahren noch weiter verschlechtert werden soll.

So erklärte die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich in Frankfurt schon im April, daß es verständlich erscheine, *„wenn sich Jugendliche gegen die Misere friedlich, aber bestimmt durch Besetzung von leerstehenden Häusern wehren und gleichzeitig der Öffentlichkeit wieder ins Gedächtnis rufen, wozu Wohnraum eigentlich da ist, nämlich zum Wohnen"*. (6) Die Delegierten der SPD Bremen-Ost verabschiedeten ein Konzept, in dem sie angesichts der herrschenden Wohnungsnot Verständnis für Hausbesetzer aufbringen, zumal *„jahrelang leerstehende Häuser geradezu zu Besetzungen herausfordern"* und forderten bei Hausbesetzungen den Verzicht auf Einsatz der Polizei. (7)

Nach den Demonstrationen in Westberlin prangerten auch FDP-Politiker und Teile der Kirche die Wohnungspolitik der Stadt an, die sie für die Hausbesetzungen verantwortlich machen.

Für den Deutschen Mieterbund scheinen Hausbesetzungen allerdings keine Rolle zu spielen, er nimmt sie in seiner Zeitung gar nicht erst zur Kenntnis. Eine erfreuliche Ausnahme bildet der Berliner Mieterverein, der sich auch zur Kriminalisierung von Instandbesetzern äußerte: *„Die Frage ist, wer in Wahrheit eine Straftat begeht. Der Hausbesitzer, der Wohnungen verkommen läßt und nicht vermietet oder derjenige, der als Alternative zum Obdachlosenheim zum Mittel der Instandbesetzung greift? Wer schadet der Allgemeinheit mehr, der Instandbesetzer, der nur sein Recht auf angemessenen Wohnraum fordert oder der Hausbesitzer, der bewußt Wohnraum verkommen läßt und nicht vermietet?"*

Wohnungskommission

Anmerkungen

(1) Stadtbau-Informationen Nr. 21, 20.10.80
(2) Wirtschaftswoche 48, 28.11.80
(3) Info Mieter helfen Mietern, Nr. 0 Dez. 80
(4) Zeit, 16.5.80
(5) Frankfurter Rundschau, 30.4.80
(6) Frankfurter Rundschau, 25.4.80
(7) Hamburger Morgenpost, 4.7.80

Besetzt!

Soweit uns bekannt, geben wir im folgenden einen Überblick über Besetzungen und besetzte Häuser im Jahr 1980. Teilweise sind Häuser erfaßt, die bereits in den Vorjahren besetzt wurden (z.B. Köln), die überwiegende Zahl der Besetzungen gab es jedoch 1980 mit dem Schwerpunkt in der zweiten Jahreshälfte. Es konnte leider nicht ermittelt werden, wieviele Häuser noch gehalten werden, da aktuelle Angaben nicht immer zu finden waren.

Wohnungskommission

Westberlin

Nach Angaben des Senats waren schon Mitte September 225 Wohnungen instandbesetzt. Bekannt sind uns davon:

Leuschner Damm 9
Seit September 79 von einem Wohn-, Lern- und Arbeitskollektiv besetzt.
Cuvrystraße 20 - 27
Seit Nov. 79 sind drei Wohungen in Zusammenarbeit mit der BI SO 36 besetzt.
Cuvrystraße 21, 25
Die Hinterhäuser wurden am 26.1. von Wohnungssuchenden besetzt.
Luckauerstraße 3
wird am 13.3. zum Wohnen, Arbeiten und für eine „Kulturetage" besetzt.
Mariannenstraße 48
instandbesetzt am 26.3. mit Unterstützung der Mietervertretung, mehrerer MIs und der Alternativen Liste.
Adalbertstraße 6
Im Anschluß an ein Fest wurde am 7.6. das Haus besetzt, das einem Park-Haus weichen sollte.
Naunynstraße 77, 78, 79
wurde besetzt im Januar 80, nachdem der Abriß angekündigt wurde. Die Besetzer arbeiten gemeinsam in Werkstätten im Haus.
Wrangelstraße 56
Eine Wohnung. Wurde am 29.5. geräumt und am 25.6. wieder besetzt.
Oranienstraße
Zwei Häuser seit Mitte Juni instandbesetzt
Fichtestraße 29
Nachdem die Neue Heimat das Haus vergammeln ließ, wurde es am 20.6. instandbesetzt.
Waldemarstraße 33
Eine Fabriketage wurde Anfang März besetzt. Unterstützung von AL, BI SO 36 und Heinrich Albertz.
Chamissoplatz 3
Die Mieterinitiative hat das Haus am 31.5. instandbesetzt. Wurde von 200
Die Mieterinitiative hat das Haus am
31.5. instandbesetzt. Wurde von 200
Polizisten am 3.6. geräumt. 16 Festnahmen, bisher wurde ein Besetzer zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.
Reuterstraße/Ecke Pflügerstraße
Am 6.12. besetzten 50 wohnungssuchende Studenten das Haus, das einer Straße weichen sollte.
Fraenkelufer 48
Die Besetzung und Räumung des Hauses am 12.12. war Anlaß für die Demonstrationen in Kreuzberg am 13.12. und auf dem Kuhdamm am 14., 15. und 16.12. mit 2 - 12000 Teilnehmern.
Ackerstraße 52 (Alte Schrippenkirche)
Am 1.1. von 40 Leuten besetzt, um den Abriß zu verhindern.
Admiralstraße 20
ebenfalls instandbesetzt nach dem Angebot des Senats, die bisherigen Besetzungen zu legalisieren, wenn auf weitere Besetzungen verzichtet wird.

Bremen

Friedrichstraße 16
Frauen besetzten am 1.5. das Wohnhaus gegen die systematische Zerstörungspolitik der Stadt.
Osterdeich 12, 13
Die seit 10 Monaten besetzten Häuser werden am 12.2. von der Polizei geräumt.
Fedelhörn 73, Laden
Die BBA besetzt am 11.2. den Laden, wird am 13.2. von der „Bremer Polizei gegen Hausbesetzer" geräumt 6 ED-Behandlungen.
Gegen die Räumungen demonstrieren am 13.2. 1000 Menschen.
Schlachthof
Am 20.5. wird die Halle für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum nutzbar gemacht. Obwohl noch Verhandlungen laufen, wird der Schlachthof am 13.8. unter Polizeischutz abgerissen. Am 14.8. knüppelt die Polizei gegen protestierende Besetzer. Mehrere wurden krankenhausreif geschlagen, 48 Festnahmen.

Hamburg

Eimsbüttel
Am 11.10. besetzen Jugendliche symbolisch eine ehemalige Disco und fordern ein Jugendzentrum.
Hospitalstraße 6
Am 27.9. besetzen 30 Wohnungssuchende ein Haus, das für eine Straße abgerissen werden soll. Sie müssen einem prügelnden Polizeiaufgebot noch am gleichen Tag weichen.
Bergedorf
Nach zwei Jahren erfolglosen Kampf für ein Jugendzentrum besetzen 100 Jugendliche am 19.12. eine Fabriketage, müssen jedoch am nächsten Tag angesichts der Polizei wieder räumen.



Frankfurter Hausbesetzer, die kürzlich auch das „heimliche Besetzen" erfunden haben, probierten diesmal das Gegenteil: sie kündigten öffentlich die Instandbesetzung des schon einmal besetzten Hauses Siesmayerstr. 2 - 4 an. Ein mittelschweres Bullenaufgebot war jedoch schneller und sperrte das Haus ab. Der Moral der Besetzer tat das aber keinen Abbruch: Sie zeigten den Bullen wegen unfairen Spiels die rote Karte und überreichten dem Einsatzleiter feierlich einen goldenen Knüppel. Gleichzeitig kündigten sie neue Besetzungen an.

Schleswig-Holstein

Kiel
Anfang Dezember haben 50 wohnungslose Schüler, Studenten und Arbeitslose ein seit fünf Jahren leerstehendes Haus besetzt.

Niedersachsen

Hannover, Blumenhagenstraße 2
Hannover, Blumenhagenstraße 2
30 Leute instandbesetzten das Haus am 9.2., wurden allerdings 13 Tage später von einem Polizeikommando wieder auf die Straße gesetzt. Da sie jedoch ein Dach über dem Kopf brauchten, gingen sie in die
Ricklingerstraße 46
und besetzten es am 3.3. Nach einer „freiwilligen Räumung" wurde das Haus Ende August zusammen mit einigen anderen leerstehenden Häusern u.a. an die ehemaligen Besetzer kostenfrei „geliehen", mit der Auflage auf eigene Kosten zu renovieren.
Hannover-Linden
Am 31.7. besetzt eine türkische Familie eine Wohnung, muß sie aber wieder räumen, nachdem die Baugesellschaft mit Knast droht.
Braunschweig
Nach der Räumung des Bohrplatzes 1004 wurde am 4. Juni von 150 Jugendlichen eine ehemalige Fabrik besetzt, um ein Kommunikationszentrum einzurichten.
Oldenburg
Eine ehemalige Fahrradfabrik dient seit dem 21.11. als Initiativentreff und für 30 Leute als Wohnraum.
Göttingen
Jüdenstraße 35 und ehemalige „Prager Schule"
Am 12.12. besetzt für Wohn- und Kommunikationsräume und aus Protest gegen die städtische Abrißpolitik und fehlenden Wohnraum, insbesondere auch für Studenten.

Nordrhein-Westfalen

Köln,
Berliner Straße
Seit März 79 als Teestube besetzt, Nutzungsrecht für ein Jahr konnte erkämpft werden.
Düsseldorfer Straße 74
Seit Nov. 79 leben und arbeiten hier 15 Leute vom SSK
Stürmerstraße
Zwei Häuser seit Mai 79 besetzt gegen den Sanierungswahn der SPD.
Holweider Straße 81 - 89
Seit März 80 sind fünf Häuser vom SSK und der Wohnraumrettungsgesellschaft besetzt. Werden bewohnt von Schülern, Lehrlingen und ausländischen Familien.
Erftstraße 3
wurde im Mai 79 vom SSK mit Unterstützung des SPD-Ortsvereins (!) besetzt.
Zwirnerstraße 4
Wurde im Sept. 79 vom SSK besetzt, inzwischen durch Mietverträge legalisiert.
Rolandstraße 92
ist seit Oktober 78 von notleidenden Künstlern besetzt und wird noch gehalten.
Marienstraße/Lessingstraße
insgesamt 13 Häuser der Stadtsparkasse Köln z.T. schon seit 1977 besetzt. Die insgesamt 120 Besetzer betreiben Werkstätten, ein Kinderzentrum und einen Gesundheitsladen.
Liebigstraße 25
seit 4 Jahren vom SSK besetzt
Kerpenerstraße 57
40 Leute besetzten dieses Haus im April 80.
Stollwerck-Gebäude
Nach 48 Tagen Besetzung und langwierigen Verhandlungen wird am 6.7. das als Kommunikationszentrum genutzte Fabrikgelände geräumt. Ein massiver Polizeieinsatz folgt der friedlichen Räumung. Die Besetzer erhalten Straffreiheit, einige Gebäude bleiben erhalten.
Bochum, Bergstraße 115
Um den Abbruch zu verhindern, be-
Bochum, Bergstraße 115
Um den Abbruch zu verhindern, be-
setzte das „Rote Punkt Komitee" am 2.10. das Haus. Vor der geplanten friedlichen Räumung nahm die Polizei am 8.10. 12 Leute fest.
Bielefeld, Waldemarstraße 6
Um der Obdachlosigkeit zu entgehen, wurde im April das Haus von Wohnungssuchenden besetzt.
Aachen, Goerdelerstraße 20
Eine Bürgerinitiative besetzte zusammen mit der Aachener Wohnraumrettungsgesellschaft am 30.5. das Haus, um die Abrißpolitik der Stadt zu stoppen.
Aachen, Templergraben 8
Vom 29.4. bis zum 5.5. war das Haus besetzt, bis es nach einer Polizeiaktion demoliert wurde.
Münster, Sertürnerstraße
Mit ED-Behandlungen und fünf Festnahmen endete die Besetzung des Hauses, das einer Schnellstraße weichen soll. Das Haus konnte vom 25.1. bis zum 15.2. gehalten werden und wurde anschließend sofort abgerissen.
Wuppertal, Adler-Brauerei
Über 100 Leute hielten ab dem 30.5. die ehemalige Adler-Brauerei für 27 Tage besetzt, um sie als Kulturzentrum zu nutzen. Nach der Räumung durch die Polizei wurde die Brauerei abgerissen und die Besetzer kriminalisiert.
Mühlheim, Löwenhof
Am 2.10. besetzen 110 Jugendliche ein altes Kino um ein Jugendzentrum einzurichten.
Dortmund
Die Dortmunder Selbsthilfe besetzte Mitte September für eine Woche ein Haus. Die Stadt ließ es nach der Räumung sofort abreißen.
Düsseldorf, Lichtenbroicher Weg 137
Am 9.7. wurde von der Polizei ein besetztes Haus geräumt und abgerissen, weil Daimler-Benz hier bauen will.
Düsseldorf, Kronprinzenstraße 90
Aus Protest gegen den Abriß haben Wohnungssuchende und Initiativen das Gebäude am 19.9. besetzt. Am 9.10. stürmte die Polizei ein leeres Haus, nahm aber auf der Straße noch 11 Leute fest.
Gummersbach
Seit dem 5. Juni ist auch hier ein denkmalgeschütztes Haus besetzt.
Bonn, Münsterstraße 8
Am 23. Oktober besetzte ein breites Aktionsbündnis das Haus für kurze Zeit, um gegen die Wohnungsnot zu protestieren.
Friedrich-Breuerstr. 19
wurde am 3.11. besetzt, unmittelbar bevor die Abrißbagger kamen. Der Abriß konnte zunächst aufgeschoben werden.
Detmold
Ein zum Abriß freigegebenes Druckereigebäude wurde am 29.11. besetzt und floriert seitdem als Kommunikationszentrum.

Hessen

Frankfurt
Fechenheimerstraße 4
Das von 50 Leuten am 8.3. besetzte Haus wurde nach angedrohter Räumung und Gefahr eines kostspieligen Prozesses Ende September geräumt.
Ditmarstraße 4
vom 28. bis zum 30.5. „friedlich" besetzt, bis die Polizei anrückte.
Siesmayerstraße 2 - 4
Aus Protest gegen ein geplantes Hochhaus am 14.6. besetzt und am 19.6. in Form einer „Hausdurchsuchung" geräumt.
Ginnheimer Landstraße 174
Am 5.6. besetzten 15 Jugendliche ein seit Jahren versprochenes Haus als Jugendzentrum und hielten es bis zum 7.7.
Adickesallee/Eschersheimer Landstraße
Kein leeres Haus, sondern das Wohnungsamt besetzten am 19.3. 40 Jugendliche aus Protest gegen die Wohnungsnot.
Spohrstraße 48
Noch während der Besetzung griff die Polizei am 21.6. ein. Hier und bei weiteren Aktionen und Demonstrationen wurden 32 Leute vorübergehend festgenommen.
Guiollettstraße 34
Die Besetzung am 24.4. wurde von der Polizei vereitelt. Bei einem brutalen Polizeieinsatz wurden 52 Leute festgenommen, acht wurden z.T. erheblich verletzt.
Röderbergweg 62
Am 20. Oktober wurden zwei Etagen „heimlich" besetzt, und nach Verhandlungen ein halbjähriger Nutzungsvertrag erreicht.
Leipziger Straße 60
Ebenfalls eine „heimliche" Besetzung am 22. Oktober. In einem Prozeß wurde ein befristetes Nutzungsrecht erreicht, da der Besitzer gegen die Zweckentfremdungsverordnung verstoßen hatte.
Insgesamt gab es im November in Frankfurt 14 ähnliche Fälle heimlicher Besetzungen.
Marburg, Alter Knast
Die katastrophale Situation wohnungssuchender Studenten und fehlende Räume für Initiativen führte am 4.12. zur Besetzung des seit 72 nicht mehr genutzten Knastes, nachdem einige Monate zuvor die Besetzer die Stadt mit einer symbolischen Besetzung eines anderen Hauses vorgewarnt hatten.



Nebelspalter, Schweiz

An gutem Willen und Phantasie zur Lösung des Krawalljugend-Problems fehlt es beim braven Bürger nicht

Hanau-Mittelbuchen
Den Erhalt des Kommunikationszentrums fordern die 100 Besetzer der „Krone" am 1.2. als der Abriß zugunsten eines Supermarktes droht.
Offenbach
Am 14.5. besetzen Leute eine Fabrik um ein Kultur-, Handwerks- und Kommunikationszentrum weiterleben zu lassen, nachdem eine andere Fabrik Ende April geräumt und am 5. Mai unter Polizeischutz abgerissen wurde.
Offenbach-Westend
25 junge Leute haben am 16.10. ein leerstehendes Wohnhaus besetzt, das abgerissen werden sollte.
Worms
Am 19.4. wurde der Majorshof von 200 Leuten besetzt, um die Stadtsparkasse zu zwingen, die Bäume eines Parkes stehenzulassen und auf ein Verwaltungsgebäude zu verzichten. Räumung am 20.4. unter Androhung von Polizeigewalt.
Hofheim/Taunus
Am 7.6. wurde ein Fabrikgelände von 150 Jugendlichen besetzt, die hier ein lange gefordertes selbstverwaltetes Jugendzentrum einrichten wollen.
Gießen, Alicenstraße 18
Am 8.6. wurde nach vergeblicher Wohungssuche ein Haus gekraakt und renoviert.
Darmstadt, Lucasweg 19
27 Schüler, Arbeiter und Studenten besetzten ein Privathaus am 4.7., mußten aber am 6.7. „freiwillig" wieder raus angesichts 100 gutbehelmter Polizisten.
Im Oktober wurde eine selbstgebaute Baracke geräumt und abgerissen, die als „Informationszentrum gegen die Wohnungsnot" diente.

Baden-Württemberg

Freiburg, Dreisameck
Insgesamt 5 besetzte Häuser mit bis zu 400 Besetzern. Räumung am 8.6. durch bürgerkriegsähnlichem Bullenaufgebot nach dreijähriger Besetzung. Fünf Demonstrationen mit jeweils 5 - 10.000 Personen.
Freiburg, Schwarzwaldhof
Nach der Räumung des Dreisamecks am 13.6. von 80 Leuten besetzt. Wird gehalten.
Stuttgart, Nesenbachstraße 49/Gerberstr. 6
25 Wohnungssuchende besetzten diese Häuser am 28.6. und wollen damit gegen die Stadtzerstörungspolitik protestieren. Am 25.10. wird ein weiteres Haus in der Liststraße von 15 Leuten besetzt.
Tübingen
Mit einem Erfolg endete die Kasernenbesetzung der leerstehenden Thiepval-Kasernen am 19.6. Nach Übernahme durch das Studentenwerk und einem freien Träger können Studenten und Auszubildende hier legal einziehen.
Weingarten/Ravensburg
Am 7.11. besetzten 20 Leute ein seit drei Jahren leerstehendes Haus für zwei Tage.
Radolfzell
50 Jugendliche besetzten am 30.7. 15 Tage lang ein leeres Feuerwehrgerätehaus, bis die Konstanzer Polizei räumte und der Abrißbagger anrückte.

Bayern

München, Blumenstraße 33
Das Haus wurde von Wohnungssuchenden am 22.2. besetzt. Die Stadt ließ sich nicht auf Verhandlungen ein und ließ es am nächsten Morgen räumen. Alle 101 Besetzer ED-behandelt, zwei wurden zu Geldstrafen verurteilt.
Augsburg
50 Leute besetzen am 5.9. eine alte Villa zum Wohnen und Arbeiten. Nach einem Ultimatum und dem Versprechen auf ein Ersatz-Haus räumen sie bis zum 15.10. „freiwillig".
Illertissen (Landkreis Nürnberg)
Gegen den Ausverkauf der Altstadt und für ein Jugendzentrum besetzten Jugendliche eine Woche lang im April ein Gebäude bis Abrißtrupps unter Polizeischutz anrückten.

Schwierige Auseinandersetzungen bei den Grünen in Göttingen

Nach drei Mitgliederversammlungen und einem Seminar haben die Göttinger Grünen es endlich geschafft: mit knapper Mehrheit wurde ein Beschluß gefaßt, sich an einer von der BuLi-Initiative und anderen geplanten Veranstaltungen zum Thema „Wohnungs- und Verkehrspolitik – Alternativen in der Kommunalpolitik" zu beteiligen. Die Kommunalwahlen finden in Niedersachsen im September 1981 statt.

Bereits seit dem ersten Einladungsschreiben der BuLi-Initiative zu vorbereitenden Gesprächen überwogen bei den Grünen Mißtrauen und Abgrenzung. Dieses machte sich hauptsächlich an dem für ihre Vorstellungen zu weit „links" stehenden Kreis der bisher Interessierten und an der Beteiligung der DKP fest. Sehr strapaziert wurde der Begriff vom „studentischen Milieu" und der „linken Szene", die hier versammelt sei, während man selbst doch vorrangig den „Bürger" erreichen wolle. Diese Bürger würden aber von einer Zusammenarbeit mit den Grünen abgeschreckt, wenn diese sich mit der „linken Szene" zusammentun würden. Ein Mitglied bekannte frank und frei: die Bunte Liste stehe für Krawall, Farbbeutel und Steineschmeißen; ein Zusammengehen bei den Kommunalwahlen käme deshalb überhaupt nicht in Frage. Die meisten jedoch hätten „eigentlich nichts" gegen die „linken Grüppchen", sondern wollten „nur" auf die politischen Empfindlichkeiten des „Bürgers" Rücksicht nehmen. Also blühten allerlei taktisch ausgeklügelte Pläne, wie man die „Linken" so lange im Hinterzimmer verstecken könnte, bis man die „Bürger" so weit hätte, deren Anwesenheit ertragen zu können.

Eine inhaltliche Diskussion über die geplante Veranstaltung fand kaum statt; hauptsächlich wurden Vorwände gesammelt, warum man sich an dem Projekt n i c h t beteiligen könne. Mehrfach wurde aufgezählt, wer alles bei dem Bündnis fehle, und deshalb könne man selber auch nicht, im Prinzip ja gerne, aber so ... Selbst als eine der in den Augen der Grünen sich so linken BIs (igittigitt dieses grüne Fieberthermometer mit dem magischen roten Strich) bereit war, auf der Veranstaltung über ihre Erfahrungen mit der Verkehrspolitik der Stadt zu sprechen, ging das Spielchen weiter. Munter wurden Initiativen als „fehlend" aufgelistet, die sich bisher noch nie an politischen Veranstaltungen beteiligt hatten und zum Teil auch mit den grossen Parteien verflochten sind.

Neben dem Bedürfnis der Abgrenzung nach links dürfte auch noch ein gewisser Führungsanspruch die Grünen daran gehindert haben, sich r einem Projekt zu beteiligen, das, je länger man selbst zauderte und zögerte, von anderen Leuten politisch bestimmt und gestaltet wurde.

So wurde als Gegenantrag von einem Vorstandsmitglied ein Brief an „*Liebe Freunde des Umweltschutzes und der alternativen Bewegung, Sehr geehrte Damen und Herren*" eingebracht. Hierin werden nach kurzer Bestandsaufnahme der Situation vor den Kommunalwahlen ebenfalls eine Reihe von Veranstaltungen zu verschiedenen Themen vorgeschlagen, die sich inhaltlich von dem Projekt der Bunten Liste nicht wesentlich unterscheiden. Bezeichnenderweise heißt es in diesem Brief: „*Da unsere Partei die Grünen von ihrem programmatischen Selbstverständnis her auf die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und alternativen Gruppen angewiesen ist, halten wir es für angebracht, wenn ein solcher Vorstoß von uns ausgeht.*" Diese Passage wurde zwar im Lauf der Auseinandersetzungen zurückgenommen, der Gedanke tauchte aber in Diskussionsbemerkungen manchmal wieder auf. (Übrigens wurde der Brief auch flugs in den Grünen Informationen veröffentlicht, in der alten Fassung, und ohne Hinweis auf die noch laufende kontroverse Debatte.)

Ein weiterer bedenklicher Aspekt in den Diskussionen war die Tendenz, die einzelnen Themen ihres politischen Gehaltes zu entkleiden und als rein technische zu behandeln. Dies äußerte sich in der Vorstellung, man wolle sich einfach ohne „grosses Vorbereitungshickhack" mit fachlich kompetenten Leuten zusammentun und Veranstaltungen machen. Zum Glück ist Göttingen ein Pflaster, wo zum Thema Wohnungspolitik nach Haubesetzungen, Demonstrationen und Polizeiübergriffen nicht nur die „fachlich" kompetenten sondern eigentlich alle politisch einigermaßen wachen Leute was zu sagen haben.

Wenn jetzt auch mit knapper Mehrheit die Beteiligung an der Veranstaltung beschlossen wurde – auch von den Göttinger Grünen wollen viele lieber eine brave grüne FDP als das Bündnis mit der nicht staatsloyalen Linken. Mal sehen wie's weitergeht. Die Veranstaltung von BuLi-Initiative, Grünen und anderen findet jedenfalls statt.

Nach all dem Generve noch was Erfreuliches: mit großer Mehrheit verabschiedeten die Grünen eine Solidaritätserklärung mit den Besetzern der Jüdenstraße 35, sammelten Geld und riefen per Rundbrief zu Sachspenden auf.

KB/Gruppe Göttingen

Das Wort eines rechten Grünen:

„Bundeswehr ist notwendig"

1. Entgegen der Kritik von Herrn Tarrach habe ich mich bisher noch an keiner Stelle kritisch zur Bundeswehr geäußert. Was ich für meine Person in einer Anzeige zum 35. Jahrestag des Kriegsendes gefordert habe, war eine aktivere Friedenspolitik.

2. Für mich persönlich ist die Existenz der Bundeswehr unumgänglich notwendig. Mit andersgearteten und mißverständlichen Formulierungen im sogenannten Saarbrückener Programm der Grünen habe ich mich nicht einverstanden erklären können. Darum haben meine Freunde und ich auf dem letzten Landesparteitag in Niedersachsen (Ende Juni) einen Beschluß herbeigeführt, durch den dieses Papier als Materialsammlung eingestuft und durch die Dortmunder Wahlplattform ersetzt wurde.

3. Unsere Zeit hat es sich angewöhnt, Symptome zu behandeln, nicht die Krankheiten. Was an der Bundeswehr zu kritisieren ist, sind Symptome. Die eigentliche Krankheit ist der beängstigende Sinnverlust, den unsere Gesellschaft erlitten hat. Ich bekomme es jeden Tag in meinem Umgang mit jungen Menschen in der Schule bestätigt. Ihre Frage nach dem „Warum?" wird kaum noch glaubwürdig beantwortet. Oder andersherum gesagt: Unser Staat und seine Einrichtungen sind so gut und damit sicher, wie die Repräsentanten auch menschlich glaubwürdig sind.

4. Schon 1960 habe ich als Fachlehrer an der Bundeswehrfachschule in Münster mit Soldaten Feste gefeiert. Warum sollte ich das heute nicht mehr tun?

Jürgen Marquardt, Lüchow

aus „Elbe-Jeetzel-Zeitung" vom 12.12.80

Wahlen in Delmenhorst

Der Beschluß der Delmenhorster Grünen steht bereits fest: Bei den Kommunalwahlen im nächsten Herbst soll es kein Bündnis mit der Basisbewegung geben. Damit wurde das Anliegen von 4 Initiativen aus den Bereichen Umweltschutz, Frauen, Jugend und Anti-Militarismus zurückgewiesen, die sich diesbezüglich an den Delmenhorster Kreisverband gewandt hatten.

Abgesichert wurde der knapp gefaßte Beschluß (8:5) zunächst damit, daß zwei Linken die Wiederaufnahme in die Grünen verweigert wurde, nachdem sie kurz zuvor eilends aus den Mitgliederlisten gestrichen worden waren, weil sie ihre Beiträge 3 Wochen zu spät entrichtet hatten. Natürlich waren es laut grünem Sitzungsprotokoll nicht die knappen Mehrheitsverhältnisse, die den Ausschluß begründeten, sondern allerlei anderes Zeug wie „persönliche Gemeinheiten" in der internen Auseinandersetzung, fehlende Distanzierung vom 6. Mai in Bremen und schließlich das Verteilen von KB-Flugblättern.

Nach all dem haben sich die Delmenhorster Grünen jeden Kredit in der linken und basisbewegten Szenerie verscherzt. Sie erklären sich nun auch eindeutiger denn je zur reinen Ökologie, um es sich mit den Gruppen einiger bürgerlicher Stadtplanungskritiker nicht zu verderben. Das Fehlen der 5%-Klausel bei den niedersächsischen Kommunalwahlen hat die Grünen in ihren Alleingangsplänen sicherlich bestärkt. Dazu kommt in Delmenhorst, daß ein recht großes Feld schwankender Wähler zwischen CDU und SPD existiert, das bei den Bundestagswahlen größtenteils der FDP zufiel. Da diese FDP in Delmenhorst allerdings reichlich darniederliegt, rechnen sich die Grünen wohl gute Chancen aus, deren Platz einzunehmen.

Aber auch die Linken können sich natürlich ohne die 5%-Klausel bessere Chancen ausrechnen, selbst wenn sie ohne die Grünen kandidieren. In diese Richtung geht die Diskussion in Delmenhorst auch bereits. Gerade jüngere Leute – und in Delmenhorst gibt es ja eine nennenswerte Jugendbewegung – dürften sich für eine aktionsorientierte Basisgruppenkandidatur eher gewinnen lassen als durch die grünen Abziehbildchen der großen Parteien, die den Reiz des Neuen nun auch schon lange verloren haben.

KB/Gruppe Delmenhorst

Rechte Grüne in der Krise

Die rechten Grünen haben ihre Schwierigkeiten, Krisendebatten und internen Streitigkeiten. Das geht aus dem Rundbrief 4/80 der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH) hervor, die zu den Gründungsorganisationen der „Grünen Föderation" gehört. „*Die GLSH, wie sieht sie aus im Herbst 1980? Bei einer ehrlichen Bestandsaufnahme: mäßig. Sie hat 15 Kreisverbände, aber nur in dreien läuft die Arbeit, bei den anderen tut sich fast nichts. Bei den Mitgliedern sind Flauheit und Entmutigung verbreitet, manche ziehen sich ins Privatleben zurück. Von der Entschlossenheit des zweiten Aufbruchs, dem Austritt aus den GRÜNEN, ist nur noch wenig zu spüren*" – schreibt Heinz Winkler in seinem Geleitwort „Wie soll es weitergehen?". Als wesentliche Ursache für die Stagnation der Arbeit nennt Winkler das ständige „*Hinschielen darauf, was sich bei den GRÜNEN tut*" ... „*Soll die Funktion der GLSH sich darin erschöpfen, das Geschehen bei den GRÜNEN kommentierend zu begleiten? Nein danke.*" Der Artikel endet mit der Durchhalteparole „*Immerhin zeigen die drei Kreise, in denen die Arbeit läuft, daß grüne Arbeit frei vom Bremsklotz der GRÜNEN möglich ist – wenn wir es nur wollen.*"

Tatsächlich h a t die GLSH hauptsächlich die Funktion, „das Geschehen bei den GRÜNEN kommentierend zu begleiten" – davon zeugen eine Reihe von Zeitungsartikeln nach dem Strickmuster „Ökologen gegen grün getarnte Rote" die die Rundbriefredaktion nicht ohne Stolz nachdruckt (als zusätzliche Bestätigung ihrer Unterwanderungsstories dokumentiert die GLSH übrigens auch den Artikel zur Wahlauswertung der „Gruppe Z" aus AK 188: „Die Grüne Partei muß links sein"). Die Wahlauswertung der GLSH wird von ihrem berüchtigten Pressesprecher G.P. Werner aus Nordfriesland auf die Aussage zugespitzt: „*Eine grüne Partei, die nicht von K-Gruppen unterwandert ist, könnte mehr als 25% Mitte-Wähler aktivieren, während die jetzigen GRÜNEN links von der SPD nur 1% der Wähler finden.*"

Grüne Föderation zerstritten?

Die nach dem Dortmunder Parteitag aus GLSH, GAZ, BGL, AGÖP und GLU Hamburg gegründete „Grüne Föderation" scheint nicht so recht voranzukommen. Der GLSH-Vorstand hat sich mit dieser Frage auf mehreren Sitzungen befaßt und dazu folgende Aussagen in seinen Protokollen festgehalten:

– „*Dort gibt es eine starke Gruppe von Leuten (AGÖP, GAZ), die sofort eine neue Bundespartei gründen wollen sowie eine abwartende Gruppe, so auch die GLSH.*"
– „*Baldur Springmann sieht bei der Grünen Föderation die Gefahr einer zu großen Öffnung und befürchtet ähnliche Entwicklungen wie bei den Grünen.*"
– „*Die Bremer Gruppe möchte gern jede Gruppe, die praktische Basisarbeit macht, jede BI mitwirken lassen, Baldur dagegen möchte die Mitarbeit bei der GF durch das Unterschreiben einer Grundsatzerklärung eng begrenzen.*"
– „*Auf dem Landesparteitag der GRÜNEN in Baden-Württemberg ist man einer Auseinandersetzung durch die Abfassung eines Grundsatzpapiers zu aktuellen ökologischen Fragen (mit großer Mehrheit) ausgewichen. Hasenclever hat seine Leute geschlossen in der Hand. Spaltung ist für die Schwaben kein Thema.*"

Ein besonderes Problem scheint eine gemeinsame Grundsatzerklärung der „Grünen Föderation" zu sein. Die im Sommer bekanntgewordene Erklärung von Lothar Herbing (GLSH) ist nicht verbindlich beschlossen worden. Zwar ist sein Entwurf im wesentlichen unumstritten, da er sämtliche Grundthesen rechtsökologischer Politik enthält, so z.B. die zu überwindende „Überschätzung der materiellen Bedürfnisse", Absage an jegliche „Zentralisierung", Stärkung der Kleinfamilie, ein Bekenntnis zu „rechtsstaatlichen Mitteln im Rahmen der Verfassung" und dergleichen mehr. Baldur Springmann hat nun diesen Entwurf „überarbeitet", d.h. um einige seiner offen rechtsradikalen Spezialthesen ergänzt.

Da ist z.B. die Rede vom „*Bevölkerungsanstieg in den Ballungsräumen durch Import fremdländischer Arbeitswilliger*" und von dem „*von anonymen Drahtziehern bewußt geschürte(n) Streben aller Gesellschaftsschichten nach möglichst leistungsfreiem Einkommen und schrankenlosem Genuß*". Das wollen andere offenbar so nicht mittragen, u.a. Lothar Herbing, der laut GLSH-Rundbrief „*seinen Entwurf in Baldurs Überarbeitung nicht wiedererkennt*".

Streit zwischen Springmann und Herbing gibt es auch in der Frage der weiteren Arbeit der AGÖP, die auf Betreiben von Spingmann am 19.10. beschlossen hat, daß Mitglieder der Bundespartei Die GRÜNEN nicht gleichzeitig Mitglieder der AGÖP sein können. Auch in der GLSH gibt es Kräfte, die diese Variante des Verbots der Doppelmitgliedschaft übernehmen wollen. Der Kreisverband Segeberg (Springmanns Hausmacht), der schon die ersten Ausschlüsse angedroht hatte, konnte vom GLSH-Vorstand bisher nur mühsam zurückgehalten werden – der Vorstand bat in der Frage der Doppelmitgliedschaft um „*Toleranz, da der Gärungsprozeß bei den GRÜNEN durch die Wahlschlappe erst auslaufen muß*". Diese „Toleranzphase" wurde dann – mit Zustimmung der Segeberger – genau bis zum 17.1.81 terminiert. Dann soll die GLSH-Landesversammlung eine entsprechende Satzungsänderung diskutieren.

„linken Grüppchen", sondern wollten „nur" auf die politischen Empfindlichkeiten des „Bürgers" Rücksicht nehmen. Also blühten allerlei taktisch ausgeklügelte Pläne, wie man die „Linken" so lange im Hinterzimmer verstecken könnte, bis man die „Bürger" so weit hätte, deren Anwesenheit ertragen zu können.
Eine inhaltliche Diskussion über die geplante Veranstaltung fand kaum statt; hauptsächlich wurden Vorwände gesammelt, warum man sich an dem Projekt n i c h t beteiligen könne. Mehrfach wurde aufgezählt, wer alles bei dem Bündnis fehle, und deshalb könne man selber auch nicht, im Prinzip ja gerne, aber so ... Selbst als eine der in den Augen der Grünen sich so linken BIs (igittigitt dieses grüne Fieberthermometer mit dem magischen roten Strich) bereit war, auf der Veranstaltung über ihre Erfahrungen mit der Verkehrspolitik der Stadt zu sprechen, ging das Spielchen weiter. Munter wurden Initiativen als „fehlend" aufgelistet, die sich bisher noch nie an politischen Veranstaltungen beteiligt hatten und zum Teil auch mit den grossen Parteien verflochten sind.
Neben dem Bedürfnis der Abgrenzung nach links dürfte auch noch ein gewisser Führungsanspruch die Grünen daran gehindert haben, sich r
Das Wort eines rechten Grünen: „Bundeswehr ist notwendig" 1. Entgegen der Kritik von Herrn Tarrach habe ich mich bisher noch an keiner Stelle kritisch zur Bundeswehr geäußert. ... 4. Schon 1960 habe ich als Fachlehrer an der Bundeswehrfachschule in Münster mit Soldaten Feste gefeiert. Warum sollte ich das heute nicht mehr tun? Jürgen Marquardt, Lüchow
aus „Elbe-Jeetzel-Zeitung" vom 12.12.80

Neues vom Ökobauern

Baldur Springmann, rechtslastiger Ökobauer aus Schleswig-Holstein, Ex-Mitglied der Grünen und Mitbegründer der rechten „Grünen Föderation" um Gruhl und Dinné, sprach kürzlich in Pinneberg zum Thema „Kraft und Auswirkungen der ökologischen Bewegung". Veranstalter: Die J u n g e U n i o n, Jugendorganisation der CDU. Nachdem Springmann zunächst seinen Lebensweg geschildert und sich über die Gefahren des Kunstdüngers ausgelassen hatte, ging er in die Vollen.

Vor dem gespannt lauschenden Publikum begründete Springmann seinen Austritt aus der grünen Partei. Er stimme nämlich nicht „*mit den dogmatisch-marxistischen Ideologien überein, die von Parteimitgliedern vertreten wurden*" (Pinneberger Tageblatt, 13.12.80).

Dies und Springmanns Appell, „*partnerschaftliches Verhalten statt Klassenkampf*" zu praktizieren, imponierte den anwesenden JU'lern, nicht zuletzt dem eingefleischten Strauß-Fan und JU-Ortschef Manfred Kunau.

Bedauerlich nur, daß die JU'ler hören mußten, daß sie in Springmann trotz der deutlichen Übereinstimmung in ideologischen Fragen noch kein neues Parteimitglied gefunden haben. Der Ökobauer kündigte stattdessen an, seine „Grüne Föderation" würde sich eventuell „eines Tages" in eine Partei umwandeln. Schade, wirklich schade.

Ein Genosse aus Pinneberg



Wertkonservative unter sich: Baldur Springmann und JU-Ortschef Kunau

Betrifft:

1 Jahr Bunte Liste Bielefeld (AK 190)

Als Reaktion auf unsere Bilanz der einjährigen Parlamentsarbeit der Bunten Liste Bielefeld im AK sind inzwischen zwei schriftliche Stellungnahmen erschienen. (Mitgliederrundbrief der Bielefelder BuLi Nr. 5/80)

Ein weiterer Artikel berührt die angeschnittenen Aspekte der BuLi-Politik teilweise auch. Außerdem soll über den AK-Artikel u.a. auf dem BuLi-Plenum diskutiert werden. Eine ausführliche Auseinandersetzung damit wird in einem der nächsten AKs erfolgen. Einige Erläuterungen sind aber bereits jetzt notwendig, da anscheinend teilweise ein falscher Eindruck entstanden ist, wie einzelne Diskussionen gezeigt haben.

In dem Artikel wird nicht, wie der Fraktionsvorsitzende der BuLi, Reinhard Krämer, unterstellt, „die Politik der Bunten Liste in Mißkredit gebracht" (Rundbrief), wenn überhaupt, dann höchstens die Politik einiger Funktionsträger.

Weiterhin werden in dem Artikel nicht politische Widersprüche in der BuLi als Konflikt ‚Funktionäre gegen Basis' begriffen. Abgesehen davon, daß sich nur ein kleiner Teil des Artikels überhaupt mit diesem Verhältnis beschäftigt, werden lediglich zwei „Funktionäre" kritisiert, die allerdings eine von der Basis abgehobene Politik betreiben, wobei Michael W. das zweifelhafte Verdienst zukommt, diese Abgehobenheit auch noch theoretisch rechtfertigen zu wollen („ ...negative soziale Zusammensetzung der BuLi ..." u.ä.). Desweiteren ist von einem Ex-„Funktionär" die Rede, der wegen einer bestimmten Position bzw. einer bestimmten politischen Handlung kritisiert wird, nämlich die Teilnahme an einem offiziellen Besuch des Stadtrates bei der Bundeswehr, und dies allerdings als Ratsmitglied.

Die überwiegend im Verborgenen blühende Politik der übrigen „Funktionäre", insgesamt an die 30 Ausschußmitglieder, Bezirksvertreter/innen usw., war überhaupt nicht Gegenstand des Artikels.

Zur Haushaltspolitik

Unsere Bilanz der Haushaltspolitik der BuLi ist teilweise dahingehend

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

mißverstanden worden – und interessierte Kreise w o l l e n dies auch mißverstehen –, als ob die gesamte Politik der BuLi zum 1980er Haushalt im Nachhinein für falsch erklärt würde. Im Gegenteil.

In dem Artikel hieß es: „...*Somit bleiben unterm Strich noch die 20.000 DM für das Frauenhaus ... würde aber selbst dieser Erfolg die Zustimmung zum Haushalt rechtfertigen ...*" (AK 190), selbst dann hätte man/frau erwägen können, der SPD die bunten Stimmen zum Haushalt zu geben. Wir haben kritisiert, daß aus einem Handel mit der SPD zugunsten von Basisinteressen das Mittragen wesentlicher Entscheidungen der S t a d t, gemeint als Teil des S t a a t e s, gemacht wird.

Um ein weiteres Mißverständnis auszuräumen: die „Schuld" daran, daß die Vereinbarungen „*verwässert oder schlichtweg nicht eingehalten*" wurden, trägt selbstverständlich die SPD. Das steht auch im Artikel und ist von uns auch während der Haushaltsverabschiedung als Befürchtung vorhergesagt worden. Die entsprechende Stelle aus AK 174 ist im Zwischenbilanzartikel fast vollständig zitiert.

Der BuLi wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß sie sich um die Verteidigung der erreichten Positionen zu wenig gekümmert hat, wo wir uns ausdrücklich selbstkritisch mit einbeziehen.

An dieser Stelle wollen wir Reinhard für seine ergänzenden Erläuterungen zu den einzelnen Haushaltsvereinbarungen danken, die tatsächlich bis auf eine Ausnahme die im AK-Artikel sehr knapp umrissenen Feststellungen mit weiteren Fakten untermauern. (Wir fürchten allerdings, daß ihm das gar nicht aufgefallen ist).

Die Ausnahme bezieht sich auf die vereinbarte zusätzliche Sozialarbeiterstelle im Jöllenbecker Jugendzentrum. Das Durchsetzen dieser Stelle war angesichts der Angriffe der etablierten Parteien auf das JZ ein politischer Erfolg, das steht auch so im Artikel. Falsch ist, (an unserem AK-Artikel) daß sich dieser Erfolg „ ... *unter der Hand zu einem Disziplinierungsmittel gewandelt*" hätte. Die Sozialarbeiterstelle ist in Wirklichkeit nicht als Heimleiterstelle ausgeschrieben worden, wie wir geschrieben hatten. Entsprechende Pläne der Verwaltung sind nicht umgesetzt worden, was aber nicht unbedingt Verdienst der BuLi ist.

Noch eine Richtigstellung unsererseits: Der Antrag auf ein Energiegutachten ist noch nicht vom Hauptausschuß des Bielefelder Rates verabschiedet worden, sondern lediglich vom Umweltausschuß mit den Stimmen der BuLi, der SPD und der FDP „zustimmend zur Kenntnis genommen" und an den Hauptausschuß verwiesen worden. Eine noch rechtzei-

wiesen worden. Eine noch rechtzei-

tig telefonisch durchgegebene Richtigstellung dieses Punktes ist aber leider beim Abdruck des Artikels nicht mehr berücksichtigt worden.

Überraschend ...

... ist der Zeitpunkt der Richtigstellung eines Vorwurfes, der schon seit Monaten im Mitgliederrundbrief der BuLi gegen den Bezirksvertreter der BuLi Günter Serafin erhoben wird. G.S. soll einem Bebauungsplan im Sanierungsgebiet zugestimmt haben, der den Vorstellungen einschlägiger Bürgerinitiativen vollkommen entgegenläuft. Wir hatten diesen Vorwurf zitiert, gleichzeitig aber geschrieben, die Zustimmung sei dem BuLi-Vertreter zu Beginn der bunten Parlamentsarbeit „durchgerutscht". Diese Information hatten wir von G.S. selbst. Jetzt stellt er richtig, daß er dem besagten Bebauungsplan nicht zugestimmt hat, sondern zusammen mit den anderen Parteien lediglich einen Bericht der Verwaltung über diesen Plan ‚zur Kenntnis genommen' habe (Mitgliederrundbrief). Es ist schon bedenklich, daß erst aufgrund der Veröffentlichung in einer überregionalen Zeitung wie dem „Arbeiterkampf" solche doch schwerwiegenden Vorwürfe dementiert werden. Es bleibt zu hoffen, daß durch den Artikel endlich eine längst überfällige kritische Diskussion über die bisherige BuLi-Politik ausgelöst wird. Ein Anzeichen dafür ist, daß selbst Reinhard Krämer jetzt zugeben muß, daß bei der von ihm vorher über den grünen Klee gelobten Haushaltspolitik einige Punkte noch nicht erfüllt sind oder „*unsern Vorstellungen zuwiderlaufen*" (Rundbrief 5/80), auch wenn er sich mit seinen ‚Bemerkungen' eigentlich angeschickt hatte, die Angaben zur Haushaltspolitik wieder ins rechte Licht zu rücken.

Ein Genosse aus Bielefeld

Brokdorf 21.12.80: 10.000 sorgten für guten Auftakt

Rechtzeitig zum 1. Jahrestag des Verwaltungsgerichtsurteils, nach dem in Brokdorf gebaut werden darf, wurde durch die Äußerungen des Bundesinnenministers und der Landesregierung Schleswig-Holsteins deutlich, daß der Weiterbau von Brokdorf unmittelbar bevorsteht. So bildete sich ein breiter Kreis von Organisationen, die zur Demonstration am 21.12.80 aufriefen. Hierzu gehörten u. a.: verschiedene BUU's, BBU, Jusos, Grüne und KB.

Trotz der insgesamt schwachen Mobilisierung setzte sich dennoch eine stattliche Autokolonne (mit einiger Verspätung) von Hamburg aus in Bewegung. Sehr begrüßt wurde der Radiosender „Störtebeker", der die Konvoiteilnehmer während der Fahrt durch Musik, Infos und ein militantes Hörspiel unterhielt. Verbessert werden könnte dabei noch, mit dem Sender mehr Informationen über und vom Demoziel zu geben, und wenn dies möglich ist (eventuell durch „Außenposten") einen besseren Verkehrsnachrichtendienst zu entwickeln.

Die für mittags 12 Uhr geplante Treckerdemonstration wurde per Verfügung des Landrates erst am gleichen Morgen verboten. Begründet wurde dies mit der Möglichkeit, Werkzeuge und anderes Gerät bis an den Bauzaun zu bringen. So wurde auch unser Konvoi zwei bis drei Kilometer vor der Baustelle gestoppt. Eine Polizeisperre gestattete den Demonstranten, zu Fuß zu passieren, jedoch mußten Autos zurückgelassen werden.

Leider dauerte es fast 20 Minuten, bis sich die Versammelnden darauf einigten, den Lautsprecherwagen und anderes Gerät — durch Ketten gut vor den neugierigen Blicken der Ledernacken geschützt — mitzunehmen.

Währenddessen hatte der Schleswig-Holstein-Konvoi bereits das Haupttor erreicht und zum einen Teil den Rundgang um den Bauplatz begonnen, während andere versuchten, das Haupttor zu öffnen. Die Polizei, dieses Jahr mit Wasserwerfern und Tränengasgranaten besser gerüstet als im vorigen, begann mit dem Abräumen der Straße.

Der Zug sollte, bevor es unsererseits zu Aktionen kommen konnte, durch massiven Wasserwerfer- und Tränengaseinsatz aufgeweicht werden. Ein eilig errichtetes Hindernis aus brennenden Autoreifen, und Molotow-Cocktails, die gegen die Wasserwerfer geschleudert wurden, ermöglichten uns auf der Straße einen geordneten Rückzug. Die Demonstranten, die auf der Wiese hinter der Straße Schutz gesucht hatten, wurden von einer Polizeikette über Zäune und Gräben getrieben und zuletzt vom Hauptteil abgetrennt. Hier konnten einzelne Polizisten, die sich zu weit vorwagten, durch tatkräftiges Eingreifen von Demonstranten auf den richtigen Weg zurück zu ihren Einheiten geschickt werden.

Diese jedoch verfolgten uns, unterstützt durch einen Wasserwerfer, bis weit hinter das Baugelände. Zu schwereren Verletzungen kam es nicht mehr, da die am Schluß zum Schutz des Zuges gebildeten Ketten weitere Übergriffe der Polizei verhinderten.

Eine weitere Schikane soll nicht unerwähnt bleiben: Auf der Rückfahrt waren alle Zufahrtswege nach Wilster und Itzehoe durch die Polizei gesperrt; dies galt auch für die Ortsansässigen, die ebenfalls in Richtung Hamburg umgeleitet wurden.

Mit ca. 10.000 Teilnehmern war diese Demonstration ein recht gelungener Auftakt für weitere Aktionen in nächster Zeit. Dies wurde auch auf der am folgenden Tag abgehaltenen Pressekonferenz deutlich, als von Seiten der Kläger und Bauern im Gegensatz zum letzten Jahr keinerlei Distanzierung von Aktionen laut wurden.

So scheint die alte Grundlage der Anti-AKW-Bewegung, die Freiheit der Aktionsformen, durch den Druck des drohenden Baubeginns wieder an Aktualität zu gewinnen.

Ein Hamburger Genosse des KB

Heiße Grüße von Fürst Molotow

Die Kläger der Wilstermarsch im Brokdorf-Prozeß, 22.12.80

Der Innenminister hatte „Erkenntnisse, daß bis aus dem Gebiet hinter Niedersachsen Z e i t g e n o s s e n aufgefordert worden sind, sich an dieser Demonstration (am 21.12.) massenhaft zu beteiligen". Er wollte auch „mit Behutsamkeit und rechtzeitiger Deutlichkeit betonen, daß von den Demonstranten die Beachtung von Recht und Gesetz erwartet werde".

Dieser ironisch freundlichen Geste hatten wir in unseren Aufrufen, Vorbereitungen und der Anmeldung zu unserer Kundgebung vollauf Rechnung getragen. Wir hatten sogar anstelle des von den Behörden abgewerteten Begriffs Demonstration für unseren Protest die Kundgebung gewählt. So mit einer Genehmigung gegen die Ordnungsbehörde abgesichert und von sachfremden äußeren Einflüssen abgeschirmt, fuhren unsere Bauern am Sonntag zu dem vereinbarten Sammelplatz. Doch kurz hinter ihren Höfen wurden sie von militärisch aufgeputzten Straßensperren der Polizei an der Weiterfahrt gehindert. Die Beamten konnten keinen Grund für diese rigorose Maßnahme nennen und verwiesen die Teilnehmer mit abfälligen Bemerkungen zu Fuß zu dem erwarteten „Schauspiel". Sie waren auch nicht bereit, ihre vielfältigen Nachrichtenverbindungen zu einer Rückfrage nach eventuellen Mißverständnissen zur Verfügung zu stellen. Gegen 12.30 Uhr wurde uns das Verbot der Kundgebung bestätigt und begründet. Gerade von den Treckern herunter würden Gewalttätigkeiten erwartet, weil sie Benzinkanister, Wurfanker und Drahtscheren mit sich führen könnten. Gegen dieses Verbot wäre natürlich nach Recht und Gesetz ein Widerspruch innerhalb Monatsfrist zulässig.

Ausgerechnet der Treckerdemonstration, die sowohl in der Zusammensetzung als auch zeitlich etwas von einer eventuellen Eskalation abgesetzt war, wird diese Absicht unterstellt und mit solcher Begründung verboten. Und welch eine Verhöhnung der Teilnehmer einer genehmigten Veranstaltung, die eine halbe Stunde nach dem angesetzten Beginn erfahren, daß diese wieder untersagt ist und sie nun vier Wochen Zeit haben, dagegen Einspruch zu erheben!

Nach dieser kaum noch zu überbietenden Einschüchterung und Diffamierung unseres Bürgerprotestes sollte auch dem Letzten klar geworden sein, was die Glocke geschlagen hat. Die unserem gemäßigtem Temperament und unserm konservativen Verhältnis zum Staat gewohnten Formen der Auseinandersetzung haben wir nun ausgeschöpft bis zur bitteren Neige: Das Gespräch mit den Politikern mündete nur allzu oft im Wahlbetrug, der Protest vor den Behörden wurde nicht selten mit Machtmißbrauch beantwortet und unsere Klage im Baustop so lange hingehalten, bis die gemeinsame Front der Industrie, der Regierungen, der Parteien, der Gewerkschaften und der Gerichte so fest geschlossen war, daß sie nun massiv im polizeistaatlichen Stil gegen uns eingesetzt werden kann.

Jetzt nützt und gilt kein Verstecken, Kneifen und Entschuldigen mehr, jetzt ist von uns eine klare Entscheidung Für oder Wider den Atomstaat gefordert! Unser Widerstand kann nur noch aus dem Notwehrrecht des § 20 des Grundgesetzes verstanden und durchgehalten werden.

Grüne distanzieren sich

Der Landesvorstand der Grünen in Schleswig-Holstein (nicht zu verwechseln mit der Grünen Liste Schleswig-Holstein) hat „verurteilt", daß ein „*kleiner Teil der über 7000 Demonstranten es auf eine Provokation der Polizei von vornherein abgesehen hatte*" (aus „Norddeutsche Rundschau", vom 23.12.80).

Der „Witz" bei der Geschichte ist noch der, daß diese selbsternannten Richter vorher gar nicht zu der Demonstration mo-

nicht zu der Demonstration mo-

bilisiert hatten (lt. Stellungnahme von Lars Hennings / Demoanmelder).



Widerstand gegen die Zwischen- und Kompaktlager

Um dieses Thema haben sich bislang nahezu ausschließlich die aus den „Gorleben-Freundeskreisen" hervorgegangenen Anhänger des „gewaltfreien und dezentralen Widerstands" sowie die naturgemäß mehr bürgerlich orientierten Standort-BIs gekümmert. Kein Wunder also, daß zur Bundeskonferenz ein Widerstandsvorschlag ausschließlich vom „Netzwerk Gewaltfreier Aktionsgruppen" sowie ein nahezu gleichlautender von der Atommüllagerkonferenz vorlag. Danach soll im kommenden Jahr schwerpunktmäßig mit einer Kampagne (dezentral, aber mit bundesweitem Charakter) gegen den Atommülltransport auf Schienen begonnen werden. Nach einer Phase der Informationsarbeit (Plakatierung der Transportwege u. ä.) und zahlreichen Go-Ins in Dienststellen der Bundesbahn sowie Kurzblockaden auf den Schienen soll schließlich als Höhepunkt bundesweit und gleichzeitig der gesamte BRD-Zugverkehr per Blockade stillgelegt werden. Dieser Aktionsvorschlag wurde in der Bundeskonferenz-AG massiv in Frage gestellt; sogar von den vier vertretenen Zwischenlager-Standort-BIs waren zwei von vornherein dagegen (Stade, Ahaus), die anderen beiden (Gorleben, Würggassen) schwiegen sich hierzu aus. Dennoch dürfte es kennzeichnend für das politische Kräfteverhältnis in dieser AG gewesen sein, daß nur vier von 100 Teilnehmern die Möglichkeit von Großaktionen (z. B. bei Baubeginn eines 1. Zwischenlagers) in Betracht zogen. Darüber hinaus forderte lediglich ein Vertreter des BBU eine gewisse Kräftekonzentration auf Gorleben, um zu verhindern, daß bei der Errichtung der Atommüllager hier ein Präzedenzfall geschaffen würde. Die Diskussion soll fortgesetzt werden auf der kommenden Atommüllagerkonferenz am 10.1. in Darmstadt.

Ein Teilnehmer der Zwischenlager-AG

Protokoll vom 13.12.80

Nachbereitungstreffen der Bremer Bundeskonferenz in Darmstadt,

Nachstehend auszugsweise das Protokoll der Bundeskonferenz-Nachbereitung (13.12. in Darmstadt). Wie uns bekannt wurde, ist es bisher nur innerhalb Hamburger Bürgerinitiativen verteilt worden, weil sich die bundesweite Verschickung wegen Schwierigkeiten bei der Adressenübermittlung verzögert hat – Anm. AK.

1. Einschätzung und Auswertung der Bundeskonferenz

Im folgenden einige Bemerkungen, die zur Auswertung der Bundeskonferenz gefallen sind. Sie decken sich nicht immer, zeigen aber doch im großen, daß die Bundeskonferenz rückblickend als n ü t z l i c h e r S c h r i t t für die Entwicklung des weiteren Widerstands eingeschätzt wird.

– Angesichts der Voraussetzungen für die BuKo konnte ein positives Ergebnis im Sinne einer wegweisenden Perspektive für die Bewegung nicht erwartet werden. Die Diskussion geht aber weiter vor Ort, in den BIs.

– Angesichts der großen Probleme, die viele BIs haben, ist es nicht im ausreichenden Maße gelungen, Kontroversen herauszustellen und zu diskutieren. Die Diskussion blieb vielfach oberflächlich.

– Die BuKo hat ein Gefälle innerhalb der BI-Bewegung offengelegt: Mehr Frust bei den BIs im Norden als bei denen im Süden; weniger Krisenhaftigkeit bei den BIs, die an einem konkreten Projekt oder Standort arbeiten.

– Durch die Bandbreite, die in Bremen vertreten war und die Erfahrungen, die ausgetauscht werden konnten, ist es jetzt möglich, die Bewegung besser einzuschätzen. Wie es weitergeht, hängt davon ab, wie in den BIs mit den Ergebnissen gearbeitet wird.

– Die BuKo hat gezeigt, daß trotz der verschiedenen Meinungen gemeinsame Aktionen möglich sind. Die Vorschläge müßten diskutiert und umgesetzt werden; sie würden dann schon Zulauf bekommen.

– Es wurde mit der BuKo ein „Grundstein gelegt, um den Widerstand" gegen die Offensive der Betreiber „aufzubauen". „Das wichtigste Ergebnis ... ist die Tatsache", daß das „Gesamtspektrum der Bewegung" teilgenommen hat, „um den Diskussions- und Widerstandszusammenhang der Bürgerinitiativen weiter auszubauen" (Zitate aus Gorleben Aktuell Nr. 14 – mit diesem Text wurde die Diskussion eröffnet).

– In den meisten Arbeitsgruppen wurde vereinbart, sich weiter zu treffen und bestimmte Projekte in An-

Aktuell Nr. 14 – mit diesem Text wurde die Diskussion eröffnet).
– In den meisten Arbeitsgruppen wurde vereinbart, sich weiter zu treffen und bestimmte Projekte in An-

griff zu nehmen.

– Die Koordination und der Diskussionszusammenhang der BIs sollte durch künftige Treffen und Bundeskonferenzen aufrechterhalten werden.

– Die Bundeskonferenz und ihre Auswertung darf keine Haltestelle sein; die Ereignisse haben z.B. mit der Meldung, daß in Brokdorf weitergebaut werden soll, die BuKo überholt.

Hervorgehoben werden sollen noch zwei Beiträge von BI-Vertreterinnen aus Süddeutschland (Schömberg/Baden-Württemberg bzw. Augsburg/Bayern). Beide brachten zum Ausdruck, daß sie sich z.T. von der übrigen AKW-Bewegung abgekoppelt fühlten, daß mit der Bundeskonferenz (der Arbeitsmappe, besonders aber die Konferenz selbst bzw. das Protokoll) für sie deutlich geworden ist, was überhaupt überall läuft, was für Probleme andere BIs diskutieren, an die selbst noch gar nicht gedacht worden ist. Derartige Treffen sollten häufiger stattfinden. Das, was die Bundeskonferenz für sie gebracht hat, kann eine Berichterstattung über Zeitungen nicht leisten.

Zur Pressekonferenz stellten die Bremer noch einmal selbstkritisch fest, daß es falsch war, ohne Absprache auf den Wunsch der Presse einzugehen. Sie hatten sich dazu entschlossen, damit nicht Selbsternannte (BBU-Vorstand z.B.), wie es dann ja auch geschah, der Presse Auskunft geben, ohne autorisiert zu sein. Mit der fehlenden Absprache hätten sie denselben Fehler wie die BBU-Vorständler gemacht. Sie begrüßen, daß die Pressekonferenz von Leuten aus dem Plenum spontan gesprengt wurde. Für die Zukunft sollten sich zur Pressearbeit allerdings ernsthafte Gedanken gemacht werden. Der BBU-Vorstand hat kaum Schwierigkeiten, als „Sprecher der Bürgerinitiativen" in die Presse zu kommen. Wir könnten aber einiges tun, um dieser Einseitigkeit durch eigene Pressearbeit zu begegnen. Dazu gehört, daß schon bei Beginn einer Bundeskonferenz z.B. ein Kreis bestimmt wird, der, von allen akzeptiert, der Presse Auskunft geben kann; daß rechtzeitig sich Gedanken über eine Erklärung für die Presse gemacht werden und nicht erst in Zeitnot usw.

2. Aktionsvorschläge – Projekte

a. Brokdorf

Vor einem Jahr wurde per Gericht der Baustopp aufgehoben. Jetzt ist von Seiten der Bundesregierung (SPD, FDP) der Kieler Landesregierung (CDU) grünes Licht gegeben worden. Teilhaber von Brokdorf waren bisher: NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke), eine dänische Firma, die inzwischen zurückgezogen hat und die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke, Eigner ist praktisch der Hamburger Senat). Um den HEW-Anteil wird noch gefeilscht, weil die SPD-Hamburg (wie auch die SPD-Schleswig-Holstein) sich gegen ein AKW-Brokdorf ausgesprochen hat. Entschieden wird darüber nach dem SPD-Sonderparteitag Ende Januar 1981. Sollte die HEW aussteigen, steht schon Preußen Elektra (Veba-Tochter und damit Bundesunternehmen) bereit, die Anteile zu übernehmen. Kurz: Brokdorf soll auf jeden Fall bald weitergebaut werden.

Dagegen laufen folgende Aktivitäten, zu denen über den engen regionalen Rahmen hinaus aufgerufen wird: Am 4.1. wird es ein überregionales BI-Treffen geben, um über weitere Schritte zu beraten, z.B. Großdemonstration Jan/Feb. 1981. Es wurde auf die Bedeutung von Brokdorf (und auch Wyhl) für die weiteren Genehmigungsverfahren der Baulinie '80 hingewiesen: Sie sollen die Vorlaufprojekte sein, quasi die Vorbilder für die Genehmigungen. In einer Resolution des Nachbereitungstreffens wurde dazu aufgefordert, das Thema Brokdorf wieder bundesweit in die Diskussion zu bringen und sich an den Aktionen zu beteiligen.

b. Kalkar

Siehe dazu auch das Papier der BI Stop Kalkar in den Protokollen sowie einen zusammenfassenden Vorschlag der Arbeitsgruppe Schneller Brüter.

Die BI schätzt ein, daß eine Massenmobilisierung innerhalb der Region wohl erst bei drohender Inbetriebnahme möglich sein wird. Ge-

Die BI schätzt ein, daß eine Massenmobilisierung innerhalb der Region wohl erst bei drohender Inbetriebnahme möglich sein wird. Ge-

genwärtig aber werden Maßnahmen getroffen, die (bei entspr. Aktionen) verhinderbar sind und den Bau zumindest verzögern könnten (letzte Teilerrichtungsgenehmigungen, Plutoniumeinlagerung in Hanau). Die BI ist der Meinung, daß die Schwerpunkte anders gesetzt werden müßten: Vom Erfolgserlebnis her würden sie lieber gegen die Startbahn West kämpfen, von der Bedrohung her stehe die Plutonium-Einlagerung bei Alkem in Hanau im Vordergrund. Hierüber gab es eine kontroverse Debatte. Der Widerstand an verschiedenen Orten darf nicht gegeneinander gestellt werden (dies wurde generell so gesehen, gilt also auch für Brokdorf und Zwischenlager z.B.). Dem Widerstand können keine Vorschriften gemacht werden, worum er sich zu kümmern hat. Vielmehr sollte die Aufforderung der BI Kalkar so verstanden werden, daß der Schnelle Brüter nicht verdrängt werden darf. Die Information über den aktuellen Stand von Kalkar (s.o.) soll vielmehr dazu dienen, daß die BIs in der Lage sind, über eine reine Öffentlichkeitsarbeit hinaus danach Ausschau zu halten, ob sie nicht konkrete Widerstandmöglichkeiten sehen (z.B. Be- oder Verhinderung des Transports von Teilen des Brüters usw.). Gerade an diesem Punkt fühlte sich die BI Stop Kalkar zu recht allein gelassen und, was ihren Anspruch angeht, auch mißverstanden. Im Frühjahr wollen sie alle die Gruppen, die im entferntesten mit Kalkar was zu tun haben, oder die daran interessiert sind, zu einem Treffen einladen. AKW-Gegner aus Belgien und den Niederlanden haben bereits Interesse geäußert.

c. Zwischen-, End-, Trocken-, Naß-, Kompaktlager, WAA-Hessen, -Rheinland-Pfalz, -Gorleben, -Bayern

Siehe ausführliches Protokoll der entsprechenden Arbeitsgruppe. Die Resolution ist auf der Bundeskonferenz nicht mehr zur Abstimmung gestellt worden. Es zeigte sich in einer kurzen Diskussion, daß es vereinzelt Widerspruch zu Teilen des Vorschlags gibt (speziell zur Unterschriftenaktion). Die Kopfzeile der Unterschriftensammlung gegen Zwischenlager wird deshalb jetzt nicht heißen „Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen ... und BBU", sondern lediglich „Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen" und dann die Namen der Standort-BIs.

Berichtet wurde über eine aktuelle Meldung aus „Die Woche" vom 10.12.80, eine für Bayern linksliberale Wochenzeitung aus Regensburg, wonach bei Regensburg bereits still und leise Probebohrungen für eine WAA-Bayern durchgeführt worden sind. Der Autor des Artikels versicherte auf telefonische Nachfrage, er habe eine zuverlässige Quelle.

d. Geplante Infos zu Baulinie '80 und Energiesituation

In beiden Arbeitsgruppen wurde sich darauf geeinigt, eine Informationskampagne (mittels Hauswurfsendungen, ähnlich wie es die OOA in Dänemark gemacht hat) durchzuführen. Auf dem Plenum wurde nur ein Projekt vorgestellt (Energie – ein Vorschlag soll vor Veröffentlichung erst in den BIs diskutiert werden). Die Leute aus beiden Gruppen werden sich noch einmal zusammensetzen, um die Vorhaben zu koordinieren (evtl. nur ein Info).

c. Sonstige Projekte:

Im Protokoll aus der Mediengruppe wird ein Treffen angekündigt. Die Antimilitarismus-Arbeitsgruppen hatten z.T. vereinbart, die Diskussion fortzusetzen, z.T. sind Adressen ausgetauscht worden. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen gibt es aber keine Kontaktstelle. Sobald aber die Initiative zu einem Treffen ergriffen wird, wird dazu extra eingeladen.

Die Prozeßgruppe des AKU Münster will sich vor allem mit der schleichenden Kriminalisierung beschäftigen, den nadelstichartig immer wieder vorgetragenen Anzeigen, Prozessen und Verurteilungen wegen Demos, Öffentlichkeitsarbeit usw. Die Gruppe plant, eine Broschüre herauszugeben, und braucht dazu Material aus den verschiedenen Regionen.

3. Weitere Koordination

3. Weitere Koordination

Die Bundeskonferenz hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß die vom Erfahrungsschatz und den Ansichten her sehr unterschiedlich zusammengesetzten BIs bundesweit ins Gespräch kommen, um Voraussetzungen für gemeinsames Handeln zu schaffen. Gerade in den letzten 1 1/2 Jahren war es schwierig bis unmöglich, zu überregionalen bzw. bundesweiten Treffen zu gelangen, weil keine BI einfach so zu einem solchen Treffen aufrufen kann. Im Zusammenhang mit der Demonstration in Lingen zeigte sich die Handlungsunfähigkeit deutlich, und es brauchte fast ein Jahr, um eine Bundeskonferenz zustandezubringen (eine Ausnahme ist hierbei vielleicht die 1004-Aktion).

Insofern waren sich alle einig, daß der weitere Diskussionszusammenhang nicht dem Zufall und der Naturwüchsigkeit überlassen werden darf. Eine künftige Koordinierung (etwa in der Form wie das Darmstädter Nachbereitungstreffen) muß öffentlich und für alle durchschaubar sein, sie soll vor allem für gemeinsame Absprachen genutzt werden, bundesweite Treffen einberufen können, Vorschläge für Aktionen und Diskussionen zusammentragen und bundesweit bekanntmachen. Die Gefahr, daß eine solche Koordinierung sich verselbständigt oder von oben herab Politik macht, wurde diskutiert. Auch wenn diese Gefahr besteht, so eine derartige Einrichtung in dem Moment, wo sie abhebt, nicht mehr von den BIs akzeptiert und damit automatisch funktionslos. Auch werden die BIs nur solange Interesse an derartigen Treffen haben, soweit Vorschläge für Aktionen, Zündstoff für Diskussionen und überhaupt Dinge vorliegen, die der eigenen Arbeit nützen.

Die Frage, inwieweit Zeitungen die Aufgabe der Koordination übernehmen können, wurde mehrheitlich verneint. Wünschenswert wäre es schon, wenn das eine oder andere Blatt für eine zügige Information genutzt werden kann. Aber besteht dafür keineswegs eine Gewähr, noch kann dieser Weg den unmittelbaren Gedankenaustausch, die Rückkopplung in der Diskussion von Aktionsvorschlägen ersetzen.

Für die Form der weiteren Koordination gibt es im Protokoll zwei Vorschläge. Für den einen Vorschlag (Einsetzen eines Sekretariats mit einem/einer Hauptamtlichen) konnte niemand sprechen, der Autor war selbst auch nicht anwesend.

Es wurde sich darauf geeinigt, über die Details des Vorschlags nicht weiter zu diskutieren. Z.T. wurden die einzelnen Schritte für verfrüht gehalten. Der Vorschlag sollte in den BIs weiter diskutiert werden. Der zweite Vorschlag, vierteljährlich Treffen abzuhalten, wurde auch nicht entschieden zugunsten des Vorschlags, zunächst einmal ein Treffen im März 81 anzusetzen. Es soll dabei versucht werden, die Treffen der Pro-

jektgruppen zeitlich und örtlich zu-
schlags, zunächst einmal ein Treffen im März 81 anzusetzen. Es soll dabei versucht werden, die Treffen der Pro-

jektgruppen zeitlich und örtlich zusammenzulegen. Die BU Bonn erklärte sich bereit, das nächste Treffen zu organisieren und dazu einzuladen. Termin voraussichtlich: 14./15.3.1981. Vorschläge zur Tagesordnung bitte an die BU Bonn schicken.

4. Zusammenfassung

Termine und Kontakte auf einen Blick

Brokdorf

4.1.81 überregionales Treffen zu weiteren Brokdorf-Aktivitäten; Ort kann erfragt werden bei: BUU autonom: 040/4398631 od. 2803495 oder BUU Delegiertenplenum: 040/4398671

ab Januar 81: Weiterbau droht!

Kalkar

Im Frühjahr erste Koordinierungstreffen. Kalkar-Gruppen und Interessenten melden sich bei:
BI Stop Kalkar, 02824/3803, um rechtzeitig Einladungen zu erhalten.

Zwischenlagerkonferenz und Baulinie 80-Treff

10.1.81 in Darmstadt, Kontakt:
AGU Darmstadt,
Lautenschlägerstr. 24, 61 Darmstadt,
06151/ 715214;
Anti-Atom-Büro-Kassel,
Elfbuchenstr. 18, 35 Kassel,
0651/ 75307

28.1.81 öffentliche Anhörung für ein Zwischenlager in Lüchow.

Bis 20.1.81 können volle Unterschriftenlisten für eine Zwischenbilanz geschickt werden an:
BI Lüchow-Dannenberg
Drawehnerstr. 3, 3130 Lüchow.

Info zu Energiefrage und Baulinie 80

Das Treffen wird organisiert von:
Erich Schünemann,
Hermann-Föge-Weg 14a
3400 Göttingen
0551/41625.

Er spricht von sich aus diejenigen an, die bereits in der Info-Gruppe sind; zusätzliche Interessenten können sich bei ihm melden.

Medien-Arbeit

Ende Jan./Anfang Feb. 81: erste Treffen; Kontakt:
Olaf Achilles,
Höfehof 8-10
5883 Kierspe/Sauerland
02359/2664

Kriminalisierung

Material für eine Broschüre zu den schleichenden Kriminalisierungsmaßnahmen braucht die Prozeßgruppe des AKU Münster,
c/o Micky Lohmann
Uphoven 10, 4405 Nottuln

Anti-Militarismus

Weitere Treffen in den Arbeitsgruppen befürwortet, aber noch nicht konkret geplant; derzeit noch keine Kontaktstelle.

Weitere Treffen in den Arbeitsgruppen befürwortet, aber noch nicht konkret geplant; derzeit noch keine Kontaktstelle.

Der BBU plant im Frühjahr die Herausgabe der nuklearen Lagekarte und ein Auswertungstreffen der Lingen-Aktion zur weiteren Zusammenarbeit von Anti-Atom- und Friedensbewegung.

Nächstes Koordinierungstreffen

14./15.3.81 in Bonn. Vorschläge zur Tagesordnung schicken an:
BU Bonn,
Endenicherstraße 97
5300 Bonn
02221/383331

Energieprogramm zur Verhinderung des Atomprogramms?

Zur AG »Energiepolitik« der BuKo

Das Thema dieser Gruppe war die Frage der Beurteilung der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Bundestages zur zukünftigen Energiepolitik der BRD und die grundsätzliche Haltung der BIs zur Frage der Alternativenergien und des Energiesparens.

In der zur BuKo erschienenen Materialmappe wurde sich von der Marburger Vorbereitungsgruppe hierzu im wesentlichen auf den Bericht der Enquete-Kommission gestützt. Diese hatte für die BRD vier „Energiepfade" entworfen, die wie folgt charakterisiert werden können:

Pfad 1: Geht von einem extremen Ausbau der Atomenergie inclusive Brüter aus (bis zum Jahr 2030 ca. 140 AKWs vom Biblis-Typ) mit leichten Energieeinsparungen.

Pfad 2: „Mittlerer" Ausbau der Atomenergie (bis 2030 ca. 100 AKWs) mit starken Energieeinsparungsmaßnahmen, die aber nicht zu sehr auf administrativem Wege erfolgen sollten.

Pfad 3: Erhebliche Maßnahmen zur Energieeinsparung unter Einsatz von administrativen Maßnahmen und Veränderung der Wirtschaftsstruktur auf dem Energiesektor. Steigerung der Kohlennutzung um 50 % und starke Nutzung regenerativer Energiequellen.

Pfad 4: Entspricht annähernd den Vorstellungen des Öko-Instituts Freiburg. „*Es wird davon ausgegangen, daß die schnellstmögliche Strategie zur Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas nicht der verstärkte Kernenergieeinsatz, sondern die Reduzierung dieser Energieträger durch Erhöhung der Effizienz der Energienutzung ist. Hierfür ist eine Verschärfung der Normen zur Energieeinsparung erforderlich*" (Materialmappe, S. 68).

Ausdrücklich begrüßt wird im folgenden der Energiesparkatalog der Enquete-Kommission, welcher Empfehlungen zur Verringerung des Heizenergiebedarfs in Gebäuden, Maßnahmen zur Verringerung des Energiebedarfs im Verkehr und der leitungsgebundenen Energieversorgung (wie Gas und Strom), in der Industrie, im Bereich der Hersteller und Betreiber energietechnischer Geräte und Maßnahmen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen sieht. Zu diesem Katalog schreiben die Marburger: „*Die Enquete-Kommission hat den umfangreichsten Katalog von Energiesparmaßnahmen zusammengestellt, der bisher von Stellen bundesdeutscher Politik veröffentlicht worden ist. Das ist eines der positiven Momente der Kommissionsarbeit*" (S. 77). Dies erlaube es, die Aussagen anhand ihrer Verwirklichung zu überprüfen. Sie fahren dann fort: „*Wir müssen uns allerdings auch fragen, ob über die wichtige Rolle der Energiesparmaßnahmen und der Alternativenergie im Kampf um eine lebenswerte Zukunft innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Konsens herrscht. Wir sind der Meinung, daß eine w e l t w e i t ausreichende Energieversorgung nur unter einem verminderten bzw. zumindest stagnierenden Primärenergieeinsatz in den entwickelten Industrieländern möglich ist, was vorrangig durch eine Erhöhung der Energieeffizienz mittels Energiesparmaßnahmen erreichbar ist*" (S. 77). Konsequent kommen sie dann zu der Schlußfolgerung, daß die Energiesparempfehlungen bis 1990 durchgesetzt sein müßten, um eine „Chancengleichheit" zwischen sanftem und hartem Energieweg zu errei-

Fortsetzung nächste Seite

Energieprogramm zur Verhinderung des Atomprogramms?

Fortsetzung von der vorherigen Seite

chen. „*Soll eine echte Wahl zwischen beiden Wegen überhaupt in den Bereich des Möglichen kommen, muß dieses Programm mit aller Macht durchgesetzt werden. Dies müssen wir zum integrierten Bestandteil unserer Anti-AKW-Arbeit machen*" (S. 77).

Eine ähnliche Position nimmt die Bunte Liste Bielefeld ein, die in einem Beitrag in der Kongreßmappe schreibt: „*Nur wenn es der Anti-Atom-Bewegung gelingt, diese Behauptung der AKW-Betrieber — »Ohne Atomstrom gehen schon bald die Lichter aus« — glaubwürdig und der breiten Öffentlichkeit verständlich zu widerlegen, besteht eine realistische Chance, die Durchsetzung des Atomprogramms entscheidend zu behindern... Den Menschen klarzumachen, daß es sehr wohl noch eine Menge Energie einzusparen gibt, daß darüber hinaus durch eine bessere Energieausnutzung als dies heute der Fall ist, der Energieverbrauch sogar noch reduziert werden könnte, dies scheint uns am ehesten auf lokaler Ebene, vor Ort also, möglich zu sein. Natürlich kann dies nur ein Weg unter vielen sein, ... um die Atomenergie zu Fall zu bringen*" (S. 80).

Zeigen, daß AKWs überflüssig sind

In der Arbeitsgruppe selbst wurde nach einer unerquicklichen Diskussion mit dem anwesenden Enquete-Mitglied und »Atomenergiekritiker« Ehrenstein zur Energieproblematik folgende Standpunkte vertreten:

- Als einigermaßen ökologisch denkender Mensch müsse man für Energiesparprogramme eintreten. Man könne dies nicht einfach ablehnen, nur weil es von der Bundesregierung komme.
- Das Energiesparen laufe nur darauf hinaus, daß die Werktätigen sparen müssen. AKWs würden dadurch jedoch nicht verhindert.
- Massarrat vertrat die Position, daß die BI-Bewegung es geschafft habe, der Bevölkerung klarzumachen, wie gefährlich AKWs sind. Nun müsse sie sich mit der Frage der Energieknappheit auseinandersetzen. Man müsse dabei hauptsächlich die Energieverschwendung aufzeigen, z.B. in der Stromerzeugung, und die nur ideologisch gemeinten Sparvorschläge der Bundesregierung mit wirklichen Sparvorschlägen durchkreuzen (siehe auch gisch gemeinten Sparvorschläge der Bundesregierung mit wirklichen Sparvorschlägen durchkreuzen (siehe auch Protokoll AG 3).

Versucht man den Kern der oben genannten Argumentationen herauszuschälen, kommt man auf zwei wesentliche Punkte: 1. Energiesparen, bzw. rationeller Energieeinsatz ist eine prinzipiell richtige Forderung. 2. Die Propagierung von Alternativenergien und Energiesparen kann dazu dienen, das Atomprogramm zu bekämpfen, da konkret auch für die BRD nachweisbar ist, daß AKWs überflüssig sind.

Zur ersten Argumentation ist klar, daß niemand in der Anti-AKW-Bewegung für Energieverschwendung eintreten wird. Doch stellt sich dieses Problem bekanntlich nicht im luftleeren Raum, sondern ganz konkret seit einigen Jahren in allen imperialistischen Ländern, je weniger Energie- und Rohstoff-liefernde Länder der „Dritten Welt" sich einer hemmungslosen Ausplünderung ihrer Ressourcen fügen. So kommt man angesichts der aktuellen politischen Auseinandersetzung nicht umhin zu fragen, ob der Einsatz von Alternativenergie und verstärktes Energiesparen eine Entwicklung ist, die den Energiekonzernen und den Herrschenden in der BRD von der Ökobewegung abgetrotzt wurde, oder ist es nicht vielmehr eine objektive Tendenz und Strukturveränderung im Sinne des BRD-Imperialismus selbst. Forschungs- und Entwicklungsstratege Pencynski von Siemens sieht dies so: „*Auf der technischen Seite müssen in Zukunft wohl alle uns zur Verfügung stehenden Energieoptionen einschließlich Verbesserung der technischen Effizienz nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entwickelt werden, um das schwierige Problem der Substituierung des zu Ende gehenden Öls und Gases zu meistern. Um durch ‚Verzicht' zu anderen sozialen Wertvorstellungen zu gelangen, bedarf es nicht des ‚soft energy path'! Diese Tugend werden wir auch auf dem Weg ‚hard' u n d ‚soft' lernen müssen*" (Sonderdruck aus der Siemens-Zeitschrift 1/79; wie die Umrüstung der Energiewirtschaft der BRD betrieben wird, haben wir ausführlich im AK 186 dargelegt). So ist es nicht verwunderlich, daß insbesondere das Öko-Institut in der Enquete-Kommission vertreten war, welches bisher am intensivsten den „soft" Weg untersucht hat.

Die Marburger schreiben zu recht, daß die Praxis der Bundesregierung der erklärten Absicht der Kommission widerspricht, die endgültige Entscheidung über den Ausbau der Atomenergie unter Einschluß des Brüters und der WAA bis auf das Jahr 1990 zu verschieben. Dies ist aber unseres Erachtens erklärte Taktik. Auf der einen Seite wird das Atomprogramm weiter durchgezogen, auf der anderen mit der Scheinalternative „Alternativenergie oder Atomenergie" versucht, Teile der Anti-Atom-Bewegung für das Energiespar- und Alternativenergieprogramm der Bundesregierung zu gewinnen und zu integrieren, was ihr teilweise schon gelungen ist. Bezeichnenderweise taucht in keinem Satz auf, daß diese Umstrukturierung von der Bevölkerung in einem bisher nicht dagewesenem Raubzug über die Energiepreise finanziert wird, während die Gewinne der Energiekonzerne explodieren. Z.B. geht die Enquete-Kommission an mehreren Stellen ausdrücklich von langfristig steigenden Energiepreisen aus (2.1. und 2.5.), eine Energiesteuer (24) und sogar eine „Energieanlagenverordnung" (48) wird gefordert, falls die Preissteigerungen nicht ausreichen. Dies riecht alles sehr nach der Lambsdorff-Sparlinie, nach der Energie gar nicht teuer genug sein kann, damit endlich gespart wird.

Nach eigenen Verlautbarungen verfolgt die Bundesregierung das Ziel, sowohl einen gewissen Energiepluralismus zu erreichen als auch Energie zu sparen. Beides unter dem zentralen Gesichtspunkt, die Ölabhängigkeit zu mildern. Das Energiesparen wird bekanntlich im wesentlichen in den Bereichen propagiert, wo Energie in großen Mengen privat konsumiert wird, also Verkehr und Haushalt. Das Energiesparen wird quasi durch die steigenden Preise verordnet, so daß die Bevölkerung sich zwangsläufig einschränken muß, wobei die Bundesregierung und die CDU dieses im wesentlichen durch „den Marktmechanismus" erreichen wollen, Teile der SPD, wie z.B. der sogenannte Eppler-Flügel, auch zu dirigistischen Maßnahmen greifen wollen wie sie sich in Pfad 3 und 4 der Empfehlungen der Enquete-Kommission ausdrücken. Diese stimmen im übrigen mit der Forderung der Internationalen Energieagentur überein, welche im Juni letzten Jahres sogar „Energiesparmaßnahmen mit Notstandscharakter" gefordert hatte. Diesen Hintergrund bei der Diskussion um die sparmaßnahmen mit Notstandscharakter" gefordert hatte. Diesen Hintergrund bei der Diskussion um die Frage der Alternativenergie und des Energiesparens zu ignorieren, hieße politische Scheuklappen anzulegen und nur noch auf der Ebene eines Vorschlags von fortschrittlicherer und ungefährlicherer Technologie, wie sie z.B. die Solarenergie ist, stehenzubleiben. Ohne Frage kann ein Nachweis der Überflüssigkeit der Atomenergie, die Propaganda der Betreiber, „Ohne AKWs gehen die Lichter aus", wirksam entkräften und mehr Menschen bewegen, gegen AKWs zu kämpfen. Doch wird solch ein Nachweis häufig, wie auch in Bremen, als sozusagen „bessere Alternative" verstanden, die die Herrschenden nur begreifen müssen. Solch eine Vorstellung ignoriert nicht nur die oben aufgezeigte Tatsache, daß es mittlerweile schon für eine ganze Reihe von Industriestaaten (USA, GB, Schweden, Dänemark, Kanada und die BRD) komplette Alternativszenarien gibt, erstellt von staatlichen Institutionen wie z.B. der „Harvard Business" für die USA, wie es im Bericht der amerikanischen Umweltbehörde nachzulesen ist.

Daher halten wir es für unerläßlich, daß die Anti-AKW-Bewegung nicht dabei stehenbleibt, bessere technologische Alternativen zur Atomenergie zu propagieren, sondern auch die beginnende Umstrukturierung der Energieversorgung der BRD zu untersuchen und ihre Hintergründe aufzuzeigen.

Denn nach Aussagen des ehemaligen Forschungsministers Hauff und des EG-Kommissars Brunner hat diese Entwicklung zum Ziel, die Risiken der einzelnen Energieträger zu streuen, um somit den „*politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsspielraum*" wiederzugewinnen.

Wenn die Bundesregierung zum Energiesparen aufruft und Alternativenergie propagiert, Öl und Rohstoffe bevorratet sowie zahlreiche Substitutions- und Recyclingverfahren erforschen läßt, so ist dies kaum ein Zeichen dafür, daß nun die Zeiten einer „ökologischen Kreislaufwirtschaft" in der BRD angebrochen sind, sondern daß mit kapitalistischer Profitlogik neue Wege gesucht werden. Diese Logik ist dieselbe, die zum Bau von AKWs geführt hat.

AKW-Nein-Kommission

Landtagshearing zur Startbahn West

Am 12.12.80 beschloß der hessische Landtag auf Antrag der SPD, Anfang 81 eine „Anhörung" über den geplanten Bau der Startbahn West durchzuführen. Schon die Fragestellungen des geplanten Hearings wie auch die organisatorischen Bedingungen zeigen den totalen Alibicharakter dieses Unternehmens. In einem Papier der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung heißt es dazu:

„*Dieses Hearing soll ganz offenbar der Selbstrechtfertigung der Landtagsparteien angesichts der Kommunalwahlen im März 1981 dienen. Eine unvoreingenommene Überprüfung aller relevanten Fakten mit einer nachfolgenden möglichen Änderung der Entscheidung über den Bau der Startbahn ist von diesem Hearing nicht zu erwarten. Das ergibt sich aus zahlreichen öffentlichen Erklärungen von Mitgliedern des Hessischen Landtages und der Landesregierung; es ergibt sich vor allem aus der Formulierung der Fragen für das Landtagshearing:*

1. Ist die Kapazität des Flughafens erschöpft?
2. Kann die Kapazität durch den Bau der Startbahn West erhöht werden und in welchem Umfang?
3a. Wird der Flugverkehr weiter wachsen, stagnieren oder zurückgehen?
3b. Kann man die Streckenführung des Luftverkehrs steuern und damit die Kapazität beeinflussen?
3c. Kann man Luftverkehr auf die Schiene verlagern, und mit welchen Konsequenzen wäre dies verbunden?
4. Welche Auswirkungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet beziehungsweise in Hessen hat die Frage des Baus oder Nichtbaus der Startbahn West?

5. Welche ökologischen Fragen (Luft, Wasser, Wald und Lärm) müssen demgegenüber abgewogen werden?

Die Formulierung dieser Fragen zeigt deutlich: Wiederum sollen die Fragen über das Luftverkehrsbedürfnis, und Prognosen, Kapazität des Flughafens umd die Wirtschaft des Rhein-Main-Gebietes absolut im Vor- *nis, und Prognosen, Kapazität des Flughafens umd die Wirtschaft des Rhein-Main-Gebietes absolut im Vor-* *dergrund stehen; die ersten 6 Fragestellungen beschäftigen sich ausschließlich mit diesen ökonomischen Aspekten, die unmittelbar die Lebensgrundlagen und Lebensqualität der Menschen in dieser Region betreffen, in den Hintergrund treten; als gequälte Pflichtübung erscheint nach den sechs ökonomischen Fragestellungen schließlich auch eine Fragestellung zu den ökologischen Problemen, aber nicht einmal als eine eigenständige Fragestellung, sondern nur als Frage dahingehend, welche ökologischen Fragen gegenüber den ökonomischen Fragen 'abgewogen' werden müssen.*

Die betroffenen Bewohner des Flughafenumlandes können eine solche Fragestellung nur als Zumutung und als Provokation ansehen" (Aus einem Papier von A. Schubart, das mittlerweile Arbeitsgrundlage der BI in Sachen Landtagshearing ist).

The show must go on

Die hessische CDU tat sich anfangs schwer mit dem Hearing, befürchtete sie doch völlig zu Unrecht, die Landesregierung wolle „*sämtliche Grundsatzfragen wieder aufrollen*" (FNP, 29.11.80). Zusätzlich wollte die CDU, daß das Hearing spätestens im Februar abgeschlossen wird und nicht „*über den Termin der Kommunalwahl hinaus*" gehen sollte. Man einigte sich schließlich darauf, „*den Versuch zu machen (mit dem Hearing Anm. AK) schon im Februar fertig zu sein*". Denn Ministerpräsident Börner soll nach dem Willen der CDU „noch vor den Kommunalwahlen klare Fronten" schaffen (FR, 13.12.80). Während die FDP ganz klar und deutlich erklärte, „die Anhörung müsse von der Tatsache ausgehen, daß die Flughafen AG einen rechtskräftigen Anspruch auf die Erweiterung von Rhein-Main habe" (FNP, 26.11.80), versucht die SPD krampfhaft in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken (zumindest bis zu den Kommunalwahlen), als sei für sie tatsächlich noch nichts klar. Dieses Kartenhaus dürfte aber bald einstürzen. Denn die BI gegen die Flughafenerweiterung will es der Landesregierung natürlich nicht ganz so leicht machen und hat ihr deshalb folgende Forderungen gestellt:

1. Vertreter der BI sind an der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung des Landtags-Hearings in allen Phasen gleichberechtigt zu beteiligen.
2. Die Anhörung soll vor dem hessischen Landtag und nicht in seinen Ausschüssen erfolgen.
3. Bis zum Ende der Anhörung sind alle weiteren Maßnahmen der FAG zu stoppen, also weitere Waldkäufe, Baumaßnahmen an der Okriftler Straße, Räumung des Widerstandsdorfes.
4. Die Landesregierung hat eine verbindliche Erklärung abzugeben, daß bis zum Ende der Anhörung noch keine Festlegung für den Bau der Startbahn West getroffen wird.
5. Die geplante Anhörung hat vor einer größtmöglichen Öffentlichkeit von betroffenen Bürgern und von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu erfolgen, wobei als Tagungsort die Hoechster Jahrhunderthalle oder die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden in Frage kommen.
6. Der hessische Landtag soll unmittelbar nach Beendigung des Hearings seine Entscheidung zum Bau der Startbahn West bekanntgeben.
7. Sollten diese 6 Bedingungen nicht erfüllt werden, so hält die BI das Hearing für eine Schauveranstaltung mit bereits feststehendem Ergebnis und lehnt dieses „Hearing" ab.

Die BI hat gefordert, bis zum 31.12. eine verbindliche Antwort auf diese Bedingungen zu erhalten. Dies war nicht der Fall. Stattdessen wurde **Ende Dezember bekannt, wen der hessische Landtag zu einer Beteiligung an dem Hearing eingeladen hat. Demnach wurden 30 Institutionen bzw. Verbände aufgefordert, jeweils zwei Vertreter zu benennen. Unter diesen 30 Adressen ist zwar „jeder Fußkranke" aus dem Flughafengeschäft vertreten — also Verbände, die irgendetwas mit Luftfahrt zu tun haben, in der Öffentlichkeit jedoch völlig unbekannt sind —, ferner selbstverständlich alle möglichen Kapitalistenverbände, n i c h t berücksichtigt ist hingegen die BI gegen die Flughafenerweiterung. Nicht einmal die (anerkannten) hessischen Umwelt- und Naturschutzverbände wurden angeschrieben!**

So sind aus dem ökologischen Bereich nur der BBU und ein hessisches Naturschutzzentrum vertreten. Letzteres ist ein Gremium, das sich (im Unterschied zu den o.g. Verbänden) bislang überhaupt nicht durch politisches Engagement hervorgetan hat. Eine kritische Position dürften neben dem BBU also nur noch die Flughafenanliegergemeinden beziehen, wobei es den dortigen Kommunalpolitikern häufig in erster Linie darum geht, die Klippe der Kommunalwahlen möglichst schadlos zu umschiffen. Die Startbahngegner haben bei diesem Hearing also von vornherein eine vollkommen aussichtslose Position. Hier geht es den im Landtag vertretenen Parteien ausschließlich darum, das Mißtrauen der Bürger gegen das bisherige Vorgehen von Landesregierung und Parlament durch eine reine Propagandaveranstaltung für die Flughafenerweiterung wegzureden. Im Vergleich zu dieser „*absolut durchsichtigen Anhörung*" — so die SPD-Fraktion Anfang Dezember, ohne die originelle Doppeldeutigkeit dieser Bezeichnung überhaupt zu bemerken... — war Albrechts Gorleben-Hearing eine fast schon „sachgerechte" Erörterung. Aber schon damals hatte Börner (im Zusammenhang mit den Hessischen WAA-Plänen) erklärt, man müsse „aus Albrechts Fehlern lernen"! Die hessische SPD hat die besseren CDU-Politiker — das hat seit Osswalds und Arndts Zeiten sowieso schon Tradition in diesem Bundesland.

Die Bürgerinitiative und/oder die Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden wird ein Gegenhearing durchführen. Man darf gespannt sein, wem die Bürger mehr Vertrauen schenken.

KB/Gruppe Frankfurt

Was will die Flughafen AG mit 700 ha Wald?

Die Frankfurter Flughafen AG (FAG) hat bislang erklärt, für den Bau der Startbahn West würden lediglich um die 250 ha (nach Berechnungen der BI 450 ha) Wald benötigt. Mittlerweile will die FAG aber fast das Dreifache dessen, was sie an benötigtem Wald angibt, aufkaufen!

Von Flörsheim hat die FAG bereits 211 ha gekauft, obwohl nur 34 ha dieses Waldstücks auf dem Gelände der geplanten Startbahn liegen. Vor dem Verkauf argumentierte die FAG, daß sie den „überschüssigen" Wald zum Tausch für den noch benötigten Wald von Bischofsheim und Rüsselsheim bereithalten würde. Heute steht fest, daß die FAG allein von Bischofsheim weitere 374 ha Wald und von Rüsselsheim 98 ha Wald kaufen will. Das sind zusammengenommen fast 700 ha Wald und ein neuer Beweis dafür, daß hier nicht nur e i n e Startbahn geplant ist!

Nach großen Protesten gegen den Verkauf des Flörsheimer Waldes an die FAG durch die Flörsheimer CDU-Stadtratsmehrheit, hat in Bischofsheim die dortige SPD-Mehrheit (vorübergehend?) kalte Füße bekommen. Bischofsheim hatte bereits von sich aus Gespräche mit der FAG aufgenommen.

„*Mit Blick auf die im März anstehende Kommunalwahl*" soll vorläufig jedoch noch keine Entscheidung gefällt werden (FNP, 15.12.80), was im Klartext bedeutet, daß die SPD-Kommunalpolitiker nach dem 22.3.81 zu jedem Geschäft mit der FAG bereit sind...

Hinzu kommt, daß der Kreis Groß-Gerau im Januar 81 darüber entscheiden will, für Bischofsheim eine „Ausfallgarantie" zu übernehmen. Danach würde der Kreis Groß-Gerau der Gemeinde Bischofsheim die mögliche Differenz zwischen dem jetzigen Angebot der FAG (20 bis 30 Mio. DM) und einem ungünstigeren Abschneiden zu einem späteren Zeitpunkt erstatten. Als Wahlkampfmotto dieser sozialdemokratischen Startbahngegner würden wir empfehlen: Protest ist gut — DM noch besser!

Wie hilfreich die Deutsche Mark mitunter wirken kann, zeigt sich auch in einem weiteren, von der „FR" (13.12.80) enthüllten Fall. Für knapp dreieinhalb Millionen kaufte die FAG die in der Abflugschneise der künftigen Startbahn liegende „Mönchbruchmühle", ein altes Ausflugslokal und Hotel, dessen Besitzer zu den Klägern gegen das Projekt gehörte. Durch den sicher nicht unvorteilhaften Verkauf ist er nun aus dem Rennen. Der ehemalige Besitzer erklärte, er habe „*alles zu verlieren*" gehabt, und ihm sei „*von höchster Stelle*" zum Verkauf geraten worden.

Naturschutzverbände spielen nicht mit

Die HNOG (Hessische Ornithologische Gesellschaft) hat im Namen der hessischen Umwelt- und Naturschutzverbände offiziell den Antrag zurückgezogen, den „Mönchbruch" als Naturschutzgebiet ausweisen zu lassen. Es handelt sich dabei um ein zusammenhängendes, ökologisch besonders wertvolles Feuchtgebiet südlich des Frankfurter Flughafens. Dieses Gebiet würde, wenn die Startbahn 18 West gebaut wird, in einer Entfernung von gerade 150 m an deren Umzäunung angrenzen. Dies haben die Naturschützer völlig zu recht als absurd bezeichnet. Entweder man erachte den Mönchbruch tatsächlich als schutzwürdig, dann dürfe die neue Startbahn nicht gebaut werden, oder der Flughafen wird erweitert, dann gibt es in seiner Umgebung kaum noch etwas zu „schützen".

Ausgerechnet die FDP drückte ihr 'tiefstes Bedauern' über diesen Schritt aus. Sie will nun selbst den Antrag übernehmen. Wir sind überzeugt: Der letzte Baum wird von den Flughafenbetreibern gewiß unter Denkmalschutz gestellt!

Was ist mit dem Kerosin?

Am 16.12. wurde bekannt, daß auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens erneut Kerosin aus dem (unterirdisch verlaufenden) Hydrantensystem in offenbar größeren Mengen ausgelaufen ist. Eine ähnliche Panne hatte vor zwei Jahren schon einmal dazu geführt, daß mehrere hunderttausend Liter Flugzeugtreibstoff in den Boden gesickert waren, sodaß das ganze betroffene Erdreich wegen der Grundwassergefährdung abgetragen und auf Mülldeponien gefahren werden mußte. Auch diesmal sind nahegelegene Trinkwasserbrunnen gefährdet. Nach ersten Nachforschungen stellte sich heraus, daß das Kerosin wahrscheinlich unter einer der beiden Startbahnen in die Erde gelaufen ist. Dies hätte zur Folge, daß die Betonpiste in dem betroffenen Bereich aufgerissen werden müßte – also eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Flugverkehrs auf dem Airport.

Was Anlaß zu Mißtrauen gibt, ist die Tatsache, daß nach diesen ersten (reichlich alarmierenden) Meldungen nun wieder Schweigen zu diesem Thema in den Medien herrscht. Dies deutet auf einen Schadensfall von erheblichem Ausmaß hin, der möglicherweise vertuscht werden soll. Denn hätte es sich 'nur' um geringe Mengen auslaufenden Treibstoffs gehandelt, dann hätte die FAG zweifellos beruhigende Stellungnahmen abgegeben („kein Anlaß zur Sorge" oder Ähnliches).

»Die Sache ist tot«

Hessens Wirtschaftsminister, dem vielbeschriebenen Heinz-Herbert Karry, ist es mal wieder wie seiner Partei, der kleinen, aber listigen FDP, ergangen. Er stolperte, geriet scheinbar gefährlich aus dem Gleichgewicht – und fing sich doch wieder auf wundersame Weise. Karry hatte Anfang Dezember eine größere Durchsuchungsaktion bei vorwiegend hessischen Bauunternehmen kurzfristig abblasen lassen, die der ihm unterstellte Landeskartellbeauftragte, Gerd Apfelstedt, bereits bis ins letzte Detail vorbereitet hatte. 120 Firmen standen unter dem Verdacht, verbotene Preisabsprachen getroffen zu haben. Ein richterlicher Durchsuchungsbescheid gegen 85 Unternehmen lag bereits vor, Bundeskartellamt und Kripo waren ebenfalls schon mobilisiert, um die Aktion am 8. und 9. Dezember durchzuführen. Referent Apfelstedt wollte damit die Konsequenz aus Ermittlungen ziehen, die er seit Frühjahr 1980 unternommen hatte. Am 2.12. jedoch erhielt der Referent im Ministerium die „lakonische Mitteilung", er solle die Ak- er seit Frühjahr 1980 unternommen hatte. Am 2.12. jedoch erhielt der Referent im Ministerium die „lakonische Mitteilung", er solle die Ak-tion abblasen. In den folgenden zwei Wochen erlebte die Öffentlichkeit das nicht alltägliche Spiel, ständig neue und einander widersprechende Begründungen für den Stop der Durchsuchungsaktion von Karry geliefert zu bekommen. Mal hieß es, Karry sei von seinem Referenten zu spät informiert und quasi überrumpelt worden. Als Apfelstedt aber überzeugend darlegen konnte, daß er den behördlichen Instanzenweg superkorrekt eingehalten hatte, meinte sein Chef, er habe mit seinem Eingreifen nur verhindern wollen, daß möglicherweise unschuldige Firmen durchsucht werden und auf diese Weise ins Gerede kämen. Schließlich leben wir ja nicht in einem Polizeistaat, wo die Staatsgewalt die Bürger (und dazu noch so angesehene!) nach Belieben heimsuchen könnte – oder? Aber auch diese Begründung war nicht sehr zugkräftig. Das Bundeskartellamt bescheinigte dem Landesbeauftragten nämlich, er habe *„klar und einwandfrei"* gearbeitet („FR", 16.12.80), die Justiz war beleidigt, da ein Richter die Akten eine Woche lang intensiv geprüft hatte, und die Polizei schließlich war direkt zornig, da Karry seine sonderbare Zurückhaltung mit *„persönlichen Erfahrungen aus dem Dritten Reich"* (ausgerechnet, wo doch die Kapitalisten damals so viel Not zu leiden hatten!) rechtfertigte. Das sei eine *„Beleidigung unserer Berufsehre"*, empörte sich der Vorsitzende der hessischen GdP.

Jedenfalls waren sich alle von den Medien befragten Experten darin einig, daß die „Sache damit tot" sei, da die Unternehmen durch Karrys Eingriff gewarnt seien und schon dafür sorgen würden, daß entsprechende Unterlagen aus den Tresoren verschwinden. Einzig Karry meinte, das Bekanntwerden der geplanten Aktion beeinträchtige die Ermittlung in keiner Weise. Besonders traurig waren natürlich die Kartellreferenten. die mit Blick auf frühere Ak- Aktion beeinträchtige die Ermittlung in keiner Weise. Besonders traurig waren natürlich die Kartellreferenten, die mit Blick auf frühere Ak-tionen meinten: *„Wir haben immer mehr gefunden, als wir gesucht haben"* („FR", 16.12.).

Schließlich wurden am 19.12. doch 23 Firmenbüros durchsucht, Namen der Betroffenen allerdings ebenso wenig angegeben wie Ergebnisse dieser Aktion. Aber dem Anschein war offenbar Genüge getan.

Karry versicherte, es werde natürlich weiter untersucht, ob auch gegen weitere Kapitalisten noch ein Verdacht bestehe, und seitdem herrscht Sendepause. Der Minister scheint wieder aus dem Schneider zu sein.

Sowohl im Landtag wie auch im Bundestag wurden von SPD-Abgeordneten parlamentarische Anfragen wegen dieser Affaire gestellt, doch bis die zur Behandlung gelangen, fließt noch viel Gift den Main hinunter, wie man in Frankfurt zu sagen pflegt.

Ob die Sache wohl mehr eine parteipolitische Bedeutung hatte? Es fällt auf, daß hinter den Enthüllungen meist der Koalitionspartner SPD und die ihm nahestehende unabhängige Presse steckte. Vielleicht hat das damit zu tun, daß Karry in letzter Zeit mehr und mehr Abstand von der sozialliberalen Familie genommen hat und stattdessen heftig mit Wallmann und Dregger flirtet. Da hat man ihm wohl bedeuten wollen, daß derartige Scheidungsabsichten mitunter mit lästigen Begleiterscheinungen gepaart sind. Jedenfalls gibt die SPD inzwischen wieder Ruhe – der Warnschuß scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Es ist in diesem Geschäft eben doch so, wie es das Frankfurter Magistratsmitglied Haverkamp (CDU) außerordentlich treffend beschrieb: **„Sie müssen wissen, daß der Weg zur Gewißheit über Kartellabsprachen sehr lang ist, er reicht von der dumpfen Ahnung über die Vermutung zur zwingenden Vermutung, über den Verdacht zum begründeten Verdacht, und erst dann kommt irgendwann einmal die Gewißheit"** („Frankfurter Neue Presse", 11.12.80). Hätte man das besser charakterisieren können? Sicher nicht. Karry jedenfalls meinte: *„Jeder andere hätte ebenso gehandelt"* („FNP", 12.12.). Auch ihm ist hundertprozentig recht zu geben. Irgendwo muß man ja mal spüren können, daß wir in einer Demokratie leben, in der man nicht aufgrund x-beliebiger Verdächtigungen jemandem die Bullen auf den Hals hetzen kann.

KB/Gruppe Frankfurt

Vielleischt wär aaner unschuldisch?

Alle kammers werklisch net reschd mache. Grad hat de Wertschafdsminisder Karry die Hausdorschsuchunge geesche 120 Bauferme in letzder Minut abgeblase, da krieht er schon wider Zunder. Er hätt Angst gehabt, mer däht net nur Preisabsprache, sondern aach Spendequiddunge fer die FDP finne, heißts, unn er hätt dorsch die effendlisch Warnung de Unnernehmer Beihilf zur Akdebeseidischung geleist.

Alles Quatsch. Bei unserne unreeschelmäßische Postzustellung vor Weihnachde wär selbst en Eilbrief vom Karry bei de Bauunnernehmer ze spät aakomme. Unn es is em Karry doch net von de Hand ze weise, daß unner de 120 Vedächdischde vielleischd aaner gewese wär, dem sei Unschuld sisch bei de Dorschsuchung erausgestellt hätt. Der aame Kerl wär am End vom Unnernehmerverband weesche Dummheit unn gemeinschaftswidrischem Vehalde ausgeschlosse worrn, unn des in so unruhische Zeide. Wer will en des veantworde?

Isch laß mer es Vertraue in unser Wertschaft net miesmache, bloß weil mer e paar hunnerd Millione ze viel bezahlt hawwe. Schließlich hawwe die Unnernehmer net mehr als es Dobbelde erausgeholt, unn die hädde uffs Dreifache komme kenne. Allerdings misse se misch beim Alleetunnel odder bei de Startbahn West kräfdisch mitbiede lasse, sonsd bring isch nächsdens net mehr so viel Veständnis uff.

KALL BLATTMÄCHER

aus „FR", 13.12.1980

Verteidigt das Besetzerdorf der Startbahngegner!

Eine Räumung des von Ausbaugegnern errichteten Hüttendorfes auf einem Teil des Geländes der geplanten Startbahn West könnte schon in allernächster Zeit bevorstehen.

– Seit dem 1.1.81 ist die Frankfurter Flughafen AG (FAG) „rechtmäßiger" Besitzer des von Flörsheim verkauften Waldstückes. Auf diesem Gelände befindet sich auch das Hüttendorf.

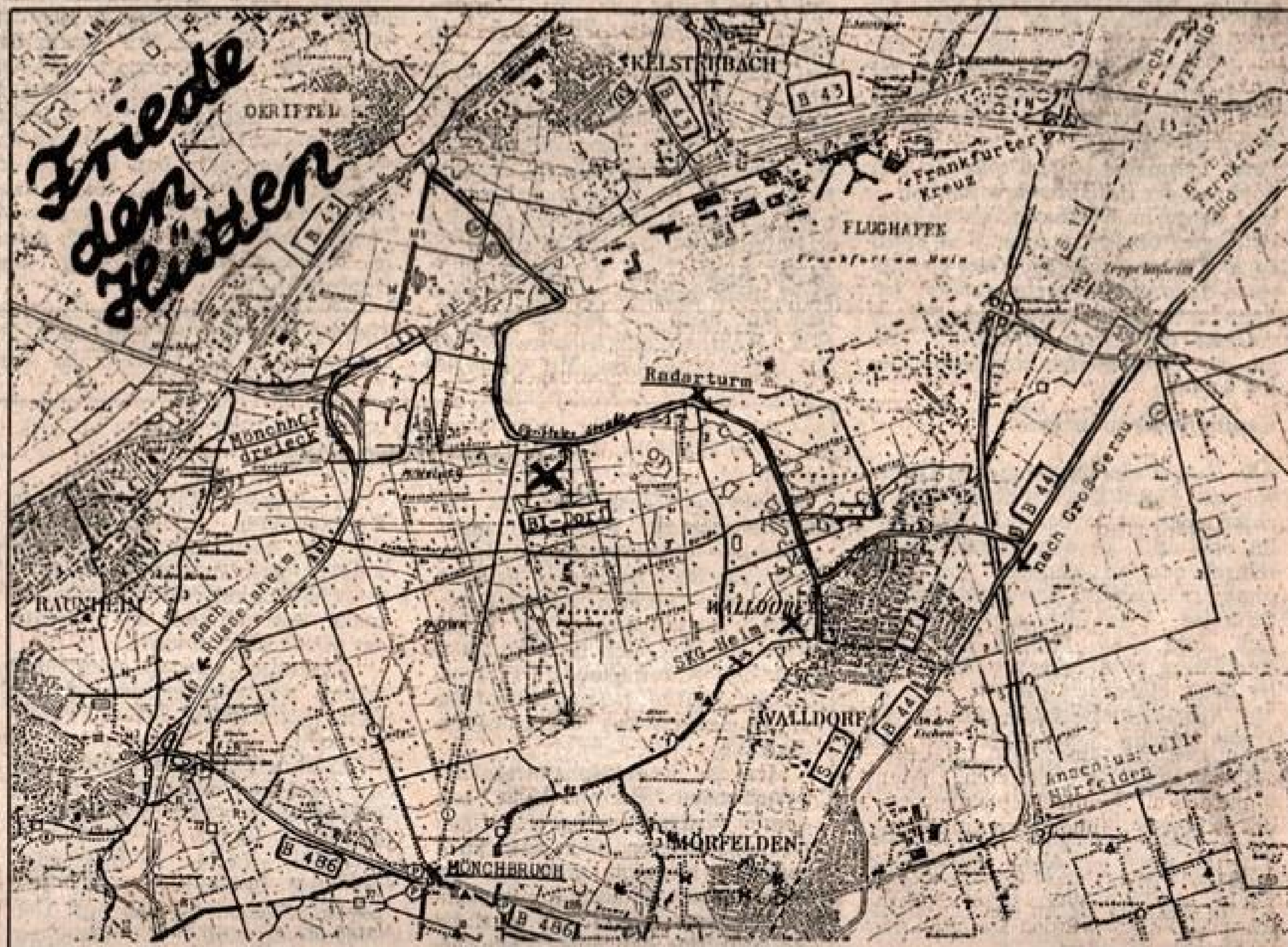
– Am 16.12. brannten 2 Hütten des Dorfes völlig ab. Bis heute steht nicht fest, ob es Brandstiftung war. „Feuerpolizeiliche Gründe" oder ähnlich fadenscheinige Vorwände könnten möglicherweise als Rechtfertigung für eine kurzfristige Räumung angegeben werden, da die FAG andernfalls den (langwierigen) juristischen Instanzenweg beschreiten müßte, um ein Räumungsbegehren durchzusetzen.

– Es ist darüberhinaus bekannt geworden, daß die Polizeikräfte in den hessischen Kasernen über Weihnachten und Neujahr bis Februar 81 absolutes Urlaubsverbot haben!

Mit einer Räumung nach Gorleben-Manier muß jetzt jeden Tag gerechnet werden. Die BI ruft alle dazu auf, am Tag X zum Besetzerdorf zu kommen und eine Räumung zu verhindern: *„Die BI wird gemeinsam mit der Bevölkerung das Widerstandsdorf im ehemaligen Flörsheimer Wald gegen die Angriffe der Polizei und der FAG verteidigen".*

In die Alarmkette der BI haben sich bis heute mehrere Tausend Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet eingetragen. Bei einer schnellen Massenmobilisierung läge es durchaus im Bereich des Möglichen, daß eine geplante Räumung des Dorfes durch Polizei und BGS aus politischen Erwägungen abgebrochen werden müßte.

KB/Gruppe Frankfurt



Seit dem Verkauf des Flörsheimer Waldstückes am 11. Dez. 1980 an die Flughafen AG zum geplanten Bau der Startbahn

ALARM

Seit dem Verkauf des Flörsheimer Waldstückes am 11. Dez. 1980 an die Flughafen AG zum geplanten Bau der Startbahn 18 West steht die Räumung des Widerstandsdorfes bevor, das just an dieser Stelle seit dem 3. Mai 1980 von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main gebaut wurde.

<u>Wir alle sind aufgerufen, die Räumung dieses SYMBOLS des Widerstandes zu verhindern</u>: in erster Linie durch ANWESENHEIT, in zweiter Linie durch örtliche, dezentrale Aktionen, einhergehend mit starker Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Flugblätter, Infostände, Veranstaltungen, Plakataktionen, Transparente).

DORFRÄUMUNG UNBEDINGT VERHINDERN

Zur Vorbereitung ist es vorteilhaft, sich in kleinen und größeren Gruppen als BEZUGSGRUPPE zusammenzutun (in Schulen, Jugendzentren, Gewerkschaften, Kirchen, bestehenden und neuen Bürgerinitiativen, Frauen- und Männergruppen usw.) Einzelpersonen können sich z. B. an das Frankfurter PLENUM wenden: Jeden <u>Donnerstag</u> ab <u>19 Uhr</u> im <u>Bürgertreff Westend</u> (Pferdestall), Ulmenstr. 20. STADTTEILGRUPPEN sind im Aufbau. Jeden Donnerstag zwischen 17 und 18.30 Uhr gibt es Informationen und Material für Startbahngegner im UMWELTLADEN, Ebenstr. 32, 6 Ffm. Tel. 496205.

<u>Besucht das Dorf.</u> <u>Lernt die Gegend kennen.</u> <u>Schaut euch Landkarten an und erkundet Zufahrtswege.</u> <u>Baut mit</u> an der Fertigstellung der vorhandenen Häuser, damit wir im Alarmfall trockene und warme Unterkünfte haben.

AUSRÜSTUNG

Regenkleidung, Gummistiefel

warme Kleidung, Schlafsack, Proviant, Getränk, Feuerzeug, Streichhölzer, Taschenlampe, Batterien, Fotoapparat, Filme, Uhr, Lieder, Instrument, Radio/UKW, Kompaß, Trillerpfeife

Personalausweis, Notizzettel, Kuli, Kleingeld zum Telefonieren

Gruppen: Funkgeräte, Megaphon, Batterien/Akkus!!!

Gegenstände für den persönlichen Widerstandsbedarf

Abfahrtsstellen in Frankfurt

- FRIEDBERGER PLATZ
- SÜDBAHNHOF
- ZÜRICHHAUS
- BOCKENHEIMER WARTE

Im Alarmfall fahrt mit PKW's (volle Tanks!). Deutlich dekoriert mit Plakaten KEINE STARTBAHN WEST zu einem der 4 nebenstehenden Treffpunkte (jeweils zur vollen Stunde) und nehmt Leute mit zur OKRIFTELER STRASSE zwischen Walldorf und Kelsterbach. Seitlich parken. Pfeilen in Leuchtfarbe folgen. Bei Sperrungen um Durchfahrt verhandeln. Alternativrouten nach Karte wählen. <u>Treff Walldorf SKG-Heim</u> für [illegible]

<u>Trampen:</u> Friedensbrücke, Kennedyallee, [illegible], Mörfelder Landstraße, B 44, Walldorf (als Kennzeichen z. B. gelbes Plakat der BI)

<u>Fahrrad:</u> Route s. Karte vom ADFC, eine gute Stunde Fahrt, allerdings im Wald am besten

<u>Züge:</u> S 13 Frankfurt – Walldorf (2 Tarifzonen)

	●		●				●		●	●	●	●	●	●	—	●	—
Hauptbahnhof	5.21	6.07	6.20	7.00	8.02	8.43	9.47	10.26	11.41	12.45	13.03	13.38	14.41	15.27	[illegible]	16.16	16.40
Niederrad Bf	5.26	6.11	6.26	7.06		8.46		10.30	11.45		13.08	13.55	14.46	15.32	16.07	16.21	
Sportfeld Bf	5.30	6.17	6.31	7.11		8.49		10.30	11.49		13.12	13.57	14.50	15.36	16.17	16.25	
Zeppelinheim Bf	5.33	6.22	6.35	7.15	8.12	8.52		10.38	11.53		13.16	14.01	14.56	15.40	16.16	16.30	
Walldorf	5.37	6.26	6.39	7.19	8.16	8.56	10.01	10.42	11.57	12.58	13.19	14.05	14.58	15.44	16.20	16.35	
			—	—●			—		●	—●	●	●	—	●	—●	●	●
Hauptbahnhof		16.46	17.16	17.26		17.41	18.08	18.40	18.48	19.08	19.41	20.01	21.03	21.40	22.01	22.39	23.44
Niederrad Bf		16.51	17.21				18.16		18.51	19.13		20.06	21.09	21.35	22.06	22.48	23.52
Sportfeld Bf		16.55	17.24			17.50	18.17		18.57	19.17		20.11	21.13	21.40	22.12	22.49	23.55
Zeppelinheim Bf	von	16.59	17.28		von	17.56	18.22		19.01	19.21		20.15	21.17	21.51	22.16	22.53	23.59
Walldorf	[illegible]	17.03	17.32	17.39	[illegible]	18.02	18.27	18.53	19.06	19.25	19.53	20.19	21.21	21.55	22.20	22.57	0.03

● auch an Sonn- und Feiertagen
— nicht Samstag

ALARM

a) Auslösung über Telefon-Alarmlisten. Führt eigene Listen und tragt eine Haupt-Nr. sowie Ersatznummern in die Zentralliste beim Donnerstag-Plenum ein.

b) Sofort in Kneipen in eurer Nähe, in Cafés, Läden, Seminaren, Schulen, Kirchen (sollen wie im Kreis Groß-Gerau Glocken läuten) Alarm bekanntgeben (über Megaphon, selbst vorbereitete Plakate u. a.)
Fehlalarm durch Rückfragen unbedingt ausschließen!

c) Damit das Dorf rund um die Uhr mehrere Tage, ja mehrere Wochen besetzt ist, Schichtwechsel einplanen, wer morgens, mittags, abends, nachts draußen bleiben kann.
U r l a u b n e h m e n !

d) Während der Besetzung <u>Infotelefon in Frankfurt</u>: 496205 + <u>in Walldorf</u>: 06105/ 74602 (nur wenn unbedingt nötig!)

e) Am SKG-Heim in Walldorf erfahrt ihr den neuesten Stand.

f) Besondere Vorkommnisse notieren, Personen (z. B. Redner) oder wichtige Dinge (Megaphone u. a.) durch Menschenketten schützen.

VERHALTEN GEGENÜBER DER POLIZEI

- Mit vielen Personen zusammenbleiben
- Für Personalienfeststellung gültigen Ausweis. Nur Angaben zur Person machen! Nicht Arbeitsstelle, nicht Angaben zu Eltern
- Die Polizei kann vorläufig festnehmen: wer auf frischer Tat ertappt wird und sich nicht ausweisen kann oder flieht. Bei Festnahmen laut Namen rufen oder Umstehenden geknülltes Papier mit Name, Adresse und Anwalt zuwerfen
- Vorbeugehaft zur Verhinderung angeblich geplanter Straftaten bedarf der unverzüglichen richterlichen Bestätigung. Unbedingt auf Anhörung durch den Richter bestehen
- Bei der Festnahme anderer Gegenermittlungen (Zeugen) anstellen und Protokoll anfertigen
- Von der Wache aus darf man sofort Angehörigen und Rechtsanwalt verständigen. Darauf bestehen. Dienstnummer verlangen, mit Verfahren drohen. Dienstaufsichtsbeschwerde
  Auf der Wache <u>nur Angaben zur Person</u>. <u>Keine zur Sache</u>, auch wenn sie versprechen, daß eine Aussage die Freilassung beschleunigen würde
- Nicht auf informelle, persönliche Gespräche einlassen, können gegen dich verwendet werden
- Protokollierten Widerspruch gegen erkennungsdienstliche Behandlung einlegen
- <u>Keine Unterschriften unter Protokolle und andere Schriftstücke</u>
- Bei Verletzungen sofort einen Arzt verlangen. Attest. Nach Freilassung sofort anderen Arzt aufsuchen, Attest
- Für zerrissene Kleidung etc. sofort schriftl. Bestätigung verlangen, fordert Rechtsmittelbelehrung
- Für beschlagnahmte Sachen auf Quittung bestehen
- Festnahme ohne Haftbefehl längstens bis zum Ende des nächsten Tages nach Festnahme
- Nach Freilassung Gedächtnisprotokoll

<u>RECHTSANWÄLTE</u>
v. Braunmühl/Scheuler/Reder
0611/ 70 80 55

Bei uns hat der Bürger das erste – aber auch das letzte Wort!



FRANKFURTER AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN DIE FLUGHAFENERWEITERUNG
Ortsgruppe Frankfurt der BI gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main

Akteneinsicht für Psychiatrie-Patienten

Interview

Westberlin. Peter Lehmann, ehemaliger Patient zweier psychiatrischer Anstalten, hat vor dem Landgericht in Westberlin die Leitung der psychiatrischen Abteilung der „Freien Universitätsklinik" verklagt: Peter will Einsicht in seine Krankenakten erhalten, um einerseits seine „Krankheit" zu verarbeiten. Hauptgrund für ihn jedoch ist, durch die Akten Einblick in die herrschenden Praktiken vieler Psychiater zu bekommen. Einblick über die Praxis, Menschen abzuschieben, die anders reden, handeln, leben als mensch es als „normal" bezeichnen könnte. Von daher ist dieser Prozeß wichtig für jeden von der Psychiatrie Betroffenen; dieses (Grundsatz-)Urteil wäre mehr als ein juristischer Erfolg.

Peter Lehmann – dem wir von hier nochmal für das Interview danken – lebt heute in Westberlin als Lehrbeauftragter für Psychiatrie. Von Beruf ist er Diplom-Pädagoge. Wer an weiteren Informationen interessiert ist, kann sich an die unten angegebene Adresse der „Irren-Offensive" oder an die Gesundheitskommission des KB wenden.

Gesundheitskommission



AK: Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch, Peter! Du hast als erster Psychiatriepatient in der BRD/Westberlin erkämpft, in deine Krankenakte reinschauen zu können, und zwar ohne materielles bzw. finanzielles Interesse. Eigentlich absurd, wenn sich Arzt und Patient über den Rechtsweg verständigen müssen. Was ist denn eigentlich passiert, daß du die Auseinandersetzung mit so viel Power durchziehen kannst, und daß sich die Psychiater so halsstarrig weigern, sich in die Karten schauen zu lassen?

P.L.: Nun, in meine Krankenakte hab ich noch gar nicht reinschauen können, denn die Psychiatrische Klinik der FU Berlin geht in Berufung vor das Kammergericht. Erst wenn ich weiß, was in der Akte drinsteht, kann ich sagen, wessen Krankengeschichte dort vermerkt ist. Du hast recht. Es ist absurd, wenn sich in dieser ‚unserer' Gesellschaft leidende Menschen und diejenigen, die uns eigentlich vom Leiden befreien sollten, dafür ausgebildet und bezahlt werden, nicht menschlich miteinander verständigen können; wobei dies, wenn ich es mir recht überlege, eigentlich das Normale ist. Absurd ist eher, wenn ich mir überlege, wieviele Menschen diese kaputten Zustände nicht mehr aushalten, noch zu den Psychiatern rennen und glauben, die könnten einem helfen. Im Gegenteil: Die besorgen einem noch den Rest. eher, wenn ich mir überlege, wieviele Menschen diese kaputten Zustände nicht mehr aushalten, noch zu den Psychiatern rennen und glauben, die könnten einem helfen. Im Gegenteil: Die besorgen einem noch den Rest. Darüber wird in der bürgerlichen Öffentlichkeit aber nicht geredet. Höchstens, wenn einer – oder besser eine Frau – aus der Klapsmühle ausbricht und nackt über den Kudamm rauf und runter rennt, dann läßt sich dies als Schlagzeile verkaufen.

AK: Zur ersten Frage, wie ist es denn dir ergangen, in der Klinik, oder wie du sagst, in der Anstalt?

P.L.: Also, ich kam rein, weil ich – unterstützt durch eine Streßsituation mitten in Prüfungssituation, Scheidung, WG-Auseinandersetzungen und Probleme mit meiner Freundin – zu schnell den Durchblick bekommen hab, was in dieser Gesellschaft läuft und wie kaputt die Menschen gemacht werden – einschließlich mir. Aus mir ist herausgebrochen, was in den ersten 26 Jahren meines Lebens unterdrückt wurde: meine Worte, meine Kraft, meine Wut; eine Wahrnehmungsebene, die über Reden, akustisches Hören und einfaches Wahrnehmen hinausgeht. Ich will hier nicht darüber reden, sonst würde ich wieder ins Irrenhaus gebracht werden. Damals haben mir die Psychiater mit ihren chemischen Giften diese Wahrnehmungsebene versucht zu zerstören. Ich hatte vorher jedoch noch meine Gedankengänge auf eine Kassette gesprochen, es ist alles noch da im Kopf: Nur, ich nehme mich nicht mehr ganz so wichtig, und ich rede nur noch mit Menschen ähnlicher Wahrnehmungsebene darüber, also lauter ver-rückten. Mir wurde das von seiten der Psychiater ausgelegt als Schizophrenie, Beeinflussungswahn, Größenwahn, Verfolgungswahn, halluzinatorisch-paranoides Syndrom, paranoide Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis, katatonstupuröses Zustandsbild, endogene Psychose, Hebephrenie pipapo. Keiner dieser Typen hat auch nur versucht, menschlich auf mich einzugehen. Sie haben mich angeschnallt, sie haben mich mit Haldol und vielen anderen ähnlichen Neuroleptika vollgepumpt, bis zur dreifachen Höchstdosis wie vom Hersteller angegeben: Ich wär fast krepiert. Eine Akte in der Anstalt in Winnenden (Bad.-Württ.), in der ich von April bis Juni 1977 war, habe ich ja schon ohne Gerichtsurteil eingesehen. Ich les' dir mal aus den Stationsberichten vor:

„6.4.77: Patient kam in Begleitung zweier Sanitäter und Herrn F. auf die Station. 10 Uhr. Schon bei der Aufnahme hatte der Patient einen sehr sehr starken Rededrang. Pat. mußte ins Bett gebracht und fixiert werden. Pat. war den ganzen Tag im Bett. Ist ruhiger geworden und schlief. 6./7.: Pat. hat von Antritt der Nachtwache bis zum Morgen geschlafen. Keine (zusätzliche P.L.) Medikamente. 7.4.: Patient war vormittags sehr wechselhaft. Selbstgespräche. Starrte zur Decke hoch, lachte und weinte grundlos. Auf die Frage des Personals gab er verlangsamt, nachdenklich, unverständliche Antworten. Ab 13 Uhr hatte der Patient einen zunehmenden Stupor/starre Verkrampfungen am ganzen Körper, begleitet mit starken Schweißausbrüchen mit nach hinten gestrecktem Kopf. Augenstarre..."

AK: Ich kann mir vorstellen, daß die Psychiater Angst bekommen, wenn dies öffentlich wird. Hast Du denn auch Elektroschocks und sowas bekommen?

P.L.: Ich hatte unheimlich Schiß vor einer Gehirnoperation. Ich war kurz vor meinem Verrücktwerden in dem Film 'Einer flog über das Kuckucksnest' und hatte mich total mit McMurphy, dem Hauptdarsteller, identifiziert, dem sie dann auch die Menschlichkeit aus dem Gehirn herausoperiert hatten. So absurd war meine Angst aber auch gar nicht, in Berlin arbeitet der Senat z.Zt. an einer Verschärfung des Zwangseinweisungsgesetzes, das ausdrücklich Zwangstherapie vorsieht. Ein brutaler Hochsicherheitstrakt für sogenannte 'Nicht-Therapierbare' ist auch schon in Planung, wie überall in ganz Deutschland.

Ich wurde weder hirnchirurgisch operiert, bin auch um Elektroschocks herumgekommen, obwohl die überall immer mehr angewandt werden.

In der Berliner Nußbaumallee, in der ich nach meiner Winnendener Zeit bis August 77 war, haben sie jetzt die Türen lärmisoliert, damit das Personal nicht die ganze Zeit durch die Schreie der elektrogeschockten Opfer belästigt wird.

Die sogenannten Psychopharmaka, die richtiger Neuropharmaka heißen müßten, da diese Substanzen primär das Zentrale Nervensystem angreifen, werden von den Herstellerfirmen als in der Wirkung gleichgestellt mit Elektroschocks angepriesen. In vielen totalitären Regimen werden politische Gefangene damit gefoltert. Hier bekommt es fast jeder normale Patient, ob Mann oder Frau, Kind oder Opa.

AK: Wie wirken die Dinger denn?

P.L.: Du bist während der Einnahmezeit so schlecht wie tot. Du läufst rum wie ein Zombie, mit trübem Blick und hängenden Schultern, Dir ist alles egal, nichts kommt mehr an Dich ran. Wenn Dich die Leute draußen nicht förmlich herauszerren, bist Du verloren. Dann gibt es noch die unmittelbar körperlichen 'Neben'-Wirkungen: Herz-Lähmung, Nierenschäden, Impotenz, Leberschäden, Blutbildveränderung, Sehstörungen, und und und. Gerade vorletzte Woche habe ich in der Zeitung gelesen, daß das 'Medikament' Semap mit seinem Wirkstoff Penfluridol nachweislich Krebs erregt.

In der Zeit nach der Klapse hätte ich die Dinger noch über Jahre nehmen sollen, ich hab sie dann einfach weggeschmissen. Seither geht es mir wahnsinnig gut. Ich lebe. Ich wollte dann 1978 über meine Erfahrungen mit den Psychiatern reden; speziell kam es mir komisch vor, daß ich wegen der körperlichen 'Neben'-Wirkungen immer mehr vollgestopft wurde mit dem Kram, was dann immer noch schlimmer wurde. Eine Ärztin sagte damals, es sei ungewiß, ob ich meine – damals gelähmte – rechte Hand je wieder bewegen könnte, was ich für eine Angst bekommen habe! Für mich war mein Leben schon abgeschlossen. Und dann haben die Hirnis von Psychiatern mir noch eine irre Angst eingeredet, von wegen, ich würde wieder ausrasten, wenn ich die Medikamente absetzen würde.

AK: Waren die Psychiater denn an einem Gespräch interessiert? Schließlich warst Du ja inzwischen diplomierter Pädagoge, hattest also auch einen Schein vorzuweisen.

P.L.: Die nannten einfach nur Ort und Zeit, wo ich die Neuropharmaka-'Therapie' weiterhin in den Arsch reingejagt bekommen sollte. Ich bin mir nicht ganz im Klaren, ob denen wirklich alles so scheißegal ist, was mit den Patienten und -innen passiert, oder ob die durch Herkunft, Ausbildung usw. halt einfach zu blöd sind, um zu kapieren, was sie anrichten.

Dann gab es 1979 so ein Urteil, das allgemeinmedizinischen Patienten gestattet, in ihre Akten reinzugucken. Außerdem sitze ich an einem Buch über mich und mein Ausrasten und die Scheiß-Psychiatrie; jetzt wollte ich es wissen. Ich hab mich in die Rechtssprechung seit 1954 eingearbeitet, die psychiatrischen Lehrtheorien gelesen, Pharmastudien an Mensch und Ratten, und bei der Berliner Anstalt nicht lockergelassen. Es kamen von dort die dümmlichsten Argumente: Die Akte wäre ihr Eigentum, ich würde die Fachsprache nicht verstehen (inzwischen bin ich ja selber Lehrbeauftragter für Psychiatrie). Die Aussagen meiner Eltern wären auch durch die Schweigepflicht abgedeckt. Als dann meine Eltern an die Klapse geschrieben haben, daß sie mir endlich den Einblick gewähren sollten, kam das Argument, die „intrafamiliären Spannungen" würden sich erhöhen, lauter solch Kacke. Zuletzt, bei der Gerichtsverhandlung, kam dann das schärfste: Meine Eltern, mein Bruder wären gesundheitlich gefährdet, wenn ich wüßte, was sie den Psychiatern anvertraut hätten. Mein Bruder hat dann noch an den Psychiater geschrieben, ob er sich denn nun vor mir schützen müsse: Antwort auf diese Frage hat er leider noch nicht bekommen. Ach ja, und die Angehöri- hat dann noch an den Psychiater geschrieben, ob er sich denn nun vor mir schützen müsse: Antwort auf diese Frage hat er leider noch nicht bekommen. Ach ja, und die Angehöri- gen wären auch – psychiatrisch – beurteilt und diagnostiziert worden, sie sollten auch nicht wissen, was so in der Akte drinsteht.

AK: Woher nimmst Du die Kraft für diesen Kampf?

P.L.: Zuerst mal die Wut, die eigene Betroffenheit. Dann, ich werde unterstützt, ich bin nicht alleine. Meine Mutter bezuschußt meinen Lebensunterhalt, denn wenn ich noch ganztags arbeiten müßte, würde ich es nicht packen. Ganz wichtig: beim Gesundheitstag 1980 in Berlin habe ich eine wahnsinnige Solidarität gespürt, das waren Leute, die auch verstanden haben, was läuft, z.T. auch Leidensgenossen mit ähnlichen Erfahrungen. Nach dem TAZ-Artikel vom 19./25.6.80 kam nochmal eine große Resonanz, von Betroffenen, von der DGSP, die versprochen hat, mich finanziell und gutachterlich zu unterstützen. Außerdem kannst Du Dir das Gefühl gar nicht vorstellen, wenn Dir wildfremde Menschen einfach hundert Mark schicken als Unterstützung. Das haut mich jedesmal wieder um. Dann hab ich ja – mit einigen anderen Leidensgenossen – in Berlin die Irren-Offensive, eine Psychiatriepatienten-Selbsthilfegruppe gegründet: Jedes neue Mitglied heißt neue Wut und neue Kraft. Ich weiß, ich mach das Ganze für mich und für andere.

AK: Welche Unterstützung kommt denn so von politischen und gesundheitspolitischen Gruppen?

P.L.: Bezeichnend ist, wer sich raushält: Ich hab neulich Solidaritätsbriefe rumgeschickt, was die Leute unterschrieben zurückschicken sollten. Ohne Antwort blieben die Briefe an SPD, CDU, FDP, die Grünen Berlins, der 'Bürgerinitiative für Günter Ammon und s e i n Wirken für die Menschenrechte in der Psychatrie'. Dafür unterstützt mich die Alternative Liste Berlin, der Gesundheitsladen, Beschwerdezentrum Bonn, die Berliner Pinel-Gesellschaft und die Komission für Verstöße gegen Menschenrechte in der Psychiatrie, die Initiative Beschwerdezentrum. Einzelpersönlichkeiten wie Prof. Helmut Lessing, Prof. Manfred Liebel, Franco Basaglia. Ich kann gar nicht alle aufzählen. Die größte Unterstützung geht natürlich von der Irren-Offensive aus. Als ich in den Gerichtssaal am letzten Montag kam, war alles gerammelt voll. Verrückte, Freunde, Freundinnen, Presseleute, Fernsehen, das übrigens am 1. Februar 81 im Dritten Programm um 20.15 Uhr einen halbstündigen Film über diese Story bringt.

AK: Welche Auswirkungen wird nach Deiner Meinung dieses Urteil haben, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist?

P.L.: Schon mal die Herstellung einer Öffentlichkeit ist ein großer Erfolg. Viele Patienten werden sich nun ähnliche Gedanken machen und den Psychiatern in ihre Karten schauen wollen. Sie werden überrascht sein, P.L.: Schon mal die Herstellung einer Öffentlichkeit ist ein großer Erfolg. Viele Patienten werden sich nun ähnliche Gedanken machen und den Psychiatern in ihre Karten schauen wollen. Sie werden überrascht sein, was da alles drinsteht oder eventuell auch eben nicht drin steht. Dann werden sie erkennen, daß die Psychiater halt mit gefährlich klingenden Fremdwörtern wie Schizophrenie, endogene Psychose usw. schlichtweg blenden und ihr eigentliches Unverständnis vertuschen. Sie werden sich an den Spruch erinnern müssen: „Nur die dümmsten Kälber wählen sich ihren Metzger selber".

AK: Und dann, was dann?

P.L.: Eigeninitiative, Selbsthilfe in Gruppen, da seh ich derzeit die einzige Möglichkeit. Gemeinsam die eigenen meist gleichen – Interessen vertreten, so wie wir es hier z.B. in der Irren-Offensive machen. Wer sich dafür interessiert; hier unsere Adresse: Irren-Offensive, Schnackenburgstr. 4, 1 Berlin 41.

Irren-Offensive

Die Irren-Offensive ist ein Zusammenschluß von ehemaligen Beinahe- und derzeitigen Insassen aus dem Irrenhaus, als auch in diesem Bereich Beschäftigten sowie Interessierten. Die Irren-Offensive hat sich im Juni 1980 aus der Arbeitsgruppe 'Psychiatrische Aktion' herausgebildet die einen Bereich des - KommRum darstellt.

Da der Redaktionstermin des Stattbuches zusammenfällt mit dem Entstehungsprozeß der Gruppe, können noch kein ausgefeiltes Konzept oder gar Arbeitserfolge dargestellt werden. Ziel unserer Arbeit soll sein, die Vereinzelung der Betroffenen aufzubrechen und gemeinsame Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Da die Gruppe der psychisch 'Kranken' mit zu den rechtlosesten in dieser unserer 'gesunden' Gesellschaft zählt, ist der Schwerpunkt unserer Arbeit der gemeinsame Kampf gegen unsere Diskriminierung in allen Bereichen des Lebens.

Ein Kernpunkt der Irren-Offensive ist die Psychiatriepatienten-Selbsthilfegruppe, in der die unmittelbar Betroffenen (Patienten/innen) unter sich sind. Hier wollen wir mit unseren Ängsten in der Weise umgehen, daß sie sich nicht gegen uns selber, sondern gegen mittelbar Betroffenen (Patienten/innen) unter sich sind. Hier wollen wir mit unseren Ängsten in der Weise umgehen, daß sie sich nicht gegen uns selber, sondern gegen die krankmachenden Bedingungen richten.

Folgende Arbeitsschwerpunkte sind derzeit im Gespräch:
– Rechtsberatung bzw. Vermittlung und Erarbeitung der eigenen Rechte (z.B. Sozialhilfe, Weiterbildung, Arbeitsförderung, Unterbringungsgesetz, Einsichtnahme in Krankenakten, Mitbestimmung bei der medizinischen Behandlung, Schadensersatzfragen usw.)
– Schädlichkeit von Psychopharmaka, Beschäftigung mit alternativer und Antipsychiatrie
– Aufgreifen von (persönlichen) Fällen der Diskriminierung und Öffentlichmachen (Beschwerdezentrum)
– Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Selbsthilfegruppen (z.B. Sozialistische Selbsthilfe Köln).

Daran arbeiten die Interessierten und Beschäftigten aus dem psychiatrischen Bereich mit. Darüber hinaus wollen wir versuchen, ein „Mobiles Einsatzkommando" zu bilden, um unsere besonders dringenden Probleme schnell und in schlagkräftigen Gruppen lösen zu können. Das heißt aber nicht, daß bei uns angerufen werden kann nach dem Motto: „Anruf genügt und wir kommen". Nur durch eine Mitarbeit können die eigenen Probleme gelöst werden, wobei wir selbstverständlich von der jeweiligen Verfassung des einzelnen Menschen ausgehen. In welchem institutionellen Rahmen sich unsere Gruppe verfestigt und vergrößert, wird die weitere Entwicklung zeigen. Zur Mitarbeit und Information laden wir Euch einzelnen Menschen ausgehen. In welchem institutionellen Rahmen sich unsere Gruppe verfestigt und vergrößert, wird die weitere Entwicklung zeigen. Zur Mitarbeit und Information laden wir Euch ins KommRum ein.
(aus: „Stattbuch Z", Berlin 1980)

Irren-Offensive
c/o KommRum
Schnackenburgstr. 4,1/41
Tel. 851 90 25
Treffen: Mo. 19 Uhr

Bremen:

Rollstuhlfahrer blockieren Straße

Dreizehn Rollstuhlfahrer ketteten ihre Rollstühle aneinander und versperrten damit für eine knappe Stunde im Weihnachtsrummel eine Straße. Sie protestierten gegen einen Beschluß der Deputation für Soziales vom Bremer Senat, den Fahrdienst für Behinderte energisch einzuschränken.

Die Situation der Behinderten, die auf einen Fahrdienst (insbes. durch Taxen) angewiesen sind, soll durch eine drastische Kürzung der Freifahrten-Pauschale auf 150 DM pro Monat noch zusätzlich erschwert werden. Für viele, die Straßenbahnen und Busse nicht benutzen können, heißt das, daß sie höchstens zweimal im Monat in die Stadt fahren können. *„Der Fahrdienst stellt für viele von uns die einzige Möglichkeit dar, Freunde zu besuchen, Essen einzukaufen, Behördengänge zu machen, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen oder sich in Behindertengruppen zu treffen"* (aus dem Flugblatt der Behindertengruppe). Leicht verstört reagierten die Bullen anfangs: sie redeten auf die Behinderten ein, um die Strafbarkeit ihrer Aktion ‚klarzumachen', fragten dann nur noch, wie lange die Straßensperre dauern solle. Schließlich drohten sie mit Räumung.

Schon einige Tage vorher protestierten die Rollstuhlfahrer gegen die Sparmaßnahmen im Behindertenbereich. Sie zogen vor das Gebäude, in dem die Deputationssitzung stattfand, konnten ihre Forderungen dann auch im Sitzungssaal vorbringen. Anschließend weigerten sie sich aber, wieder abzuziehen, so daß die Deputation in einem anderen Raum weitertagen mußte.

UNEINGESCHRÄNKTER FAHRDIENST für alle, die die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen können!

KB-Gruppe/Bremen

§ 218-Beratungstreffen in Köln

Frau war sehr erfreut über die vielen Frauen, die zu diesem Treffen der § 218-Beratungsgruppen am 6./7. Dezember gekommen waren: ca. 60 Frauen aus 30 Städten. Dementsprechend lebhaft ging es dort zu.

Viel Raum nahm die Diskussion um die Pro Familia-Stellen ein (siehe nebenstehende Presseerklärung). Immer stärker stellt sich jedoch die Frage, wie diese Stellen erhalten werden können.

Die Diskussion beschäftigte sich u.a. mit der Rolle von SPD und DGB, die sich in ihrer Forderung nach Erhalt der Pro Familia unterschiedlich „frauenfreundlich" äußern. Auch wenn frau die Praxis dieser Organisationen schon kennt, können ihre Äußerungen von uns als Mittel genutzt werden, um Druck auszuüben, z.B. bei den Kommunalwahlen, die im Herbst in Hessen anstehen.

Zum anderen ging es um die Verbreiterung der § 218-Bewegung, um die Zusammenarbeit mit der Linken. In anderen europäischen Ländern beschränkt sich die Bewegung zur vollständigen Legalisierung der Abtreibung nicht auf die Frauenbewegung; in Frankreich z.B. werden die Aktionen von der gesamten Linken unterstützt. Dies wollen wir hier in der BRD auch erreichen. Dabei äußerten einige Frauen die Befürchtung, daß unser Kampf majorisiert werden könnte. Andere meinten dagegen, frau müsse die Zusammenarbeit mit den Linken und mit Männern wagen.

Die Beratungsgruppen und § 218-Initiativen sind überall verstreut und arbeiten bisher weitgehend isoliert voneinander, dadurch wird eine Verbreiterung der Bewegung erschwert. Deshalb soll eine bundesweite Koordination aufgebaut werden. Auf internationaler Ebene besteht so eine Koordination bereits; regelmäßig treffen sich Frauen zur Problematik Verhütung, Abtreibung und Sterilisation (ICASC) und geben auch eine gemeinsame Zeitung heraus. Westdeutsche Frauen nahmen an diesen Treffen bisher unverbindlich teil.

Die Zusammenarbeit soll jetzt intensiviert werden; der erste Schritt in diese Richtung werden zwei Artikel für die Zeitung sein (zu Prostaglandinen und zur derzeitigen Situation des § 218 in der BRD). Diese beiden Artikel sollen auf dem nächsten Beratungsgruppentreffen diskutiert werden; sie sollen so auch der inhaltlichen Auseinandersetzung unter den westdeutschen Gruppen dienen. Die Frauengruppe in Aachen stellte sich als Koordinationsstelle zur Verfügung; alle Beratungsgruppen und § 218-Initiativen sollen wichtige Informationen dort hinschicken.

Eine Genossin aus Darmstadt

Noch einige Termine:

24.1.81 Internationales Treffen in Amsterdam (ICASC)
25.2.81 Nationaler Aktionstag gegen den § 218
8.3.81 Internationaler Frauentag – es wäre schön, wenn bei Frauenaktionen unsere Forderungen und Standpunkte eingebracht werden würden
28./29.3.81 Beratungstreffen in Köln; Themen:
- Perspektivdiskussion
- Entwicklung bzw. Erfahrungen mit der nationalen Koordination
- Auswertung der Aktionen
- Bericht vom internationalen Treff in Amsterdam

Hamburger Frauenwoche geplant: »Frauen lernen gemeinsam«

Eine Initiative von ca. 20 Frauen hat sich in Hamburg für die Durchführung einer Frauenwoche im März (vom 23. bis 28.3.1981) nach dem Vorbild der Westberliner Frauen-Sommeruni und dem Dortmunder Frauenforum im Revier gebildet: *„Wir Frauen bekommen keine oder im Vergleich zu Männern immer noch weniger Chancen zur Entfaltung unserer Fähigkeiten, Interessen und Wünsche. Wir müssen immer*

noch weniger Chancen zur Entfaltung unserer Fähigkeiten, Interessen und Wünsche. Wir müssen immer

noch um jeden winzigen Schritt in Richtung Unabhängigkeit und Selbständigkeit kämpfen. Nicht nur die von den Männern gemachten Normen und unsere Freunde und Ehemänner versuchen, uns in Abhängigkeit zu halten. Auch die eigenen Ängste und Barrieren sind ein Hemmschuh, und oft genug erfüllen wir allzu willig ‚unsere Pflichten' als Freundin und Ehefrau. (...) Gesetze und Institutionen setzen unsere Unterdrückung fort, schreiben sie fest oder heben sie zumindest nicht auf. Denn in unserer Gesellschaft sind alle entscheidenden Positionen von Männern besetzt. Und wer rüttelt schon von selbst an dem Sockel, auf dem er steht? Daran ändern auch eine Frau Familienministerin und andere Alibifrauen nichts. Weder gestern noch heute werden die Probleme und Interessen der Frauen von offiziellen Interessenvertretungen wirklich wahrgenommen. Wir wollen nicht mehr darauf warten, daß uns ab und zu mal eine ‚kleine Verbesserung' zugestanden wird, die unsere Unzufriedenheit bloß besänftigen soll, aber nichts grundlegendes ändert. Deshalb müssen wir unsere Belange in die eigenen Hände nehmen". Die Initiative „1. Hamburger Frauenwoche" hatte im Herbst '79 bereits eine Fragebogen-Aktion in Frauenprojekten und -Gruppen unternommen, um festzustellen, wofür sich die Frauen am meisten interessieren. Auf dem ersten Treffen der Referentinnen Mitte Dezember 1980 waren bereits über 100 Arbeitsgruppen zu den Themen: Frauen und Politik, Berufstätigkeit, Gewerkschaften, Feminismus, Geschichte, Gesundheit, Alltag, Antimilitarismus,

schaften, Feminismus, Geschichte, Gesundheit, Alltag, Antimilitarismus,

§ 218, Sexualität, Medien und Kulturelles angemeldet. Die Frauenwoche soll vor allem für Hamburger Frauen durchgeführt werden und die Fragen einer weitergehenden Zusammenarbeit diskutieren.

Das Treffen der Referentinnen war von mehr als 100 Frauen besucht; das politische Spektrum der Frauen ist sehr breit: von den Parteien wollen sich namentlich SPD/ASF und FDP sowie linke Gruppierungen, DKP, DFI und KB, und vor allem unorganisierte Frauen aus Bürgerinitiativen und der autonomen Frauenbewegung für die Vorbereitung der Frauenwoche einsetzen. Im Gegensatz zur Westberliner Sommeruni gibt es keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder Zensur gegen organisierte Frauen, und insgesamt ist die Beteiligung auch sehr offen und demokratisch von den Organisatorinnen angelegt.

Die Organisatorinnen stellen sich selbst als eine Gruppe von Frauen zwischen 22 und 52 Jahren vor: *„Wir arbeiten in den verschiedensten Berufen und Bereichen. Einige von uns sind in der Frauenbewegung aktiv, andere machen Stadtteilarbeit. Auch wenn unser Leben auf den ersten Blick sehr verschieden aussieht, haben wir ein gemeinsames Interesse: Die Verbesserung und Veränderung unserer Situation als Frau. Denn wir leben alle in einer frauenfeindlichen Gesellschaft und leiden darunter"* (alle Zitate aus einem Flugblatt der Initiative „1. Hamburger Frauenwoche").

In verschiedenen Arbeitsgruppen können die Themen z.B. zur Gewerkschaftsfrage oder zur Militarisierung der Frauen in unserer Gesellschaft

schaftsfrage oder zur Militarisierung der Frauen in unserer Gesellschaft

koordiniert und abgesprochen werden. Die Organisatorinnen haben eine Liste veröffentlicht, in der die Arbeitsgruppen und die Referentinnen mit Telefonnummern angegeben sind, so daß jede Frau die Möglichkeit hat, sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Darüber hinaus suchen die Organisatorinnen noch Frauen, die beim organisatorischen Ablauf für und in der Frauenwoche helfen können.

In der Frauenwoche sollen abends verschiedene Großveranstaltungen durchgeführt werden, z.B. zu den Themen „Frauen gegen Krieg" und Theater und Kulturelles. Zum Abschluß soll ein Frauenfest stattfinden. Wir halten diese Initiative für eine tolle Sache und werden diese Frauenwoche nach Kräften unterstützen und mit vorbereiten.

Frauen gemeinsam sind stark!

Kontaktadressen zu den Organisatorinnen der Hamburger Frauenwoche:
Heidi Burmeister/Jutta Römhild
Geschwister-Scholl-Str. 121
Telefon: 480 77 02

Achtung!

Berufstätige Frauen können für die Hamburger Frauenwoche Bildungsurlaub beantragen.

Presseerklärung

Am 6./7.12.80 trafen sich 60 Frauen aus Gruppen wie Schwangerschafts-, Verhütungs-, Beratungs- sowie 218-Initiativen aus 30 Städten der Bundesrepublik in Köln. Einer unserer Hauptdiskussionspunkte waren die massiven Angriffe auf Pro Familia-Beratungsstellen. Einige der Pro Familia-Beratungsstellen wurden von der Bundesregierung als Modell finanziert, als eine Bedingung für die praktische Umsetzung des Indikationsmodells, das der reformierte § 218 vorsieht. Neben der vom Gesetz vorgeschriebenen Schwangerschafts-Konfliktberatung leisten diese Stellen wichtige Arbeit mit Verhütungs-, Sexual- und Partnerschaftsberatung.

Dieser Modellversuch läuft Ende des Jahres aus. Aber darüber hinaus sind fast alle anderen fortschrittlichen Beratungsstellen von der finanziellen Austrocknung bedroht. Da z.B. die Pro Familia im Gegensatz zu den kirchlichen Beratungsstellen (Kirchensteuer) kaum über Eigenmittel verfügt, sind sie auf kommunale- bzw. Landesmittel angewiesen. Viele Länder und Kommunen weigern sich jedoch, die Finanzierung zu übernehmen, u.a. weil die ratsuchenden Frauen z.B. bei Pro Familia nicht unbedingt überredet werden, die Schwangerschaft auszutragen, sondern häufig versucht wird, die Entscheidung der Frau zu respektieren. Solange der § 218 besteht und eine Zwangsberatung vorschreibt, sind wir Frauen gerade auf solche Stellen angewiesen. Durch die Abschaffung solcher Stellen werden selbst die geringen gesetzlichen Möglichkeiten für einen legalen Schwangerschaftsabbruch eingeschränkt. Widersinnig erscheint, daß dadurch die Reform des § 218 in der Praxis zurückgenommen wird. Wir sehen diese Angriffe jedoch im Zusammenhang mit einer reaktionären Familienpolitik, da auch die übrige Beratungsarbeit der Pro Familia, z.B. die Bejahung anderer Lebensformen als die der Familie, ein positives Verhältnis zur eigenen Sexualität, die Ermöglichung einer anonymen Beratung auch für Jugendliche, abgelehnt wird.

Wir sehen diese Entwicklung als weiteren Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau und fordern mindestens die Erfüllung der gesetzlichen Möglichkeiten. D.h. unter anderem die bedingungslose Weiterfinanzierung der Pro Familia und anderer fortschrittlicher Beratungsstellen sowie deren weiterer Ausbau.

Das Hauptziel unserer Arbeit ist nach wie vor die ersatzlose Streichung des § 218, weil wir Frauen über unseren Körper und unser weiteres Leben nur selber bestimmen können und deshalb dem Staat jeglichen Eingriff verwehren. Wir rufen daher zu bundesweiten Aktionstagen anläßlich des 25. Februars auf, dem 6. Jahrestag der Reform des § 218, die keine ist !!

Vergewaltiger legt Berufung ein

Hamburg. Sieben Prozeßtage hatte eine vergewaltigte Frau durchzustehen, bis das Amtsgericht Hamburg am 3.9.80 den nigerianischen Seemann Moses Harry (auch bekannt als einer von RA Maefferts „Ausnahmen") wegen Vergewaltigungen an ihr und einer schwedischen Frau zur lächerlichen Haftstrafe von 3 Jahren verurteilte. Sieben Tage lang, verteilt über fünf Wochen, Anschuldigungen, Beschimpfungen, Verdächtigungen (sie wurde zur rauschgiftabhängigen Gelegenheitsprostituierten und Kleindealerin gestempelt) für die vergewaltigte Frau.

Sieben Tage lang demonstratives Hinweggehen über das, was ihr mit der Vergewaltigung angetan wurde. Obwohl Frau K. seinerzeit allen Grund für eine Berufung gehabt hätte – z.B. gilt selbst bei den herrschenden Bedingungen die Verhandlung dieser schweren Verbrechen vor einem Amtsgericht als unüblich – hat sie nicht die Absicht gehabt, sich einem derartig erniedrigenden Verfahren noch einmal auszusetzen.

Und nun. Alles noch mal von vorne. Sechs Verhandlungstage jeweils von 9 bis 16 Uhr sind schon jetzt angesetzt. Über zwei Wochen muß Frau K. erneut mit Erniedrigungen, Beschuldigungen, Lügen und aus dem Hut gezauberten Zeugen – wie nicht selten in Vergewaltigungsprozessen – rechnen.

Notruf
270 12 03
und Beratung für
VERGEWALTIGTE FRAUEN

Übrigens, der damalige Verteidiger des Vergewaltigers, RA Hüser, ist nicht mehr mit von der Partie; an seine Stelle tritt jetzt sein Kollege RA Jakob aus dem Büro Roesler u.a., Grindelallee 3; dieses Büro wollte ja seinerzeit schon die Verteidigung von Maefferts „sanftem" Vergewaltiger übernehmen, hatte dann aber doch die Finger davon gelassen, um dem linken Image nicht zu sehr zu schaden. Vielleicht überlegen die sich das ja noch ...

Immerhin ist der „Sanfte" nebenbei auch noch Spitzel für die Polizei (Deshalb damals auch Amtsgericht).

Prozeßtermine:

Do., 22.1. Di., 27.1. Fr., 30.1.81
Di., 3.2. Do., 5.2. Fr., 6.2.81
jeweils 9 bis 16 Uhr, Strafjustizbäude, Raum noch nicht bekannt.

FRAUEN KOMMT!

Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Tel. 270 12 03,
Spendenkonto: PschA Hmb., Kto-Nr. 40411-207



Konsens in der KB-Gruppe Lüneburg war schon während der Schwangerschaft: Meine Situation als Mutter darf nicht dazu führen, aus der politischen Arbeit rauszukommen und als Hausmütterchen zu versauern. Wir wollten erreichen, was bisher keine/r erreicht hatte: Durch optimale Unterstützung der KB-Gruppe, der Ersatzeltern und des Freundes sollte es mir ermöglicht werden, auf keine politische Arbeit verzichten zu müssen.

Erfahrungsbericht aus Lüneburg

Mütter und politische Arbeit

Schon drei Tage nach der Hausgeburt nahm ich an einer KB-Schulung teil. Desgleichen Frauengruppe, Elterngruppe, KB-Sitzung und AK-Verkauf. Sowohl Terminbeginn als auch der Ort wurden so festgelegt, daß ich an allem teilnehmen konnte. Darüber hinaus boten sich Genossen/innen an, „Schlafwache" zu halten, damit mein Freund und ich mal was unternehmen konnten.

Als dann eine Rekrutenvereidigung in Lüneburg anstand, stürzte ich mich voll Elan in die Vorbereitung der Protestdemonstration. In der KB-Gruppe hatten wir diskutiert, daß ich den KB auf Bündnistreffen etc. vertrete und von einem Genossen inhaltlich und formal unterstützt würde. Diese Aufgabe war für mich sehr bedeutend, denn ich war noch nie alleinige KB-Vertreterin in einem Bündnis gewesen.

Während mir die Arbeit viel Spaß machte, zehrte sie an meinen Kräften, denn die politische Arbeit begann erst, wenn mein Sohn abends im Bett lag, aber dann begann sie auch mit Volldampf. Ergebnis war, daß ich mitten in der Vorbereitung zur Demo als Folge körperlicher Schwäche krank wurde und völlig aus der Arbeit aussteigen mußte.

Es traf mich wie ein Hammer: Das erste Mal seit meinem kurzen Mutterdasein mußte ich eine Sache hinschmeissen, die ich ohne Kind gut und begeistert hätte bewältigen können.

Tiefer Frust kam auf. Hatten unsere Gruppe und mein Freund nicht alles getan, damit ich auch so eine „Extra-Arbeit" mal machen konnte? Stand im Vorschlag für ein Mütter-Statut nicht: *„Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frau sein"*? Gehört zur Emanzipation der Frau nicht auch, Aufgaben wahrzunehmen, die frau sich nicht so einfach zutraut?

Auf einer Mütter-VV wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß bei meiner politischen, beruflichen (inzwischen war noch das Referendariat dazugekommen) und mütterlichen Belastungen (keine Baby-Initiative, volles tägliches und nächtliches Stillen) mein totaler Zusammenbruch vorprogrammiert sei. Daraufhin schrieb ich meine Situation kurz auf, und wir diskutierten darüber im KB. Hierbei zeigte sich, wie schwierig es ist über Mütterprobleme zu



diskutieren. Es war nicht möglich, über die spezielle Problematik einer politisch arbeitenden Mutter zu reden. So besteht z.B. für eine Mutter eine ganz andere Bedeutung und ein ganz anderer Druck in der politischen Weiterarbeit; nämlich die Angst vor der gesellschaftlichen Isolation, vor dem plötzlichen Einbruch ins Leben, vor der Konsequenz, die politische und persönliche Selbständigkeit dem Kind zu opfern. Anstatt über solche Punkte zu reden, beschränkten sich die Beiträge auf einfache Überlastung, so, wie halt jeder mal überlastet ist. Trotz dieser Schwierigkeit (und einer gewissen Enttäuschung, für die Mühe, das Papier zu schreiben, so wenig „Output" zu bekommen) hatte die Diskussion doch noch ein fruchtbares Ergebnis: Der Anspruch „Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frau sein" ist dann zu hoch angesetzt, wenn mutter genauso aktiv wie vorher sein will, um keinen Rückschlag zu erleiden.

D.h., daß angesichts der Belastung einer berufstätigen Mutter es ein Erfolg wäre, wenn ich regelmäßig an den KB-Sitzungen teilnehmen kann und die KB-Politik einigermaßen allseitig mitverfolgen kann. Auf keinen Fall sollte ich irgendwelche Rödelaufgaben – und wenn es nur das Tippen dieses Berichtes ist – übernehmen.

Eine Müttergenossin aus Lüneburg

Rechts = Links

Sektierertum und Arroganz, Verlust des Hauptwiderspruchs, Pathologisierung durch die Lesben oder

Eine Dolchstoßlegende

In ihrer Antwort auf Hil.'s Buchrezension ('Märchenprinz') im AK 190

Dieses entstammt S.M.'s Phantasie und nicht dem AK.

In ihrer Antwort auf Hil.'s Buchrezension ('Märchenprinz') im AK 190 behauptet Svende Merian (Verfasserin des betr. Buches – Anm. AK) im letzten AK:

„Insgesamt zeichnet sich Hil.'s Leserbrief durch das Sektierertum aus, das leider in der letzten Zeit die Lesben-Seiten des AK dominiert".

Es ist ja äußerst interessant, wie zufällig der politisch schwerwiegende Vorwurf des Sektierertums erhoben wird. Svendes Begründung dafür:

.... *eine freiwillige Entscheidung zur Sexualität mit Männern gibt es nicht, das ist immer Zwangsheterosexualität"* (Hervorh. S.M.). (Mit diesem Satz will Svende die Position von Hil. ausdrücken – Anm. AK.) Dies beruht auf Spekulationen, die nicht per AK-Artikel belegt werden können. Aber wir wollen uns nicht um eine Stellungnahme zur Zwangsheterosexualität drücken; wir

Dieses entstammt S.M.'s Phantasie und nicht dem AK.

Wenn aber nun schon solche Meinungen im AK verbreitet werden, fordern wir mindestens im nachhinein dafür Belege. Bis hier sind das schon drei zu erbringende AK-Nachweise.

Wie sieht es nun wirklich mit dem „Sektierertum" der KB-Lesben aus?

Entweder sind im KB äußerst viele Sektiererinnen oder der Vorwurf ist unwahr: Denn es gibt (nach unseren Informationen) keine einzige Spezialist/inn/en-Gruppe im KB, die in den letzten sechs Monaten so einen Zulauf hatte wie die AG Lesben (sie wuchs von 6 auf 20 Frauen). Dieser Zulauf ist Ausdruck einer guten Agitation und außerdem wurde vielen Genossinnen der Schritt erleichtert, ihr Leben zu verändern. Eine politische Tätigkeit bedeutet nicht automatisch eine Revolutionierung des eigenen Alltags, d.h. die



haben nie behauptet, alle Heteros seien zwangsheterosexuell; allerdings setzen wir ein Fragezeichen hinter Heterosexualität. Wir behaupten, daß in dieser Gesellschaft generell Zwangsheterosexualität HERRscht, was nicht ausschließt, daß es Menschen gibt, die bewußt als Heteros leben. (Dieses können eigentlich nur Menschen sein, die schon beides – Homo- und Heterosexualität – gelebt haben und sich daraufhin für eines entscheiden.) Svendes zweiter 'Beleg' fürs Lesben-Sektierertum ist, wir würden behaupten: *„Frauen, die immer noch mit Männern schlafen, sind nur noch nicht so emanzipiert wie die Lesben".*

Umsetzung der Theorie in die Praxis (im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten). Die „sektiererische" Arbeit der AGL hat nun vielen KB-Frauen den Mut und die Kraft zu diesem schwierigen Schritt gegeben. Gerade wir coming-out-Frauen wissen, wie schwer es ist, zur lesbischen Identität zu finden. WIR BEKOMMEN UNGEHEURE – PRIVATE UND POLITISCHE – UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE KB-LESBEN (Sektiererinnen?). Viel coming-out-Qual wird uns damit erspart.

Ja, wir haben jeden Grund, über die Erfolge der KB-Lesbenpolitik glücklich zu sein.

4. Unterstellung: Hauptfeind: Heterrorgenossin: *„Es ist nur noch von 'Heterror' die Rede, und der Hauptfeind wird nicht mehr im Mann, geschweige denn in der staatlichen Repression, sondern in den 'heterroristischen' Geschlechtsgenossinnen gesehen. Zu diesem Schluß muß frau jedenfalls kommen, wenn sie den* Tonfall (Hervorh. v. uns) *der letzten Lesben-Artikel verfolgt hat".*

Hier jubelt S.M. uns frech unter, daß unsere „sektiererische" Lesbenpolitik uns vom Hauptfeind ablenkt. Als „Beleg" für diesen KB-Ausschluß-Grund reicht ihr der Tonfall in irgendwelchen geheimnisvollen AK-Artikeln, die sie natürlich nicht nötig hat zu zitieren.

Diese Behauptung ist ebenfalls ein Phantasieprodukt von S.M., und wir fragen uns, auf was für einem Politik- bzw. Heterosexualitätsverständnis diese Einschätzung beruht: Die Argumentation erinnert fatal an Anfänge der Frauendiskussionen in linken Or-

diese Einschätzung beruht: Die Argumentation erinnert fatal an Anfänge der Frauendiskussionen in linken Or-

ganisationen und an heute noch aufrecht erhaltene Polemik der Revis, wie: „Autonome Frauenpolitik lenkt vom Hauptfeind ab ..." und nun lenkt die KB-Lesbenpolitik vom Hauptfeind ab ...

In welchem AK-Artikel hast du denn das gefunden???

5. Wo haben wir uns mit Arroganz als *„einzig wirklich emanzipierte Frauen hochstilisiert"*? Bitte Beleg!

6a) Du schreibst, wir würden *„mit arroganter Selbstverständlichkeit die Probleme der Heterofrauen ignorieren".* (Übrigens: Durch Wiederholungen von Pöbeleien wirst du auch nicht glaubwürdiger).

Wir haben 1 Lesbenseite fest im AK. Diese Seite hat die Aufgabe, die Lesbenprobleme, Diskriminierungen und politische (Gegen)aktivitäten darzulegen, und nicht die Aufgabe, die Probleme der Heterofrauen zu diskutieren. Dafür gibt es fünf Frauen- und eine Sexualitäts-Seite im AK. Wir wollen Analysen und Strategien zur Lesbenfrage entwickeln; die Probleme der Heterofrauen sind nicht das Thema der Lesbenseiten im AK und auch nicht die Aufgabe der AGL.

6b) Du scheinst interessante Quellen über Heterosexualität zu besitzen, wenn du behauptest, daß 90% aller Frauen hetero sind. Wir hätten gerne einen Beleg dazu und behaupten anhand der KB-Frauen-Fakten, daß diese Zahlenangabe nicht stimmt.

6c) Außerdem wirfst du uns dann noch den platten Vorwurf vom Gebrauch „platter Parolen" an den Kopf. Auch hierfür bitte AK-Belege!

7. „Heterror = München- und Bologna-Anschläge":

„Und all die anderen, die nicht lesbisch sind, als 'heterroristisch' zu bezeichnen, ist ein zynischer Wortgebrauch. Die Terror-Anschläge von München und Bologna vor Augen, – ist euch da nicht dieser verbale Fehlgriff den eigenen Genossinnen gegenüber selbst etwas peinlich?"

Nie haben wir alle Nicht-Lesben als „heterroristisch" bezeichnet! Dein Vorwurf des „zynischen Wortgebrauchs" zeigt nur, wie wenig du verstanden hast. Allerdings den Wortgebrauch „HeTerror" mit faschistischen Anschlägen zu vergleichen, widerspricht jeder marxistischen Denkweise; rechts=links-Strickerei ist vielmehr von bürgerlichen Medien bekannt.

Diese politische Entgleisung ist nicht nur unter jedem AK-Niveau, sondern läßt uns auch an deinem guten Willen zur Diskussion um Zwangsheterosexualität zweifeln.

Zu dieser Entgleisung erwarten wir eine Selbstkritik!!

8. Pathologisierung durch KB-Lesben: *„Wer heterosexuell ist, ist das in euren Augen von vornherein 'zwangs'-, und wird damit in die psychopathologische Ecke gestellt. Damit macht ihr genau das, wogegen ihr selber eigentlich kämpft: Jemanden aufgrund seiner sexuellen Identität für krank zu erklären und 'heilen' zu wollen".*

Auch dies ist eine nicht belegte UND DURCH NICHTS ZU BELEGENDE boshafte Unterstellung!! Solche Äußerungen sind nie, weder im AK noch sonstwo, von KB-Lesben gefallen. Woher nimmst du nur dieser widerliche Behauptung? Belege wirst du (auch) hierfür nicht finden.

Wir fordern hier ebenfalls eine Selbstkritik!!

Wir fordern hier ebenfalls eine Selbstkritik!!

9. Zum unguten Schluß deines extrem lesbenfeindlichen Artikels unterstellst du uns noch „missionarischen Eifer", wieder ohne Belege, die du offensichtlich im Gegensatz zu allen anderen AK-Artikelschreiber/inne/n nicht nötig hast.

Wir versuchen allerdings Überzeugungsarbeit zu leisten; das als missionarisch zu bezeichnen, setzt nur deine bürgerliche Denkweise in der Lesbenfrage fort.

Hiermit hast du einen passenden dogmatischen Abschluß gefunden.

Gratulation zu deinem Machwerk, selbst die 'Z' könnte es nicht besser!

Wir erwarten 8 Belege für deine ungeheuren Behauptungen, und zum Vorwurf Bezeichnung Heterror = Faschistenanschläge und Pathologisierung durch KB-Lesben eine Selbstkritik.

Anhang

Der gescheiterte Versuch, in 11 AK's Belege für S.M.'s Unterstellungen zu finden:

In sechs AK's wurden Beispiele für Heterror angeführt:

AK 180: Heterror am Arbeitsplatz,
AK 184: Heterror in Husum,
AK 187: Heterror von Bewegungsfreundinnen,
AK 190: Heterror von primär einer Frau.

In diesen Artikeln werden jeweils Beispiele genannt, auf die sich die Heterror-Bezeichnung ganz direkt bezieht! Von uns werden hier keine Verallgemeinerungen getroffen.

In zwei AK's werden Thesen zu Heterror aufgestellt:

AK 183: Artikel zur Frauen-VV.
These: Jede gelebte Heterobeziehung unterdrückt uns unter den heutigen Bedingungen (als Beleg folgen einige zahme Beispiele).

AK 186: Lesbianisierungs-Artikel.
These: Es gibt einen heterroristischen Alltag (mit Beispielen). These zur Zwangsheterosexualität: Bisexualität ist unter den heutigen Bedingungen nicht möglich.

Vielleicht könnte S.M. noch folgendes „mißverstanden" haben (AK 186):

– Wir haben ein Interesse daran, daß viele Frauen lesbisch werden;
– wir wollen Lesben helfen, sich gegen Heterror zu wehren.

– wir wollen Lesben helfen, sich gegen Heterror zu wehren.

Ob es sektiererisch ist, wenn wir keine Lust mehr haben, Männer zu entwickeln, und im AK 186 fordern: *„ ... setzt euch unter Frauen ernsthaft über eure Beziehungen untereinander auseinander und verbringt nicht die ganze Zeit damit, über Typen zu reden!"*?

Ob es sektiererisch ist, wenn eine Schreiberin im AK 187 meint, daß die Plakette „Heterror – Nein danke" durchaus auf Frauenfesten getragen werden kann?

Wir haben von AK 180 bis 191 nur eine einzige Kritik zu einer „HeTerror"-Aussage gefunden, und die bezieht sich dann mehr auf die Person als auf die Tatsache des Wortgebrauchs an sich: Im AK 184 wird ausgegeben als „Nebenbemerkung" kritisiert: *„Münchenhagen ist nicht nur Moderator der hetero-terroristischen Sendung 'Spätere Heirat nicht ausgeschlossen', sondern auch derjenige, der sich vor einigen Jahren, als Schwulsein noch gar nicht chic war, in einer TV-Diskussion als Moderator demonstrativ auf die Seite der Schwulen setzte, um seine Solidarität zu zeigen. Es lebe eine Hetero-Terroristenhysterie und die dazugehörige Sympathisantenjagd".* Weitere Belege für unsere „sektiererische" Politik konnten wir nicht finden und erwarten deshalb mit Spannung S.M.'s Belege.

KB-Coming-Out-Gruppe, 22.12.80

Warum Nicht!



Indianische Lesben

Über indianische Lesben von früher zu schreiben ist sehr schwierig. Zum einen gibt es keine ,,indianische Kultur", sondern viele, zum Teil sehr unterschiedliche Kulturen. Zum zweiten sind die Berichte, die existieren, von weißen, männlichen Missionaren und Forschern geschrieben worden, die sich auch hauptsächlich auf die indianischen Männer beziehen.
Außerdem ist natürlich auch das Aufpassen auf den eigenen Ethnozentrismus erforderlich, der sich immer wieder einschleicht: indianische Kulturen nach den eigenen Maßstäben zu b e w e r t e n . Wollten die Missionare alle Indianer zu Christen machen, wollen wir womöglich alle Indianerinnen zu Superlesben machen, aber nach unseren Vorstellungen, bitteschön.

I. Bevor die Weißen kamen

Den meisten indianischen Kulturen ist gemeinsam, daß sich die Menschen als ein integrierter Bestandteil der Natur sehen, in der jedes Lebewesen seinen Platz hat und Respekt genießt. Alles steht in Beziehung zueinander und es kommt darauf an, das Gleichgewicht zwischen den Dingen zu erhalten.

In diesem Weltbild werden Frauen als Wesen respektiert, die eine wichtige Bedeutung im Kreis des Lebens haben. ,,*Männer sind im Vergleich zu Frauen wie der kleine Mond zur großen Sonne.*'' Bernard Second, Apache (1). ,,*Die Kette der Kultur ist die Kette der Frauen, die die Vergangenheit mit der Zukunft verbindet.*'' Shirley Hill Witt, Mohawk (2).

In den meisten Kulturen herrschte eine starke Rollenteilung zwischen Mann und Frau. Daß die Frauen für die Kinder und den Haushalt im weitesten Sinn zuständig waren, hieß aber nicht, daß diese Arbeit als minderwertig betrachtet wurde. Jeder konnte sehen, wie wichtig und lebensnotwendig die Arbeit der Frauen war. Kein Geld machte den Mann zum ,,Brötchenverdiener'' und die Frau zur Sklavin ,,aus Liebe''. Darüber hinaus hatten die Frauen untereinander einen starken Zusammenhalt. In den meisten Fällen sind sie gemeinsam aufgewachsen und viele der Frauenarbeiten waren gemeinsame Anstrengungen. Eine Isolation nach Hausfrauenart konnte daher nicht zustandekommen. Die Ehe war überwiegend auch keine Sache der Liebe, sondern eine ökonomische Übereinkunft und Notwendigkeit. Für ihren emotionalen Rückhalt waren die Frauen aber meistens nicht auf den Mann angewiesen.

Die Einflußmöglichkeiten der Frauen waren meist informell, aber doch wirksam. ,,...*Es ist einfach eine Sache des gesunden Menschenverstandes. Jemand muß sich um die Dinge küm-*

Die Einflußmöglichkeiten der Frauen waren meist informell, aber doch wirksam. ,,...*Es ist einfach eine Sache des gesunden Menschenverstandes. Jemand muß sich um die Dinge küm-*

mern, während die Männer Jungen spielten und die Landschaft mit ihren Pfeilen spikten...'' Assiniboine-Frau (3).

Durch die von den weißen Amerikanern eingeführte formale Stammes-,,demokratie'' mit Wahlen und allem Drum und Dran, wurden die Frauen dieses Einflusses weitgehend beraubt.

Die Möglichkeiten, die indianische Lesben hatten, waren weitgehend von diesen Hintergründen bestimmt. Manche Gesellschaften standen Lesben total ablehnend gegenüber, wie z.B. die Chiricahuaapachen. Bei ihnen wurde Homosexualität mit dem Tode bestraft. Dennoch erzählten sie des öfteren eine Geschichte von zwei verheirateten Frauen, die miteinander weggelaufen waren. Als sie entdeckt wurden, lag die eine auf der anderen und fragte: ,,Fühlst du etwas Feuchtes?'', und die andere antwortete mit ,,Ja'' (4).

Die meisten Gesellschaften akzeptierten wohl, daß es immer einige Lesben gab; manche respektierten Lesben als Menschen, die einen besonderen Traum und daher auch besondere Macht haben. ,,Er sagte mir, daß wenn die Natur einem Menschen die Last gibt, anders zu sein, gibt sie ihm auch eine Macht...'' John Fire Lame Deer, Lakota (5).

In den Fällen, in denen von Lesben berichtet wird, ist es immer so, daß eine Frau die ,,männliche'' Rolle annimmt und dann mit einer ,,weiblichen'' Frau zusammenlebte, so daß die Spezialisierung, die auch in Hetero-Ehen herrschte, beibehalten werden konnte.

Bei den Yuma merkten Frauen, daß sie Lesben sind, wenn sie in der Pubertäg von Waffen träumten. Bei den Cocopah, Nachbarn der Yuma und Mojave spielten die ,,männlichen'' Lesben schon früh mit Jungen. Wenn sie älter wurden, zogen sie sich dann an wie üblicherweise die Männer ihres Stammes. Auch bei den Quinault wurden Lesben nicht mißachtet, sie wurden einfach ,,Die-wie-Männer-handeln'' genannt.

Bei den Kaska in Kanada wurden Mädchen sogar manchmal ermutigt, ,,männliche'' Lesben zu werden, wenn in der Familie mehr Töchter als Söhne waren. Wenn ein Mann eine solche Frau anmachte, konnte es ihm passieren, daß sie ihm den Bogen zerbrach. Es wurde geglaubt, daß ihr Jagdglück zerstört ist, wenn sie mit einem Mann schläft.

Bei den Navajo gehörten Lesben, Schwule, Transvestiten und Hermaphroditen zu ein und derselben Gruppe. Sie wurden als bevorzugte Menschen angesehen, die bestimmte Heilungszeremonien durchführen können und es besonders oft zu Reichtum bringen. Daher wurden Lesben bei den Navajo oft die Verantwortung für den Haushalt und das gesamte Eigentum der Familie übertragen (6).

Die Mojave glaubten, daß ein Baby schon im Mutterleib träumt, daß sie eine Lesbe wird. Wenn sie die Pubertät erreichte, gab es eine spezielle Initiationsrite, in der sie sozusagen das Geschlecht wechselte. Diese Frauen selber wurden nicht diskriminiert, da jeder wußte, daß sie ihrem Traum nachkamen, wohl aber die Frauen, die mit ihnen zusammenlebten, wurden oft aufgezogen und manche Beziehung zerbrach aus diesem Grund (7).

Die Berichte, die ich gefunden habe, befassen sich nur mit derart unübersehbaren, institutionalisierten Formen der Homosexualität. Da die Frauen jedoch im allgemeinen untereinader einen guten Zusammenhalt hatten und viel gemeinsam taten, in manchen Stämmen ein Mann oft mehrere Frauen hatte, die sich untereinander meist auch gut verstanden, ist anzunehmen, daß sich Homosexualität unter Frauen nicht nur auf den beschriebenen, institutionalisierten Rahmen beschränkt hat.

II. Einbruch

1492 Kolumbus landet
1537 Papst Paul III macht die Indianer per Bulle zu ,,wirklichen Menschen''
1626 Die Holländer ,,kaufen'' Manhattan für 60 Gulden
Bis 1630 reduziert sich die Indianerbevölkerung Massachusetts von 10.000 auf 1.000, infolge der von Weißen eingeschleppten Epidemien.
1636 Man beginnt, die Peqout auszurotten.
1642 Aufstand der Powhatan, Virginia-Massaker
1644 Verbot für Indianer, sonntags Ortschaften und Häuser der Neu-England-Kolonisten zu betreten

1642 Aufstand der Powhatan, Virginia-Massaker
1644 Verbot für Indianer, sonntags Ortschaften und Häuser der Neu-England-Kolonisten zu betreten.

1663 Indianerbibel in der Algon-Sprache
1672-76 Krieg mit den Wamponag. Von 90 indianischen Dörfern werden 52 angegriffen und zwölf völlig zerstört.
1687 Überfall auf Irokesendörfer. 200 Gefangene sterben, der Rest wird getauft und als Galeerensklaven ,,verwendet''.
1725 Der indianische Widerstand in New-Hampshire wird gebrochen.
Um 1760 Lord Joffrey Amherst läßt Pocken-infizierte Decken unter den Indianern verteilen.
1789 Der Kongreß billigt sich selbst das Recht zu, den Handel zwischen den Stämmen zu regeln.
Um 1800 Pläne zur Umsiedlung der Indianer im Osten
1803 Jefferson kauft Louisiana (von den Franzosen!)
1812 Die Regierung ernennt Häuptlinge und kauft von ihnen Land ein. Aggressionskrieg gegen die Seminole.
1813-14 Krieg gegen die Creek in Alabama, der Stamm verliert 200 Krieger.
1819 Der Kongreß stellt 10.000 Dollar zur Zivilisierung der Indianer zur Verfügung.
1824 Das Büro für Indianische Angelegenheiten (BIA) wird innerhalb des Kriegsministeriums eingerichtet.
1830 Der ,,Indian Removal Act'' wird rechtskräftig, der die Umsiedlung aller Indianer in den Westen ermöglicht.
1832 Die Cherokee gewinnen einen Prozeß gegen den Staat Georgia, werden aber trotzdem vertrieben. Black Hawks Aufstand endet mit der Vertreibung der Sauk.
1838 Die Cherokee werden vertrieben. 4.000 kommen auf dem Marsch der Tränen um.
1849 Das BIA wechselt in das Innenministerium
1862-67 Sioux-Kriege in Minnesota und Dakota
1864 Sand-Creek-Massaker
Aussagen des Dolmetschers Smith über die Vorfälle am Sand Creek:
– Wurden Frauen und Kinder unterschiedslos getötet oder ging es nur um Krieger?
– Unterschiedslos.
– Wurden barbarische Akte verübt, die sie beobachtet haben?
– Ja, die Körper der am Boden Liegenden waren in Stücke geschlagen, schlimmer verstümmelt, als ich je zuvor gesehen hatte, die Frauen waren in Stücke gehauen worden.
– Wie?
– Mit Messern, skalpiert, die Gehirne rausgeschlagen, zwei oder drei Monate alte Kinder, alle Altersstufen, von Säuglingen bis zu Kriegern.
– Waren Sie Augenzeuge der Vorfälle? Wer beging die Greueltaten?
– Die Truppen der USA.



1870 Baker-Massaker an den Blackfeet. Der Kongreß bewilligt Geld für indianische Erziehung.
1871 Der Kongreß verabschiedet ein Gesetz, daß keine weiteren Verträge mit den Indianern geschlossen werden und sie kein Land mehr erhalten sollen.
1878 Die indianische Polizei wird gegründet.
1879 Die indianische Schule in Carlisle wird gegründet: Die Kinder, die in diese und in später gegründete indianische Schulen gingen, wurden von Soldaten und Polizisten auf den Reservaten eingefangen und hunderte von Meilen entfernt auf die Schule verfrachtet.

se und in später gegründete indianische Schulen gingen, wurden von Soldaten und Polizisten auf den Reservaten eingefangen und hunderte von Meilen entfernt auf die Schule verfrachtet.

Indianisch zu sprechen wurde mit Prügeln bestraft. Englisch konnten die Kinder meist weder reden noch verstehen. Auch heute noch werden indianische Kinder gegen ihren eigenen und den Willen ihrer Eltern auf meilenweit entfernte Schulen geschickt, in denen oft kaum bessere Verhältnisse als vor 100 Jahren herrschen. Selbstmord ist an der Tagesordnung.
1887 Alle Indianer auf Reservaten zusammengefaßt.
1887 Landaufteilungsverordnung zerstört die kollektive Landbasis auch in den Reservaten.
1884 Gesetz gegen indianische Religionsausübung (8).

Nach dieser Geschichte sind natürlich viele alte Traditionen verlorengegangen. Vor allem unter den Bedingungen weißer Erziehung und Missionierung stehen heute sehr viele Indianer der Homosexualität ablehnend gegenüber. Auch steht in einer Situation, in der es nach wie vor um das nackte Überleben, materielles wie spirituelles, geht, der Kampf gegen den fortgesetzten Völkermord durch die USA (Zwangssterilisation, hohe Säuglingssterblichkeit, hohe Selbstmordrate, Uranabbau auf Reservaten, etc.) im Vordergrund.

III. Indianische Lesben heute

1978 erschien in einer amerikanischen Lesben-Anthologie der Come-out-Bericht einer indianischen Lesbe: ,,*Ich komme von den Völkern, auf deren Land dieser Staat gegründet worden ist. Ich bin eine indianische Lesbe. Meine Identität ist hauptsächlich und zuerst die einer Dakota. Meine Anfänge sind in der heiligen Mutter Erde, in meinen Vorfahren, die gekämpft haben, das Land und ihr Volk vor den europäischen Eroberern zu beschützen, in meinen Großeltern, die mich erzogen haben. Meine Anfänge sind auch in meinen homosexuellen Vorfahren, die vor der Ankunft der Europäer gleichberechtigt und in Frieden in meinem Volk gelebt haben.*

Als indianische Lesbe bin ich einen langen Weg gegangen, um sagen zu können, wer ich bin... Als ich auf der Reservation aufwuchs und merkte, daß ich wohl eine Lesbe bin, konnte ich sehen, daß es nicht leicht für mich sein würde, als Lesbe in meinem Volk zu leben. Es war mir schmerzhaft bewußt, daß die wenigen homosexuellen Indianer auf der Reservation ein bißchen lächerlich gemacht wurden, aber ich merkte auch, daß sie trotzdem nicht alleingelassen wurden. Mit sechzehn fühlte ich mich wie in einer Sackgasse. Ich hatte viel über mich und meinen Platz in der Welt erkannt.

Ich war gleichzeitig ein Symbol und eine Aktualität des Widerstandes. Ich sollte nicht zur amerikanischen Gesellschaft gehören und auch keine heterosexuelle Existenz führen. Meine Erfahrungen umfaßten das neunzehnte und das zwanzigste Jahrhundert. Ich lebte mit meinen Urgroßeltern und anderen Verwandten, die sich noch an die Zeit, bevor die Weißen kamen, erinnerten. Ich kann mich erinnern, mit meinen Großeltern zusammen in einem Wagen über die Prärie zu fahren, der von zwei Pferden gezogen wurde. Ich lag auf dem Rücken, guckte in den Himmel, hörte die knarrenden Holzräder und roch den geheiligten wilden Salbei, der überall wuchs. Erinnerungen wie diese, die Stimmen meiner Großeltern und der vertraute Klang meiner Mutter-

hörte die knarrenden Holzräder und roch den geheiligten wilden Salbei, der überall wuchs. Erinnerungen wie diese, die Stimmen meiner Großeltern und der vertraute Klang meiner Mutter-

sprache ließen mich das alles verstehen. In meinem sechzehnten Lebensjahr akzeptierte ich, daß ich lesbisch bin und fand zu meiner großen Überraschung noch im gleichen Jahr meine erste Freundin, eine Frau von VISTA (Regierungsprogramm; Anm. die Verf.) *aus Massachusetts. Es war eine interessante, ein bißchen schwierige und widersprüchliche Erfahrung, auf der Reservation eine weiße Freundin zu haben. Ich konnte nicht offen lesbisch sein. Das Leben dort ist oft so hart, auf der Kante zwischen Leben und Tod, daß andere Dinge weniger wichtig sind, weniger toleriert werden. Das Existenzminimum, wie es von der Regierung definiert wird, liegt weit über dem, was die meisten Indianer auf der Reservation je verdienen.*

Von South Dakota ging ich nach Santa Fé auf eine indianische Kunstschule... Hier traf ich andere indianische Lesben und Schwule und meine erste indianische Freundin. Obwohl meine Erfahrungen mit dem offenen Auftreten nicht immer positiv waren, fühlte ich mich doch stark und sicher, weil ich andere indianische Lesben und Schwule kennengelernt hatte, und weil ich merkte, daß ich in meinem Volk ganz ich selbst sein konnte.

In San Francisco beschlossen Randy (ein Schwuler; Anm. die Verf.) *und ich die »Gay American Indians«, eine Gruppe schwuler und lesbischer Indianer/innen zu gründen.*

Das war ein wichtiger Schritt hin zur Organisierung von farbigen Lesben und Schwulen. Es ist wichtig, daß sich farbige Homosexuelle organisieren, weil ihre Bedürfnisse und Kämpfe ziemlich verschieden von denen der weißen Homosexuellen sind. Während der drei Jahre, die ich jetzt in San Francisco lebe, habe ich eine ganze Menge Rassismus erlebt, von dem ich dachte, daß ich ihn in South Dakota hinter mir gelassen habe. Ich dachte, daß Lesben, weil sie auch unterdrückt sind, sich der Unterdrückung anderer Völker bewußt sind. Aber ich habe gemerkt, daß viele Lesben nichts über Indianer wußten, außer verzerrte Geschichten aus Schulbüchern und Hollywoodfilmen. Sie wußten nicht, auf wessen Land sie da leben, und wie sie dazu gekommen sind, hier zu leben. ...

Ich hoffe, daß immer mehr indianische Frauen ihr Come out haben und so stark sind, offen und stolz als indianische Lesben aufzutreten.'' Barbara Cameron (9).

Zwei Jahre später sitze ich zusammen mit Barbara im Frauencafé von San Francisco. Wir reden über Identität. ,,*Manchmal*'', sagte sie, ,,*fühle ich mich mehr als Indianerin, manchmal mehr als Lesbe, manchmal weiß ich überhaupt nichts mehr, möchte ich diese Identitätssachen am liebsten vergessen.*''

Einmal waren ein Jahr lang im ,,Board of Directors'' vom Indiancenter in San Francisco fast nur Schwule, aber nicht als Schwule, sondern weil sie eben gute Arbeit im Indiancenter gemacht haben.

Dennoch: ,,*Es ist leichter, unter Lesben Indianerin zu sein, als unter Indianern Lesbe.*''

Später bin ich auf einer Veranstaltung der ,,AIM for Freedom Survival School'' aus Richmond (Survival School sind selbstverwaltete indianische Schulen; neben den in weißen Schulen üblichen Fächern gehören der Besuch von Prozessen und Demonstrationen sowie das Lernen und Praktizieren von alten indianischen Traditionen zum Lehrplan; Kinder und Erwachsene wohnen zusammen und versuchen gegenseitig voneinander zu lernen, um gegen den ,,american way of life'' zu leben).

Ich frage eine der Frauen, was passieren würde, wenn eine Lesbe bei ihnen an der Schule wäre. Sie sagt, es würde nicht stören, aber bis jetzt ist es noch nicht vorgekommen. Ich frage, ob sie den Kindern beibringen, daß Homosexualität auch eine Möglichkeit zu leben ist. ,,*Na ja,*'' sagt sie ,,*sie wissen Bescheid, schließlich leben sie in San Francisco. Manche finden es gut, manche nicht, je nachdem, wie sie bisher erzogen worden sind. Früher war es aber ein respektierter Lebensstil* (sie erzählt von den schwulen Männern bei den Lakota). ,,*Aber eigentlich haben wir nie richtig darüber geredet, nur in Witzen.*'' Ich wende ein, daß Witze über Lesben und Schwule eigentlich meistens ziemlich mies sind. Sie sagt, indianische Witze sind anders, als die der Weißen, nicht dazu da, andere Leute runterzumachen. ,,*Aber eigentlich haben wir nie richtig darüber geredet.*''

Bei den ,,Gay American Indians'' war Barbara eine ganze Zeit die einzige Lesbe, und es ist wohl auch da schwierig gewesen, nicht als Lesbe wieder unter den Tisch zu fallen. Jetzt sind einige Frauen mehr da, aber sie wollen keine eigene Gruppe gründen. Es ist für sie wichtig, sich mit Indianern zu treffen und Erfahrungen auszutauschen, oft ist die Arbeit aber sehr

ge Frauen mehr da, aber sie wollen keine eigene Gruppe gründen. Es ist für sie wichtig, sich mit Indianern zu treffen und Erfahrungen auszutauschen, oft ist die Arbeit aber sehr

schleppend und die meisten haben kein großes Interesse an Öffentlichkeitsarbeit. Von den Frauen ist sie eigentlich im Moment die Einzige, die von Zeit zu Zeit Öffentlichkeitsarbeit macht. So hat sie z.B. auf der diesjährigen Gay-Pride-Demonstration in San Francisco gesprochen.

Sie kennt noch eine ganze Reihe indianischer Lesben und Schwule in San Francisco, die aber lieber in den Sub gehen und keine Lust haben, irgend etwas organisiert zu machen.

Es hat auch andere indianische Lesben- und Schwulengruppen gegeben, eine irgendwo in Georgia, eine andere in Los Angeles, die aber möglicherweise nicht mehr bestehen. Vor kurzem hat sich in Seattle eine indianische Lesbengruppe gegründet, die schwerpunktmäßig Forschung über Lesben in den alten indianischen Kulturen machen will. Leider war meine Zeit in Amerika zu kurz, um mich mehr und intensiver mit der Situation von indianischen Lesben auseinanderzusetzen.

Eine Genossin der Lesbengruppe des KB

Anmerkungen:

1. Stan Steiner: The Vanishing White Man. New York 1976, S. 179
2. Ursula Wolf: Mein Name ist: Ich lebe. München 1979, S. 48
3. Stan Steiner: The New Indians. New York 1968, S. 218
4. Nach: Carolyn Niethammer: Daughters of the Earth. New York 1977, S. 231
5. Maurice Kenny: Only as far as Brooklyn. Boston 1979, S. 10
6. Alles nach Niethammer a.a.O. S. 290ff.
7. Nach: George Devereux: Institutionalized Homosexuality of Mohave Indians. In Human Biology, Vol. 9, 1937
8. Alles nach: Carl-Ludwig Reichert: Red Power, München 1974, S. 17ff.
9. Ginny Vida (Hrsg.): Our Right to Love. Englewood Cliffs 1978, S. 229

Wiener Schwule kämpfen für eine neue Liebesunordnung

Anläßlich der Wiener Festwochen 1980 beteiligte sich auch die „Homosexuelle Initiative Wien" (HOSI) mit einem Budenstand an einem Infomarkt verschiedenster Gruppen. Von Staats wegen wurde sie dort kaltgestellt. Protest und Abbau von über zwanzig anderen Gruppen halfen nichts.

Daraufhin gaben alle gemeinsam das Manifest „Für eine neue Liebesunordnung" heraus, das wir im AK abdruckten. In ihrer Zeitung „Lambda-Nachrichten" (2/80) berichtete die HOSI ausführlich über die gewaltsame Schließung ihres Standes.

Inzwischen griff die Wiener Tiefkühlaktion weiter zu. Die HOSI berichtete uns:

„Im Sommer wurden einige Anzeigen nach §§ 220 und 221 gegen fünf HOSI-Vorstandsmitglieder gemacht. Die Ermittlungen der Polizei wurden jedoch nicht eingestellt! Sie laufen weiter. – Vier der fünf angezeigten Hosi-aner (wienerisch: Hosi-Anna) wurden bereits polizeilich vorgeladen und einvernommen. Da Österreichs Polizei und Justiz nicht gerade flott arbeiten, wird es noch einige Zeit dauern, bis ein Verfahren (Prozeß) eingeleitet ist – wenn die Sache nicht doch noch niedergeschlagen wird. Wir hoffen, daß es zu einem Prozeß kommt.

So nebenbei ermittelte die Polizei auch gegen zwei Betreuer der HOSI-Bude wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses und verdonnerte einen von ihnen zu zweimal 300 S (ca. DM 40) Ordnungsstrafe, wogegen dieser Berufung einlegte. Auch das ist noch nicht entschieden.

Dieses Frühjahr suchte auch die Salzburger Männergruppe – Homosexuelle Initiative um Zulassung als Verein an. Doch die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg lehnte dies mit dem Hinweis auf die §§ 220 und 221 ab. Die HOSI Salzburg legte Berufung ein, der das Innenministerium auch stattgab. Die HOSI Salzburg ist also Österreichs zweiter Schwulenverein (die HOSI Wien wurde im Dezember 1979 offiziell zugelassen). Als Begründung für die Zulassung gab das Innenministerium jedoch nicht etwa Menschen- und Grundrechte an, sondern einen Formalfehler der Sicherheitsdirektion: Sie hätte den Bescheid einen Tag zu spät zugestellt. Das war wieder typisch österreichische Manier.

Momentan ist die österreichische Regierung durch den größten Korruptionsskandal der Zweiten Republik um das Allgemeine Krankenhaus Wien so gelähmt, daß nicht zu erwarten ist, daß sie in absehbarer Zeit die Initiative ergreifen wird, um von sich aus die §§ abzuschaffen".

Kontaktadresse:
Homosexuelle Initiative Wien
Postfach 22
A - 1037 Wien
Österreich



Stand der HOSI während der Wiener Festwochen '80

„Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Jugendlichen"
§ 209. Eine Person männlichen Geschlechts, die nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mit einer jugendlichen Person gleichgeschlechtliche Unzucht treibt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.
„Gewerbsmäßige gleichgeschlechtliche Unzucht"
§ 210. Wer gewerbsmäßig gleichgeschlechtliche Unzucht mit einer Person männlichen Geschlechts treibt oder sich zu solcher Unzucht anbietet, ist, sofern nicht gleichgeschlechtliche Unzucht mit Jugendlichen (§ 209) vorliegt, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.
„Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechts oder mit Tieren"
§ 220. Wer in einem Druckwerk, in einem Laufbild oder sonst öffentlich zur gleichgeschlechtlichen Unzucht oder zur Unzucht mit Tieren auffordert oder sie in einer Art gutheißt, die geeignet ist, solche Unzuchtshandlungen nahezulegen, ist, sofern er nicht als an der Unzuchtshandlung Beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.
„Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht"
§ 221. Wer eine Verbindung einer größeren Zahl von Personen gründet, deren wenn auch nicht ausschließlicher Zweck es ist, gleichgeschlechtliche Unzucht zu begünstigen, und die geeignet ist, öffentliches Ärgernis zu erregen, ferner, wer einer solchen Verbindung als Mitglied angehört oder für die Mitglieder wirbt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

Ersatzlose Streichung des § 175!

In einem gemeinsamen Appell an die Bundestagsabgeordneten, die Vorsitzenden der Parteien und der Bundestagsfraktionen, an die Minister für Justiz, für Familie, Jugend und Gesundheit und des Inneren sowie den Bundeskanzler und den Bundesrat haben sich die westdeutschen sexualwissenschaftlichen Gesellschaften für die Beendigung der strafrechtlichen Sonderbehandlung der männlichen Homosexualität eingesetzt. Die Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung (Vorstand: Rolf Gindorf und Prof.Dr. Helmut Kentler) und die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (Vorstand: Prof.Dr.Volkmar Sigusch und Prof.Dr. Eberhard Schorsch) starten mit diesem Aufruf eine langfristig geplante Kampagne zur ersatzlosen Streichung des § 175.

Kritik gegen den Appell regte sich nicht nur wegen der Beschränkung auf den § 175, sondern gerade wegen der ausdrücklichen Berufung auf die „notwendigen" §§ 174, 176. Die AHA (allgemeine homosexuelle arbeitsgemeinschaft e.V., Westberlin) und die DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) protestierten zu Recht gegen diese inkonsequente Haltung, mit der sich die beteiligten Wissenschaftler weitgehend selbst widersprechen und ihre bisherigen Erkenntnisse und Publikationen ignorieren. Über diese Auseinandersetzung wird noch zu berichten sein.

Gemeinsamer Appell

Auch nach der in zwei Stufen (1969, 1973) eingeleiteten teilweisen Entkriminalisierung der männlichen Homosexualität sind nicht unbedeutende Teile homosexuellen Verhaltens bis heute von Strafe bedroht. Homosexuelle Männer werden noch immer im Strafrecht gesondert behandelt: Anders als heterosexuelle Männer, anders auch als heterosexuelle und homosexuelle Frauen. Diese Sonderbehandlung drückt sich dreifach aus:
- *in unterschiedlichen Altersgrenzen;*
- *in unterschiedlichen Strafrahmen;*
- *in der Aufführung von Homosexualität als besondere strafrechtliche Kategorie.*

Zur Begründung für diese Sonderbehandlung werden heute vor allem konventionell-moralische Anschauungen und Bedürfnisse des Jugendschutzes genannt.

Dazu stellen die deutschen Sexualwissenschaftlichen Gesellschaften übereinstimmend fest:
1. Die grundlegende Sexualorientierung eines Menschen entwickelt sich lange v o r dem Erreichen der gegenwärtigen Schutzaltersgrenze von 18 Jahren. Eine sogenannte ‚Verführung' zu einer dauerhaft homosexuellen Verhaltensprägung aufgrund nicht gewollter, den eigenen Bedürfnissen zuwiderlaufenden sexuellen Erlebnissen ist erwiesenermaßen nicht möglich.
2. Ein strafrechtlich verankerter Schutz vor der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung und damit vor einer Störung der sexuellen Entwicklung ist auch nach einer Streichung des § 175 StGB gewährleistet (§§ 174, 176 StGB).
3. Ein darüber hinausgehendes b e s o n d e r e s, staatlich abzusicherndes Schutzinteresse männlicher Jugendlicher gegen die Entfaltung einer homo-emotionalen Sexualstruktur kann wissenschaftlich nicht festgestellt werden.
4. Der strafrechtlichen Sonderbehandlung der männlichen Homosexualität liegen sexualwissenschaftlich nicht begründbare Werthaltungen zugrunde. Nach dem gesicherten Erkenntnisstand der Sexualforschung muß Homosexualität als eine der Heterosexualität analoge und gleichrangige Ausdrucksmöglichkeit der menschlichen Sexualität angesehen werden.
5. Die strafrechtliche Sonderbehandlung der Homosexualität ist vielfach Grundstein und Legitimation gesellschaftlicher, d.h. sozialer und psychischer Diskriminierung und Selbstdiskriminierung eines erheblichen Anteils der Bevölkerung. Diese erzeugt noch immer großes persönliches Leid und teils schwere Benachteiligungen in den verschiedensten Lebensbereichen. Wenn homosexuelles Empfinden und Verhalten strafnahe bleibt, bewirkt dies eine generelle B e s c h r ä n k u n g d e r L e b e n s c h a n c e n hinsichtlich
- *der Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit;*
- *der verantwortlichen Gestaltung von partnerschaftlichen Beziehungen;*
- *der Rolle im Alltagsbewußtsein;*
- *der Teilhabe am demokratischen Prozeß der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens.*

6. Zudem bedroht die bestehende strafrechtliche Sonderbehandlung die verfassungsmäßig gebotene Legitimität der Strafjustiz, weil sie den Staat als Vollstrecker einer bestimmten Moral und als Arm partikularer Verfolgungsinteressen erscheinen läßt.

Bereits vor 51 Jahren beschloß der Strafrechtsausschuß des Reichstags die Abschaffung des § 175 StGB. Lediglich aufgrund der bekannten politischen Entwicklung, des Heraufkommens des Nationalsozialismus, konnte dieser Beschluß dann nicht mehr im Plenum behandelt werden.

Heute appellieren die unterzeichnenden deutschen sexualwissenschaftlichen Gesellschaften einmütig und mit größtem Nachdruck an die politisch Verantwortlichen, nunmehr endlich die strafrechtliche Sonderbehandlung der männlichen Homosexualität zu beenden und den 110 Jahre alten § 175 StGB ersatzlos zu streichen. Dies wäre ein überfälliger Akt zur Liberalisierung des Rechts und zur Humanisierung des Lebens.

Düsseldorf – Hannover – Frankfurt – Hamburg, den 1. November 1980

Ein rosiges 1981 für Hamburg

Das Neue Jahr soll für die Hamburger Schwulenbewegung ein weiterer Meilenstein werden. Die besten Voraussetzungen dafür sind u.a. der im Juni in Hamburg stattfindende Kirchentag 81, die große Publizität der Gay-Pride-Week 80 sowie der Spiegel-Affäre und schließlich die weitgehende Zusammenarbeit der verschiedensten Schwulengruppen in Hamburg. Seit gut einem Jahr sind sie im offenen „Hamburger Lesben- und Schwulen-Verband" (HLSV) zusammen und konnten schon zahlreiche erfolgreiche Veranstaltungen – u.a. zu den Rosa Listen, im Audimax – organisieren.

Zu den mitwirkenden Organisationen gehören u.a. die Schwusos, die (homosexuelle) Lehrergruppe in der GEW, MSC, Homosexualität und Kirche (HuK), AGSL, Fachgruppe Lesben und Schwule in den GRÜNEN, Demokratische Schwulen-Initiative, HAH, DFI-Lesbengruppe.

Für das Jahr 1981 wurde ein umfangreiches Aktionsprogramm beschlossen, dessen Zentrum der Kirchentag 81 und die gleichzeitige Gay-Pride-Week bilden. Ein Stand der HuK soll auf dem Markt der Möglichkeiten die Kirchentagbesucher informieren, eine Veranstaltung mit max. 500 Gästen und eine Festveranstaltung mit anderen KZ-Verfolgten im Lager Neuengamme sind ebenfalls offiziell im Programm des Kirchentages ausgewiesen. Daneben soll eine größere Veranstaltung im Audimax ausgerichtet werden.

Außerdem soll die gesamte Zeit für eine großangelegte Kampagne zur Abschaffung des Schwulenparagraphen genutzt werden (siehe Extra-Artikel). Diese Kampagne wird strukturiert von einem nationalen Kreis, in dem „Multiplikatoren" aus den Bereichen Sexualforschung, Medien, Parteien, Kirche und Schwulengruppen – zunächst informell – zusammenkommen. Ihr Plan schließt auch ein schwules Netzwerk und ein zentrales Archiv ein und ist insgesamt auf vier Jahre angelegt.

Wer Kontakt zum HLSV oder einer der genannten Gruppen aufnehmen will, kann sich wenden an

Helmut Zander
Flüggestr. 12
2000 Hamburg 60
Tel.: 040/279 95 51 oder 38 83 88

Cruising — die Saat geht auf...

Am 19. November wurden zwei Schwule auf der weltberühmten Christopher Street in New York, dem Ausgangspunkt der Stonewall-Rebellion, kaltblütig abgeknallt und sieben weitere schwer verwundet, als ein Mann „Amok lief". Was vertuschend als „Wahnsinnstat" in die bürgerlichen Medien gelangte, war indes alles andere als gedankenlos, denn der 38jährige Ronald Crumbly erklärte den Polizisten, daß er *„einen Haß auf Homosexuelle, einen ganz schönen Haß würde ich sagen, unter diesen Umständen"* habe.

Sein „Cruising" begann, als er durch die Christopher Street gefahren war. Mit einer Pistole schoß er auf drei Männer, die bei einem Lebensmittelgeschäft standen. Nachdem er seinen Wagen geparkt hatte, kehrte er mit einer Maschinenpistole zurück und erschoß zwei Männer. Anschließend beschoß er die Bars „Sneakers" und „Ramrod". Festgenommen wurde er dann von „Kollegen", denn der Vater von drei Kindern war zuvor bei der U-Bahn als Wachpolizist beschäftigt („Gay News", 27.11.80).

Dieser Mord bildet nur den vorläufigen Höhepunkt einer ganzen Kette von Angriffen gegen Schwule. So wurden im März vier Männer, die zusammen auf der 9. Avenue gingen, plötzlich von einer Bande von10 bis 15 jungen Weißen umzingelt und mit Baseballschlägern attackiert.

Am 4. Mai wurde ein Schwuler überfallen, verwundet und beraubt durch drei Jugendliche, die antischwule Sprüche riefen.

Unter dem Druck der empörten (schwulen) Öffentlichkeit wurden drei Männer verhaftet. Vor den Fernsehkameras erklärten sie, Schwule zu hassen, und einer brüstete sich sogar damit, bereits 300 Schwule überfallen und „aufgemischt" zu haben.

Inzwischen wurde bekannt, daß zwei der Inhaftierten vor vieren Jahren schon mit einer rassistischen Bande im Washington Square Park (in unmittelbarer Nähe der Christopher Street) Schwarze und Puertoricaner mit Baseballschlägern angegriffen hatten. Damals waren 14 Menschen krankenhausreif geschlagen worden und ein Dominikaner starb sogar („Workers' World", 5.12.80).

Wie „drastisch" die Justiz allerdings gegen sie vorgeht, zeigt schon die Tatsache, daß der Prozeß gegen die drei zehnmal vertagt wurde, bevor er am 5.12. begann. Die jedesmal mobilisierte schwule Öffentlichkeit wird jedoch, davon unbeirrt, dem Fall größte Aufmerksamkeit schenken – müssen!

USA-Kommission



Vor dem Gewerkschaftshaus der größten britischen Lehrergewerkschaft demonstrierten im November 50 Leute. Sie protestierten dagegen, daß die Gewerkschaften nichts für die schwulen Rechte tut. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende empfing daraufhin vier von ihnen und sagte in einem längeren Gespräch zu, eine ganze Reihe von Repressionsfällen zu untersuchen. Diese Beispiele hatte die gewerkschaftliche Schwulengruppe ihm genannt, um zu zeigen, daß die Gewerkschaft nichts tut, um wegen ihrer Sexualität verfolgten Lehrern zu helfen (nach „Gay News", 27.11.80). Diese Aktion ist vorbildlich und zeigt, daß auch elisabethanische Pauker aus ihren Mauselöchern kommen, um ihre Rechte einzufordern. Derzeit läuft eine üble Hetzkampagne gegen Hamburger Lehrer, die sich „das Berühren" der Schüler nicht verbieten lassen wollen. Wir werden im nächsten AK über diese „(Re-)Aktion Trennscheibe" berichten.

Schon wieder ein »Einzeltäter«

Am 24.12 erschoß der Frankfurter Neonazi Frank Schubert - angeblich beim Versuch, Waffen in der Schweiz zu beschaffen und in die BRD zu bringen - zwei Schweizer Grenzbeamte und verletzte zwei weitere durch Schüsse. Er selbst wurde nach dem dritten Schußwechsel tot aufgefunden, wobei unklar blieb, ob Schubert erschossen wurde oder ob er sich selbst tötete.

Damit sind in den letzten 4 Monaten insgesamt 16 Menschen von westdeutschen Nazis umgebracht worden: Neben den beiden Schweizern erlagen im August in Hamburg zwei Vietnamesen ihren Brandverletzungen, die sie bei einem Anschlag der „Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Roeder erlitten hatten. 12 weitere Menschen wurden durch die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest getötet, über 200 damals verletzt.

Wie Köhler, der immerhin in den verschiedensten Computern gespeichert war, ist auch der „Fall Schubert" für die ermittelnden Behörden e i g e n t l i c h überhaupt kein Problem: Seit seinem Freikauf aus DDR-Haft im Jahre 1977 und seiner Übersiedelung nach Hessen (zuletzt Frankfurt) ist Schubert **als aktiver Neonazi nicht nur bekannt, sondern auch mehrfach vorbestraft.** Weitere Verfahren gegen ihn und seine Kumpane von der **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands"** (VSBD - Schubert war Beisitzer in deren Vorstand), waren in Vorbereitung. Bekannt ist auch, daß die VSBD und die mit ihr verbundene Frankfurter Nazi-Szene engstens kooperiert mit der **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** (WSG), deren „Sturm 7" und „Sturm 8" direkt in Frankfurt ansässig sind und die dort bis zum Verbot der Hoffmann-Bande ein „Rekrutierungsbüro" unterhalten hatte. Nach dem Münchner Attentat waren auch im Frankfurter Raum bei den dort als besonders militant bekannten Aktivisten der WSG/VSBD-Szene Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. **Speziell bei Schubert hätten die Behörden in besonderem Maße gewarnt sein müssen: Nach Aussagen der Bewohner des Hauses Hanauer Landstr. 497 war Schubert dort seit Monaten nicht mehr aufgetaucht** („Welt", 27.12)...

Spärliche Ermittlungsergebnisse

Nach allem, was die Ermittlungsbehörden bislang über den Fall an die
Nach allem, was die Ermittlungsbehörden bislang über den Fall an die
Öffentlichkeit gegeben haben, spielte sich die Angelegenheit folgendermaßen ab: Schubert war in einem Taucheranzug über den Rhein in die Schweiz gekommen und soll dort in Begleitung eines Unbekannten bei einem gewissen Marcel (ein 16-jähriger, *„notorisch(?) in Waffengeschäfte verwickelt"*) einen Brief erhalten haben, in dem Marcel von einer **Heike Solms aus Siegen** aufgefordert wurde, eine 7,65er Pistole zu besorgen („Schreibmaschine Typ 7,65"); der Brief war mit „Heil Hitler" unterzeichnet. Die Pistole sollte von Marcel als Weihnachtspaket nach Bendorf/Rheinland-Pfalz geschickt werden; unmittelbar nach Aufgabe des Pakets sollte eine Münchner Telefonnummer angerufen werden (in München ist die Zentrale der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands"). Weshalb Schubert diesen Brief mit sich führte, ist unklar. Ebenfalls unklar ist, ob Schubert nur diese Pistole und Munition bei sich führte oder ob er weitere Waffen besorgt hatte. Auf alle Fälle - so die Polizei - habe Schubert am 24.12. in einem Schlauchboot zurück in die BRD paddeln wollen; sein Wagen war auf der Schweizer Seite abgestellt.

Offenbar war Schubert dann von einem Grenzbeamten angehalten worden, den er sofort erschoß; zwei weitere, denen er ebenfalls auffiel, wurden ebenfalls von ihm angeschossen, wobei einer der Beamten starb. Schubert konnte in dem Wagen der Grenzer fliehen, bevor er bei einem dritten Feuergefecht starb.

Nach Angaben der Behörden soll Schubert bei diesen Vorfällen allein gewesen sein. Dagegen spricht, daß Zeugen bei ihm eine gelbe Tasche gesehen haben wollen, die aber noch vermißt wird. Ebenfalls unklar ist, wie Schuberts Auto wieder in die BRD gelangen sollte, wenn das Schlauchboot-Abenteuer gelungen wäre. (Wie war es überhaupt in die Schweiz gekommen, da Schubert doch per Taucheranzug hineingelangt sein soll?!). - Und schließlich weist noch der bei Schubert gefundene Brief der Heike Solms auf einen eindeutig organisierten Hintergrund der Angelegenheit hin: H. Solms war nach dem Münchner Attentat von der Polizei über Gundolf Köhler verhört worden. Sie wurde nun für zwei Tage, vom 27.12. - 29.12., in Haft genommen; eine Beteiligung an der Tat Schuberts soll jedoch laut Behauptung der Polizei nicht bestehen. Eben dieser Brief soll nicht nur „offensichtliche" Andeutungen über ein weiteres Verbrechen in der BRD enthalten, sondern noch auf eine weitere - ungenannte - „Verdachtsperson" hinweisen, die allerdings wegen „verminderter Zurechnungsfähigkeit" (alter §51 StGB) nicht in Haft genommen wurde. Festgenommen, wenn auch nur für Stunden, wurde jedoch der 50jährige **Wolfgang Koch („VSBD"-Mitglied und Chef der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft"** Frankfurt, eine Unterabteilung der Frankfurter NS-Szene). Außerdem wurde der ominöse „Marcel" am 27. 12. bei seiner Einreise in die Schweiz festgenommen, nachdem schon am 17.12 (eine Woche v o r Schuberts Schießereien) ein internationaler Haftbefehl gegen ihn erlassen worden war.

Was steckt dahinter?

Was steckt dahinter?

Man/frau stelle sich das vor: Eine offensichtlich polizeibekannte Rechtsradikale, gerade erst wegen möglicher Verwicklung in das Münchner Attentat vernommen (und selbstverständlich auf freiem Fuß), schreibt einem international gesuchten Schweizer Nazi einen Brief, unterzeichnet mit „Heil Hitler", der freimütig über alles mögliche Belastende berichtet. Dieser Brief wird ausgerechnet bei Frank Schubert gefunden, der Waffen in der Schweiz beschaffen sollte und der - Marcel war ja wohl nicht in der Schweiz - in dessen Wohnung gewesen sein soll. In dem Brief wird die Postadresse eines „unzurechnungsfähigen" Nazis erwähnt sowie eine Telefonnummer (deren Inhaber der Öffentlichkeit bisher vorenthalten wird). In einem bisher nicht näher erläuterten Zusammenhang wird Wolfgang Koch für wenige Stunden inhaftiert und postwendend - wie nach dem Münchner Attentat „WSG"-Chef Hoffmann - wieder freigelassen. Und Heike Solms, offenbar nicht erst seit heute polizeibekannt, kann zwar nicht Weihnachten, wohl aber Silvester auf freiem Fuß erleben. Egal, welchen Schluß man/frau aus diesen Tatsachen ziehen mag - sei es, daß die Polizei konkret m e h r weiß und gewußt hat, als sie heute zuzugeben bereit ist, oder sei es, daß sie in gewohnt impertinenter „Schlampigkeit" rechten Umtrieben gegenüber schlicht überrascht war - so zeigt der Ablauf der Angelegenheit jedenfalls wieder einmal das staatliche Desinteresse an einer Verfolgung des rechten Sumpfes.

„Nix genaues weiß man nicht"

Schubert ist als Nazi-Terrorist weit „prominenter" als der Münchner Attentäter Gundolf Köhler. Schubert als Nazi zu identifizieren, ist ein leichtes, zumal er als solcher gerichtsnotorisch bekannt ist. Trotzdem dauerte es mehrere Tage, bis diese simple Tatsache sich in der Berichterstattung durchgesetzt hatte. Hieß es am Anfang noch, dies sei das Werk von „Terroristen", so waren es schon am 25.12. „vermutlich" deren KGB-Helfershelfer, die wieder einmal (Strauß läßt grüssen!) in der Gestalt freigekaufter DDR-Häftlinge ihr Unwesen trieben. Erst am 28.12 ließ es sich kaum mehr verheimlichen: Frank Schubert ist ein Nazi. Doch schon Silvester wußte die „FAZ" zu berichten, daß Schuberts Zugehörigkeit zu rechtsextremen Organisationen *„nur als eine ungesicherte Möglichkeit"* gelte. Hauptindiz dieser Behauptung: Schubert soll einen zweiten Ausweis „aus rein kriminellem Milieu" mit sich geführt haben. (Aus a n d e r e m Milieu Ausweise und/oder Waffen zu beschaffen, ist zwar kaum möglich, aber was soll's). „Rein kriminell" - das ist anscheinend das Stichwort, mit dem diesmal der rechtsradikale Hintergrund Schuberts unter den Teppich gekehrt werden soll. Schubert wird zu einem neuen Exemplar des in der BRD-Naziszene bekanntlich massenhaft auftretenden „Einzeltäters" erklärt. Und überhaupt - so Bundespräsident Carstens - sei ja der „Linksextremismus" viel gefährlicher. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen seien *„mindestens Teile der linksextremistischen Grup-*
die Institutionen seien „mindestens Teile der linksextremistischen Grup-
pen" ein ganz beträchtliches Stück vorangekommen (Weser-Kurier, 31. 12.1980).

Ja, wenn das so ist, wundert es auch nicht mehr, wenn die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" im VS-Bericht 1979 gar nicht mehr auftaucht („FAZ", 29.12.), wo doch die wahren Feinde „unseres" Staates unter denen zu finden sind, die nach dem Anschlag von München wagten, Protestdemonstrationen in wahrhaft „linksextremistischer" Weise zu veranstalten (so geschehen im monatlichen VS-Bericht des Landes Bayern September 1980 – „TAT", 19.12.).

Angesichts von mittlerweile 16 Opfern des Nazi-Terrors im letzten halben Jahr sollte eigentlich auch dem letzten ermittelnden Staatsanwalt, dem letzten Journalisten und jedem Demokraten deutlich geworden sein, daß bagatellisierende Sprüche zu dieser Nazi-Banditen-Szene nichts anderes sind als Förderung ihres Treibens. Es sollte sich auch niemand der Verantwortlichen wundern, wenn angesichts von derart skandalösen Zuständen Antifaschisten zur Selbsthilfe schreiten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Wachsam gegen rechts

fr. Wenn in den letzten Monaten von terroristischen Gewalttaten die Rede war, wiesen Umstände und Personen in Richtung Rechtsextremismus. Das betrifft auf vielfältige Weise einen empfindlichen Punkt. Der Linksextremismus hat einen gewissen Anspruch auf Nachsicht; das reicht von der Verfolgung durch den Nationalsozialismus bis zu einer auch intellektuell anspruchsvollen als wenigstens in der Rohskizze vertretbar erscheinenden Ideologie. Der Rechtsextremismus aber gilt nicht nur als spießig-plump, er ist es auch. Er bewegt sich in anachronistischen Gefilden, und er steht unentrinnbar im grellen Licht des Vorwurfs, über die „deutsche Daseinsverfehlung", wie es der Linkssozialist Ernst Niekisch nachsichtig genannt hat, hinwegzugehen, gar sie erneuern zu wollen.

Mehr an der Oberfläche, um nicht zu sagen im Oberflächlichen, sind die Wünsche der regierenden Politiker des Tages zu finden, den Rechtsextremismus großzureden, um einen Ausgleich zu finden für den Linksextremismus, den man — aus welchen außen- und innerparteilichen Gründen immer — beim Namen zu nennen sich scheut. Das führt zu gelegentlich grotesk anmutenden Widersprüchen. Bei dafür geeigneten Gelegenheiten wird vor der wachsenden Gefahr des Rechtsextremismus gewarnt; in den mehr diskreten Verlautbarungen heißt es, vom Rechtsextremismus gehe derzeit eine politische Gefahr nicht aus.

Was die Gefährlichkeit angeht, darf weder die Scheu vor den Wiedergängern aus der Vergangenheit noch ein wie immer motiviertes Verlangen nach Gleichgewicht die Unterschiede verwischen. Hinter den Rechtsextremisten steht nichts. Sie haben derzeit keine Zustimmung im Volk. Sie haben keine Agenturen in mächtigen Ländern. Die DDR und die Weltmacht Sowjetunion stehen hinter der Deutschen Kommunistischen Partei, die immerhin 40 000 Mitglieder hat, während die rechtsextremistischen Organisationen stolz sind, wenn sie dreistellige Anhängerzahlen melden. Ob der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik aus der DDR Nahrung erhält — aus Gründen, die überaus einsichtig wären —, ist eine Frage, die nach dem Wunsch der Regierenden in Bonn nicht gestellt werden darf. Aber solche Fragen lassen sich nach jüngeren Erfahrungen nicht mehr unterdrücken — der Schweizer Grenztäter hatte hier Vorgänger. Die Gefahr ist da. Sie muß — gerade um der zielgerechten Bekämpfung willen — in einer Dimension gesehen werden, die nicht von der Optik der Tagespolitik verzerrt wird.

aus: FAZ v. 29.12.80

Wer ist Frank Schubert?

Geboren 1957 in Berlin/DDR. 1977 von der BRD aus DDR-Haft freigekauft, seit dem in der BRD; wohnte zuerst in Hanau, seit eineinhalb Jahren in Frankfurt, wo er als Lagerarbeiter beschäftigt war. Sei wann genau Schubert zur terroristischen Nazi-Szene gehört, ist unklar; spätestens seit September 79 jedenfalls war Schubert führendes Mitglied der Frankfurter Prügeltruppe der Nazis.

9.11.79: Zusammen mit anderen VSBD-Mitgliedern bildet S. eine „Schutztruppe" vor dem Buchladen ihres „Führers" Schönborn anläßlich einer antifaschistischen Demonstration.

29.12.79: S. schlägt an der Katharinenkirche einem Antifaschisten einen Zahn aus;

12.1.1980: S. leitet — mit einem Axt-Stiel bewaffnet — einen vorberei-
12.1.1980: S. leitet — mit einem Axt-Stiel bewaffnet — einen vorberei-
teten Schlägereinsatz von ca. 20 VSBD- und anderen Nazis an der Hauptwache gegen Linke und Passanten, wobei er u.a. eine völlig unbeteiligte Frau zusammenschlägt.

Der Prozeß gegen Schubert und seine damals festgenommenen 10 Mitschläger (schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung u.ä.) soll bald beginnen (ohne Schubert). In der Folgezeit waren Auftritte der VSBD in Frankfurt längere Zeit verboten, bis die „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß" es den Nazi-Terroristen wieder ermöglichte, sich unter ihrem Namen eine Standgenehmigung zu erschleichen.

Am 9.2.1980 war S. bei der (durch Anitfaschisten verhinderten) Gründungsversammlung des Landesverbandes Hessen der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" in Bonames. Ebenfalls seit Februar ist S. Beisitzer im Vorstand der VSBD-Hessen. Im Verlauf des Jahres 1980 war S. noch mehrere Male an Überfällen auf Antifaschisten beteiligt, u.a. im Sommer an einem Überfall auf eine Veranstaltung der SDAJ und DKP.

Wegen unerlaubten Waffenbesitzes war S. in der Zwischenzeit zwei Mal verurteilt worden; weitere Strafverfahren waren im Gang. Seit der Bundestagswahl war S. in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen worden; die Bewohner des Hauses, in dem er wohnte, hatten ihn seit Monaten nicht mehr gesehen. Allerdings ist er der Pariser Polizei wegen des Tragens von NS-Emblemen aufgefallen.

Unklar ist, ob Schubert — wie mit
Unklar ist, ob Schubert — wie mit
Sicherheit einige seiner Kumpane — selbst an Übungen der Hoffmann-Bande teilgenommen hat. Seine Fertigkeit mit Waffen, die er in drei Schußwechseln bewies, muß er ja irgendwo gelernt haben.

Ebenfalls unklar ist, ob S. an dem Anschlag während „Rock gegen Rechts 80" auf einen Büchertisch oder dem geplanten Brandanschlag auf das Anti-AKW-Dorf Fechenheim beteiligt war.

Nähere Informationen über die Frankfurter Nazi-Szene sind erhältlich über: „Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen", G.Müller, Postfach 600633, 6 Frankfurt. Dort kann gegen DM 2,– plus Porto die Broschüre „Frankfurt – erste braune Stadt?" bezogen werden, die u.a. Fotos von Schubert enthält.





12.1.1980: Die „VSBD" veranstaltet in der Frankfurter Innenstadt einen provokativen Propagandastand, von dem aus sie unter Führung Schuberts (mit Axtstil bewaffnet) auf Antifaschisten und unbeteiligte Passanten einprügelte. Gegen 10 von Schuberts damaligen Mit-Schlägern wird demnächst der Prozeß eröffnet.

Die »VSBD« — Ein Knotenpunkt in der Nazi-Szene

Die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“, Sitz in München, wird seit fast zehn Jahren von **Friedhelm Busse** und **Alfred Nusser** geleitet. Bis '71 war Busse Landesvorstandsmitglied der NPD in Nordrhein-Westfalen, danach Landesbeauftragter der NPD-Abspaltung **„Aktion Neue Rechte“** und Gründer der **„Partei der Arbeit/ Deutsche Sozialisten“** (17. Juni 71 in Krefeld). Während dieser Zeit beteiligte er sich auch bei der NPD-gelenkten „Aktion Widerstand“ in Bochum. Bald darauf zog er nach München und brachte seinen Verein in einen seit 1970 bestehenden Dachverband, das **„Nationale Forum der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“**, VSBD/PdA (VSBD/Partei der Arbeit) ein; dort fanden sich vor allem militante „Nationalrevolutionäre“. Die VSBD gibt die Zeitschrift **„Dritte Republik“** heraus und beruft sich auf den „Strasser-Flügel“ der NSDAP, was jedoch zunehmend in den Hintergrund tritt.

1976 nahm Busse noch an Tagungen des Schönborn-Mitstreiters Christophersen („Auschwitz-Lüge“) teil. Bevor es vor ein bis zwei Jahren zu einem nicht näher bekannten „Bruch“ kam, war der bekannte Frankfurter Nazi **Werner Kosbab** ein leitendes Mitglied der VSBD und ähnlicher Gruppen. Als solcher arbeitete er z.B. 1975 an Schönborns damaliger Zeitschrift „Deutsche Freiheit“ mit (s. „NSDAP-Propagandisten unter der Lupe“ Band 3 der 'Russell-Reihe' des Reents/Buntbuch-Verlags, und die BI-Broschüre „Frankfurt - erste braune Stadt?“).

Wie Busse einmal erklärte, will er die VSBD als Kaderorganisation für „bessere“, also rechtere, Zeiten aufbauen.

Als Jugendorganisation unterhält die VSBD die **„Junge Front“**, deren „prominentestes“ Mitglied, der Münchner **Wolfgang Krauß**, seit einiger Zeit seiner in der BRD drohenden (und angeblich auch international beantragten) Verhaftung durch Flucht zu britischen Freunden entgangen ist. 1978 unterstützte die VSBD München eine vom damaligen Chef der illegalen – inzwischen aufgeflogenen

Münchner **Wolfgang Krauß**, seit einiger Zeit seiner in der BRD drohenden (und angeblich auch international beantragten) Verhaftung durch Flucht zu britischen Freunden entgangen ist. 1978 unterstützte die VSBD München eine vom damaligen Chef der illegalen – inzwischen aufgeflogenen

– „NSDAP/Gau Hessen-Nassau“ (**„Kampfgruppe Großdeutschland“**), **Henry Beier**, vorgetragene Provokation: Ausgerechnet am 1.Mai wollten sie zusammen mit der **„Völkischen Gemeinschaft“** (Karlsruhe; W. Koch für Frankfurt, – s.u.) und der Hamburger **Hansa-Bande** in der Innenstadt Frankfurts eine „Kundgebung“ abhalten; diese mußte allerdings schließlich durch antifaschistischen Druck Frankfurter Antifaschisten verboten werden.

Seit ca. eineinhalb Jahren ist die VSBD Bestandteil eine **„Arbeitsgemeinschaft Nationaler und Sozialistischer Verbände“**, für die der bekannte Nazi **Edgar Geiss** aus Stade (Hitlergruß am Kapplergrab und Senior der Hansa-Bande) verantwortlich zeichnet. Die anderen Gruppen dieses Dachverbandes sind die Hansa-Bande, der Bremer Hansa-Ableger **„Nationalrevolutionäre Arbeiterfront“**, die **„Deutsche Bürgerinitiative“** (Roeder) und die **„Volkssozialistische Einheitsfront“**.

Sämtliche genannte Gruppen sind vereinigt in dem Ziel, die verbotene NSDAP wiederherzustellen, dies Ziel wird gemeinsam mit der in den USA ansässigen NSDAP/AO (Aufbau- und Auslandsorganisation) verfolgt. Auslandskontakte sind außerdem verstärkt worden zu den Terroristen der FANE/Frankreich, dem VMO/Belgien, zu Schweizer Faschisten und zum British Movement/Großbritannien besonders durch Arndt Marx (s.u.) (s.AK 188).

Auf ihrem letzten, dem vierten „Parteitag“ am 1. und 2. Mai 80 in München wurden etliche Resolutionen verabschiedet, von denen folgende bekannt gemacht wurden: Ausweisung des Vorsitzenden der Westberliner Jüdischen Gemeinde, H. Galinski; Verbot der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“; Einreiseverbot gegen den Nazijäger Simon Wiesenthal; Verbot von Judos und Jusos. Ihre Beteiligung an den Bundestagswahlen wurde durch die Behörden nicht behindert; in Hessen scheiterte sie daran, daß sie keine Kandidaten aufstellte.

In der **Hoffmann-Bande** („WSG“) scheinen einige VSBD'ler Mitglied zu sein; laut „Welt“ vom 27.12.80 nahmen verschiedentlich VSBD-Funktionäre an Veranstaltungen der „WSG“ teil. Die „honorige“ **„Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“** verhalf der VSBD in Frankfurt im November 80 zu Infostandgenehmigungen, nachdem den Schläger-Nazis solche in letzter Zeit von den Behörden verweigert worden waren.

Frankfurter Aktivitäten

In Frankfurt/Hessen tritt die VSBD seit etwa eineinhalb Jahren auf; sie zählt ca. zwei Dutzend Mitglieder aus Frankfurt, umliegenden Orten, Gießen und Hanau. Frankfurt war schon immer ein Zentrum der bundesdeutschen Neonazis, hier wurde ihr Treiben stets durch besonders „militante“ Führer bestimmt

– durch die Vereinigungen (KDS, NSDAP, DB) um Schönborn und Roeder (beide sitzen gerade mal im Knast: ersterer wegen Verunglimpfung des Staates etc., der zweite wegen mutmaßlicher Rädelsführerschaft der Brandsatzmörder von den „Deutschen Aktionsgruppen“);

– durch die Führer der „NSDAP-Gau Hessen/Nassau“, Beier und Koch (Beier wurde 1976 schon wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung und Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz verurteilt; Koch, auch Führungsmitglied der VSBD, wurde vor etlichen Jahren, damals für NPD und Schönborn aktiv, verurteilt, weil er einen Molotowcocktail in den damaligen „ML“-Buchladen Lebresso warf);

– durch einen NPD-Landesverband, der zunehmend durch den „militanten“ Deckert-Flügel bestimmt wird (s. Veröffentlichungen im Juni '80 zu NPD und Co.), und durch einige andere, nicht viel geringeren Kalibers (s. Russell-Reihe Buch 3 und Frankfurter BI-Broschüre).

Der heute von **Dieter Sporleder**/ Gießen und **Walter Kexel** / Frankfurt geführte hessische Landesverband der VSBD hat Mitglieder gezogen aus allen vorher in der Stadt vertretenen faschistischen Gruppen, die schon früher so miteinander verzahnt waren, daß eher von einer als von mehreren Organisationen gesprochen werden konnte. So waren (sind?) VSBD'ler in der NPD/JN, der „Wiking-Jugend“, Schönborn's ANE und NSDAP, umd im Kreis um die NSDAP-Gruppe Beier's tätig.

Immer wieder: Hoffmanns „Wehrsportgruppe“

Neben Schubert sind Kexel, Sporleder und andere VSBD'ler vermutlich „WSG“-Mitglieder. Einige ihrer Mitstreiter bei diversen Aktivitäten, deren Mitgliedschaft in der VSBD nicht feststeht, deren Mitarbeit aber im Kreise um **Dilger/Rodgau** sowie bei Schönborn's **„Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“** bekannt ist, sind ebenfalls mutmaßliche Mitglieder der Hoffmann-Bande. Der Führer der Frankfurter „WSG Sturm-7“ und ANE.ler **Michael Satorski/Rodgau** steht gegenwärtig in Neumünster vor Gericht wegen Beteiligung an der Saalschlacht beim Lentfördener Nazi-Bundestreffen (Februar 78). Sein Kumpan **Arndt Marx**, an der von Schubert geleiteten Hauptwachenschlägerei (12.1.80) mit einer Gaspistole beteiligt, ist „Unterführer“ in der Hoffman-Bande („WSG“) und aktiv in deren Ableger „Sturm-7“ (der mit Beiers KGD/ NSDAP 1979 während des Europawahlkampfes der ANE für diese zusammenarbeitete). Auch nach dem Verbot der „WSG“ im Januar 80 blieb er für sie tätig, d.h. er hielt den „Sturm-7“ zusammen, betrieb Kontakte ins Ruhrgebiet, nach Norddeutschland und – auch im „WSG“-Auftrag – zum British Movement. Bemerkenswert ist, daß er zu Zeiten der Ausbildung des München-Attentäters Gundolf Köhler bei Hoffmann an dessen „Ausbildung“ beteiligt war und gemeinsam mit diesem die Titelseite einer „WSG“-Zeitung schmückte.

Viele Namen – Eine Bande

Eingebunden ist die VSBD auch weiterhin in Schönborn'sche Unternehmen. So ist der VSBD-Vizevorsitzende Kexel Mitarbeiter am Schönborn-Blatt **„Grüne Korrespondenz“**; die Landeszentrale Hessen der VSBD ist in einem Teil der Schönborn-Zentrale, dem von **Platzdasch** sowie R. Luczyn betriebenen Nazibuchladen in Bornheim, eingezogen. Redaktionsadresse des hessischen VSBD-Blattes „Der Weg“ ist ebenfalls dieser Laden, Post geht z.H. Kexels.

Unter den Gründungsmitgliedern von Beier's neuem Verein, der **„Hilfsorganisation für nationalpolitische Gefangene und deren Angehörige / e.V.“** (HNG), befinden sich u.a. auch VSBD'ler. Mit Auftreten der VSBD in Frankfurt und Hessen ist die NS-Propaganda in diesem Raum fester organisiert und aggressiver vorgetragen worden. NS-Schmierereien und Friedhofsschädigungen stiegen an und gehen zuallermeist auf das Konto der VSBD wie ebenso eine Anzahl von Übergriffen auf einzelne Antifaschisten.

Weitere Provokationen unternahm der Klan gegen Besucher einer „Falken“-Veranstaltung am 3.10. und gegen Antifaschisten auf dem Gelände der Buchmesse am 10.10.80, sowie gegen Teilnehmer einer Veranstaltung der Antifa-BI und gegen Antifaschisten im Dezember in der B-Ebene der Hauptwache und im Kaufhof. Sowohl bei nächtlichen Schmierereien im Dezember 80 wie auch bei anderen Gelegenheiten waren die Schubert-Kumpane mit Gaspistolen und Stöcken bewaffnet.

DEUTSCHE JUGEND!

IHR HABT ETWAS GEGEN:

~ Discothekenmief und Krach, den uns das Coca-Cola- und Kaugummi-Imperium USA brachte!

~ Langweilige Samstagabende mit Alkohol!

~ Verlorensein in der Großstadt!

~ Egoistische Anpasser und Duckmäuser!

DANN SEID IHR BEI UNS GENAU RICHTIG!

WIR BIETEN EUCH:

~ Kameradschaftserlebnis, u.a. auf großer Fahrt!

~ Lagerromantik, Spiele, Volkstanz!

~ Kameraden, auf die ihr euch verlassen könnt, die euch mit euren Schwierigkeiten niemals allein lassen!

~ Du brauchst nur 12 Jahre alt sein und Idealismus und Begeisterung mitbringen!

VSBD – Landesverband Hessen.

v.i.S.d.P. u. Kontaktadresse:
Dieter Sporleder
Postfach 11 18 87
6300 Giessen

v.i.S.d.P. u. Kontaktadresse:
Dieter Sporleder
Postfach 11 18 87
6300 Giessen

Die 'Langen Kerls' aus Hessen

Aus „Kommando“ 4/1979 (Zeitung der Hoffmann-Bande)

„Mensch, Max, was fütterst Du Deinen Leuten? Das sind ja alles Riesen.“ So schallt es Vizeunterführer Max erstaunt entgegen, als er mit einem Zug der Stammabteilung 7 nach Nürnberg zum Schulungs- und Ausbildungslehrgang kommt.

Und viele der jungen Kameraden aus dem Frankfurter Raum sind wirklich extrem lang. Neugierig betrachten sie aus sicherer Höhe die als Ausbilder bereitstehenden fränkischen Unterführer.

Nur wenige kennen sich bereits von früheren Übungen, aber auch für die anderen ist die Brücke der Kameradschaft schnell geschlagen.

Statt rohem Schleifergebrüll hört man ruhige, aber bestimmte Befehle. Auf dem Programm steht diesmal, neben Spähtruppenübungen, im wesentlichen Formalausbildung und Griffeklopfen.

Das Exerzierreglement der WSG weicht in einigen Punkten vom für viele gewohnten Bundeswehrschema ab. Beispielsweise werden beim „Rührt Euch“ die Beine gespreizt auseinander gestellt und die Hände auf dem Rücken zusammengelegt.

Auch die Gewehrgriffe unterscheiden sich stark vom preußischen Grundprinzip. Aber wir verstehen uns ja als europäische Freiwillige ohne die traditionellen Scheuklappen der typischen „Alten Rechten“. Di. jungen Hessen lernen freudig und schnell die zum Teil sehr schwierigen Varianten des Reglements. Die Perfektion werden sie sich später zu Hause in stetigem Training erwerben. Gleichzeitig wird es ihre Aufgabe sein, das Erlernte an diejenigen Kameraden weiterzugeben, die noch in Hessen bereitstehen.

Zwei Nazis müssen in den Knast

Frankfurt. Henry Beier und Wolfgang Koch, verantwortlich für das NSDAP-Blatt „Das Braune Bataillon“, werden nun doch ihre Haftstrafen antreten müssen. Im Mai waren sie wegen Volksverhetzung und Vertreibens von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen zu 18 bzw. 13 Monaten (ohne Bewährung) verurteilt worden. Ihre Revision gegen das Urteil lehnte kürzlich der Bundesgerichtshof ab („FR“, 13.12.80).

Um ihr leibliches und ideologisches Wohlergehen wird sich während ihrer Haft sicherlich die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige/e.V.“ kümmern. Schließlich gehörten sie Ende 1979 beide zu den Gründungsmitgliedern des Vereins, der sich inzwischen auch der Nöte Schönborns und Roeders angenommen hat.

Mal sehen, wer während der Unabkömmlichkeit Beiers, der immerhin auf zehn Jahre zum 1. Vorsitzenden des Vereins gewählt ist, dessen Vertretung übernehmen wird. Mit den Gründungsmitgliedern Arnd Heinz Marx („WSG“), Stephan Wagner (Rodgau-Bande, „WSG“), und Christian Kümmel („VSBD“-Hintergrund) wird sich das Problem wohl lösen lassen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Polizei auf dem rechten Auge blind

Daß die folgende Episode, die sich einer hatte einen recht zerknitterten

Polizei auf dem rechten Auge blind

Daß die folgende Episode, die sich zur Wahlkampfzeit in der schönen Stadt Aachen zutrug, erst jetzt erscheint, mag hoffentlich zu verkraften sein, denn sie ist als lehrreiches Beispiel zu allen Zeiten gültig.

Wir waren zu viert am frühen Morgen des 4. Oktober nach einem kleinen Kneipenbummel in der Stadt unterwegs. Wir kamen auf die Idee, daß die uns zahlreich umgebenden Wahlplakate dringend einer Verschönerungsbehandlung bedürften. Die NPD-Plakate waren zu häßlich, sie wurden gleich abgerissen. Die Visagen der CDUSPD FDP-Kandidaten wurden zunächst mit einem dicken Edding unter Berücksichtigung ästhetischer Kriterien verändert.

(Als wichtiger Einschub erscheine hier der Hinweis, daß zwei von uns völlig in schwarz gekleidet waren und selbstgefertigte Plaketten trugen: Über einem schwarzen Stern auf rotem Grund stand in weißen Lettern „STOPPT SCHMIDT“).

Ein FDP-Plakat, das auf ein dreiteiliges Metallgestell montiert war, sollte zur weiteren Behandlung von der Straße (Einkaufsparadies) verschwinden. Es wurde aus der Verankerung gerissen und spazierengetragen. Wir kamen etwa 30 Meter weit. Dann preschten aus einer Nebengasse, wie im Film, zwei zivile Bullenautos auf uns zu, keilten uns ein und stellten uns. Die aussteigenden Herren gaben sich nach einem „Guten Morgen“ als Kriminalpolizei (MEK) zu erkennen, zeigten uns ihre Marken und fragten uns, was wir denn da so machen würden. Wir mußten das Plakat absetzen. Einer erklärte uns, daß wir bereits die ganze Zeit beobachtet worden seien. Zitat: „Ja, glauben sie denn etwa, sie könnten um diese Uhrzeit unbeobachtet durch die Stadt laufen? Wir haben doch nur darauf gewartet, daß Sie irgendeinen Unsinn machen.“ Zu den vier Bullen gesellte sich dann noch ein Typ, der eine 50er Honda fuhr und wie ein harmloser, verschlafener Nachtwächter im Pensionsalter aussah. Dieser Herr ist uns in dieser Nacht des öfteren über den Weg gefahren und gehört wohl mit zu dem „Verein“. Unsere Ausweise wurden verlangt. Nur einer hatte einen recht zerknitterten dabei, den er aushändigte. Als wir anderen unsere Personalien mündlich angaben, fiel der Blick der Bullen auf die „STOPPT SCHMIDT“-Plakette, woraufhin sie uns genauer anschauten und diese Aufschrift noch bei einem anderen lesen konnten. Woher diese Plaketten stammten, sie seien ihnen unbekannt? Daraufhin erklärte ich ihm, sie seien — von uns verfertigt — erst jetzt in den Wahlkampf geworfen worden, und wir hofften, daß es noch nicht zu spät sei. Da wurden sie stutzig: „Wozu zu spät?“, fragte einer und holte, ehe ich antworten konnte, ein Etui aus der Tasche: „Zigarette?...“ Wir ließen uns nichts anmerken und blieben cool, was infolge vorangegangenen Alkoholgenusses auch nicht weiter schwerfiel. Dann legten wir los: Wir hofften, wir könnten F.J. Strauß an die Macht bringen. Besonders heftig wurde gegen die Scheißliberalen gewettert: die würden durch ihren Opportunismus wieder Schmidt zum Kanzler verhelfen wollen. Anschließend wurden die abstehenden Ohren des auf dem Plakat abgebildeten Volksvertreters einer ausführlichen Kritik unterzogen.

Die Kripoleute, für die es offensichtlich klar war, daß wir Rechtsradikale sein mußten, gaben den Ausweis zurück, bedeuteten einem von uns, der sich in ein Blumenbeet gelegt hatte, er solle jenes verlassen, denn schließlich sei dieses mit Hilfe unser aller Steuergelder angelegt worden. Wir sollten das Plakat dahin zurückbringen, wo wir es hergeholt hätten, dann würden sie von einer Anzeige absehen. Einer, der sich als SPD-Sympathisant zu erkennen gab, meinte, er könne unsere Erregung betreffs Schmidt und den Scheißliberalen verstehen, aber das sei keine Art, Wahlkampf zu führen; man müsse auch dem politischen Gegner Gelegenheit geben, seine Argumente vorzubringen. Mit einem jovialen „Auf Wiedersehen“ verschwanden sie so schnell wie gekommen. Auch der Hondafahrer zog nach einer blöden Bemerkung ab. Zurück blieben vier verdutzte „Rechtsradikale“.

Jochen und Robert aus Aachen

Van der Lubbe nach 47 Jahren »freigesprochen«


Marinus van der Lubbe

Die 10. Strafkammer des Berliner Landgerichts hat den vor 47 Jahren vom Reichsgericht zum Tode verurteilten und im Januar 1934 hingerichteten angeblichen Reichstagbrandstifter Marinus van der Lubbe jetzt „freigesprochen". In seiner Begründung gab das Gericht an, daß das Urteil gegen van der Lubbe vom 23. Dezember 1933 *„eine klare Rechtsbeugung durch das damalige Reichsgericht darstelle"*. (SZ, 30.12.80).

Der Beschluß des Landgerichts, der nicht auf die Frage eingeht, ob van der Lubbe an der Brandstiftung beteiligt war, hebt lediglich hervor, *„daß das ganze Verfahren vor dem Reichsgericht nationalsozialistisch gesteuert gewesen sei und der NS-Politik entsprochen habe"* (ebenda).

Das Wiederaufnahmeverfahren hatte der frühere US-Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß und jetzige Frankfurter Rechtsanwalt, Robert M.W. Kempner, im Namen des Bruders des Verurteilten, Johannes Marcus van der Lubbe, beantragt. Das Berliner Kammergericht hatte 1958 ein solches Verfahren abgelehnt mit der Begründung, die gesetzlichen Fristen (Prozeß im Zuge der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts) seien überschritten gewesen. Somit konnten keine Schadensersatzansprüche mehr geltend gemacht werden.

Die zweite Verurteilung van der Lubbes

Kaum war das jetzige Urteil gesprochen, hatte die Staatsanwaltschaft ihre Bedenken angemeldet und zunächst Beschwerde gegen diesen Beschluß eingelegt, um die Urteilsbegründung zu „prüfen".

Für den Redakteur der „Frankfurter Rundschau", Horst Köpke, ändert dieses Urteil *„nichts an der historischen Wahrheit"*, daß van der Lubbe den Reichstag in Brand gesetzt habe (FR, 31.12.). Weiter heißt es: *„Er sah seine Tat als Fanal, mit dem die deutschen Arbeiter zum Widerstand gegen den seit einem Monat amtierenden Reichskanzler Adolf Hitler aufgefordert werden sollten. Er erreichte das Gegenteil, er lieferte den Nazis den willkommenen Vorwand, politische Gegner auszuschalten..."*.

Es ist schon bezeichnend für die politischen Verhätnisse hierzulande, daß dieses Thema in einer Weise behandelt wird, die die Nazis nachträglich reinwäscht.

Der FR-Redakteur stützt sich in senem Artikel auf den Historiker Fritz Tobias, der in einer längeren Artikelserie im „Spiegel" 1959/60 sein Buch „Der Reichstagsbrand, Legende und Wirklichkeit" auszugsweise veröffentlichen konnte. Damals würdigte der „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein diese Serie wie folgt: *„Es bleibt nicht der Schatten eines Beleges, um den Glauben an die Mittäterschaft der Nazi-Führer lebendig zu erhalten"* („Spiegel", 21.10.59).

Was die Urheber der These von der Unschuld der Nazis betrifft, so schreibt Walther Höfer vom Internationalen Komitee zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges in der Einleitung der Dokumentation zum Reichstagsbrand:*„So haben unsere Nachforschungen einwandfrei ergeben, daß die Behauptungen von der Alleintäterschaft van der Lubbes und damit der Unschuld der Nationalsozialisten nach 1945 von solchen Leuten lanciert worden ist, die 1933 als Polizeibeamte bedenkenlos die Nazi-these von der Schuld der Kommunisten übernommen haben und entweder direkt in die Reichstagsbrandaffäre verwickelt gewesen oder aber von offizieller Seite mit der kriminalistischen Untersuchung beauftragt worden sind"* (Heinz Brüdigam, Das Jahr 1933; 1978, S. 31).

Auch das damals erschienene „Braunbuch über den Reichstagsbrand und Hitlerterror", das von über Hundert Antifaschisten herausgegeben wurde, kam zu der Feststellung, daß van der Lubbe nicht der Alleintäter sein konnte. So wurde z.B. eine Aussage des Berliner Oberbranddirektors Gempp aus der „Saarbrücker Volksstimme" vom 25. April 1933 zitiert, in der Gempp aufgefallen war, *„.... daß in den nicht zerstörten Teilen des Reichstagsgebäudes große Mengen nicht mehr verwendeten Brandstiftungsmaterial herumgelegen hätten..."* (Braunbuch, S.111). Diese Mengen waren nach Meinung des Oberbranddirektors so groß, daß zum Abtransport dieses Materials ein Lastauto nötig gewesen sei.

Die mitangeklagten KPD-Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen hatten für die Tatzeit der Brandstiftung ein einwandfreies Alibi und mußten freigesprochen werden. Auch die Mitangeklagten bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff, deren angebliche Mittäterschaft die These des internationalen kommunistischen Komplotts stützen sollte, mußten mangels Beweises freigesprochen werden. Vor allem Dimitroff gelang es bei seiner Verteidigung, die Nazis auf die Anklagebank zu zwingen.

Obwohl das „Braunbuch" über 30 Widersprüche zu den offiziellen Ermittlungen zum Reichstagsbrand nachweisen konnte, kommt der Historiker Fritz Tobias in der „Spiegel"-Serie von 1958 zu dem Ergebnis, daß das Braunbuch zwar ein echter Erfolg war, aber raffiniert aus echten und gefälschten Dokumenten gemixt gewesen sei und auf den üblen Ruf der Nazis spekuliert habe. („Spiegel", 28.10.58).

Zu ähnlichen Ergebnissen wie das „Braunbuch" kam allerdings auch eine internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung des Reichstagsbrandes, die sich aus demokratischen Persönlichkeiten aus fast allen europäischen Ländern zusammensetzte. Sie tagte vom 14. bis 18. September 1933 in London, wies die Unschuld der Kommunisten nach und belegte gleichzeitig, daß allein die Faschisten ein politisches Interesse an der Reichstagsbrandstiftung hatten. Während sich der Ausschuß auf vorgelegte Dokumente, Gutachten und gehörte Zeugenaussagen stützte, stützt sich das SPD-Mitglied Fritz Tobias bei seiner Alleintäterschaftsversion auf Aussagen von Nazis.

Warum wird von offizieller Seite so viel daran gesetzt, die Alleintäterschaftsthese aufrecht zu erhalten – trotz all dieser Tatsachen?

- Die These stützt das Geschichtsbild, daß die Kommunisten durch ihre Aktion den Faschisten zur Machtübernahme verholfen hätten;
- Nach der These haben die Faschisten die Eroberung der Macht nicht langfristig geplant und mit Terror durchgesetzt. Dieser These gilt es nach wie vor entgegen zu treten!

Antifa-Kommission Hamburg

„daß das ganze Verfahren vor dem Reichsgericht nationalsozialistisch gesteuert gewesen sei und der NS-Politik entsprochen habe" (ebenda).
Das Wiederaufnahmeverfahren hatte der frühere US-Ankläger im
erreichte das Gegenteil, er lieferte den Nazis den willkommenen Vorwand, politische Gegner auszuschalten...".
Es ist schon bezeichnend für die politischen Verhätnisse hierzulande,
schen Untersuchung beauftragt worden sind" (Heinz Brüdigam, Das Jahr 1933; 1978, S. 31).
Auch das damals erschienene „Braunbuch über den Reichstagsbrand und Hitlerterror", das von über

Nazi-Terror – Kein Thema für die Linke

KB-Veranstaltung in Köln

Unter dem o.e. Thema hatten wir, die Kölner KB-Gruppe, in den „Spielplatz", eine Kölner Alternativkneipe, eingeladen zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 15.12. (s. AK 190). Es kamen etwas über 100 Leute; für die erste Kölner KB-Veranstaltung seit Jahren ein schöner Erfolg. Interessant war, daß es sich bei den Besucher/inne/n größtenteils nicht um das sonst übliche „Szene"-Publikum handelte.

Im ersten Teil der Veranstaltung informierten wir ausführlich über Nazi-Umtriebe samt „Braunzone" in Köln. Anschließend zeigten wir den Video-Film der Freiburger Medienwerkstatt über die Hoffmann-Bande, bei diesem Film machte sich vor allem die große Aktualität positiv bemerkbar. Im Anschluß an den Film berichtete eine Frankfurter Genossin über den Nazi-Terror und die Gegenwehr in Frankreich. Zur Überleitung in die Diskussion brachte die Genossin einige Leseproben aus dem Frankfurter „pflasterstrand" zu Gehör, in denen der sattsam bekannte „Neue Antifaschismus" propagiert wird.

In der anschließenden Diskussion kamen leider zunächst nur Abgrenzungsstatements, wie sie von Linken in der Frage des Antifaschismus bekannt sind: „Die paar Neonazis sind gar nicht so wild, der Staat ist viel gefährlicher", oder: „Der alltägliche Faschismus (Kaufmann an der Ecke, der „Kopf ab" schreit) ist viel schlimmer als die faschistischen Grüppchen". Neu war allerdings, daß immerhin der Hinweis auf den zunehmenden Rassismus in der Bevölkerung kam, allerdings auch dieser nicht in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Nazis gesehen wurde.

In der Debatte um den „Neuen Antifaschismus", die sich dann entwikkelte, ergaben sich schnell einige Schwerpunkte: Da war zum einen die Frage nach der realen Bedeutung der Nazi-Gruppen, die aber nur sehr oberflächlich abgehandelt wurde. Es wurde im Wesentlichen, ähnlich wie im jährlichen VS-Bericht, argumentiert: Es gebe nur sehr wenige Nazis; die seien reichlich isoliert und ohne politische Bedeutung. Zum anderen Schwerpunkt wurde die Frage, wie es zu erklären ist, daß Leute Faschisten werden. Etwa in der Art: „ Die Linken können genau erklären, aufgrund welcher ökonomischen Verhältnisse die Kapitalisten sich für faschistische Lösungen entscheiden (ach ja?!?), aber obwohl sie das seit Jahren und Jahrzehnten tun, können sie nicht verhindern, daß doch immer wieder Menschen zu Faschisten werden. Es ist deshalb nötig, stärker als bisher die subjektive Seite des Problems zu untersuchen".

> Wir haben für diese Veranstaltung eine umfangreiche Materialmappe erstellt. Sie enthält Material (hauptsächlich AK-Artikel) zum Münchner Attentat, zur „WSG" und anderen Nazibanden in der BRD, zur Situation in Frankreich sowie eine kleine Dokumentation zum „Neuen Antifaschismus". **Außerdem einen detaillierten Bericht zur Nazi-Szene in Köln.** Die Mappe hat über 50 Seiten DIN A4 und kann bei uns bestellt werden:
> KB/Gruppe Köln
> c/o BL-Büro, Jülicher Str. 22,
> 5 Köln 1
> Sie kostet 3 DM plus 2 DM Porto bei Einzelbestellungen.

Damit, daß die Linke sich seit einigen Jahren stärker mit der „subjektiven Seite" befaßt, wurde in einem Beitrag auch das Entstehen solcher Theorien wie des „Neuen Antifaschismus" erklärt.

In der weiteren Diskussion tauchte dann unvermeidlich auch das „Argument" auf, es sei falsch und gar schädlich, vom Staat, den wir bekämpfen, Verbote (für Nazis) zu fordern. Allerdings wurde dieser Strang nicht mehr weiterverfolgt.

Insgesamt war das p r a k t i s c h e Ergebnis des Abends recht mager: Hatten wir in unseren kühnsten Träumen die Bildung eines Antifa-Arbeitskreises nicht ausschließen wollen, so war am Ende des Abends von einer praktischen Antifa-Arbeit in irgendeiner Form überhaupt nicht mehr die Rede.

Allerdings ist dabei anzumerken, daß der größte Teil des jüngeren Publikums im Verlauf der Diskussion (es wurde recht spät) gegangen war.

Zum Fazit des Abends: Grundsätzlich halten wir die Veranstaltung für eine gelungene Sache, wenn auch einige Fehler gemacht wurden:

- So war das Referat des Kölner Genossen zu lang;
- das Programm des Abends war zu „voll", wirkte insgesamt doch recht anstrengend;
- wir hätten mehr Platz zur Diskussion lassen sollen; so hätten wir auch unsere Standpunkte klarer darstellen können, ohne die Diskussion allein zu bestreiten oder zu dominieren.

Mit anderen Worten: Wir machen weiter!

KB/Gruppe Köln













Nach 18 Jahren Ermittlung Nazi-Mordprozeß in Kiel

Nach 18 Jahren Ermittlung Nazi-Mordprozeß in Kiel

Am 26.11. begann in Kiel der Prozeß gegen den 70jährigen Kurt Asche aus Hamburg, der 1942/43 als „Judenreferent" der Nazi-Besatzungsmacht in Brüssel am Transport von 25.000 belgischen Juden ins Mordlager Auschwitz beteiligt war. Oft wird dieser Prozeß als der letzte große gegen Nazimörder in der BRD herausgestellt. Journalisten aus dem In- und Ausland drängen sich in den Gerichtssaal, der NDR-Regionalrundfunk berichtete mehrfach von der Prozeß-Eröffnung, der belgische Generalkonsul aus Hamburg nahm als Prozeßbeobachter teil. 200 Angehörige der Ermordeten demonstrierten am ersten Prozeßtag. Nachmittags waren sie zum Empfang im Rathaus geladen. Zu den Anwälten der Nebenkläger gehören u.a. Serge Klarsfeld aus Paris und der DDR-Generalstaatsanwalt Professor Kaul, auch in der BRD bekannt als Anwalt bei vielen großen Nazi-Mordprozessen, Buchautor und Mitarbeiter an Drehbüchern antifaschistischer Spielfilme.

Allerdings, so „groß" wie angekündigt scheint der Prozeß doch nicht zu werden. Eigentlich sollten noch drei Komplizen mit Asche auf der Anklagebank sitzen:

- sein Vorgesetzter Ernst Boje Ehlers beging Anfang Oktober dieses Jahres Selbstmord;
- sein Nachfolger Konstantin Canaris hatte sich vom Amtsarzt seine „Verhandlungsunfähigkeit" bescheinigen lassen;
- die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Karl Fielitz wurde vom Landgericht abgelehnt. Auch Fielitz habe Transporte nach Auschwitz zusammengestellt. Ihm sei aber nicht nachzuweisen, daß diese Juden in Auschwitz tatsächlich ermordet wurden. Einige belgische Juden (etwa 5 %) hätten die Hölle ja schließlich überlebt.

Die Verbrechen

Alle vier waren als SS-Offiziere verantwortlich für die Zusammentreibung und Verfrachtung belgischer Juden nach Auschwitz. Maxime Steinberg (seine Mutter wurde in Auschwitz ermordet) schreibt im Prozeß-Gutachten der Nebenkläger: *„Zwischen dem 4. August 1942 und dem 31. Juli 1944 verließen 28 Transporte Belgien. 25 davon fuhren unter Ehlers, der damit den größten Anteil an der Endlösung hatte. Insgesamt wurden im Rahmen der rassistischen Deportationen 25.257 Personen nach Auschwitz verfrachtet, darunter 5.093 Kinder. Ihre Schuld bestand darin, der »Rasse der Untermenschen« anzugehören, Juden oder Zigeuner zu sein. Als die Alliierten das Lager befreiten, gab es dort nur noch 1.205 Überlebende. 95 % der aus Belgien Deportierten waren vernichtet."* Unter zahlreichen Anordnungen, jüdische Bewohner aus ihren Wohnungen zu holen und in Sammellager zu treiben, findet sich die Unterschrift von Ehlers. Asche nahm mehrfach an Konferenzen mit Eichmann teil, dem Hauptvollstrecker des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms. In den Berichten der SS-Leute für die Zentrale in Berlin fällt immer wieder der Name Asche, manchmal wird er als einziger namentlich genannt. In einem Dokument, das dem Gericht vorliegt, heißt es: *„SS-Obersturmführer Asche übernimmt ... den Abtransport der Juden, die vom Devisenschutzkommando in ihren Wohnungen festgehalten werden"*. Doch all diese Beweise können den Angeklagten Asche nicht erschüttern. Er sagt vor Gericht aus, er habe in Belgien nur Akten aufgearbeitet; an Aktionen gegen Juden sei er nicht beteiligt gewesen und habe auch nichts davon gewußt. Natürlich habe er auch nichts vom Massenmord in Auschwitz gewußt. Er habe in Belgien nur mit zwei Juden während seiner gesamten Amtszeit gesprochen. Dabei liegen dem Gericht allein vier Protokolle von Verhandlungen Asches mit Vertretern belgischer jüdischer Organisationen vor.

Zu den Beweisen gegen Asche gehören auch Aussagen früherer Komplizen:

- 1968 sagte der inzwischen verstorbene SS-Oberscharführer Benno von Witthöft vor der Staatsanwaltschaft aus: *„Es gab für mich nach meinen Erfahrungen bei der Einsatzgruppe A in Weißrußland keinen Zweifel, daß die belgischen Juden umgebracht werden sollten. Ich bin sicher, daß sich auch die anderen darüber im Klaren waren — die in der Brüsseler SD-Dienststelle haben es in jedem Fall gewußt"*.
- Der ehemalige Kriminalsekretär Alfred Kirsch gab zu Protokoll, Asche habe einer Frau ins Gesicht geschlagen, als einmal ein Transport jüdischer Frauen und Kinder in den Keller der Dienststelle getrieben worden sei.
- Eine Maria Pol wurde 1948 vom Militärgericht in Brüssel zu den Vorgängen befragt. Sie sagte u.a.: *„Es gab einen Witz, den ich ständig hörte, wenn man von den Israeliten sprach: »Wir brauchen Seife«... Ich habe dies insbesondere aussprechen hören von dem genannten Asche"*.

Auch seine Behauptung, bei Besprechungen mit Eichmann sei es nur um „technische Details" gegangen, wurde vor Gericht durch einen Protokollauszug widerlegt: Es sollten „größere Judenmengen dem KZ Auschwitz zwecks Arbeitsleistung überstellt werden". An anderer Stelle heißt es: „10 % nicht arbeitsfähige Juden können mitgeschickt werden".

Das Schleswiger Oberlandesgericht bezeichnete Asche als „fanatischen Nationalsozialisten", der die Taten der Nazis „auch aus Rassenhaß" unterstützt habe.

Die Verschleppung der Verfahren

Reichlich unverständlich erscheint es auf den ersten Blick, weshalb 37 Jahre

Fortsetzung nächste Seite

Der Staatsschutz läßt grüßen

Heute, am 10.12.80, 10 Uhr, wurden die Räume des AStA der HfbK zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten von der Kriminalpolizei durchsucht. Anlaß für diese Aktion ist nach wie vor das Anti-Strauß-Buch „Wenn Strauß den Thron besteigt, wandere ich aus!!" Zur gleichen Zeit aus gleichem Anlaß wurde die Wohnung eines der beiden AStA-Kontoführer und die Druckerei Hein und Co. durchsucht. Ging es bei der ersten Durchsuchungsaktion noch darum, die Bücher aufzuspüren und zu beschlagnahmen, war das Ziel der heutigen Aktion, Beweismaterial (Kontoauszüge, Bestellkarten, Namenslisten, Schriftproben etc.) sicherzustellen. Die Staatsanwaltschaft verspricht sich von dieser Materialsammlung Hinweise auf die Urheber des inkriminierten Buches bzw. belastende Beweismittel gegen den AStA und den Sympathisantensumpf; denn in diesem Personenkreis werden die Verantwortlichen für das Buch vermutet. Doch zunächst noch mal zurück an den Anfang der Ereignisse.

Wie alles anfing ...

Im April dieses Jahres haben wir zusammen mit Kommilitonen, Künstlern aus dem Bundesgebiet, Anti-Strauß-Initiativen und dem Freundeskreis Würgegriff einen Anti-Strauß-Workshop an der HfBK durchgeführt. Aus den Ausstellungsbeiträgen, den Ergebnissen der Arbeitsgruppen und den Beiträgen von Einzelpersonen hat der Freundeskreis Würgegriff das mittlerweile beschlagnahmte Buch gemacht, eine Dokumentation über Arbeiten von Künstlern u.a. gegen Strauß und die fortschreitende Rechtsentwicklung der BRD. Die Dokumentation wurde seit August 1980 verkauft bis zum ...

... Erster Streich der Kriminalpolizei

In einer bis zum damaligen Zeitpunkt an Hamburger Hochschulen einmaligen Aktion durchsuchte die Polizei auf Weisung der Staatsanwaltschaft am 18.9.1980 die Räume des AStA der HfbK und beschlagnahmte die Anti-Strauß-Dokumentation. Das gleiche geschah in der linken Buchhandlung „Arbeiterbuch". Beschlagnahmt wurde wegen des Verdachts auf Beleidigung. Dieser V e r d a c h t reichte aus, einen Beitrag zum demokratischen Kampf, eine Dokumentation verschiedenster Anstrengungen gegen die Rechtsentwicklung, eine Zusammenstellung zahlreicher Kunstwerke (unabhängig davon, ob sie jeder einzelne für solche hält) aus dem Verkehr zu ziehen. Im Zusammenhang mit der Beschlagnahme wurde ebenfalls die HfbK-Druckwerks nach etwaigen Vorlagen durchsucht. Unverzüglich leitete Wissenschaftssenator Sinn Disziplinarverfahren gegen den HfBK-Präsidenten und gegen Beamter der Verwaltung ein. Bereits diese erste Staatsschutzaktion und das ganze Durchsuchungs- und Disziplinierungsbrimborium haben in der HfbK zur Verunsicherung und Einschüchterung geführt, was sicherlich eine beabsichtigte Auswirkung ist. Mittlerweile erfolgte der ...

... Zweiter Streich der Kripo und der Staatsanwaltschaft

Nachdem ursprünglich noch zu hoffen war, daß die Beschlagnahme des Anti-Strauß-Buches eine mehr oder weniger routinemäßige Aktion im Rahmen der Schwemme von Repressionen gegen Strauß-Gegner sein könnte und die Ermittlungen irgendwann im Sand verlaufen würden, deuten die heutigen Aktivitäten von Staatsanwaltschaft und Kripo und die Art ihrer Durchführung darauf hin, daß dieser Fall aufgeklärt, die Urheber des Buches ermittelt und ihnen der Prozeß gemacht werden soll. Der heutige Einsatz der Staatsschützer wurde sorgfältig geplant und durchgeführt: Kurz nach 10.00 Uhr begann die Hauptdurchsuchung in den AStA-Räumen. Es wurden nochmals einige Exemplare des bereits beschlagnahmten Buches mitgenommen. Außerdem suchten und fanden die Beamten während ihrer 1 1/2-stündigen Schnüffelei Unterlagen, die von Kontoauszügen über Bestellkarten, Teile des AStA-Schriftverkehrs bis zur Liste der letzten SP-Wahlergebnisse reichen. Sie ließen sich denn auch noch einige „Schandflecke" Nr. 4 geben – weil dort ja etwas über ihre erste Aktion zu lesen sei – und fertigten eine Skizze von den AStA-Räumen an. Wir haben es mit wirklichen Profis zu tun, die ihr „Handwerk" verstehen. Zur gleichen Zeit wurde eine zweite Durchsuchung in der Wohnung eines der beiden AStA-Kontoführer durchgeführt. Dort beschränkten sich die Herren darauf, ein Exemplar der Anti-Strauß-Broschüre einzukassieren. Ähnlich brauchbares Material wie sie es im AStA vorfanden, war in der Wohnung des Kommilitonen auch beim besten Willen nicht aufzustöbern. Aber es hätte ja sein können. Der Staatsschutz geht eben auf Nummer sicher.

Die jüngsten Ermittlungen waren deutlich darauf ausgerichtet, einerseits Hinweise auf die Verantwortlichen für das Buch zu finden und zum anderen im selben Zug Beweismittel gegen die mutmaßlichen Straftäter sicherzustellen. Die Mitnahme der Liste mit den SP-Wahlergebnissen deutet daraufhin, daß die Staatsanwaltschaft noch namentlich bekannte Personen benötigt, die sie entweder als Zeugen zitieren oder ebenfalls als Tatverdächtige unter die Lupe nehmen kann.

Wie gesagt, all diese Ereignisse verstärken unsere Befürchtung, daß dem AStA bzw. einzelnen Mitgliedern oder anderen studentischen Interessensvertretern der Prozeß gemacht werden soll. Das wäre dann ...

... Der dritte und letzte Streich – der politische Prozeß

Wir wissen alle, daß in solchen (politischen) Prozessen Anklagen konstruiert, Zeugen präpariert, Falschaussagen von Beamten durch Kollegen gedeckt ... werden. Wir wissen, daß in solchen Prozessen selbst im Bürgerlichen Sinn häufig nicht das Recht gesprochen wird. Wenn wir uns darüberhinaus die in der Beschlagnahmebegründung beanstandeten Plakate ansehen und feststellen, daß die meisten schon seit längerer Zeit u n beanstandet im Handel sind bzw. in anderen (großen) Zeitschriften abgedruckt wurden, können wir uns etwa ausrechnen, welche Chance die „Gerechtigkeit" in einem eventuellen Prozeß haben wird – wenn überhaupt, eine sehr geringe. Aus diesem Grund fordern wir auf zur ...

... Solidarität mit den mutmaßlichen „Tätern"! Solidarität mit dem AStA! = Verteidigung der eigenen demokratischen Rechte!

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Staatsschutzaktionen gegen den AStA, die damit verbundenen Durchsuchungen von HfbK-Räumen, die Disziplinierungsmaßnahmen gegen Vogel und die Verwaltung zu Verunsicherung und Einschüchterung an der HfbK führen. Jeder weitere Eingriff der Staatshüter in die Angelegenheiten der HfbK und eine nicht auszuschließende Verurteilung des AStA bzw. von Einzelpersonen wird die Einschüchterung vertiefen und damit die Arbeitsbedingungen jedes einzelnen HfbK-Angehörigen einschränken: Zensur führt zur Selbstzensur. Deshalb fordern wir alle auf mit uns zu verlangen:

- **Aufhebung der Beschlagnahme!**
- **Herausgabe der beschlagnahmten**

strengungen gegen die Rechtsentwicklung, eine Zusammenstellung zahlreicher Kunstwerke (unabhängig davon, ob sie jeder einzelne für sol-
Die jüngsten Ermittlungen waren deutlich darauf ausgerichtet, einerseits Hinweise auf die Verantwortlichen für das Buch zu finden und zum
schränken: Zensur führt zur Selbstzensur. Deshalb fordern wir alle auf mit uns zu verlangen:
– Aufhebung der Beschlagnahme!
– Herausgabe der beschlagnahmten

- **Bücher!**
- **Herausgabe der beschlagnahmten AStA-Unterlagen!**
- **Einstellung des Ermittlungsverfahrens!**
- **Freie künstlerische und politische Betätigung!**

ACHTUNGACHTUNGACHTUNG

Es ist nicht auszuschließen, daß diejenigen, die namentlich auf der beschlagnahmten Liste mit den SP-Wahlergebnissen aufgeführt sind, ebenfalls hausdurchsucht werden. BEACHTET bitte folgendes: Keine Durchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl zulassen! Keine Angaben zur Sache machen! Nichts unterschreiben! Meldet Euch beim AStA!

Celalettin Kesim ist tot — aber keiner soll ihn umgebracht haben

So lautet das Ergebnis des Prozesses, der nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit am 15.12. vor der Moabiter Schwurgerichtskammer (Westberlin) zuende ging. Das Gericht sprach zwei rechtsextreme Türken von dem Vorwurf frei, den Berufsschullehrer Celalettin Kesim am 5.1.80 getötet zu haben. Die beiden Angeklagten hatten sich in der ca. 70 Mann starken Gruppe faschistischer Schläger befunden, die damals Flugblattverteiler des türkischen Demokratischen Arbeitervereins in Kreuzberg mit Messern, Knüppeln, Ketten und Pistolen überfallen, zahlreiche von ihnen verletzt und Kesim ermordet hatten.

Der am 15.12. zuende gegangene Prozeß war das erste von vier getrennten Verfahren über die damaligen Vorgänge. Vor Gericht standen der 37jährige Ali Bahtiyar und der 28jährige **Abdul Saticioglu**, die von der Staatsanwaltschaft beschuldigt wurden, Kesim die tödlichen Stiche beigebracht zu haben. Beide bezeichnen sich als Sympathisanten der „Nationalen Sicht", einer rechtsradikalen islamischen Gruppierung, die die Ziele der türkischen „Nationalen Heilspartei" (MSP) vertritt. Auch die „Mevlana-Moschee", aus der heraus der Überfall auf die Antifaschisten organisiert wurde, gehört der „Nationalen Sicht" an.

Drei Zeugen identifizierten die Angeklagten als diejenigen, die auf Kesim einstachen. *„Mehrere Personen erkannten in Saticioglu auch den Anführer, der vorher in militärischer Manier Anweisungen an seine Gruppenmitglieder gegeben hat. Gegen die Angeklagten sprechen auch die Blutspuren, die kurz nach der Tat auf ihrer Kleidung gefunden wurden und identisch mit der Blutgruppe Kesims sind"* („TAZ", 18.11.80). Auch im Prozeß wurde nochmals deutlich, daß der Angriff auf die Antifaschisten gezielt geplant worden war: *„Mehrere Zeugen berichten, daß vor dem Angriff aus einem Lautsprecherwagen der rechten Gruppe Schlagstöcke, Ketten und lange Stöcke mit Messern drauf an Gruppenmitglieder ausgeteilt wurden. Ein Zeuge, der eigentlich die Angeklagten entlasten will, berichtet in einem Nebensatz, daß der Hodscha seiner Moschee ihn extra nach Kreuzberg zum Ort der Auseinandersetzung geschickt habe ..."* (ebenda).

Trotzdem hatte schon die Anklage nicht etwa auf Mord oder zumindest Totschlag gelautet, sondern lediglich auf gemeinschaftlich begangene Körperverletzung mit Todesfolge. **Den Tätern, die ihren Überfall mit Rufen wie „Tod den Kommunisten" eingeleitet hatten, wurde zugute gehalten, daß sie die Tötung Kesims nicht geplant hätten. Entgegen belastender Zeugenaussagen und der Tatsache, daß an der Kleidung beider Angeklagten unmittelbar nach der Tat Blutspuren mit der Blutgruppe Kesims gefunden wurden, sah es das Gericht als n i c h t erwiesen an, daß die beiden direkt an der Tat beteiligt gewesen seien.** Bahtiyar wurde sogar seine Behauptung abgenommen, daß er nur „zufällig" in die Auseinandersetzungen hineingeraten sei. Er konnte den Gerichtssaal nach 11 monatiger Untersuchungshaft als freier Mann verlassen und erhält obendrein noch H a f t e n t s c h ä d i g u n g.

Saticioglu, der sich selbst als „geistigen Führer" der Schlägertruppe bezeichnet hatte, wurde für schweren „Landesfriedensbruch" und Beteiligung an einer Schlägerei zu vier Jahren Haft verurteilt. Er sei zwar – so meinte das Gericht – nachgewiesenermaßen mit einem Messer bewaffnet gewesen, doch sei nicht klar, ob er von diesem Messer auch Gebrauch gemacht habe. Als strafmildernd berücksichtigte das Gericht außerdem, daß Saticioglu als Islam-Anhänger **„aufgrund seiner Ideenwelt an eine gute Sache" geglaubt habe.**

Was den Kesim-Mord anbetrifft, so scheint für das Gericht der Fall mit der Bemerkung abgeschlossen, er sei wohl „blitzschnell" und unbemerkt im Vorbeilaufen erstochen worden...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige gegen Bonner Polizei

Anzeige gegen Bonner Polizei
„Zwischenzeitlich mußten mehrere
wühlt worden waren, wobei ein Beil

„Zwischenzeitlich mußten mehrere Beamte in das Haus Remigiusstraße 9. Dort lebt nach Angaben der Polizei eine Kommune, die aus dem dritten Stock heraus die Ehrengäste, die vom Rathaus zum Münsterplatz gingen, mit Gegenständen bewerfen wollten. Doch dieses Vorhaben wurde im Keim erstickt. Gegen 19 Uhr drangen Polizisten in die Wohnung ein, verhafteten 22 Personen und stellten fünf Farbtöpfe und ein Beil sicher", so berichtete seinerzeit der Bonner Generalanzeiger über eine Bullenaktion anläßlich der Rekrutenvereidigung in Bonn. Die Polizei sprach sogar von einem geplanten Anschlag, weil am Haus die Brecht-Parole zu lesen war: *„Wenn die Herrschenden von Frieden reden, weiß das Volk, daß es Krieg gibt".*

Inzwischen haben die beiden Wohngemeinschaften, die ohne jeden Durchsuchungsbefehl, ohne Zeugen und Anwalt von der Polizei durchwühlt worden waren, wobei ein Beil aus dem Werkzeugkasten und fünf Farbflaschen zum Tönen von Wandfarbe (ein Zimmer wurde gerade renoviert) entwendet worden waren, Anzeige gegen die Polizei gestellt. Nach drei Wochen haben die Bewohner noch immer keine Erklärung der Polizei bekommen, wieso diese Wohngemeinschaften gestürmt worden waren.

„Aus einer Wohnung, die mit einem großen Transparent ‚gekennzeichnet' ist, die von einem Polizeiaufgebot umgeben war, das nicht gerade klein zu nennen ist, einen ‚Anschlag' zu planen, darauf muß man erst mal kommen", schreiben die Bewohner.

Statt Weihnachtsgeschenken bitten diesmal die Wohngemeinschaften um kleine Spenden für die Prozeßkosten:

PSchA Köln 2771 05 – 509
Kennwort „Zapfenstreich"

Fortsetzung von der vorherigen Seite

vergehen mußten, weshalb 18 Jahre lang ermittelt werden mußte, bevor der Prozeß beginnen konnte. Aber wie schrieb schon der „Spiegel" 1962: *„In Schleswig-Holstein hat sich erneut bestätigt: NS-belastete Staatsdiener brauchen weder falsche Namen noch Versteck, um für die Landesjustiz unauffindbar zu sein."* In der Tat, Asche hatte schon 1955 seinen Falschnamen Klein abgelegt. Ehlers hatte es bereits 1962 zum Verwaltungsgerichtsrat am Verwaltungsgericht Schleswig gebracht.

Als der Präsident des Landessozialgerichtes, Walter Tietgen, nach einem Ernst Ehlers, früher SS-Sturmbannführer, gefragt wurde, gab er die Auskunft: *„Beim schleswig-holsteinischen Landessozialgericht ist ein Landessozialrichter Ernst Ehlers nicht tätig"*. Das war zweifellos richtig. Allerdings residierte 30 Sekunden Fußmarsch von seinem Amtszimmer der V e r w a l t u n g s r i c h t e r Ernst Ehlers. Die Gerüchte über einen Nazimörder Ehlers, der als Richter in Schleswig tätig sei, verstummten nicht. Tietgen wurde gefragt, ob ihm nicht eine „Person ähnlichen Namens oder im Bereich einer anderen Justizverwaltung" bekannt sei. Tietgen dazu: Die Namensgruppe Ehlers sei „nicht gerade selten". Er wisse beispielsweise, daß der Bürgermeister von Süderbrarup Ernst Ehlers heiße. Aber: *„Mir ist weder in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes ... noch im Bereich einer anderen Justizverwaltung ein ehrenamtlicher Richter bekannt, der den Namen Ernst Ehlers führt."*

Aber alles half nichts. Journalisten spüren Ehlers auf. Gegen ihn wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, zunächst wegen der Leitung von Erschießungskommandos in der Gegend von Smolensk/UdSSR 1941. Ehlers kann dem Ermittlungsbeamten ins Vernehmungsprotokoll diktieren, daß er seine „Dienstgeschäfte in humanen Geiste wahrgenommen" habe. 1962 wurde er „vorläufig beurlaubt", natürlich mit vollen Bezügen; 1974 wurde er pensioniert, natürlich bei voller Pension.

Seit 1967 wird auch wegen der Verbrechen in Belgien ermittelt. Im Januar 1976 entschieden Ehlers Berufskollegen am Landgericht Flensburg, die Eröffnung des Hauptverfahrens sei abzulehnen. Eine Verurteilung sei nicht zu erwarten. Man werde nicht beweisen können, daß die Beschuldigten gewußt hätten, daß ihre Opfer in Auschwitz ermordet werden sollten. Angesichts der umfangreichen Dokumentensammlung und der vorhandenen Zeugenaussagen eine ziemlich plumpe Begründung. Nach wachsenden Protesten, besonders aus Belgien und Frankreich, legte die Kieler Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Trotzdem dauerte es noch einmal fast fünf Jahre, bis der Prozeß, allerdings auch nur in reduzierter Besetzung, endlich beginnen konnte. Prozeßort ist entgegen der ursprünglichen Absicht Kiel — wohl um sich größere Peinlichkeiten, wie sie aus Schleswig und Flensburg bekannt geworden sind, angesichts internationaler Aufmerksamkeit zu ersparen.

Dabei zeigt auch dieser Fall, daß Schleswig-Holsteins Justiz durchaus schnell arbeiten kann. 1975 hatten sieben belgische Jugendliche, begleitet von einem Fernsehteam aus Belgien, einige Stunden lang Ehlers' Wohnung in Schleswig besetzt und ein Transparent aus dem Fenster gehängt, auf dem seine Verurteilung gefordert wurde. Selbstverständlich sind diese „Täter" längst wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch rechtskräftig verurteilt. —

Es hat sich inzwischen ein Arbeitskreis zum Asche-Prozeß gebildet, der sich für die notwendige Öffentlichkeit einsetzen will. Mit der GEW sind hierzu Gespräche geführt worden. An einer Veranstaltung, die jetzt zum Prozeß stattfinden soll und auf der der bekannte RA Prof. Dr. Kaul (DDR) spricht, soll der Arbeitskreis nach dem Willen der DKP allerdings nicht teilnehmen dürfen. Begründung: S i e habe Prof. Dr. Kaul eingeladen und daher sei er i h r Vertreter ...

The Strong Arm Of Law

Zugegeben, ich weiß, wie sich die Polizei bei Auftritten von Punk-Gruppen in Hamburg verhält — und zugegeben, ich habe auch Polizei-„präsenz" bei dem Konzert von AC/DC erwartet. Doch der Besuch der Ernst-Merck-Halle erinnerte eher an eine Polizeikasernenbesichtigung. Daß private Ordnerdienste einen durchsuchen dürfen wie Polizei und BGS, war mir auch noch nicht bekannt. Nun bin ich schlauer, denn dies gehört alles zu der „Kooperationsbereitschaft" und *„kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Veranstalter und dem Moderator"* („Deutsche Polizei", 12/80), und — last not least — dem DRK.

Für Großkonzerte verfügt die Polizei mittlerweile über ein detailliertes Präventivprogramm, das beim Konzert der Gruppe Barclay-James-Harvest in Berlin erstmals „beispielhaft" durchgezogen wurde. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung (durch die Polizei) gehörte die Erstellung eines Störkalenders als Maßnahmekatalog. Nach der „Vorfeldarbeit" folgte die Praxis: *„Für die Beweissicherung und Dokumentation eingesetzte Beamte in angepaßter Zivilkleidung, ein Fernseh-Übertragungstrupp sowie eine mit geeigneten technischen Geräten ausgerüstete Beobachtungsstelle ermöglichten es, in Zusammenarbeit mit Greif- und Festnahmetrupps sieben an Ausschreitungen beteiligte Rocker zunächst zu observieren, um sie sodann — zu einem günstigen Zeitpunkt und an einem geeigneten Ort — festzunehmen"* („Deutsche Polizei", 12/80).

Zusätzlich wurde noch eine Beobachtungsstelle mit Funk, Fernglas und Nachtsichtgeräten eingerichtet. Die bei dieser Aktion gedrehten Filme haben eine Gesamtdauer von 5 × 80 Min. Wie minutiös die Polizei sich auf ein, selbst von ihnen als „friedlich" eingestuftes, Konzert einstellte, mag ein Ausschnitt aus dem Protokoll zeigen:

„16.29 Uhr: Weitere Rocker-Gruppen treffen ein. Die Rocker schleppen größere Mengen alkoholischer Getränke mit (kistenweise Bier) und beginnen, sich zu betrinken.
19.13 Uhr: Schlägerei unter Rockern; die übrigen Besucher genießen das Spektakel.
19.25 Uhr: zu verstärktem Ordnereinsatz im Bereich der Rocker und zur I n f o r m a t i o n d e s A n s a g e r s, um die g u t a r t i g e n Teilnehmer anzusprechen. (Hervorhebungen vom Berliner Polizeipräs.).
19.43 Uhr: BefSt an Eins.-Kräfte:
— Einsatzbereitschaft erhöhen,
— Funkverkehr mithören,
— in der Lage leben!
20.23 Uhr: Kräfte (Greif- und Festnahme-Trupps, insgesamt 30 Beamte) eingesetzt; 7 Rocker festgenommen — Einsatzdauer: 6 Minuten" (ebenda).

Gibt's da noch wen, der behauptet, daß Rockkonzerte zum Vergnügen da seien?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Repression gegen Antifaschisten

Bundesrepublik Vorbild für Argentinien

Drei Meldungen legte ich mir zurück bei der Erstellung der Rubrik „Repression gegen Antifaschisten" – drei Meldungen, die mich über die anderen Informationen, die wir hier liefern, hinaus nachdenklich und – w ü t e n d gemacht haben. Ich will sie deshalb voranstellen.

I Argentiniens zukünftiger Staatschef, General Roberte Viola, will in den ersten Monaten seiner Herrschaft ein „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie" in Kraft setzen, das verschiedene gesetzliche Bestimmungen der BRD zum Vorbild haben wird und das *„Eindringen von Extremisten in Organe und Institutionen des Staates"* verhindern soll (FR, 22.12.80). Kraft sauberer Vorarbeit deutscher Gesetzesmacher wird fortan also auch Argentinien „am deutschen Wesen genesen". Wie lange müssen wir noch warten, bis wir nun in der BRD vor Gericht gezerrt werden, wenn wir von „Berufsverboten" in Argentinien berichten – vielleicht wegen „Beleidigung eines der Bundesrepublik verwandtschaftlich-verbundenen Staatswesen"? Mein Vorschlag an die bundesdeutschen Behörden: Könntet ihr nicht – im Austausch für die gesetzgeberischen Dienste derer sich die faschistischen Generale in Lateinamerika jetzt bedienen – für Eure Stammheimer Haftanstalt die Lizenz auf den Namen „Libertat" erwerben, sozusagen als „Patenschaftsakt" mit der Haftanstalt in Montevideo gleichen Namens, in der am 7. Dezember 1980 der politische Häftling Jorge Dabo zu Tode gefoltert wurde? Oder ist dieser Vorschlag nicht gut für ein Land, in dem ehemalige Nazi-Juristen – heute in gehobenen Justiz-Positionen – Urteile fällen, die Linke („Extremisten", wie der argentinische General sie nennt) an der Ausübung ihres Berufes hindern?

II Er könne sich nicht vorstellen, daß ihn ein deutsches Gericht im Namen des deutschen Volkes verurteile, wo doch *„95 Prozent des deutschen Volkes"* dagegen seien, sagt der frühere SS-Mann Kurt Christmann – und doch, er wurde im Dezember zu 10 Jahren Haft verurteilt, wegen Beihilfe zum Massenmord. Er irrt sich sicher, was seine Meinung über 95 Prozent des deutschen Volkes angeht, aber vielleicht sind es ja auch nur seine Erfahrungen mit der deutschen Justiz, die er mit der Meinung des Volkes durcheinanderbringt? Schließlich brauchte diese Justiz 38 Jahre bis zu diesem Urteil, schließlich war das Verfahren ja 1971 schon einmal eingestellt worden, weil der einstige Leistungssportler „verhandlungsunfähig" war, und schließlich wird es noch eine Revision des Verfahrens geben und Haftbeschwerde durch den rührigen Faschisten-Verteidiger, der mit dem SS-Mörder und gelernten Juristen Christmann schon gemeinsam die Schulbank gedrückt hat. Daß dieser Mann nicht mit seiner Verurteilung gerechnet hat, kann ich schon verstehen. Eine unbeantwortete Frage beschäftigt mich da noch: Christmann, der gelernte Jurist, der so grauenvolle blutige Massaker befahl, *„daß es einigen Hilfswilligen, die Grausames gewohnt waren, schlecht wurde"*, (so der Richter in dem Prozeß), welchen Beruf hat er nach dem Kriege ausgeübt? Zu „Geld und Würden" ist er ja gekommen in unserer Republik – wurde er doch beim Fitneß-Training am heimischen Swimmingpool verhaftet, im Jahre 1979 ...

III „... *Zu zeigen ist, daß die Kapitulation vor der Diktatur oft nicht mit spektakulären Einbrüchen, sondern mit den kleinen Feigheiten des Alltags begonnen hat...*", zitiert aus der im Dezember verabschiedeten *„Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht"* Das, was die Kultusminister da ausarbeiten ließen (im Wortlaut: FR, 9.12.80), ist insgesamt ermutigend, hat allerdings zwei entscheidende Schwächen: erstens ist es eine Empfehlung, also eine Theorie, der nicht unbedingt und an jeder Schule eine entsprechende Praxis folgen muß. Zweitens umfaßt der in der Empfehlung verwendete Begriff „Widerstand" nur den Widerstand, der unter den Bedingungen der totalen Nazi-Herrschaft geleistet wurde. Wann aber, ihr Herren Kultusminister, und nach welchen Kriterien wird an unseren Schulen Unterricht über die Lehren des Widerstandes v o r der totalen Machtübernahme des Faschismus erteilt? Oder ist es etwa so, daß d i e s b e z ü g l i c h bei den Schülern *„Erinnerungen wachzuhalten, geschichtliche Grundkenntnisse zu vermitteln und das politische Urteil zu schärfen"* (siehe Empfehlungen ...) und sie somit in die Lage zu versetzen, selber hier und heute antifaschistischen Widerstand zu leisten, nur eine absurde, die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfende Forderung einiger linker Extremisten ist, die ja bekanntlich im Staatsdienst nichts zu suchen haben?? Ma. IKAH

Anti-Naziparagraphen gegen Linke und massiver Flankenschutz für Strauß

In Darmstadt wurde im November '79 bei U. Pakleppa eine Plakette mit der Aufschrift „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß" auf offener Straße von Bullen beschlagnahmt. Grundlage für diesen Übergriff bildete ein Beschluß des Darmstädter Amtsgerichts. Es erblickte in dem Anstecker faschistische Propaganda, weil der Name Strauß am Ende mit SS-Runen verziert war. Zur aktiven Durchsetzung dieses Beschlusses wurden alle Darmstädter Polizeireviere per Rundschreiben, mit der Fotokopie der besagten Plakette, aufgefordert. Mit welcher Eilfertigkeit in dem SPD-regierten Hessen Justiz und Polizei zur Tat schritten, wenn es darum ging den „Wunschgegner" von Helmut Schmidt zu schützen, beweist die Tatsache, daß zwischen dem Beschluß des Amtsgerichtes und der Beschlagnahme ganze fünf Tage lagen. Als Mittel mußte ein Gesetz herhalten, welches zwar eigentlich gegen Alt- und Neonazis gerichtet ist, jedoch so kaum zur Anwendung kommt. Ein Vorgehen frei nach dem Motto: „Die Nützlichkeit eines Gesetzes erweist sich in der Anwendbarkeit gegen Linke."

Ulrich P. hatte gegen die Beschlagnahmung Beschwerde eingelegt, die

setzes erweist sich in der Anwendbarkeit gegen Linke."

Ulrich P. hatte gegen die Beschlagnahmung Beschwerde eingelegt, die

abgewiesen und zunächst mit einem Strafbefehl von DM 300 geahndet wurde. Dies alles noch auf Grundlage des Paragraphen 86a, der das Zeigen von NS-Emblemen unter Strafe stellt. Erst kurz vor dem Prozeß der ersten Instanz im Juli '80 rührte sich die bayerische Staatskanzlei mit einer Strafanzeige wegen Beleidigung, nachdem der „Spiegel" über diesen Fall berichtete.

„NS-Symbole sollen aus dem Erscheinungsbild verschwinden"

Die offensichtliche Widersinnigkeit der Anklage wegen § 86a beeindruckte die Staatsanwaltschaft überhaupt nicht. Sie erblickte, gebannt starrend auf die SS-Runen im Namen Strauß, in der Plakette faschistische Propaganda. Als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung sollen diese aus dem Erscheinungsbild der BRD verschwinden. Staatsanwalt Balß bemühte für diese Argumentation ominöse „unbedarfte Beobachter" und „Ausländer", die die Plakette für faschistische Propaganda halten könnten.

Kleine Begebenheit am Rande: Der selbe Staatsanwalt sah sich nicht in der Lage, einem Strafantrag gegen Kiss-Plakate nachzugehen, weil er sich nicht zuständig fühlte.

Obwohl Urteile von Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht der letzten Jahre die Verwendung von NS-Symbolen im Rahmen von Karikaturen und Plakaten mit antifaschistischem Charakter zulassen, folgte in der ersten Instanz Richterin Rummel der Linie der Staatsanwaltschaft. Zur Verurteilung wegen § 86a kam es nur deshalb nicht, weil Ulrich P. „Verbotsirrtum" zugebilligt wurde. Dies war der Staatsanwaltschaft zu wenig. Sie wollte auch eine Bestrafung nach § 86a und legte Berufung ein.

Noch während die Verhandlung in der zweiten Instanz vor dem Landgericht in Darmstadt lief, verkündete Staatsanwalt Balß in der Presse, daß er sich über die Widersinnigkeit des Urteils im Klaren sei und deshalb *„hier der Bundesgerichtshof als oberste Rechtsinstanz zu einer grundsätzlichen Stellungnahme aufgefordert werden muß"* (Darmstädter Echo, 20.11.80).

Möglicher Hintergrund für diese harte Vorgehensweise, trotz eigentlich eindeutiger Urteile der letzten Jahre: in Darmstadt sind noch mehrere Prozesse wegen dieser Plakette in Aussicht. Nach dem ersten Prozeß wurden auf Anweisung von Staatsanwalt Balß vier andere Leute, die solche Plaketten trugen, im Gericht verhaftet und von Bullen brutal zur Personalienaufnahme durch den Gerichtsflur gezerrt. Es liegt auf der Hand, daß seitens der Staatsanwaltschaft die Grundlage für die Berechtigung dieser Maßnahme durch eine Verurteilung von Ulrich P. gelegt werden soll.

Eine andere Erklärung, die außerhalb der halsstarrigen Eigendynamik einer Anklagebehörde liegt, besteht in dem Versuch, die gängige Rechtssprechung (siehe oben) der letzten Jahre zu verändern. Also in dem Sinne, daß künftig antifaschistische Karikaturen und Plakate unter Zuhilfenahme von NS-Symbolen strafbar werden, was ganz entscheidend die Aussagemöglichkeit von Künst-

Karikaturen und Plakate unter Zuhilfenahme von NS-Symbolen strafbar werden, was ganz entscheidend die Aussagemöglichkeit von Künst-

lern beschneiden würde.

Die Staatsanwaltschaft mußte allerdings in der zweiten Instanz an diesem Punkt eine schwere Schlappe einstecken. **Das Landgericht Darmstadt unter Vorsitz von Richter Jentsch verneinte generell, daß der § 86a auf die Plakette anwendbar sei. Es komme dabei nicht auf einen kleinen Teil der Anstecknadel an, sondern welchen Gesamteindruck sie mache. Mit dieser Beurteilung folgte der Richter wesentlich einem Gutachten der Verteidigung. Von diesem Urteil scheinbar unbeeindruckt hält Staatsanwalt Balß an seiner Linie fest. Er legte Revision ein.**

Reinwaschung des Kanzlerkandidaten

Außerhalb der „Solidarität aller Demokraten" ist eine Straußgegnerschaft beleidigend und somit kriminell. Auf dieses kurze Fazit sind Verlauf und Ergebnis des ersten und zweiten Prozesses zu bringen.

Zwar könne berücksichtigt werden, *„daß sich Herr Strauß aufgrund eigenen Verhaltens und eigener Äußerungen stärkere, unsachlichere (?) Formulierungen von politischen Gegnern gefallen lassen muß als andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. So ist es zum Beispiel nicht unangemessen, daß sich Herr Strauß in Beziehung setzen lassen muß mit Reizwörtern (?) wie ‚Reaktion, Faschismus, Krieg'. Denn wer so stark polemisiert wie Herr Strauß (so eine Äußerung gemünzt auf den Schriftsteller Bernt Engelmann ‚mit Ratten und Schmeißfliegen prozessiere man nicht') muß damit rechnen, in gleicher Weise polemisch angegriffen zu werden"* (Urteilsbegründung 1. Instanz). Richter Jentsch meinte bei der Berufungsverhandlung in der mündlichen Urteilsbegründung, wenn Strauß in der SS gewesen wäre, so würde die Verknüpfung, wie sie durch die Plakette gewollt wird, eine Tatsachenbehauptung darstellen, die nicht strafbar sei.

So kulant hier einige entgegenkommende Floskeln verwendet wurden, so hart und strickt wurden sämtliche Beweisanträge, die die Beziehungen von Strauß zu faschistischen Gruppen im Ausland, seine Tätigkeit während des Faschismus in Deutschland und seine heute noch bestehende Affinität zu faschistoiden Ideologien belegen, vom Gericht in ersten und zweiten Instanz abgelehnt. Eine Beweisaufnahme wurde somit praktisch gar nicht erst zugelassen.

Welchen Eiertanz die Gerichte vollführen, um Strauß aus der Sache rauszuhalten und trotzdem zu einer Verurteilung zu kommen, sei exemplarisch anhand der Mitgliedschaft von Strauß im Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps (NSKK) aufgezeigt.

Offenkundig war das NSKK eine der SS gleichgestellte Gliederung der NSDAP. Als wahr unterstellte das Gericht, daß Strauß weltanschaulicher Referent und Rottenführer im NSKK war und daß die Mitglieder im NSKK die Aufgabe hatten, während der „Reichskristallnacht" Mitglieder von SA, SS und HJ zu den jüdischen Synagogen, Geschäften und Wohnhäusern zu fahren, wo diese dann bestialisch gegen die Juden vorgegangen waren. Ebenso unterstellte das

Synagogen, Geschäften und Wohnhäusern zu fahren, wo diese dann bestialisch gegen die Juden vorgegangen waren. Ebenso unterstellte das

Gericht Folgendes als wahr: Die in der „Reichskristallnacht" verübten Ausschreitungen gegen die Juden in Deutschland wurden schon Wochen und Monate vor dem 9.11.38 in den Gliederungen der NSDAP, insbesondere auch im NSKK, ideologisch und organisatorisch vorbereitet.

Anhand dieser Kette war es folglich nur logisch, die Frage zu stellen, was Franz Joseph Strauß als weltanschaulicher Referent und Rottenführer in dieser besagten Nacht getrieben hat. Genau den Beweisantrag, zu diesem Punkt Strauß als Zeugen zu vernehmen, lehnte das Gericht als „ohne Bedeutung" für das Verfahren ab.

Mag es bei Prozessen dieser Art eine gängige Praxis der Gerichte sein, Beweisanträge einfach als wahr zu unterstellen, um dann in Ruhe das erforderliche Urteil zu sprechen, so ist die Logik in der Kette der genannten Beweisanträge eine etwas andere. Die vermutlich direkte Teilnahme von Strauß an der „Reichskristallnacht" bleibt bei der Flut von als wahr unterstellten Beweisanträgen ausgespart. Hier ist das Gericht sich einig mit der regionalen bürgerlichen Presse, die sonst recht ausführlich über den Prozeß berichtete aber dann keinen Ton dazu verlauten ließ, als diese Art der Behandlung zu einem Befangenheitsantrag führte.

Bedeutungslos war es auch für das Gericht, die vom „Spiegel" veröffentlichten Zahlungen der CSU an verschiedene faschistische Organisationen in Spanien, Portugal und Italien, von denen Strauß Kenntnis hatte, unter Beweis zu stellen.

Die milden Töne in den Urteilsbegründungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Strategie verfolgt wurde, „verbindlich im Ton – hart in der Sache". Alle Beweisanträge, die eindeutig die Aussage der Plakette bestätigen, wurden abgelehnt. So kann sich der Richter Jentsch in der Urteilsverkündung beruhigt hinstellen und sagen, eine Verknüpfung mit der SS ist keine Tatsachenbehauptung, sondern hat wertenden Charakter und ist somit beleidigend. Er kann am Ende dieses Prozesses erklären, daß der zweite Befangenheitsantrag – der abgelehnt wurde, berechtigt war (er hatte in einer Verhandlungspause zur Richterin der 1. Instanz gesagt: „Die Sache macht mir Kummer. Besser als Sie kann ich es auch nicht machen"). Besser hat er es auch nicht gemacht: 300 DM Geldstrafe wegen „Beleidigung".

Nachdem die Staatsanwaltschaft Revision angekündigt hatte, legte Ulrich P. ebenfalls Revision ein. Der Eiertanz der Justiz geht weiter.

Für die vier Leute, die nach dem ersten Prozeß mit der gleichen Plakette verhaftet worden waren, dürfte nach dem Urteil der Berufungsinstanz allerdings etwas Luft geschaffen worden sein. Nicht was eine Strafverfolgung angeht, denn nach einer Meldung vom „Bergsträßer Anzeiger" hat die Ermittlungsbehörde jetzt Strafanträge eingeleitet. Aber durch die Prozesse von Ulrich P. ist zunächst eine Vorarbeit geleistet worden, auf die die anderen jederzeit zurückgreifen können. . . . . . .

KB-Gruppe Darmstadt

Antifaschist wegen § 86a verurteilt!

Antifaschist wegen § 86a verurteilt!

Göppingen. Am 4.12. fand vor dem Amtsgericht Göppingen der Prozeß gegen den Strauß-Gegner Reinhard B. statt. Er ist wegen § 86a (Verbot nationalsozialistischer Kennzeichen) und Beleidigung des Ex-Kanzlerkandidaten F.J. Strauß angeklagt, weil er an seinem Auto einen Anti-Strauß-Aufkleber angebracht hatte, wobei der Name Strauß am Ende mit SS-Runen geschrieben wurde. Die Kripo sagte hierzu, daß es „einen Hinweis aus der Bevölkerung" gegeben hätte, wonach das Fahrzeug überprüft wurde und das Ergebnis der Ermittlungen dem Ex-Kandidaten F.J.Strauß übermittelt wurde (nach NWZ vom 13.12.80, ein Lokalblatt in Göppingen). Es ist interessant, zu hören, mit welcher Beflissenheit lokale Behörden Zulieferdienste für die Prozeßwut eines F.J.Strauß leisten.

Das Wesentliche an diesem Prozeß ist aber die Anklage wegen § 86a, neben dem Prozeß in Darmstadt (s.o.) die einzige uns bekannte Anklage gegen Strauß-Gegner wegen dieses Paragraphen.

Der Richter wollte das Verfahren zunächst einstellen (war ihm wohl zu heiß), die Verteidigung auch, aber der Staatsanwalt wollte erst Rücksprache mit Strauß nehmen. So wurde verhandelt. Nach zwei Stunden war alles vorbei, und die Sauerei perfekt: Reinhard, der mit seinem Aufkleber auf wachsende faschistische Tendenzen aufmerksam machen wollte, wurde zu 200 DM plus Gerichtskosten wegen § 86a verurteilt, also wegen eines Paragraphen, der gegen Nazi-Tendenzen geschaffen wurde. In der Urteilsbegründung heißt es, Sinn des Gesetzes sei es, nationalsozialistische Kennzeichen völlig aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Von der Anklage der Beleidigung wurde Reinhard B. freigesprochen, der Richter begründete dies damit, daß ein Politiker, der im Wahlkampf an die Öffentlichkeit tritt, sich manche überzogenen Kritik gefallen lassen muß (nach NWZ, 13.12.80). Dies ist unseres Wissen das erste Mal, seit Strauß seine Kandidatur bekannt gab, daß ein Angeklagter wegen der Verwendung von SS-Runen nicht wegen Beleidigung verurteilt wurde. Es ist deshalb wohl nicht falsch, daraus zu schlußfolgern, daß es dem Gericht darauf ankam, eine Verurteilung wegen § 86a durchzuziehen. Wenn wir uns den Verfolgungswillen der Staatsanwaltschaft Darmstadt wegen § 86a und dieses Urteil angucken, sollten wir für die Zukunft ein wachsames Auge darauf werfen, ob die Intention dieses Paragraphen nicht umgedreht wird. Verwundern würde es bei dieser Justiz nicht.

Reinhard B. hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Prozeß-Spektakel um Anti-Habsburg-Aktion

Pinneberg. Zahlreiche Passanten erfreuten sich im März dieses Jahres in Pinneberg (bei Hamburg) an einem Straßentheater, das einige Jugendliche aus Protest gegen den CSU-Rechtsaussen Otto von Habsburg aufführten. Alexander K. trug dabei eine abgeschnittene ehemalige Uniformjacke und eine Schleppe seiner Majestät, des Kaisers. „Verbotenes Uniformtragen" meinte da die Polizei und

schnittene ehemalige Uniformjacke und eine Schleppe seiner Majestät, des Kaisers. „Verbotenes Uniformtragen" meinte da die Polizei und

griff sich Alexander unter Einsatz von Gummiknüppeln aus der Gruppe raus. Dieser Tage läuft nun ein Prozeß gegen ihn, der gleich mit einem Eklat begann: Die zahlreich vertretene Öffentlichkeit war dem Richter offensichtlich ein Dorn im Auge: Alle Besucher, die keinen Sitzplatz hatten, sollten den Saal verlassen, sonst würde er die gesamte Öffentlichkeit ausschließen. Die Verteidung bestand auf Umzug in einen größeren Raum; der Richter forderte sie jedoch auf, diesen Antrag schriftlich zu stellen, solange dächte er nicht daran, den Raum zu wechseln. In der Verhandlungspause mußten alle raus und danach saßen tatsächlich alle. Der Richter verkündete die Ablehnung des Antrags auf Raumwechsel und ließ daraufhin von einem Wachtmeister die Stühle zählen, pro Person wäre nur ein Stuhl zugelassen. Die Überzähligen mußten den Raum wieder verlassen. Als ein kirchlicher Mitarbeiter sich über diese Maßnahme empörte und dafür Beifall von den anderen Zuschauern erhielt, ließ der Richter ein zweites Mal den Saal räumen. Nach einer Wiederholung des Runs auf die Sitzplätze stellte die Verteidigung einen Befangenheitsantrag gegen den Richter. Der erklärte die Verhandlung daraufhin für vertagt – im neuen Jahr geht's also weiter. So sichern sich Richter auf Jahre hinaus ihre Arbeitsplätze... (nach „Kieler Rundschau", 11.12.80).

Streit um Anne-Frank-Tagebuch: Faschisten wollen auftrumpfen

Karlsruhe / Kiel. Wieder einmal muß das Oberlandesgericht Frankfurt über die Echtheit des Tagebuchs der Anne Frank befinden. In diesem Buch, das mit über 14 Millionen Exemplaren zur Weltliteratur zählt, schildert die junge Anne Frank, die 1945 im KZ Bergen-Belsen ermordet wurde, die

Fortsetzung nächste Seite

Verfolgung ihrer Familie durch die Nazis. Der niedersächsische Verleger Heinz Roth hatte Ende 1975 das Buch als *„eine Fälschung"* und einen *„seit über einem Jahrzehnt bereits aktenkundigen Schwindel"* bezeichnet. Das Frankfurter Landgericht untersagte ihm auf Betreiben des Vaters der Anne Frank diese und andere in einem Flugblatt verbreiteten Behauptungen, doch der rechts-rührige Verleger Roth trieb den gerichtlichen Streit bis vor den Bundesgerichtshof. Die Karlsruher Bundesrichter sahen sich am 16. Dezember aus „formalen und rein verfahrensrechtlichen Gründen" zu einer Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils sowie zu einer Zurückverweisung und einer damit verbundenen Neuverhandlung der Sache „genötigt". In dem BGH–Urteil wird die Vorinstanz dahingehend gerügt, daß sie zwar drei Gutachten über die Echtheit des Tagebuchs aus einem anderen Strafverfahren für ihre Urteilsfindung herangezogen habe, dies sei jedoch nur aufgrund einer Beweisaufnahme möglich, die es dem Beklagten (Roth) gestatte, sich gegebenenfalls unter Inanspruchnahme seines Fragerechts mit dem Sachverständigen wegen seiner Einwände gegen die schriftlichen Gutachten auseinanderzusetzen. Dies sei in Frankfurt nicht ausreichend geschehen (Aktenzeichen: VI ZR 308/79, vom 16.12.80).

Den Faschisten hierzulande, denen jedes Mittel recht ist, ihr provokatorisches Märchen von der „Auschwitzlüge" zu verbreiten und das NS–Regime von seinen Verbrechen reinzuwaschen, ist natürlich dieses Tagebuch –allein schon wegen der weiten Verbreitung, die es gefunden hat – ein besonderer Dorn im Auge. So benutzten sie jüngst den schwebenden Rechtsstreit wieder für eine Kampagne: Als der Prozeß gegen den ehemaligen SS–Obersturmführer Kurt Asche im Dezember in Kiel eröffnet wurde, verteilte eine „Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und antideutsche Greuellügen" Flugblätter, die den Prozeß um das Tagebuch der Anne Frank zum Aufhänger hatten. Verantwortlich für diese „Bürgerinitiative" zeichnet der Stader Nazi Edgar Geiß.

Maskottchen darf nicht Franz–Josef heißen!

Kempten: Das Maskottchen Franz–Josef, ein zwei Meter langes Pappschwein, hat der Polit–Rock–Gruppe „Check–Point Charlie" erheblichen Ärger eingetragen. Die Gruppe,

Kempten: Das Maskottchen Franz–Josef, ein zwei Meter langes Pappschwein, hat der Polit–Rock–Gruppe „Check–Point Charlie" erheblichen Ärger eingetragen. Die Gruppe,

bekannt u.a. von Rock–gegen–Rechts–Auftritten, stellte bei ihren Auftritten dem Lied „Du darfst dein Leben nicht den Schweinen geben" den Satz voran, daß das Maskottchen ihr Glücksbringer sei. Jede Ähnlichkeit mit lebenden oder toten Schweinen sei rein zufällig und nicht beabsichtigt. Dies sahen einige Staatsschützer wohl anders. Sie reisten der Gruppe in verschiedene Städte nach, und sammelten überall „Beleidigendes". „Checkpoint Charlie" trat auch beim „Burghaldefest" in Kempten auf. Zwei CSU–Stadträte eröffneten hier die Hatz auf die Sau. Allen 600 CSU–Mitgliedern in Kempten wurde der Text eines Liedes zugestellt, welches die Gruppe in Kempten gesungen haben soll (Refrain angeblich: „Franz Josef die Sau/Franz Josef, die alte Sau/Franz Josef, das...Schwein"). Was muß in den Köpfen dieser Leute vorgehen, daß sie sich sofort an ihren „großen Vorsitzenden" erinnert fühlen? Vor dem Schöffengericht wiesen die Mitglieder der Gruppe eine Anspielung auf F.J.Strauß zurück, und die Verteidiger merkten an, die Schlußfolgerung des Publikums, Strauß werde damit gemeint, könne den Angeklagten nicht angelastet werden. Für diese Meinung der Zuhörer hätte Strauß schließlich selbst mit seinen Affären gesorgt und mit seiner Äußerung, in der er eine bestimmte Bevölkerungsgruppe mit Tieren verglichen habe. Die Richter sahen dagegen den Tatbestand der Beleidigung des F.J.Strauß erfüllt. Zwar sei nicht erwiesen, ob der Refrain gesungen worden sei, aber auch das Vorzeigen der Pappsau sei beleidigend. Entscheidend sei nicht, wie die Äußerung gemeint sei, sondern wie sie beim Publikum ankomme. Die Bezeichnung „Schwein" stelle überdies eine Formalbeleidigung dar, die durch die im Grundgesetz garantierte künstlerische Freiheit nicht gedeckt werde. Die fünf Angeklagten wurden j e w e i l s zu 1200 DM Geldstrafe verurteilt. Das hälste ja mal wieder im Kopf nicht aus. Strauß kann Demokraten ungestraft als Ratten und Schmeißfliegen titulieren; eine Rockgruppe wird verknackt, weil ihr Pappschwein Franz Josef heißt. Interessant ist auch ein Satz aus der Begründung: Wie unsereins etwas gemeint hat, soll in Zukunft nicht mehr zählen, sondern wie es irgendwo (z. B. bei der CSU) ankommt. Meinungsfreiheit ade! Dieses Urteil muß weg!
„Checkpoint Charlie" hat Berufung eingelegt. Es ist wichtig, sie zu unterstützen (nach „SZ", vom 23.12.80).

Polizeipräsident gegen Studentenpfarrer

Nürnberg: Nachdem am 20.9.80 die Polizei brutal gegen Anti–NPD–Demonstranten vorgegangen war (wir berichteten im AK), verfaßten Studentenpfarrer Johannes Friedrich und zwei Mitglieder der ESG am 12. 10. einen offenen Brief an den Nürnberger Polizeipräsidenten. In ihm stand u.a.: *„Wir protestieren schärfstens gegen das Vorgehen der Beamten. Mit Befremden haben wir festgestellt, daß die Beamten durch martialisches Auftreten unter den NPD–Gegnern ein Klima der Angst erzeugten, indem polizeiliche Greiftrupps aus der Menge der Gegendemonstranten Teilnehmer regelrecht herauspflückten, teilweise mit brutaler Gewalt."* Diese von der Polizei praktizierte Strategie der Verunsicherung wolle man nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen, *„angefangen vom systematischen Photographieren und Filmen bis hin zu brutalen Polizeihandlungen gegenüber NPD–Gegnern."* Diese mutige Kritik ist in diesem Staat, wo Nazikundgebungen allen erdenklichen Schutz genießen, offensichtlich zuviel. Zunächst wies Polizeipräsident Kraus die Vorwürfe in einem Brief als *„haltlos und unbegründet"* mit *„aller Entschiedenheit"* zurück. Die Beamten hätten pflichtgemäß eine nicht verbotene Kundgebung vor groben Störungen geschützt. Dann zeigte er die Verfasser wegen „übler Nachrede" an. Inzwischen ist von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Sie hat ein „öffentliches Interesse" bejaht.

Wer hier von dem „Zorn" des Nürnberger Bullenhäuptlings getroffen werden soll, zeigt eine Aussage des Pfarrers. *„Wir wollten keinen einzigen Polizeibeamten beleidigen, sondern im Gegenteil das Verhältnis zwischen Polizei und Bürger verbessern"*. Hier soll ein kritischer, wenn auch mit Illusionen über „unsere" Polizei versehener Bürger mundtot gemacht werden (nach „SZ", vom 19.12.80).

Strauß gewinnt Prozeß gegen IG Metall

Strauß gewinnt Prozeß gegen IG Metall

München: Ein Zivilsenat des Oberlandesgerichts München bestätigte größtenteils ein Urteil der Vorinstanz und untersagte damit der IG Metall, ein Zitat aus der von Strauß 1974 in Sonthofen gehaltenen Rede ohne Zusätze zu drucken. Strauß hatte die IG Metall verklagt, weil deren Zeitung ihn mit dem Satz zitiert hatte: *„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen"*. In einem zweiten Punkt entschied der Zivilsenat im Gegensatz zur Vorinstanz, daß die Redeaufzeichnungen, ob vom Sprecher autorisiert oder nicht, zitiert werden dürfen.

„Metall" standhaft gegen Nazi–Angriffe

Frankfurt: Die Zeitschrift „Metall", Organ der IG Metall, veröffentlichte in ihrer Vorweihnachtsausgabe 19 Seiten Informationen, Hintergrundberichte und Literaturhinweise zum Thema Neofaschismus und antifaschistischer Kampf. In einer Mitteilung an die Leser schreibt die Redaktion: *„Der wohl nur vorerst letzte Schriftsatz flatterte am Tag der Herstellung dieser METALL–Ausgabe auf den Schreibtisch des Chefredakteur Jürgen Mechelhoff: Nachdem schon namens des Oberfaschisten Frey sowie anderer in den letzten Wochen mehrere juristische Einschüchterungsschriften gegen METALL losgelassen worden waren, soll nunmehr aufgrund einer Strafanzeige auch noch die Staatsanwaltschaft zu Frankfurt gegen METALL–Redakteure vorgehen, weil in einem Beitrag der METALL–Ausgabe 21/80 (‚Brauner Untergrund') das Wirken des Jungnaziführers Hubatscheck dargestellt worden war. Nun, nach dieser METALL–Ausgabe, dürften die Juristen in München sicher noch mehr für ihre braune Klientel rührig werden – nützen wird es allerdings nicht, denn METALL wird sich auch durch noch so viele Bombardements von rechtsaußen nicht davon abhalten lassen, den faschistischen Sumpf offenzulegen..... Wohl mehr denn je bleibt unsere ... Aussage aktuell: ‚In den Tagen der Besinnung sollte nicht vergessen sein, daß überall auf der Welt der Kampf gegen Unterdrükkung und für mehr Freiheit der Menschen weitergeht.' Heute müssen wir ergänzen: dazu gehört auch der Kampf gegen den Faschismus in all seinen Formen."* In dieser bemerkenswerten METALL–Ausgabe findet sich auch unter dem Titel „Blind auf dem rechten Auge" eine Auseinandersetzung mit Verhältnissen in der bundesrepublikanischen Justiz, die mit der Warnung vor dem gefährlichen *„strukturellen Faschismus"* endet, *„der sich in der deutschen Ordnungsliebe und Autoritätshörigkeit, in Untertanengeist und Obrigkeitsdenken, in formaler Rechtsgläubigkeit und Traditionspflege zeigt"*. Einige Beispiele aus dem Artikel mögen dies verdeutlichen: *„Unerträglich ist ... die aufreizende Untätigkeit von Behörden in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, seine Verharmlosung durch konservative Politiker, Verfassungsschutzbehörden und Justiz. Unerträglich ist die Untätigkeit der Staatsanwaltschaft, die den Ruf ‚Rotfront verrecke' nicht verfolgt, weil er nur eine Parole und kein offizieller Gruß der Nazis war! Und haarsträubend sind auch manche Urteile, etwa wenn der NPD bescheinigt wird, sie zeige ‚keine durchschlagenden Merkmale einer verfassungswidrigen Zielsetzung'. ... Nicht der ‚deutsche Gruß' als solcher, mit dem ein Anhänger der mittlerweise verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann im Gerichtssaal grüßt, wird mit einer Ordnungsstrafe belegt. Der Vorsitzende Richter ‚mahnt ab'. Erst der Verstoß gegen diese ‚Abmahnung', die Beleidigung seiner Autorität, nicht die Berufung auf die Autorität Hitlers, wird mit zwei Tagen Gefängnis bestraft!"* Kontinuierliche Karrieren von Juristen aus der Nazizeit in den heutigen Justizapparat hinein, unbewältigte Vergangenheit, die Gegenwart ist, Unkenntnis darüber, daß das Grundgesetz eine klare Absage an alle faschistischen Bestrebungen zum Ziel habe, werden als Gründe genannnt. Beispiele: Dr. Edmund de Chapeaurouge, der als Gerichtsassessor an der Verurteilung eines Juden zu zwei Jahren Zuchthaus im Jahre 1939 mitwirkte, weil dieser sein körperliches Leiden von einer „deutschblütigen" Masseuse behandeln ließ, wirkte 1975 als Bundesverwaltungsrichter an mindestens einem Berufsverboteurteil mit. Der Verfassungsrechtler Prof. Theodor Maunz, der heute justizwirksame Verfassungskommentare von sich gibt, kommentierte auch schon 1938, daß der *„Ausschluß Artfremder von*

Der Verfassungsrechtler Prof. Theodor Maunz, der heute justizwirksame Verfassungskommentare von sich gibt, kommentierte auch schon 1938, daß der *„Ausschluß Artfremder von*

der unterschiedlosen Benützung von Einrichtungen des Staates ... eine Erfüllung" des staatlichen Gleichheitsgrundsatzes sei. Und der ehemalige Berater von Martin Bormann in der „Parteikanzlei des Führers", Dr. Schmidt–Rux ist heute als Rechtsanwalt zugelassen, während Anwalt Gildemeyer wegen „KPD"–Mitgliedschaft aus der Anwaltschaft ausgeschlossen ist. Ja, und der ehemalige Verteidiger von Hermann Göring wurde erst kürzlich einem „KPD"–Mitglied als Zwangsverteidiger zugeordnet. Während Nazis und Neonazis von NPD–Anwälten nicht nur juristisch sondern auch offen politisch–parteilich verteidigt werden, gelingt es in Celle rechtsuchenden Hochschullehrern nicht, einen einzigen am Oberlandesgericht zugelassenen Anwalt zu finden, der sie in einem Verfahren gegen den niedersächsischen CDU–Minister Hasselmann unterstützt, weil dieser sie als „Lobredner des Terrors" bezeichnet hatte.
Genug der Beispiele. Interessierte Antifaschisten sollten sich diese „METALL" (Nr. 25 – 26, 1980) bei Gewerkschaftskollegen besorgen oder sie bei der IG Metall bestellen.



PRESSEERKLÄRUNG

Hamburg, den 9.12.1980

Am 5.1.1981 findet in Frankfurt/Main (Amtsgericht, Gebäude B, Raum 156, 14 Uhr) ein Prozess gegen unseren Berufskollegen Günter Zint statt.
Anfang 1980 wurde er von 5 Grenzschutzbeamten angezeigt, da er durch die Veröffentlichung ihrer Person in dem Buch "GEGEN DEN ATOMSTAAT" ihr "Recht am eigenen Bild" laut §§ 22/23 KUG (Kunst Urheberschutz Gesetz) verletzt habe.
Bei den beanstandeten Fotos handelt es sich teilweise um Gruppenaufnahmen mit mehr als 50 dargestellten Personen. In einem der angezeigten Fälle hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt nun Anklage erhoben.
Man hat aufgrund der Anzeige des Leiters der Film- und Foto-Dokumentationstruppe das Strafverfahren eingeleitet und will nun am 5.1.1981 klären, ob sein Recht am eigenen Bild in Uniform, mit zwei aus Steuermitteln bezahlten Kameras vor der Brust, laut §§ 22/23 KUG schützenswert ist.

Der Prozess ist für alle in der Bundesrepublik arbeitenden
nun am 5.1.1981 klären, ob sein Recht am eigenen Bild in Uniform, mit zwei aus Steuermitteln bezahlten Kameras vor der Brust, laut §§ 22/23 KUG schützenswert ist.

Der Prozess ist für alle in der Bundesrepublik arbeitenden Pressefotografen von grosser Bedeutung. Der Ausgang dieses Prozesses wird mit darüber entscheiden, wie riskant es künftig ist, eine Kamera während eines Auftretens der Staatsgewalt zu benutzen. Die Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen bittet alle Journalistenkollegen, den Prozessverlauf wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung genau zu beobachten.

Jochen Körner , Hartmut Klenke, Uwe Schaffrath
INTERESSENGEMEINSCHAFT HAMBURGER PRESSEFOTOGRAFEN

Bei Rückfragen bitte Hamburg 040 / 43 33 73 anrufen !



Wie aus einem deutschen Geschichtsbuch entsprungen: Staatsanwalt Görlach

München: Warum in der Rubrik „Repression gegen Antifaschisten" einige Zeilen zu Oberstaatsanwalt Nikolaus Görlach, dem Chefermittler, der bei der Untersuchung des Münchener Bombenmassakers noch immer „im Dunkeln tappt"? Weil allein die Tatsache, daß dieser Mann mit den Ermittlungen über den 13–fachen faschistischen Mord „betraut" wurde, ein Schlag ins Gesicht für alle Antifaschisten ist. Drei Tage, bevor die Stadt München eine Kundgebung der faschistischen DVU verbot, überklebten zwei Gewerkschaftler deren Plakate mit Aufklebern „Stoppt die DVU–Faschisten". Von der Polizei dabei erwischt, die der Nazi–Partei zwecks Zivilklage Namen und Adresse der beiden übergab, klagte Staatsanwalt Görlach die Antifaschisten „im öffentlichen Interesse" wegen „Sachbeschädigung" an. Durch vier Instanzen verfolgten Staatsanwalt und Faschisten ihr Interesse an einer Verurteilung, die Gerichtskosten betragen nunmehr schon ca. 15000 Mark; nach jedem Freispruch legte Görlach Revision zugunsten der DVU–Faschisten ein (nach „METALL", 12.12.80).

Fotos vom Polizeieinsatz ein Festnahmegrund

Würzburg: Das Fotografieren eines gewaltsamen Einsatzes der Polizei gegen eine KBW–Kundgebung brachte einen Göttinger Physiker auf die Anklagebank. Er hatte sich gegen die polizeiliche Forderung nach Herausgabe der Fotos und seine anschließende Festnahme gewehrt und war dann in erster Instanz wegen „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte" zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht Würzburg sprach ihn jetzt in zweiter Instanz von der Anklage frei, da er gemäß § 113 hinreichend glaubhaft machen konnte, daß er die polizeiliche Maßnahme subjektiv für unrechtmäßig hielt. Seine Festnahme sei aber objektiv gerechtfertigt gewesen, weil er gegen § 33 des Urhebergesetzes verstoßen habe, indem er den Polizei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

einsatz fotografiert habe, urteilte der Richter („FR", 19.12.80). Statt Strafe nur eine Belehrung, aber das Urteil kann erhebliche Konsequenzen für andere Fotografen haben: Der Polizei wird damit bei Auseinandersetzungen – wenn nicht gerade legitimierte Pressevertreter anwesend sind – das Fotomonopol zugesichert, andere Fotografen, die z.B. ihr Material für Gerichtsverfahren zur Verfügung stellen, können möglicherweise von der Polizei angezeigt werden!

Terror gegen Türken – von westdeutschen Behörden „geduldet"

Im letzten AK veröffentlichten wir, mit welcher zynischen Begründung einem türkischen Kurden gerichtlich Asyl in der Bundesrepublik verweigert wurde: Die Kurden würden nicht als Volksgruppe verfolgt. In ihrem Aufruf zur Unterstützung der „Gefangenen des Monats" vom Dezember 1980 – in diesem Fall unter anderen zu Gunsten von Ismail Besikci, der wegen kurdischer und kommunistischer Propaganda in der Türkei zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurde – schreibt „amnesty international" nunmehr folgendes: *„Seit Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 sind die Kurden belästigt und verfolgt worden in der Absicht, sie zwangsweise in die türkische Gesellschaft zu integieren. Der Gebrauch der kurdischen Sprache ist gesetzlich verboten und es gilt als ein Vergehen, in kurdischer Sprache zu veröffentlichen oder Kurdisch in den Schulen zu unterrichten. Die kurdische Nationaltracht ist in gleicher Weise verboten... Seine (Ismails) gegenwärtige Inhaftierung beruht auf der Veröffentlichung eines Buches, in dem Ismail Besikci ... seine Überzeugung wiederholt, daß die Kurden eine selbständige ethnische Gruppe seien. Er ist außerdem wegen anderer Veröffentlichungen über die Kurdenfrage angeklagt, so daß eine weitere Inhaftierung auch nach Ablauf seiner Strafe wahrscheinlich erscheint"* („FR", 19.12.80). Welch eine zynische Parallele: Dort die Verurteilung, weil die faschistischen Machthaber in der Türkei die Existenz des Kurdischen Volkes leugnen und Informationen über die Kurdenfrage kriminalisieren, und hier in der BRD ein Urteil, das mit gleichem Sinngehalt in der Begründung einem Kurden politisches Asyl verweigert. Das ist beileibe kein Zufall, sondern unabgesprochene (?) Zusammenarbeit! Rechtsradikale Türken leben und „wirken" dagegen in der BRD nach wie vor ziemlich unbehelligt. So konnte das Berliner Landgericht trotz der Vernehmung von über 95 Zeugen keinen Angeklagten wegen des am 5. Januar von Faschisten an dem türkischen Gewerbelehrer Celalettin Kesim begangenen Mordes verurteilen. Der Anführer der faschistischen Mordbande wurde nur Zeugen keinen Angeklagten wegen des am 5. Januar von Faschisten an dem türkischen Gewerbelehrer Celalettin Kesim begangenen Mordes verurteilen. Der Anführer der faschistischen Mordbande wurde nur wegen Landfriedensbruchs und Beteiligung an einer Schlägerei zu vier Jahren Haft verurteilt (FR, 17.12.80). Der Mörder des Chefredakteurs der liberalen türkischen Zeitung „Milliyet" lebt in der BRD (sozusagen im „Asyl") und der MHP-Terrorist Serdar Celebi ist in der BRD Vorsitzender der Türk-Förderation, ein direkter MHP-Ableger. Als in Aachen ein türkischer „Maoist" ermordet wird, mit großer Wahrscheinlichkeit von den „Grauen Wölfen" der MHP, suchte die Polizei *„weniger den Mörder, sondern vielmehr Belastungsmaterial gegen den Maoisten"* („Metall", 12.12.80). *„In Ulm verhörte die politische Polizei einen türkischen Sozialdemokraten drei Stunden lang. Geladen war er um rechtsradikale Schläger ausfindig zu machen, die kurz zuvor drei Journalisten überfallen hatten. Befragt wurde er über die Journalisten – was diese in Ulm gewollt hätten etc.*

In Alzey griffen ... Graue Wölfe zwei bekannte Linke an und bedrohten sie mit einer Pistole. Durchsucht wurde von der Polizei das Lokal eines demokratischen Arbeitervereins, dem die beiden Linken angehörten. Die Polizei riß Plakate von den Wänden, darunter auch ein Plakat: ‚Faschismus in der Türkei – Graue Wölfe in der Bundesrepublik'... Die europäischen militanten Neonazis bekennen sich offen zur Zusammenarbeit mit den Grauen Wölfen... Hier herrscht Schweigen über dieses faschistische Krebsgeschwür ..." („Metall", 12.12.80).

Zusammenstellung der Berichte: Initiativkomitee Arbeiterhilfe HH (IKAH) – Antifagruppe
Kontaktadresse: Bernd Schulz, Steenmoor 15, 2 Hamburg 70

Zwei Gefangene aus dem Knast Fuhlsbüttel wegen Drogenhandel vor Gericht:

Die Sicherheitsgruppe sucht Dealer ... und (er)findet sie

Es geht fast zu wie in einem „Terroristenprozeß": Die Angeklagten werden zu den Verhandlungstagen aus dem Hamburger Hochsicherheitstrakt vorgeführt, in dem sie seit mehreren Monaten sitzen – der Prozeß findet in einem Staatsschutzsaal mit Trennscheibe statt. – Die Anklage stützt sich auf Aussagen von V-Männern und Beamten, Fakten dagegen gibt es keine. Angeklagt sind jedoch keine „mutmaßlichen Terroristen", sondern zwei Gefangene aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel (Santa Fu), die dort in der Zeit von September 1978 bis Juni 1980 einen großangelegten Rauschgifthandel betrieben haben sollen. In erster Instanz sind sie zu drei Jahren verurteilt worden, in der nun stattfindenden Berufungsverhandlung wollen die Angeklagten in die Offensive gehen: Das Wirken des Chefs der Sicherheitsgruppe im Knast, Rettinger, soll zum Hauptgegenstand der Verhandlung gemacht werden. Die Angeklagten sagen, daß die ganze Anklage gegen sie von Rettinger inszeniert worden sei. Doch nach dem aus allen „Terroristenprozessen" bekannten Motto, daß die Angeklagten ihre Unschuld beweisen müssen statt umgekehrt, wird auch hier verfahren: Die Vorwürfe der Angeklagten gegen die Sicherheitsgruppe werden vom Gericht als „Schutzbehauptungen" qualifiziert, die für die Urteilsfindung unerheblich seien. Doch so einfach geht die Rechnung diesmal nicht auf. Was die Angeklagten und ihre Verteidiger in diesem Prozeß über die Zustände im Knast und die Machenschaften der allmächtigen Sicherheitsgruppe ans Licht der Öffentlichkeit zerren, wird der Staatsanwaltschaft und dem Gericht (und wohl noch einigen anderen) im Halse stecken bleiben ...

— Der Gefangene H. bestätigte mit seiner Aussage aber nicht etwa den Anklagevorwurf, sondern ... die angeblichen „Schutzbehauptungen" der Angeklagten. Er habe mit einem der Angeklagten Streit gehabt wegen Schulden, die er noch bei diesem hatte. Zusammen mit B. und K., die auch gerade sauer auf die Angeklagten waren, habe er überlegt, beide zu verprügeln. Dann sei ihnen jedoch eine „bessere Idee" gekommen: B., der schon vorher „Informant" der S-Gruppe gewesen ist, sei zu Rettinger gegangen und habe beide beschuldigt, mit Drogen zu handeln. Nach Aufforderung von Rettinger haben das alle drei schriftlich bestätigt. Als H. vor der Kripo seine Beschuldigung wiederholen sollte, habe er nicht mehr zurück können: „Ich hatte Angst, daß die Anstaltsleitung und Rettinger dann verhindern würden, daß ich in Therapie komme. Ich brauchte die Therapie, weil ich tablettenabhängig war". Auf die Frage des verdatterten Richters, was er sich dabei denn gedacht habe, kam die prompte Antwort: „Ich habe doch nicht damit gerechnet, daß die beiden ohne Beweise verurteilt werden!"

— Der zweite von der Staatsanwaltschaft präsentierte Zeuge, der ehemalige Mithäftling Kr., machte auch keine gute Figur. Er bestätigte zwar ganz pauschal die Vorwürfe gegen die Angeklagten und gab sogar vor zu wissen, daß sie Umsätze bis zu 4.000 DM pro Wochenende gemacht haben. Konkrete Angaben über einzelne „Tatvorgänge", also wann er wen mit wieviel Gramm Hasch gesehen hat, konnte er jedoch nicht machen, so daß im Dunkeln blieb, woher er sein Wissen über die angebliche Dealertätigkeit der Angeklagten eigentlich haben will. Zu den Namen der angeblichen „Abnehmer" der Angeklagten befragt, verweigerte Kr. prompt die Aussage. Begründung: Er fühle sich bedroht. Das Gericht hatte Verständnis ..., obwohl Kr. inzwi- geklagten eigentlich haben will: Zu den Namen der angeblichen „Abnehmer" der Angeklagten befragt, verweigerte Kr. prompt die Aussage. Begründung: Er fühle sich bedroht. Das Gericht hatte Verständnis ..., obwohl Kr. inzwi- schen gar nicht mehr in Fuhlsbüttel, sondern in einem anderen Knast sitzt!

Die Motive für seine Aussage sind selbstverständlich ganz edel: Er wolle, daß die Angeklagten mit ihren „Al-Capone-Manieren" endlich Schluß machen; er sei jetzt „bürgerlich" geworden und stehe „auf der anderen Seite". Immerhin ließ Kr. auch wissen, daß er sicher sei, daß seine Sicherheitsverwahrung, die er eigentlich nach Ablauf seiner Strafe hätte antreten müssen, aufgehoben wird. Er rechnet mit seiner Entlassung in einem Jahr.

Während es für die Version der Anklageschrift also keine Beweise gibt — womit der Prozeß „eigentlich" schon in dubio pro reo zu Gunsten der Angeklagten beendet werden könnte — spricht für die angebliche „Schutzbehauptung" der Angeklagten einiges.

— Erst im Sommer mußte ein anderer Gefangener, Wolf-Dieter S., vom Vorwurf des Haschbesitzes von dem Hamburger Amtsrichter Göbel freigesprochen werden — derselbe Richter übrigens, der zuvor in erster Instanz die jetzigen beiden Angeklagten verurteilt hatte. In dem Prozeß gegen S. kam heraus, daß ihm das Haschpaket von dem Mitgefangenen R. untergeschoben worden ist. R. ist Informant der S-Gruppe gewesen.

— Genau das streiten Rettinger und seine Kollegen bisher ab (gegen sie läuft deswegen ein Ermittlungsverfahren wegen Meineid). Richter Göbel hatte — gemünzt auf die Vorverurteilung der jetzt Angeklagten — bei der Urteilsverkündung in der Sache Wolf-Dieter S. bedauert, diesen Wissensstand nicht eher gehabt zu haben. In dem Urteil werden Rettinger und seine Kollegen als unglaubwürdig bezeichnet.

Die Anklage stand von vornherein auf wackligen Füßen. Ausgangspunkt des Tatvorwurfs war ein Papier, in dem die drei Mitgefangenen B., H. und K. die Angeklagten des Drogenhandels im Knast beschuldigen und das sie dem Sicherheitsinspekteur Rettinger zukommen ließen. Das erste Urteil gegen Tatvorwurfs war ein Papier, in dem die drei Mitgefangenen B., H. und K. die Angeklagten des Drogenhandels im Knast beschuldigen und das sie dem Sicherheitsinspekteur Rettinger zukommen ließen. Das erste Urteil gegen die Angeklagten beruhte auf den Zeugenaussagen dieser drei Männer. In der jetzigen Berufungsverhandlung ist die Staatsanwaltschaft aber etwas in „Beweisnot" geraten.

— Obwohl die Angeklagten laut Anklage richtige Großdealer gewesen sein sollen, blieb die S-Gruppe bei der Suche nach „Beweisen" doch recht erfolglos. Nach Angaben des Sicherheitsbeamten Dabelstein sind in der fraglichen Zeit bei den Angeklagten fast wöchentlich Zellendurchsuchungen veranstaltet worden. Gefunden wurde dabei bei einem überhaupt nichts, bei dem anderen nur einmal ein paar Krümel Hasch, haschhaltiger Tabak und ein anderes Mal eine leere Spritze. Ebenso ergebnislos verliefen die häufigen Körperdurchsuchungen bei den Angeklagten. Sicherheits-Dabelstein erklärt sich das so, daß man ja „nicht in alle Ecken (??) des Körpers" hinkommt. Merkwürdigerweise konnte der Verdacht gegen die Angeklagten auch bei den zwei bis drei nächtlichen Razzien nicht bestätigt werden, die in diesem Zeitraum von Spezialtrupps des Rauschgiftdezernats mit Haschhunden durchgeführt worden sind.

Da ein paar Krümel Hasch für den Vorwurf des Großhandels aber offensichtlich nicht ausreichen, stützte sich die Anklage ausschließlich auf die belastenden Aussagen von Mitgefangenen.

— Von den drei Belastungszeugen konnte aber nur noch der Gefangene H. in der Verhandlung aussagen. K. ist inzwischen von einem Hafturlaub nicht zurückgekehrt und untergetaucht, B. ist im Januar dieses Jahres unter mysteriösen Umständen im Knast ums Leben gekommen. Der herzkranke Gefangene hatte wahrscheinlich eine Überdosis Tabletten genommen. Obwohl sein Gesundheitszustand bekannt gewesen sein soll, ist er statt ins Krankenhaus in die berüchtigte „Glocke", die „Beruhigungszelle", gebracht worden. Dort ist er gestorben (nach taz vom 25.4.80).

— Auf Veranlassung der Angeklagten ist in der Verhandlung ein Protokoll eines ehemaligen Gefangenen aus Santa Fu, des Pakistaners S., verlesen worden, in dem dieser gegenüber fünf Mitgefangenen zugibt, mit Rettinger zusammengearbeitet und dabei andere Gefangene wegen angeblichen Drogenbesitzes oder -handels falsch belastet zu haben. Rettinger habe ihn um Mitarbeit „gebeten" und dabei versprochen, für seine Entlassung nach Verbüßung der Haftstrafe zu sorgen. Andernfalls, so habe Rettinger gedroht, werde er die volle Strafe absitzen müssen, ein Strafverfahren wegen Drogenhandels bekommen und auf die Isolierstation verlegt werden. Dann habe er von Rettinger 50 DM erhalten mit dem Auftrag, dafür Heroin zu kaufen. Dieses Protokoll stammt vom 12. Dezember 1979. Der Pakistani ist Drogenhandels bekommen und auf die Isolierstation verlegt werden. Dann habe er von Rettinger 50 DM erhalten mit dem Auftrag, dafür Heroin zu kaufen. Dieses Protokoll stammt vom 12. Dezember 1979. Der Pakistani ist noch am selben Tag entlassen und in sein Heimatland abgeschoben worden.

Rettiner versucht nun, die Echtheit dieses Protokolls in Zweifel zu ziehen. Aber wie dem auch sei — dies ist ja nicht der einzige Vorfall, der die eigenartige „Zusammenarbeit" der S-Gruppe mit Gefangenen belegt. Dabei scheut man nicht davor zurück, noch schwerere Geschütze aufzufahren als den Vorwurf des Drogenhandels:

— Anfang des Jahres z. B. ist der Gefangene Heiko B. in den Verdacht gekommen, den Mitgefangenen Peter T. erschlagen zu haben. Heiko B. kam in den HS-Trakt. Er sagte zu seinem Fall in dieser Verhandlung aus: Bei den Ermittlungen gegen ihn wegen der Mordsache habe sich Rettinger sehr gegen ihn eingesetzt und verhindert, daß die Vorgänge schneller aufgeklärt werden konnten.

Auch die Anschuldigungen gegen Heiko B. beruhten auf Angaben von Mitgefangenen. Einer hat sich von Anfang an sehr widersprüchlich verhalten und schließlich seine Aussage völlig zurückgenommen; der andere gibt jetzt an, von dem Dritten zu der belastenden Falschaussage angestiftet worden zu sein. Er sollte dessen Aussage bestätigen, die dieser nur in der Erwartung gemacht habe, eher rauszukommen. Nur dieser Dritte hält seine Beschuldigungen nach wie vor aufrecht. Als „Gegenleistung" hat er wiederholt Hafturlaub gefordert. Als er der Anstaltsleitung sogar schriftlich drohte, seine Aussage zurückzunehmen, wenn seine Forderung nicht erfüllt werde, sahen sich die Ermittlungsrichter endlich gezwungen, das Ermittlungsverfahren gegen Heiko B. einzustellen.

— Selbst Sicherheitsgruppenmitglied Dabelstein mußte bei seiner Befragung zugeben, daß „Informanten" auch falsche Anschuldigungen erfinden, um von sich abzulenken oder sich zu profilieren. Der selbstsichere Beamte war aber überzeugt, daß die S-Gruppe die falschen von den richtigen Beschuldigungen unterscheiden könne ...

— Der Mitgefangene G. konnte bezeugen, daß er zufällig dabei war, als die Gefangenen B. und K. planten, die Angeklagten reinzulegen. Es passiere öfter mal, daß man einem anderen sogar Hasch auf die Zelle lege und dann zu Rettinger gehe.

Was hier als Prozeßverlauf dokumentiert ist, mag bisher noch als etwas sinnloses Nebeneinander verschiedener Aussagen erscheinen. Doch dahinter steckt Methode. Sie wird allerdings erst sichtbar, wenn man/frau den Hintergrund kennt: die Arbeitsweise der Sicherheitsgruppe und die Zustände im Knast (siehe dazu den Kasten).

Der Prozeß wird fortgesetzt am 6.1. 12.00 Uhr, am 26.1., 27.1., 29.1., 2.2., 4.2. und 6.2. jeweils um 9.00 Uhr im Saal 237, Strafjustizgebäude

Der Prozeß wird fortgesetzt am 6.1. 12.00 Uhr, am 26.1., 27.1., 29.1., 2.2., 4.2. und 6.2. jeweils um 9.00 Uhr im Saal 237, Strafjustizgebäude

IKAH



Auch illegale Praktiken der Kripo wurden kürzlich in Hamburg aufgedeckt. Rauschgiftfahnder drängten Schüler zum Hasch-Dealen; diese willigten zum Schein ein, trafen sich aber – statt mit einem „Großdealer" – mit dem Stern-Autor Kai Herrmann. Herrmann wurde festgenommen (Foto), desgleichen Journalisten, die in der Polizeipressestelle um Informationen baten. Auch als die Identität Herrmanns feststand, blieb er noch mehrere Stunden eingesperrt. Jetzt erwartet die Journalisten ein Strafverfahren wegen „Vortäuschung einer Straftat" und „Irreführung der Verfolgungsbehörden."

Aus dem Innenleben des Hamburger »Behandlungsvollzugs«

Die „Sicherheitsgruppe" arbeitet genau wie die Polizei „draußen". Erinnern wir uns an den sog. „Hamburger Polizeiskandal": unter dem Vorwand, die „Szene" in den Griff bekommen und so die Kriminalität effektiv bekämpfen zu können, arbeitet die Polizei mit Spitzeln und V-Leuten zusammen, die die Aufgabe haben, die „Szene" zu provozieren. Auf diese Weise verstricken sie sich selbst in Straftaten, die z.T. ohne ihre Mitwirkung gar nicht passieren würden. Als „Gegenleistung" werden sie für diese oder andere Straftaten nicht verfolgt. Daß dabei auch Anschuldigungen erfunden und falsche Spuren gelegt werden, gehört sozusagen zum Geschäft. – Auch Rettinger, als Chef der Sicherheitsgruppe, behauptet, des Drogenproblems im Knast nur Herr werden zu können, indem er mit „Informanten" zusammenarbeitet.

Im Knast aber trifft diese Arbeitsweise auf besonders dafür günstige Bedingungen. Hier sind Ermittlungs- und Sanktionsorgan bei ein- und denselben Personen vereinigt: Bei Rettinger und seiner S-Gruppe. Sie haben über alles (mit)zuentscheiden, was für das Leben eines Gefangenen wichtig ist. Rettinger ist zuständig für den Verkehr mit der Außenwelt: also Besuche, Pakete, Post, für die Beurteilung der Gefangenen im Hinblick auf Urlaub und vorzeitige Entlassung, für die Verlegung von Gefangenen auf die Isolierstation und den HS–Trakt und für die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen. Dadurch ist für Rettingers „Informanten" natürlich die Versuchung sehr groß, sich eben auch durch erfundene „Informationen" Vorteile zu verschaffen.

Rettinger nutzt diese Abhängigkeit der Gefangenen offenbar aus und regiert im Knast (wie es scheint) nach dem Motto: teile und herrsche. Einer der Angeklagten schilderte das so: Die S–Gruppe schürt Neid unter den Gefangenen, indem sie die Vergünstigungen willkürlich handhabt. Leute, die noch 8 Jahre offen haben, bekommen Urlaub, andere, die bloß noch ein Jahr sitzen müssen, nicht. Das einzige Kriterium für die Beurteilung der Gefangenen ist ihre „Gesinnung", d.h. ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der S–Gruppe und den Bediensteten. Auch die Lage von schwulen Gefangenen versucht Rettinger offenbar auszunutzen. Wenn sie mit der S–Gruppe kooperieren, können sie zu zweit zusammenziehen. Unbequeme Gefangene dagegen werden von Vergünstigungen ausgeschlosssen. Die Gefangenen werden also zu Neid, Mißgunst, Denunziantentum erzogen – alles im Namen des „Behandlungsvollzugs".

Daß die Angeklagten mit Sicherheit nicht zu denen gehören, die Rettinger und seinen Leuten bequem sind, liegt auf der Hand: z.B haben sie sich nach der versuchten Selbstverbrennung eines Mitgefangenen an der Besetzung der Anstaltskirche beteiligt und den Rücktritt der Sicherheitsgruppe und der Anstaltsleitung gefordert.

Nachtrag zu den Rekrutengelöbnissen

Wehrunwilligkeit und Antikriegsbewegung

Zusammengezählt über 50.000 Antimilitaristen haben der Bundeswehr einen „schwarzen Tag" statt eines Jubiläums der „Verbundenheit mit dem Volk" bereitet. Diese Proteste kamen unter schwierigsten Bedingungen zustande.

Neben Demonstrationsverboten an AKW-Bauplätzen und Orten, wo Strauß auftritt, herrscht nun in diesem Land Protestverbot in der Nähe von Bundeswehrauftritten. Zusätzlich hatten die Jusos und die Kräfte um die DKP versucht, Aktivitäten fernab vom Geschehen zu organisieren. Statt gegen Demonstrationsverbote aktiv zu protestieren, wurden alle als Provokateure beschimpft und verdächtigt, die das nicht mitmachen wollten.

Der Polizeieinsatz hat alles bisherige weit in den Schatten gestellt. Zählt man die überaus dürftigen veröffentlichten Angaben zusammen (s. AK 189), so kommt man bereits auf eine Zahl von über 15.000 Polizisten und Angehörigen des BGS und von Feldjägertruppen. Dabei finden sich dann für Bonn so unterschiedliche Angaben wie: „über 6000" (im „Spiegel") oder 10.000 (in der „Tagesschau" am selben Abend). In München sprach die Polizei von „über 1.000", wollte aber genaue Zahlen nicht liefern, um ihre Aufmarschpläne damit nicht preiszugeben (die Zahl war also offensichtlich erheblich größer). In Lüneburg wurde lapidar von einem „sehr großen" Aufgebot gesprochen; in Oldenburg prahlte die Polizei nach der Aktion, ihre Demonstration „der Stärke" habe sich „bewährt", doch Zahlenangaben wurden auch hier vorsichtshalber nicht gegeben.

Gerade diese Demonstration der Stärke war es aber, die nachhaltig mit dazu beitrug, daß aus einer Demonstration der Verbundenheit der Bevölkerung mit der angeblich „demokratisch integrierten" Bundeswehr erst recht eine Demonstration des Säbelrasselns wurde. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung, die dieses Schauspiel am Fernsehen hatte verfolgen können, hatte Umfragen zufolge anschließend genug davon.

Tatsächlich dürfte die Anzahl der können, hatte Umfragen zufolge anschließend genug davon. Tatsächlich dürfte die Anzahl der beteiligten Polizisten gegenüber den mit gut 20.000 eingesetzten Polizisten bisher größten Polizeieinsätzen der BRD, bei der Kalkardemonstration und zur Räumung des Wendland-Dorfes, noch einmal verdoppelt worden sein. Just soviel neue Polizisten möchte die Polizeigewerkschaft auch eingestellt sehen; dies mit dem Hinweis auf die „strapaziösen Großeinsätze" und auf andere Belastungen. Auch nach dieser Pleite fehlt es nicht an Stimmen, die jetzt erst recht scharfmacherische Töne anschlagen. CDU-Möcklinghoff (Innenminister in Niedersachsen) forderte wieder einmal die weitere Demontage des Demonstrationsrechtes. Er möchte vermummte und geschminkte Demonstranten zukünftig verhaften lassen. Das, obwohl bei diesen Demonstrationen schon „unbedarft" Zwischenrufer ihr Demonstrationsrecht verwirkt hatten: So ein „Störer", der im hannoverschen Niedersachsenstadion das 1 : 0 sehen wollte. Tatsächlich können dem Gesetz nach Feldjäger *„bei Störungen der dienstlichen Tätigkeit der Bundeswehr"* ungeniert Gewalttaten gegen Zivilisten ausüben. „Straftaten gegen die Bundeswehr" erlauben ihnen im Extremfalle sogar Schüsse in eine Menschenmenge (nach „Spiegel", 17.11.). Für Peter Boenisch ist es ein *„Fehler"*, daß die Bundeswehr *„so selten"* aus ihren Kasernen herauskommt. Nur dadurch hätte die *„kleine, aber straff organisierte Demonstrationsabteilung (mot.) die Gelegenheit, prompt zur Stelle zu sein und mit ihrem Getöse jede Feier zu stören"*. Außerdem – so meint Boenisch –: *„Je blindwütiger sie protestieren, desto mehr wird die Bevölkerung ihre Verteidiger verteidigen"* („Welt", 14.11.).

Niemand der Verantwortlichen wird aber wohl ernsthaft den Versuch wagen wollen, sich für Boenisch Störer-Theorie mit der Abhaltung eines verstaubten militaristischen Zeremoniells stark zu machen.

Die Militaristen sind wieder da gelandet, wo Helmut Schmidt als Kriegsminister noch beim Abflauen der Apo-Bewegung überlegte, ob es nicht tunlicher sei, von solchen Vereidigungen abzusehen. Für alle Militaristen muß es eine bittre Pille sein, daß dieser erste Versuch, die militaristischen Traditionen wieder zu beleben, so kläglich gescheitert ist.

Unbestreitbar dürfte es auch sein (selbst für die, die die „Bremer Krawalle" als Provokation bzw. gelieferten Vorwand zur Diffamierung der Antimilitaristen hinstellen), daß die Bremer Protestaktion für diesen Erfolg eine wesentliche Grundlage gelegt hat. Apel zumindest bekennt das rundheraus. In diesem Jahrzehnt seien *„viele hundert öffentliche Gelöbnisse ... viele Zapfenstreiche veranstaltet"* worden, wo es keinen *„Protest bedeutender Größenordnung"* gegeben habe; doch *„seit dem 6. Mai dieses Jahres ist das anders. Die Bremer Ereignisse haben ein neues politisches Datum gesetzt"* (in der „Zeit" vom 14.11.). Seither *„sind Gelöbnisfeiern zu Staatsaktionen geworden"*, heißt es im Kommentar der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 31.10. . Eher kleinlaut meint Apel, daß dies *„der Hardthöhe* (dem Verteidigungsministerium – Anm. AK) *nicht angelastet werden"* könne (ebenda). Aus diesen „Erkenntnissen" heraus wiederum erfolgte die öffentlich angesprochene Überlegung, die Vereidigungen in anderem Rahmen abzuhalten. Die jetzige Form sei zu „altmodisch", entspreche nicht der „modernen" Rolle der Bundeswehr usw. Damit wird jedoch schon angekündigt, daß hier lediglich – als Zugeständnis an die Erfolge der Antimilitaristen – die F o r m des Auftretens der Bundeswehr, nicht aber der Kern geändert werden soll. Doch umgekehrt sollte dies Anlaß für die Antimilitaristen sein, zu fragen, warum sich die Politiker derart für ein Zeremoniell in die Bresche werfen, daß als Feier wirklich mehr als verstaubt scheint. Die Jusos, die ihr Bekenntnis für eine *„demokratische Armee"* und ein *„demokratisches Gelöbnis"* – lediglich ohne derartigen militaristischen Pomp – an den (reaktionären) Mann zu bringen suchten, waren genauso unter Beschuß wie sozialdemokratische Politiker, die Abstand von solchem *„vordemokratischen Zeremoniell"* forderten. Von *„Sicherheitsrisiko"* bzw. mangelnder Verankerung der Bundeswehr *„in den Herzen"* der SPD war die Rede („FAZ", 8.11.).

Ein Rekrut ist kein Briefträger

Ein Rekrut ist kein Briefträger

Otto Esser, Chef der Arbeitgeberverbände, sieht in Rekrutengelöbnissen die *„Chance, Identifikation gefühlsmäßig zu verankern"* (der „arbeitgeber", 28.11.80). Wer statt Rekrutengelöbnissen Beamteneide wie bei Postbeamten fordert, übersieht der „FAZ" zufolge Entscheidendes: Der Briefträger werde *„schlimmstenfalls vom Hund gebissen, während der Soldat im ernsten der Ernstfälle sein Leben einsetzen soll. Genau dort klafft die Verständnislücke, um die es beim Streit um Formen und Traditionen geht. Sie kann von Böswilligen fast mühelos zum Trennungsgraben verbreitert werden"* („FAZ", 8.11.80).

Wir wollen hier nicht näher auf die Zweckpropaganda eingehen, die die Gefahr *„der Herausbildung isolationistischer Tendenzen ... von Berufssoldaten"* bzw. die Gefahr, daß sich die Bundeswehr stärker zum „Staat im Staate" entwickeln könne, wenn man sie in den Kasernen isoliere (s. „FAZ", 7.11.80), beschwört. Damit wird aber gerade das Gegenteil von dem bezweckt, wovor „gewarnt" wird: Die Bundeswehr soll als öffentlich sichtbare Macht etabliert werden.

Wir wollen hier schwerpunktmäßig auf den beklagten „Verteidigungswillen" eingehen, der vor allem in Teilen *„der jungen Generation schwinde als Folge ‚mangelnder Erziehung' und ‚unzureichender politischer Führung'"*, wie es etwa Wörner (CDU) sieht („FAZ", 12.11.).

Es gehe um *„die Erziehung zur Kampfbereitschaft"*, im Kriegsfalle müsse der Soldat *„akzeptieren können, daß jetzt das Opfer seines Lebens verlangt wird oder zumindest auf dem Spiel steht, wenn er nicht das Ziel seines Handelns oder noch größere Opfer an Menschenleben und das Scheitern seines Unternehmens verursachen will"*. Dies dürfe *„nicht in gefährlicher Lage wieder zur Disposition gestellt werden können ... Eine Truppe von der man sich Kampfkraft erhofft, muß von diesen soldatischen Eigenschaften geprägt sein. Räuberbanden, Söldnerhaufen, Privatarmeen, Fremdenlegionen und gekaufte Heere bilden alle einen Ehrenkodex heraus, der diese Tugenden verlangt"*, nur daß diese sich *„das jeweils unberechenbar teuer bezahlen"* ließen (Jürgen Busche in „FAZ", 7. 11.) – während es bei der Bundeswehr unter „Dienst fürs Vaterland" zu laufen hat.

Das Maschinengewehr oder die Panzerkanone könne nicht wie eine Betonmischmaschine oder eine Drehbank bedient werden, Bombenwerfen könne nicht mit dem Einwerfen von Briefen in Hauspostkästen verwechselt werden, was auch nur ein Idiot behaupten könnte ... oder aber jemand, der bei Einrichtung der Bundeswehr deren Tätigkeit bewußt verharmlost hat. Aber jetzt ist eine andere Zeit angebrochen:

„Also soll der Soldat, der Schreckliches zu tun befähigt wird, so stark wie irgend möglich an seinen Gehorsam gegen das göttliche Gebot erinnert werden" (ebenda).

Eine derartige Bereitschaft fordert General Brandt, Generalinspekteur der Bundeswehr, von der ganzen Bundeswehr und Bevölkerung. Für ihn ist *„die persönliche Bereitschaft und der Wille zum Kampf ... Bestandteil der Abschreckung"* bzw. deutlicher gesagt, geht es ihm *„um die Entschlossenheit zum Kampf ... Es hat keinen Sinn, einen Soldaten in eine Uniform zu stecken, nur zu dem Zweck, daß er sagt: ‚Ich will eigentlich nicht schießen, denn ich will ja den Frieden'. Ein Soldat muß glaubwürdig sagen können: ‚Ich kann schießen und wenn ich muß, werde ich schießen'"*. Dieser *„Behauptungswille kann sich und darf sich nicht nur auf die Streitkräfte beschränken. Er wird dort nämlich nur in dem Maße lebendig sein, wie er im Volke lebendig ist"* („FAZ", 30.5.80).

Etwas offener sprachen dies noch einige Militaristen aus, die Ex-Marine-Richter Filbinger Ende Oktober auf Schloß Meersburg an den Bodensee geladen hatte.

Kielmansegg, 4-Sterne-General a. D. und seinerzeit Oberbefehlshaber der NATO für Europa-Mitte, der sich schon unter Hitler mit Abzeichnung von „Sühneerschießungen" bewährt hatte, bezweifelte dort *„für große Teile der westeuropäischen Bevölkerung die Bereitschaft zum Kämpfen"*. *„Militärisch knapp wies er die ‚unter dem Eindruck der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vorherrschende Denkweise' ab, ein Dritter Weltkrieg* *dem Eindruck der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vorherrschende Denkweise' ab, ein Dritter Weltkrieg* *sei nicht möglich. Kielmansegg: ‚Ich gehöre zu denen, die diese Lehre nicht akzeptieren'. Krieg sei nun einmal ‚seit Anbeginn der Geschichte' ein ... ‚Vorgang, der zum menschlichen Leben gehört' ... ‚Krieg ist möglich, Krieg schlechthin und damit auch ein Dritter Weltkrieg'"*. Angeregt durch den Pro-AKW-Kämpfer Steinbuch, der über die *„irrationale Vermischung von Hroschima und GAU"* klagte, fügte Kielmansegg hinzu: *„Das gleiche tauche auch bei der strategischen Diskussion auf. So wie die Leute beim relativ harmlosen GAU immer gleich an Hiroshima denken, tun sie es auch bei den viel praktikableren modernen Nuklearwaffen, die wesentlich kleiner seien als die Bombe von Hiroshima. Aber das begreifbar zu machen, ist hoffnungslos"* (zitiert nach „Metall", vom 5.11.80).

Heute ist es noch Militärs überlassen, derart offene Worte über einen Krieg bzw. 3. Weltkrieg auszusprechen. Auch vorlaute CDU/CSU-Politiker, die den Einsatz der Bundeswehr zum „Schutz unseres Öls" am Golf gefordert hatten, wurden angesichts des Wahlkampfes noch einmal zurückgepfiffen. Die offiziellen Verlautbarungen betonen weiterhin den Willen zur ‚Entspannung' und die Absicht, einen Krieg – allerdings durch militärische Stärke – zu verhindern. Doch die Beteiligung und aktive Unterstützung eines Krieges ums Öl, die Vorhersage einer neuen „Eiszeit" im Verhältnis zu den östlichen Nachbarstaaten bzw. die Warnungen Helmut Schmidts vor einem neuen Krieg, ja einem Weltkrieg, sprechen allerdings eine deutliche Sprache. In der Frage der Herstellung der „Kampfbereitschaft" für einen Krieg sind sich diese Herren einig.

Antikriegsstimmung – aber noch kein Antimilitarismus

Im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren, wo der Großteil der Bevölkerung eine Wiederbewaffnung ablehnte, kann sich die Bundeswehr heute auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen (80 % halten die Bundeswehr für notwendig). Zwischen der Zustimmung zur Bundeswehr und der Zustimmung zu einem möglichen Krieg – selbst einem „Verteidigungs"krieg – besteht jedoch n o c h ein Widerspruch, der für die antimilitaristische Politik von großer Bedeutung ist.

Brösel: Eines Tages vor der Rommel-Kaserne



Zwar ist immer noch eine Mehrheit für eine konventionelle „Verteidigung" der BRD, falls sie angegriffen werden sollte; aber nur noch 15 % befürworten eine „Verteidigung" der BRD unter Einschluß von Atomwaffen, die ja im Kriegsfalle nach der herrschenden Militärdoktrin zuerst von der NATO und auch auf BRD-Gebiet eingesetzt werden sol- Atomwaffen, die ja im Kriegsfalle nach der herrschenden Militärdoktrin zuerst von der NATO und auch auf BRD-Gebiet eingesetzt werden sol- len. Mehr als zwei Drittel lehnen selbst eine vermeintliche „Verteidigung" mit Atomwaffen ausdrücklich ab. In diesem Jahr nach Afghanistan stieg dieser Anteil sogar noch um 5 %. Das ist angesichts der Tatsache bemerkenswert, daß insbesondere in der BRD an das Märchen der Überlegenheit des Warschauer Paktes geglaubt wird (viermal mehr halten den Warschauer Pakt statt der NATO für militärisch überlegen, während in den USA mehr Menschen an die Übermacht der NATO glauben). Nur ein Viertel möchte *„die bedingungslose Anlehnung der BRD an die Außenpolitik der USA"*, über 50 % lehnen das ab. Immerhin noch 45 % halten eine *„militärische Neutralität der BRD und DDR"* für eine *„geeignete Möglichkeit der Friedenssicherung"*, während nur 34 % dies ablehnen. Und immerhin 60 % sind gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in der BRD, während nicht einmal ein Viertel (24 %) dafür eintritt. Nur 10 % der BRD-Bevölkerung wollen bei erhöhten Verteidigungsanstrengungen persönlich Sonderabgaben zahlen; knapp ein Drittel will Abgaben nur „in geringem Umfang" zugestehen; 40 % sprachen sich gegen Sonderzahlungen aus (in den USA waren immerhin 22 % für solche Sonderzahlungen zu haben).

Nur 10 % der BRD-Bevölkerung gehen von einer „ernsten Bedrohung" aus (48,4 % in den USA); 41,6 % sprechen von einer „geringen Bedrohung"; nur 7,1 % in den USA fühlen sich gar nicht bedroht, aber 35,3 % in der BRD.

Als diese Umfrage vom Oktober 79 im Februar 1980 wiederholt wurde, waren es nur 2,2 % weniger geworden – trotz der Propagandawelle nach Afghanistan (alle Angaben nach „Welt" vom 30.4.80).

Man mag nun von der Aussagekraft solcher Umfragen im einzelnen halten, was man will; sie sind sicher keineswegs Ausdruck eines vorhandenen antimilitaristischen Bewußtseins, geschweige denn ein Ausdruck einer vorhandenen breit organisierten Friedensbewegung. Aber sicherlich sind sie ein Beleg dafür, daß kriegerische Vorstellungen spontan auf Ablehnung stoßen. Und sie sind ein Indiz dafür, daß sich die heute angeschlagenen militaristischen und kriegerischen Töne nur schwer in der Masse der Bevölkerung verankern bzw. durchsetzen lassen.

Die Schrecken des Krieges schreckt die Menschen vorm Krieg

Die *„aufschreckenden Vorkommnisse"* bei den Rekrutengelöbnissen bestanden keineswegs nur darin, daß die feierliche Stimmung durch den befürchteten „Eierwurf im Genick" getrübt wurden. Sie werden von den standen keineswegs nur darin, daß die feierliche Stimmung durch den befürchteten „Eierwurf im Genick" getrübt wurden. Sie werden von den Militaristen vor allem darin gesehen, daß die Bundeswehr *„vor einem Berg von Problemen"* steht (Wörner in „FR", 14.11.). *„Auch subtiler, ohne Gewalt, frißt sich der Widerstand gegen die Soldaten durch das Bewußtsein der Menschen"*, schrieb Rüdiger Moniac in der „Welt" (8.11.80).

Schon der frühere Bundespräsident Scheel klagte: *„Die Gesellschaft hat die Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen – aber sie hat sie noch nicht geistig verarbeitet. Man fühlt dumpf ihre Notwendigkeit, aber man möchte sie nicht vor seinem Bewußtsein eingestehen. Vor allem möchte man keine Konsequenzen für sich selbst daraus ziehen"* (ebenda). *„Nach Hiroshima und Nagasaki"*, so führt der erwähnte Rüdiger Moniac aus, *„ist die jahrhundertelang anerkannte Definition von Militär als einem rational anwendbaren Instrument zur gewaltsamen Durchsetzung außenpolitischer Ziele endgültig hinfällig geworden. Und mit ihr die Sicherheit bei der Beurteilung der ‚politischen Nützlichkeit' von Waffen und Armeen.*

Besonders deutlich hat sich das jüngst bei der Debatte in den westlichen Demokratien über den Sinn einer Verbesserung der atomaren Rüstung gezeigt. Von der Neutronenwaffe bis hin zur selbstquälerischen Diskussion über Wichtigkeit oder Unsinn einer neuen atomaren Mittelstreckenrüstung für Europa. Solche Zerreißproben strategisch-politischer Auseinandersetzung schlagen unweigerlich bis auf den durch, der als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr herangezogen wird". Der geplante atomare Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO könne bei Soldaten der Bundeswehr *„das Schuldgefühl auslösen, zur weitgehenden Vernichtung des eigenen Volkes und zur Verseuchung des eigenen Landes beigetragen zu haben.*

Die Verwüstungen generalstabsmäßig abstrakt auf dem Papier ausgerechnet, geraten in Dimensionen, daß sie auch das Gemüt von Soldaten extrem bewegen. Nichts hilft dann mehr, die Schrecken der Vernichtung erregen die Phantasie mehr, als der Verstand sie zügeln kann". Diese *„seelische Zerreißprobe"* führe *„bei manchen bis hin zur Kapitulation.*

Angesichts solcher moralisch-sittlichen Streßlagen, ausgelöst vom

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Kriegsverhinderungsdenken unserer Zeit, wird letztlich klar, warum die Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses immer wieder von Vertrauenskrisen breiter Bevölkerungsschichten begleitet ist. Solche Zweifel schlagen natürlich durch bis zum „letzten Rekruten", der sich zwangsläufig fragt, ob sein militärischer Dienst überhaupt noch einen Sinn habe. Wird überdies der junge Wehrpflichtige in seinen Zweifeln noch von der Umwelt bestärkt, dann entwickelt er Interessenlosigkeit, ja Widerwillen."

„*Da sich aber die Aversion der Jugend gegenüber dem (Staat) seit geraumer Zeit besonders lebhaft äußert, gilt nun die kommißhafte Disziplinierung den Kindern. Durch die Verführungskraft tötender Waffen, durch Erziehung zum Haß und durch die grelle Kulissenmalerei eines Feindbildes sollen Konzentration, Indoktrination und Observation als Mittel totalen, totalitären Seelenfanges die kindliche Psyche überwältigen bevor sie kritische Impulse gegen den absoluten Machtanspruch des Staates entwickeln kann. Es ist dieses schlimme Motiv, das die Kirche ... zum offenen Wort gegen den Wehrkundeunterricht herausgefordert und einen Konflikt dramatisch verschärft hat*".

Dies ist nicht der Kommentar eines linken Sozialdemokraten zum neuen Wehrfach, sondern der von Mathias Walden aus der „Welt" (vom 17.8.78) angesichts der Einführung des Faches Wehrkunde in der DDR (im Original steht lediglich statt „gegenüber dem (Staat)" „gegenüber dem realen Sozialismus; statt „die Kirche.....zum" „die Kirche in der DDR zum").

Imperialistische »Eindämmungspolitik«

Einkreisung der Sowjetunion und Bedrohung der »Dritten Welt«

Mancher entdeckte, „*wenn er nur gewitzt genug ist, plötzlich sein ‚Gewissen'*" (ebenda). Und so ist für Günter Maschke die „*aggressiv entpolitisierte Intelligenz ... längst zu einer politischen Großmacht geworden... Die Krawalle von Bremen und überhaupt die Wut über die öffentlichen Bundeswehrgelöbnisse sind deshalb so beklemmend, weil sie den tiefen Illusionismus der jungen westdeutschen Intelligenz bezeugen, die in den nächsten Jahren an die Schalthebel der Macht kommen wird*" (ebenda). Statt die Armee als Machtfaktor zu betrachten, „*diese trivialste von allen Erkenntnissen*", würde in diesen Kreisen dem Abzug der Amerikaner und der Abrüstung das Wort geredet.

Wenn man dies liest, könnte der Eindruck entstehen, als stünde der „tiefe Illusionismus", die „Wehrunwilligkeit", d.h. eine ernsthafte Friedenspolitik kurz davor, die Schalthebel der Macht in diesem Staat zu übernehmen.

willigkeit", d.h. eine ernsthafte Friedenspolitik kurz davor, die Schalthebel der Macht in diesem Staat zu übernehmen.

Dabei geht es umgekehrt darum, daß die Militaristen eine Offensive einleiten möchten, die stärkere „Kampf"- und Kriegsbereitschaft, mehr Hurra-Patriotismus zur Folge hat.

In ähnlicher Manier wird die im vergangenen Jahr wiederum erheblich gestiegene Anzahl der Kriegsdienstverweigerer (über 60.000) dem „vielfach" herrschenden „*Meinungsdruck*" unter Schülern zugesprochen („FAZ", 8.11.80). (Tatsächlich dürfte die Zahl der Verweigerer noch enorm steigen, gelänge es nur ansatzweise, tatsächlich eine Diskussion um die Bundeswehr an den Schulen o r g a n i s i e r t zu führen...).

So konnte es kaum überraschen, daß unmittelbar nach den Rekrutengelöbnissen der Plan von Apel bekanntgegeben wurde, Militärpropaganda als Schulfach einzuführen. Damit solle „*das Verständnis der Jugend für die Bundeswehr*" verbessert werden, „*Dienst nicht Verdienst*" soll das Thema für das „*Schulfach Friedenssicherung*" sein, das auf der Kultusministerkonferenz Anfang Dezember, auf der Apel sein Vorstellungen vortrug, beschlossen wurde („FAZ", 8.11./6.12.).

Kein Wunder, daß die „Frankfurter Allgemeine" angesichts dessen den Vorwurf der „*Indoktrination an den Schulen*" auch aus linken SPD-Kreisen fürchtet, hatte die BRD-Presse doch einen Riesenwirbel gegen den Wehrkundeunterricht in der DDR gerade erst vor 2 Jahren (Mitte 78) entfacht (s. Kasten, s. AK 137, S. 24 ff). So muß dieser Beschluß auch lt. „FAZ" mit entsprechender Ausrichtung in der SPD begleitet sein, damit die Lehrer „vielfach in der GEW organisiert", tatsächlich solchen Unterricht veranstalten würden. Auch hier muß sich erst zeigen, wieweit ein tatsächlicher Friedensunterricht von fortschrittlichen Lehrern und Schülern organisiert werden kann.

Bürgerliche Kommentatoren sehen „das Ende der Entspannung" und eine drastische Zuspitzung der Weltlage voraus. Die Linke betont gleichfalls die erhöhte Gefahr eines dritten Weltkrieges angesichts der gigantischen atomaren und konventionellen Hochrüstung. Insbesondere gegen den sogenannten „Nachrüstungsbeschluß" der Nato entwickelt sich in vielen westeuropäischen Ländern eine breite Protestbewegung.

In der Tat nimmt die Verschärfung der Widersprüche in der Welt geradezu beängstigende Ausmaße an. Zu verantworten haben diese Entwicklung vor allem die imperialistischen Länder, an der Spitze der US-Imperialismus. In diesem Artikel soll gezeigt werden, welche Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung der Imperialismus in der ganzen Welt ergriffen hat.

I. Die Nato – das „Herzstück" imperialistischer Politik

Der US-Imperialismus hat wiederholt erklärt, daß Westeuropa bzw. die Nato den Kern, das „Herzstück" seiner Außenpolitik bilden. Der jüngste „Nachrüstungsbeschluß" der Nato, bei dessen Zustandekommen die Bundesregierung eine führende Rolle spielte, belegt das anschaulich. Zusammen mit Frankreichs und Großbritanniens Atomwaffen-Potentialen und den rund 7.000 US-Atomwaffen (davon allein 5.000 in der BRD) ist Westeuropa nicht nur konventionell, sondern auch atomar in der Lage, einen Krieg gegen die Sowjetunion in seine Pläne mit einzukalkulieren. An der aggressiven Zielsetzung der Nato hat sich seit ihrer Gründung nichts geändert. Verändert jedoch hat sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Nato, und zwar eindeutig zugunsten der EG, vor allem des BRD-Imperialismus. Nicht nur, daß die EG als immer stärkerer wirtschaftlicher Konkurrent gegenüber den USA auf dem Weltmarkt auftritt, auch die militärischen Relationen haben sich verschoben.

Ein Blick auf die Rüstungsausgaben der Nato zeigt, daß der Anteil der westeuropäischen Nato-Staaten im Verhältnis zu den Rüstungsausgaben der USA stetig gestiegen ist. Vor zehn Jahren betrugen die Militärausgaben der westeuropäischen Staaten noch rund 23,5 Milliarden Dollar, die der USA 77,8 Mrd. Dollar; der Anteil Westeuropas lag also bei rund 23 %. 1978 betrug die Relation 68,9 Mrd.

der westeuropäischen Staaten noch rund 23,5 Milliarden Dollar, die der USA 77,8 Mrd. Dollar; der Anteil Westeuropas lag also bei rund 23 %. 1978 betrug die Relation 68,9 Mrd.

Dollar zu 105,1 Mrd. Dollar — der westeuropäische Anteil der Nato-Rüstungsausgaben kletterte also auf runde 40 % (1).

Die Entwicklung der US-Rüstungsexporte soll ebenfalls die gestiegene Bedeutung der westeuropäischen Nato-Staaten demonstrieren. Gingen die Rüstungsexporte der USA bis etwa Mitte der 60er Jahre überwiegend an die westeuropäischen Nato-Länder, so hat sich dieses Verhältnis im Vergleich zur „Dritten Welt" umgekehrt:

Von 1950 - 1972 exportierten die USA Waffen im Werte von 11,7 Mrd. Dollar nach Westeuropa und für 7,6 Mrd. Dollar in die Länder der „Dritten Welt". Bereits 1973 betrug das Verhältnis 0,8 Mrd. zu 3,7 Mrd. Dollar zugunsten der „Dritten Welt"; 1974 0,8:9,7; 1975 5,2:7,1; 1976 1,9:11,3; 1977 1,0:10,1; 1978 1,7:11,5; und 1979 2,1:11,4 Mrd. Dollar (2).

Daraus geht hervor, daß die westeuropäischen Nato-Staaten ihre Aufrüstung zunehmend aus „eigener Kraft" betreiben und über eine auch international konkurrenzfähige Rüstungsindustrie verfügen.

Ein wichtiger Faktor bei dieser Entwicklung ist Frankreich. In den 70er Jahren gab es eine deutliche Annäherung und Zusammenarbeit des französischen Imperialismus mit der Nato, ohne daß Frankreich formell Nato-Mitglied ist. Im französischen Weißbuch zur „nationalen Verteidigung" von 1972 hieß es bereits: „*Die Ablehnung der Blöcke bedeutet in keiner Weise eine Verkennung des Wertes des Atlantischen Bündnisses...*". Es gebe „*...gegenwärtig keine Alternative zum amerikanischen Atomschirm für die Verteidigung Europas*". Und die „Welt" wußte zu berichten, daß die „*Beteiligung Frankreichs an der Verteidigung des Westens ... weit umfassender (ist) als viele glauben*" (3). Frankreich nahm unter Giscard d'Estaing auch Abschied von der Militärdoktrin der sogenannten „Rundumverteidigung" („tous azimuts"). Der Gegner „*wird jetzt wieder vornehmlich im Ostblock gesehen*" (4). In den letzten Jahren nahm Frankreich an allen wichtigen Gipfeltreffen der Nato teil, ist mit einem General beim Nato-Oberkommando Shape vertreten und arbeitet in zahlreichen Nato-Stäben mit. Auch in die Nato-Aufklärung und Luftraumverteidigung ist Frankreich voll integriert. — Eine Spezialrolle spielt Frankreichs (Neo)kolonialpolitik in der „Dritten Welt", vor allem in Afrika.

Die „Eurogroup" der Nato

Kernstrück der westeuropäischen Zusammenarbeit auf dem Militärsektor ist die 1968 gegründete „Eurogroup" der Nato, ohne Mitgliedschaft der USA, Kanadas und Frankreichs. Dieses anfänglich nur „beratend" tätige Gremium entwickelte sich zu einer Stelle, wo praktisch sämtliche Rüstungsvorhaben, Standardisierung von Waffensystemen und Interessen der Rüstungskonzerne koordiniert werden. Von 1972 bis 1977 betrug der Etat der „Eurogroup" 23 Milliarden Dollar, 1978 wurden sogar 9 Mrd. Dollar aufgewendet (5).

Am 5.11.75 beschloß die „Eurogroup" die Bildung einer „Programmgruppe für die Rüstungskooperation", am 2.2.76 wurde die „Unabhängige Europäische Programmgruppe" (IEPG) unter Einschluß Frankreichs ins Leben gerufen. (Der IEPG gehören alle Nato-Staaten Westeuropas außer Island an). Das westdeutsche Weißbuch von 1979 formulierte die Ziele der IEPG so:

- „*stärkere Rüstungszusammenarbeit in Europa*";
- mehr „*Standardisierung*";
- „*mehr europäisches Gewicht in der Rüstungskooperation mit Nordamerika*";
- „*schrittweise Anpassung der Struktur und der Kapazität der europäischen Rüstungsindustrie an den Gesamtbedarf von Rüstungsgütern...*" (6).

Im Zeitraum von 1971 bis 1979 wurden über gemeinsame Rüstungsprogramme der „Eurogroup" folgende Waffen für die Nato produziert:

- 3.023 Kampfpanzer (rund 50 % aller Nato-Panzer in Westeuropa);
- 1.239 Kampfflugzeuge (rund 50 % aller in Mitteleuropa stationierten Kampfflugzeuge);

die Nato produziert:
- 3.023 Kampfpanzer (rund 50 % aller Nato-Panzer in Westeuropa);
- 1.239 Kampfflugzeuge (rund 50 % aller in Mitteleuropa stationierten

- 32.520 Panzer und Luftabwehrsysteme (rund 15 %) (7).

Im Rahmen der „Eurogroup" wurden u.a. die Kampfflugzeuge „Tornado" (BRD, Großbritannien, Italien), das leichte Kampfflugzeug „Alpha Jet" (BRD, Frankreich), die Luft-Luft-Rakete „Sidewinder" (BRD, Belgien, Niederlande, Norwegen und Dänemark), die Panzerabwehrraketen „Milan" und „Hot" (BRD, Frankreich), das Flugabwehrraketensystem „Roland", montiert auf dem BRD-Schützenpanzer „Marder" (BRD, Frankreich) und der Mehrzweck-Kampfhubschrauber „Lynx WG 13" (Großbritannien, Frankreich) produziert (9).

Es liegt auf der Hand, daß insbesondere der BRD-Imperialismus im Rahmen der „Eurogroup" dank seiner ökonomischen Vormachtstellung eine Führungsrolle einnimmt und damit erheblichen Einfluß auf die Militärpolitik ausübt. Das westdeutsche „Weißbuch" gab bekannt, daß 60 % der Ausgaben für „wehrtechnische Forschung und Entwicklung" und 50 % der Ausgaben für „militärische Beschaffungen auf Projekte der Rüstungskooperation zwischen den Bündnispartnern entfallen" („Weißbuch" 1979, S. 35). Zwar erkennen die westeuropäischen Nato-Staaten die Dominanz der USA an, aber sie treten auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion auch als Konkurrent auf. Das gewonnene Eigengewicht macht Großmachtambitionen möglich, auch in anderen Regionen der Welt stärker Einfluß zu nehmen.

Die wachsende Rolle der EG bzw. der westeuropäischen Nato-Staaten spiegelte sich auch im Verhältnis zu den USA wider. Bereits 1973 gab es Auseinandersetzungen innerhalb der Nato, als die USA das „Jahr Europas" proklamierten. Die USA legten damals den Entwurf einer „Atlantik-Charta" vor, die von Kissinger so interpretiert wurde: „*Die Politik der Vereinigten Staaten hat g l o b a l e Interessen und eine globale Verantwortung, unsere europäischen Verbündeten haben r e g i o n a l e Interessen*" (10). Diese Zurechtweisung fand nicht gerade die Zustimmung der EG-Staaten, auf eine „Region" wollten sie sich nicht beschränken lassen. Die „Charta" wurde fallengelassen.

Das imperialistische „Krisenmanagement" mußte der wachsenden Bedeutung der EG-Staaten Rechnung tragen. Dies kam in der engen Konsultation im Rahmen der „Trilateralen Kommission" zum Ausdruck wie auch auf den in den letzten Jahren abgehaltenen großen Gipfeltreffen der sieben wichtigsten imperialistischen Staaten (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und Japan). Carter umschrieb das Verhältnis der drei imperialistischen Machtzentren so: „*Es ist jetzt an der Zeit, daß wir eine Partnerschaft zwischen Nordamerika, Westeuropa und Japan suchen. Unsere drei Gebiete haben gemeinsame wirtschaftliche, politische und Sicherheitsinteressen, die es logisch erscheinen lassen, daß wir eine ständig zunehmende... Verständigung anstreben*" (11).

Das neue imperialistische „Krisenmanagement" hat sich bereits in einigen Situationen bewährt; so z.B. beim gemeinsam geplanten und von Frankreich und Belgien direkt durchgeführten Überfall auf Zaïre vor zwei Jahren. Auch der Militärputsch in der Türkei in diesem Jahr ist ohne Absprachen und Vorbereitungen innerhalb der Nato nicht vorstellbar.

Im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen Staaten spielt die EG zunehmend ihren eigenen Part. Das „Weißbuch" der Bundesregierung von 1979 nennt die KSZE, den „europäisch-arabischen Dialog" seit 1974, die „Beratungen über Afrika", den „Beginn des politischen Dialogs" mit den südostasiatischen ASEAN-Staaten und die „Heranführung" Griechenlands, Portugals und Spaniens an die gemeinsame Außenpolitik der EG als Elemente der politischen Zusammenarbeit Westeuropas.

Das spezielle Interesse des BRD-Imperialismus gilt der „Südflanke" der Nato. Die BRD schloß mit der Türkei Wirtschafts- und Militärhilfe-Abkommen in Höhe von 800 Mio DM ab (12). Darüber hinaus erhielt die Türkei reichlich „Überschußmaterial" aus

Wirtschafts- und Militärhilfe-Abkommen in Höhe von 800 Mio DM ab (12). Darüber hinaus erhielt die Türkei reichlich „Überschußmaterial" aus

Beständen der Bundeswehr (13). Griechenland erhielt 267 Mio DM Wirtschaftshilfe, Portugal 280 Mio DM sowie 34 Mio DM zur Aufstellung einer Infanterie-Brigade (14).

Weiterer Schwerpunkt imperialistischer Arbeitsteilung ist Afrika. Insgesamt hat die EG mit 57 afrikanischen Staaten „Assoziierungsabkommen" (Stand 1979), Frankreich hat mit 17 afrikanischen Staaten Militärabkommen bzw. Militärbündnisse, Großbritannien hat im Rahmen des Commonwealth Abkommen mit 13 Staaten Afrikas (15).

Anläßlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Krisen im Nahen Osten findet eine verstärkte Diskussion über die Ausdehnung der „Einflußzonen" der Nato statt. Der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber und neue US-Außenminister, General Haig, erklärte: „*Nato-Interessen überschreiten das Nato-Gebiet... Wir müssen uns auch regional mit militärischen Mitteln ausstatten, die als Abschreckung gegen die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt einsetzbar sind... Es gibt keinen Ersatz für Streitkräfte an Ort und Stelle*" (16). Und der britische Luftwaffen-Stabchef, General Cameron, meinte, die Nato müsse bereit sein, in Zukunft möglicherweise Kriege a u ß e r h a l b Europas zu führen, um ihren Anteil an den Naturschätzen der Welt und das „politische Gleichgewicht" zu sichern (17). Wenn hier die deutlich gewachsene Bedeutung Westeuropas innerhalb der Nato betont wurde, so bedeutet das keineswegs eine größere Abstinenz der USA. Im Gegenteil: sie haben einen erheblichen Beitrag vornehmlich an der atomaren Hochrüstung und Modernisierung geleistet, und der „Nach"rüstungsbeschluß der Nato zielt gerade darauf, das atomare Bedrohungspotential der USA in Westeuropa erheblich zu verstärken.

Die US-Stützpunkte in Europa

Westeuropa nimmt für die USA nach wie vor den ersten Platz ein. Hier befinden sich immer noch die quantitativ wie qualitativ größten Stützpunkte und Militärbasen der Welt.

Man kann die US-Stützpunkte rein „geostrategisch" unterteilen. Da wäre zunächst das „Hinterland" der Nato, wo sich die atomar-strategischen „Forward-Based-Systems", bestehend aus B-52-Bombern, der F-111 und aus Atom-U-Booten, befinden. Dieses „Hinterland" wird von Grönland, Island, Großbritannien und Spanien gebildet.

In Thule auf G r ö n l a n d befinden sich Landebahnen für B-52-Bomber und Anlaufhäfen für Atom-U-Boote. In Keflavik auf I s l a n d befinden sich gleichfalls modernste Luftwaffenstützpunkte, die im Konfliktfall von den USA genutzt werden können. Der Forderung der isländischen Regierung nach Schließung der US-Stützpunkte folgte nach langen Verhandlungen die Beibehaltung der Stützpunkte. Die US-Soldaten dürfen sich jedoch nur innerhalb des Stützpunktgebietes aufhalten, und der zivile und militärische Luftverkehr wurden strikt getrennt. — Auf den Luftwaffenstützpunkten Upper Heyford und Lakenheath in G r o ß b r i t a n n i e n befindet sich ein großer Teil des „Forward Based System" mit den strategischen B-52-Bombern (21). Darüber hinaus verfügt Großbritannien über gut ausgebaute U-Boot-Stützpunkte und eigene „Polaris"-Atom-U-Boote, die in den kommenden Jahren durch die „Trident"-Atomwaffen ersetzt werden sollen. Auf den zehn großen Flugbasen sind insgesamt rund 20.000 US-Soldaten beschäftigt (22).

Im Süden der Nato spielt das noch-nicht-Nato-Mitgliedsland S p a n i e n eine zentrale Rolle; auch hier befindet sich ein Teil des „Forward Based System". Stützpunkte für die strategische Luftwaffe befinden sich u.a. in Torrijos, Saragossa, Elisondo und auf den Balearen. Die USA haben in Spanien auch einen Stab des strategischen Luftwaffenkommandos untergebracht. Die Luftwaffenstützpunkte in Spanien machten schon einmal von sich reden: Es war am 17.1.66, als eine B-52 mit einem Auftankflugzeug zusammenstieß — unweit vom Luftwaffenstützpunkt Torrejon. Über dem kleinen Dorf Palomares stürzte die B-52 ab,und vier Atombomben versanken im Meer. Sie konnten nach einiger

sammenstieß — unweit vom Luftwaffenstützpunkt Torrejon. Über dem kleinen Dorf Palomares stürzte die B-52 ab,und vier Atombomben versanken im Meer. Sie konnten nach einiger

Zeit geborgen werden, keine war detoniert (23). Von Bedeutung sind auch die Marinestützpunkte der USA in Spanien. Rota bildet die Hauptbasis der amerikanischen Atom-U-Boote mit „Polaris"-Raketen. Hier können auch Flugzeugträger anlegen und Kriegsschiffe gewartet werden. In Rota befindet sich außerdem eine 3 km lange Start- und Landebahn für amerikanische Bomber und Großtransportflugzeuge. Nach Francos Tod erhielt Spanien auch offiziell größere Militärhilfe: Die USA lieferten u.a. 72 F-16-Kampfflugzeuge (24); Frankreich lieferte „Mirage"-Bomber (25), und Großbritannien hob das Waffen-Embargo gegen Spanien auf (26). Zudem verfügt Großbritannien nach wie vor über den strategisch wichtigen Stützpunkt Gibraltar. Im letzten Jahr schlossen die USA mit Spanien ein neues Stützpunkt-Abkommen ab. In diesem Rahmen haben die USA ihre „Polaris"-U-Boote und 10.000 Soldaten abgezogen. Die „Polaris"-U-Boote sollen demnächst durch die moderneren „Trident"-U-Boote ersetzt werden (27).

In P o r t u g a l besitzen die USA ebenfalls Luft- und Marinestützpunkte; die Bundeswehr verfügt dort über den Luftwaffenstützpunkt Beja. Die Azoren dienen den USA als wichtiger Brückenkopf sowohl für Europa als auch für den Nahen Osten. Im Nahostkrieg von 1973 errichteten die USA eine Luftbrücke, deren wesentliche Station die Azoren waren. Spanien, die Azoren und Portugal bilden zusammen mit den USA ein gemeinsames „Iberisches Oberkommando" (28).

Die genannten Nato-Stützpunkte sollen den USA im „Konfliktfall" als strategische Nachschub-Basen und als Anlaufstelle für die 2. Flotte der USA

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

für den Bereich Atlantik dienen. Alle anderen Nato-Staaten sind „geostrategisch" mehr oder weniger Frontstaaten gegenüber den Ländern des RgW.

Bleiben wir bei der Südflanke, so nimmt Italien zweifellos eine herausragende Rolle ein. Italien ist sowohl Nachbar Jugoslawiens als auch „Bein" ins Mittelmeer hinein und von US-Stützpunkten geradezu übersät. Die 6. US-Flotte der USA hat ihre Anlaufhäfen u.a. in Neapel, Gaeta, Sigonella, ferner in La Maddalena (Sardinien) und Santa Stefano (in der Nähe von Sizilien). In Norditalien befinden sich weitere Luftwaffenstützpunkte (29). Der Luftwaffenstützpunkt bei Livorno (Toskana) diente den USA 1958 dazu, ihr Kriegsmaterial zur Intervention gegen den Libanon und Jordanien einzufliegen (24). Insgesamt sind derzeit rund 12.000 US-Soldaten in Italien stationiert (5). Nach den USA, Frankreich, der BRD und der Türkei hat Italien die meisten Soldaten in der Nato (rund 362.000) und ist u.a. mit 800 westdeutschen „Leopard"-Panzern ausgerüstet. Schwerpunktmäßig modernisiert Italien insbesondere seine Marinestreitkräfte. In den 70er Jahren wurden die italienischen Streitkräfte den modernen Nato-Maßstäben angepaßt, d.h. in kleinere Brigaden umgegliedert. Daß Italien erhöhte „Verteidigungsanstrengungen" macht, ist aus den überdimensionalen Steigerungsraten des Rüstungsetats ersichtlich. Allein zwischen 1976 und 1978 kletterten die Rüstungsaufwendungen um glatte 150 % (von 3.608 Mrd. auf 5.223 Mrd. Lire). Diese Steigerungsrate ist selbst innerhalb der Nato einsame Spitze! (2).

Weitere Frontstaaten der Nato sind im Süden bzw. Südosten Griechenland und die Türkei. Die zum Teil massiven Widersprüche zwischen beiden Ländern (Streit um die Ägäis, Krieg in Zypern 1973) hatten zur Folge, daß Griechenland vorübergehend aus der Nato austrat und erst kürzlich wieder — gegen den starken Widerstand des griechischen Volkes — Vollmitglied der Nato wurde. Auch die Türkei legte die Nato-Mitgliedschaft auf Eis; erst vor einigen Monaten einigte sich die Türkei mit den USA über die volle Nutzung aller 26 US-Stützpunkte. Trotz dieser vorübergehenden Differenzen erhielten beide Staaten vor allem von der BRD Wirtschafts- und umfangreiche Militärhilfe.

In Griechenland befinden sich Marinebasen für die 6. US-Flotte, so u.a. in Piräus, Akrotiri und Kreta. Auf Kreta befindet sich außerdem ein größerer Luftwaffenstützpunkt. Die Insel Zypern dient den USA zur „Aufklärung" des Nahen Ostens mit größeren Radaranlagen (30). Auch in der Türkei befinden sich große Radar-
„Aufklärung" des Nahen Ostens mit größeren Radaranlagen (30). Auch in der Türkei befinden sich große Radar-
schirme zur „Aufklärung" der südlichen Sowjetunion und des Nahen Ostens.

Kernstück bleibt im Bereich der Nato-Südflanke die 6. US-Flotte, die derzeit in eine ständige Einsatzflotte umgewandelt wird. Sie umfaßt u.a. zwei atomgetriebene und mit Atomwaffen ausgerüstete Flugzeugträger, die „Nimitz" und die „Forrestal" mit je 100 Kampfflugzeugen. Die Flugzeugträger werden ständig begleitet von je einem Kreuzer und acht bis zehn Zerstörern. Dieses Kontingent bildet den Angriffs-Verband. Hinzu kommen noch ein Landungs-Verband mit vier bis fünf Landungsschiffen, Einheiten der Marine-Infanterie sowie ein Versorgungs-Verband, bestehend aus einer ganzen Reihe von Munitionstransportern, Werkstattschiffen usw. Das „zweite Bein" der 6. Flotte besteht aus einem Geschwader atomgetriebener U-Boote mit „Polaris"-Raketen. Hinzu kommt ein U-Boot-Jagd-Verband aus mindestens acht Zerstörern, U-Jagd-Schiffen und U-Boot-Jägern. Ergänzt wird diese maritime Flotte durch U-Boot-Jagd-Flugzeuge und Aufklärer auf den Stützpunkten in Spanien, Kreta und auf Sizilien (30). Insgesamt sind rund 25.000 US-Soldaten bei der 6. Flotte tätig (31). Selbst das bundesdeutsche „Weißbuch" läßt sich nicht lumpen und gesteht freimütig: **„Im Mittelmeer sind die Seestreitkräfte der Nato denen des Warschauer Paktes überlegen"** (32).

Allein in Mitteleuropa, also vornehmlich in der BRD, sind 234.300 US-Soldaten stationiert, in ganz Westeuropa insgesamt 329.700 Soldaten (18). Insgesamt, mit der britischen Rheinarmee und den französischen, kanadischen, belgischen und niederländischen Truppen zusammen, sind derzeit 379.000 Nato-Soldaten in der BRD stationiert (Weißbuch, 1978). Die USA verstärkten ihre Truppen um weitere drei Brigaden, die im Raum Bremen/Bremerhaven stationiert sind. Unter amerikanischem Verschluß lagern allein in der BRD über 5.000 Atomsprengköpfe, die von 600 Haubitzen und Granatwerfern, 2.900 Kampfflugzeugen, 300 Startrampen für operativ-taktische Raketen und mehr als 1.200 Startrampen für Flugabwehr-Raketen abgefeuert werden können (19).

Die USA haben — neben der atomaren Aufrüstung Westeuropas, die noch gesteigert wird durch die „Nachrüstungs"-Beschlüsse — ihren Schwerpunkt auf die Verstärkung des Nachschubs und der Einlagerung schweren Kriegsmaterials gelegt. So soll Rüstungsmaterial für drei US-Divisionen bis 1983 in der BRD eingelagert, die Zuführung amerikanischer Kampfflugzeuge innerhalb einer Woche verdreifacht werden (20). Die Anzahl der amerikanischen Soldaten soll sich innerhalb von zwei Wochen verdoppeln können (20). Mit rund 15 Milliarden Dollar soll im Rahmen des „Langfristigen Verteidigungsprogramms" der Nato bis 1993 die Infrastruktur verbessert, d.h. neue Flugplätze angelegt, Raketenanlagen installiert, die Treibstoffversorgung verbessert werden. In dieses Programm fällt auch die Ausrüstung und Einführung des Luftaufklärungssystems „Awacs" mit Kosten in Höhe von 3,8 Mrd. DM. Hinzuzufügen ist, daß die BRD nach wie vor die konventionell stärkste Armee in Westeuropa besitzt und durch das 1978 beschlossene Nato-Langzeitprogramm noch weiter hochgerüstet werden soll. Die BRD will in den nächsten fünf Jahren rund 40 Mrd. DM aufwenden und beteiligt sich an 130 der 186 vorgesehenen „Langzeit"-Maßnahmen (33).

Neben der Südflanke bereitet den USA und der BRD auch die Nordflanke einiges Kopfzerbrechen. Nicht nur, daß die amerikanischen Stützpunktrechte auf Island zumindest in friedlichen Zeiten eingeschränkt sind, sondern auch die nördlichen „Frontländer" Dänemark und Norwegen sind nicht so ohne weiteres bereit, sich total dem Hochrüstungs-Diktat zu unterwerfen. Dänemark — wichtiger Eckpfeiler und „Bindeglied" zwischen Zentraleuropa und Norwegen, Kontrolleur des Ausgangs der Ostsee (Skagerrak) — ist beispielsweise nicht bereit, die geforderten realen 3 %-Steigerungen des Rüstungsetats einzuhalten.

Erst nach erheblichen Verhandlungen oder besser: erheblichem Druck, mußte Norwegen es hinnehmen, weitere US-Munitionslager, darunter auch schwere taktisch-atomare Artillerie, im Lande einrichten zu lassen. Ohnehin befinden sich in Norwegen Radarstationen zur Aufklärung des nördlichen Teils der DDR, Polens und der Sowjetunion (34). Die Einrichtung von großen Waffen- und Munitionsdepots soll im „Konfliktfall" dazu dienen, daß der rasche Einsatz einer US-Marinebrigade erfolgen kann.

II. Der Nahe Osten

II. Der Nahe Osten

Der Nahe Osten entwickelte sich buchstäblich in ein großes Pulverfaß. In dieser Region konzentriert sich das Gros von Rüstungsexporten seitens der USA, Frankreichs und Großbritanniens, ebenso wie der Sowjetunion. Besonders zwei Hauptmerkmale kennzeichnen die Situation: einmal die Entwicklung im Iran, die die Auflösung des CENTO-Militärpaktes (Türkei, Pakistan, Iran, Großbritannien, USA) im letzten Jahr zur Folge hatte. Die USA verloren ihre bis dahin neben Israel wichtigste Bastion im Nahen Osten. Zweitens ist von besonderer Bedeutung die Integration Ägyptens in die imperialistische Politik und seine Aufrüstung. Die USA haben in der Nähe von Kairo moderne Aufklärungsflugzeuge vom Typ „Awacs", moderne Kampfbomber vom Typ F-15 und F-111 sowie B-52-Bomber stationiert. Schon lange bevor die USA die „Carter-Doktrin" verkündeten, wonach sie die Golf-Region als ihr „natürliches Einflußgebiet" betrachten, das sie gegebenenfalls auch mit Atomwaffen „verteidigen" würden, begann seit etwa Mitte der 70er Jahre die enorme Aufrüstung der Staaten des Nahen Ostens. Außerdem sicherten sich die USA eine Reihe neuer Militärstützpunkte. In kurzer Region der Welt nahmen die Rüstungsimporte derart explosive Höhen an: Saudi-Arabien z.B. gab für Rüstung 1974 noch runde 1,8 Mrd. Dollar aus, 1978 waren es bereits 13,2 Mrd. Dollar! (35)

Doch gehen wir ins Detail. Nach wie vor wichtigster Stützpunkt im Nahen Osten ist und bleibt Israel. Es erhielt zwischen 1973 und 1977 von den USA Militärhilfe von über 10 Mrd. Dollar, 1978 nochmals 1,8 Mrd. Außerdem soll Israel über mindestens 14 Atombomben verfügen, die es in enger Zusammenarbeit mit Südafrika und auch Frankreich entwickelt hat (36). In den letzten zwei Jahren lieferten die USA u.a. 45 moderne F-15-Kampfflugzeuge (37), 75 F-16-Bomber, die besonders als Atomwaffenträger geeignet sind (38), vier Aufklärungsmaschinen des Typs „Hawkeye", die den „Awacs" ähneln (39) sowie eine ganze Serie von „Concussions"-Bomben, die noch verheerendere Wirkungen hinterlassen als Napalmbomben (40). Außerdem erhielt Israel von den USA im letzten Jahr nochmals Militärhilfe in Höhe von 780 Mio Dollar (41). Neben amerikanischen Waffen besitzt Israel vor allem auch französische Waffen, wie z.B. 38 „Mirage"-III-Kampfflugzeuge (42).

Saudi-Arabien kommt eine Schlüsselstellung in der Golfregion zu. Vor vier Jahren waren sie der große Finanzier einer „Interarabischen Rüstungsgesellschaft" (AOI), der neben den Saudis auch Ägypten, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) angehörten. In der Nähe von Kairo wurde u.a. eine Rüstungsfabrik errichtet, die im Lizenzbau Hubschrauber und Raketen fertigen sollte. Der britische Luftwaffenkonzern „British Aerospace" beteiligte sich zu 30 % an der AOI zum Lizenzbau ihrer Langstrecken-Panzerabwehrrakete „Swingfire" (43). Die Rolle der Saudis, die einen Teil ihrer Öl-Dollars in die AOI hineinpumpten, wird schon daran deutlich, daß sie den gesamten Aufbau der ägyptischen Luftwaffe finanzierten! (44) Die AOI brach erst auseinander, als die drei beteiligten arabischen Staaten mit Ägypten wegen des Camp-David-Abkommens brachen (45). Ansonsten sind die Rüstungsimporte der Saudis in den letzten Jahren gewaltig. Sie erhielten u.a. —

- von den USA und Frankreich Panzerabwehrraketen und Panzer (46);
- von den USA allein 6.500 „Sidewinder" und „Maverick"-Raketen (Luft/Luft bzw. Luft/Boden-Raketen) (47), 580 Flugabwehrraketen vom Typ „Hawk" (48);
- von den USA 224 Kampfflugzeuge vom Typ „Phantom" F-5 (49) sowie 60 modernere Bomber vom Typ F-15 (50) im Werte von 2,5 Mrd. Dollar. Die F-15 sind allerdings nicht von hohem Wert, da die USA diese Maschinen ohne Bombenabwurfvorrichtungen lieferten (51). Die USA garantierten damit Israel, daß die Saudis nicht in der Lage sein würden, israelisches Territorium zu treffen. Generell ist es so, daß die USA die arabischen Staaten immer unterhalb der Schwelle Israels ausrüsten, um dem Zionismus per Waffenlieferungs-Timing die Überlegenheit zu sichern. Auch Ägypten erhielt z.B. nicht die geforderten F-16 („Eagle")-Kampfflugzeuge aus den USA mit der o.a. Begründung.

Doch bleiben wir noch einen Moment bei den Saudis. Sie liegen bei den USA mit 4,9 Mrd. Dollar derzeit an der Spitze der Rüstungsimporteure (52). Die USA verfügen in Dahran auch über einen großen Militärstützpunkt, wo Anfang dieses Jahres gemeinsame Luftmanöver der amerikanischen und ägyptischen Luftstreitkräfte durchgeführt wurden (53). Welche Bedeutung die Saudis für die USA haben, wird allein daran klar, daß
nischen und ägyptischen Luftstreitkräfte durchgeführt wurden (53). Welche Bedeutung die Saudis für die USA haben, wird allein daran klar, daß
rund 30.000 US-„Militärberater" in Saudi-Arabien tätig sind und der Chef des saudi-arabischen Geheimdienstes beim CIA „beschäftigt" ist (54). Offener lassen sich Abhängigkeiten wohl kaum darstellen.

Aber auch Frankreich sahnt kräftig bei den Saudis ab. Es verhandelte über Rüstungskäufe im Werte von 3,5 Mrd. Dollar (55) und schloß jüngst ein Rüstungsabkommen, das u.a. Lieferungen von Schnellbooten vorsieht. Außerdem beteiligen sich die Saudis finanziell an der Entwicklung eines neuen französischen Kampfflugzeuges, der „Mirage 4000" (56). Am 14.10. schlossen die Saudis mit Frankreich ein neues Rüstungsabkommen in Höhe von 6,5 Milliarden DM ab. Die Saudis erhalten von Frankreich u.a. 24 Kampfhubschrauber, vier Fregatten und zwei Tanker. „In den letzten Jahren hatte Saudi-Arabien Waffen und Material ... im Wert von 12 Milliarden Franc ... bezogen", weiß die „FAZ" vom 16.10.80 weiter zu berichten. Auch Großbritannien ist mit von der Partie und stellt 2.000 „Militärberater" in Saudi-Arabien (57). Es lieferte Waffen in Höhe von 300 Mio Pfund.

Alles in allem zeigt dies, daß die Saudis ein wichtiger Verbündeter der USA in der Golf-Region sind und gleichzeitig großer Geldgeber zur Finanzierung und Aufrüstung anderer arabischer Staaten, die eine pro-imperialistische Politik betreiben.

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion hat sich Ägypten zu einem klassischen Stützpunkt der USA entwickelt. Daß die USA ihren militärischen Überfall auf den Iran im April 80 über Ägypten abwickelten (durch den Start ihrer C-130-Transportmaschinen) und nun dort die „Awacs"-Aufklärungsflugzeuge stationiert haben, zeigt, daß Sadat willfährig jede US-Aggression zu unterstützen bereit ist. Derzeit sind zwei amerikanische Flugzeugträger sowie F-15 und F-111-Kampfflugzeuge der USA in der Nähe von Kairo stationiert, außerdem B-52-Bomber (58). Derzeit befinden sich 1.400 US-Soldaten in Ägypten („FAZ", 18.10.80). Vor dem Camp-David-Abkommen blühte der Waffenhandel vor allem mit Frankreich, das u.a. 200 „Mirage"-1-Bomber lieferte (59). Auch Hubschrauber gehörten zu Frankreichs Exporten nach Ägypten. Großbritannien lieferte hauptsächlich zahlreiche Raketen („Swingfire", „Lynx") an Ägypten (60). Nach dem Camp-David-Abkommen schlugen die USA zu; sie gaben Ägypten zunächst eine Militärhilfe von 780 Mio Dollar und wollen bis 1982 noch 2 Mrd. Dollar dazulegen (61). Dafür erhielt Ägypten Waffenlieferungen von den USA, so u.a. zwölf F-4-Bomber, 35 F-4 E-Bomber, 80 F-16-Bomber (ohne Bombenabwurfvorrichtung!) und 900 veraltete Panzer der Typen M-60 und M-80 (62). Die USA hielten sich also strikt daran, Ägypten nur so auszurüsten, daß es keine ernsthafte militärische Bedrohung für Israel darstellt — wohl aber, zu Militäraktionen z.B. gegen Libyen in der Lage wäre.



Ein Quartett von Kampfflugzeugen des Typs „Phantom" F 4 hat kürzlich die Pyramiden bei Kairo überflogen. Bei zwei der Maschinen (erkennbar an der helleren Bemalung) handelte es sich um Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe, die insgesamt 35 Stück dieses Flugzeugtyps von den USA erhalten hat. Diese Lieferung schließt Schulung des Personals und Unterhalt der Maschinen ein.

Sadat gilt als arabische Marionette des Imperialismus und bot inzwischen sogar an, daß auch die EG Stützpunkte in Ägypten bekommen könnte (64). Im letzten Jahr hat Ägypten Streitkräfte nach Dhofar entsandt, um die dortige Befreiungsbewegung zu bekämpfen. Es ist damit in die blutigen Fußstapfen des Schah-Iran getreten.

Auch Oman hat sich jüngst bereiterklärt, US-Militärstützpunkt zu werden (65): Der britische Stützpunkt Rasirah — einer kleinen Insel, die zu Oman gehört — kann nunmehr auch von den USA als Marine- und Luftwaffenstützpunkt genutzt werden. Ansonsten ist Großbritannien dort groß im Geschäft. Es hat Militärausbilder und Soldaten dort stationiert und rüstete Oman u.a. mit einem Radarsystem, „Jaguar"-Flugzeugen und „Rapier"-Raketen aus (66).
stete Oman u.a. mit einem Radarsystem, „Jaguar"-Flugzeugen und „Rapier"-Raketen aus (66).

Zum imperialistischen Einflußgebiet im Nahen Osten zählen auch die kleineren arabischen Staaten wie Kuwait, Bahrein, die Emirate (VAE) Katar, Nordjemen und Dubai.

Bahrein und Dubai gewährten den USA Militärstützpunkte (67). Alle genannten Staaten erhalten von den drei imperialistischen Ländern Militärhilfe, die jedoch im Vergleich zu Israel, den Saudis und selbst Ägypten eher bescheiden ausfällt. Nach Nordjemen haben die USA 300 „Militärberater" entsandt und Kampfflugzeuge und Panzer geliefert (68).

Großbritannien unterhält Militärausbilder in den VAE und Kuwait, außerdem sind britische Soldaten in Kuwait stationiert (69). Kuwait hat von Frankreich „Mirage"-Flugzeuge und von den USA Flugabwehrraketen „Hawk" erhalten (70).

Jordanien bekam von Großbritannien 275 „Chieftain"-Panzer geliefert und von den USA 200 Panzer (71). Offensichtlich aber hat der Imperialismus kein sonderliches Interesse, Jordanien besonders kräftig aufzurüsten, weil er die „Ausgewogenheit" gegenüber Israel unter allen Umständen gewahrt wissen will.

Der Libanon erweist sich als Domäne insbesondere des französischen Imperialismus. Frankreich lieferte erst vor kurzem u.a. AMX-Panzer, zehn „Mirage-III"-Kampfflugzeuge und Panzerabwehrraketen „Milan" (72) in den Libanon. Hinzu kommt, daß im südlichen Libanon über 1.500 französische Soldaten, worunter sich auch Fremdenlegionäre befinden, stationiert sind. Sie wurden als „UNO-Friedenstruppe" entsandt (73).

Frankreich spielt auch eine bedeutende Rolle im Irak. In den letzten zwei Jahren erhielt der Irak zahlreiche „Mirage"-Abfangjäger, 172 „Mirage-I", 24 modernere „Mirage-F-I", Hubschrauber und Boden-Luft-Raketen vom Typ „Crotale" (74). Die Umrüstung bzw. die politische Umorientierung des Irak auf den „Westen" vollzieht sich offenbar nicht so abrupt wie in Ägypten. Die diplomatischen Beziehungen des Irak zu den USA sind nach wie vor abgebrochen, und der Irak sucht eher die Annäherung an die EG, militärisch gesehen vornehmlich an Frankreich. Noch sind die französischen Waffen relativ wertlos, da die irakische Armee fast vollständig auf sowjetische Waffen gebaut ist. Eine Umrüstung und Neuausbildung kann sich der Irak angesichts des Krieges gegen den Iran derzeit nicht erlauben, eher wird dieser Vorgang verzögert (75). Aufsehen erregte die französisch-irakische Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Seit 1975 begann diese Zusammenarbeit und gipfelte in der Lieferung von zwei französischen Versuchsreaktoren (siehe dazu: AK 187 über das irakisch-französische Atomprogramm „Osirak").

Wenngleich nicht zum Nahen Osten gehörend, so müssen doch auch die afrikanischen Länder der Region unter militär-strategischen Gesichtspunkten in Betracht gezogen werden. Zu nennen wäre zunächst der schon etwas ältere Militärstützpunkt in Djibouti, wo Frankreich Stützpunktrechte hat und ständig mit 4.000 Soldaten und zehn Jagdbombern präsent ist (77). Militärische „Nutzungsrechte" erhielten die USA bei einem jüngst abgeschlossenen Abkommen in Somalia. Die USA dürfen die Hafenanlagen und Flughäfen von Mogadischu und Berbera nutzen, wo sich u.a. auch eine Rollbahn für schwere B-52-Bomber befindet (78). Auch mit Kenia schlossen die USA ein Stützpunktabkommen ab. Schon vor Jahren hatten die USA das Recht gehabt, den Hafen Mombasa mit Kriegsschiffen anzulaufen und den Flughafen bei Nairobi mit Kampfflugzeugen anzufliegen (79). Britische Soldaten wurden „von Zeit zu Zeit" in Kenia ausgebildet (80). Die USA lieferten schon seit geraumer Zeit Kampfflugzeuge, so vor vier Jah-
zu Zeit" in Kenia ausgebildet (80). Die USA lieferten schon seit geraumer Zeit Kampfflugzeuge, so vor vier Jah-
ren insgesamt zwölf F-5 A-Bomber und Anfang 1980 umgemodelte F-16-Flugzeuge, die sogenannte „FX", die eine „entschärfte" Version der F-16 darstellt (81). Der Sudan gehört erklärtermaßen gleichfalls zum Einflußbereich des Imperialismus. Nachdem der Sudan vor drei Jahren die letzten 90 sowjetischen Militärberater des Landes verwies, sprangen die USA prompt mit der Lieferung von sechs schweren C-130-Transportflugzeugen ein (82). Auch Frankreich betrieb Rüstungsexporte an den Sudan; es lieferte u.a. 14 „Mirage"-Abfangjäger (83). Britische Truppen werden teilweise im Sudan ausgebildet (84).

Zusammenfassend läßt sich die imperialistische Militärpolitik im Raum des Nahen Ostens wie folgt charakterisieren: Der Imperialismus hat die arabischen Staaten zu seinem „natürlichen" Einflußgebiet erklärt, den er auch militärisch zu „verteidigen" bereit ist. Die USA könnten im „Konfliktfall" Israel jederzeit als strategischen Brückenkopf nutzen; entsprechende „Einladungen" dazu liegen jedenfalls aus Israel vor. Nach Israel kann Ägypten als wichtigste Bastion der USA angesehen werden, vornehmlich als Marine- und Luftwaffenstützpunkt sowie als Etappe für Aggressionen des Imperialismus in der Region. Die Rolle Saudi-Arabiens besteht vor allem darin, die Rüstungen der arabischen Staaten mit zu finanzieren und dank der „Öl-Dollars" selbst eine moderne Armee aufzubauen.

Aufgrund der sehr labilen Verhältnisse in der Region setzen die USA einen Schwerpunkt auf autarke Stützpunkte, auf ihre Flotte und ihre im Aufbau befindliche Eingreifreserve aus 120.000 Soldaten. *„Die Zerstörungsgewalt der Flugzeuge auf den Trägern ‚Eisenhower' und ‚Midway' übertrifft alles, was sämtliche Staaten des Mittleren Ostens aufbringen können"*, resümiert die „FAZ" vom 18.10.80.

Frankreich (im Libanon, im Irak, Djibouti) und Großbritannien (vornehmlich im Oman) besitzen gleichfalls Stützpunkte und beteiligen sich voll an den profitablen Rüstungsgeschäften. **In diesem Sinne ist es blanker Hohn, wenn die Nato über die**

Ausweitung ihres Einflußgebietes „nachdenkt". Im Rahmen der Nato-Arbeitsteilung nehmen sie diese Ausweitung schon seit langem wahr.

III. Südostasien und Pazifik

Im südostasiatischen Raum, von Australien bis Japan, hat nach der Niederlage des US-Imperialismus in Indochina ein Umbruch stattgefunden. Formal drückte er sich vor allem aus in der Auflösung des Militärpaktes SEATO, dem die USA, Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen und Thailand angehörten.

Die Auflösung der SEATO erfolgte in mehreren Etappen. Pakistan erklärte schon 1972 seinen Austritt, nachdem es im Krieg gegen Indien (Bangla Desh) keine Unterstützung erhielt. Auf einer ASEAN-Tagung im Juli 1975 setzten sich mehrere Staaten dafür ein, die SEATO aufzulösen, was dann offiziell am 30.6.77 vollzogen wurde (siehe u.a. „FAZ" v. 27.6.77 und Anmerkung 97). Trotz Auflösung der SEATO sind die 1954 geschlossenen Vertragsklauseln, u.a. die militärische „Beistandspflicht", nach wie vor gültig (85). Es wäre auch weit gefehlt, anzunehmen, die USA hätten an „Schlagkraft" verloren. Im Gegenteil: sie rüsteten den Raum Südostasiens mit neuen Stützpunkten und entsprechenden Abkommen sowie einer modifizierten Bündnispolitik auf.

Die wesentlichen Säulen des US-Imperialismus in Asien sind die 7. Flotte, Japan, Australien, Südkorea und Taiwan. Die 7. Flotte wurde nach Vietnam erheblich verstärkt; im Kern besteht sie aus drei Flugzeugträgern und rund 50 anderen Schiffseinheiten sowie den Atom-U-Booten. Nach US-Kriegsminister Brown soll die 7. US-Flotte mit modernen „Trident"-Raketen, Cruise Missiles und B-52-Bombern aufgerüstet werden (86). Sie verfügt über ein ganzes Netzwerk von Anlaufmöglichkeiten. Marinestützpunkte befinden sich in Japan, Australien, Neuseeland, Indonesien, Singapur, Hawaii, Taiwan, Südkorea, den Philippinen, den Aleuten, den Inseln Midway, Wake, Johnston, Bonin, Saipan, Palau, Guam, Kwajalein, Panape, Majuro, Amerikanisch-Samoa, den Cocos-Inseln, Mikronesien, den Karolienen, den Marshall-Inseln und den Marianen. Dabei sind natürlich richtige, ausgebaute Stützpunkte mit Häfen, Tanklagern usw. von den reinen Anlaufhäfen zu unterscheiden (87). Auf den Palau-Inseln, in Japan und Südkorea haben die USA Atomwaffen deponiert. Rund 4.300 Atomsprengköpfe sollen sich im pazifischen Raum befinden (88).

Der asiatische „Eindämmungs"-gürtel der USA wird ergänzt durch starke Einheiten der Luftwaffe. „Taktische" Atombomber (mit Reichweiten bis zu 3.000 km) sind in Japan, Taiwan, Australien und Südkorea stationiert. Die strategisch-atomaren B-52-Bomber sind teils stationiert oder verfügen über spezifische Stützpunkte u.a. auf den Philippinen, in Australien, auf der Insel Guam, in Taiwan, Südkorea, Thailand und den Palau-Inseln (89).

Nach Westeuropa haben die USA die größte Anzahl von Streitkräften im Pazifik — rund 138.000 Soldaten, darunter 26.000 bei der 7. Flotte, 42.000 Soldaten in Südkorea und 46.000 in Japan (90).

Ein Blick auf die Militärausgaben der Länder im asiatisch-pazifischen Raum spiegelt sehr gut wider, wo die USA ihre Prioritäten sehen.

J a p a n kommt dabei immer mehr eine Vormachtstellung zu. Sein Militärhaushalt kletterte von 3,8 Mrd. Dollar (1973) auf beachtliche 8,5 Mrd. Dollar 1978 (91). Markant ist auch der Rüstungsetat von S ü d k o r e a: Er kletterte im gleichen Zeitraum auf das Fünffache, von 473 Mio auf 2,6 Mrd. Dollar.

A u s t r a l i e n gab 1978 ebenfalls runde 2,6 Mrd. Dollar aus; die Steigerungsraten waren allerdings nicht so kraß (91). Beachtenswert sind auch die Steigerungen der Militärhaushalte der Philippinen (von 172 auf 793 Mio Dollar), und Indonesiens (von 452 auf 1.619 Mio Dollar) (91). Hier kommt zum Ausdruck, daß der US-Imperialismus von seinen Verbündeten erhöhte Eigenleistungen zur Aufrüstung verlangt.

J a p a n übernimmt dabei zunehmend eine Führungsrolle im Rahmen der imperialistischen „Arbeitsteilung": Nach den USA, der BRD, Frankreich und Großbritannien rangiert Japan mit der Höhe des Rüstungsetats an fünfter Stelle der kapitalistischen Staaten. Nicht nur, daß die USA modernste Navigations- und Radaranlagen, taktische Atomwaffen(träger) und eine Reihe von Stützpunkten in Japan unterhalten — als „Selbstschutzkräfte" (so lautet der offizielle Name) sind die japanischen Streitkräfte schon lang nicht mehr anzusehen. Japan hat eine moderne Kaderarmee, die sich in Struktur, Bewaffnung usw. in nichts von den Armeen der Nato-Staaten unterscheidet.

Der Aufbau Japans zur Militärmacht begann planmäßig; 1975 unterzeichneten Japan und USA ein Abkommen über gemeinsame Operationen ihrer Seestreitkräfte. Ein Jahr später bildeten beide Länder eine gemeinsame Kommission für Verteidigungsplanung, zwei Jahre später führten sie gemeinsame Luftmanöver durch.

Japan kaufte bei den USA ein ansehnliches Arsenal modernster Waffen, u.a. vier Maschinen des Frühwarnsystems E-2C (ähnlich den „Awacs"-Aufklärern), 200 F-15-Kampfflugzeuge und U-Boot-Jäger des Typs „Orion" („Europäische Wehrkunde" 2-78, 1-80 und 7-80).

Japans Führungsrolle besteht auch darin, eng mit Staaten wie Südkorea, Australien und Neuseeland zusammenzuarbeiten. Mit dem Hinweis auf die „Sicherung der Ölrouten" gibt es entsprechende Abkommen mit Südkorea, und Japan hat eine Sondereinheit zur Sicherung der Korea-Straße aufgestellt (92).

Ähnlich wie der BRD-Imperialismus nutzt Japan seine ökonomischen Potenzen: Es betreibt einen regen Handel mit Australien und Neuseeland, den ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) und im Rahmen des „South Pacific Forum" (eine wirtschaftliche Gruppierung, der Australien, Neuseeland, die Fidschi-Inseln, Papua-Neuguinea, Nauru, Tonga, Westsamoa, Nive und die Cook-Inseln angehören). Insbesondere auf dem Gebiet der Fischerei, dem Aufbau einer Fisch- und Fischverarbeitungsindustrie und auf dem Gebiet des Tourismus betreibt Japan eine typisch neokolonialistische Politik (93).

Auch A u s t r a l i e n baute seine Position als großer „Flugzeugträger" Südostasiens erheblich aus. In Australien verfügen die USA über das gesamte Navigationssystem der „Second Strike Capability", also des Einsatzstabes ihrer atomaren Zweitschlagskapazitäten wie den „Trident"-Raketen (94). Die USA besitzen drei große Marinestützpunkte (Northwest Cape, Nurrungar und Pine Cape) und bauen ihren vierten (Cockburn Sound) zu einem modernen U-Boot-Stützpunkt aus (97). Cockburn Sound an der Westküste Australiens kommt angesichts der Aufrüstung im Indischen Ozean besondere Bedeutung zu. Die Fliegerhorste Amberley und Learmouth haben große Treibstofflager erhalten, und die zahlreichen Landebahnen sind geeignet für Starts und Landungen von B-52-Bombern und Großraumtransportern (95).

Australien ist Mitglied im ANZUS-Pakt (mit Neuseeland und den USA) und im ANZUK-Pakt (mit Großbritannien, Malaysia, Neuseeland und Singapur). Nach Vietnam wurde der 1951 gegründete ANZUS-Pakt reaktiviert. Die bilaterale Zusammenarbeit mit Neuseeland erhielt einen Aufschwung (96), und seit 1975 führten die drei ANZUS-Staaten mehrere große Seemanöver im Pazifik und südostasiatischem Raum durch. Gleiches gilt auch für den ANZUK-Pakt, der ein gemeinsames militärisches Oberkommando hat (97). Australien leistet im Rahmen des ANZUK-Paktes Militärhilfe u.a. an Indonesien, Malaysia, Singapur und Papua-Neuguinea (98) und verfügt zusammen mit Neuseeland über Marinestützpunkte in Indonesien, Singapur und Malaysia (99). Seine proimperialistische Rolle stellte Australien u.a. auch im erwähnten „South Pacific Forum" unter Beweis, wo es gegen die Forderung einiger kleinerer Inselstaaten nach einer atomwaffenfreien Zone sein Veto einlegte (100). Als ehemaliger Commonwealth-Staat unterhält Australien gute Beziehungen zu Großbritannien. England bildet einen Teil seiner Soldaten in Australien aus und verfügt ebenso wie die USA über eine Reihe von Militärstützpunkten, die freilich — im Vergleich zu den USA — eine untergeordnete Rolle spielen.

Nach Afghanistan beschloß die Konferenz des ANZUS-Paktes, die militärische Zusammenarbeit im Bereich des Indischen Ozeans zu erweitern. Dabei erklärte sich Australien u.a. bereit, Stützpunkte für die US-Eingreiftruppe zur Verfügung zu stellen. Außerdem entsendet Australien einen Flottenverband mit dem Flugzeugträger „Melbourne" in den Indischen Ozean („Berliner Morgenpost", 29.2.80). Für 1980/81 soll der Rüstungsetat um 18 % erhöht werden. Geplant sind u.a. der Bau eines zweiten Flugzeugträgers (700 Mio Dollar), der Kauf von 75 F-16-Kampfflugzeugen (ca. 3 Mrd. Dollar) und der Ausbau des Marinestützpunktes für die USA in Cockburn Sound („FAZ", 22.9.80).

S ü d k o r e a ist nach wie vor wichtiger strategische Eckpfeiler im Rahmen der imperialistischen „Eindämmungs"politik. 42.000 US-Soldaten, eine faschistische Militärdiktatur, ein starker „Atomschirm", ein gemeinsames Heeresoberkommando unter Leitung eines US-Generals (101) und der südkoreanische Hafen Chinhae als Stützpunkt der 7. Flotte (102) sind nur einige markante Stichworte dazu. Obgleich keinem Militärpakt offiziell angehörig, haben sich die Beziehungen zu Japan erheblich verbessert. Der US-Kriegsminister Brown erklärte obendrein, daß die Eingreiftruppen gegebenenfalls auch zum Einsatz in Südkorea bereitstünden (103). Zusammen mit den USA und Japan führte Südkorea großangelegte Seemanöver durch, an denen zum Teil 140.000 Soldaten teilnahmen — so beim Manöver „Team Spirit" im März 1979.

Nicht vergessen werden sollte T a i w a n, das auch in den letzten Jahren umfangreiche Militärhilfe (104) sowie Waffenlieferungen wie z.B. 60 „Phantom"-Kampfflugzeuge (105) und moderne Luft-Boden-Raketen (106) von den USA erhielt. Auf Taiwan befinden sich derzeit 1.400 amerikanische Militärberater und ein Stützpunkt der 7. Flotte (107). Außerdem hat Taiwan eine eigene moderne Rüstungsindustrie, die u.a. im letzten Jahr 248 F-5E-Kampfflugzeuge in Lizenz der USA produzierte (108). Taiwan gehört überdies zu jenen „Grauzonenstaaten", die im Besitz von eigenen Atomwaffen sein könnten. So wußte die „Europäische Wehrkunde" bereits vor vier Jahren zu berichten, daß Taiwan nach amerikanischen Quellen über eine eigene Atombombe verfüge (12-76). Die „Washington Post" vom 21.9.80 meldete, daß bei dem letzten unterirdischen Kernwaffenversuch in Südafrika nicht nur Israel, sondern auch Taiwan mit von der Partie gewesen sein soll. Ganz von der Hand zu weisen sind diese Berichte mit Sicherheit nicht; ohnehin ähneln sich die drei genannten Länder in mehrerer Hinsicht: alle verfügen über hochmoderne Armeen, alle sind wichtige strategische Stützpunkte der USA bzw. nehmen wichtige strategische Schlüsselstellungen in ihren Regionen ein, alle sind aus unterschiedlichen Gründen international diskreditiert bzw. isoliert, und alle gehören keinem Militärpakt an. Zumindest dürfte Taiwan den sogenannten „Schwellenländern zuzurechnen sein, die die Fähigkeit besitzen, eigene A-Waffen in geringem Ausmaße zu produzieren.

Die weiteren Bausteine der imperialistischen Einkreisung seien noch genannt. Einmal handelt es sich um die P h i l i p p i n e n, die ihr Stützpunktabkommen mit den USA im letzten Jahr erneuerten. Die USA verfügen über den Marinestützpunkt Subic Bay und den Luftwaffenstützpunkt Clarke (109). Laut „FAZ" vom 2.12.80 steht in Subic Bay „das größte Marinedepot der Welt". Die Philippinen sind als Bindeglied zwischen Japan und dem Indischen Ozean zu betrachten.

T h a i l a n d ist seit dem Ende des Vietnamkrieges kein direkter Stützpunkt der USA. Allerdings erhält Thailand verstärkte Waffenhilfe von den USA, angesichts der neuen Kämpfe in Indochina. Allein 1980 lieferten die USA Waffen im Wert von 600 Mio Dollar (110). Mitte 1980 haben die USA eine direkte L u f t b r ü c k e nach Thailand eingerichtet, um die thailändische Armee mit modernen Waffen auszurüsten („Welt", 6.7.80). Unter den Waffen befinden sich Panzer, Munition und moderne Raketensysteme („FAZ", 25.11.80). Im Rahmen des nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossenen Manila-Paktes können die USA auch direkten „Beistand" im Konfliktfall leisten.

Erwähnt werden sollte der Vollständigkeit halber, daß die USA auch an die übrigen Stützpunkte kräftig Rüstungs- und Militärhilfe leisten. So erhielt Indonesien 16 F-5-E-Kampfflugzeuge, in Singapur haben die USA Aufklärungsflugzeuge stationiert, auf Guam befinden sich B-52-Bomber, und auf den Palau-Inseln wird eine neue Militärbase mit Atomwaffen errichtet (111). Nach den Vietnam-Erfahrungen sind in Asien außer in Japan und Südkorea kaum noch nennenswerte US-Truppen stationiert. Die USA stützen sich stattdessen auf ihre 7. Flotte, auf ein umfangreiches Stützpunktsystem und auf ihre Eingreiftruppen.

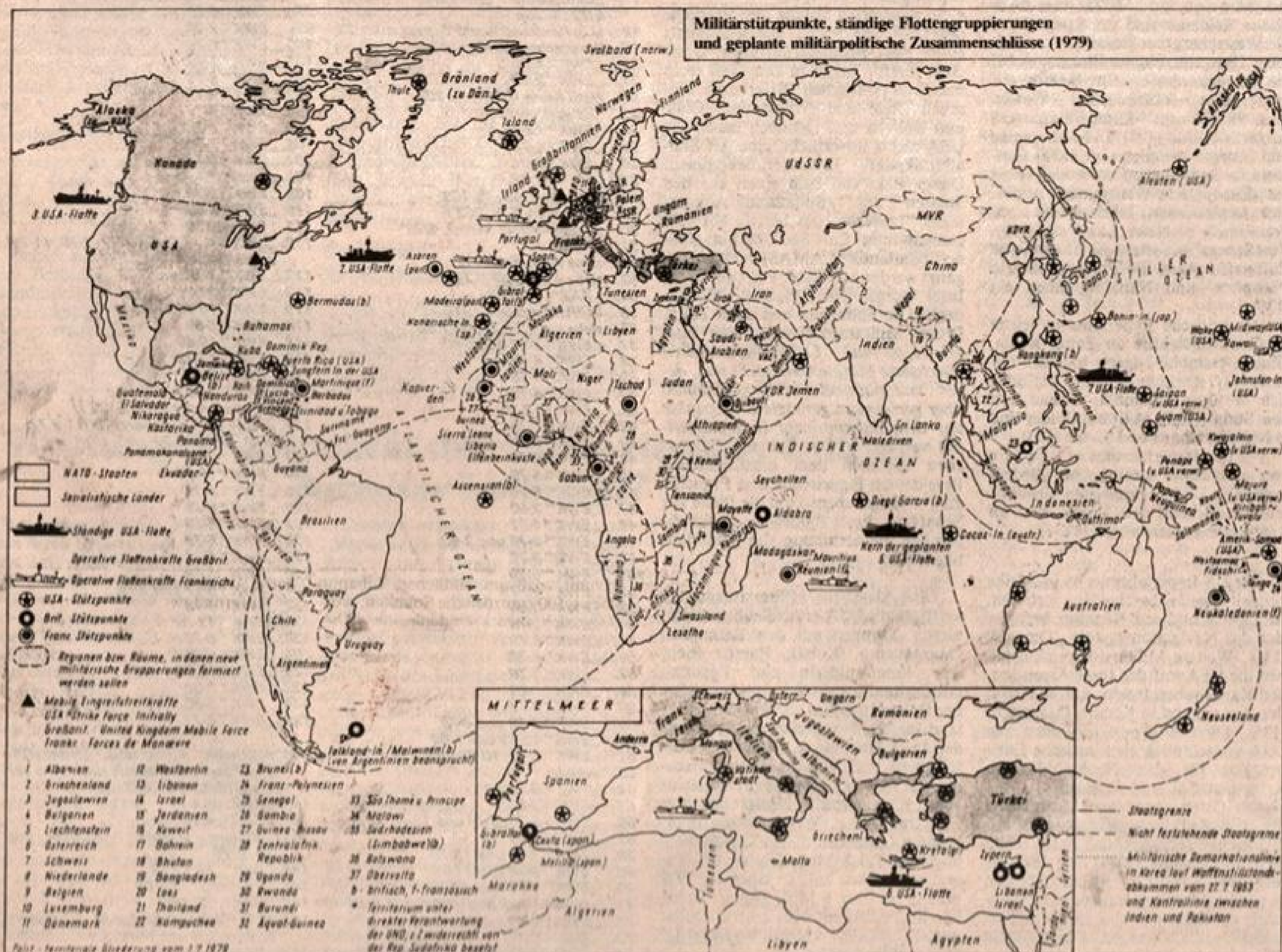
Der gesamte ost- und südostasiatische Raum ist genauso umfangreich und modern hochgerüstet wie der westeuropäische Nato-Bereich. Hinsichtlich der strategisch-atomaren Waffen (B-52, „Trident", Cruise Missile) sind im pazifischen Raum sogar mehr Waffen stationiert als im atlantischen Bereich. Im Rahmen der neuen amerikanischen Militärdoktrin heißt das konkret, daß eine atomare Eskalation nicht automatisch von Europa, sondern auch von pazifischen Raum ausgehen könnte.

Noch aus den alten, klassischen Kolonialzeiten hinübergerettet haben Frankreich und Großbritannien einige kleinere Stützpunkte im Pazifik. Sie spielen militärisch im Vergleich zu denen der USA eine eher bescheidenere
nen der USA eine eher bescheidenere
Rolle. Großbritannien hat Ausbildungsstätten bzw. kleinere militärische Einheiten in Brunei, Hongkong, Singapur, Borneo, auf den Malediven, den Fidschi-Inseln, den Neuen Hebriden, Papua-Neuguinea und den Piteaira-Inseln (112). Eine gewisse Juniorpartnerrolle spielt der britische Imperialismus noch im Rahmen des ANZUK-Paktes.

Frankreich ist mit Truppen bzw. kleineren Stützpunkten auf Neukaledonien, Polynesien, den Gesellschaftsinseln, Wallis und Futura vertreten (113). Der französische Imperialismus hat sich weitgehend aus dem pazifischen Raum zurückgezogen und sich eher auf den Nahen Osten und — wie wir noch sehen werden — Afrika „spezialisiert".

Um den „Krisenbogen" Brzezinskys vollständig zu schließen, wird derzeit der I n d i s c h e O z e a n von den USA zu einem weiteren Aufmarschgebiet entwickelt. Kernstück dieser Region bildet ebenfalls eine Sektion der pazifischen 7. US-Flotte, der sog. „Task Group Indian Ocean". Derzeit befinden sich drei Flugzeugträger und mindestens 25 weitere Kriegsschiffe der USA im Indischen Ozean; hinzu kommen Seestreitkräfte Frankreichs, Großbritanniens und Australiens (114). Die USA beabsichtigen, aus Teilen ihrer 7. Flotte und zusätzlichen Kriegsschiffen eine autonome, sogenannte 5. Flotte aufzubauen.

Mitten im Indischen Ozean liegt die Insel Diego Garcia. *„Hier sollen die Luftwaffen-, Träger- und Amphibischen Verbände aller Kampfverbände des Westens ihren Rückhalt für operative Aufgaben, aber auch für Wartung und Instandsetzung finden"* (115). Seit Mai 1980 sind 10.000 US-Soldaten auf Diego Garcia stationiert (116). Ausgebaut werden u.a. Rollbahnen für B-52-



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Bomber und Marinebasen für Atom-U-Boote, U-Boot-Jäger und Aufklärer (117).

Der gesamte Indische Ozean ist zudem eingekreist von US-Stützpunkten:
- im Osten durch den australischen, im Aufbau befindlichen Stützpunkt Cockburn Sound;
- durch die Insel Gan im Inselbezirk der Malediven, die durch Großbritannien genutzt wird;
- Im Westen durch den Raum Kairo-Aussuan mit Luftwaffen- und Aufklärungsstützpunkten der USA;
- in Saudi-Arabien durch die ,,Awacs''-Aufklärer;
- auf Djibouti, einem französischen Marine- und Luftwaffenstützpunkt;
- in Berbera (Somalia), einem US-Marine- und Luftwaffenstützpunkt;
- in Kenia durch den Luftwaffenstützpunkt bei Nairobi und Mombasa als Anlaufhafen;
- auf Masirah vor dem Golf von Oman;
- in Bahrein, wo die USA ebenfalls über moderne Luft- und Marinestützpunkte verfügen und mit
- Simonstown in Südafrika, wo die USA über Liegeplätze für 40 - 50 Kampfschiffe, atomsichere U-Boot-Bunker, Werftanlagen und modernste Fernmeldeeinrichtungen verfügen (117).

Die USA verfügen außerdem noch über Stützpunkte auf Mayotte, Réunion, Crozet und den Kerguelen-Inseln (118). Frankreich hat zudem fünf Stützpunkte im Bereich des Indischen Ozeans, nämlich in Juan de Nova, Bassas de India, Europe, Tromelin und Les Glorieuses (119). Großbritannien besitzt in jener Zone den Flugplatz Gan (Sultanat Oman) sowie Stützpunkte auf den Inseln Aldabra, Faquar und Desroches und den Tschagos-Inseln (119). Frankreich und Großbritannien beteiligen sich an der ,,Sicherung der Ölrouten'' mit eigenen Seestreitkräften im Indischen Ozean. Großbritannien hat derzeit mindestens einen Zerstörer und fünf Fregatten entsandt (120).

Großbritannien hat derzeit mindestens einen Zerstörer und fünf Fregatten entsandt (120).

Bilanzierend läßt sich sagen, daß die amerikanische Präsenz im asiatisch-pazifischen Bereich mehreren politischen Bedingungen Rechnung trägt:
1. Die 7. US-Flotte, vornehmlich die atomar-strategischen U-Boote mit den ,,Poseidon'' bzw. ,,Trident''-Raketen, bilden den östlichen Part der atomaren Einkreisung der Sowjetunion (und auch der VR China). Diese Seestreitkräfte verfügen über ein großes Netz von Anlaufhäfen und Stützpunkten im Pazifik. Hinzu kommen die strategisch-atomaren (B-52-Bomber) und taktisch-atomaren Luftstreitkräfte, wovon erstgenannte im Krisenfall die ausgebauten Stützpunkte in Japan, Taiwan, den Philippinen, Australien, Südkorea und Neuseeland nutzen können.
2. Neben der atomaren Einkreisung der Sowjetunion kommt noch die militärische Hegemonie über die Meere (Pazifik, Indischer Ozean usw.) hinzu. Insbesondere der japanische Imperialismus rechtfertigt die enorme Aufrüstung unter dem Motto ,,Sicherung der Ölrouten''. Im ,,Konfliktfall'' bestehen Verträge, die auch Staaten wie Singapur, Indonesien und Malaysia faktisch an die USA binden; das gleiche gilt für Thailand.

Afrika: Eine ,,Domäne" Frankreichs und der EG

Die EG-Imperialisten betrachten die afrikanischen Staaten als ihre ,,natürliche'' Ausbeutungsquelle von Rohstoffen und Arbeitskräften. Im Rahmen der EWG wurden eine Reihe von Assoziierungsabkommen mit afrikanischen Ländern abgeschlossen, deren Zahl sich ständig erhöhte. Im Abkommen von Lomé (Togo) im Jahre 1975 erweiterte die EWG ihre Verträge mit bereits 46 afrikanischen Staaten, und im letzten Jahr kamen elf weitere Länder hinzu.

Außer den Abkommen mit der EWG sind 13 afrikanische Länder weiterhin im britischen Commonwealth und 17 Staaten in der französischen Communauté bzw. OCAM durch Wirtschaftsverträge verbunden.

Der französische Imperialismus verfügt außerdem über ein bedeutendes Netz von Militärabkommen und Militärstützpunkten in afrikanischen Ländern. Er war bzw. ist direkt an der konterrevolutionären Niederschlagung der Befreiungsbewegung des Tschad, der Frolinat, beteiligt — und das immerhin seit nunmehr zwölf Jahren. Frankreich ist es auch, das zusammen mit Marokko, Mauretanien und Senegal einen konterrevolutionären Krieg gegen die Befreiungskräfte der Frente Polisario führt. Vor zwei Jahren besetzten französische Truppen faktisch Mauretanien, um von dort aus Angriffsflüge gegen die Frente Polisario zu starten. Inzwischen hat sich Mauretanien jedoch geweigert, sich an diesem Krieg zu beteiligen. Außerdem unternahm Frankreich zusammen mit Belgien im Rahmen der Nato eine Militär-Intervention gegen die Provinz Shaba (Zaïre), um den 1978 ausgebrochenen Aufstand niederzuwerfen. Dabei kam es erstmals auch zum Einsatz afrikanischer Streitkräfte aus Marokko, Senegal, der Zentralafrikanischen Republik, Togo, der Elfenbeinküste und Gabun unter französischer Führung.

Der militärische Einfluß Frankreichs beruht auf seiner ehemaligen Rolle als Kolonialmacht; 1961 sicherte Frankreich sich einen dominierenden Einfluß durch Verteidigungsabkommen im Rahmen der UAM (Afrikanisch-Madagassische Union), nachdem eine Reihe afrikanischer Staaten ihre formelle Unabhängigkeit erhielten bzw. sich erkämpften. Multilaterale Verteidigungspaktabkommen wurden damals mit Dahomey, Elfenbeinküste, Niger, Gabun, Kongo, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik geschlossen, bilaterale Verträge mit Madagaskar, Mauretanien, Senegal und Togo (121). Infolge der Befreiungskämpfe und einer Reihe von Niederlagen des Imperialismus in Afrika brach die UAM jedoch in der obigen Form zusammen. Frankreich schlug eine vorsichtigere Politik ein. Als Ergebnis einer Reihe von französisch-afrikanischen Konferenzen kam es im Juni 1977 zu einem Abkommen über Verteidigungsfragen. Dieses faktische Militärbündnis unterzeichneten die Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Nigeria, Obervolta und Senegal (121). Im Mai 1979 haben sich die 16 Mitgliederländer der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS faktisch auch auf einen Verteidigungspakt geeinigt (122).

Der französische Imperialismus läßt sich allerdings nur sehr ungern in die Karten gucken, so daß die Art der Abkommen unterschiedlich dargestellt wird. So soll Frankreich außer mit den o.a. Ländern weitere regelrechte Paktverträge mit dem Tschad und Gabun abgeschlossen haben (123). Hinzu kommen zahlreiche bilaterale Militär-

abgeschlossen haben (123). Hinzu kommen zahlreiche bilaterale Militär-

verträge mit Marokko, Togo, der Zentralafrikanischen Republik, Tunesien, Zaïre, Sudan. Frankreich hat in ,,*mehr als 20 afrikanische Staaten*'' (124) Militärberater bzw. -ausbilder geschickt und Militärhilfeabkommen mit 20 afrikanischen Ländern geschlossen (125). Insgesamt ist Frankreich in Form von Paktverträgen oder Militärhilfe oder Stützpunkten oder Beratern bzw. mit Streitkräften in folgenden Staaten Afrikas präsent: Marokko, Tunesien, Senegal, Tschad, Gabun, Elfenbeinküste, Djibouti, Réunion, Mauretanien, Zaïre, Madagaskar, Sudan, Zentralafrikanische Republik, Togo, Mali, Nigeria, Niger, Obervolta, Mayotte, Südafrika. Französische Streitkräfte, insgesamt sind es 10.000 Soldaten in Afrika (126) — sind in Senegal, Mauretanien, Gabun, Elfenbeinküste, Réunion und Djibouti stationiert (127). Einen Schwerpunkt setzt der französische Imperialismus dabei auf M a r o k k o ; 10.000 marokkanische Soldaten sind im Krieg gegen die Westsahara mit massiver französischer Unterstützung im Einsatz, wobei die marokkanischen Streitkräfte mit modernsten französischen Waffen (u.a. 98 ,,Mirage''-Kampfflugzeugen) ausgerüstet sind (128). In Mauretanien und Senegal befinden sich 3.000 französische Spezialtruppen, wobei selbst die ,,Europäische Wehrkunde'' zugibt, daß Mauretanien faktisch ein von Frankreich besetztes Land sei (129). Von Senegal aus setzte die französische Luftwaffe gegen die Frente Polisario Phosphor- und Napalmbomben ein (130).

Der britische Imperialismus leistet größere Militärhilfe an Zaïre, Kenia, Ghana, Gambia, Nigeria und den Sudan (131). Britische Truppen befinden sich in Kenia, Gambia, Ghana und dem Sudan (132); Militärausbilder sind in Nigeria, Ghana und Sudan (133).

Für den Imperialismus ist Z a ï r e von erheblicher strategischer Bedeutung. Die USA, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien sind an Rüstungsexporten beteiligt (134).

Der US-Imperialismus ist in Afrika vergleichsweise bescheiden vertreten. In Liberia und auf Réunion befindet sich das Navigationssystem ,,Omega'' (135). Weitere Militärstützpunkte haben die USA auf der Insel Ascension, den Kanarischen Inseln, auf Madeira, den Azoren und in Kenitra (Marokko) (136). Diese Stützpunkte dienen den USA vornehmlich als klassische Luftbrücken für den Nachschub von Kriegsmaterial und Soldaten in den Nahen Osten. An Marokko lieferten die USA Aufklärungsflugzeuge (136), 20 Kampfflugzeuge vom Typ F-5 E und 24 Hubschrauber (137). Seit 1976 erhielt der S u d a n Militärhilfe von den USA, Großbritannien und Frankreich; es deutet sich eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen dem Sudan, Ägypten, Somalia, Kenia und den USA an (138), was auch einer weiteren militärischen Absicherung in der Golfregion dienlich ist.

Herausragende strategische Bedeutung behält nach wie vor das faschistische Regime S ü d a f r i k a s ; nicht nur, daß die USA, Frankreich und Großbritannien erhebliche Militärexporte leisten — allein die USA verfügen über vier wichtige Militärstützpunkte in Simonstown (von Großbritannien mitgenutzt), Walvis Bay, Silver Mine und auf der Insel Salisbury (139). Die USA verfügen dort u.a. über einen atombombensicheren U-Boot-Hafen und ausreichende Aufklärungs- und Radarsysteme, mit denen sie das Kap und den Indischen Ozean überwachen können. Südafrika, wahrscheinlich selbst im Besitz der Atombombe, deren Bau mit technologischer Hilfe der BRD und Frankreichs ermöglicht wurde, gilt nach wie vor als Ordnungsfaktor und stellt eine ständige Bedrohung gegenüber dem befreiten Angola, Zimbabwe und Mosambik dar.

Lateinamerika — bröckelnder ,,Hinterhof" der USA

Der lateinamerikanische Kontinent erfüllte bisher nicht die Funktion als Eindämmungsfaktor aus naheliegenden geostrategischen Gründen. Wenn die USA ihre Vormachtstellung in den südamerikanischen Ländern ausüben, dann vor allem, um für ein ruhiges Hinterland zu sorgen. Zahlreiche Militärputsche und Militärdiktaturen sprechen für sich. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sämtliche Armeen und Offizierskorps lateinamerikanischer Länder direkt in Schulen und Militärakademien in den USA oder auch Panama ausgebildet worden. Zwar gibt es keinen regulären Militärpakt ähnlich der Nato oder ANZUS, aber die USA haben paktähnliche Militärbündnisse seit dem Zweiten Weltkrieg mit lateinamerikanischen Ländern abgeschlossen. Der wichtigste ist der Pakt von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1947, dem 17 la-

nischen Ländern abgeschlossen. Der wichtigste ist der Pakt von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1947, dem 17 la-

tein- und mittelamerikanische Staaten angehören. Dieser Pakt wird ergänzt durch den 1942 gebildeten ,,Interamerikanischen Verteidigungsrat'' (IADB), dem 18 lateinamerikanische Länder angehören. Ferner existieren noch regionale Militärbündnisse wie der ,,Zentralamerikanische Verteidigungsrat'' (CONDECA), dem El Salvador, Guatemala und Kostarika angehören. Im weiteren ,,Südatlantik-Abkommen'' handelt es sich um ein regionales Militärbündnis zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay (140).

Allerdings muß einschränkend angemerkt werden, daß die Dinge nicht reibungslos verlaufen.
- So gelang es den USA beispielsweise nicht, die CONDECA-Mitgliedsländer zur offenen Unterstützung der nunmehr verjagten Somoza-Diktatur Nikaraguas zu bewegen,
- So scheiterten bislang alle Versuche der USA, im Süden des Kontinents einen Pakt zustandezubringen. Ursachen hierfür liegen in zum Teil recht massiven politischen Differenzen zwischen Chile und Argentinien, Chile und Boliven u.a. Dennoch lassen die USA nichts unversucht, eine Art Südatlantikpakt zustandezubekommen. Dieser Pakt soll zum einen aus den Staaten des ,,Südatlantik-Abkommens'' bestehen, das bereits über ein gemeinsames Luft-See-Oberkommando Südatlantik (CAMAS) verfügt. Ergänzt werden soll dieser Pakt durch die Insel Ascension im Südatlantik als Bindeglied zu Südafrika und auch Zaïre. Dieser Militärblock soll ,,*eine integrierte, mit Luftwaffeneinheiten durchsetze Marinestreitmacht sein, deren multinationales Oberkommando über gemeinsam genutzte Stützpunkte auf dem Subkontinent (Lateinamerika) verfügt*'' (141). Bei den Gesprächen zwischen dem brasilianischen Präsidenten Figueiredos und Pinochet ging es jüngst ebenso um die Pläne zur Schaffung dieses Paktes zur imperialistischen Beherrschung des Südatlantiks (142).

Über klassische Militärstützpunkte verfügen die USA einschließlich stationierter Truppen auf den Bermudas, Guantánamo (Kuba), Puerto Rico, den Jungferninseln und Panama. Großbritannien hat Stützpunkte in Belize (Mittelamerika) und auf den Falkland-Inseln; Frankreich ist noch auf der Insel Martinique präsent. Festzustellen ist auch bei den lateinamerikanischen Ländern eine zum Teil beachtliche ,,Eigenleistung'' hinsichtlich ihrer Militärausgaben. Wendeten die zwölf größten Länder in dieser Region 1973 noch rund 3,2 Mrd. Dollar für Rüstungsausgaben auf, so lagen sie 1977 bereits bei über 6 Mrd. Dollar. Brasilien liegt dabei mit über 2 Mrd. Dollar an der Spitze vor Argentinien (rund 1,5 Mrd Dollar) (143).

Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um die Länder, die über Atomkraftwerke verfügen und erklärtermaßen auf die Entwicklung einer eigenen Atombombe hinarbeiten.

Ein kurzes Fazit

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß das Jahrzehnt der ,,Entspannung'', das Jahrzehnt der ,,Abrüstungs''-verhandlungen vorbei ist. Es gelte, so der US-Kriegsminister Brown, ,,*den Trend um(zu)kehren*'', eine Neuauflage des Kalten Kriegs zu betreiben (144). Im Carter'schen ,,Bericht zur Lage der Nation'' wurden schon die materiellen Prioritäten gesetzt, die zusammengefaßt in folgendem bestehen:
1. Der Ausbau der amerikanischen Nuklearstreitkräfte mit der erklärten Absicht, die Erstschlagsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen, um damit auch politisch besser ,,eindämmen'' zu können.
2. Der vorrangige weitere Ausbau und die Modernisierung der Nato, fußend auf der Einführung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und zunehmenden ,,Eigenleistungen'' der westeuropäischen Länder.
3. Die Schaffung einer ,,mobilen Eingreiftruppe'' der USA mit rund 120.000 Soldaten, die zum Einsatz gegen die Völker der ,,Dritten Welt'', der Golfstaaten usw. bestimmt ist.
4. Der Ausbau bzw. die Neuschaffung von Militärstützpunkten vor allem in Raum des Persischen Golfs und im Indischen Ozean, verbunden mit der Herausbildung einer neuen, der 5. amerikanischen Flotte.

Die gezeigten und beschriebenen riesigen Aufwendungen der USA, aber auch anderer imperialistischer Staaten werden begleitet von einer nicht minder starken antikommunistischen Propaganda und Kriegshysterie, die der direkten Kriegsvorbereitung dienen. Da jammert der Politologe Zibura im SPD-Organ ,,Vorwärts'' über die ,,*Stellung der USA in der Dritten Welt, wo sie in den letzten Jahren vor allem in Mittel- und Südamerika, im Mittleren Osten und in den Konfliktzonen Afrikas schwere, nicht wiedergutzumachende Niederlagen und Rückschläge erlitten*'' habe (145); da fordert die ,,Welt'' eine ,,*neue Politik der Stärke und Entschlossenheit*'' (146); da resümiert der rechte westdeutsche Ideologe H.-P. Schwarz, daß ,,*in den bald 15 Jahren, in denen die westliche Ostpolitik im Zeichen der Entspannung stand, die innere Struktur jener Ostblockländer, die wirklich zählen, nicht wesentlich aufgeweicht worden*'' sei (147). Garniert werden diese Aufrufe zur Rückbesinnung auf die Politik der Stärke mit direkter Kriegspropaganda, wo z.B. die ,,Welt'' vom 2.7.78 Krieg spielte und zum Ergebnis gelangte, daß ,,*der Westen den Krieg des Jahres 1985 nur deshalb gewinnt, weil seine Armeen hochgerüstet waren*''. Und der Autor des Buches ,,Der heiße Krieg'', ein gewisser W. Freytag, ,,benötigt'' ganze 18 Tage für die siegreiche imperialistische Vernichtung der Sowjetunion — ganz im Sinne der Hitlerfaschisten.

Und Militärschreiber Wolfram von Raven verstieg sich sogar zur offenen These, für die BRD bestünde eine ,,*latente Friedensgefahr*'' angesichts der sowjetischen Entspannungspolitik. Leider sei ,,*die Bereitschaft zum Opfer, die Bereitschaft der Führer, den Einsatz des Lebens zu fordern, und die Bereitschaft der Geführten, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, ... seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa dramatisch geschwunden*'' (148). Raven fordert einen ,,*neuen Geist*'' und ,,*Opfermut*'', ganz im alten Stile der Nazipropaganda.

N o c h ist es an der Zeit, diesen Ambitionen durch den Widerstand einer starken Friedensbewegung massiv entgegenzutreten.

Antimilitarismuskommission

Anmerkungen, Quellen:

1. „Nato-Brief" 1/79, S. 30
2. IPW-Berichte 4/79, S. 22
3. „Welt", 8.7.75
4. Carstens/Mahnke: „Westeuropäische Verteidigungskooperation (1972), S. 82
5. Nato-Strategie und Streitkräfte (DDR), S. 448
6. „Weißbuch" der BRD 1979, S. 33
7. Nato und EWG (DDR, 1979) und auch „Weißbuch" der BRD (1979)
8. entfällt
9. siehe Anm. 5, S. 449 f.
10. „New York Times", 29.5.73
11. H.G. Brauch: „Trilateralismus — die neue außenpolitische Konzeption der USA" in „Die Neue Gesellschaft" 6/1977, S. 496 ff.
12. siehe Anm. 6, S. 16. Die Angaben dürften eher untertrieben sein.
13. ebenda
14. ebenda
15. „USIS"-Bulletin, 23.5.77
16. „FAZ", 4.1.78
17. „Europäische Wehrkunde" (EWK) 6/77, S. 308
18. U.S. News and World Report v. 1.1.79
19. Wehrtechnik 5/78, S. 87 f.
20. „EWK" 4/80
21. „EWK" 2/80
22. Nato heute (DDR), S. 109
23. „Spiegel" 4/1966
24. „EWK" 12-79
25. „EWK" 5-78
26. „EWK" 9/78
27. „EWK" 2/79
28. siehe Anm. 22., S. 109
29. siehe Anm. 5, S. 362 f.
30. Truppendienst (Wien), 4/78
31. ebenda
32. siehe Anm. 6, S. 112
33. siehe u.a. „EWK" 2-80
34. „FAZ", 4.10.80
35. SIPRI-Yearbook 1979
36. siehe u.a. „FAZ", 23.7.80
37. „EWK" 2-77 und 5-80
38. „EWK" 4-78
39. „EWK" 9-78
40. „EWK" 4-78
41. „EWK" 12-79
42. „EWK" 7-78
43. „EWK" 3-78 und 4-78
44. „EWK" 6-76
45. „EWK" 5-79
46. „EWK" 8-79
47. „EWK" 2-80
48. „EWK" 4-77
49. „EWK" 2-78 und 2-80
50. „EWK" 3-78
51. „EWK" 8-78
52. „EWK" 10-78
53. „EWK" 3-80
54. „EWK" 2-78
55. „EWK" 5-78
56. „EWK" 6-80
57. „EWK" 6-76
58. „EWK" 7-80
59. „EWK" 3-77
60. „EWK" 3-78 und 4-78
61. „EWK" 12-79 und 3-80
62. „EWK" 8-79, 10-79 und 2-80
63. entfällt
64. „FAZ", 6.10.80
65. „EWK" 7-80
66. „EWK" 6-76, 5-79 und 12-79
67. „EWK" 6-80
68. „EWK" 7-79 und 10-79
69. „EWK" 5-78 und 12-79
70. „EWK" 1-78 und 12-79
71. „EWK" 12-79 und „FAZ", 21.6.80
72. „EWK" 2-79
73. „EWK" 6-78
74. „EWK" 1-78, 8-78, 7-79 und 2-80
75. „Welt", 1.7.80
76. „FAZ", 23.7.80
77. „EWK" 4-78, 6-79 und 2-80
78. „Neue", 24.5.80 und „Zeit", 29.8.80
79. „EWK" 12-79
80. „EWK" 3-77
81. „EWK" 12-76 und 2-80
82. „EWK" 6-77
83. „EWK" 1-78
84. „EWK" 5-79
85. „EWK" 12-78
86. „EWK" 4-78
87. „EWK" 4-78 und 12-78
88. „EWK" 1-79 und 12-79
89. „EWK" 8-80
90. „Wehrpolitische Information", 10.2.77
91. „Military Balance" 1973/74 und 1978/79
92. „EWK" 9-79
93. „FAZ", 21.7.80 und „EWK" 6-76, 2.80
94. „EWK" 6-80
95. „EWK" 8-80 und 4-77
96. „EWK" 4-77
97. „Imperialistische Militärpolitik" (DDR), S. 67 (1980)
98. „EWK" 6-76
99. „EWK" 2-78
100. „EWK" 6-76
101. „EWK" 1-79
102. „EWK" 8-79
103. „EWK" 9-79
104. „EWK" 6-77
105. „EWK" 8-78
106. „EWK" 2-80
107. „EWK" 3-78
108. „EWK" 10-79
109. „EWK" 6-79
110. „EWK" 8-80
111. „EWK" 7-80
112. „EWK" 4-76, 3-77, 4-77, 7-78, 11-78 und 5-79
113. „EWK" 4-78 und 8-79
113. „EWK" 3-80
115. „EWK" 10-80, S. 484
116. „EWK" 5-80
117. „EWK" 10-80
118. „EWK" 12-79
119. „EWK" 6-76
120. „EWK" 2-80
121. Europa-Archiv 2/79, S. 29 f.
122. Archiv der Gegenwart, 10./11.8.77 und „EWK" 3-79
123. „EWK" 3-79
124. „EWK" 10-78
125. „EWK" 3-79
126. „EWK" 6-78
127. „EWK" 6-76
128. „EWK" 6-78
129. „EWK" 8-78
130. „EWK" 3-78
131. „EWK" 6-77 und 5-79
132. „EWK" 5-79
133. „EWK" 12-79
134. „EWK" 6-77
135. „EWK" 6-76
136. „EWK" 12-79
137. „EWK" 3-80
138. „EWK" 5-80
139. „EWK" 4-77
140. Politische, militärische, wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Pakte der Welt, (Bonn 1973), S. 90
141. „FAZ", 5.4.77
142. „FAZ", 4.10.80
143. „Military Balance" 1973/74 und 1978/79
144. „Welt", 14.12.79
145. „Vorwärts", 8.5.80
146. „Welt", 26.6.80
147. H.-P. Schwarz/Meissner: „Entspannung in Ost und West" (1979), S. 295
148. „WamS", 13.1.80

HDW-Arbeiter streiken für Chile U-Boote

Daß Arbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen müssen, gehört zum alltäglichen Bild in der Bundesrepublik Deutschland. Daß es dabei zu Warnstreiks kommt, ist zwar selten, aber nicht ungewöhnlich. Und daß die streikenden Arbeiter häufig das Anliegen „ihres" Kapitalisten dabei auf die Straße tragen – Forderungen nach Subventionen, öffentlichen Aufträgen – daß sie also nicht gegen, sondern für ihren Kapitalisten streiken, auch dies gehört nach dreißig Jahren „Sozialpartnerschaftspolitik" in unserem Land zum Alltag.

Die Vorgänge bei den Howaldswerken-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel gehen über diese Alltäglichkeiten jedoch ein Stück hinaus. Am 12. Dezember 1980 legten rund 1000 Beschäftigte des Sonderschiffbaus im Werk Kiel-Gaarden für eine Stunde die Arbeit nieder und forderten, daß sie zwei U-Boote für die faschistischen Militärdiktatoren in Chile bauen dürfen. Aufgestachelt waren sie durch die HDW-Geschäftsleitung – die im übrigen die Streikzeit wie Arbeitszeit bezahlte – und einige rechte Betriebsräte um den BR-Vorsitzenden Böhm, die massiv die Furcht um die Arbeitsplätze geschürt hatten. Diese Leute nutzten die Gelegenheit, um insbesondere dem Kieler SPD-Bundestagsabgeordneten



HDW-Betriebsräte im Einsatz: „Stoppt Gansel" fordern sie und damit: für U-Boote nach Chile.

Norbert Gansel, der dem linken Flügel der Bundestagsfraktion zugerechnet wird, kräftig eins auszuwischen (siehe unser Foto). In einem Fernschreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt drückte der Betriebsrat seine *„große Sorge über Bestrebungen"* aus, die U-

unser Foto). In einem Fernschreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt drückte der Betriebsrat seine *„große Sorge über Bestrebungen"* aus, die U-

Boote nicht bauen zu lassen und ging mit der Behauptung hausieren, daß die rund 7500 Beschäftigten der Werft sich mit den Kollegen des Sonderschiffbaus solidarisch in diesem Anliegen erklärten.

Skrupelloses aus Bonn

Aufgeschreckt worden waren die Arbeiter durch den SPD-Abgeordneten Holz, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Durch seine Anfrage war das Mords-Geschäft an die Öffentlichkeit gedrungen. Bereits am 19. Juni 1980 hatte der Bundessicherheitsrat die Herstellungsgenehmigung für die beiden Chile-U-Boote erteilt, die Exportgenehmigung war in Aussicht gestellt worden. Dem Sicherheitsrat gehören neben Kanzler Schmidt die Minister Apel („Verteidigung"), Genscher (Außen), Lambsdorff (Wirtschaft) und Matthöfer (Finanzen) an. Dieses Gremium hat über den Export von Kriegswaffen zu entscheiden, da dieser nach dem Kriegswaffenkontroll-Gesetz und anderen Kabinettsbeschlüssen einer Reihe von Einschränkungen unterliegt. Verboten ist beispielsweise der Waffenexport in Spannungsgebiete. Diese Bande von „Friedenspolitikern" hat einen guten Namen bei den Unterdrücker-Regimen in aller Welt. So ist das chilenische U-Boot-Geschäft nicht das erste seiner Art. Abgesegnet wurden Exporte von U-Booten und Fregatten an Indonesien, Peru, Indien und Argentienien. Die Lieferung von sechs U-Booten an den Iran scheiterte lediglich an dem überhasteten Abgang des Geschäftspartners Schah Reza Pahlevi, nicht an den Bedenken Bonner Politiker. Insbesondere das Argentinien-Geschäft ließ die Wellen in den öffentlichen Debatten hochschlagen: Chile und Argentinien befinden sich in einem Grenzstreit um drei strategisch wichtige Inseln, der sich jederzeit zu einem offenen Krieg ausweiten kann. Und was können sich die westdeutschen Rüstungsfirmen besseres wünschen als einen Krieg, bei dem sie beide Seiten beliefern können? Sicherer können die Arbeitsplätze doch gar nicht gemacht werden...

Um das von allerlei Rüstungslobbyisten vorgebrachte Scheinargument zu entkräften, daß schließlich mit U-Booten nicht die chilenischen Arbeiter unterdrückt werden könnten, schrieben in Schleswig Holstein lebende Exil-

zu entkräften, daß schließlich mit U-Booten nicht die chilenischen Arbeiter unterdrückt werden könnten, schrieben in Schleswig Holstein lebende Exil-

Chilenen einen Brief an die IG-Metall-Vertrauensleute bei HDW. Der Brief beschreibt die Verbrechen, die auch von der Marine am chilenischen Volk begangen worden sind. Weiter heißt es: *„Um von den inneren Problemen abzulenken, hat die Militärdiktatur einen gefährlichen Grenzstreit mit Argentinien begonnen. Je stärker sie sich fühlt, je mehr Waffen sie zur Verfügung hat, desto größer ist die Gefahr eines Krieges."*

Gegenwind für die Bundesregierung

Anders als bei sonstigen Unterdrückungsregimen hatte sich die westdeutsche Sozialdemokratie mit lautstarken Protesten in der Öffentlichkeit verhältnismäßig weit hervorgetan. So hatte beispielsweise der damalige Bundesforschungsminister Hans Matthöfer die Pinochet-Junta öffentlich eine „Mörderbande" genannt. Dies hinderte ihn allerdings nicht, in seiner jetzigen Eigenschaft als Finanzminister im Bundessicherheitsrat dem Bau der U-Boote zuzustimmen.

Eine Reihe anderer Sozialdemokraten mochte sich auf diesen kaltschnäuzigen Kurs jedoch nicht festlegen. So wurde im Kieler Stadtrat eine von der CDU-Fraktion eingebrachte Entschließung abgelehnt, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, den Bau der Kriegsschiffe auf jeden Fall zu gewährleisten. Auch der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen lehnte einen Verkauf an Chile ab, ebenso wie viele SPD-Bundestagsabgeordnete. Protest signalisierte auch die baden-württembergische SPD. Der Stuttgarter Kreisverband nannte das Vorgehen der Bundesregierung *„so ungeheuerlich"*, daß man nicht mehr nur mit einer *„nüchternen"* Kritik reagieren könne. Andere Sozialdemokraten versuchten, Spuren zu verwischen, etwa der frischgebackene Bundesforschungsminister Andreas v. Bülow. Er versprach, sich im Kabinett gegen die U-Boote einzusetzen. Offensichtlich versäumt hatte er dies in der Zeit der Beschlußfassung im vergangenen Juni; damals war er noch parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium und somit über den Skandal bestens informiert.

Von der Bundesregierung ist inzwischen zu vernehmen, daß die ganze Angelegenheit „noch einmal überdacht" werden soll. Man will offenbar abwarten, bis sich die Wogen etwas geglättet haben.

Gibt es Konflikte in der Kieler IG Metall?

Das Problem Rüstungsproduktion gehörte für die IG Metall schon immer zu den heikelsten. Zwar ist die Beschlußlage in der IGM recht eindeutig: für Entspannungspolitik, gegen Ausweitung der Rüstungsproduktion, Beschäftigungssicherung durch schrittweise Einführung von ziviler Ersatzfertigung. Diese Beschlüsse haben sich bislang in der betrieblichen Wirklichkeit jedoch praktisch nirgends wiedergefunden. So mußte sich der Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler im August letzten Jahres darüber beklagen, *„daß wir vor dem Problem stehen, daß der Bundesverteidigungsminister uns zu Recht darauf hinweisen konnte, daß Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben öfter auf der Hardhöhe [Sitz des Verteidigungsministeriums, Anm. AK] standen als im IG-Metall-Vorstandsgebäude - mit eindeutigen Absichten"* („FR", 14.8.80).

Zusätzliche Kopfschmerzen dürfte in der IGM die Tatsache bereitet haben, daß das Abnehmerland ausgerechnet Chile heißen sollte. Immerhin üben sich die DGB-Gewerkschaften, etwa bei den Mai-Kundgebungen gern in demonstrativer Solidarität mit dem in Chile verbotenen Gewerkschafts-

üben sich die DGB-Gewerkschaften, etwa bei den Mai-Kundgebungen gern in demonstrativer Solidarität mit dem in Chile verbotenen Gewerkschafts-

verband CUT.

Die Kieler IGM-Ortsverwaltung hat sich nach dem Streik gegen den Bau der U-Boote ausgesprochen. Ebenso nahm die Vertrauensleute-Versammlung am 16. Dezember gegen den Bau Stellung. Die uns darüber vorliegenden Meldungen reichen jedoch nicht aus, um den Konfliktverlauf eindeutig zu klären. Denn beispielsweise steht die Haltung des HDW-Betriebsrats, soweit sie in dem Fernschreiben an die Bundesregierung zum Ausdruck gekommen ist, den IG Metall-Beschlüssen ganz klar gegenüber.

Und wie für die betroffenen Kollegen die Arbeitsplätze auch ohne Chile-U-Boote gesichert werden können, ist bislang auch noch nicht geklärt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Asbestindustrie: Für tödliche Arbeitsplätze?

Der Gesamtbetriebsrat der Eternit AG ist mit einem vertraulichen Brief an Bundesarbeitsminister Ehrenberg (zur Kenntnisnahme an Innenminister Baum sowie die IG Chemie) herangetreten. Grund: Ehrenberg soll veranlassen, daß eine Studie des Umweltbundesamtes (Ressort: Bundesinnenminister) über die Gefahren von Asbestproduktion nicht veröffentlicht wird. In der Studie wird u. a. eine Beschränkung für die Herstellung und Verwendung von Asbestprodukten empfohlen.

Der Gesamtbetriebsrat schreibt dazu: *„Heute müssen wir erneut an Sie herantreten, weil vom Umweltbundesamt eine Exististenzbedrohung auf uns zukommt"* („Spiegel", 22.12.80). Angeblich, so das Schreiben, enthalte die Studie einen Stufenplan zur Einstellung der Produktion (was nicht stimmt!). Die Schließung von Werken und Massenentlassungen drohen, insgesamt ist von der Vernichtung der 5.000 Arbeitsplätze der Eternit AG sowie weiterer 5.000 Arbeitsplätze in der Asbestzementindustrie die Rede.

Interessant ist an diesem Schreiben, das der „Spiegel" im Wortlaut veröffentlicht hat, daß ein Hinweis auf eine ähnliche Intervention bei Ehrenberg enthalten ist, für die sich die Betriebsräte bedanken. So hatten sie bereits im Zusammenhang mit der Arbeitsstoffverordnung 1979 gefordert, Asbest nicht in die *„Gruppe 1 der gefährlichen Arbeitsstoffe"* zu übernehmen und äußern sich zufrieden, daß die letztlich verabschiedete *„Arbeitsstoffverordnung einen kontrollierten Umgang mit Asbest bei der Herstellung und Weiterverarbeitung unserer Produkte fordert"*.

Ehrenberg antwortete unter Hinweis auf EG-Verhandlungen über Richtlinien zur Asbestproduktion: *„Ich halte ein über die genannten Bestimmungen hinausgehendes generelles Verbot von Asbest nicht für realisierbar und wegen der damit verbundenen Gefährdung von Arbeitsplätzen auch nicht für vertretbar"*. Er macht sich damit die Argumentation der Betriebsräte zu eigen.

So weit also nichts Neues: Betriebsräte machen sich für „ihren" Betrieb stark, schaffen sich eine Lobby, über die hintenrum gemauschelt wird und bitten die Regierung um Hilfe.

Brisant wird der Fall allerdings dadurch, daß es sich in diesem Fall nicht allein um „normales" Umgehen von Arbeits- und Umweltschutz handelt, sondern daß diese Betriebsräte und Gewerkschafter wissentlich fordern, daß eine Untersuchung über die tödlichen Gefahren von Asbest geheimgehalten wird und hierfür das Arbeitsplatzargument herhalten muß.

Asbest-Verbot notwendig!

Asbest-Verbot notwendig!

Das Mineral Asbest ist nicht brennbar, es isoliert gegen Kälte, Nässe und Schall. Es läßt sich weiterverarbeiten (mit Zement zu Eternit gemischt, als Isoliermatten versponnen) und ist lange haltbar. Asbest findet im Bau Verwendung (Eternitplatten, Dachziegel- und -pfannen), es findet als Blumenschale Verwendung, ist in Autoreifen und Bremsbelegen enthalten, steckt in Wänden und Fußböden der Wohnungen, ja findet sich sogar im Babypuder (Talkum) wieder. *„Mehr als 3.000 verschiedene Produkte enthalten Asbest; Millionen von Menschen kommen damit täglich in Berührung"* schreibt die IG Chemie-Zeitschrift „Umschau" (Nr. 2/80).

Und: seit über 80 Jahren ist bekannt, daß Asbest krankheitserregend ist, seit 1907 ist die Krankheit Asbestose bekannt: Asbeststaub, der sich in der Lunge absetzt und die Lungenflügel so versteift, daß diese keinen Sauerstoff mehr aufnehmen können. Selbst unzureichende Untersuchungen über Asbest am Arbeitsplatz haben ergeben, daß in der EG jährlich rund 500 Menschen an durch Asbeststaub entstandenem Krebs sterben, und daß Menschen, die zwölf Jahre oder länger mit Asbest arbeiten, an Krebs erkranken („FR", 15.12.80). Dieser völlig unzureichenden Erhebung des Bundesgesundheitsamts steht eine Schätzung (durch den Leiter der Abteilung Arbeitsschutz beim DGB, Konstantny) von *„10.000 Asbesttoten jährlich"* in der BRD gegenüber sowie Berechnungen des amerikanischen Nationalinstituts für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, das 2 Millionen Tote *„infolge von Krebserkrankungen im Zusammenhang mit Asbest"*, in den nächsten 35 Jahren also jährlich etwa 60.000 Tote, für die USA errechnete („Spiegel", 1.12.80).

Für die Bundesrepublik sind konkret diese Zahlen bekannt: in der Mülheimer Isolierfirma Tapp KG (100 Beschäftigte) sind seit 1964 mindestens 15 Arbeiter an Asbestkrankheiten gestorben, 44 erhielten aufgrund *„Minderung der Erwerbstätigkeit"* vorzeitig Rente (ebenda).

– In der Isolierfirma Schuh & Co in Essen und Hamburg (700 Beschäftigte) starben innerhalb von neun Jahren 20 Arbeiter durch Asbest, für 70 Arbeiter wurden entsprechende Berufskrankheiten gemeldet.

Diese Daten müssen als Spitze des Eisbergs betrachtet werden, da es an einer systematischen Untersuchung fehlt und da die Tatsache, daß unkontrolliert Asbest zunehmend in der Luft enthalten ist und sich in den Lungen von immer mehr Menschen absetzt (was repräsentative Stichproben ergeben haben), keine genauen Angaben über die Auswirkungen zuläßt. Die vorhandenen Erkenntnisse reichen aber aus, um festzustellen: Asbest ist tödlich. So vorteilhaft dieser Stoff auch in seiner Verwendungsfähigkeit sein mag, so wurde bisher kein Mittel gegen diese tödliche Gefahr gefunden.

Diese Erkenntnis hat beispielsweise in Dänemark, Schweden und den Niederlanden zu einem Verbot von Asbest geführt. In den USA ist Asbest zu einem der zehn gefährlichsten, krebserzeugenden Industriegifte erklärt worden („Spiegel", 1.12.80).

»Die Menschheit ist bisher nicht ausgestorben«

„So schlimm für jeden Betroffenen eine Erkrankung, also auch eine Berufskrankheit ist ... müssen wir uns vor Augen halten, daß bereits die ersten Menschen mit der Herstellung allererster Werkzeuge sich durch diese selbst gefährdet haben. Segen und Fluch jeder Neuerung liegen nahe beieinander. Die Menschheit arbeitet seit der Steinzeit mit Asbest und ist bisher nicht ausgestorben, im Gegenteil, sie vermehrt sich rasch".

Heinz Bolling, Chefarzt und Asbestexperte der Strahlenabteilung im Kreiskrankenhaus Lüdenscheid, in einer Antwort an den Betriebsratsvorsitzenden der Mülheimer Isolierfirma Tapp KG.

Und in der Bundesrepublik?

Noch 1952 wurden 170 winzige Asbestteilchen auf einen Kubikzentimeter Atemluft für zulässig angesehen. Die neue Arbeitsstoffverordnung von 1979 erlaubt bis 1981 noch zwei Teilchen und ab 1982 nur noch ein Asbestteilchen pro Kubikzentimeter Luft. Das vorher zitierte amerikanische Gesundheitsinstitut hält auch diese Begren-

chen pro Kubikzentimeter Luft. Das vorher zitierte amerikanische Gesundheitsinstitut hält auch diese Begren-

zung für nicht vertretbar, sondern verlangt eine Senkung des Werts auf ein Zehntel, was allerdings die Asbestindustrie für „nicht machbar" erklärt (ebenda).

Bereits diese stufenweise angepaßte Entwicklung verdeutlicht, wer über den Gesundheitsschutz bestimmt: die Industrie, die Kostengesichtspunkte und demagogisches Spiel mit gefährdeten Arbeitsplätzen einsetzt, um Schutzbestimmungen nur so weit, wie nötig, einhalten zu müssen.

Daß die Probleme der Produktion mit krebserzeugenden Stoffen heute deutlicher ins Bewußtsein rücken, liegt nicht etwa an gestiegener Bereitschaft zu gesundheitlicher Fürsorge seitens der Kapitalisten, sondern an den zunehmenden tödlichen Opfern dieser Produktion (Asbest ist dabei nur einer solcher Stoffe, ähnliches gilt beispielsweise auch für die chemische Verarbeitung von Schwermetallen): allein die Asbest-Weltproduktion ist von 1880 bis heute von 500 Tonnen auf 5,2 Millionen Tonnen gesteigert worden; in der BRD verarbeitet die Bauindustrie jährlich über 100.000 Tonnen Asbest („Spiegel", 1.12.80).

Die zunehmenden tödlichen und krebserzeugenden Folgen von Mineralen und Schwermetallen haben sehr stark das 1980 verabschiedete Chemikaliengesetz bestimmt. Doch auch hier hat sich die Industrie trotz Kenntnis dieser Gefahren durchsetzen können:

– sie erreichte, daß eine Überprüfung bestehender „Altstoffe", die bereits vor Verabschiedung des Gesetzes in der Produktion eingesetzt sind, nur bei *„erhärtetem Verdacht"* stattzufinden braucht (Umschau 4/80). Damit ist völlig unklar geblieben, wie diese letztlich erfolgen kann und was die Kriterien für „erhärteten Verdacht" sind. Die Forderung nach genereller Überprüfung aller Stoffe in der chemischen Verarbeitung wurde abgelehnt. Hinzu kommt, daß auch nach dem neuen Ge-

Fortsetzung nächste Seite

Rüstungskriminalität der Firma Heckler & Koch' Arbeiter beleidigt?

„Wo immer auf der Welt Menschen von ihren Regierungen gequält, gefoltert und ermordet werden – dort hat das ehrbare Unternehmen vom Neckarstrand seinen Gewinn: Heckler-Stützpunkte gibt es in Argentinien, Bolivien, Chile und eben in El Salvador. Auch der Schah von Persien ließ auf seine Untertanen mit Heckler-Waffen schießen und Idi Amin hielt es in Uganda ebenso".

Geschrieben stand dies in der Gewerkschaftszeitung der IG Metall (Metall vom 17.9.80) unter der Überschrift *„Getarnte Rüstungskriminalität"*. Die „ehrenwerte Firma" – Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar – schluckte diesen Artikel, mußte wohl schlucken, da ganz offensichtlich alles an Informationen stimmte, zumal die „Metall" ein Foto von Soldaten der Militärjunta in El Salvador mit dem Heckler-Sturmgewehr G 3 veröffentlichte.

Anders allerdings die Reaktion „empörter Gewerkschafter" aus dem Betrieb. Im Auftrage von IGM-Betriebsräten, Vertrauensleuten und von IGM-Kollegen (man beachte, daß nicht die gesamten Gremien genannt werden) protestierte der Betriebsratsvorsitzende Schlotter bei der „Metall", die den Leserbrief in ihrer Ausgabe vom 12.12.80 abdruckte. In voller Identifikation mit dem Unternehmen protestieren diese gegen *„die Art und Weise, wie wir zu Handlangern von Quälern, Folterern und Mördern gebrandmarkt werden"*, ohne daß eine Aussage am „Metall"-Artikel konkret widerlegt wird. Stattdessen wird der „Metall" mangelnde Kenntnis vorgeworfen und schließlich unverhohlen gedroht: *„Ihr werdet wohl nicht glauben, daß wir in nächster Zeit für die IG Metall neue Mitglieder gewinnen können, im Gegenteil, wir werden von allen Seiten innerhalb des Betriebes aufgefordert, aus der IG Metall auszutreten".*

Zu dem Vorgang schreibt die „Metall"-Redaktion: *„Auch nach einem inzwischen geführten klärenden Gespräch beharren die IG Metall-Kollegen bei Heckler & Koch auf dem Mißverständnis, sie seien mit dem Artikel persönlich angegriffen worden. Erstens ist dies mit keinem Wort geschehen, wie jeder nachlesen kann. Zweitens dürften auch die Kollegen bei Heckler & Koch die Mitbestimmung noch nicht so weit durchgesetzt haben, daß sie die Geschäftspolitik der Firma bestimmen. Darüber entscheidet immer noch allein die Firmenleitung, und deshalb hat METALL nur sie kritisiert und niemand anders"* (Metall", 12.12.80).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bundesverfassungsgericht zu Lehrstellenabgabe:

Das Ende der Berufsbildungsreform von 1972?

Das Bundesverfassungsgericht hat wieder einmal zugeschlagen: Anfang Dezember letzten Jahres erklärte das Gericht das (1976 in Kraft getretene) Ausbildungsplatzförderungsgesetz – APlFG für nichtig. Die Bundesregierung will daraufhin von der im Gesetz festgelegten Lehrstellenabgabe Abstand nehmen. Doch IG Metall-Führer Preiß schätzt das Urteil als Erfolg ein. Was ist davon zu halten?

Die Kernaussage des damals beschlossenen Gesetzes war, daß für den Fall, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen weniger als 12,5 % über der Nachfrage liegt, von allen Betrieben mit mehr als 400.000 DM Jahresumsatz eine Berufsbildungsabgabe von maximal 0,25 % der Lohn- und Gehaltssumme erhoben werden sollte. Diese Abgabe wurde jedoch seit 1976 kein einziges Mal erhoben, obwohl sogar nach den offiziellen Statistiken des Berufsbildungsberichts dies jedes Jahr notwendig gewesen wäre. So soll z.B. 1980 das Angebot an Lehrstellen nur um 4,2 Prozent höher als die Nachfrage gelegen haben (,,FR'', 20.12.80). Also auch dieses Jahr wäre die Voraussetzung für die Abgabe erfüllt. Im Gegensatz zu den offiziellen Statistiken errechnete der DGB, daß 1980 mehr als 110.000 zusätzliche Lehrstellen erforderlich sein werden.

1972 - 1980: Stetige Talfahrt der Berufsbildungs,,reform''

Das APlFG ist das allerletzte Überbleibsel der von der SPD 1972 groß angekündigten Berufsbildungsreform. Zu dem anfänglichen Reformwerk gehörten Punkte wie: Mehr Fachtheorie in der Ausbildung, Aufhebung der Sonderreglungen für das Handwerk, bessere Ausstattung der Berufsschulen etc. Doch angesichts der Angriffe von Kapitalistenverbänden, Unionsparteien und wohl auch wegen des 1974 einsetzenden Lehrstellenboykotts der Kapitalisten, wich die Bundesregierung von ihren ursprünglich aufgestellten Zielen immer mehr zurück, bis sie schließlich 1976, kurz vor der Bundestagswahl, anstatt der umfassenden Berufsbildungsreform, ein Gesetz zur *,,Finanzierung der Berufsausbildung''* und zur *,,Planung und Statistik''*, eben das APlFG im Bundestag (gegen die Stimmen der CDU/CSU) verabschiedete. Das APlFG wurde vor der Verabschiedung von der Bundesregierung so weit zurechtgestutzt, daß es nicht mehr durch den Bundesrat (CDU-Mehrheit) zustimmungsbedürftig schien.

Den Kapitalisten, denen Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 24.11.80 ausdrücklich dankte, *,,daß sie in den letzten drei*

erklärung vom 24.11.80 ausdrücklich dankte, ,,daß sie in den letzten drei

Jahren insgesamt 300.000 Jugendliche zusätzlich ausgebildet haben'', war das APlFG als leere Drohung jedoch immer noch zuviel. Ganz in diesem Sinne klagten die Regierungen Bayerns sowie Rheinland-Pfalz' und Bremens (SPD-regiert!) gegen das APlFG vor dem Bundesverfassungsgericht (siehe AK 174). *,,Nach Ansicht der bayerischen Staatsregierung berührt die Sonderabgabe eine zentrale Frage der Finanzverfassung im föderalistischen Staatsaufbau. Die Berufsbildungsabgabe sei in Wirklichkeit eine Steuer, die nicht über den Bundesrat beschlossen werden könne. Das mühsam austarierte System der Steuerverteilung werde ausgehöhlt, wenn der Bund auf diese Weise einen ,Nebenhaushalt' aufbauen könnte, die Transparenz des öffentlichen Finanzgebahrens werde beeinträchtigt''* (,,FAZ'', 12.3.80). Was diesen Punkt angeht, gab das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung Recht, es handele sich bei der Berufsausbildungsabgabe um eine ,,Sonderabgabe'', von der gesagt wird, daß *,,die Gruppe* (hier: die Unternehmer), *von der die Sonderabgabe erhoben wird, eine ,spezifische Beziehung (Sachnähe)' zu dem Zweck der Abgabe haben muß, und der Ertrag muß im Sinne dieser Gruppe verwendet werden —,gruppennützig' nennt das das Bundesverfassungsgericht''* (,,FAZ'', 12.12.80). Doch die Kapitalisten sehen das offensichtlich anders. Sie haben in den letzten Jahren kräftig dagegen gewettert, daß sie mit diesem Gesetz unter Druck gesetzt werden sollen, daß ihnen Millionen abgeknöpft werden könnte, die dann u.U. in irgendwelchen überbetrieblichen Ausbildungsstätten und damit außerhalb der direkten Kontrolle der Kapitalisten landen.

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hakte jedoch an einem formalen Punkt ein und brachte das Gesetz damit zu Fall. So behauptete das BVG, das Gesetz enthalte Regelungen des Verwaltungsverfahrens und damit sei die Zustimmung des Bundesrates notwendig. Da dieses nicht geschehen ist, sei das Gesetz nicht nach den Regeln der Verfassung zustande gekommen, *,,es wurde als nichtig erklärt — es ist also so, als ob es dieses Gesetz nie gegeben hätte''* (ebenda).

Pikant an der Sache ist noch, daß dieses für die SPD-,,Reformpolitik'' niederschmetternde Urteil durch die längere Krankheit eines Richters erst nach den Bundestagswahlen vom 5. Oktober gefällt wurde.

Bundesregierung kapituliert vor dem BVG-Urteil und der CDU/CSU

Nach dem Urteil des BVG reagierte Bildungsminister Schmude, indem er ankündigte, *,,er werde dem Kabinett unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem die Berichterstattung, die Statistik und die Zusammenarbeit aller Beteiligten in der beruflichen Bildung gerettet werden sollte''* (,,FAZ'', 11.12.80).

Staatssekretär Engholm äußerte sogar, daß die Ausbildungsplatzumlage, die 1976 ,,mehr zufällig'' in das APlFG hineingeraten sei, als ,,Notinstrument'' wegen des akuten Ausbildungsplatzmangels gedacht gewesen war. Inzwischen habe sich die Lage jedoch zum Besseren gewendet (nach ,,FAZ'', 22.12.80). Damit hat die Bundesregierung endgültig gezeigt, daß sie kein Interesse an der Finanzie-

Bundesregierung endgültig gezeigt, daß sie kein Interesse an der Finanzie-

rungsregelung hat. Jetzt geht es ihr nur noch um Statistiken und ähnliches. Das ist jedoch keine Hilfe für die arbeitslosen Jugendlichen. Die Statistiken selbst sind unbrauchbar und irreführend, da sie nur einen Teil der arbeitslosen Jugendlichen erfassen. Herbert Wehner erklärte, daß es nur aufgrund des Gesetzesdrucks zu einer Steigerung der Lehrstellen gekommen sei (ebenda). Doch auch diese Behauptung ist schlicht unwahr. Wir zitieren dazu den Kommentar der ,,FAZ'' (vom 11.12.80), wo ausnahmsweise richtig steht, daß die Abgabe *,,nach dem Gesetz ohnehin nur von den größeren Betrieben (hätte) verlangt werden können. Es ist indessen das Handwerk gewesen, das die meisten neuen Lehrstellen geschaffen hat. Etwa zwei Drittel aller gewerblich-technischen Ausbildungsplätze entfallen auf das Handwerk. Die Frage ist daher nicht, ob genug Lehrstellen angeboten werden. Die größte Sorge ist vielmehr, ob es Wachstumsbranchen sind, die überproportional ausbilden und die Ausgebildeten dann später auch beschäftigen können. Daran bestehen berechtigte Zweifel.''*

IG Metall: BVG-Urteil Absage an die Unternehmer

In einem Interview mit der ,,FR'' vom 23.12.80 äußert sich Hans Preiss (für Berufsbildung zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall) zu dem BVG-Urteil erstaunlich positiv. Insgesamt schätzt er das Urteil als *,,eine klare Absage an berufsbildungspolitische Positionen, wie sie bis heute von Unternehmern und anderen konservativen Kräften in der Bundesrepublik vertreten werden''* ein. Hervorgehoben wird auch die Aussage des Gerichts, daß *,,grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen''* einen Ausbildungsplatz erhalten sollen. Hierin sieht Preiß eine Bestätigung der gewerkschaftlichen Forderungen. An dieser Stelle muß man/frau sich jedoch fragen, was meinen die eigentlich mit ,,ausbildungswillig''? Sicherlich nicht die große Dunkelziffer von Jugendlichen, die sich, weil sie resigniert sind, nicht mehr wegen eines Ausbildungsplatzes an das Arbeitsamt wenden. Also eine sehr dehnbare Aussage des Gerichts. Weiterhin hebt Preiß aus dem Urteilstext folgende Stelle hervor: *,,Es kann zur Zeit nicht davon ausgegangen werden, daß die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der (möglichen) Erhebung der Berufsbildungsabgabe inzwischen wieder entfallen sind.''* Angesichts der praktischen Reaktion der Bundesregierung auf das BVG-Urteil bedeutet auch diese Aussage nicht mehr als ein Stück Papier. Denn die Bundesregierung will um die Abgabe ja kein Stück kämpfen, sondern ist offensichtlich froh, daß die Sache jetzt endlich über die Bühne ist.



Weiterhin hebt Preiß hervor, daß *,,ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot ... nach Auffassung des Gerichts im ,Gruppeninteresse der Arbeitgeber' liegt. Dieses Gruppeninteresse kann im Sinne der Ausbildungs-Verantwortlichkeit der Arbeitgeber nur verwirklicht werden, wenn die einzelbetriebliche Finanzierung der Ausbildung durch eine überbetriebliche Umlagefinanzierung abgelöst wird.''* Von dieser überbetrieblichen Umlagefinanzierung versprechen sich die IGM-Führer offensichtlich, daß z.B. nicht wahllos jeder neugeschaffene Ausbildungsplatz gefördert wird, sondern nur qualitativ gute Ausbildungsplätze. An anderer Stelle äußerte die IGM-Führung, daß *,,durch die Umlageerhebung die Betriebe ,bestraft' (werden), die bisher schon eine qualifizierte Berufsausbildung durchführen''* (,,Süddeutsche Zeitung'', 3.2.79). Auch diese Argumentation hinkt. Denn das Wort ,,bestrafen'' suggeriert, daß die gut ausbildenden Betriebe so eine Abgabe wirtschaftlich kaum verkraften könnten. Das ist jedoch kaum der Fall, da es sich hierbei meist um Großbetriebe handelt.

Hinter dem ganzen Gewerkschaftskonzept der ,,überbetrieblichen Umlagefinanzierung'' steckt die Illusion, man/frau könne den Kapitalistenverbänden am grünen Tisch klarmachen, daß sie für die Zukunft vorsorgen müssen, um eine drohende Facharbeiterlücke zu verhindern, daß sie also mehr und besser ausbilden müssen. Im Urteilstext des BVG heißt es dazu auch, daß *,,zunehmende Automation einen stetigen Abbau einfacher manueller Tätigkeiten und einen steigenden Bedarf an höherqualifizierten Arbeitskräften zur Folge hat''*. Was schert's die Herren BVG-Richter, daß die aktuelle Entwicklung genau das Gegenteil beweist: Automation bedeutet eher zunehmende Arbeitslosigkeit und berufliche Dequalifizierung. Und an der beruflichen Dequalifizierung haben die Gewerkschaftsführer kräftig mitgebastelt, indem sie mit den Kapitalisten zusammen die Stufenausbildung entwickelt haben und jetzt dabei sind, ganze Berufsfelder in gestufter Form neu zu ordnen. Auch das anfänglich von den Gewerkschaften uneingeschränkt geforderte Berufsgrundbildungsjahr stellt sich inzwischen immer mehr als Sackgasse für die Jugendlichen heraus.

Und nicht zuletzt die Tatsache, daß die Kapitalisten die überbetriebliche Finanzierungsregelung in ihren berüchtigten Tabukatalog mit aufgenommen haben (AK 168) beweist doch, daß man hier nicht allein über gesetzliche oder tarifliche Regelungen weiterkommen wird. Allein im Bereich der Gewerkschaften Gartenbau und Bau Steine Erden konnten solche überbetrieblichen Ausbildungsfonds von Gewerkschaften und Kapitalisten bisher ausgehandelt werden. Hier liegen allerdings auch branchenspezifische Gründe vor (wie z.B. starke Abwanderung von Facharbeitern wegen der Konjunkturschwankungen und Arbeitsbedingungen).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Asbestindustrie: Für tödliche Arbeitsplätze?

setz keine Offenlegungspflicht für Daten zum Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz existiert. Auch hier diente als Begründung wieder das Unternehmensinteresse an der Vertraulichkeit von Daten gegenüber der Konkurrenz.

Betriebsräte als ,,Stimme ihrer Herren''

Die Asbestindustrie hat bisher hinter den Kulissen massiv versucht, wissenschaftliche Untersuchungen zu unterdrücken, wenngleich ihr, was sie in einem Rundschreiben mit Bedauern feststellte, eine Unterdrückung von EG-Untersuchungen *,,trotz nachhaltiger Bemühungen''* nicht gelang (,,Spiegel'', 1.12.80). Derzeit arbeitet sie über ihre Lobby im Bundestag und im EG-Parlament an einer Gegenoffensive — ,,Aufklärungsarbeit'' genannt — um zu weitgehende Beschränkungen zu verhindern.

Neben Propagandabroschüren *,,Auskunft über Asbest''* (Zitat: *,,Bei unsachgemäßer Bearbeitung kann eine Gesundheitsgefährdung auftreten''*; Krebserkrankung sei eine Frage *,,individueller Veranlagung und Abwehrbereitschaft''*) wird in einer *,,Dokumentation über Verwendungsbeschränkungen''* vor allem auf *,,unvermeidliche volkswirtschaftliche Schäden''* verwiesen, u.a. seien 30.000 Arbeitsplätze in Gefahr (Zitate aus ,,Spiegel'', 1.12.80).

Man muß wissen, daß die jetzt angegriffene Studie aus dem Umweltbundesamt kein Verbot von Asbest vorsieht, sondern Vorschläge für Verwendungsbeschränkungen enthält und gleichzeitig eine Reihe von Alternativstoffen (,,asbestfreie Substitute'') empfiehlt. Selbst dies allerdings geht der Industrie schon zu weit.

Schlimm, daß gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte hier die Alternative Arbeitsplätze oder Tod im Interesse der kapitalistischen Profitmacher als gegeben propagieren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Einstellung von 3.000 Lehrern um ein halbes Jahr verzögert

Nach dem Willen des NRW-Kultusministers Girgensohn sollen die etwa 3000 Lehramtsanwärter nicht zum 1.2.1981 in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden, sondern erst zum 1.7.1981.

Da aber vom 23.7. - 5.9.1981 in NRW Sommerferien sind, ist zu vermuten, daß

a) entweder der Einstellungstermin bis nach den Sommerferien nochmals hinausgeschoben wird (so würde das Land die Einstellung des folgenden Jahrganges der Lehramtsanwärter ebenfalls um ein weiteres Jahr hinauszögern, weil nicht zu vermuten ist, daß zusätzliche Seminarplätze eingerichtet werden!), oder

b) während der Ferienzeit die Referendare an sogenannten Vorbereitungsseminaren teilnehmen müssen, wobei Klausurenschreiben nicht gänzlich undenkbar wäre, da jeder vorzeitig abgesprungene Lehramtsanwärter der Kultusbürokratie nur recht sein kann!

Die hinausgeschobene Einstellung der ca. 3000 Lehramtsanwärter in NRW verstärkt logischerweise an den Universitäten den Prozeß, möglichst schnell zum Abschluß zu kommen, um noch eine kleine Chance auf eine Einstellung zu haben.

Zu vermuten ist deshalb, daß besonders für die kommenden Lehramtsanwärter keineswegs ausreichende Seminarplatzangebote zur Verfügung stehen, sondern der produzierte Drang, sich im Schnellverfahren zu examinieren, einerseits die Ausbildungsqualität verschlechtert, und andererseits die Bewerberzahlen für den Vorbereitungsdienst weiter hochschnellen läßt.

So gesehen führt die Rationalisierung der Lehrerausbildung nur zu weiterreichender Lehrerarbeitslosigkeit, **von der besonders Anwärter politischer (also wenig erwünschter) Fächer übermäßig betroffen sein** werden (ob so, oder so: Berufsverbot bleibt Berufsverbot!).

Die NRW-Kultusbürokratie wird in dieser Richtung viele Fragen beantworten müssen!

Mit den Arbeitslosen aller Berufsgruppen gemeinsam kann das Motto für die kommenden Zeiten nur heißen:

Sind wir länger arbeitslos, ist hier bald der Teufel los!

Ein AK-Leser aus NRW

DER KULTUSMINISTER
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN — DUSSELDORF, DEN 22. DEZEMBER 1980

[redacted]

BETR.: EINSTELLUNG IN DEN VORBEREITUNGSDIENST FUR EIN LEHRAMT

SEHR GEEHRT[redacted]

AUFGRUND DES BESCHLUSSES DER LANDESREGIERUNG ZUM AUSGLEICH DES HAUSHALTS 1981 HABE ICH ENTSCHIEDEN, DAß DIE ETWA 3000 LEHRAMTSANWARTER, DIE ZUM 1.2.1981 IN DEN VORBEREITUNGSDIENST EINGESTELLT WERDEN SOLLTEN, NUNMEHR ERST ZUM 1.7.1981 EINGESTELLT WERDEN.

DER SPATERE EINSTELLUNGSTERMIN IN DEN VORBEREITUNGSDIENST VERSCHIEBT ALLERDINGS NICHT DEN MOGLICHEN TERMIN FUR DIE UBERNAHME DIESER LEHRAMTSANWARTER NACH DEREN ZWEITER LEHRAMTSPRUFUNG IN DEN SCHULDIENST. AUCH BEI EINSTELLUNG ZUM 1.2.1981 WARE DER UNTERRICHTSBEGINN NACH DEM 1.8.1983 DER FRUHEST MOGLICHE TERMIN FUR EINE EINSTELLUNG IN DEN SCHULDIENST GEWESEN. DA DER VORBEREITUNGSDIENST ZWEI JAHRE DAUERT, IST EINE EINSTELLUNG ZU DIESEM TERMIN AUCH JETZT NOCH MOGLICH. DURCH DEN BESCHLUß DER LANDESREGIERUNG WIRD DIE OHNEHIN UNUMGANGLICHE WARTEZEIT LEDIGLICH VOR DEN BEGINN DER REFERENDARZEIT GELEGT.

DER BESCHEID UBER IHRE EINSTELLUNG IN DEN VORBEREITUNGSDIENST SOWIE DIE ZUWEISUNG ZU EINER AUSBILDUNGSGRUPPE (AUSBILDUNGSORT) WIRD IHNEN VON DER FUR SIE ZUSTANDIGEN EINSTELLUNGSBEHORDE IM JANUAR DES KOMMENDEN JAHRES ZUGESANDT WERDEN.

HOCHACHTUNGSVOLL

GEZ. GIRGENSOHN

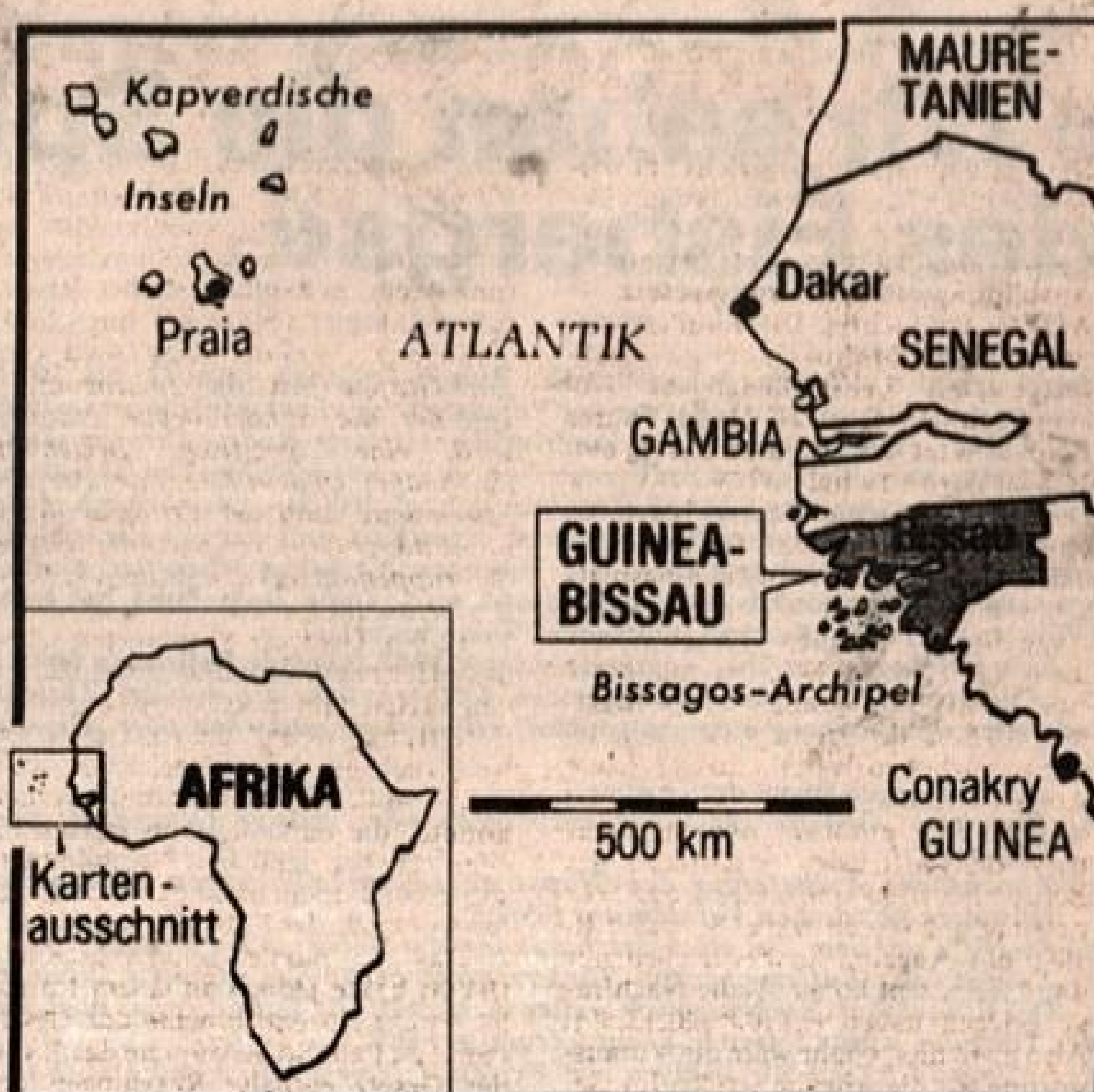
Wohin geht Guinea-Bissau?

Unsere Befürchtungen nach dem Putsch in Guinea-Bissau am 14.11.80 (vgl. AK 190) sind durch die Entwicklung in den letzten Wochen bestätigt worden; alle Errungenschaften des von der PAIGC geführten Befreiungskampfes, der 1974 zum Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft führte, sind in Frage gestellt:

- **Der Aufbau der Volksmacht (z.B. mit vorbildlichem Erziehungs- und Gesundheitssystem);**
- **Beschreiten eines unabhängigen Weges frei von neokolonialer Ausbeutung bei enger Zusammenarbeit mit den anderen revolutionären Kräften in der „Dritten Welt“ (besonders den ehemaligen portugiesischen Kolonien Afrikas);**
- **Überwindung des von den Kolonialisten geschürten Tribalismus im Vereinigungsprozeß zwischen Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln.**

Diese Prinzipien und selbst der Name der PAIGC werden vom Revolutionsrat in Bissau nicht mehr erwähnt, vielmehr zeigt das Putschregime einen reaktionären Nationalismus, der einerseits die lächerliche Vision einer kapverdischen Fremdherrschaft beschwört (die Kapverden sind ein winziger, völlig verarmter Inselstaat) und andererseits die proimperialistischen Kräfte, die nach dem Sturz des Kolonialismus fluchtartig das Land verließen, um vom Ausland her Putsche und Sabotage gegen das befreite Guinea-Bissau vorzubereiten, zur großen Versöhnung ruft.

Die Zuneigung des Putschregimes zu den tribalistischen, vom Imperialismus ausgehaltenen Exilgrüppchen deutet an, daß man dabei ist, dem internationalen Kapital die Türen zu öffnen.



Tatsächlich ist tribalistisches Gedankengut immer wieder vergeblich vom Kolonialismus an das Volk von Guinea-Bissau und der Kapverden herangetragen worden: Nachdem der portugiesische Kolonialkrieg gegen die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden) in Guinea-Bissau nicht mehr zu gewinnen war, versuchte der damalige portugiesische Gouverneur Spinola, dem Volk eine Unabhängigkeit Guinea-Bissaus ohne die Kapverden schmackhaft zu machen (die Inseln waren zu der Zeit ein riesieger Nato-Stützpunkt); die Marionettengruppe „FLING“ (Nationale Befreiungsfront von Guinea-Bissau), die vom Nachbarland Senegal aus vergeblich versuchte, in der Bevölkerung Fuß zu fassen, bezeichnete die PAIGC demagogisch als eine Partei von Kapverdianern. Das Volk von Guinea-Bissau und den Kapverden ist aber durch gemeinsame Geschichte (die vorher unbewohnten Kapverden waren früher der Umschlagplatz, von wo aus die in Guinea-Bissau gefangenen Sklaven nach Amerika verschachert wurden) und einen gemeinsamen Befreiungskampf unter Führung einer Partei, der PAIGC, eine Einheit, weshalb die Vereinigung beider Staaten auch neben der Befreiung vom Neokolonialismus als wichtigstes Ziel in das Programm der PAIGC und die Verfassungen aufgenommen wurde. Allerdings konnte eine solche Vereinigung wegen des ko-

wichtigstes Ziel in das Programm der PAIGC und die Verfassungen aufgenommen wurde. Allerdings konnte eine solche Vereinigung wegen des ko-

lonialen Erbes nur schrittweise möglich sein, da z.B. die früher sehr fruchtbaren Kapverden heute noch viel ärmer sind als Guinea-Bissau, andererseits war auf den Inseln das Bildungsniveau höher, so daß heute noch viele mittlere Plätze in der Administration (auch Guinea-Bissaus) von Kapverdianern besetzt sind.

Wenn auch der Vorsitzende des an die Macht geputschten Revolutionsrates, der ehemalige Ministerpräsident Vieira, in einem ersten Telegramm an den Staatspräsidenten der Kapverden,



Amilcar Cabral, Gründer der PAIGC

Pereira, sein Festhalten an den Zielen der PAIGC betonte, so war dies doch das erste und letzte Mal, daß die gemeinsame Partei, in der auch Vieira und zumindest zwei weitere Mitglieder des Revolutionsrates wichtige Funktionen innehatten, überhaupt von den neuen Machthaber erwähnt wurde.

Die demokratisch gewählten Gre-
des Revolutionsrates wichtige Funktionen innehatten, überhaupt von den neuen Machthaber erwähnt wurde.

Die demokratisch gewählten Gremien (Nationale Volksversammlung, Staatsrat) wurden aufgelöst, wobei noch unklar ist, inwieweit davon auch regionale Volksmachtorgane betroffen sind; der Vereinigungsprozeß zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden wurde abgebrochen. Insgesamt widerspricht dieses Vorgehen völlig den Prinzipien der PAIGC und überhaupt dem Weg, wie Meinungsverschiedenheiten in einer antiimperialistischen Organisation gelöst werden. In diesem Sinne wurde der Putsch sowohl von Regierung und Partei auf den Kapverden als auch von einer Anfang Dezember nach Luanda (Angola) einberufenen Konferenz der Staatspräsidenten der ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika verurteilt, bei der Guinea-Bissau nicht vertreten war („SZ“, 5.12.80). Von dieser Konferenz wurde eine Delegation nach Guinea-Bissau geschickt, die aber offenbar ohne Ergebnis wieder abreisen mußte. Dafür halten sich jedoch Gerüchte über ein mögliches Treffen der beiden Präsidenten Pereira (Kapverden) und Vieira (Guinea-Bissau) auf Sao Tomé („Afrique-Asie“, 22.12.80).

Die Legende von den „Massakern“

Der Revolutionsrat hatte inzwischen noch einen Schritt zugelegt: Nachdem der rechtmäßige Staatspräsident Luis Cabral (er steht unter Hausarrest und befindet sich nicht im Ausland, wie irrtümlich von uns berichtet), und andere PAIGC-Genossen in verantwortlichen Positionen zunächst „nur“ aus Guinea-Bissau ausgewiesen werden sollten, fiel den jetzigen Machthabern eine Woche nach ihrem Staatsstreich ein, Anklagen wegen „Massenhinrichtungen“ zu erheben: gegen Cabral, drei weitere Mitglieder des „Exekutivkomitees des Kampfes“ (= Politbüro) der PAIGC, den Staatspräsidenten der Kapverden (! gleichzeitig Generalsekretär der PAIGC) sowie drei Kommandanten der revolutionären Volksstreitkräfte FARP.

Für Journalisten und Diplomaten wurde eine Fahrt zu den Gräbern organisiert, von denen noch Leichengeruch ausging, obwohl die Erschießungen im Dezember 1978 stattgefunden haben sollen („Le Monde“, 25.11.80). Zumindest ein Großteil der Leichen soll von einem Putschversuch im November '78 stammen („Afrique-Asie“, 8.12.80). Damals hatten afrikanische Söldnerkommandos aus dem Senegal versucht, in der Republik Guinea-Bissau einige PAIGC-Führer zu ermorden und Sabotagepläne durchzuführen (vgl. AK 144). Erhebliche Zweifel an den „Massaker“-Geschichten des Revolutionsrats (Mitglied Turpin: „Schlimmere Verbrechen als jemals bei den Portugiesen“) sind angebracht, wurden doch nie Hinweise auf Massenhinrichtungen bekannt, von denen im übrigen Vieira als Ministerpräsident bzw. bis 1978 als Verteidigungsminister auch gewußt haben müßte. Außerdem ist daran zu erinnern, daß aufgrund der festen Verankerung der PAIGC im Volk mit politischen Gefangenen (d.h. Kollaborateuren) sehr milde umgegangen wurde (vgl. AK 90).

Die dubiosen „neuen Freunde“

Die dubiosen „neuen Freunde“

So wurde z.B. auch Raphael Barbosa, ein ehemaliges PAIGC-Mitglied, der wegen Beteiligung an der Ermordung des PAIGC-Gründers Amilcar Cabral und wiederholten (!) Überfällen als Führer von Söldnerkommandos zum Tode verurteilt worden war, von Staatspräsident Luis Cabral begnadigt und seine Strafe in 15 Jahre Haft umgewandelt. **Noch in der Putschnacht wurde Barbosa freigelassen und war sogar für kurze Zeit im Radiosender Bissaus zu hören, wo er den Putsch und den neuen „nationalistischen“ Weg begrüßte! („Afrique Asie“, 8.12.80).**

Glückwunschtelegramme erhielt der Revolutionsrat von dubiosen neokolonialen Marionettengruppen wie der UPANG („Patriotische, Antineokolonialistische Union von Guinea-Bissau“; wendet sich gegen die „kapverdische Fremdherrschaft“; Vorsitzender: Raphael Barbosa) und der oben schon erwähnten FLING, die in Paris (!) verkündete, sie wolle am „nationalen Wiederaufbau“ Guinea-Bissaus teilnehmen und außerdem für sich beansprucht, am Putschversuch im November '78 und dem Staatsstreich am 14.11.80 beteiligt gewesen zu sein („Le Monde“, 7.12.80): Eine gewisse UCID (Union der unabhängigen und demokratischen Kapverden), auf den Kapverden kaum, dafür umso besser in Portugal bekannt, erwägt, eine kapverdische Exilregierung in Europa aufzumachen.

Es ist schon bezeichnend, daß nach dem Putsch sämtliche prokolonialistischen Exilgrüppchen, die nie den portugiesischen Kolonialismus, sondern immer nur die PAIGC und das befreite Guinea-Bissau bekämpft haben und trotz ihrer klangvollen Namen meist nur aus einigen abgehalfterten Kolo-

immer nur die PAIGC und das befreite Guinea-Bissau bekämpft haben und trotz ihrer klangvollen Namen meist nur aus einigen abgehalfterten Kolo-

nialpolitikern und Söldnerführern mit einem Büro in Westeuropa bestehen, plötzlich wieder auftauchen und Morgenluft wittern.

Aber auch im direkten Umkreis des Revolutionsrats sitzen zwielichtige Gestalten: z.B. Generalstaatsanwalt Cruz Pinto (übrigens ein kapverdischer Mulatte) und Nationalbankgouverneur Victor Freire Monteiro, die beide der Beteiligung an der Ermordung Amilcar Cabrals verdächtigt wurden; Monteiro war von der portugiesischen Presse als Cabrals Nachfolger in der PAIGC ausersehen worden, weil er nicht unbedingt auf der Einbeziehung der Kapverden in die Befreiung bestand („Afrique-Asie“, 8.12.80)...

Anderen Mitgliedern des Revolutionsrats werden freundschaftliche Beziehungen zu portugiesischen Industriellen nachgesagt, während in einer neu gebildeten „Untersuchungskommission“ einer der größten privaten Kaufleute Bissaus sitzt („Afrique-Asie“, 8.12.80). Der Revolutionsrat war sich auch nicht zu schade, zwei seiner Repräsentanten nach Lissabon zu schikken, um die nach dem Sieg über den Kolonialismus dort im Exil lebenden Kollaborateure („alle Söhne Guineas“), vielfach Mitglieder von FLING und UPANG, nach Bissau zurückzurufen. Daß dieses Vorgehen kein Zufall ist, zeigt sich an Guinea-Bissaus regierungsamtlicher Zeitung „No Pintcha“, die in ihrer zweiten Ausgabe nach dem Putsch an zentraler Stelle die Namen von 100 zwischen 1974 und 1978 erschossenen Guineern veröffentlichte. Die danebenstehenden Biografien entlarven sie jedoch als Mitglieder der Söldnerkommandos und der FLING, ja sogar als PIDE-Agenten (portugiesische Geheimpolizei) und Deserteure der Volksstreitkräfte, die für 5.000 Escudos pro Überfall die Kolonialtruppen zu PAIGC-Lagern führten! („Afrique-Asie“, 22.12.80).

Anlehnung an proimperialistische Nachbarn

Zu den Freunden der ersten Stunde gehört auch das Regime Sekou Tourés (der seine seit einiger Zeit betriebene „Aussöhnung“ mit der alten Kolonialmacht Frankreich ebenfalls mit der Einreisegenehmigung für putschistische Exil-Guineer einleitete) im benachbarten Guinea-Conakry, das sofort nach dem Putsch eine größere Ministerdelegation und Lebensmittelhilfe schickte („Afrique-Asie“, 24.11.80). Schließlich träumt Sekou Touré schon seit längerem davon, Guinea-Bissau zu einer Provinz in einem vereinigten „Groß-Guinea“ zu machen. Entsprechend dieser Ambitionen hat er im letzten Jahr einseitig die Rechte zur Erforschung einer Erdölblase vor der Küste beider Guineas an einen texanischen Ölkonzern abgegeben, was von der alten PAIGC-Regierung Guinea-Bissaus nie akzeptiert wurde („Guardian“, 24.11.80). Demgegenüber hat Vieiras Revolutionsrat seine enge Anlehnung an die Nachbarländer betont und sich bisher nicht zu Sekou Tourés „Hochseekolonialismus“ geäußert.

Als einziger weitere afrikanischer Staat hat bisher Libyen das Putschistenregime ausdrücklich anerkannt („Le Monde“, 4.12.80), wohl im Rah-

Staat hat bisher Libyen das Putschistenregime ausdrücklich anerkannt („Le Monde“, 4.12.80), wohl im Rah-

men seiner Versuche, seinen Einfluß in Schwarzafrika auszubauen.

Von seiten der UdSSR hat es trotz „freundschaftlicher Beziehungen“ zur PAIGC noch nicht einmal zu einer Verurteilung des Putsches gereicht. Wozu auch, die Zusammenarbeit (ca. 200 sowjetische Berater; „Le Monde“, 19.11.80) läuft ja zunächst einmal weiter, zumal der Revolutionsrat von der alten Regierung abgeschlossene Verträge einhalten will. Um ihren Einfluß im Land aufrecht zu erhalten, schweigt die Sowjetunion zur schrittweisen Liquidation der revolutionären Errungenschaften und Prinzipien in Guinea-Bissau.

Sollte sich der „neue nationalistische Weg“ des Revolutionsrates in der nächsten Zeit bestätigen, so wäre damit nicht nur die Einheit mit den Kapverden, sondern auch die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus in Frage gestellt, ganz zu schweigen vom Aufbau eines antiimperialistischen Staates. Die feste Verbundenheit mit MPLA, Frelimo, PAIGC und MLSTP (Befreiungsbewegung von Sao Tome und Principe) ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, ein Land wie Guinea-Bissau davor zu schützen, selbst in neokoloniale Abhängigkeit zu geraten.

Die renommierte „3. Welt“-Zeitschrift „Afrique Asie“ (8.12.80) behauptet sicher nicht zu Unrecht, daß, nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch auf Sao Tome und Principe im letzten Jahr, der Staatsstreich in Guinea-Bissau ein weiterer Versuch des Imperialismus ist, an einem schwachen Punkt eine Bresche in die Front der portugiesischen Exkolonien zu schlagen.

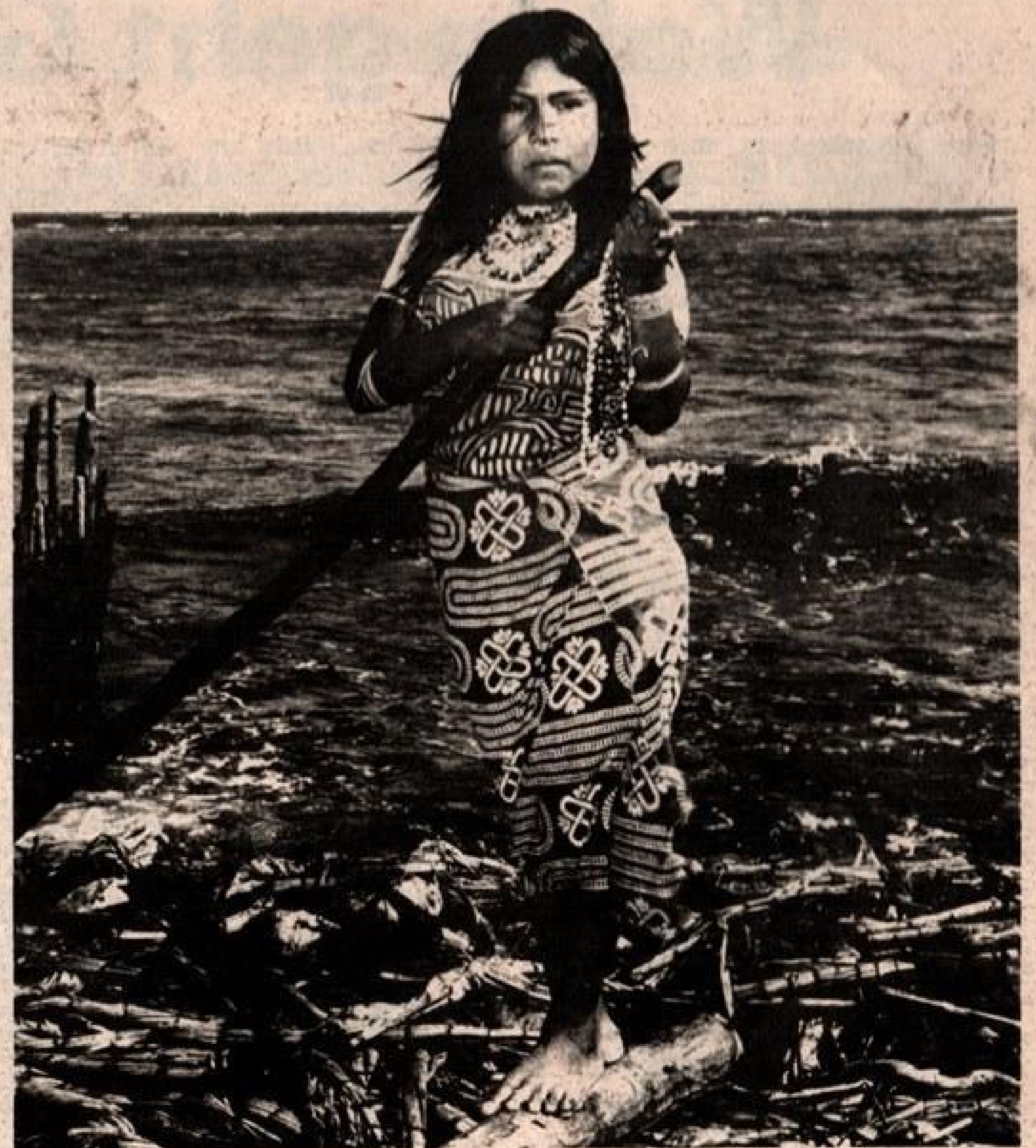
Wir fordern die westdeutsche Linke auf, die Entwicklung in Guinea Bissau mit größerer Aufmerksamkeit als bisher zu verfolgen und insbesondere möglichen Versuchen zur Liquidierung der PAIGC-Führung mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Afrika-Kommission



IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer

»Wir sahen die Spitze des Eisbergs«



Dieser Bericht über die Arbeit des IV. Russell-Tribunals vom 22. bis 30. November 1980 in Rotterdam kann nur ein Schatten der Veranstaltung selbst sein, die wesentlich von den Betroffenen selbst getragen wurde. Die Eindringlichkeit ihrer Reden, ihre so ganz andere Geisteshaltung fußen auf einer tiefen Erdbezogenheit und einer individuellen Beziehung zu allem Leben – auch allem menschlichen Leben. Dies läßt sich schriftlich – zumal durch einen westeuropäischen Materialisten – nicht vermitteln. Was sich sagen läßt, und was uns alle auch direkt angeht, ist die ungeheuerliche Bedrohung unter der Millionen Menschen leben und sterben, weil sie „unterentwickelt", unproduktiv und unangepaßt sind. Diese Bedrohung hat zwei Namen: Genozid (Völkermord) und Ethnozid (kultureller Völkermord).

Eine UN-Konferenz über Völkermord legte 1948 folgende Definition fest:

„Völkermord ist jedes der folgenden Geschehnisse, die mit der Absicht der völligen oder teilweisen Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe stattfinden:

a) Tod von Angehörigen der Gruppe;
b) Ernstliche Angriffe gegen die körperliche oder geistige Gesundheit von Angehörigen der Gruppe;
c) Absichtliche Auslieferung der Gruppe an Lebensbedingungen, welche zu ihrer völligen oder teilweisen physischen Vernichtung führen;
d) Eingriffe mit dem Ziel einer Beschränkung von Geburten der Gruppe;
e) Zwangsweise Entfernung von Kindern einer bestimmten Gruppe zu einer anderen Gruppe."

Der Ethnozid ist noch ungleich weiter verbreitet. Die Definition ist noch umstritten. Anläßlich des Tribunals wurde folgende Formulierung gewählt:

a) „Ethnozid ist das Aufzwingen von Werten, Normen, Sitten und Traditionen, die der betroffenen Gruppe fremd sind;
b) die Zerstörung oder Unterdrückung des Überlebenswillens einer Gruppe;
c) die Diskriminierung von Angehörigen einer Gruppe aufgrund ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Rasse oder Religion im Gegensatz zu ihren Rechten als gleichberechtigte, vollwertige Weltbürger."

Alle weiteren Angriffe gegen die autochthonen (das sind die eingeborenen) Völker lassen sich auf diese beiden Begriffe zurückführen und sie sind ohne Zahl. Dies wird nicht nur an der großen Zahl eingereichter Fälle deutlich, sondern auch an den vielen verschiedenen Gästen anderer Völker.

Imperialistische Kopfjäger

Was die Trapper und Cowboys und Goldgräber einst für die Indianer Nordamerikas waren, sind heute die multinationalen Rohstoffkonzerne für die autochtonen Völker weltweit. Auf der gierigen Jagd nach Erzen, Kohle, Öl und vor allem Uran gehen sie über Leichen und lassen keine weißen Flecken mehr auf der Weltkarte.

Aus Westaustralien waren zwei Vertreter der Aborigines von den Landesräten in Victoria und Kimberley gekommen. Die Aborigines kämpfen zur Zeit um die juristische Absicherung ihrer Landrechte. Im Laufe der Zeit in die unwirtlichsten Gegenden auf Reservate vertrieben, sehen sie sich jetzt auch dort ständi-

Laufe der Zeit in die unwirtlichsten Gegenden auf Reservate vertrieben, sehen sie sich jetzt auch dort ständi-

gen Angriffen von Weißen ausgesetzt, die Erze, Gold und Diamanten suchen.

Aus Grönland waren Vertreter der Inuit gekommen. Sie berichteten von der für sie lebensgefährlichen Entdeckung eines Uranvorkommens von 43.000 tons im Kvanefjeld-Narssaq-Gebirge nahe der Stadt Narssaq. Scharen von Ausländern werden erwartet und damit die Sozialstruktur zerstören. Arbeitslosigkeit in den traditionellen Berufen wird die Folge der Abwerbung von Jägern und Fischern in die Minen sein. Radioaktive Verseuchung wird die hochempfindliche Umwelt bedrohen. Auch wenn die Grönländer gegen einen EG-Beitritt gestimmt haben, sind sie doch durch die Zugehörigkeit zu Dänemark auf die Pflichten des Euratom-Vertrages zur Ausbeutung des Uranvorkommens festgelegt.

Aus Kurdistan kamen Berichte über die Mordtaten des türkischen Militärs, die Verschleppungen und Verfolgungen im Irak und schließlich die kriegerischen Auseinandersetzungen im Iran. Auch hier stehen wieder handfeste Ölinteressen im Hintergrund der Angriffe.

Aus West-Papua/Melanesien war ein Vertreter angereist, der von der Ausbeutung und Unterdrückung seines Volkes sprach. Zahllose Verträge, u.a. UN-Abkommen sind gebrochen. Nach der Übernahme des Landes durch Indonesien 1962 sind 150.000 Papuas ermordet worden, eine unbekannte Zahl von Papua-Führern, Intellektuellen und Angehörigen des Volkes werden vermißt, andere starben in den Gefängnislazaretten oder an neuen Epidemien (wie Cholera, Ruhr oder Pest). Umsiedlung, Vertreibung und Sterilisation ergänzen das schmutzige Treiben.

Schon aus den wenigen aufgezeigten Fällen wird deutlich, daß das Tribunal nur wenige Tropfen eines ganzen Meeres untersuchen konnte. Denn auch noch innerhalb der begrenzten Welt Amerikas sind die Übergriffe gegen die indianischen Völker so zahlreich wie die Völker selbst. Von paradiesischen Zuständen kann jedenfalls nirgendwo mehr die Rede sein!

Ein Eisberg glitt vorüber...

Nach dem Abschluß des Tribunals, der Schlußerklärung der Teilnehmer, dem Schlußbericht der Jury und den letzten Zeitungsartikeln könnte nun leicht der Eindruck entstehen, daß alles erledigt sei. Doch ebensowenig wie das III. Russel-Tribunal die Verletzung der Menschenrechte hier in diesem, unserem Lande beendete, wird jetzt der indianischen Völker geringer.

Ein Eisberg, von dem wir ohnehin nur die Spitze sehen konnten, ist zwar vorübergeglitten, doch ein Eisberg kommt selten allein... Daher ist es dringend erforderlich, weiterhin größte Aufmerksamkeit walten zu lassen. So fordern denn auch die Vertreter der eingeborenen Völker am Ende des Tribunals:

„Wir meinen, daß sichergestellt werden sollte, daß die Arbeit des Tribunals und seine Ergebnisse kontinuierlich werden. Ständige Beobachtung der Fälle, kontinuierliche Information der Öffentlichkeit und eine fortgesetzte Herausforderung der beschuldigten Regierungen, Institutionen und Einzelpersonen müssen garantiert werden. Wir wollen unsere europäischen Unterstützer ermutigen, ihre Arbeit in der Zukunft fortzuführen. Diese Aktivitäten sollten der europäischen Unterstützergemeinschaft den Weg für zu ergreifende Maßnahmen weisen können.

Die Delegierten der Eingeborenen empfehlen, diese Arbeit unter die Leitung der Regierung einer eingeborenen Nation zu stellen: dem Häuptlingsrat der Liga der Haudenosaunee in Zusammenarbeit mit dem International Indian Treaty Council, dem South American Treaty Council und anderen traditionellen Gremien der eingeborenen Völker."

Im Frühjahr soll ein Buch mit der Auswertung des Tribunals von den Organisatoren herausgegeben werden. Wir werden zu gegebener Zeit darauf hinweisen. Zur Zeit liegen nur Presseinformationen des Tribunals vor. Wer an ausführlicheren Informationen interessiert ist, sollte sich an folgende Anschriften wenden:

Workgroup Indian Projekt, P.O.Box 51322, NL-1007 EH Amsterdam, Niederlande;
Russell-Peace Foundation, Ken Fleet (secr.), Gamblestreet, Nottingham NG 7 4ET, Großbritannien;
Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen;
Survival International, 245 Fifth Avenue, New York, N.Y. 10016, USA

USA-Kommission

Die von der Jury ausgewählten und behandelten Fälle

1. Der Fall CRIC/Kolumbien

Nur noch eine halbe Million der 25 Millionen Kolumbianer sind Indios. Die im Süden (dem Cauca) lebenden drei Stämme Paeces, Coconucos und Guambianos gründeten 1971 einen regionalen Indianerrat (CRIC). Er repräsentiert 150 bis 200.000 Menschen und dient der gemeinsamen Verteidigung gegen diejenigen, die in ihnen nur ein Hindernis für den Industralisierungsprozeß sehen.

Die Errichtung einer Schwefelmine mitten im Reservatsgebiet ruiniert seit 1946 Landwirtschaft und Fischerei. Ein Nationalpark für Touristen verschlang große Teile des Coconuscos-Territoriums. „Die Wächter des Parks schrecken auch vor Mord nicht zurück." Im Januar 1980 hatte bereits amnesty international eine Kommission in den Cauca geschickt.

Der CRIC fordert von der kolumbianischen Regierung Rückgabe des enteigneten Landes, Entschädigung für Nutzung und Zerstörung des Landes, die bisher immer nur versprochen aber nie ausgezahlt wurde. Weiterhin fordert er die Einstellung der Repressalien, der die Cauca-Indios seit Gründung des CRIC ausgesetz sind.

2. Der Fall San Juan de Ondore/Peru

In San Juan de Ondores leben 10.000 Indios. 1926 wurde fast ihr gesamtes Land an ein US-Unternehmen vergeben, 1958 klagten die Bauern gegen diesen Willkürakt und bekamen 1969 Recht, aber nicht ihr Land. Nur 10 % ihres Landes wurde ihnen zurückgegeben, außerdem wurden sie gezwungen, einer staatlichen Organisation beizutreten. 1979 entschied ein Gericht erneut zugunsten der Bauern, wiederum ohne Erfolg. Protest und Widerstand wurden gewaltsam durch Truppen gebrochen, Häuser niedergebrannt und Vieh gestohlen.

Die Forderungen sind: Rückgabe des Landes, Schadenersatzansprüche von Hinterbliebenen der Ermordeten, Wiedergutmachung für die Unterdrückung in den Jahren 1979/80 und schließlich Bestrafung derjenigen, die Schaden und Mißhandlungen über San Juan de Ondores gebracht haben.

• • •

Im Zusammenhang mit dem Landraub wurde hier der Fall der Western Shoshone aus Nevada/USA eingebracht. Ihr Land ist als Standort für das MX-Raketenprogramm ausersehen (s. AK 187, S. 41).



Das Tribunal (Skulptur und Foto: Karel Gomes)

3. Der Fall Campa/Peru

Im peruanischen Amazonasgebiet leben mit 45.000 Campas rund 18 % der peruanischen Indios. In ihrem Gebiet soll (unter Mitwirkung der Lahmeyer/Salzgitter) ein 165-km² großer Stausee errichtet werden, außerdem 600 km Straßen gebaut, 74 Mio. Hektar Wald abgeholzt, nach Öl gebort und nach Erzen geschürft werden (s. AK 189, S. 43). Die ausführlich geschilderten Lebensbedingungen der Indios erinnerten häufig an die Erzählungen von B. Traven. Ein Empfang durch den Präsidenten Bellaunde Terry im Oktober '80 brachte keine konkreten Besserungen.

4. Der Fall Rio Negro/Brasilien

Von den 210.000 heute noch lebenden brasilianischen Indios gehören rund 17.000 zur Rio Negro Prälatur am Amazonas. Seit 1915 treiben dort die Missionare des katholischen Salesianer-Ordens ihr Unwesen. Die überwiegend österreichischen Nonnen und Mönche haben für ihr Erziehungs- und Religionswesen völlig freie Hand von Seiten der brasilianischen Indianerverwaltung FUNAI. Sie zwingen die Menschen zur Arbeitsleistung und siedeln sie willkürlich um. Kein Wunder, daß die 10.000 Yanomami um ihr Leben fürchten, nachdem auf ihrem Land Uran, Bauxit, Wolfram und Titan gefunden wurde.

5. Der Fall Nambiquara/Brasilien

Von 20 000 auf 650 Menschen wurde das Volk der Nambiquara innerhalb weniger Jahrzehnte dezimiert. Jetzt sind die 250 Überlebenden im Tal von Guapore schwer bedroht. Hauptsächlich durch den Bau einer neuen Monsterstraße (BR-364) mit Mitteln der Weltbank. Daneben wurden einige Methoden brasilianischer Indianerverwaltung geschildert:

- Dokumente über die Indianerfreiheit eines Gebietes geben Industrieprojekten günes Licht.
- Anschließende gewaltsame Umsiedlung dort „auftauchender" Indios.
- Urbarmachung des „Urwaldes" mit Entlaubungsmitteln (u.a. ‚Agent Orange') von „Dow Quimica".

6. Der Fall der Spanischen Botschaft/Guatemala

Nach jahrelanger Besetzung durch Armeetruppen, Straßenbau, Abbau von Kupfer, Eisen und Öl, begannen sich die Indianer gegen diese Mißachtung ihrer Landrechte zu wehren. Doch sie hatten keinen Erfolg. Im September '79 wurden sieben indianische Bauernführer entführt und später gefoltert und ermordert aufgefunden. Proteste flammten auf. Die Armee behinderte die Beisetzung. Am 31.1.80 wurde die spanische Botschaft von 21 indianischen Bauern und einigen Sympathisanten besetzt.

Fortsetzung nächste Seite

Die von der Jury ausgewählten und behandelten Fälle

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Sie forderten klare Auskunft über den Verbleib vermißter Angehöriger, Rückgabe ihres Landes und Rückzug der Armee hieraus. Die Antwort waren Schüsse und Flammenwerfer. Von den zwei Überlebenden wurde einer aus dem Hospital entführt und ermordet. Der einzige lebende Zeuge, der spanische Botschafter selbst, sagte später aus, dies wäre eine einmalig bestialische Tat, für die die Regierung von Guatemala die volle Verantwortung trägt.

Die Verfolgung der Bauern im Quiche-Gebiet hält unvermindert an.

7. Der Fall Hotevilla Hopi/USA

Nachdem das Land der Hopi, dessen spirituelles Zentrum die Black Mesa ist, durch Kohletagebau schon verschandelt wurde, droht nun durch Uranabbau zusätzliche Gefahr (siehe AK 187, S. 40).

8. Der Fall Big Mountain Dine/USA

Ebenso wie die Hopi werden auch die Navajo im selben US-Bundesstaat Arizona durch Uranvorkommen aus ihrem Lebensraum herausgerissen. 6.200 von ihnen sollen umgesiedelt werden.

9. Der Fall Peltier-Lakota/USA

Der erste Fall, der die Unterdrückung eines einzelnen Menschen dokumentierte, wurde von Vertretern des Leonard-Peltier-Defense-Comitees vorgetragen. Über Peltier haben wir bereits mehrfach im AK berichtet, zuletzt im AK 187, S. 41. Er ist als militanter Aktivist der AIM (American Indian Movement) unter Scheinanklagen eingekerkert.

10. Der Fall Haudenosaunee/USA

Dieser Stamm vom Völkerbund der Irokesen lebt auf einem Gebiet im Norden des US-Bundesstaates New York und im Süden Kanadas. Der behandelte Fall ging während der Olympischen Winterspiele im nahegelegenen Lake Placid durch die Presse. Anläßlich einer unrechtmäßigen Holzfällung auf seinem Gebiet konfiszierte Häuptling Loran Thompson die Motorsägen, wurde deshalb als Dieb verhaftet ... von der Stammespolizei. Daraufhin besetzten mehrere hundert Traditionalisten die Gebäude von Stammesrat und -polizei. Der Staat New York, der auf dem Reser-

polizei. Daraufhin besetzten mehrere hundert Traditionalisten die Gebäude von Stammesrat und -polizei. Der Staat New York, der auf dem Reser-

vatsgelände eigentlich nichts zu sagen hat, erließ dann 23 Haftbefehle. Um die Durchführung zu verhindern, blockierten Irokesen die Zufahrtsstraßen. Seither belagern Staatspolizei und US-treue Indianer das Reservat.

11. Der Fall Attikamek/Kanada

Das Conseil Attikamek Montagnais klagte Kanada der Verletzung von Landrechten durch ein großes Staudammprojekt und Minenvorhaben an. Die kanadische Polizei hatte bereits zugunsten von Minen- und Forstgesellschaften im Regierungsauftrag das Land der Attikamek parzelliert.

12. Der Fall Grand Council Treaty No. 9/Kanada

Der Vertrag von 1905/06 mit der kanadischen Regierung (bzw. dem britischen Empire) sicherte den Cree und den Ojibway Nationen im heutigen Ontario weitestgehende Rechte zu. Des Lesens unkundig, ließen die Indianer den Vertrag lange Zeit unbeachtet. Seit 1973 gibt es eine Gemeinschaft der Häuptlinge und eine Partnerschaft der beiden Nationen. Die betroffenen 20.000 Indianer fordern die ihnen zustehenden Fisch- und Jagdrechte zurück, die ihre Existenzgrundlage bilden.

* * *

Überraschend wurde auch der Fall der Guaymi aus Panama noch von der Jury angehört. In ihrem Land liegt das zweitgröße Kupfervorkommen der Welt, das jetzt im Tagebau erschlossen werden soll (siehe AK 189, S. 44).

Zum vierten Male hintereinander:
Skrupelloser Wahlbetrug in Guyana

Am 15.12. fanden in Guyana/Karibik Wahlen statt. Am 17.12. wurde nach Auszählung von 90 % der abgegebenen Stimmen die Bestätigung der Regierung Forbes Burnham bekanntgegeben. Internationale Beobachter sprechen von massiven Wahlfälschungen. Soweit die nüchterne Meldung über ein heute in Ländern der sogenannten „Dritten Welt" nicht seltenes Ereignis. Doch ist es in diesem Fall interessant, die Hintergründe zu beleuchten, da die Strukturen internationaler Abhängigkeit hier sehr deutlich zu Tage treten.

Guyana hat eine Kolonialgeschichte par excellence hinter sich. Die vorkoloniale Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur wurde zerstört und ausschließlich auf die Produktion für das „Mutterland" ausgerichtet. In der Zeit der kolonialen Ausbeutung wurden schwarze Afrikaner als Sklaven ins Land gebracht. Ihre Nachfahren machen heute etwa 35 % der Bevölkerung aus und sind nach dem indisch-stämmigen Bewohnern (50 %) die stärkste Gruppe. Letztes Glied in der Kette der Kolonialherren waren die Engländer.

1953 erkämpfte sich das guyanische Volk das allgemeine Wahlrecht und die ersten freien Wahlen. Der Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern für soziale Gerechtigkeit und das Streben der Bourgeoisie des Landes nach politischer Hegemonie vereinten sich hier gegen die Briten. Die Wahlen wurden von der 1950 gegründeten People's Progressive Party (PPP) gewonnen. Nach 133 Tagen wurde deren Regierung jedoch von den Engländern abgesetzt. Begründung: Sie sei kommunistisch unterwandert. Doch auch die nächsten Wahlen 1957 konnte die PPP für sich entscheiden. Daraufhin verweigerten die imperialistischen Mächte ihre Kapitalhilfe, was für das Land bei gleichzeitig fallenden Weltmarkpreisen für Bauxit (mit 48 % der Hauptexportartikel) den finanziellen Ruin bedeutete. 1963 organisierte der People's National Congress (PNC), eine von dem ehemaligen PPP-Mitglied und Minister Forbes Burnham geführte Partei, und die United Front (UF), eine ultrarechte Gruppierung, einen vom Bund Freier Gewerkschaften finanzierten Generalstreik gegen die Regierung, der zwei Monate dauerte. Im selben Jahr erwirkte John F. Kennedy bei den Engländern, daß die Unabhängigkeit Guyanas aufgeschoben und das Wahlrecht geändert wurde. Und diese Maßnahmen hatten Erfolg: Nach der Wahl

ländern, daß die Unabhängigkeit Guyanas aufgeschoben und das Wahlrecht geändert wurde. Und diese Maßnahmen hatten Erfolg: Nach der Wahl

1964 konnte eine PNC/UF Koalition die alte Regierung ablösen. Plötzlich flossen wieder Gelder ins Land. 1966 wurde Guyana formell „unabhängig". Nachdem es die PNC 1968 geschafft hatte, die kleinere UF durch Wahlfälschung auszubooten, ließ sich Burnham 1970 den größten Trick überhaupt einfallen. Er „korrigierte" seinen Kurs und verkündete, in Guyana werde ein „kooperativer Sozialismus" eingeführt. Ausländische Zuckerplantagen und Bauxitwerke wurden gegen hohe Entschädigungen (!) nationalisiert. Dieser Schritt machte das arme Land endgültig von der Weltbank und ähnlichen, von den Imperialisten dominierten Institutionen abhängig, da es nicht im Stande war, die immensen Entschädigungskosten zu verkraften.

Unter dem proklamierten linken Vorzeichen wurde reaktionäre Politik gemacht. Die Wahlen 1973 wurden gefälscht und „sicher gewonnen"; den Zuckerarbeitern wurde 1975 die erst 1968 erkämpfte Gewinnbeteiligung gestrichen. Die Regierung als Hauptarbeitgeber (inzwischen sind 80 % der guyanischen Wirtschaft nationalisiert — bis auf ausländische Banken und Versicherungen, bei denen die Regierung übrigens hoch verschuldet ist) geht gegen Proteste der Arbeiter mit Entlassungen (bei 35 % Arbeitslosigkeit) oder sogar massivem Militäreinsatz vor, so geschehen bei einem 135tägigen Streik der Zuckerarbeiter 1977.

Als 1976 die Weltmarktpreise für Zucker, das andere Bein des guyanischen Exports (30 %), fielen, machte der Internationale Währungsfonds (IWF) einen weiteren Kredit unter anderem von einer 35 %igen Kürzung der Sozialausgaben und der Beseitigung aller Subventionen für Grundnahrungsmittel abhängig.

Gegen den Widerstand der Bevölkerung hält sich Burnham durch brutale Gewalt und eine bewußte Spaltung der Inder und Afrikaner an der Macht (die Polizei z.B. besteht fast nur aus Afrikanern, ebenso die Verwaltung). Als 1978 eine Verfassung zur Abstimmung gestellt wurde, mit der sich Burnham diktatorische Vollmachten erteilen lassen wollte, boykottierten 90 % der Guyaner das Referendum. Die Regierung gab die Wahlbeteiligung mit 71 % und die Ja-Stimmen mit 96 % an. Die anstehenden Wahlen wurden, wohl aufgrund des überwältigenden Vertrauensbeweises, auf unbestimmte Zeit verschoben. Dank der neuen Verfassung war dies völlig legal.

Wegen der relativen Unbedeutenheit des Landes, der geschickten Vorgehensweise des Regimes (so existieren Kommandotrupps einer Sekte, die im Interesse Burnhams Oppositionelle zusammenschlagen oder ermorden, ohne daß ihnen eine Zusammenarbeit mit Burnham bewiesen werden kann) und

Interesse Burnhams Oppositionelle zusammenschlagen oder ermorden, ohne daß ihnen eine Zusammenarbeit mit Burnham bewiesen werden kann) und

des wohlwollenden Schweigens ist leider nur der vorläufige Höhepunkt dieser Verbrechen am guyanischen Volk an die Weltöffentlichkeit gelangt: Im Juni 1980 fiel Walter Rodney, ein international bekannter Historiker, einem Bombenattentat zum Opfer. Der Täter, Offizier in der guyanischen Armee, wurde per Hubschrauber ins nahezu unbewohnte Hinterland geflogen. Walter Rodney war 1974 nach Aufenthalten in Tansania und Jamaica in sein Heimatland zurückgekehrt und wurde schon vor seiner Ankunft mit Berufsverbot belegt. Im selben Jahr gründete er mit einigen anderen Intellektuellen die Working Peoples Alliance (WPA). Ihr Ziel ist es, eine antidiktatorische Allianz gegen Burnham zu formieren, um in Guyana einen Sozialismus nicht nur dem Namen nach aufzubauen. Gerade Rodney verstand es, das Regime und seine Hintermänner zu entlarven und die rassische Spaltung im gemeinsamen Interesse, dem Sturz Burnhams, zu überwinden. Die WPA gewann rasch an Einfluß, was sich in der großen Beteiligung am Boykott des Referendums 1978 dokumentierte. Mitte 1979 wurde Rodney mit der Begründung verhaftet, daß er einen Brandanschlag auf das Regierungsgebäude verübt habe. Die Anklage war jedoch so schlecht konstruiert, daß angesichts einer Vielzahl internationaler Beobachter der Prozeß ein ums andere Mal vertagt wurde. Am 13.6. wurde Rodney schließlich klammheimlich umgebracht.

14 Tage danach wurde Burnham durch den IWF ein Kredit in Höhe von 133 Mio Dollar zugesichert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Ach ja, und die USA haben angeboten, Burnhams Truppen auszubilden.

J., ein AK-Leser

Richtigstellung: El Salvador Film »Im Schatten der Revolution«

Im letzten AK ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Der Film über El Salvador „Im Schatten der Revolution", der auf der Solidaritätsveranstaltung am 10.12.80 in Hamburg gezeigt wurde, war nicht vom MPZ, sondern vom Zentral-Film-Verleih zur Verfügung gestellt worden. Die falsche Angabe ist deswegen besonders bedauerlich, weil die Genossen vom Zentral-Film-Verleih sich sehr für diese Veranstaltung eingesetzt haben.

Wir bitten um Entschuldigung. Für alle, die den Film noch nicht kennen: Samstag, 17.1.81, 18.30 Uhr im Audi Max der Uni Hamburg, Großveranstaltung für El Salvador im Rahmen der Lateinamerikawoche. Hier wird der Film gezeigt, und der Autor des Films, Peter Törbjörnsson, nimmt an der Veranstaltung teil!

Also merkt Euch das vor, der Film geht wirklich unter die Haut.

Vereinigte Linke in Peru

Unter dem Namen „Vereinigte Linke" (Izquierda Unida) stellte sich die Linke Perus zu den Kommunalwahlen im November und schaffte einen großartigen Erfolg. Im Landesdurchschnitt erhielt sie 30 % der Stimmen, in einigen Regionen wurde sie mit 50 % die stärkste Kraft.

Vorausgegangen war das Debakel anläßlich der Präsidentschaftswahlen im Mai 80. Damals waren alle Versuche, eine gemeinsame Kandidatur aller linken Parteien zustande zu bekommen, gescheitert.

Die scharfe Verelendungspolitik der Regierung Belaunde, durch die das Lebensniveau der Massen immer weiter heruntergeschraubt wird und eine Reihe von gemeinsamen konkreten Kampagnen bereiteten jetzt das neue Wahlbündnis vor. So gab es gemeinsame Aktionen der Linken gegen den Militärputsch in Bolivien und für die Solidarität mit dem bolivianischen Volk. Die Entführung von fünf argentinischen Montoneros in Lima war ein weiterer Schritt in der Zusammenarbeit. Die Beteiligung des peruanischen Geheimdienstes an der Entführung konnte aufgedeckt, und zahlreiche gemeinsame Protestaktionen konnten organisiert werden.

Die Kommunalwahlen wurden dann zu einer Bestätigung dieser gemeinsamen Politik der „Vereinigten Linken". In den Elendsvierteln um Lima, wo mehr als zwei Millionen Menschen wohnen, errang sie einen eindeutigen Sieg, so daß man jetzt von einem sogenannten „Roten Ring" um Lima spricht. In Arequipa, der zweitgrößten Stadt Perus, regiert nach den Kommunalwahlen ein marxistischer (allerdings nicht der Bürgermeister) Kommunalrat, in den Provinzen Huncavelica, Moquegua, Puno und Cusco konnte die Vereinigte Linke mit rund 50 % der Stimmen sogar die Mehrheit erringen. Mit einem Wahlergebnis von 30 % auf nationaler Ebene wurde die Vereinigte Linke zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes hinter der Regierungspartei Accion Popular, die 11 % verlor und mit 35 % nur einen knappen Vorsprung halten konnte.

Das gute Ergebnis für die Linke auf der Ebene parlamentarischer Wahl drückt sich ebenfalls in den zunehmenden direkten Kämpfen der Massen aus. Anfang Dezember traten mehr als 2000 Arbeiter der nordamerikanischen Ölkonzerne in einen unbefristeten Streik und forderten die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und mehr Lohn. Die Regierung Belaunde ging mit dem Einsatz der Streitkräfte gegen die Streikenden vor. Die Belegschaften zahlreicher anderer Unternehmen traten in einen Solidaritätsstreik für die Forderung der Ölarbeiter und besetzten ihre Anlagen. Tausende von Soldaten konnten die Räumung der besetzten Anlagen nicht durchsetzen. Eine ganze Streikwelle geht zur Zeit über das Land, die neben dem Gesundheits- und Zeitungswesen zum Teil ganze Regionen, wie z.B. Loreto, lahmlegt. Diese Streiks werden teilweise von den Fedips (Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes), in denen ebenfalls die Mehrheit der linken Organisationen mitarbeitet, organisiert.

Perugruppe Hamburg und Lateinamerika-Kommission

Spendenbestätigung und ein Gruß des MIR/Chile an den KB

Relativ still und unbemerkt hatte sich auf dem KB-Konto für den chilenischen MIR eine ganz beträchtliche Summe angehäuft, die jetzt nach ziemlich mühseligen – durch „unsere" Banken behinderte – Transaktionen endlich beim MIR angelangt ist. Beachtlich ist, daß auch ohne größere Spendenaufrufe und Kampagnen immer wieder für den MIR gespendet wird. Daß sich diese Spenden immer „lohnen", werden wir in einem der nächsten AKs durch eine Zusammenstellung einiger Widerstandsaktionen der letzten Zeit zeigen.

Im folgenden die Übersetzung des MIR-Briefes:

„Liebe Genossen! Dezember 1980. Hiermit und im Namen der Auslandskommission des MIR/Chile bestätigen wir Euch, daß wir über unser...Konto die Summe von DM 15.000 von Euch ...erhalten haben ... .

In diesem Augenblick des Kampfes in Chile und Lateinamerika wird durch Eure Solidarität die weitere Entwicklung unserer revolutionären Arbeit möglich. Es bleibt uns nur, unseren brüderlichen Dank auszudrücken an alle Mitglieder Eurer Organisation, die während all dieser schwierigen Jahre die Solidarität mit unserer Partei und unserem Volk hochgehalten haben."

Polen: Zur Politik des KOR

Die Verfassungsdebatte – Erfolge für die Opposition

1971, wenige Monate nach der Niederschlagung der Streiks an der Küste, begann in Polen eine Diskussion über eine Änderung der Verfassung. 1975 wurde der Entwurf der neuen Verfassung veröffentlicht. Im Dezember 1975 verfassten 59 Intellektuelle ein Memorandum, unter ihnen sowohl die sozialdemokratisch orientierten Jacek Kuron und Adam Michnik wie auch der Reaktionär und Stauß-Freund Stefan Kisielewski. Das „Memorandum der 59" bemängelte, es gebe in Polen keine Gewissens- und Religionsfreiheit, da *„Menschen, die sich zum religiösen Glauben bekennen oder eine von der offiziell postulierten abweichende Weltanschauung vertreten, großenteils zu leitenden Stellungen in öffentlichen Ämtern und Institutionen, in gesellschaftlichen Organisationen und in der Volkswirtschaft nicht zugelassen werden."*

Ferner, so das Memorandum, *„sollte man den Arbeitern die Möglichkeit einer freien Wahl der eigenen, von den Staats- oder Parteiorganen unabhängigen Berufsrepräsentanz garantieren"*. Auch das Streikrecht, die Rede- und Informationsfreiheit sowie die Freiheit der Wissenschaft sollten garantiert werden.

Am 31. Januar 1976 erschien ein gleichfalls von Intellektuellen verfaßtes „Memorandum der 101", daß sich dagegen wandte, den Artikel 57 der Verfasung – wie geplant – mit dem Zusatz zu versehen: *„Die Rechte des Staatsbürgers sind untrennbar verbunden mit der sorgsamen und gewissenhaften Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Vaterland"*. Kritisiert wurde auch der Änderungsvorschlag, in dem die Partei als *„führende politische Kraft der Gesellschaft"* bezeichnet wurde.

Bei der Verabschiedung der geänderten Verfassung durch den Sejm, das polnische Parlament, konnten die oppositionellen Kräfte tatsächlich einige Pluspunkte für sich verbuchen:

– Die PVAP wurde nur noch als „führende Kraft der Gesellschaft b e i m A u f b a u d e s S o z i a l i s m u s" dargestellt.

– Die untrennbare Verknüpfung von Pflichten und Rechten der Bürger wurde dahingehend geändert, daß die „Bürger der VR Polen ehrlich ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland erfüllen und zu seiner Entwicklung beitragen" sollen.

– Die geplante Formulierung, die die „unantastbare brüderliche Verbundenheit zur Sowjetunion" betonte, wurde durch „Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten" ersetzt.

Die von der PVAP-Führung geplante Umbenennung der Volksrepublik Polen in „Sozialistische Republik" unterblieb ebenso wie die vorgesehene Verpflichtung der Bürger auf ein „s o z i a l i s t i s c h e s Vaterland".



„Solidarnosc"-Chef Walesa und sein Berater Jacek Kuron

Die Gründung des KOR

Wenige Wochen nach den Kampfaktionen von 1976 fanden Prozesse gegen daran beteiligte Arbeiter statt. In Warschau standen im ersten Prozeß fünf Arbeiter der Traktorenfabrik Ursus vor Gericht, die an der Blockade des D-Zugs Paris-Berlin-Warschau teilgenommen hatten. Die Urteile: Zwischen drei und fünf Jahren Gefängnis.

In Radom wurden Arbeiter, die an den Demonstrationen teilgenommen hatten, zu Strafen zwischen vier und z e h n Jahren Knast verurteilt. Die herrschende Bürokratie diffamierte die Angeklagten als „Rowdies", „Gewohnheitsverbrecher", „betrunkene Jugendliche und hysterische Frauen"...

Kurz nach den Prozessen bildete sich in Warschau das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR).

Zu den größtenteils intellektuellen Gründungsmitgliedern gehörten u.a. Jacek Kuron, Professor Edward Lipinski, der Pfaffe Jan Zieja und die in Polen bekannte Schauspielerin H. Mikolska. In der Gründungserklärung des KOR hieß es: *„Der Aufstand der Arbeiter gegen die Preissteigerungen, der die Reaktion der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat, wurde mit äußerst brutalen Repressionsmaßnahmen beantwortet ... Diese Maßnahmen stellen eine äußerst eklatante Mißachtung der Gesetze seitens der offiziellen Regierungsorgane dar. Die Gerichte haben ihre Urteile ohne die geringsten Beweise gefällt. Und die Entlassungen verstoßen gegen die Arbeitsgesetze... Zum ersten Mal wurde wieder bei Verhören physische Gewalt angewandt. Die Opfer der Repression können in keinster Weise auf die Hilfe der Organe zählen, die sie verteidigen müßten, vor allem der Gewerkschaft...*

Die Bevölkerung muß daher selbst die Unterstützung gewähren, da diejenigen, die verhaftet wurden, für die Interessen aller eingetreten sind. Das einzige Mittel, das die Bevölkerung hat, um sich gegen die Mißachtung der Gesetze zu wehren, ist die gegenseitige Hilfe und die Solidarität. Deshalb haben die Unterzeichnenden beschlossen, ein ‚Komitee zur Unterstützung der Arbeiter' zu gründen, um auf juristischer, finanzieller und ärztlicher Ebene die unerläßliche Hilfe bieten zu können ...

Deshalb fordert das Komitee... die Amnestie für alle Verhafteten und Verurteilten und ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß."

Es gelang dem KOR in kurzer Zeit, 3000 Unterschriften für eine Petition zugunsten der Inhaftierten zu sammeln. 1100 Ursus-Arbeiter forderten in einem Brief an die Behörden die Wiedereinstellung ihrer nach den Streiks gefeuerten Kollegen. Das KOR sammelte 3 Mio. Zlotys (etwa 3000 durchschnittliche Monatslöhne) für die Verurteilten und deren Angehörige.

Es ist wesentlich der Arbeit des KOR zu verdanken, daß die Strafen mehrerer Angeklagter im Revisionsverfahren vor dem Obersten Gericht am 10. Dezember 1976 um einige Jahre gesenkt wurden und daß schließlich im Sommer 1977 die letzten Verurteilten freigelassen wurden.

Nach der Erfüllung der anfänglich gestellten Aufgaben löste sich das KOR nicht auf. **Es beschloß am 29. September 1977, sich in „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" umzubenennen und definierte nun seine Aufgaben folgendermaßen:** *1.) Kampf gegen Repressionen aus politischen, weltanschaulichen oder rassischen Gründen, sowie Hilfestellung für diejenigen, die aus diesen Gründen verfolgt werden. 2.) Kampf gegen die Verletzung der Gesetze und Hilfe für die Benachteiligten. 3.) Kampf um gesetzmäßige Gewährleistung der Menschen- und Bürgerrechte. 4.) Schutz und Förderung jeglicher Bürgerinitiativen, die die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte anstreben ... Die Quelle der Willkür der Regierung und der Schutzlosigkeit der Gesellschaft liegt nämlich im Fehlen von staatsunabhängigen Institutionen, die das Individuum und die Gruppen gemäß ihren Interessen schützen würden."*

Die politischen Ziele – was will das KOR?

Das KOR hat bewußt darauf verzichtet, eine politische Programmatik zu entwickeln, und hat stets betont, es sei „nur um die Menschenrechte" bemüht. Dem liegt (vor allem wegen der CSSR-Erfahrungen 1968) eine ‚Strategie der kleinen Schritte' zugrunde, die der KOR-Sprecher Jacek Kuron einmal so beschrieb: *„Unsere Idee ist eine demokratisch verfaßte Gesellschaft als Korporation, die mit dem totalitären Apparat koexistiert. Unter Korporation verstehen wir Gewerkschaften, verschiedene Arten von Genossenschaften, besonders auf dem Land, auch Konsumentenschutzvereinigungen usw. Es geht also um diese Ebene, nicht um eine neue Partei, die in Opposition zur heutigen PVAP stünde"* (Interview mit der „taz", 31.7.80).

Im Unterschied zur ähnlich operierenden „Charta 77" in der CSSR, mit der sich das KOR mehrmals traf, gelang es dem KOR, Kontakt zu Kreisen der Arbeiteropposition zu finden. KOR-Mitglieder, wie z.B. Kasimierz Switon waren aktiv beim Aufbau von Initiativgruppen zur Gründung einer freien Gewerkschaft (zwei bis drei Jahre vor den Streiks 1980), sowie an die Herausgabe der Arbeiterzeitung „Robotnik", die seit 1977 vierzehntägig in hektografierter Form erscheint, beteiligt.

Im November 1979 veröffentlichte die Zeitschrift „Labour Focus on Eastern Europe" eine ‚Charta der Arbeiterrechte' aus Polen. Diese Zeitschrift wird von Jiri Pelikan herausgegeben, der während des ‚Prager Frühlings' Chef des tschechoslowakischen Fernsehens war. Heute ist Pelikan Abgeordneter der „Sozialistischen" Partei Italiens im Europa-Parlament.

Die Verfasser dieser Charta wandten sich unter anderem dagegen, *„daß soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sich zunehmend vertiefen"* und *„daß den Arbeitern ihr grundlegendes Verteidigungsrecht, das Recht auf Streik, verweigert wird"*. Daher hätten die Unterzeichner der Charta *„eine Reihe von Vorhaben in Angriff genommen, deren Ziel die Schaffung eines Systems der Selbstverteidigung und vor allem von u n a b h ä n g i g e n G e w e r k s c h a f t e n ist"* (Hervorhebungen von uns – AK).

Dieses Dokument, das wir in AK 169 vollständig abdruckten, trug die Unterschriften von dutzenden Arbeiter(inne)n aus ganz Polen, u.a. von dem KOR-Mitglied Kasimierz Switon, der im Streik bekanntgewordenen Anna Walentinowicz sowie von L e c h W a l e s a.

Die ‚Charta der Arbeiterrechte' zeigt einerseits die erfolgreichen Bemühungen von Mitgliedern des KOR, mit der Arbeiteropposition zusammenzuarbeiten; andererseits zeigt sie auch, daß die „Solidarnosc" keineswegs so spontan entstand, wie man auf den ersten Blick annehmen könnte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß das KOR-Mitglied Bogdan Borusewicz Mitglied des Präsidiums von „Solidarnosc" ist. Die PVAP-Führung forderte in ihrer Presse zunächst den Ausschluß der

Fortsetzung nächste Seite

Jacek Kuron 1965: Ein revolutionärer Marxist

Jacek Kuron und sein Freund Karol Modzelewski waren bis 1965 wissenschaftliche Assistenten an der Universität Warschau sowie Mitglieder der PVAP und ihres Studentenverbandes an der Uni.

1965 verfaßten sie einen „Offenen Brief an die PVAP". Daraufhin wurden sie am 19. März festgenommen, angeklagt und am 16. Juli zu drei Jahren (Kuron) bzw. dreieinhalb Jahren (Modzelewski) verurteilt. Die damals von Kuron vertretenen Positionen unterscheiden sich deutlich von seinen heutigen sozialdemokratischen Auffassungen. Heute bezeichnet Kuron seinen „Offenen Brief" als „Jugendsünde" (Interview mit der „taz") Wir bringen im folgenden Auszüge aus dem „Offenen Brief", der 128 Schreibmaschinenseiten umfaßte: *„Die Produktionsverhältnisse, die auf monopolbürokratischem Eigentum beruhen, haben sich in Fesseln der Produktivkräfte verwandelt; jeder Tag, den sie weiterbestehen, vertieft die Krise. Die einzige unumgängliche Lösung der ökonomischen Krise besteht daher in der Abschaffung dieser Produktionsverhältnisse im Sturz der monopolbürokratischen Klassenherrschaft ...*

Die Ausbeutung des Arbeiters stellt die materielle Grundlage des Systems dar ... Heute, in der Phase der allgemeinen Systemkrise, vermag allein eine Revolution den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen.

Ihr Z i e l: die Errichtung eines Systems, dessen ökonomische, politische und gesellschaftliche Verhältnisse denen einer Arbeiterdemokratie entsprechen ... Die Revolution, die das monopolbürokratische System stürzt, muß eine proletarische Revolution sein ... In der Phraseologie der Friedensbeteuerungen wetteifern die Führer der imperialistischen Staaten mit der Monopolbürokratie. Doch die Geschichte der letzten zwanzig Jahre ist reich an bewaffneten Interventionen und Kriegen gegen die koloniale Revolution ... Die Kriegsgefahr kann letztlich nur beseitigt werden, wenn auch ihre gesellschaftlichen Ursachen aus der Welt geschafft werden – der Imperialismus und die monopolbürokratische Diktatur ...

Damit sprechen wir uns gegen die parlamentarische Regierungsform aus ... Sie ist auch in ihrer vollkommensten Form weit von einer Volksherrschaft entfernt ... Die parlamentarische Regierungsform ist ein System, in dem die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft mittels ihrer eigenen Stimmen von der Mitwirkung an der Macht ferngehalten werden..

Gegen die Allianz der internationalen Monopolbürokratie und des internationalen Monopolkapitalismus, die in ihren Einflußsphären volksfeindliche Diktaturen an der Macht halten, stellen wir die traditionelle Parole der Arbeiterklasse: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! (...) Die Elemente des Kleinbürgertums, die Anhänger der ‚Privatinitiative' in der Stadt und die sogenannten ‚Kulaken' auf dem Land, stellen in Wirtschaft und Gesellschaft eine Randerscheinung dar. Große Bedeutung haben dagegen rechtsgerichtete Gruppen und Strömungen mit der Kirchenhierarchie an der Spitze, die ihren Charakter durch die Anhänglichkeit an frühere, reaktionäre ideologische Symbole manifestieren ... Das Programm der Arbeiterklasse bedient sich keiner vagen Symbole, sondern stützt sich auf gesellschaftliche Fakten: in seiner Kritik und in der Radikalität seiner Forderungen distanziert sich dieses Programm von allen nationalistischen und klerikalen Phrasen ..."

Die Streiks und »Krawalle« 1976

Am 24. Juni 76 erhöhte die polnische Regierung die Preise für Grundnahrungsmittel drastisch. Fleisch wurde um 69% teurer, Butter um 50%, Gemüse um 30% und Zucker sogar um 100%.

Am Morgen des darauffolgenden Tages um sechs Uhr beschloß die Belegschaft der Abteilung P6 in den „General-Walter"-Rüstungswerken in Radom, in Streik zu treten. Die Arbeiter bildeten einen Demonstrationszug und zogen mit weiß-roten (polnischen) und roten Fahnen, die „Internationale" singend, durch die Stadt. Ihnen schlossen sich die Kollegen weiterer Fabriken an. Die Demonstranten zogen vor das Haus des Bezirkskomitees der PVAP und forderten, den Bezirkssekretär Prokopiak zu sprechen. Prokopiak weigerte sich, mit den Streikenden zu verhandeln und schickte stattdessen seinen Stellvertreter nach draußen, der allerdings wegen seines arroganten Auftretens schnell wieder ins Gebäude zurückgejagt wurde. Bald darauf gingen die Scheiben im Parteibüro zu Bruch, die Tür wurde – etwas unsanft – mit Hilfe eines Treckers geöffnet. Die Demonstranten fanden im Innern des Gebäudes jede Menge teurer Wurstsorten und andere Lebensmittel. Schließlich ging das Parteibüro in Flammen auf, während Häuserwände in Radom mit Parolen wie „Nieder mit der käuflichen PVAP" verschönt wurden. Die Demonstranten riefen Parolen gegen die „rote Bourgeoisie". Vor der Bezirkskommandantur der Polizei kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei Tränengasgranaten einsetzte. Demonstranten errichteten Barrikaden in den Straßen. Gegen Mittag landeten auf dem Radomer Militärflughafen Mitglieder der Polizei- und Sicherheitsdienst-Unteroffiziersschule aus Pila mit Spezialausrüstung für Straßenkämpfe. Diese Einheiten wurden wenige Stunden später durch eine weitere Polizeieinheit verstärkt.

Am Abend des 25. Juni tobten in Radom Straßenschlachten zwischen Bullen und Demonstranten. Um 23 Uhr war die Polizei Herr der Lage, Tausende von Demonstranten wurden festgenommen. Die Miliz suchte sich aus der Masse der Verhafteten 25 „Hauptverdächtige" heraus, die wenige Wochen später vor Gericht gestellt wurden.

Ursus

Ebenfalls in Streik traten am Morgen des 25. Juni 1976 die Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus bei Warschau. Gegen neun Uhr verließen sie das Werksgelände und zogen vor das Direktionsgebäude. Die Direktion lehnte die Forderung der Streikenden nach Verhandlungen mit den höchsten Instanzen ab. Daraufhin stiegen die Arbeiter auf die nahe gelegenen Eisenbahngleise und stoppten den Zugverkehr auf der Strecke Warschau-Berlin-Paris, um ihre Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Bei dieser Aktion veränderten die Schienen ein wenig ihre ursprüngliche Form ..

Als der damalige Ministerpräsident Jarosewicz um 20 Uhr in einer Fernsehrede erklärte, die Preiserhöhungen würden zurückgenommen, entschlossen die Streikenden sich, nach Hause zu gehen. In diesem Moment wurden sie von Miliz-Einheiten angegriffen. Die Bullen beschossen die Arbeiter mit Splitter-Geschossen und Tränengas und bearbeiteten sie mit Schlagstöcken und Fußtritten. Nach Schätzungen des KOR wurden am Abend des 25.6.76 in Ursus 500 Menschen festgenommen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

‚antisozialistischen Elemente' vom KOR aus der neuen Gewerkschaft, was von dieser (und von Walesa persönlich) jedoch zurückgewiesen wurde.

In bezug auf seine längerfristigen Ziele meint Jacek Kuron, „eine parlamentarische Demokratie" sei „gewiß das beste aller bisher erprobten politischen Systeme" (J. Kuron, Gedanken zu einem Aktionsprogramm, in: M. Wilke: Menschenrechte, Reinbek 1977, Seite 276). Seine Begründung: *„Wenn wir von einem gewissen Erfolg bei der Überwindung der Entfremdung sprechen können, dann geschah das in der parlamentarischen Demokratie"* (ebenda, Seite 278).

Die sozialdemokratischen KOR-Mitglieder Kuron und Michnik suchen das Bündnis mit dem reaktionären Klerus. So arbeitet im KOR z.B. ein Pfaffe namens Zieja mit, der 1920 als Feldkaplan an dem Überfall des polnischen Pilsudski-Regimes auf die Sowjetrepublik beteiligt war ...

„Die Polen", meint Adam Michnik, *„wollen die Freiheit Polens und die Freiheit der Menschen in Polen. Dieser Wille kommt in verschiedenen Formen zum Ausdruck, aber seine Stütze ist stets die römisch-katholische Kirche"* (A. Michnik: Was die Polen von dem neuen Papst erwarten, in, M. Wilke: Opposition ohne Hoffnung, Reinbek 1979, Seite 218).

Den heutigen Papst (und ehemaligen Krakauer ‚Metropoliten') lobte Michnik als „einen zuverlässigen Freund und Beschützer" des KOR (ebenda, Seite 220).

Die Offenheit nach rechts ist in der osteuropäischen „Dissidenten"-Szene weitverbreitetes und auch in Polen nicht nur auf das KOR beschränktes Phänomen. So fand das „Gründungskomitee Freier Gewerkschaften an der Küste" (nicht identisch mit der neuen Gewerkschaft ‚Solidarnosc') in seiner ersten Erklärung im April 1978 nicht nur freundliche Worte für das KOR, sondern auch für die reaktionär-nationalistische **„Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte"** (ROPCIO).

In wirtschaftlicher Hinsicht fordert Kuron als „gesellschaftlich-ökonomische Bedingung zur Krisenüberwindung" in erster Linie „die Unabhängigkeit verschiedener Industriebetriebe" („Listy", Zeitschrift der sozialdemokratischen CSSR-Opposition, 2/80).

Derartige Bestrebungen decken sich mit den ‚Reform'-Vorschlägen aus Kreisen der Bürokratie und gehen in die Richtung auf eine ‚Jugoslawisierung' (In Jugoslawien konkurrieren die Betriebe miteinander, es gibt dort u.a. eine erhebliche Arbeitslosigkeit).

Prof. Edward Lipinski, Mitglied des KOR und Wirtschaftsspezialist, erhielt bald nach den August-Streiks die Möglichkeit, in der Warschauer Universität Vorlesungen über Ökonomie zu halten. Der sozialdemokratisch orientierte KOR-Professor polemisierte vor wenigen Jahren in einem Brief an den mittlerweile von der Bildfläche verschwundenen Parteichef Gierek gegen die „imperialistischen Interessen der Sowjetunion", bezeichnete das polnische System als „Totalitarismus" und forderte ein „System der parlamentarischen Demokratie"... (in: „Menschenrechte", s.o. S. 317f).

Das späte come back dieses Professors ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie durch die Bildung der neuen Gewerkschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen (insbesondere an den Universitäten) ein größerer Spielraum für oppositionelle politische Kräfte entstanden ist.–

Jacek Kuron spricht sich aus *„für die Entwicklung des Privatgewerbes, für den Ausbau des Versorgungs- und Dienstleistungsnetzes"* („Listy", 2/80). Was die Landwirtschaft angeht, beklagt das KOR *„die Folgen einer Politik der Diskriminierung und Zerstörung der privaten Landwirtschaft, die in den letzten dreißig Jahren durchgeführt wurde"* (Erklärung vom 10.10.78). Dem privaten Landbesitz müsse bei der Verteilung von Viehfuttermitteln und anderen Produktionsmitteln *„eine größere Gerechtigkeit zukommen als bisher"*, forderte das KOR unlängst („taz", 12.8.80).

Berechtigt sind diese Forderungen insoweit, als große Teile der zu über 80 % privaten Landwirtschaft aus Familienbetrieben bestehen, die kaum genug für den Eigenbedarf und schon gar nicht für den Markt produzieren. Vorwerfen muß man dem KOR allerdings, daß es die Bauern als G a n z e s betrachtet und die Gefahr der Bereicherung von Großbauern nicht problematisiert. Dies wird auch deutlich in der KOR-Forderung: *„Das Privateigentum an Grund und Boden muß garantiert werden, ebenso das R e c h t, B o d e n z u k a u f e n u n d v e r k a u f e n z u k ö n n e n"* („taz", 12.8.80 – Hervorh. v. uns – AK).

‚Demokratisierung' und imperialistische Einmischung

Das Fehlen demokratischer Rechte in den Ländern des „realen Sozialismus" führt dazu, daß s ä m t l i c h e oppositionellen Kräfte (Linke ebenso wie knallharte Reaktionäre) mehr Meinungsfreiheit ohne irgendwelche Einschränkungen fordern. Die Erkämpfung demokratischer Rechte im „realen Sozialismus" ist notwendig, o b w o h l dies auch reaktionären Kräften zugute kommt. Erst durch einen größeren „Spielraum" an demokratischen Freiheiten wird die V o r a u s e t z u n g dafür geschaffen, daß linke Oppositionelle reaktionäre Auffassungen massenwirksam bekämpfen können. Dies, zumal rechte Dissidenten erheblich mehr Spielraum besitzen, als die linke Opposition.

Problematisch wird es allerdings, wenn die Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie erhoben wird. Diese Forderung wäre n u r d a n n progressiv, wenn sie dazu dienen würde, die Kampfbedingungen einer fortschrittlichen Alternative zur Bürokratie und der Reaktion zu verbessern.

Eine derartige Oppositionsgruppe gibt es derzeit nicht (von Mini-Zirkeln abgesehen). Wird die Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie nicht mit diesem Ziel aufgestellt, kommt sie ausschließlich reaktionären Kräften zugute und ist von daher als rückschrittlich zu kritisieren.

Jacek Kuron und zumindest bedeutende Teile des KOR streben, wie oben dargestellt, die (schrittchenweise) Einführung einer parlamentarischen Demokratie „nach westlichem Muster" an. Auf eine derartige allmähliche ‚Sozialdemokratisierung' im RGW setzen auch die US- und BRD-Imperialisten. So schrieb die US-Zeitschrift „Newsweek" am 4.1.1971, der Aufweichungsprozeß der RGW-Länder müsse *„mit der fortschreitenden Entwicklung der östlichen Regimes in etwas, was der Sozialdemokratie nahekommt"*, beginnen. Auch die SPD-Führung meint: *„Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann, wenn er kommt, nur von innen kommen"* (Erklärung vom 16.11.70).

Die Entwicklung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in Osteuropa wäre unserer Ansicht nach kein ‚notwendiges Durchgangsstadium', sondern ein starker R ü c k s c h l a g im Kampf für demokratische und gewerkschaftliche Rechte. Hinzu kommt, daß die Entstehung eines bürgerlich-demokratischen Polen, selbst wenn es ‚neutral' wie z.B. Finnland sein würde (einen Status wie Finnland strebt J. Kuron ausdrücklich an, siehe: Gedanken zu einem Aktionsprogramm), für viele Befreiungsbewegungen von Nachteil wäre. Denn das heutige polnische Regime unterstützt (wie auch die anderen RGW-Länder) zahlreiche Befreiungsbewegungen, insbesondere in Afrika.

Dies hat zwar nichts mit sozialistischer Außenpolitik zu tun, es ist jedoch eine Tatsache, daß Befreiungsbewegungen (z.B. MPLA, Angola oder FRELIMO, Mosambik) den Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern einerseits und der Sowjetunion und den RGW-Ländern andererseits erfolgreich ausnutzen.

Eine Kritik an „Dissidenten", die der imperialistischen Globalstrategie, die auf die Wiederherstellung eines einheitlichen kapitalistischen Weltsystems hinausläuft, in die Hände zu arbeiten, bedeutet selbstverständlich keine Unterstützung der Herrschenden im „realen Sozialismus", die Oppositionelle traditionell gern als ‚Agenten des Imperialismus' diffamieren.

RGW-Kommission

Gruppe Z, DKP und Sozialismusverständnis des KB

In der neuesten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Z" befassen sich unsere alten Freunde Thomas „Langer" und „Willi" K. Goltermann (La. und Wi.) mit dem Sozialismusverständnis des KB. Als Aufhänger benutzen sie dabei den auf einer Delegiertenkonferenz des KB in Juli vergangenen Jahres mehrheitlich abgelehnten Vorschlag einiger Genoss(inn)en des Leitenden Gremiums (LG), bei der Bundestagswahl an Orten, wo die GRÜNEN nicht durch fortschrittliche Kandidaten vertreten sind, die Wahl der DKP zu empfehlen. Kt., Mitglied des LG, hatte diesen Resolutionsentwurf verfaßt, in dem es u.a. hieß: **„Die DKP hat gegenüber den GRÜNEN das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm. Im Gegensatz zu den GRÜNEN benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des ‚realen Sozialismus'".** Dieses Zitat ist die (einzige!) Grundlage der „Z"-Polemik gegen das Sozialismusverständnis des KB; La. und Wi. meinen, daß es *„die allgemeinen Ansichten des KB über die DKP und den realen Sozialismus selbst sehr gut zum Ausdruck"* bringt („Z", Nr.8, S. 29). Der KB sei *„außerstande, eine theoretische Gesamteinschätzung der DKP, wie des ‚realen Sozialismus' überhaupt zu leisten"*. Daher bliebe die DKP für den KB *„ein widersprüchlich Ding, das einerseits ‚total verkalkt', andererseits das fortschrittlichere Programm hat"*.

Die „Z" schildert dann völlig richtig, wie die DKP sich an demokratische Bewegungen (z.B. Anti-AKW, Frauenbewegung) anbiedert, während sie mit ihrem Sozialismusverständnis im Grunde *„stets in G e g n e r s c h a f t zum zentralen emanzipatorischen Kern dieser Bewegungen"* steht. *„Und d i e s e ‚Sozialismus'-Vorstellungen der DKP"* seien es, *„die diese Partei gegenüber den Grünen soviel ‚fortschrittlicher' mache, daß er (Kt. – Anm. AK) u.U. die Stimmabgabe für diese seiner Mannschaft empfahl"*.

„Dieser Umstand", so schließen La. und Wi. messerscharf, *„wirft ein viel präziseres Licht auf die demokratischen Qualitäten zumindest der Leitung des KB, als es noch so viele Analysen seiner inneren Demokratie ... bringen könnten"*.

lysen seiner inneren Demokratie ... bringen könnten".

La. und Wi. versuchen hier, dem KB ausdrücklich ein „Sozialismusverständnis" a la DKP anzudichten. Sie spekulieren damit auf die Uninformiertheit eines großen Teils ihrer Leser, insbesondere ihrer neuen Freunde bei den GRÜNEN, was die Politik des KB angeht.

Zu der von Kt. und anderen LG-Mitgliedern vertretenen (teilweisen) Wahlempfehlung für die DKP kann man stehen, wie man will – ich halte sie nach wie vor für falsch (vgl. AK 182, S. 36, „Die Qual der Wahl") – sie wurde jedoch nicht etwa gemacht, weil sich der KB oder seine Leitung mit dem „Sozialismus-Verständnis" der DKP identifiziert.

Zwar wird durch die m.E. ungeschickte Formulierung des Genossen Kt., die DKP propagiere den Sozialismus, *„wenn auch in der verzerrten Form des ‚realen Sozialismus'"*, leicht das Mißverständnis provoziert, der KB würde den „realen Sozialismus" als ‚richtigen' Sozialismus ansehen, halt nur ein bißchen deformiert. Es genügt allerdings ein Blick in den AK, unsere Polen-Berichterstattung, die unlängst gelaufene „Trotzkij-Debatte" oder auch die Lektüre einiger grundsätzlicher AK-Artikel älteren Datums (z.B. „Der Mythos vom realen Sozialismus", AK 108, Juli 1977, auch in: Schulungshefte des KB, Nr. 2), um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Auch zum speziellen Demokratie- und Sozialismus-Verständnis der DKP liegen eine Reihe von Analysen des KB vor. Der Kürze halber seien an dieser Stelle nur zwei genannt: „Wie hält es die DKP mit der Demokratie?", AK 122, März 1978, auch in: Schulungshefte des KB, Nr. 1 und: „Bahro, CSSR und DKP", AK 134, Juli 1978, auch in: Schulungshefte Nr. 2. Nebenbei sei noch bemerkt, daß diese drei erwähnten Artikel von demselben Genossen Kt. stammen, den die „Z" nun als abschreckendes Musterbeispiel des „realsozialistischen" KB'lers hinzustellen versucht.

Die beiden „Z"-Chefs spielen sich darüberhinaus in ihrer Polemik gegen den KB als Gralshüter des „emanzipatorischen Kerns", der „emanzipatorischen Dynamik" der demokratischen Bewegungen (Frauen, Anti-AKW, Jugendliche) auf. Es scheint uns angebracht, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die „Z"-Leitung, als sie im August/September 1979 begann, ihre Gruppe (damals noch als Fraktion im KB) zu formieren, gerade g e g e n die ‚emanzpatorische Dynamik' demokratischer Bewegungen und deren angeblich verderblichen Einfluß auf die KB-Mitgliedschaft zu Felde zog (siehe z.B. den Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung" der „Z"-Leitung in AK 160, S. 36, August 79). Daß die „Z"-Chefs diese ihre alte Einstellung keineswegs überwunden haben, zeigen sie in peinlicher Weise in ihrem oben erwähnten Artikel gegen den KB. Darin wettern La. und Wi. in der Art bürgerlicher Journalisten gegen die angeblich vom KB für die BRD *„e r f u n d e n e" ‚Neue Jugendbewegung', worunter der KB die sich gelegentlich mit der Polizei balgenden ‚HSV-Fans' (HSV – ein Hamburger Fußballverein), die ‚Punker', ‚Teds' und andere, auf bestimmte moderne Musikformen sozial reagierende ‚aufmüpfige' Jugendgruppen zusammengefaßt"* („Z", S.27).

Während die „Z"-Chefs heute ausgerechnet dem KB unterjubeln, ein „Sozialismus-Verständnis" wie die DKP zu haben, waren von ihnen bei der Bildung ihrer Fraktion noch ganz andere Töne zu hören. In ihrem Artikel „Krise und Krisenliteratur" (AK 160, S. 37/38) polemisierten sie gegen „feministische Kampfschriften gegen den Kommunismus", wie das Buch „Die Scham ist vorbei" von Anja Meulenbelt und erklärten, solche Bücher seien nur ein Teil der verruchten Krisenliteratur der KB-Genos-s(inn)en. „ ... **allerlei Schund gegen Leninismus und ‚Stalinismus'** (Anführungszeichen im Original – anm. AK) **gehören genauso dazu"**, schrieben die „Z"-Chefs damals.

Einmal abgesehen davon, daß die „Z"-Chefs es bis heute leider versäumt haben, bekannt zu geben, w e l c h e Schriften damit konkret gemeint und folglich auf den Index zu setzen sind, benutzen sie eindeutig stalinistisch/„realsozialistisches"

gemeint und folglich auf den Index zu setzen sind, benutzen sie eindeutig stalinistisch/„realsozialistisches"

Vokabular, indem sie von *„Schund gegen den ‚Stalinismus'"* sprachen. Der DDR-Zoll zieht bekanntlich mit ähnlich origineller Begründung alljährlich etliche Stapel linker „Schund"-Literatur ein ...

Der KB hat nach Ansicht der beiden „Z"-Chefs *„bis heute nicht begriffen – und seine aktuelle Polenberichterstattung hat das nochmal ausdrücklich belegt – daß der Kampf um Sozialismus zugleich Kampf um reale Verbesserungen ... der Menschen selbst meint"*.

Das Sozialsmusverständnis des KB beschränke sich demgegenüber auf „eine willkürliche Ansammlung hohler Prinzipien" („Z" nr. 8, S. 32). Daß die „Z" zum wiederholten Male nicht konkret auf unsere Polenberichterstattung eingeht, hat mich wenig überrascht. Überraschend ist allerdings die letztgenannte Behauptung der „Z"-Chefs. Welche „hohlen Prinzipien" sollten damit gemeint sein? Das Streikrecht etwa, daß wir erklärtermaßen als unverzichtbar notwenidg für jede Gesellschaft ansehen, oder das Recht auf freie Meinungsäußerung (z.B. per Wandzeitung in der chinesischen Kulturrevolution), die Möglichkeit für alle linken und demokratischen Kräfte, sich zu organisieren? Wir sind allerdings der Meinung, daß dies keineswegs „hohle Prinzipien" sind, sondern unabdingbare Voraussetzungen für den Kampf der Menschen um die Verbesserung ihrer materiellen wie politischen Situation.

Wir wissen nicht, welche Sozialismus-Vorstellungen die „Z"-Spitze mittlerweile entwickelt hat. Vielleicht das Modell eines „Sozialismus" mit dem in „Z" Nr. 7 zum „Kommunisten" hochgejubelten konservativen Katholiken Lech Walesa an der Spitze?

U., RGW-Kommission

Repression gegen das KOR

Repression gegen das KOR

Durch die von KOR-Mitgliedern mitherausgegebene Zeitschrift „Robotnik", die während der Streiks in Sonderausgaben mit Auflagen in Zehntausenderhöhe erschien und über die aktuelle Streiklage an verschiedenen Orten informierte, hat das KOR eine recht positive Arbeit geleistet.

Die Bürokratie reagierte nervös. „Robotnik"-Redakteur Darius Kupiecki wurde Ende Juli für zwei Stunden festgenommen, verhört und dabei geohrfeigt. Am 25. Juli wurde Bozena Kedzierska, Mitglied des KOR, für 48 Stunden in eine Einzelzelle gesperrt. Die KOR-Mitarbeiter Stanislaw Smigielski und Konrad Tuzynski wurden am selben Tag in Torun von der Polizei verprügelt. Nach der Ausweitung der Streiks auf Gdansk wurden am 20. August 18 Mitglieder des KOR festgenommen, unter ihnen Jacek Kuron und Adam Michnik. Bald darauf forderte das überbetriebliche Streikkomitee (MSK) in Gdansk die Freilassung aller politischen Gefangenen und damit auch der KOR-Leute.

Am 29. August verhaftete die Polizei in Warschau erneut zwei Mitglieder und einen Sympathisanten des KOR, u.a. Micislaw Grudzinski, Herausgeber des Informationsbulletins des KOR.

Am selben Tag wurden allerdings Jacek Kuron, Adam Michnik und mehrere weitere KOR-Mitglieder wieder aus der Haft entlassen. Gegen Jacek Kuron, Adam Michnik, Miroslaw Chojecki und zwei weitere KOR-Mitglieder wurde Anklage gemäß § 271 des polnischen Strafgesetzbuches erhoben – „Mitgliedschaft in einer staatsfeindlichen Organisation".

B i s l a n g wurden die KOR-Aktivisten in Polen vergleichsweise „milde" behandelt (Kuron und Michnik wurden in den letzten Jahren gelegentlich mal 48 Stunden eingesperrt), im Vergleich zu ihren Freunden von der „Charta 77" in der CSSR, die zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Anklage und die parallel laufende Hetzkampagne der Regimepresse gegen das KOR verheißen allerdings nichts Gutes.

RGW-Kommission

Ralf Fücks (Komitees für Demokratie und Sozialismus) auf Abwegen

In einem Beitrag über das KOR in den „Heften für Demokratie und Sozialismus" (4-5/80) schreibt Ralf Fücks über die Wandlung vieler Oppositioneller (u.a. Jacek Kuron) von Marxisten zu bürgerlichen (Sozial-) Demokraten: *„Insofern in dieser Wende ein B r u c h mit dem bestehenden System zum Ausdruck kommt (das jetzt grundsätzlich verworfen und bekämpft wird, statt auf seine innere Entwicklung zu hoffen) markiert sie einen politischen F o r t s c h r i t t gegenüber der alten Position, die noch von der Existenz ‚sozialistischer' Produktionsverhältnisse in Osteuropa ausging, die bloß noch durch ‚demokratische Werte' zu erweitern seien"* (Hervorhebg. v. Fücks). Damit liegt der Genosse Fücks gleich doppelt falsch. Zum einen hat Jacek Kuron 1965 die polnische Gesellschaft vollkommen richtig als Klassengesellschaft bezeichnet, in der die ‚Monopolbürokratie' herrscht und die Notwendigkeit einer sozialistischen R e v o l u t i o n betont. Zum anderen weist Kurons „Offener Brief" an die PVAP von 1965 tatsächlich hinsichtlich einer Strategie und Taktik erhebliche Mängel auf. Daß Kuron und seine Freunde h e u t e eine Strategie und Taktik haben, kann man jedoch kaum in der Hauptseite als „Fortschritt" begrüßen, es sei denn, man würde die Entstehung b ü r g e r l i c h - demokratischer Verhältnisse als eine Art ‚notwendiges Durchgangsstadium' für die osteuropäischen Länder ansehen. Ob Ralf Fücks dieser Auffassung ist, bleibt leider im unklaren. Aber er meint, die Äußerung Jacek Kurons „Die parlamentarische Demokratie ist gewiß das beste aller bisher erprobten politischen Systeme" sei *„ein sachlich schwer bestreitbares (!?), aber im Kern konservatives Argument"*.

Hat der Genosse Fücks vergessen, daß die Pariser Kommune, die Sowjetrepublik Lenins und das China der Kulturrevolution weitaus mehr Demokratie verwirklichten, als in der parlamentarischen Demokratie überhaupt denkbar wäre?

RGW-Kommission

Lyssenko und der Stalinismus

Auf einer „Historischen Tagung der Leinin-Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften" 1948 in der Sowjetunion wurde eine Wissenschaftstheorie aus der Taufe gehoben, die in der Sowjetunion und in den meisten kommunistischen Parteien zu einem Bruch zwischen diesen und den Naturwissenschaftlern führte. Der Lyssenkismus ersetzte die „bürgerliche Biologie" durch eine „proletarische" und erklärte den Klassenkampf in der Naturwissenschaft.

In den imperialistischen Ländern wurde und wird bis heute der Lyssenkismus als Beleg für den „totalitären Charakter" des Sozialismus schlechthin begriffen; es wird behauptet, der Lyssenkismus sei das Gegenstück zur „deutschen Physik" der Nazis usw.

Tatsächlich hängt der Sieg des Lyssenkismus eng mit der Entwicklung der KPdSU zusammen, doch ist er alles andere als die logische Folge der marxistischen Wissenschaftstheorie. Die Diskussion um den Lyssenkismus ist in den letzten Jahren wieder aufgekommen nach der Veröffentlichung des Buches von Shores A. Medwedew „Der Fall Lyssenko" (1). Daß diese Diskussion auch für die Linke wichtig ist, zeigt das Buch von Dominique Lecourt (2), der sich wesentlich mit den philosophischen Grundlagen des Lyssenkismus auseinandersetzt und zusammen mit Althusser zu dem Schluß kommt, daß der Lyssenkismus nicht Produkt des Marxismus, sondern des in der KPdSU herrschenden Ökonomismus war. Dabei verweist Althusser in seinem Vorwort zu Lecourts Buch darauf, daß hinter der Nichtrevidierung des Lyssenkismus reale politische Interessen stehen und dieser nicht bloß Begleiterscheinung des „Personenkultes" war, sondern daß hinter dem Lyssenkismus eine ökonomistische Ideologie stand, die in der KPdSU bis heute fortdauert.

Lyssenkos Aufstieg ist außerdem nicht von der Situation der sowjetischen Landwirtschaft zu trennen, die Ende der 20er Jahre eine schwere Krise durchmachte, was sich besonders krass in einem bedrohlichen Getreidemangel ausdrückte. Als Ausweg aus dieser Krise beschloß die KPdSU Ende der 20er Jahre die administrative Kollektivierung, die Anwendung von staatlicher Gewalt gegen die Bauern, die noch immer die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Dadurch wurde das Bündnis zwischen Sowjetstaat und Bauernschaft endgültig beerdigt und durch Unterdrückung ersetzt. 1932 erklärte die KPdSU, der Sozialismus habe nun auch in der Landwirtschaft „vollständig und unwiderruflich" gesiegt.

KPdSU, der Sozialismus habe nun auch in der Landwirtschaft „voll-



Versammlung von Bauern zur „Kollektivierung der Landwirtschaft"

Versammlung von Bauern zur „Kollektivierung der Landwirtschaft"

Der Aufstieg Lyssenkos

In der äußerst angespannten Situation der sowjetischen Landwirtschaft tauchte Ende der 20er Jahre Lyssenko erstmalig in der sowjetischen Öffentlichkeit auf. Er präsentierte einige spektakuläre landwirtschaftliche Techniken. Die von Lyssenko ausgearbeitete „Jarowisation" war für die Sowjetunion sehr interessant, denn ein wesentliches Problem des Getreideanbaus war die Vernichtung von Saatgetreide durch den Frost. Der Genetiker N.I. Wawilow, ein engagierter Gegner Lyssenkos in der späteren Auseinandersetzung, schrieb über das Jarowisationsverfahren, seine Brauchbarkeit sei durch umfangreiche Experimente bestätigt worden. Es biete dem Züchter die Möglichkeit, frostempfindliche Weizensorten auch im Norden zu verwenden, da die erste Phase der Entwicklung der Saat quasi 'im Treibhaus' stattfindet und erst nach dem Frost gesät wird (3). So wird Winter- zu Sommerweizen, ohne allerdings dies als Eigenschaft auf die nächste Generation weiter zu vererben. Die Jarowisation machte Lyssenko berühmt und die „Prawda" widmete ihm Artikel.

1929 ordnete das Kommisariat für Landwirtschaft der Ukraine Jarowisations-Experimente größeren Ausmaßes an; 1931 wurde bereits auf 2,1 Mio. Hektar jarowisiert. Die Anwendung der Jarowisation verlief im wesentlichen erfolgreich.

Ebenso erfolgreich verlief eine weitere Technik Lyssenkos für den Kartoffelanbau, der ebenfalls vor erheblichen Problemen stand (4). Der Erfolg seiner Techniken war die Grundlage für den Aufstieg Lyssenkos; sie wurden später zu Munition in der Auseinandersetzung um die Genetik.

Lyssenko versuchte, seine Techniken zu verallgemeinern, und erarbeitete die „Theorie der Stadienentwicklung der Pflanzen". So richtig seine Techniken unter bestimmten Bedingungen waren, so falsch waren die von Lyssenko daraus gezogenen Schlüsse. Kernstück seiner Theorie war die These, daß sich die „Ansprüche" einer Pflanze an ihre Umwelt während ihrer Entwicklung mehrfach verändern würden. Daraus leitete Lyssenko ab, es müsse möglich sein, durch Umweltmanipulation die Entwicklung einer Pflanze in beliebiger Richtung zu verändern. Diese Annahme wurde zu einer der Grundlagen der lyssenkistischen Vererbungstheorie, in deren Namen die Lyssenkisten Anfang der 30er Jahre ihren Feldzug gegen die Genetik begannen. Die Zeitschrift „Ekonomitscheskaya Shisnj" warf dem All-Unions-Institut für Pflanzenzüchtung (UIP) „Antileninismus" vor. (Das UIP war eine Unterabteilung der Lenin-Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften – LAIW.) Die Auseinandersetzung nahm an Heftigkeit zu, nachdem Lyssenko und der Spezialist für Methodologie und Pädagogik der Naturwissenschaften, I.I. Present, zusammentrafen. Present, Mitglied der KPdSU und der Kommunistischen Akademie, übernahm die ideologische Verarbeitung der lyssenkistischen Ideen. Organ der Lyssenkisten ist ab 1935 die von Lyssenko herausgegebene Zeitschrift „Jarowisazija" (Jarowisation).

Die Differenzen

Die Lyssenkisten griffen die sogenannte „klassische" Genetik (Morgan, Hunt, Mendel, Haeckel u.a.) an, sie verträten eine „idealistische" Lehre. Die Lyssenkisten betstritten die Existenz von „intrazellulären Trägern der Erbeigenschaft", da der Materialismus lehre, die Vererbung sei eine Eigenschaft der Materie. Daher könne es keinen „gesonderten Apparat" der Vererbung geben (5). Wir werden uns die wissenschaftlichen Einzelheiten des Streites ersparen. Heute wird die Existenz von Genen nirgends mehr bestritten. (Als Gen wird die kleinste experimentell bestimmbare Einheit des Chromosoms definiert.) Für uns sind die wissenschaftlichen Einzelheiten schon deshalb uninteressant, weil sie nur Grundlage für eine politische Auseinandersetzung waren.

Gegen die Erkenntnisse der Genetik führten die Lyssenkisten fast ausschließlich ideologische und politische Argumente ins Feld. Im Gegensatz zur Genetik gingen sie davon aus, daß ein Lebewesen ausschließlich von seiner Umwet bestimmt werde; es passe sich seiner Umwelt an und übertrage bei der Anpassung an die Umwelt erworbene Fähigkeiten an seine Nachfahren; und dies nicht nur als Entwicklungsprozeß einer Art, sondern auch als sprunghafte Veränderung. Folgerichtig gingen die Lyssenkisten davon aus, daß „durch das Eingreifen des Menschen die Möglichkeit besteht, jede Form des Tieres oder der Pflanze zu einer schnelleren Veränderung zu zwingen, und zwar in der dem Menschen erwünschten Richtung" (Mitschurin).

Diese Thesen sprachen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie Hohn. Für die von Lyssenko bekämpfte Genetik stellt sich die Veränderung eines Lebewesens als Widerspruch zwischen Anpassung (Veränderung) und Vererbung (Erhaltung) dar; sie geht nicht von einer automatischen Anpassung einer Art an eine Umweltveränderung aus. Für die auf Darwin aufbauende Evolutionstheorie der Genetik spielen zwei Thesen eine besondere Rolle: die Mutationstheorie und die Theorie der innerartlichen Konkurrenz. Die Mutationstheorie besagt, daß spontan auftretende Veränderungen der Chromosomen verschiedene Formen einer Art entstehen lassen, sogenannte Mutanten (beispielsweise weiße und graue Kaninchen). Diese Mutationen seien keineswegs immer und von vornherein nützlich, wie Lyssenko von den Veränderungen behauptete, sondern oftmals schädlich oder sogar tödlich, wie beispielsweise genetisch bedingte Erbkrankheiten. Auf dieser Beobachtung baut die These von der innerartlichen Konkurrenz auf: die Veränderungen einer Art vollziehen sich als Selektionsprozeß („Auslese" durch Konkurrenz"), in dem sich die umweltgerechteste Mutation langfristig durchsetzt. Auch wenn die Genetik von spontan, also weitgehend unabhängig von der Umwelt, auftretenden Veränderungen der Chromosomen ausgeht, leugnet sie damit keineswegs äußere Einflüsse. Röntgen-Strahlen z.B. können zur Mutation führen, Jod beeinflußt die Mutationsrate.

Die Thesen der innerartlichen Konkurrenz und der Mutation waren laut Lyssenko Beweis für den „idealistisch-reaktionären" Charakter der Genetik; denn an der Behauptung einer innerartlichen Konkurrenz könne überhaupt nur die Bourgeoisie Interesse haben, um die Klassengesellschaft zu rechtfertigen. (Tatsächlich hat es derartige Versuche des öfteren gegeben.) Neben die Behauptung, die ‚klassische' Genetik sei ein ideologisches Manöver der Bourgeoisie, trat das Argument der Effizienz. Die Lyssenkisten warfen der Genetik vor, sie sei ‚totes akademisches Wissen', da sie für die Landwirtschaft nichts gebracht habe. Die Genetik war tatsächlich erst in den 40er Jahren soweit fortgeschritten, daß sie Verwendung in der Landwirtschaft fand. Daraus abzuleiten, die Genetik wäre bloße Sabotage, war nichts als üble Demagogie. Mit dem gleichen Argument könnte letztlich jeder neue wissenschaftliche Ansatz zerschlagen werden.

Zur Rolle der Repression

Auf eine ausführliche Darstellung der „Säuberungs"welle Ende der 30er Jahre verzichten wir; sie ist in unserem Buch „Texte zur Stalinfrage" hinreichend enthalten.

Die Lyssenkisten wußten die Situation für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie tatkräftig bei der Entlarvung von „Schädlingen", „Diversanten" und anderen Bösewichten mitmischten. In einem Artikel der LAIW-Zeitschrift ‚Sozsemljedelije' (Sozial. Landwirtschaft) schrieben Present und Nurinow 1937, trotzkistische Agenten des internationalen Faschismus würden *„nach jeder Lücke suchen, durch die sie sich in unsere Wissenschaft einschleichen können"* (6).

Und in der gleichen Zeitung hieß es 1938: *„Es ist notwendig, die Methoden der bürgerlichen Wissenschaften an Instituten und Versuchsstationen auszumerzen, weil sich in jeder Hinsicht Feinde des Volkes, trotzkistisch-bucharinistische Revisionisten, in der Allrussischen Akademie der Landwirtschaften breitgemacht haben und sich ihrer bedienten"* (7). In diesen Chor mischten sich auch Regierungsstellen ein. Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Zentralkomitee der KPdSU, Jakowlew, warf den Genetikern vor, sie würden die Genetik „zur Sklavin von Goebbels Propaganda" machen (8).

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die faschistische Verdrehung der Genetik, die es unbestreitbar gab und gibt, wurde die gesamte Genetik zum faschistischen Gedankengut erklärt. Abgeleitet wurde dieser Vorwurf aus der Polemik gegen die Human-Genetik, die sich u.a. mit Erbkrankheiten des Menschen befaßt. Naturgemäß ist diese Wissenschaft für rassistischen Mißbrauch besonders ergiebig.

Beendet wurde die Auseinandersetzung um die Human-Genetik mit der Auflösung des Medizinisch-Genetischen Instituts für Experimentelle Biologie. Die Human-Genetik war damit faktisch verboten, das erste Lehrbuch nach der Auseinandersetzung erschien erst wieder 1964.

Liquidiert wurde ebenso das ALLunions-Institut für Pflanzenzüchtung. Nikolay Ivanowitsch Wawilow, einer der führenden Genetiker der Sowjetunion, hatte nach der Oktoberrevolution die Lenin-Akademie der Landwirtschaftlichen Wissenschaften, LAIW, aufgebaut. Schwerpunkt der LAIW war die Katalogisierung der erreichbaren Nutzpflanzen der Erde und das Studium ihres genetischen Codes. Ziel dieser Arbeit war es, geeignete Partner zur Herstellung von Pflanzenhybriden (Mischlingen) zu finden, um auf diese Weise optimal geeignete Nutzpflanzen für die unterschiedlichen Gebiete der UdSSR herzustellen. Die großzügige Unterstützung der LAIW durch die Sowjetregierung brachte der Sowjetunion Sympathien in wissenschaftlichen Kreisen. Der amerikanische Genetiker und spätere Nobelpreisträger H.J.Muller arbeitete jahrelang in der UdSSR.

Wawilow überbrachte 1936 dem 6. Internationalen Kongreß für Genetik die Einladung der Sowjetregierung, den nächsten Kongreß in Moskau stattfinden zu lassen. Die Annahme dieser Einladung durch den Kongreß war ein wissenschaftlicher und politischer Erfolg der Sowjetunion (und eine Schlappe für Lyssenko). Für die Beteiligten unerwartet sabotierte die Sowjetregierung den Kongreß, zunächst indem sie ihn um ein Jahr verschob, dann durch die Verhaftung des gesamten sowjetischen Organisationskomitees. Als Antwort wurde das KPdSU-Mitglied Wawilow zum Ehrenpräsidenten des Kongresses gewählt, der 1938 in Schottland stattfand – ohne Beteiligung sowjetischer Wissenschaftler, denn diese erhielten keine Ausreisegenehmigung. Die Sowjetunion hatte es geschafft, sich auf einem wissenschaftlichen Gebiet völlig zu isolieren, auf dem sie kurz zuvor international Achtung erkämpft hatte.

Im Februar 1938 verlor N.I. Wawilow den Posten des Präsidenten der LAIW, der nun von Lyssenko eingenommen wurde. Wawilow blieb jedoch Vorsitzender im Allunions-Institut für Pflanzenzüchtung (UIP). Was dieser Wechsel in der LAIW-Spitze für die weitere wissenschaftliche Arbeit zu bedeuten hatte, wird aus einer Antwort Lyssenkos an Wawilow 1939 deutlich: *„Aber sehen Sie, Sie verhalten sich mir gegenüber ablehnend – und das heißt, daß sie das UIP mir nicht unterordnet ... Ich stellte daher fest, daß irgendwelche Maßnahmen eingeleitet werden sollten. So können wir nicht fortfahren ... Wir müssen uns nach neuen Mitarbeitern umsehen und auch einen anderen Weg suchen – den Weg administrativen Gehorsams . . . "* (9).

Im August 1940 wurde N.I. Wawilow verhaftet und wegen angeblicher Spionage für England, Mitgliedschaft in einer rechten Verschwörung usw. zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde in Haftstrafe umgewandelt und Wawilow starb 1943 im Gefängnis der Geheimpolizei NKWD. Ebenso starben andere Wissenschaftler des UIP (Karpetschenko, Lewizkij ...). Warum die Wissenschaftler „liquidiert" wurden, wissen wir nicht, denn zu dem Zeitpunkt hatte sich die KPdSU noch nicht den Theorien Lyssenkos angeschlossen, sondern unterstützte lediglich seine Techniken. Fest steht aber, daß die „Liquidierungen" dem Lyssenkismus den Weg ebneten (10).

Die „Historische Tagung" 1948

Die Haltung von Partei und Regierung gegenüber dem Lyssenkismus war keineswegs gradlinig. Ein Jahr nach dem

gegenüber dem Lyssenkismus war keineswegs gradlinig. Ein Jahr nach dem

von der Sowjetunion boykottierten Kongreß in Schottland lud die zentrale theoretische Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus" zu einer Konferenz über die Kontroverse in der Biologie ein. Der „Parteiphilosoph" M.B. Mitin (11) schrieb nach der Konferenz in der Nr. 10/1939 der „Unter dem Banner...", man müsse differenzierter an die Fragen herangehen, als es Present und Freunde täten. Es sei zu unterscheiden zwischen den „als Teilregeln unbestreitbar" gültigen Erkenntnissen Mendels und dem „Mendelianertum", das in der unzulässigen Verallgemeinerung der Erkenntnisse bestehe.

Die Ausführungen Mitins stellten unverkennbar den Versuch dar, die Kampagne der Lyssenkisten zu bremsen und beiden Strömungen in dieser Frage eine Weiterarbeit zu ermöglichen. Auf dieser Linie arbeiteten Partei und Regierung bis 1948. Auf der „Historischen Tagung" im August 1948 schloß sich Mitin jedoch vollständig den Argumentationen Lyssenkos an.

Die „Historische Tagung" fiel zeitlich mit dem Übergang von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg zusammen, was sicher kein Zufall ist. Die Polemik gegen die „ausländischen Theorien" erfüllten die Funktion der Abschottung gegen Westen. Insofern ist die „Historische Tagung" auch als Bestandteil einer „Säuberungs"welle im sowjetischen Einflußbereich (Bruch mit Jugoslawien, Feldzüge gegen „Titoisten" und „Nationalisten" in den osteuropäischen Staaten) zu betrachten, die eine Antwort auf eine einsetzende Roll-Back-Politik der USA darstellte.

Das Ergebnis der Tagung stand im Grunde von Anfang an fest: *„Wir sind hier, um zu debattieren"*, erklärte Present. *„Wir werden jedoch nicht mit den Morganisten debattieren, sondern nicht aufhören, sie als Vertreter einer schädlichen, ideologischen, ausländi*


„Stalin räuchert die Kulaken aus"
PRAVDA, 25.2.1930

schen und eigentlich pseudo-wissenschaftlichen Richtung zu entlarven, die aus dem Ausland importiert worden ist" (12). Die Lyssenkisten wiederholgen ihre Beschuldigungen gegen die Genetiker und betonten die Effizienz ihres „schöpferischen Darwinismus", d.h. die Anfangserfolge Lyssenkos. Sie setzten sich ausschließlich mit den bürgerlichen Interpretationen der Genetik auseinander, setzten Erkenntnis und Interpretation stillschweigend gleich. Das kommt zum Ausdruck in der Formel „Mendelismus-Weismannismus", wie Lyssenko die Genetik benannte. Weismann hatte behauptet, das Individuum sei bloßer Träber einer ewig gleichbleibenden Erbsubstanz, des „Keimplasmas", die unverändert von Generation zu Generation weitergegeben werde. Die Nazis griffen die These auf, um den ewigen Charakter der „Rassenseele" des „Germanentums" zu beweisen. Derartiger Mißbrauch der Genetik diente den Lyssenkisten als Beleg für den reaktionären Charakter der Genetik überhaupt.

Die Genetiker versuchten, sich auf der wissenschaftlichen Ebene zu verteidigen. Sie bestritten keineswegs (wie Medwedew) den Sinn der Jarowisation und anderer Techniken Lyssenkos. Sie bekämpften lediglich die von Lyssenko daraus abgeleiteten Theorien. Die Lyssenkisten ihrerseits bombardierten die Genetiker mit Fragen nach ihren landwirtschaftlichen Erfolgen, worauf die Genetiker nur die Polyploidie (13) einbringen konnten. Nur wenige der Genetiker griffen die Lyssenkisten politisch an.

Die Schlußresolution der Tagung der LAIW billigte das Referat Lyssenkos und verlangte, *„die wissenschaftliche Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Biologie von Grund auf umzustellen und die Programme der Lehranstalten, soweit sie die Biologie betreffen, zu revidieren"* Dies sei eine *„unerlässliche Vorbedingung, damit die Arbeit der Spezialisten in der Produktion und die Erforschung der aktuellen Probleme der biologischen Wissenschaft Erfolg hat"* (14). Die „Mitschurinsche Biologie", auf die nun die Lehrprogramme umgestellt werden sollten, definierte sich hauptsächlich als Abgrenzung zur Entwicklung der Biologie nach Darwin. Tatsächlich jedoch wurde die Biologie noch auf den Stand vor Darwin zurückgeworfen.

Lyssenko nahm unter Berufung auf Friedrich Engels eine Differenzierung der Ansichten Darwins vor. Darwin habe, so behauptete Lyssenko, „wesentliche Irrtümer" begangen, da er *„in seine Evolutionstheorie neben dem materialistischen Prinzip auch reaktionäre Malthussche Ideen aufnahm"* (15) (Die Position Engels wurde verfälscht — 16). Die Genetiker, die sich in der Tradition Mendels, Morgans und anderer verstanden, hätten nun den reaktionären Aspekt des Darwinismus zur Grundlage genommen, während die Lyssenkisten das materialistische Element Darwins aufgegriffen und weiterentwickelt hätten.

Dominique Lecourt weist zu recht darauf hin, daß diese von Lyssenko vorgenommene Trennung oberflächlich dem marxistischen Gedanken der Trennung von naturwissenschaftlicher Erkenntnis und in die Naturwissenschaft eingebrachter bürgerlicher Ideologie entspricht. Weiterhin bestreitet Lecourt aber — und diese Aussage deckt sich mit der Auffassung Engels — daß es überhaupt wesentliche Parallelen zwischen Malthus und Darwin gegeben habe: Der „Kampf ums Dasein" im Sinne von Malthus habe mit dem Begriff Darwins nichts gemein; denn während der „Kampf ums Dasein" für Malthus einen den Fortschritt verhindernden Charakter habe, faßte Darwin den „Kampf ums Dasein" als einen qualitativen Selektionsprozeß („natürliche Zuchtwahl") auf. *„Zwar ist auch Darwins Begriff der Anpassung von der Vorstellung eines Gleichgewichts in der Natur abhängig; aber — und das ist entscheidend — da sich dieses Gleichgewicht in und durch den Kampf um die Aneignung des Milieus entscheidet, schließt er deshalb jede Prädetermination* (Vorbestimmtheit der Entwicklung — d.V.) *aus. Anders gesagt, Darwins Begriff ist revolutionär, weil er nicht teleologisch* (17) *ist. Man hat sogar zeigen können, daß er sich historisch im Verlauf einer langen Arbeit der Verwerfung des klassischen Begriffs der ‚natürlichen Ordnung' gebildet hat. Wie man sieht, besteht der Nicht-Finalismus* (18) *von Darwin darin, den Begriff der Anpassung mit dem des Kampfes zu koppeln: Die Anpassung als Prozeß innerhalb eines Kampfes zu denken"* (19).

So richtig Lyssenkos Methode der Trennung oberflächlich scheint, so falsch ist die von ihm vollzogene Trennung; denn Lyssenko erklärt gerade das Neue, das Revolutionäre am Darwinismus für reaktionär, indem er die innerartliche Konkurrenz zum bürgerlichen Gedankengut erklärt. Übrig bleibt bei der „Mitschurinischen Biologie" vom Darwinismus nur noch die Anpassung; und da diese nicht mehr als Produkt des Kampfes innerer Widersprüche verstanden wurde, sondern nur als Widerspruch zwischen Umwelt und Lebewesen, landeten die Lyssenkisten zwangsläufig bei einem mechanischen Naturverständnis, das letzten Endes von einer von außen diktierten, d.h. vorherbestimmten Entwicklung ausgeht. Dadurch verkürzte der Lyssenkismus *„die Evolutionstheorie auf ihre ideologische Vorgeschichte, auf eine finalistische Konzeption der Beziehung vom Lebenden zu seiner Umwelt"* (Lecourt). In dem mechanischen Verständnis der Lyssenkisten war weder Platz für „Mutationen" noch für eine „innerartliche Konkurrenz". Da der Lyssenkismus keine Mutationen kennen wollte, mußte er zwangsläufig auch die innerartliche Konkurrenz ablehne. Der dialektische Kern des Darwinismus (Anpassung als Kampf innerer Widersprüche) wurde durch die Behauptung einer „Zweckmäßigkeit in der belebten Natur" ersetzt. Diese „Zweckmäßigkeit" galt den Lyssenkisten losgelöst vom Kampf, von inneren Widersprüchen; bedeutete also die Rückkehr zur idealistischen Annahme einer Logik, die unabhängig von der konkreten Materie existiert.

VOLKSKOMMISSARIAT FÜR JUSTIZWESEN DER UdSSR

PROZESSBERICHT

ÜBER DIE STRAFSACHE

DES SOWJETFEINDLICHEN TROTZKISTISCHEN ZENTRUMS

VERHANDELT VOR DEM MILITÄRKOLLEGIUM DES OBERSTEN GERICHTSHOFES DER UdSSR

gegen

VOLLSTÄNDIGER STENOGRAPHISCHER BERICHT

MOSKAU 1937

HERAUSGEGEBEN VOM VOLKSKOMMISSARIAT FÜR JUSTIZWESEN DER UdSSR

Im Namen der „Zweckmäßigkeit" präsentierten die Lyssenkisten dubiose Erkenntnisse. Mit bierernster Miene erklärten sie z.B. der staunenden Fachwelt, es sei ihnen gelungen, durch Milieuveränderungen Weizen in Roggen und dergleichen mehr zu verwandeln. Diese Transformationen seien ein Beweis für ihre Vererbungstheorie (sprunghafte Veränderung der Erbanlage durch Umwelteinfluß). Konsequent vertraten die Lyssenkisten die voluntaristische Behauptung einer vollständigen Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen, im Sinne einer beliebigen Umwandelbarkeit der Natur.

Dazu bedürfe es der Anwendung der „Wissenschaft der Wissenschaften" (Glutschenko), des Dialektischen Materialismus. Der Versuch, diese Version des Dialektischen Materialismus in die Praxis umzusetzen, führte allerdings zu einem grandiosen Fiasko.

Nach der „Historischen Tagung" 1948 wurde das lyssenkistische Verfahren, die Überprüfung der Naturwissenschaften auf ihre Übereinstimmung mit dem Dialektischen Materialismus, von der Biologie auf andere Wissenschaften ausgedehnt. Als „bürgerliche Arroganz" wurde dabei z.B. die Relativitätstheorie Einsteins abqualifiziert (20). Die Zytologie (Zell-Lehre), die Quanten- und Resonanztheorie (Licht als Wellen- und Teilchen-Strahlung) ebenso wie die Kybernetik („Wissenschaft von Obskuranten") wurden für unvereinbar mit dem Marxismus erklärt (21).

Im Gegensatz zur Auseinandersetzung um die Genetik wurde jedoch trotz der gehässigen Verleumdung des Chemikers Pauling dessen Auffassung lediglich *„in einer anderen Terminologie* (in anderen Worten) *reproduziert"* (22). An dieser Tatsache wird zu einen deutlich, daß es bei der „Überprüfung" der Naturwissenschaften nicht um naturwissenschaftliche Fragen ging, und zum anderen wird verständlich, warum in der Chemie und Physik aus diesem Feldzug nicht ebensolche Schäden entstanden wie in der Biologie.

Lyssenko hatte in seinem Referat erklärt: *„Der Morganismus-Mendelismus* (die Chromosomenvererbungstheorie) *wird bis zum heutigen Tag in verschiedenen Varianten an allen biologischen und agronomischen Hochschulen gelehrt, während der Unterricht in der Mitschurinischen Biologie im Grunde genommen überhaupt nicht eingeführt ist. Häufig erweisen sich auch in den maßgeblichen amtlichen Kreisen der biologischen Gelehrten die Anhänger Mitschurins und Williams* (gemeint sind die Lyssenkisten — d.V.) *in der Minderheit.*

Dank der Fürsorge der Partei, der Regierung und Genossen Stalin persönlich hat sich jetzt die Lage in der Akademie gründlich geändert" (23).

Geändert nicht zuletzt dadurch, daß die neu aufgenommenen Mitglieder der Akademie hauptsächlich agronomische Kader, Direktoren der Versuchsstationen usw. waren, die unter permanentem Erfolgszwang standen (24) und schon von daher dem lyssenkistischen Pragmatismus recht aufgeschlossen gegenüberstanden. Es war dabei nicht unerheblich, daß in der Akademie die Spitze einer priviligierten Schicht saß, die den Kommunisten in der SU von Anfang an große Schwierigkeiten machte und einen denkbar guten Boden für bürgerliche Ideologien darstellte. Die Propaganda der Lyssenkisten zielte auf die Kader ab. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Behauptung, die „Mitschurinsche Biologie" führe zu erhöhter Produktivität, durch die Anfangserfolge Lyssenkos eine scheinbare Legitimation erhielt.

Nach der „Historischen Tagung" wurden von den zuständigen Ministerien Verordnungen erlassen, die zur Überprüfung der Lehrveranstaltungen aufriefen und nur solchen Professoren die weitere Lehrarbeit erlaubten, die *„die Lehren von Dokutschajew, Timirjasew, Mitschurin, Williams und Lyssenko schöpferisch weiterzuentwickeln"* verstanden (25).

Der „Historischen Tagung" folgten Ausrichtungskonferenzen im politisch-philosophischen Bereich. Eine Tagung des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften wurde einberufen, um eine „Erarbeitung eines Publikationsprogramms zur Popularisierung der ‚philosophischen Grundlagen der Tagung'" zustande zu bringen. 1949 trat die All-Unions-Konferenz der Professoren für Marxismus-Leninismus und Philosophie aller Hochschulen der Sowjetrepubliken zusammen. Der Kommissar für das Hochschulwesen, Kaftanow, kritisierte die Professoren, sie seien *„nicht energisch genug für Lyssenko eingetreten"* (26).

aus: "KROKODIL", 1939

Die Theorie der zwei Wissenschaften

Die These von der Spaltung der Naturwissenschaft in eine bürgerliche und eine proletarische Wissenschaft war vom Inhalt und von der Konsequenz her ein äußerst wichtiger Bestandteil der „philosophischen Grundlagen der Tagung". Da die Lyssenkisten (und in der Folge der Großteil der Kommunistischen Parteien) die These als Quintessenz der Aussagen der Klassiker über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Philosophie ausgaben, ist ein kurzes Eingehen auf die Klassiker unvermeidlich.

In der Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus" (27) befaßte sich Lenin mit der Krise der Modernen Physik, d.h. mit der Zerstörung der alten mechanischen Anschauungen und mit den Auswirkungen dieser Krise auf die Philosophie. *„Alle alten Wahrheiten der Physik, einschließlich solcher, die als unbestreitbar und unerschütterlich gegolten haben, erweisen sich als relative Wahrheiten — also könne es keine objektive, von den Menschen unabhängige Wahrheit geben. So argumentiert nicht nur der ganze Machismus, sondern der gesamte ‚physikalische' Idealismus"* (28).

Von der Feststellung der Relativität menschlicher Erkenntnisse ausgehend entwickelten sich zahlreiche „Naturforscherphilosophien", die auf die Negierung der objektiven Wahrheit/Realität hinausliefen, d.h. auf subjektiven Idealismus. Lenin kritisierte vehement die bürgerlichen erkenntnistheoretischen Interpretationen der Modernen Physik. Doch es fiel ihm nicht ein, aus den falschen philosophischen Positionen der Naturwissenschaftler auf die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu schließen. Lenin bezweifelte weder die wissenschaftliche Kompetenz dieser Physiker noch die Objektivität ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse. Er kritisierte ausschließlich die philosophischen Eiertänze, die er damit erklärte, daß die Naturwissenschaftler völlige Ignoranten in Bezug auf die Philosophie des Dialektischen Materialismus seien. Die Wissenschaftler, sagte Lenin, beharren gegenüber dem alten mechanischen Materialismus zu recht auf der Relativität der Erkenntnis der Wissenschaften. Doch indem sie mangels Kenntnis der Materialistischen Dialektik die Relativität der Erkenntnis verabsolutieren, landen sie unweigerlich beim philosophischen Idealismus, bei stockreaktionären Philosophien. Erkenntnis ist relativ in dem Sinne, daß sie niemals die Wirklichkeit in ihrer Gesamtheit widerzuspiegeln vermag; aber in jeder Erkenntnis steckt ein ‚Körnchen' der absoluten Wahrheit, weil sie einen Teil, einen Aspekt der Realität widerspiegelt. Indem die Naturforscher diesen dialektischen Zusammenhang zwischen absoluter und relativer Wahrheit nicht begriffen, gelangten sie über die Feststellung der Relativität der Erkenntnis zur Leugnung der objektiven, d.h. vom Bewußtsein unabhängigen Realität.

Konsequent spricht Lenin nicht von „idealistischer Physik" oder ähnlichem, sondern von der *„Ausschlachtung der neuen Physik durch den philosophischen Idealismus"*; spricht er nicht von Parteilichkeit der Wissenschaftler in der Naturwissenschaft, sondern von ihrer Parteilichkeit in der Philosophie; fordert er die Naturwissenschaftler auf, eindeutig Stellung für den Materialismus zu nehmen. Lenin weist nach, daß Naturwissenschaft grundsätzlich von einem materialistischen Standpunkt ausgehen muß und spontan ausgeht, d.h. von der objektiven Realität des von ihr untersuchten Objektes. Dieser spontanmaterialistische Ansatz der Naturwissenschaftler kollidiere aber unter kapitalistischen Verhältnissen im Allgemeinen mit der philosophischen Überzeugung der Naturwissenschaftler. Dies sei der Grund, weswegen den Professoren, *„obwohl sie auf den Spezialgebieten ... die wertvollsten Arbeiten liefern"* (S.463), kein Wort zu glauben sei, wenn sie sich mit den philosophischen Schlußfolgerungen ihrer Arbeiten befassen.

„Der Unterschied zwischen den beiden Schulen in der modernen Physik ist tatsächlich nur ein philosophischer, nur ein erkenntnistheoretischer" (S.373 — Hervorhebungen im Original). Als Prüfstein für die Zugehörigkeit zur materialistischen Schule erklärt Lenin *„die Anerkennung der Theorie als Abbild, als annähernde Kopie der objektiven Realität"* (S.353).

Wenn Lenin davon spricht, daß die moderne Physik vom philosophischen Idealismus ausgeschlachtet wird, die Philosophie also von außen an die Naturwissenschaft herantritt, dann darf diese Aussage keinesfalls so verstanden werden, als wären die Naturwissenschaften für Lenin in Bezug auf die Philosophie neutral. Ganz im Gegenteil: Im Kampf zwischen Idealismus und Materialismus sind die Naturwissenschaften für Lenin parteiisch. Allerdings nicht in dem Sinne, die einzelnen Naturwissenschaften zu „Anwendungen" des dialektischen Materialismus zu erklären, sondern in dem Sinne, daß der Dialektische Materialismus von den Naturwissenschaften bestätigt und bereichert werde, daß der Dialektische Materialismus die einzige mit den Naturwissenschaften vereinbare Philosophie sei.

„Die moderne Physik macht diesen Schritt" zum Dialektischen Materialismus, schrieb Lenin, *„und wird ihn vollziehen, aber sie steuert auf diese einzig richtige Methode und einzig richtige Philosophie der Naturwissenschaft nicht direkt hin, sondern im Zickzack, nicht bewußt, sondern spontan, wobei sie ihr ‚Endziel' nicht klar sieht, sondern sich ihm tastend, schwankend nähert, manchmal sogar mit dem Rücken voran. Die moderne Physik liegt in Geburtswehen. Sie ist dabei, den Dialektischen Materialismus zu gebären"* (S.421).

Die Lyssenkisten haben Lenin auf den Kopf gestellt: Für Lenin bringen die Naturwissenschaften den Dialektischen Materialismus durch tieferes Eindringen in die objektive Realität hervor, bestätigen oder korrigieren sie seine Aussagen. Für Lyssenko wird der wissenschaftliche Fortschritt durch „Anwendung" allgemeiner Schemata (Dialektischer Materialismus als „Wissenschaft der Wissenschaften") hergeleitet. Lenin hat mit seiner Position die Arbeiten Friedrich Engels weitergeführt: *„Denn die Revolution, die der theoretischen Naturwissenschaft aufgezwungen wird durch die bloße Notwendigkeit, die sich massenhaft häufenden, rein empirischen Entdeckungen zu ordnen, ist der Art, daß sie den dialektischen Charakter der Naturvorgänge mehr und mehr auch dem widerstrebensten Empiriker zum Bewußtsein bringen muß"* (29).

Die Lyssenkisten schienen nun ganz leninistisch zwischen Erkenntnis und in die Naturwissenschaft eingebrachter bürgerlicher Ideologie zu unterscheiden. Doch ist die Ähnlichkeit der Methode rein formal und trügerisch, denn die Lyssenkisten sprachen in der Konsequenz der wissenschaftlichen Entwicklung seit Darwin jeglichen Erkenntnisgehalt ab. Mit dem Erkenntnisgehalt steht oder fällt zwangsläufig der Unterschied zwischen Naturwissenschaft und Ideologie. So ist es kein Wunder, daß der französische Lyssenkist J.T.Desauti seine Arbeit mit dem Titel versah: *„Die Wissenschaft, eine historisch relative Ideologie"*.

Die von den Lyssenkisten Ende der 40er Jahre übernommene These von der Spaltung der Naturwissenschaft in eine bürgerliche und eine proletarische ging davon aus, daß die „bürgerliche Wissenschaft" nur so lange die objektive Realität habe annähern widerspiegeln können, wie die Bourgeoisie eine fortschrittliche, eine aufsteigende Klasse war; denn nur während dieser Zeit habe die Bourgeoisie ein Interesse an der Erkenntnis der Realität gehabt. In dieser Zeit seien die „bürgerlichen

Fortsetzung nächste Seite

Revisionismus

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Wissenschaften" in der Lage gewesen, die objektive Realität widerzuspiegeln und Erkenntnisse zu erlangen. Das aber habe sich grundlegend geändert: *„Am Ende des 19. Jahrhunderts trat der Kapitalismus in das letzte Stadium seiner Entwicklung — den Imperialismus — ein. In diesem Stadium des Parasitismus und des Verfaulens verliert der Kapitalismus das Interesse an der Entwicklung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik"* (Studitski). Die Naturwissenschaften hätten ebenso wie die Sozialwissenschaften im Imperialismus nur noch die Funktion, die Realität zu verschleiern, um den Charakter der bürgerlichen Gesellschaft zu übertünchen. (Hierbei kommt die auch bei der DKP bis heute beliebte Geschichtsauffassung des „i m m e r weiter", „s t ä n d i g stärker" zum Tragen. Für diese „gradlinige" Auffassung ist der Imperialismus n u r Fäulnis, die a u t o m a t i s c h zu seinem Zusammenbruch führe.)

Dem Verfall der „bürgerlichen" Wissenschaften zu bloßer Ideologie setzten die Lyssenkisten die „proletarischen" Wissenschaften entgegen, die entsprechend den Interessen der aufsteigenden Klasse in der Lage seien, die Realität zu erkennen und die Natur aktiv zu verändern.

Derartige Thesen waren bereits Ende der 20er Jahre in der SU diskutiert worden, setzten sich damals jedoch nicht durch. Der Lyssenkismus hat sich die Theorie von der Spaltung der Naturwissenschaft lediglich einverleibt, entstanden ist sie unabhängig von diesem. Es ist daher falsch, wie Shores Medwedew zu behaupten, der Lyssenkismus sei ein Produkt des um Stalin betriebenen Personenkultes und ohne diesen undenkbar.

Die Funktion des Lyssenkismus

Der Lyssenkismus trat 1948 auf als die angeblich einzige mit der sozialistischen (d.h. kollektivierten) Landwirtschaft vereinbare Biologie, deren Techniken auf eine mechanisierte Landwirtschaft zugeschnitten waren. Er trat auf als die Bewegung der ‚Stachanowisten der Landwirtschaft', der Kader. Und schließlich trat er auf als die ‚proletarische' Seite in einem Klassenkampf, der in der angeblich klassenlosen Gesellschaft der Sowjetunion (Verfassung von 1936) in den Wissenschaften äußerst heftig geführt werde; trat auf als ‚Anwendung des Dialektischen Materialismus in der Biologie".

Wir wollen im Folgenden belegen, daß diese Ansprüche des Lyssenkismus keineswegs so lächerlich waren, wie es im Nachhinein scheint. Denn zwischen dem Lyssenkismus und dem Verständnis des Dialektischen Materialismus, das sich in der KPdSU durchsetzte, bestand tatsächlich ein Zusammenhang. Wir stützen unsere Argumente bezüglich des Materialismus-Verständnisses der KPdSU auf die Schrift

das sich in der KPdSU durchsetzte, bestand tatsächlich ein Zusammenhang. Wir stützen unsere Argumente bezüglich des Materialismus-Verständnisses der KPdSU auf die Schrift

Stalins „Über dialektischen und historischen Materialismus" (30). Der Verständlichkeit halber halten wir es für angebracht, kurz auf das Materialismus-Verständnis unserer Ahnen einzugehen. Dabei bietet sich der „Anti-Dühring" an, da Engels in dieser Arbeit *„eine mehr oder minder zusammenhängende Darstellung der von Marx und mir vertretenen dialektischen Methode"* sah (31) und Stalin diese laufenden Meters zitiert.

Engels stellt einen Zusammenhang zwischen Philosophie und Naturwissenschaft her (wir haben diesen Zusammenhang bereits umrissen) und betont, daß der Dialektische Materialismus die einzige mit den Erkenntnissen und Arbeitsweisen der Naturwissenschaft vereinbare Philosophie sei. In der Tendenz, so Engels, verschwindet die Philosophie: *„Erst wenn Natur- und Geschichtswissenschaft die Dialektik in sich aufgenommen, wird all der philosophische Kram — außer der reinen Lehre vom Denken — überflüssig, verschwindet in der positiven Wissenschaft"* (32).

„Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik" (33). Der Dialektische Materialismus, der untrennbar mit den Natur- und Geschichtswissenschaften verbunden ist, ist *„überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu bestätigen hat"* (34).

Nicht die Naturwissenschaften sind zu überprüfen, ob sie in den dialektischen Materialismus passen oder nicht, sondern umgekehrt muß der dialektische Materialismus ständig anhand des geschichts- und naturwissenschaftlichen Fortschrittes überprüft und notfalls revidiert werden.

„Mit jeder epochemachenden Entdeckung schon auf naturwissenschaftlichem Gebiet muß er seine Form ändern; und seitdem auch die Geschichte der materialistischen Behandlung unterworfen, eröffnet sich auch hier eine neue Bahn der Entwicklung" (35). Es bleibt so nur die einzige philosophische Frage übrig: die Frage nach dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein, die Trennungslinie zwischen Materialismus und Idealismus. Alle anderen Fragen (nach der Beschaffenheit der Materie, der Genauigkeit der Widerspiegelung der Realität durch die Erkenntnis usw.usf.) überläßt der Dialektische Materialismus den Natur- und Geschichtswissenschaften. Eben dieses Verhältnis ist ein äußerst wichtiger Unterschied des dialektischen zum mechanischen Materialismus, für den *„ein System unabänderlicher allgemeiner Naturgesetze als herrschendes Prinzip über der von ihnen beherrschten Materie"* steht (36).

Die Verknüpfung von Philosophie und Naturwissenschaft ist nicht nur eine T h e s e des Dialektischen Materialismus, sondern wurde von Engels im „Ludwig Feuerbach" historisch nachgewiesen: *„Die alte Metaphysik, die die Dinge als fertige hinnahm, entstand aus einer Naturwissenschaft, die die toten und lebendigen Dinge als fertige untersuchte. Als aber diese Untersuchung so weit gediehen war, daß der entscheidene Fortschritt möglich wurde, der Übergang zur systematischen Untersuchung der mit diesen Dingen in der Natur selbst vorgehenden Veränderungen, da schlug auch auf philosophischem Gebiet die Sterbestunde der alten Metaphysik"* (37). Der Fortschritt der Naturwissenschaft ging im 18. Jahrhundert also dem der Philosophie voraus. Die Verbindung von Dialektik und Materialismus, die bis dahin unabhängig voneinander bestanden, zum Dialektischen Materialismus wurde ermöglicht durch die Weiterentwicklung der Naturwissenschaft, die an die Grenze der mechanischen Weltanschauung gestoßen war. Damit soll nun nicht behauptet werden, der philosophische Fortschritt entstände d i r e k t aus dem wissenschaftlichen. Die philosophische Verarbeitung erfolgte nicht durch Naturwissenschaftler, sondern durch die Philosophie.

(Wir haben bei dieser Darstellung das Verhältnis zwischen Philosophie und Naturwissenschaft sehr einseitig dargestellt. Selbstverständlich sind wir nicht der Ansicht, die Philosophie trüge nichts zur Erkenntnis der Realität bei. Im Gegenteil. Die Philosophie kann wesentlich zur Formulierung der Fragestellung eines Problems beitragen; sie kann — indem sie veraltete Denkweisen zerbricht — der Naturwissenschaft neuen Raum öffnen usw. Aber sie kann niemals durch Anwendung allgemeiner Schemata, konkrete wissenschaftliche Fragen beantworten, sie kann die Analyse nicht ersetzen.)

wissenschaftliche Fragen beantworten, sie kann die Analyse nicht ersetzen.)

Stalins Darstellung des dialektischen und historischen Materialismus

Stalin beschreibt die Entstehung des Dialektischen Materialismus: *„Im Altertum gab es Philosophen, die der Meinung waren, daß die Aufdeckung der Widersprüche im Denken und der Zusammenstoß entgegengesetzter Meinungen das beste Mittel zur Auffindung der Wahrheit seien. Diese dialektische Denkweise, die in der Folge auf die Naturerscheinungen ausgedehnt wurde, verwandelte sich in die dialektische Methode der Naturerkenntnis . . ."* (38). Die „marxistische dialektische Methode" ist nach Stalin durch vier Grundzüge charakterisiert:

1. Sie betrachte die Dinge nicht isoliert, sondern im *„Zusammenhang mit den sie umgebenen Erscheinungen"*.
2. Sie betrachte die Dinge nicht als im Zustand der Ruhe und Unveränderlichkeit befindlich, sondern: *„Darum verlangt die dialektische Methode, daß die Erscheinungen n i c h t n u r vom Standpunkt ihres gegenseitigen Zusammenhanges und Bedingtseins, s o n d e r n a u c h vom Standpunkt ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, vom Standpunkt ihres Entstehens und Vergehens betrachtet werden"* (S.128).
3. *„Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Entwicklungsprozeß nicht als Kreisbewegung, nicht als einfache Wiederholung des Früheren, sondern als fortschreitende Bewegung, als Bewegung i n a u f s t e i g e n d e r L i n i e, als Übergang von einem alten qualitativen Zustand zu einem neuen qualitativen Zustand, als Entwicklung von Einfachem zu Kompliziertem, von Niederem zu Höherem aufgefaßt werden muß"* (S.129).
4. Die Dialektik gehe davon aus, daß den *„Naturdingen, den Naturerscheinungen innere Widersprüche eigen"* seien, weshalb der *„Entwicklungsprozeß von Niederem zu Höherem nicht in Form einer harmonischen Entfaltung der Erscheinungen verläuft . . ."* (S.131).

Der Text Stalins wurde über eine lange Periode der kommunistischen Bewegung als „Enzyklopädie der Grundkenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus" propagiert; allein in den ersten zehn Jahren seines Erscheinens wurden 30 Millionen Exemplare gedruckt. Die hierin entwickelten Anschauungen spiegeln die Entwicklung der Politik der KPdSU wider, sie sind also nicht bloß Beleg für Stalins Fehler.

Wenn Stalin als ersten Grundzug der marxistischen Dialektik angibt, daß diese die *„Natur nicht als zufällige Anhäufung von Dingen, ... sondern als zusammenhängendes Ganzes"* begreife, und *„daß keine einzige Erscheinung in der Natur begriffen werden könne, wenn sie isoliert, außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenen Erscheinungen genommen wird"*, dann ist dies für sich genommen zwar richtig, aber der dialektische Zusammenhang von Einzelheit und Zusammenhang in der Erkenntnis geht verloren. Diesen Zusammenhang umschrieb Engels im „Anti-Dühring": *„Aber diese Anschauung, so richtig sie auch den allgemeinen Charakter des Gesamtbildes der Erscheinungen erfaßt, genügt doch nicht, die Einzelheiten zu erklären, aus denen sich dies Gesamtbild zusammensetzt; und solange wir dies nicht können, sind wir auch über das Gesamtbild nicht klar. Um diese Einzelheiten zu erkennen, müssen wir sie aus ihrem natürlichen oder geschichtlichen Zusammenhang herausnehmen und sie, jede für sich, nach ihrer Beschaffenheit, ihren besonderen Ursachen und Wirkungen etc. untersuchen"* (39).

Die Lyssenkisten warfen im Namen der Stalinschen Version der Genetik vor, sie sei idealistisch, weil sie sich als eine physiologische Wissenschaft hauptsächlich mit dem Lebewesen selbst befaßt, seinen inneren Vorgängen. Stalins Version bot zumindest offene Flanken für eine finalistische Interpretation im Sinne des Lyssenkismus. Denn Stalin erwähnt zwar die inneren Widersprüche, doch bleibt bei seiner Darstellung das Verhältnis zwischen inneren und äußeren Widersprüchen offen. Die Behauptung, der Prozeß der Entwicklung liefe in „aufsteigender Linie ... von Niederem zu Höherem" k a n n zumindest in dem Sinne aufgefaßt werden, die Entwicklung liefe g e r a d l i n i g auf eine „höhere Ordnung" oder ähnliches hinaus. Unserer Ansicht nach muß diese Aussage auch so aufgefaßt werden, da sie bei Stalins Version des Historischen Materialismus in der Tat zur „Anwendung" kommt.

Wenn Stalin weiterhin erklärte, der Prozeß der Entwicklung „von Nie-

Historischen Materialismus in der Tat zur „Anwendung" kommt.
Wenn Stalin weiterhin erklärte, der Prozeß der Entwicklung „von Nie-

derem zu Höherem" verlaufe aufgrund innerer Widersprüche nicht harmonisch, aber dennoch in „aufsteigender L i n i e", so sind darin zwei Aussagen enthalten: Erstens, daß dieser Prozeß — harmonisch oder nicht — in einer v o r h e r b e s t i m m t e n Richtung abläuft und zweitens, daß er auf ein Ziel zulaufe, denn sonst ergibt der Begriff „a u f s t e i g e n d e Linie" keinen Sinn. Die Auffassung einer vorherbestimmten Entwicklung entstammt nicht dem dialektischen, sondern dem mechanischen Materialismus; sie führt in der Konsequenz zum objektiven Idealismus.

Liest man den bekannten Artikel Mao Tse-tungs „Über den Widerspruch" (August 1937) im Zusammenhang mit der sowjetischen Biologie-Debatte und den hier skizzierten Auffassungen Stalins, dann wird man den Eindruck schwer los, Mao versuche mit diesem Text einem Eindringen solcher Auffassungen in die Kommunistische Partei Chinas entgegen zu wirken (40). Mao schrieb: *„Auch das einfache Wachstum, die quantitative Entwicklung in der Pflanzen- und Tierwelt wird hauptsächlich durch innere Widersprüche bewirkt"* (S.368). Wenn dem so ist, dann ist eine Manipulierung der Entwicklung einer Pflanze in beliebige Richtung allein durch Milieuveränderung kaum denkbar. Mao vermerkt, nachdem er ausdrücklich festhielt, daß der mechanische Materialismus von der Bourgeoisie unterstützt werde (S.367): *„Die Grundursache der Entwicklung eines Dinges liegt nicht außerhalb desselben; sie liegt in seiner Widersprüchlichkeit ... Somit tritt die materialistische Dialektik der Theorie von der äußeren Ursache, vom äußeren Anstoß, die dem mechanischen Materialismus und dem metaphysischen Evolutionarismus eigen ist, entschieden entgegen"*. Weiter heißt es: *„Schließt die materialistische Dialektik äußere Ursachen aus? Keineswegs. Sie betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken"* (S.369). Mao spricht nicht von einer „aufsteigenden Linie" der Entwicklung, sondern von Altem und Neuem, vom Umschlagen einer Qualität in die andere.



Molotow und Stalin

Der lyssenkistische Begriff der „Anwendung des Dialektischen Materialismus" auf die Naturwissenschaften berief sich mit einigem Recht auf die Betrachtungsweise Stalins, bei dem ebenfalls die konkrete Analyse zugunsten der Ausdehnung allgemeiner Leitsätze, der Anwendung universell gültiger „Gesetze" verschwindet. Stalin leitet den Historischen Materialismus aus dem Dialektischen ab: *„Wenn der Zusammenhang der Naturerscheinungen und ihre wechselseitige Bedingtheit Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Natur darstellen, s o f o l g t d a r a u s, daß der Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit des gesellschaftlichen Lebens ebenso nicht Zufälliges, sondern Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft darstellen"* (S.137). *„Der Historische Materialismus ist die Ausdehnung der Leitsätze des Dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, die Anwendung der Leitsätze des Dialektischen Materialismus auf die Erscheinungen des Lebens der Gesellschaft . . ."* (S.126). Die Ausdehnung, Anwendung nimmt Stalin vor bei der Darstellung des

der Leitsätze des Dialektischen Materialismus auf die Erscheinungen des Lebens der Gesellschaft . . ." (S.126). Die Ausdehnung, Anwendung nimmt Stalin vor bei der Darstellung des

Historischen Materialismus. Bezugnehmend auf das in der Natur gültige Gesetz „das Absterbens des Alten und des Heranwachsens des Neuen" erklärt er: *„A l s o kann man die kapitalistische Ordnung durch die sozialistische Ordnung ersetzen, ebenso wie die kapitalistische Ordnung seinerzeit die Feudalordnung ersetzt hat"* (S.132) („Also" scheint überhaupt das Lieblingsargument Stalins gewesen zu sein). Ein Beispiel für die Argumentation mittels angewandter „Leitsätze": *„Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man vorwärts schauen und nicht rückwärts.*

Ferner. Wenn das Umschlagen langsamer quantitativer Veränderungen in rasche und plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, daß die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidbare Erscheinung darstellen.

A l s o kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch nicht auf dem Wege langsamer Reformen, sondern einzig und allein auf dem Wege qualitativer Veränderungen der kapitalistischen Ordnung, auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden" (S.133). Die Dialektik verwandelt sich hier in eine Ansammlung universell gültiger „Gesetze": Was der Natur recht ist, ist der Gesellschaft billig. Noch einmal zurück zum Mao-Text. Mao spricht nicht wie Stalin von der Anwendung von Leitsätzen, folgert nicht die Gesetze des Historischen Materialismus aus denen des Dialektischen, sondern betont die allgemeine Gültigkeit der erkenntnistheoretischen Methode des Marxismus bei der konkreten Analyse von Gesellschaft und Natur. Um es mit Lenin auszudrücken: *„Dieser Art* (wie das „Kapital" — d.V.) *muß auch die Methode der Darstellung* (resp. *Erforschung*) *der Dialektik überhaupt sein (denn die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx ist nur ein spezieller Fall der Dialektik) ... Auf diese Weise kann (und soll) man in jedem b e l i e b i g e n Satz, wie in einer ‚Zelle', die Keime a l l e r Elemente der Dialektik aufdecken und so zeigen, daß der menschlichen Erkenntnis überhaupt die Dialektik eigen ist. Die Naturwissenschaft aber zeigt uns (und das muß wiederum an einem b e l i e b i g e n, ganz einfachen Beispiel gezeigt werden) die objektive Natur mit denselben Eigenschaften, Verwandlung des Einzelnen in das Allgemeine, des Zufälligen in das Notwendige, die Übergänge, das Überfließen, den wechselseitigen Zusammenhang der Gegensätze. Die Dialektik i s t e b e n die Erkenntnistheorie (Hegels und) des Marxismus . . ."* (alle Hervorhebungen im Original).

Der dialektische Zusammenhang zwischen Einzelheit und Gesamtbild bei den Naturwisschaften heißt für Mao: *„Die Abgrenzung der verschiedenen Wissenschaften voneinander beruht gerade auf den besonderen Widersprüchen, die ihren Forschungsobjekten innewohnen [...] Gewiß ist es ohne Erkenntnis der Allgemeinheit des Widerspruchs unmöglich, die allgemeinen Ursachen oder die allgemeinen Grundlagen der Bewegung oder Entwicklung aufzudecken. Doch ohne Untersuchung des Besonderen im Widerspruch ist es unmöglich, das besondere We-*

Ursachen oder die allgemeinen Grundlagen der Bewegung oder Entwicklung aufzudecken. Doch ohne Untersuchung des Besonderen im Widerspruch ist es unmöglich, das besondere We-

sen, das ein Ding von den anderen unterscheidet, zu bestimmen, ist es unmöglich, die besonderen Ursachen oder besonderen Grundlagen der Bewegung oder Entwicklung der Dinge aufzudecken, ist es auch unmöglich, die Dinge voneinander zu unterscheiden und die wissenschaftlichen Forschungsgebiete voneinander abzugrenzen.

Was die Reihenfolge der Bewegung der menschlichen Erkenntnis betrifft, so erweitert sich diese stets allmählich von der Erkenntnis des Einzelnen und Besonderen zur Erkenntnis des Allgemeinen" (42).

Die Ideologie, in den einzelnen Naturwissenschaften bloße „Ausdehnungen" universell gültiger „Gesetze" zu sehen, die unabhängig von den konkreten Widersprüchen dem Besonderen übergestülpt werden, das ist gerade der Schematismus, gegen den Mao hier zu Felde zieht.

Historischer Materialismus als „Anwendung der Leitsätze"

Bei Stalins Darstellung des Historischen Materialismus taucht die „aufsteigende Linie" der Entwicklung wieder auf, beziehungsweise hier kommt sie als Leitsatz tatsächlich zur Anwendung. Stalin schreibt: *„Die erste Besonderheit der Produktion besteht darin, daß sie niemals für längere Zeit an einer Stelle verharrt, sondern sich immer im Zustand der Veränderung und Entwiclung befindet, wobei Veränderungen in der Produktionsweise unvermeidlich eine Veränderung der gesamten Gesellschaftordnung, ... eine Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen und politischen Strukturen hervorrufen"* (43).

Die Formulierung läßt den Klassenkampf außer Acht; sie ist interpretierbar in dem Sinne, die gesellschaftliche

Entwicklung sei eine automatische Folge der ökonomischen, ganz im Sinne der ,,aufsteigenden Linie''. Weiter heißt es dann bei Stalin: *,,Die Produktivkräfte sind folglich das beweglichste und revolutionärste Element der Produktion* (Produktivkräfte erklärt Stalin als die Technik und Menschen mit ,einer gewissen Produktionserfahrung und Arbeitsfertigkeit' — d.V.). *Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann, in Abhängigkeit von diesen Veränderungen und in Übereinstimmung mit ihnen, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen''* (44).

Zum Motor der Geschichte erklärt Stalin die Produktivkräfte, *,,vor allem die Entwicklung ... der Produktionsinstrumente''*, d.h. die Technik. Die Anwendung der ,,aufsteigenden Linie'' auf den Historischen Materialismus führt zu einer mechanistischen, einer ökonomistischen Geschichtsauffassung. Die Technik bestimme die Produktivkräfte, diese wiederum als automatische Folge die Produktionsverhältnisse (*,,Wie die Produktivkräfte, so müssen auch die Produktionsverhältnisse sein''* — Stalin, S.149). Der Klassenkampf hat bei derartigen Theorien nur noch eine untergeordnete Funktion, nur noch korrigierende Funktion in einer von der Entwicklung der Technik bestimmten Gesellschaft. Stalin trifft sich hier mit Trotzki, bei dem sich das so liest: *,,Eine vergesellschaftete Wirtschaft, die technisch dem Kapitalismus überlegen ist, könnte in der Tat vollkommen, sozusagen automatisch, ihrer sozialistischen Entwicklung sicher sein''* (45).

Der Ökonomismus ersetzt das Primat der Politik durch das Primat der Technik, der Produktivkräfte. Die Folge dieser mechanistischen Konzeption ist die Liquidierung der Kommunistischen Partei als politischer Avantgarde. Stalin schreibt: *,,Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß die Partei des Proletariats sowohl im Aufbau ihres Programms als auch in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem von den Entwicklungsgesetzen der Produktion ausgehen, von den ökonomischen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft''* (46).

Für Stalin stand fest, daß *,,neue Produktivkräfte und die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse nicht losgelöst von der alten Gesellschaftsordnung entstehen, sondern im Schoße der alten Gesellschaft, nicht als Ergebnis vorsätzlicher, bewußter Tätigkeit der Menschen, sondern elementar, un-*

Für Stalin stand fest, daß *,,neue Produktivkräfte und die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse nicht losgelöst von der alten Gesellschaftsordnung entstehen, sondern im Schoße der alten Gesellschaft, nicht als Ergebnis vorsätzlicher, bewußter Tätigkeit der Menschen, sondern elementar, un-*

bewußt, unabhängig vom Willen der Menschen'' (S.155). Stalin hat die Rolle des Bewußtseins für den historischen Prozeß unterschätzt, eine Rückwirkung des Überbaus auf die Basis schien ihm unmöglich (vgl. Khella — 47). Das Sonderbare an der zitierten Position ist, daß sie in der Konsequenz die soziale Revolution für unnötig erklärt. Denn wenn die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ,,elementar, unbewußt'' bereits ,,im Schoße der alten Gesellschaft'' gedeihen, dann ist es nicht sonderlich einsichtig, wozu noch eine Kommunistische Partei nötig ist; dann reicht es tatsächlich, den Widerstand der alten Klasse gewaltsam zu brechen, um dem spontanen Prozeß Raum zu schaffen.

Stalin hat diese Theorie weder erfunden noch der KPdSU persönlich aufgezwungen, er hat nichts *,,anderes getan, als in systematischer Weise die Anschauungen der führenden Schichten der bolschewistischen Partei zum Ausdruck zu bringen''* (Bettelheim — 48) und in die Praxis umzusetzen. Auch die Opposition innerhalb der KPdSU hat sich nicht grundsätzlich vom Ökonomismus gelöst. Anders als diese hatte Mao Tse-tung gründlich mit dem Ökonomismus gebrochen:

,,Manche Leute denken, es gäbe Widersprüche, auf die das nicht zuträfe. Wenn zum Beispiel in dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die hauptsächliche Seite die Produktivkräfte sind, in dem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis — die Praxis, in dem Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem Überbau — die ökonomische Basis, so fände hier angeblich kein Platzwechsel zwischen beiden Seiten des Widerspruchs statt. Diese Auffassung ist kennzeichnend für den mechanischen Materialismus und nicht für den dialektischen Materialismus'.

Wenn der Überbau (Politik, Kultur usw.) die Entwicklung der ökonomischen Basis behindert, dann werden politische und kulturelle Umgestaltungen zum Hauptsächlichen, Entscheidenen . . .'' (50).

Die Kulturrevolution ist die Praxis der von Mao formulierten Ansicht, dem Primat der Politik. Den Stalinschen Thesen, die Partei müsse ,,vor allem'' von den ,,ökonomischen Entwicklungstendenzen'' ausgehen, die Entwicklung der Produktivkräfte bringe ,,in Übereinstimmung mit diesen'' (noch dazu ,,im Schoße der alten Gesellschaft''!) automatisch adäquate Produktionsverhältnisse hervor, bescheinigt Mao, sie seien kennzeichnend für den mechanischen Materialismus, der von der Bourgeoisie unterstützt werden.

Die Kollektivierungskampagne in der Sowjetunion war geradezu die Wahrheit des Ökonomismus. *,,Der Wiederaufbau der Landwirtschaft auf einer neuen technischen Grundlage bringt eine Umwälzung in den Köpfen der Bauern hervor . . .''*, behauptete Stalin (51). Das hieß in der Praxis, die Partei als führende politische Kraft zu liquidieren, die politisch-ideologische Arbeit durch Gewalt und administrativen Druck zu ersetzen, in der vorgegebenen Hoffnung, auf diese Weise die Gesellschaft zu revolutionieren. *,,Auf ideologischer und politischer Ebene haben die beiden Thesen* (über das Verschwinden von Ausbeuterklassen und ausgebeuteten Klassen in der UdSSR und über das Primat der Entwicklung der Produktivkräfte) *dazu beigetragen, jeglicher organisierten Aktion des sowjetischen Proletariats den Weg zu versperren, die darauf abzielen könnte, die Produktionsverhältnisse umzuwälzen ... — kurz, der Weg war versperrt, die objektive Basis der Existenz von Klassen zu zerstören''* (52).

Lyssenko redete dem Ökonomismus das Wort: Die Landwirtschaft sei die Grundlage der Biologie; ändere sich die Landwirtschaft, müsse ebenso die Biologie radikal geändert werden; die Differenz zwischen bürgerlicher und proletarischer Biologie liege in der Verwendungsmöglichkeit für die sowjetische Landwirtschaft, in der Effizienz. Wodkow beispielsweise erklärte auf der ,,Historischen Tagung'' der LAIW: *,,Die Kollektivierung der Landwirtschaft war eine tiefgreifende revolutionäre Umwälzung, die ihren Folgen nach die gleiche Bedeutung hat wie die revolutionäre Umwälzung im Oktober 1917. Es entstand eine neue Massenform der Wirtschaft in Gestalt der Kollektivwirtschaften. Die Geschichte des Ackerbaus hat nie zuvor eine solche Wirtschaftform gekannt. Die alte agronomische Wissenschaft, die sich beim Kapitalismus herausgebildet hat, konnte den Forderungen der Kollektivwirtschaften nicht gerecht werden. Es war notwendig, eine neue, auf der Lehre Lenins und Stalins fußende Theorie zu schaffen''* (53). (Das Verhältnis von Form und Inhalt ist für Wodkow völlig einseitig und undialektisch: Die Form bestimmt den Inhalt.)

rungen der Kollektivwirtschaften nicht gerecht werden. Es war notwendig, eine neue, auf der Lehre Lenins und Stalins fußende Theorie zu schaffen'' (53). (Das Verhältnis von Form und Inhalt ist für Wodkow völlig einseitig und undialektisch: Die Form bestimmt den Inhalt.)

Die ,,notwendig ... zu schaffende'' Theorie war der Lyssenkismus, der sich in die Kampagnen der KPdSU nahtlos einpaßte. Er paßte hervorragend zu der Ideologie, die in jedem Mißerfolg ,,Schädlingsarbeit'' witterte. Er paßte erstklassig zu dem blinden Glauben, mit besserer Technik allein könne jedes Problem geknackt werden. Er diente schließlich zur Durchsetzung revisionistischer Thesen im Kaderapparat der Sowjetunion. *,,Worauf beruht die Stärke von T.D. Lyssenko? Sie beruht darauf, daß er sich zum ideologischen Führer der in der Landwirtschaft Tätigen machte''* (Kislowski auf der ,,Historischen Tagung'').

Die Theorie der zwei Wissenschaften wurde benutzt, um die mechanistische Verflachung des Marxismus im Kaderapparat der Sowjetunion durchzusetzen. Wer sich gegen die ,,proletarische Wissenschaft'' stellte (und ,,also'' Position für die ,,bürgerliche Wissenschaft'' bezog), stellte sich automatisch in das Lager der ,,Staatsfeinde'', der ,,Kettenhunde des Imperialismus''. Vor dieser, angesichts der Situation des Kalten Krieges rabiaten Alternative, standen sämtliche Kader. *,,Jene Staatsideologie zielt also auf diese äußerst wichtige Schicht ab, die mit russischen Wort von der ,Intelligenzija' bezeichnet wird und all diejenigen umfaßt, die wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und ideologische Verantwortung innerhalb des Sowjetstaates tragen — eine soziale Schicht (manche nennen sie soziale Klasse —* Einschub von Lecourt), *die mit der Partei und dem Staat organisch verbunden ist, woraus sich ihre materiellen Privilegien und ihre Macht ergeben, und auf die sich ihrerseits die Partei und der Staat stützen, um ihre Vorherrschaft über die Masse der Arbeiter und Bauern aufrechtzuerhalten''* (54).

Diese ,,Schicht'' war nicht nur Stütze von Staat und Partei, sondern übte über die Partei ihre Herrschaft aus. Der Anteil dieser ,,Schicht'' stieg in der KPdSU von 7,7 Prozent 1934 auf 50,9 Prozent 1956; ihr Anteil an den Parteitagsdelegierten der KPdSU wuchs von 31,4 Prozent 1934 auf 67,7 Prozent 1956 (55). Die ,,herrschende Klasse'' der UdSSR, die Arbeiterklasse, war in ihrer eigenen Partei in die Minderheit geraten. De facto diente die These von den zwei Wissenschaften der Ausrichtung der die Partei und den Staat beherrschenden ,,Schicht''. Die ,,Historische Tagung'' der LAIW war ein Meilenstein für den Kampf dieser ,,Schicht'' um die Macht in der Sowjetunion. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen im Politbüro der KPdSU, in deren Folge A.A. Shdanow (Politbüro-Mitglied seit März 1939, zuvor ZK-Mitglied und Mitglied des Org.büros der KPdSU und seit 1947 Leiter des Kominform) seinen Hut nehmen mußte, weil er sich der Unterstützung Lyssenkos widersetzt hatte (56). Shdanow starb unter ,,ungeklärten'' Umständen im August 1948.

Nachdem der Kaderapparat jahrelang entlang der These von der ,,proletarischen Wissenschaft'' ausgerichtet worden war, mußte in den 50er Jahren der Genetik und Zytologie wieder größerer Spielraum gegeben werden — aufgrund des wachsenden Widerstands gegen Lyssenko in der Folge der totalen Pleite des ,,Großen Planes zur Umgestaltung der Natur''. Auf der ZK-Sitzung im Oktober 1952 mußte Malenkow eingestehen, daß *,,trotz der Ausschaltung der antiwissenschaftlichen Theorien und der Annahme einer materialistisch-mitschurinischen Basis in der Landwirtschaft die Produktion der genossenschaftlichen und staatlichen Betriebe immer noch sehr ungenügend''* sei. Der Vorwurf der Unbrauchbarkeit und der Uneffizienz traf nun auch die lyssenkistischen Theorien, wenn auch nicht offiziell. Das Chruschtschow-Regime hat den Lyssenkismus nicht nur geerbt, sondern gehegt und gepflegt. Medwedew behauptet, daß die Unterstützung für Lyssenko nach Stalins Tod nicht ab-, sondern zunahm. Zwar mußte Lyssenko 1955 den Posten des Präsidenten der LAIW räumen, weil die Ablehnung Lyssenkos durch die Wissenschaftler und agronomischen Kader allzu offensichtlich wurde. Doch noch 1958 sprach die Plenar-Sitzung des Zentralkomitees Lyssenko ihr völliges Vertrauen aus und Lyssenko wurde mit dem Linin-Orden ausgezeichnet. 1961 erhielt er seinen Posten zurück. Endgültig abtreten mußte Lyssenko erst 1965, als Chruschtschow seinen Hut nahm (57).

Zwar stehen heute Genetik, Zytologie und der ,,Machist'' Albert Einstein in höchsten Ehren, aber die theoretischen Grundlagen der ,,Historischen Tagung'' sind niemals revidiert worden.

Die von Lecourt skizzierte Schicht ist unserer Ansicht nach keine Schicht mehr, sondern eine herrschende Klasse, denn diese Schicht hat sich in eine

in höchsten Ehren, aber die theoretischen Grundlagen der ,,Historischen Tagung'' sind niemals revidiert worden.

Die von Lecourt skizzierte Schicht ist unserer Ansicht nach keine Schicht mehr, sondern eine herrschende Klasse, denn diese Schicht hat sich in eine

Bourgeoisie verwandelt, die Kraft der Herrschaft über Partei und Staat in der Lage ist, ihre Politik durchzusetzen, d.h. eine Politik, die nicht auf eine grundlegende Umwälzung der Produktionsverhältnisse, sondern auf die Restauration bzw. Verfestigung bürgerlicher Verhältnisse ausgerichtet ist. Diese Politik bekann keineswegs erst nach Stalins Tod. Die Atomisierung der Arbeiterklasse durch politische Unterdrückung und Spaltung (Stachanow-Bewegung), die Propagierung bürgerlicher Moral (Abtreibungsverbot, Homosexuellenverfolgung etc.) haben dieser Politik zumindest den Boden bereitet. Der Lyssenkismus war nicht Verwirklichung des Marxismus, sondern Instrument im Klassenkampf in der UdSSR im Dienst der Neuen Klasse.

RGW-Kommission im Februar 1980

Anmerkungen

1 Shores A. Medwedew: Der Fall Lyssenko – Eine Wissenschaft kapituliert, Hoffmann & Campe, Hamburg 1971.
Medwedew wurde 1925 in Tiflis geboren, ist Biochemiker und Gerontologe. Als Student und ab 1963 Leiter des molekular-radiobiologischen Laboratoriums in Obninsk war er in den Auseinandersetzungen um Lyssenko in der UdSSR engagiert.

2 Dominique Lecourt: Proletarische Wissenschaft?, VSA, Reihe Positionen1, Westberlin 1976
Lecourt ist Assistenzprofessor für Philosophie in Amiens, ein Schüler Althussers: Er versucht (in Abgrenzung zu S.Medwedew), die Lyssenko-Affaire ,auf der Grundlage des Historischen Materialismus'' zu analysieren und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den politischen und philosophischen Aspekten des Lyssenkismus. Lecourt kommt zu dem Schluß, daß es in der Stalinschen SU *„in der Tat irgendwo Klassenkampf"* gab.

3 N.I.Wawilow (Vavilov): The Origin, Variation, Immunity and Breeding of Cultivated Plants/Selected Writings of N.I.Vavilov, Chronica Botanica Vol.13, 1949/50, S. 200 f

4 Lecourt, S.71
5 S.Medwedew, S.38
6 zit. n. Medwedew, S.33
7 ebenda, S.80
8 „Jarowisazija" Nr.2/1937 – zit. n. Med
9 ebenda, S.80
10 Angaben nach Medwedew

11 M.B.Mitin spielte bei den Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle. Ab 1931 Herausgeber der zentralen Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus", nach 1945 Redakteur für Philosophie der Zeitschrift des sowj. Schriftstellerverbandes. Nach dem Tode Shdanows 1948 Herausgeber der „Fragen der Philosophie", die 1944 an die Stelle von „Unter dem Banner..." getreten war. Auch nach dem Tode Stalins blieb er in Amt und Würden und war 1965 Mitherausgeber der offiziellen „Geschichte der Philosophie".

12 Stenogr. Bericht der Tagung der LAIW 1948 – zit. n. Medwedew

13 Polyploidie: Vervielfachung des Chromosomensatzes. Bei Pflanzen sind polyploide Zellen meist größer, auch die aus polyploiden Zellen gebildeten Organe. Daher bei Kulturpflanzen höhere Erträge.

14 nach Lecourt, S.36

15 zit. nach Lecourt, S.97

16 Engels schrieb im „Anti-Dühring": *„Gegen dieses Darwinsche Theorie* (gemeint ist der ,Kampf ums Dasein, – d.V.) *sagt nun Herr Dühring, der Ursprung der Vorstellung vom Kampf ums Dasein sei, wie Darwin selbst eingestanden habe, in einer Verallgemeinerung der Ansichten des nationalökonomischen Bevölkerungstheoretikers Malthus zu suchen und demgemäß auch mit allen denjenigen Schäden behaftet, die den priesterlich malthusianischen Anschauungen über das Bevölkerungsgedränge eigen sind. Nun fällt es Darwin gar nicht ein zu sagen, der Ursprung der Vorstellung vom Kampf ums Dasein sei bei Malthus zu suchen. Er sagt nur: seine Theorie vom Kampf ums Dasein sei die Theorie von Malthus, angewandt auf die ganze tierische und pflanzliche Welt. Wie groß auch der Bock sein mag, den Darwin geschossen, indem er in seiner Naivität die Malthussche Lehre so unbesehen akzeptierte, so sieht doch jeder auf den ersten Blick, daß man keine Malthus-Brille braucht, um den Kampf ums Dasein in der Natur wahrzunehmen – den Widerspruch zwischen der zahllosen Menge von Keimen, die die Natur verschwenderisch erzeugt und der geringe Anteil von ihnen, die überhaupt zur Reife kommen können; einen Widerspruch, der sich in der Tat größtenteils in einem – stellenweise äußerst grausamen – Kampf ums Dasein löst."* (Friedrich Engels: Anti-Dühring, Ausgabe des Verlages für fremdsprachige Literatur, Peking 1972, S.86)

17 teleologisch: Naturphilosophien, die von einer Zweckmäßigkeit in der Natur ausgehen

18 Finalismus: Ideologien, nach denen die Entwicklung auf eine ,höhere Ordnung', eine ,natürliche Ökonomie', ein ,Jüngstes Gericht' oder ähnliches hinausläuft. Für den Finalismus ist das Ziel der Entwicklung von vornherein festgelegt, d.h. der Finalismus geht letztenendes von einer endlichen Entwicklung aus.

19 Lecourt, S.99

20 E. Mach war ein Physiker der „empiriokritizistischen Schule", der Lenins Attacke „Materialismus und Empiriokritizismus" galt. Bei Albert Einstein bot sich die

nalismus geht letztenendes von einer endlichen Entwicklung aus.

19 Lecourt, S.99

20 E. Mach war ein Physiker der „empiriokritizistischen Schule", der Lenins Attacke „Materialismus und Empiriokritizismus" galt. Bei Albert Einstein bot sich die

Diffamierung als „Machist" förmlich an, wo dieser doch selbst einmal geäußert hatte, *„daß ich insbesondere durch Hume und Mach direkt und indirekt sehr gefördert worden bin"* (in: Physikalische Zeitschrift, XVII, 1916, S.101 – zit. nach Loren R. Graham: Dia.Mat. u. Nat.wiss., S.228).
Einige sowjetische Physiker bestritten allerdings, daß dieser Einfluß die Relativitätstheorie bestimmt habe. Das deckt sich augenscheinlich mit der Auffassung Timirjasews, der in der Nr. I. der „Unter dem Banner des Marxismus" 1929 betonte, Einstein führe keinerlei aktiven Kampf gegen den Materialismus, wenn auch seine Arbeiten vom philosophischen Idealismus ausgeschlachtet würden (Lenin Werke Bd. XXXIII, S.219).

21 Die Debatte um die moderne Physik in der Sowjetunion wird von Loren R. Graham in „Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaften in der UdSSR", Bd. I, ausführlich geschildert.

22 Lecourt, S.139
23 zit. n. Lecourt, S.168
24 „Kritische Justiz", 4/79: der Funktionswandel des Strafrechts in der Stalin-Zeit (J.Brinks)

25 Medwedew, S.140
26 Lecourt, S.124 ff
27 Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Peking (Werke Bd. 14

28 ebenda, S.416
29 Marx/Engels-Werke (MEW), Bd. XX, S. 13

30 Enthalten in: Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang -, S.126 bis 160 und in: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S.647 bis 679

31 MEW, Bd. XX, S.8
32 Engels: Dialektik der Natur – zit. n. Havemann (s.Anm.36)

33 MEW, Bd. XX, S.24
34 Engels: Anti-Dühring, Peking, S.181
35 MEW, Bd. XXI, S.278
36 R.Havemann: Dialektik ohne Dogma?, rororo, Hamburg 1976, S.10

37 MEW, Bd. XXI, S.294
38 „Kurzer Lehrgang"
39 MEW, Bd. XXI, S.21

40 Zwar attestiert Mao Stalin, er habe den *„...dialektischen und historischen Materialismus ... weiterentwickelt"* (Ausgewählte Werke, Bd. 1, S.370). Doch diese Einschätzung bleibt abgesehen von der Erwähnung der Analyse Stalins „der historischen Wurzeln des Leninismus" unvermittelt im Raum stehen. Unvermittelt deshalb, weil Maos Ausführungen in krassem Gegensatz zu denen Stalins stehen. Die Behauptung, Stalin habe den „dialektischen und historischen Materialismus ... weiterentwickelt", ergibt gar keinen Sinn, wenn Mao im gleichen Text ausdrücklich Bezug nimmt auf die sowjetische Debatte um die Ansichten Deborins und diesen kritisiert, er stimme mit der Verneinung der Klassengegensätze im Sozialismus *„mit der Ansicht Bucharins vollkommen überein"*. Und das ein Jahr, nachdem Stalin in der Rede über den Verfassungsentwurf (Werke Bd. 14) geäußert hatte, daß *„alle Ausbeuterklassen ... somit liquidiert seien, ... daß die Grenzlinien zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, ebenso wie diejenigen zwischen diesen Klassen und der Intelligenz sich verwischen"* usw.

41 Lenin, Bd.31, S.345
42 Mao, AW, Bd. I, S.376
43 „Kurzer Lehrgang", S.146
44 ebenda, S.147
45 Trotzki: Die verratene Revolution, Erlangen 1971, S.48

46 wie Anm. 44
47 Karam Khella: Dialektischer und Historischer Materialismus, Hamburg 1979
Karam Khella, der im Prinzip an der Beurteilung Stalins durch die KP China in der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" festhält (Stalin habe sich *„insgesamt ... auf den Boden des Marxismus-Leninismus gestellt"*, seine *„Verdienste"* müßten *„gebührend gewürdigt werden"*), kommt in der Auseinandersetzung mit Stalins Text über dialektischen und historischen Materialismus zu ähnlichen Ergebnissen wie wir. Allerdings schätzt Karam Khella diese Ergebnisse anders ein. Insgesamt billigt er Stalins Text zu, *„eine zusammenhängende und umfassende Abhandlung der neuen Weltanschauung"* zu sein; sie sei ein *„Markstein in der Entwicklung dieser Theorie"*. Diese Einschätzung ist nicht nachvollziehbar, wenn Karam Khella gleichzeitig feststellt, daß das Schema der Dialektik bei Stalin in seinen Grundzügen *„auf vormarxsche Zeit"* zurückgehe, daß Stalin in *„mechanischen Materialismus"* abgleite, daß Stalin durch die Vernachlässigung des Bewußtseins und des Klassenkampfes in ein *„mechanistisches Geschichtsbild"* verfalle und daraus schließt: *„Damit treffen wesentliche Kritikpunkte, die bereits Karl Marx gegen Feuerbach geltend gemacht hat, zwar nicht formal, aber im Prinzip auf Stalin zu"*. Es ist doch sonderbar zu behaupten, Stalin habe *„insgesamt ... auf dem Boden des Marxismus-Leninismus"* gestanden und gleichzeitig treffend festzustellen: *„Sein System des historischen Materialismus enthält keine Theorie vom Klassenkampf"*. Karam Khella erklärt die Vernachlässigung der Bedeutung des Klassenkampfes für die historische Entwicklung für einen *„methodischen Fehler"*, obwohl er festhält, daß diese Verhunzung des Marxismus dazu beitrug, der *„bürgerlichen Klasse ... Zugang zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse"* zu verschaffen. (alle Ausführungen in: Karam Khella, Dialektischer und Historischer Materialismus, Theorie und Praxis Verlag, Hamburg 1979)

48 Bettelheim: Klassenkampf, S.30
49 -entfällt-
50 Mao, AW, Bd. I, S.394 f
51 zit. n. Lecourt
52 Bettelheim, S.29 f
53 zit. n. Lecourt, S.78
54 ebenda, S.83

48 Bettelheim: Klassenkampf, S.30
49 -entfällt-
50 Mao, AW, Bd. I, S.394 f
51 zit. n. Lecourt
52 Bettelheim, S.29 f
53 zit. n. Lecourt, S.78
54 ebenda, S.83

55 Angaben nach Niels Holmberg: Friedliche Konterrevolution, Bd. II und Francis Cohen in: Marxismus Digest, IMSF, Heft 3/76, Frankfurt/M., S.128

56 Die Behauptung, Shdanov habe sich der Unterstützung Lyssenkos widersetzt, taucht bei Medwedew und Graham auf, wird aber von beiden nicht näher belegt. Äußerungen Shdanovs deuten allerdings auf Widersprüche zum Kurs der KPdSU hin.
Shdanov setzte sich auf einer Philosophen-Tagung in Moskau, Juni 1947, mit der Situation in der sowjetischen Philosophie anläßlich einer Diskussion um einen Lehrbuch-Entwurf auseinander. Seiner Ansicht nach kämen in dem Entwurf grundfalsche Anschauungen zum Zuge, *„denn wenn man dem Verfasser (Alexandrow) beipflichtet, daß die ,Geschichte der Philosophie die Geschichte der fortschreitenden, aufsteigenden Entwicklung des Wissens des Menschen von der ihn umgebenen Welt' sei, so heißt das, daß der Gegenstand der Geschichte der Philosophie mit dem Gegenstand der Geschichte der Wissenschaft überhaupt zusammenfällt; die Philosophie selbst hat denn aber das Aussehen einer Wissenschaft der Wissenschaften, was der Marxismus schon seit langem verworfen hat"*. Shdanov griff die *„unrichtigen und verworrenen Auffassungen, die unter unseren Philosophen, darunter auf führenden (!)"* grassieren würden, frontal an. Die philosophische Arbeit sei *„völlig ungenügend und von schwacher Qualität"* sie befasse sich kaum mit den *„aktuellen Problemen der Gegenwart"*; der Kampf gegen bürgerliche Auffassungen werde sträflich vernachlässigt. Während auf anderen Sektoren der ideologischen Arbeit dank des Eingreifens des ZK der KPdSU eine Belebung stattfände (Literatur etc), bleibe die Philosophie zurück. Die Ursache für diesen Zustand, in dem Shdanov eine ernste Gefahr sah, liege im *„ungenügenden Begreifen der Grundlagen des Marxismus-Leninismus und den noch vorhandenen Einflüssen der bürgerlichen Ideologie"*; liege darin, daß *„viele unserer Philosophen"* nicht begriffen hätten, daß der Marxismus-Leninismus ständig weiterentwickelt und *„auf der Grundlage der Erfahrung des sozialistischen Aufbaus und der Erfolge der modernen Naturwissenschaft ununterbrochen bereichert"* werden müsse. Die Entwicklung der Naturwissenschaft liefere der bürgerlichen Ideologie *„neue Argumentationen"*, während sich die sowjetische Philosophie kaum mit ihr befasse. In der Widerlegung der bürgerlichen Interpretationen und der Aneignung der naturwissenschaftlichen Entwicklung liege *„ein kolossales Tätigkeitsfeld für unsere Philosophen"*.
(Zitate aus: Kritische Bemerkungen zu G.F.Alexandrows Buch: ,Geschichte der westeuropäischen Philosophie', Woprossy Filosofy, Heft I, 1947)

57 Angaben nach Lecourt, S.146

Spendet für

Spendenliste seit AK 191

	AK-Spende	Technik-Spende
E., Lehrerbereich		1.000,–
BO Barmbek		400,–
Metallbereich		2.210,–
Gewerkschaftsschulung	9,34	
BO Eimsbüttel		405,-
BO Barmbek u. Sympathisanten		124,–
BO Altona		3.400,–
Gesundheitsbereich		510,–
Medienzelle	100,–	300,–
Uw., AG Zivildienst	50,–	54,–
WG Altona	100,–	
LIGA-Mitkämpferin		100,–
WG-Flaschenpfand		50,–
S., enge Freundin des KB, Hamburg	200,–	
BO Wandsbek, Bezirkskasse		500,–
Th., BO Wandsbek		200,–
Er., BO Wandsbek		200,–
Th., BO Wandsbek		50,–
Ma., BO Wandsbek		250,–
Fr., BO Wandsbek		50,–
W.P., Hamburg		500,–
BO Westberlin, Stichwort Pullover	10,–	200,–
W., Delmenhorst		100,–
H.S., Hamburg	20,–	
J.S., Göttingen		300,–
C-W., Heidelberg		200,–
K.B., Moormerland		100,–
KB/Gruppe Nürnberg		650,–
E.K., Landesbergen	50,-	
J.E., Umkirch	60,–	
KB/Gruppe Bremen	84,–	
R.W., Westberlin		100.
KB/Gruppe Hannover	1.000,–	
R.K., Bruchköbel		100,–
KB/Gruppe Oldenburg		1.000,–
H.G., Nürnberg		100,–
Insgesamt seit AK 191	**1.683,34**	**14.153,–**
Stand AK 191	**33.201,81**	**49.285,–**
Insgesamt AK 192	**34.865,15**	**63.438,–**

Spendenkonto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank AG Hamburg
Konto 450 175 500
BLZ 200 800 00

PS: Der in AK 191 nicht namentlich ausgewiesene Betrag von DM 800,– wurde von der KB/Gruppe Nürnberg für die Technik überwiesen.

...und abonniert den Arbeiterkampf

den Arbeiterkampf

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

Absender: ....

....

....
(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen der ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Halbjahresabonnement DM 48,–
Jahresabonnement DM 90,–

Förderabonnement DM 75,– (halbjährlich)
Förderabonnement DM 140,–(jährlich)

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!). oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE, Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

....
Ort, Datum *Unterschrift*

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos
*Nichtzutreffendes bitte streichen
Kto.-Nr.
Kto.-Inh.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen.

.............................., den.................. ....
Unterschrift

Christdemokratie traf sich in Washington

Fast geheim fand am 23. und 24. Mai des vergangenen Jahres in Washington ein illustres Treffen von christdemokratischen Parteien und Gruppen statt: Im 120. Stockwerk des mächtigen US-Imperialisten-Clubs „American Enterprise Institute (AEI)“ wurde unter Federführung der westdeutschen „Konrad-Adenauer-Stiftung“ über die politische Situation in Zentralamerika diskutiert. Interessant ist nach Berichten des mexikanischen Journalisten Gregorio Selser die Anwesenheit hoher Beamter des State Departments, zahlreicher Senatoren beider politischer Parteien der USA sowie neben der lokalen Crême de la Crême des „Council of the Americas“, einer mächtigen pressure group von über 200 Multis und Unternehmen, die südlich des Rio Grande „operieren“. Auf diesem Treffen versuchte sich die Christdemokratie als nächstliegende Alternative zu „ultrarechten Militärs“ und „autoritärem Sozialismus“ darzustellen. Damit sind die beiden wesentlichen Aufgaben der Christdemokraten, gerade in Anbetracht der Präsidentschaft von Ronald Reagan, umschrieben.

Wenn, erstens, Ronald Reagan die aggressive US-Wirtschafts- und Außenpolitik gegenüber Lateinamerika fortsetzen will, und nichts anderes hat er geäußert, dann wird er stärker noch als seine Vorgänger auf die Militärs zurückgreifen müssen. Wer sonst hätte die Kraft, Maßnahmen wie den Wegfall von Subventionen für Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter, die Senkung der Reallöhne, den Ausverkauf der nationalen Volkswirtschaften, Massenentlassungen, Abwertung der nationalen Währungen usw., durchzusetzen? Derart massenfeindliche Maßnahmen, wie Milton Friedman und die „Chikagoer Schule“ via IWF, Weltbank und anderen US-Finanzierungsinstituten praktizieren, können überwiegend nur mit Tränengas, Panzern und Maschinengewehren durchgesetzt werden. Christdemokraten könnten hier in Zukunft verstärkt die Rolle zugewiesen bekommen, Militärregimes zu „zivilisieren“, d.h. durch die Beteiligung des einen oder anderen christdemokratischen Politikers den Gorillas ein demokratisches make-up zu verleihen.

Zum zweiten ist es die Aufgabe der Christdemokraten, sozialdemokratische Regierungen mit ansatzweise fortschrittlichen Programmen abzulösen, um auch hier einen schärferen Rechtskurs durchzusetzen. So geschah es wie in einem Lehrbeispiel in Jamaica, wo die sozialdemokratische Regierung durch massiven wirtschaftlichen Druck des Internationalen Währungsfonds in einem Lehrbeispiel in Jamaica, wo die sozialdemokratische Regierung durch massiven wirtschaftlichen Druck des Internationalen Währungsfonds abwirtschaftete und bei den letzten Wahlen von Christdemokraten abgelöst werden konnte. Auch Costa Rica und Venezuela (die z.B. mit sozialdemokratischen Regierungen vor gut einem Jahr die FSLN in Nicaragua noch unterstützten) segeln mit ihren jetzigen christdemokratischen Regierungen auf US-Kurs, etwa bei der Unterstützung der Junta in El Salvador. Damit verliert zugleich die Sozialistische Internationale an Terrain.

Die SI taugt im Sinne einer Reagan-Administration vielleicht dazu, etwas Einfluß im „Kuba-orientierten“ Nicaragua zu halten, bzw. in den Ländern, wo sonst wirklich keine politische Kraft mehr „landen“ kann. Insgesamt sind Christdemokraten natürlich verläßlichere Partner.

Aber noch ein weiteres Konzept der US-Außenpolitik ist denkbar und aus früheren Jahrzehnten sattsam bekannt: Die offene militärische Intervention in Länder, die vom „Einbruch des Kommunismus bedroht“ sind. Auch hier könnte durch den Einsatz von Christdemokraten oder sogar von Regierungen dieses Zeichens nationaler und internationaler Protest gedämpft werden.

Doch hier nun die Namen der Teilnehmer des Treffens im letzten Jahr in Washington. Vertreten waren:
Für die *DC von El Salvador:*
Julio Adolfo Rey Prendes, Bürgermeister von San Salvador; José Napoléon Duarte und Antonio Morales Erlich, damals Mitglieder im Ministerrang der mörderischen Junta der Militärregierung. (Duarte ist heute Chef der Junta-Regierung).
Für die *DC von Guatemala:*
Ihr jetziger Generalsekretär, Vinicio Cerezo und René de León.
Für die *DC Argentiniens:*
Gerardo Ancarola und Alfredo de las Carreras. Sie gehören zur ultrarechten Christdemokratie oder was nach zahlreichen Spaltungen von ihr übrig blieb.
Für die *DC von Costa Rica:*
José Miguel Alfaro, zweiter Vizepräsident dieses Landes und Jorge Poveda, zweiter Ministerpräsident.
Für die *DC von Nicaragua:*
Adán Fletes.
Für die *DC von Venezuela:*
Rafael Caldera, Expräsident des Landes und Aristides Calvani, ehemaliger Außenminister, Chef der Christdemokratie für ganz Lateinamerika und die Karibik sowie wichtiges Mitglied des „Opus dei“.
Für die *DC von Italien:*
Senator Giulio Andreotti, ehemaliger Premierminister.
Für die *DC von Portugal:*
Pablo Mauricio Alverque.
Für die *DC Belgiens:*
Leo Tindemans, ehemaliger Premierminister.
Für die *CDU:*
Helmuth Kohl, Vorsitzender, Walter Leisler Kiep und Richard von Weizsäcker sowie Siegbert Albert, Volkmar Köhler, Ottfried Hennig, Klaus Weigelt und Peter von der Heydt.
Für die *Labour Party Jamaikas:*
Edward Seaga, gegenwärtiger Ministerpräsident des Landes und einer derjenigen, die den IWF dahingehend beeinflußten, die Refinanzierung der Schulden des Landes zu verweigern.
Für die *Konrad Adenauer Stiftung:*
Bruno Heck, Josef Thesing und Manfred von Nordheim.
Weitere Teilnehmer waren die Präsidenten der beiden pressure groups von US-Unternehmen, die in Lateinamerika investieren.
(Alle Angaben nach „El Dia“, Mexico D.F. 26.5.80).

Interessant sind die Äußerungen der westdeutschen CDU-Strategen Hennig, Albert und Weigelt. Klar war für sie natürlich, daß die Hauptschuld für die Unruhe in der Hemisphäre die Sowjetunion und Kuba haben. Aber, so Albert, einen Teil der Schuld für das Scheitern christdemokratischer Politik habe man auch sich selbst zuzuschreiben wegen *„des ständigen Versuchs, an die Macht zu gelangen über die Regierung selbst, anstatt sich auf die Massen zu konzentrieren und gegen die Diktaturen“* (frei übersetzt nach „El Dia“, 26.5.80). Er fügte noch hinzu, daß man von den Feinden lernen müsse, um an die Macht zu gelangen, denn bevor man eine Idee verwirklichen wolle, müsse man sie zu verkaufen wissen.

Albert vertrat weiterhin die Position, *„daß man mit den Diktaturen in einen Dialog treten müßte, um somit langfristig in der Lage zu sein, Macht zu erlangen und so den Völkern zu zeigen, daß die Christdemokraten sehr wohl regieren können.“* Auf diese Weise würde man sich auf gewaltlose Art und Weise der Diktatoren entledigen. In diesem Zusammenhang wurde die christdemokratische Regierungsbeteiligung in El Salvador genannt und der Vorschlag gemacht, sich an Regierungen der korrupten Militärregimes von Guatemala und Honduras heranzumachen nur aufgrund ihrer antikommunistischen Haltung.

Zum Schluß sei noch auf einen besonderen Gast eingegangen: Es handelt sich um den Republikaner Richard Allen, ehemaliges Mitglied des Sicherheitsrates während der Präsidentschaft Eisenhowers, Präsident der International Potomac Corporation, Mitglied der konservativen Hoover-Stiftung und des Zentrums für strategische Forschungen in Georgetown. Allen ist insofern bedeutsam, als er außenpolitischer Berater von Ronald Reagan ist. Allen wiederholte die Position von Reagan, einen gemeinsamen Markt Mexiko-USA-Kanada zu konstituieren. Er hob hervor, daß Zentralamerika und Südamerika auch weiterhin für die USA von „vitalem Interesse“ sind, speziell in strategischer Hinsicht. Er meinte, daß Lateinamerika auch weiterhin der „Hinterhof“ der Vereinigten Staaten bleiben werde und sagte, daß in kritischen Fällen wie der „Entdeckung“ von sowjetischen Soldaten auf Kuba, Carter nicht mit der notwendigen Härte gehandelt habe. Die Militärmacht sei manchmal die einzige Option.

Die Karibik sei ebenso eine Schlüsselregion in der nordamerikanischen Strategie und Carter habe sich auch hier geirrt, sie nicht zum „Notfall“ erklärt zu haben. Weiter führte er aus: *„Die Zurückweisung des Gebrauchs der militärischen Macht in der Hemisphäre* (durch Carter, d.V.) *grenzt schon an das Irrationale. Die Militärmacht der Vereinigten Staaten ist immer die Grundlage gewesen, um eine gerechte und humane Außenpolitik zu entwickeln...“* (nach „El Dia“, Mexico, D.F. 4.6.80).

